

Humboldt Universität zu Berlin

DISSERTATION

**Der Einfluss der bergbaulichen Traditionen und
großindustriellen Entwicklungen auf das soziale
Gefüge und die Mobilität der
Braunkohlenarbeiterschaft von Borna**

Zur Erlangung des akademischen Grades doctor philosophiae (Dr. phil.)

an der Philosophischen Fakultät III

Diplomsoziologin Ursula Bischoff

Prof. Hartmut Häußermann

Gutachter: 1. Prof. Hartmut Häußermann
2. Privatdozent Dr. habil. Michael Hofmann

eingereicht: April 2000
Datum der Promotion: 05.12.2000

Gliederung

0	Einleitung	1
1	Zum Mobilitätsverhalten in Industriegesellschaften	2
1.1	Industrielle Revolution und regionale Industrialisierungspfade	3
1.1.1	Periodisierungen in der sozialwissenschaftlichen Industrialisierungsforschung	3
1.1.2	Typen industrieller Entwicklung	8
1.2	Die Bevölkerungsmobilität – soziales Kennzeichen der Industrialisierung	12
1.2.1	Horizontale und vertikale Mobilität – inhaltliche Bestimmung und Schwerpunkte der Forschung	12
1.2.2	Wanderungen und Arbeitsplatzwanderungen – Gründe, Ausprägungen, Folgen	15
1.2.3	Arbeitsmigration und soziale Umschichtungen	21
1.3	Industrialisierungsphasen und Formen der Arbeitsmobilität	23
2	Untersuchungsregion und Datengrundlage	24
2.1	Der Untersuchungsraum – administrative Begrenzung und wirtschaftlich definierte Gebietsgliederungen	24
2.2	Datengrundlage der sozial-historische Forschung	27
3	Wie alles begann – die Kohlengräberei um Borna bis in die 1860er Jahre	32
3.1	Der Grundeigentümerbergbau als Nebenerwerbsquelle	33
3.2	Charakteristik der Erwerbsstrukturen, Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung	35
3.3	Das neue Gewerbe trägt zur Festigung der traditionellen Strukturen bei	38
4	Die Formung einer neuen Berufsgruppe – zur Herausbildung des Braunkohlenarbeiters zwischen Staatsgründung und erstem Weltkrieg	39
4.1	Die Bedeutung des Bornaer Braunkohlenabbaus – seine Stellung zwischen mitteldeutschem Wirtschaftsraum und nordwestsächsischem Revier	40
4.1.1	Die Industrialisierung in Mitteldeutschland und die spezifisch sächsische Prägung	40
4.1.2	Die Entwicklung des nordwestsächsischen Reviers zwischen 1868 und 1915 – von den Randgebieten hin zur Kernzone	42
4.2	Bergbauliche Erschließung und industrielle Fabrikation – „Die Änderung juristischer und technischer Rahmenbedingungen machen den Abbau zu einem einträglichen Geschäft...“	43
4.3	„... und bringen neue Organisations- und Eigentumsformen hervor.“ – Vom Kleinbetrieb zur Großwirtschaft	46
4.4	Die Zunahme der gewerblichen Arbeit und die Zuwanderung von Arbeitern	52
4.5	Die regionalen und sozialen „Wurzeln“ der Braunkohlenarbeiter	54
4.5.1	Soziale und kulturelle Einflüsse durch Zuwanderer mit bergbaulichem Hintergrund	54

4.5.2	Der Braunkohlenbergbau als Alternative – der Wechsel von Landarbeitern in die Fabrikproduktion	57
4.5.3	Zur Beschäftigung weiterer sozialer Gruppen	59
4.6	Erste, lokal begrenzte Auswirkungen von Zuwanderung und Industriearbeit – <i>”Die Arbeiter geben dem Dorf ein ganz anderes Gepräge”</i>	60
4.6.1	Die Einwohnerschaft der ersten Arbeiterwohnstätten – männlich, jung und ungebunden	60
4.6.2	Borna ist immer noch ”Zwibbel-Borne” – dennoch hat der Wandel schon begonnen	67
4.7	Ein neuer Zweig des Bergbaus etablierte sich und formte die Fabrikarbiterschaft	70
5	Die Bedeutung zentraler Entscheidungen für den weiteren Verlauf der Industrialisierung und der Übergang vom Fabrikarbeiter zum Industriearbeiter in der Großproduktion	72
5.1	Organisation und Bedeutung des Braunkohlenabbaus im Deutschen Reich und in Mitteldeutschland	73
5.1.1	Wirtschafts- und machtpolitische Ursachen der Monopolisierung in der Braunkohlen-industrie	73
5.1.2	Die Gunst der Lage und der Stunde nutzend – bedeutende Standortverschiebungen setzten ein	75
5.1.3	Der Aufbau der Elektrizitätswirtschaft in Sachsen	77
5.2	Die neue Zeit hält Einzug im Revier – Zentralisation und Konzentration von Kapital und Produktion	81
5.2.1	Die Errichtung des ersten Staatsbetriebes in der Region – wirtschaftliche und soziale Gründe	81
5.2.2	Die Aufnahme der Treibstoffgewinnung – die komplette Übernahme der regionalen Braunkohlenwirtschaft durch fremdes Kapital	85
5.3	Typische Arbeiterberufe und Qualifikationen in der industriellen Braunkohlen-gewinnung und -verarbeitung – Maschinisten, Heizer und Ungelernte	87
5.4	Beschäftigtenboom und Personalabbau im Braunkohlen- und Energiebereich	92
5.4.1	Der Arbeitersog der Braunkohlenindustrie während der Aufbaujahre	92
5.4.2	Technische und organisatorische Rationalisierungen führen zu qualitativen Struktur-veränderungen in der Braunkohlenarbeiterschaft	94
5.5	Die Formung einer ergebnen Werksgemeinschaft – das Beispiel ASW Böhlen	97
5.6	Dörfersterben und Siedlungsbau	99
5.6.1	Die Landwirtschaft verliert ihr Land und ihre Arbeiter an die Kohle	99
5.6.2	Zuwanderung und Siedlungsbau im Braunkohlenrevier	106
5.7	Die Bevölkerung der Stadt- und Landgemeinden	112
5.8	Industrieller „Aufschwung“ im ländlichen Raum und Industriearbeiterschaft	118

6	Die Wehrhaftmachung der Nation und die Entmachtung der Region – “Gleichschaltung” der Wirtschaft und Ausbau der Rüstungsindustrie	120
6.1	Die Stärkung der Zentralgewalt im Machtzentrum Preußen	120
6.2	Die räumliche Neuordnung des Reiches unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten und die Veränderung von Sektoren- und Größenstruktur	123
6.3	Die Ausweitung der Industrieansiedlungen im Bornaer Revier – „ <i>Der Bagger frisst sich in den Sand; Der schwarze Tod geht durch das Land.</i> “	128
6.3.1	David gegen Goliath – der ungleiche Kampf zwischen Regionalwirtschaft und Kohle	128
6.3.2	Die Gewinner – Karbochemie und Energiewirtschaft	130
6.4	Die neuen Belegschaften – elitäre Gefolgschafter und Zwangsarbeiter	131
6.4.1	Zur Rekrutierung der Arbeitskräfte	133
6.4.2	Die Zwangsarbeiter in den Bornaer Braunkohlenbetrieben	136
6.5	Betriebliche Strategien im Dienste der Produktionssicherung – die ideologische Einflussnahme auf die “Garde der Arbeit”	139
6.6	Die “Neubesiedlung” der Region durch den Industriearbeiter – die gegensätzliche Struktur der Zu- und Abwanderungen und die natürliche Bevölkerungsbewegung	142
6.7	Die Veränderung von Siedlung und Bevölkerung – “ <i>Es liegt das Dorf so still und klein; Dich mach ich groß, laut und gemein!</i> ”	147
6.7.1	Siedlungspolitik und Volkswohnungsbau – “ <i>Gesundes Wohnen - Froher Feierabend - Treue Werksgemeinschaft</i> ”	147
6.7.2	Die Bevölkerung der Arbeitersiedlungen	154
6.8	Kriegswirtschaftliche Entscheidungen haben den Status von Region und Bevölkerung neu definiert	160
7	Das Wirken von zentralistischer Planwirtschaft und sozialistischer Autarkie – „ <i>dann aber wurde die ganze Bergbaugeschichte russisch</i> “	161
7.1	Die Entwicklung des Bergbaus in der DDR sowie der Industriestandorte in Espenhain und Böhlen	162
7.2	Wechselnde Personalstrategien zwischen Nachkriegszeit und Niedergang der Braunkohlenindustrie	167
7.2.1	Wanderungen und soziale Umschichtungen in der Nachkriegszeit	168
7.2.2	Frauen in den Unternehmen der Braunkohlenindustrie	173
7.2.3	Der Aufbau neuer Industriezentren in den 1950er bis 1970er Jahren – die staatlich gelenkte Abwanderung von Facharbeitern	175
7.2.4	Das Aufbieten der „letzten“ Reserven – „ <i>da wollte doch keiner mehr arbeiten</i> “	178
7.3	Die Ablösung der landwirtschaftlich geprägten Kultur durch die Industrie	183
7.3.1	Der Kohlenabbau wird zum „Heimatklau“ – zum Verlust des Eigentums kommt der Verlust der sozialen Heimat und die Bauern „machen weg“	183

7.3.2	Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft in den 1970er Jahren – „ <i>in die Kohle gehen, um Bauer zu bleiben</i> “	190
7.4	Vom nationalsozialistischen Gefolgschafter zum sozialistischen „Kumpel“ – Die Verfestigung der spezifischen Arbeiterkultur	194
7.5	Zusammenfassung der Entwicklungen zwischen 1945 und 1989/90 – industrieller Bergbau und großindustrielle Verarbeitung	198
8	Mobilität von Arbeitern der Großindustrie – „ <i>ich wollte erst einmal sehen, was sie mir anbieten</i> “	200

Abkürzungsverzeichnis

AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
ASW	Aktiengesellschaft Sächsischer Werke
DEA	Deutsche Erdöl AG
NKW	Niederlausitzer Kohlenwerke
RWE	Rheinisch Westfälische Energie AG
BF	Brikettfabrik
BkW	Braunkohlenwerk
KW	Kohlenwerk
VAG	Vereinigte Aktiengesellschaft
FW	Forstwirtschaft
LW	Landwirtschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SU	Sowjetunion
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ahm.	Amtshauptmannschaft
Khm.	Kreishauptmannschaft
BZ	Betriebszählung
VZ	Volkszählung
VBWGZ	Volks-, Betriebs-, Wohnraum und Gebäudezählung
VD	Vertrauliche Dienstsache
Stat. DR NF Bd.	Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Band
Stat. JB Kgr. Sachsen	Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen bis 1918
Stat. JB Freistaat Sachsen	Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen bis 1931/34
Stat. JB Land Sachsen	Statistisches Jahrbuch für das Land Sachsen bis 1946
Stat. JB Bezirk Leipzig	Statistisches Jahrbuch für den Bezirk Leipzig ab 1956
Stat. JB DDR	Statistisches Jahrbuch für die DDR
Z.kg.Sächs.Stat.B	Zeitschrift des königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes bis 1904
Z.kg.Sächs.Stat.A	Zeitschrift des königlich Sächsischen Statistischen Amtes bis 1918
Z.Sächs.Stat.LA	Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes bis 1946
JB BHM bis 1871	Jahrbuch für den Berg- und Hüttenmann
JB BHW bis 1938	Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen
D.B.I.V.	Deutscher Braunkohlen Industrie Verein Halle

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Tabelle 1: Definitionen der Mobilität.....	14
Tabelle 2: Gewerbestatistik seit 1875.....	30
Tabelle 3: Die Bevölkerungsentwicklung von 1843 bis 1875.....	36
Tabelle 4: Abbaustandorte und Bevölkerungsentwicklung.....	37
Tabelle 5: Übersicht über die Entwicklung der Abbaugebiete des nordwestsächsischen Reviers (a= Anzahl Betriebe, b= durchschnittliche tägliche Belegschaft)	42
Tabelle 6: Entwicklung der Braunkohlenunternehmen zwischen 1868 und 1890	47
Tabelle 7: Entwicklung des Braunkohlenabbaus zwischen 1885 und 1915.....	48
Tabelle 8: Betriebsgrößenklassen in der Braunkohlenindustrie um Borna	50
Tabelle 9: Betriebsgrößen der Fabriken ab 10 Beschäftigten in der Amthauptmannschaft Borna (a= Betriebe, ohne die der Bergaufsicht unterstellten Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte).....	51
Tabelle 10: Das Bevölkerungswachstum in der Amthauptmannschaft Borna 1875 bis 1919	61
Tabelle 11: Stadt- und Landgemeinden und ihre Bevölkerung, (a = Gemeinden, b = Bevölkerung)	62
Tabelle 12: Die Bevölkerungsentwicklung an den Standorten der Braunkohle.....	64
Tabelle 13: Bevölkerungszunahme, Anteil der männlichen Bevölkerung in ausgewählten Arbeiterwohnstandorten in %.....	65
Tabelle 14: Anteil der Kohlenarbeiter an der Bevölkerung ausgewählter Orte	66
Tabelle 15: Betriebe und deren Beschäftigte in ausgewählten Gewerben der Amthauptmannschaft Borna, (a= Hauptbetriebe, b= hauptberuflich Beschäftigte im Durchschnitt des Jahres).....	67
Tabelle 16: Beschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen	68
Tabelle 17: Entwicklung ausgewählter Gewerbe und ihres Personals in der Stadt Borna (a= Betriebe, ohne die der Bergaufsicht unterstellten Betrieb, b= Gesamtbeschäftigte).....	70
Tabelle 18: Besitzverhältnisse im Braunkohlenbergbau im Kreisgebiet Borna.....	86
Tabelle 19: Personalentwicklung in den überregionalen Aktiengesellschaften (a= Betriebe, Niederlassungen, b= Gesamtbeschäftigte)	87
Tabelle 20: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zu Handwerk und Industrie	88
Tabelle 21: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zur Landwirtschaft.....	88
Tabelle 22: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zu Handel und Verkehr.....	89
Tabelle 23: Struktur der Beschäftigten der Braunkohlenwerke des Bergamtsbezirkes Leipzig (durchschnittliche tägliche Belegschaft)	90
Tabelle 24: Arbeiter in den Kohlenbetrieben des Kreisgebietes und in Sachsen.....	93

Tabelle 25: Beschäftigte in der Landwirtschaft, Amthauptmannschaft Borna.....	99
Tabelle 26: Flächennutzung in der Amthauptmannschaft Borna	101
Tabelle 27: Die Standorte der Kohlenunternehmen und die Flächennutzung in diesen Gemeinden 1931m (in ha) sowie der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten 1933	102
Tabelle 28: Wiederverwendung ausgekohelter Grubenteile, Bergamtsbezirk Leipzig.....	105
Tabelle 29: Arbeiterlöhne im Vergleich, jährlicher Verdienst in Reichsmark	105
Tabelle 30: Die Bevölkerungsentwicklung in der Amthauptmannschaft Borna während der zweiten Industrialisierungsphase	107
Tabelle 31: Anteil der männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, Angaben in Prozent (bis 1910 ortsanwesende Bevölkerung, danach Wohnbevölkerung).....	112
Tabelle 32: Ländliche und städtische Bevölkerung im Kreisgebiet Borna	114
Tabelle 33: Veränderung der Einwohnerzahlen in den Städten des Kreises Borna	115
Tabelle 34: Erwerbstätige in ausgewählten Branchen und Städten der Amthauptmannschaft Borna (Arbeitsstättenzählungen: a= 1900, b= 1925, c= 1933)	115
Tabelle 35: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Industriegemeinden, nach Zonen.....	116
Tabelle 36: Die Ergebnisse der Betriebszählungen in der Amthauptmannschaft Borna (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil der Gruppe an den Gesamtbeschäftigten in %).....	117
Tabelle 37: Anzahl der Braunkohlenwerke, Belegschaften und Besitzverhältnisse	130
Tabelle 38: Beschäftigtenentwicklung und Unter-Tage-Arbeiter im Braunkohlenbergbau.....	132
Tabelle 39: Die Bevölkerungsentwicklung in der Verwaltungseinheit Borna während der dritten Industrialisierungsphase	143
Tabelle 40: Gesamtbevölkerung und Anteil der männlichen Bevölkerung in Prozent (a= Gesamtbevölkerung, b= Anteil der männlichen Bevölkerung bzw. Anteil der 21 bis 45-jährigen Männer)	144
Tabelle 41: Wachstum der Gemeinden in den Industrialisierungszonen	151
Tabelle 42: Ländliche und städtische Bevölkerung im Kreisgebiet (a= Gemeinden, b= Bevölkerung)	154
Tabelle 43: Die gewerblichen Betriebszählungen 1933 und 1939 (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil an den Gesamtbeschäftigten in %)	155
Tabelle 44: Erwerbstätigenanteile und Berufszugehörige zu den Wirtschaftsabteilungen im Landkreis/ Kreis Borna	156
Tabelle 45: Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Industrialisierungszonen	159
Tabelle 46: Arbeiter und Angestellte in den Großbetrieben in Espenhain und Böhlen	168
Tabelle 47: Struktur der Umsiedler, Stichtag 31. März 1949.....	169
Tabelle 48: Anteil der Umsiedler in ausgewählten Ortschaften des Kreises Borna, 1945.....	170
Tabelle 49: Gesamtbevölkerung (a) und Anteil der männlichen Bevölkerung in Prozent (b)	171
Tabelle 50: Verfügbarer Wohnraum für Umsiedler	172

Tabelle 51: Überbezirkliche Wanderungen aus dem Kreis Borna 1967 - 1972	176
Tabelle 52: Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen des Kreises Borna, Anteil in %	177
Tabelle 53: Flächennutzung in der Verwaltungseinheit Borna	183
Tabelle 54: Beschäftigte in der Landwirtschaft in einigen Gemeinden des Kreises Borna (a= Einwohner, b= Erwerbstätige gesamt, c= Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen in %).	184
Tabelle 55: Die Bevölkerungsentwicklung in den Wohnorten der Industriearbeiter	186
Tabelle 56: Die Land- und Stadtbevölkerung im Kreis Borna (a= Gemeinden, b= Gesamteinwohner)	187
Tabelle 57: Die Struktur der Erwerbstätigen des Kreises Borna nach Wirtschaftsbereichen	192
Tabelle 58: Betriebszählungen im Kreis Borna (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil an den Beschäftigten in %)	193

Abbildungen

Abbildung 1: Tagebaue und Brikettfabriken in der Amthauptmannschaft um 1915	46
Abbildung 2: Deutzen	148
Abbildung 3: Böhlen	149
Abbildung 4: Kitzscher	150

0 Einleitung

Den Anlass für die Anfertigung der Dissertation liefert das nach 1990 festgestellte Mobilitätsverhalten von Industriearbeitern eines Braunkohlenveredelungswerkes, die, obwohl „Produkt“ der modernen, also mobilen Gesellschaft, dennoch nur in geringem Maß zu räumlichen und beruflichen Veränderungen bereit waren. Dieses Phänomen des regionalen und beruflichen „Verharrens“ der Erwerbsbevölkerung aus den Betrieben der Braunkohlenwirtschaft trotz der offensichtlich bestehenden Perspektivlosigkeit der Situation in der ländlichen Region stellt den Ausgangspunkt für die Arbeit dar.

Das Ziel der Arbeit, die gering ausgeprägte Mobilität der Erwerbsbevölkerung einer sich im Niedergang befindenden, dicht besiedelten Industrieregion zu erklären, mündet in die Frage nach dessen historischen Ursprüngen. Die Herausbildung der Braunkohlenarbeiterschaft der großindustriellen Produktion und deren spezifisches Verhalten wird in die Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftsraumes eingebettet, um zugleich nach den begünstigenden Strukturen zu fragen (vgl. zu dieser Vorgehensweise auch Megerle 1979, 108; Zorn 1972, 129f.; Zang 1985). Das Interesse konzentriert sich dabei auf die mit der Einführung neuer technischer Erfindungen einhergehenden sozialen Prozesse wie Wanderungen und Umschichtungen, die zur Bildung gesellschaftsspezifischer Schichtungen und Gruppierungen der Bevölkerung des gesamten Gebietes beitrugen.

Die „negativen“ Begleiterscheinungen der gezielten Massenansiedlung von industriellen Arbeitskräften in einem ländlichen Raum wurden bisher für das Gebiet der DDR selten einer sozialwissenschaftlichen Analyse unterzogen, ganz abgesehen von der Untersuchung der sozialen Spätfolgen wie Bevölkerungsballung, berufliche Entdifferenzierung und der Verlust der regionalen Selbstbestimmung, gleichbedeutend mit der Unfähigkeit, ohne fremde Intervention zu überleben.

Die Arbeit geht von der These aus, dass die in der Region vorgefundene Bevölkerungskonzentration und die Konzentration von Erwerbstätigen eines Industriezweiges das Resultat von über einen langen Zeitraum stattgefundenen umfangreichen Wanderungsprozessen und damit einhergehenden sozialen Umschichtungen sind, wobei das gesellschaftliche Ereignis „Industrialisierung“ die Mobilitätsprozesse auf besondere Weise strukturiert hatte. Der Industrialisierungsprozess hatte zu kurz- und langfristigen Veränderungen im horizontalen und vertikalen Aufbau der Gemeinschaft geführt. Und so, wie Bevölkerungskonzentration und Struktur der Kohlenarbeiter auf das vergangene Wirtschaftsmuster zurückzuführen sind, ist deren spezifisches Mobilitätsverhalten Ausdruck der in diesem Wirtschaftsbereich wirkenden Anreizstrukturen und sozialen Normen.

Die bergbauliche Entwicklung der Region begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aber erst die Verluste der Steinkohlenreviere nach dem Ersten Weltkrieg brachten der Braunkohlenwirtschaft den endgültigen Durchbruch und leiteten zugleich die großindustrielle Entwicklung in diesem Raum ein. Nur wenige Jahrzehnte später dominierte die Braunkohlenindustrie Wirtschaft und Erwerbstätigkeit. Enorme Bevölkerungszunahmen und ein Anwachsen der Industriearbeiterschaft, verbunden mit einer beruflichen Entdifferenzierung der Erwerbsbevölkerung, waren die sozialen Folgen von umfangreichen räumlichen und sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Industrie. Auch die zunehmende Verstädterung der Bevölkerung des Reviers war Ausdruck dafür, wie der Braunkohlenbergbau und die braunkohlenveredelnden Industrien dem ursprünglichen sozialen Gefüge neue, eigene Züge aufprägten.

Schon in den 1930er Jahren hatten Wissenschaftler vor den Folgen solch einer „negativen Rationalisierung“, der industriellen Betriebskonzentration nämlich, für den provinziellen Raum gewarnt, denn „so stark der Aufschwung und die Jahre währende Alimentierung des Gebietes durch die Expansion der ansässigen und die Ansiedlung der neuen Industrien, so schwer die Auswirkungen des Rückgangs“

(Briefs 1928, 29ff.; vgl. auch Strauß 1931).

Das größte Problem solcher Ballungsräume stellen die sozialen Folgen der enormen wirtschaftlichen Umwälzungen sowie ihrer begrenzten Dauerhaftigkeit dar. So ließen sich nach dem Zusammenbruch der Braunkohlenwirtschaft zwar die Anlagen relativ unkompliziert abschalten, die zuvor massenhaft angesiedelte und an die Belange der Großindustrie angepasste Erwerbsbevölkerung konnte dagegen nicht einfach „stillgelegt“ werden.

Obwohl der wirtschaftliche Niedergang der alles dominierenden Braunkohlenindustrie nach 1989 zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit führte, reagierte die Erwerbsbevölkerung darauf weitestgehend immobil, und das, obwohl die Industrialisierung seit ihrem Beginn von einer hohen räumlichen und beruflichen Mobilität begleitet gewesen war. Eine wesentliche Untersuchungsfrage der Arbeit ist deshalb, warum Mobilität in der Zeit des Auf- und Ausbaus der Braunkohlenindustrie zur Handlungsalternative der Arbeiter zählte, und unter welchen Umständen dies nicht mehr so ist. Lassen sich sowohl frühere räumliche und soziale Mobilität als auch das entgegengesetzte Verhalten nach 1990 mit dem gleichen theoretischen Ansatz erklären?

Zur Bearbeitung des Problems werden einzelne Aspekte der Mobilität vor dem Hintergrund der jeweiligen Industrialisierungsphase betrachtet. Die Mobilität selbst wird zum Untersuchungsgegenstand, indem Umfang und Struktur der Wanderungen in ihren Auswirkungen und Spätfolgen für einen konkreten Raum betrachtet werden.

So gilt, was die Struktur der Wanderungen angeht, dass die Migrationsprozesse im Zeitverlauf bestimmte soziale Gruppen stärker als andere berührt hatten. Die räumlichen (Arbeitsplatz-)Wanderungen für sich genommen veränderten bereits die demographischen und sozialen Bevölkerungsstrukturen am Quell- und Zielort. Darüber hinaus änderte sich die soziale Zusammensetzung und die Motivation der hinzukommenden Kohlenarbeiter, und zwar in dem Maße, wie mit der dauernden Vergrößerung der Betriebe der Mechanisierungsgrad stieg und die Anzahl an Arbeitsplätzen zunahm, wo es eintönig, laut und schmutzig war und wo geringe berufliche Kenntnisse ausreichten. Der berufliche Einsatz des Braunkohlenarbeiters verlagerte sich im Industrialisierungszeitraum vom teilausgebildeten Arbeiter in Brikettierung und Tiefbau hin zum un- und angelernten Maschinisten und Anlagenfahrer in der mechanisierten Großindustrie.

Form und Verlauf der Industrialisierung hatten einen gravierenden Einfluss auf Struktur und Verhalten der neuen Arbeitergruppe ausgeübt. Nicht zuletzt prägte die umfangreiche betriebliche Versorgung in der Großindustrie die arbeitskulturellen Einstellungen und Verhaltensweisen nachhaltig.

Während das auf die Zuwanderungen zurückgehende *Bevölkerungswachstum* quantitativer Ausdruck der Entwicklung der bergbaulichen Produktion im Revier ist, gibt die *Struktur dieser Wanderungen* Auskunft darüber, um welche Bevölkerungsgruppen es sich handelte, woher sie kamen und aus welchen Gründen.

Beides wiederum und das Wissen um das *Fortbestehen bergbaulicher Traditionen* ermöglicht Aussagen darüber, warum unter den geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen nach 1989/90 die Mobilität der Erwerbstätigen so gering ausgeprägt war.

1 Zum Mobilitätsverhalten in Industriegesellschaften

Für die spezifische Aufgabenstellung der Arbeit, die industrielle Entwicklung einer Region und das arbeitsplatzbezogene Mobilitätsverhalten einer spezifischen Arbeitergruppe zu untersuchen, werden zunächst Industrialisierungsmodelle und die Dimensionen von Mobilität besprochen.

1.1 Industrielle Revolution und regionale Industrialisierungspfade

Kennzeichnend für die Industrialisierung war die Umwandlung bzw. die Verdrängung der vorwiegend auf landwirtschaftlicher Produktion beruhenden Gemeinschaft durch die Ausbreitung des in wirtschaftlicher, technischer und sozialer Hinsicht besonders gekennzeichneten industriellen Systems. Mit dem wirtschaftlichen Bereich änderten sich aber auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche grundlegend (vgl. Fuchs-Heinritz u.a. 1994, 294). Und seit dem frühen 19. Jahrhundert wurden beginnend bei Friedrich Engels¹ in einer Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Effekte infolge der Ausbreitung des Industriesystems festgehalten.

Die Industrialisierung war damit einerseits charakteristisch für die gesellschaftliche Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts insgesamt, nahm aber andererseits in einzelnen Regionen einen anderen Verlauf und hatte andere Folgen. Sie verlief immer regional begrenzt und wurde durch technische Fortschritte sowie (wirtschafts-)politisches Handeln herbeigeführt. Während einige dieser Industrialisierungspfade in Dauerhaftigkeit mündeten, folgte in anderen Regionen, so im betrachteten Fall, dem industriellen Aufstieg die Marginalisierung.

Aufgrund der oft zu beobachtenden Radikalität der mit der Industrialisierung vor sich gehenden, umfassenden strukturellen Veränderungen wurde in der Wissenschaft synonym von einer „Revolution“ bzw. mehreren „industriellen Revolutionen“ im Verlaufe der Industrialisierung gesprochen (vgl. Toynbee 1884²; Hoffmann u.a. 1956; Zorn 1972; Kiesewetter 1989; Boesler 1982). Die Begriffe „industrielle Revolution“ und „Industrialisierung“ wurden synonym verwendet, um „den Vorgang des umwälzenden ökonomischen, politischen und sozialen Modernisierungsprozesses während einer längeren Periode“ zu beschreiben (Kiesewetter 1989, 15).³

Andere Sozialwissenschaftler sahen in diesen Vorgängen keineswegs etwas revolutionäres, sondern lediglich das „Ergebnis eines jeweils lang andauernden Kumulierungsprozesses“, der sich sehr viel früher und in ganz anderen Sektoren (für die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts z. B. in Landwirtschaft, Verkehr und Außenhandel) angebahnt hatte, und „der allmählich, wenn auch zuzeiten stoßweise fortschreitet“ (so Kuznets, vgl. dazu Fischer 1972, 19). In der von Rostow ausgearbeiteten Stadientheorie findet sowohl diese evolutionäre Sichtweise Beachtung (vorbereitende Phase), zugleich wird eine revolutionäre Phase, die Phase des „take off“ anerkannt, wo umwälzende Veränderungen vor sich gehen (vgl. dazu W.W. Rostows Stadientheorie).

1.1.1 Periodisierungen in der sozialwissenschaftlichen Industrialisierungsforschung

Der Begriff der Phasen diene zur abstrahierenden Gesamtbetrachtung des Industrialisierungsprozesses und wurde in der Industrialisierungsforschung in zweierlei Hinsicht verwendet. Zum einen wurde der gesamte *Prozess der Industrialisierung als ein fortschreitender Prozess* angesehen, der *einzelne Stadien, Phasen oder Reifephasen durchläuft*, eine erste, zweite usw. industrielle Revolution.

Zum anderen durchlief *jede dieser „Revolutionen“ wiederum selbst verschiedene „Reife“phasen*. Dem

¹ In seiner Arbeit „Zur Lage der arbeitenden Klasse in England“ formulierte Engels in den 40er Jahren des 18. Jahrhundert erstmals eindeutig soziologische Fragestellungen im Hinblick auf die sozialen Folgen des Fabriksystems.

² Zorn weist allerdings darauf hin, dass Heinrich Bodemer in seiner Schrift „Die industrielle Revolution (sic) mit besonderer Berücksichtigung der erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse“ bereits im Jahre 1856, also 28 Jahre vor Toynbee, den Revolutions-Begriff verwendet hatte (vgl. Zorn 1972, 123).

³ Die bisher durchgeführten Forschungen beschränkten sich allerdings meist auf die Untersuchung der Industrialisierung zwischen 1815 und 1914, also auf eine besondere Formation oder Periode der Industrieentwicklung, die als „frühe industrielle Revolution“ bezeichnet wurde.

eigentlichen industriellen Aufschwung ging ganz allgemein betrachtet immer mindestens eine Phase der Protoindustrialisierung voraus und mindestens eine weitere folgte demselben.

Die eine Herangehensweise beschreibt die *gesamte industrielle Entwicklung eines Landes seit deren Beginn*⁴, die andere beschreibt den *industriellen Aufstieg einer Region, der zu einer bestimmten Zeit und deshalb nach dem zu dieser Zeit gültigen Muster verlaufen ist*.

Erste nachweisbare Versuche, Stufen oder Stadien der industriellen Fortentwicklung herauszufinden, erfolgten durch die deutsche Nationalökonomie⁵, und einen ersten Höhepunkt dieser Versuche stellt Hoffmanns Schrift „Stadien und Typen der Industrialisierung“ (1931) dar. Unter Zugrundelegung empirisch-statistischer Schlüsselgrößen wie der Beschäftigtenentwicklung in den Sektoren kam er zu dem Schluss, dass während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert alle Länder in etwa die gleichen Reifephasen durchlaufen hätten.⁶ Die frühe Industrialisierung wurde anhand der zeitlich wechselnden Dominanz einzelner industrieller Sektoren in einzelne Reifephasen unterteilt. In einer ersten Phase bestand ein Übergewicht zugunsten der Konsumgüterindustrien, einschließlich der Rohstoff- und Halbfabrikatindustrie. In einer zweiten Phase erhielten Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie allmählich ein gleich großes Gewicht, dann kam es in einer dritten Phase der Industrialisierung sogar zu einem tendenziellen Übergewicht der Produktionsmittelindustrien (einschl. Vorindustrien⁷; vgl. Hoffmann 1956, 226). Auf eine zeitliche Festlegung der Länge einzelner Stufen wurde bewusst verzichtet, weil es nicht um die Darstellung der Dauer der Herausbildung einer „Schlüsselindustrie“ für die Region ging, sondern um die Veränderung im Verhältnis zwischen Konsumgüter- und Kapitalgüterindustrie.⁸

Oftmals lehnten sich die Modelle zur Unterteilung der Industrialisierung in einzelne Revolutionen an die Einführung und *Nutzung einer spezifischen Energieform* an.

Nach Siegenthaler lassen sich in der Geschichte ganze Sequenzen von „industriellen Revolutionen“ feststellen: zunächst die technischen Neuerungen im Hoch- und Spätmittelalter durch die Nutzung der Wasserkraft, dann die frühe „industrielle Revolution“ auf Kohle/Eisenbasis, gefolgt von der klassischen „industriellen Revolution“ seit der Einführung der Dampfmaschine und der neuen Textiltechnik, der verbesserten Eisenverhüttungsverfahren und der Eisenbahn. Weitere „industrielle Revolutionen“ lösten die moderne Chemie und Elektrotechnik sowie der Verbrennungsmotor, das Flugzeug, die Automation und die Atomkraft aus (vgl. Siegenthaler o.J., 143).

Für Boesler hat die Verwendung bisher „brachliegender“ Rohstoffe in Verbindung mit gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen für den Verlauf der Industrialisierung eine elementare Rolle (vgl.

⁴ In Abhängigkeit von den gewählten Bestimmungskriterien und Konzepten wurde bei der industriellen Entwicklung Deutschlands seit dem 18. Jahrhundert von einer unterschiedlichen Anzahl „revolutionärer“ Stadien oder „Revolutionen“ gesprochen.

⁵ Die Industrialisierungsforschung wurde von Schmoller, Brentano bis Sombart und deren historischer Schule ins Leben gerufen (Merkantilismusforschung, vgl. dazu Zorn 1972, 123ff.).

⁶ 1. die Phase der beginnenden Industrialisierung mit geringen jährlichen Zuwachsraten,

2. die Phase intensiven Wachstums,

3. die Phase der Reife bzw. Stagnation (vgl. Hoffmann 1956, 227ff., Wachstumstheorie).

⁷ Produktionsmittelindustrie: der Kauf von Gütern für die Neu- und Ersatzinvestitionen diente der Erhöhung des Kapitalstockes.

⁸ Das Land Sachsen war nach dieser Betrachtung erstes Industrieland in Deutschland, blieb aber dann fast 100 Jahre (Stand 1920er Jahre) in der zweiten Phase stecken bzw. gelangte niemals über diese Phase hinaus und stellt insofern einen besonderen Typ industrieller Entwicklung dar. Wird die Beschäftigtenentwicklung in verschiedenen Landesteilen betrachtet, dann zeigen sich stark voneinander abweichende Industrialisierungsverläufe, was gleichfalls auf die Beschäftigtenentwicklung einzelner Wirtschaftszweige und -branchen zutrifft.

Boesler 1982, 21). Eine *erste Industrialisierungsphase* wurde mit dem Einsatz mechanischer Webstühle und Spinnmaschinen eingeleitet. Es entstanden Fabriken an den noch unbesiedelten Wasserläufen, die mit Wasserkraft betrieben wurden. Die beim Handwerk oder auch Hausgewerbe noch selbstverständliche Einheit von Wohnen und Arbeiten wurde aufgebrochen, eine erste Phase der Mobilität der Erwerbsbevölkerung eingeleitet und neue Siedlungen entstanden. Die *zweite Phase der industriellen Revolution* begann, als Koks zur Verhüttung des Erzes verwendet wurde und die Dampfkraft Einzug hielt. Steinkohle und Dampfmaschine machten die Textilfabriken unabhängig von den Wasserläufen. Die neuen Standorte befanden sich nunmehr in den Steinkohlenabbaugebieten. Die ersten größeren Industrieregionen entstanden an der Ruhr, in Oberschlesien oder auch in Teilen Mitteldeutschlands/Sachsens. Aufgrund der extensiven Entwicklung dieser Industriezweige nahmen auch die Bevölkerungswanderungen zu. Eine *dritte Phase der industriellen Entwicklung* begann in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Einsatz einer Vielzahl neuer Technologien und neuer Energietechniken, vor allem der elektrischen Energie. Ausgelöst durch das Fortschreiten der elektrotechnischen Industrie wurde „im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein neuer Wachstumszyklus der deutschen Volkswirtschaft, eine (weitere) Revolution“ eingeleitet (Kiesewetter 1989, 218). Damit setzte der größte industrielle Aufschwung in Deutschland ein, was auch in allen Zeitreihen der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung ablesbar ist (vgl. Boesler 1982, 21).

Der Sozialhistoriker Zorn datierte das Ende der ersten industriellen Revolution in Deutschland nach der Staatsgründung auf die Gründerzeit mit dem Gründerkrach 1873 (vgl. Zorn 1972, 124ff.). Der gleiche zeitliche Schnittpunkt kam hier auf der Grundlage des Kriteriums „Anlagekapital“ zustande, denn in Deutschland stammte die Anlage von Kapital in den 1870er/1880er Jahren schon ganz wesentlich aus den akkumulierten Profiten der Industrie selbst. Im Gegensatz zum Industrialisierungsbeginn spielte das Handelskapital jetzt keine Rolle mehr beim Aufbau der Wirtschaft. Nicht mehr wie bis dahin die Konkurrenz zwischen Hand und Maschine, sondern der Kampf der großen (finanzstarken oder staatlich unterstützten) gegen die kleineren und mittleren Fabriken, also die wirtschaftliche Konzentration wurde zu einem wesentlichen Kennzeichen der Entwicklung. Der Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus setzte ein.

Erneute Umwälzungen im Hinblick auf den Kapitalfaktor vollzogen sich dann zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der Nutzung der Elektrizität und dem Aufbau der Großindustrie. Salin stellte fest, dass die technischen Revolutionen der Industrialisierung im Zeitalter des Hochkapitalismus zu einer erheblichen Konzentration des Kapitals und zur Vertrustung der Industrie geführt hatten (vgl. Salin 1927, 104). Und Richta führte aus, dass es sich bei der Einführung der automatischen Fertigungsstrecken in der Großindustrie nicht um eine Fortsetzung der frühkapitalistischen Mechanisierung, sondern um eine „tatsächliche Revolution“ handelte, um ein neues „produktionstechnisches Prinzip“, um eine „grundlegende Wandlung der Philosophie der Produktion“ (Richta 1974, 41f.). Der extensive Wachstumstyp wurde durch den intensiven dort ersetzt, wo die grundlegende Bedeutung der einfachen Arbeit durch den Wirtschaftsfaktor Maschine ersetzt wurde.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen während der industriellen Entwicklung fanden am deutlichsten im regulationstheoretischen Ansatz Berücksichtigung. Auf dieser Grundlage wurden zwei Perioden oder Formationen kapitalistischer Entwicklung herausgearbeitet, ein englisches und ein amerikanisches Entwicklungsmodell. *Die Theorie der Regulation unterscheidet zwei „Perioden oder Formationen kapitalistischer Entwicklung,⁹ die durch ein jeweils unterschiedliches, aber in sich kohärentes Regime der*

⁹ Das eine Modell prägte das 19., das andere das 20. Jahrhundert. Für die europäischen Länder bzw. Regionen wurde der Beginn der fordistischen Periode auf die frühen 1920er Jahre datiert. Schumpeter bezeichnet das Jahr 1895 als eine „Wasserscheide zwischen zwei Epochen in der Sozialgeschichte des Kapitalismus“ (vgl. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1964, 102).

Akkumulation und Regulation“ gekennzeichnet sind. Am Beispiel des Fordismus¹⁰ wurde demonstriert, dass es sich bei einem Entwicklungsmodell nicht nur um ein technologisches Paradigma handelt, sondern um eine spezifische Form der (industriellen) Beziehungen einschließlich der Organisation bzw. um eine Form der staatlichen Regulation (vgl. Leborgne, Lipietz 1994, 96ff.).

Für jedes dieser Modelle gilt, dass immer nur einzelne Länder bzw. Landesteile das jeweils dominante Modell übernahmen, der Rest blieb dagegen vom industriellen Wachstum ausgeschlossen und so auch von allen damit unmittelbar verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen (vgl. Leborgne, Lipietz 1994, 107f.). Indem aber einzelne Regionen das Modell aufgrund bestimmter Voraussetzungen übernahmen oder dessen Übernahme zugewiesen bekamen, wurden sie zugleich für eine größere Region zum Wachstumsmotor. Die Prosperität beschränkte sich deshalb immer seltener auf die Entwicklungsregionen, sondern verlagerte sich zunehmend nach außen, besonders auf die Kapital gebenden Regionen.

Der regulationstheoretische Ansatz betont zudem das Hervorgehen des späteren Entwicklungsmodells aus dem früheren. Die Entwicklungsmodelle stehen sich nicht unverbunden gegenüber oder lösen einander vollständig ab, sondern sie stehen in einem direkten Bezug zueinander. In diesem Sinne äußert sich auch Ipsen, dass sich das fordistische Modell der hohen Löhne und Massenabsatzgebiete dem Modell der extensiven Akkumulation des 19. Jahrhunderts als Ausweg anbot, als nämlich der Absatz stagnierte, weil sich die Löhne der Beschäftigten immer weiter nach unten bewegten (Ipsen 1991, 120ff.). Strukturelle Krisen und daraus hervorgehende Veränderungen wurden insbesondere von Brüchen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsform hervorgerufen. Die gesellschaftliche „Erneuerung“ war damit eine logische Konsequenz der bis dahin vonstatten gegangenen kapitalistischen Entwicklung (vgl. Leborgne, Lipietz 1994, 97ff.; auch Piore, Sabel 1989).

Im Gegensatz zu den meisten Periodisierungen, deren Schwerpunktsetzung in der Betrachtung der technischen Prozesse lag, wurde im regulationstheoretischen Ansatz neben den Veränderungen im technisch-ökonomischen Bereich (Produktionssystem) die Organisation des gesamten Produktions- und Reproduktionssystems einbezogen¹¹. Besonders in solchen Fällen, wo „politischen Entscheidungen ein erheblicher Einfluss auf die regionale Industrialisierung“ eingeräumt werden muß, ist es sinnvoll, mit einem so umfassenden Modell zu arbeiten (vgl. Kiesewetter 1989, 17ff.¹², dieselbe Ansicht vertraten Fremdling, Tilly 1979, Reulecke 1980 u.a.).

Da aber der Schwerpunkt der regulationstheoretischen Betrachtung auf der gesamtgesellschaftlichen Akkumulation liegt und damit auf einer hohen Abstraktion, müssen im Falle der kleinräumigen Analyse Faktoren, die nur begrenzte Gültigkeit besitzen, einbezogen werden, weil gerade diese die regionalen Spezifika adäquat wiedergeben können.

Die beiden genannten industriellen Revolutionsmodelle ließen sich wiederum unabhängig vom konkreten Verlauf i.d.R. „als gedankliche Hilfskonstruktion“ in einzelne Reifestufen zerlegen (vgl. Fischer 1972, 31).

Rostow entwickelte einen ökonomisch begründeten Ansatz zur Beschreibung des

¹⁰ Der Begriff wurde von Gramsci im Rahmen seiner politischen Theorie der „historischen Blöcke“ geprägt und von der französischen Regulationstheorie als Entwicklungsmodell „Fordismus“-Paradigma aufgegriffen (vgl. Leborgne, Lipietz 1994, 96).

¹¹ Regulationstheorie: Das Akkumulationsregime und die Regulationsform wurden genutzt, um die Entwicklung der westlichen Industrieländer zeitlich und räumlich differenziert zu analysieren.

¹² Industrialisierung soll nicht nur als technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftliches Wachstum auslösender Prozess verstanden werden, sondern auch als durch soziale und politische Veränderungen beeinflusster Prozess (vgl. Kiesewetter 1989, 17). Bei der regionalen Industrialisierung in Deutschland muß den politischen Entscheidungen ein erheblicher Einfluss eingeräumt werden.

Industrialisierungsverlaufes. Seiner Ansicht nach verläuft die Sequenz der ökonomischen und damit zugleich der gesellschaftlichen Entwicklung während der Periode der industriellen Revolution(en) unabhängig vom Industrialisierungstyp in drei wesentlichen Phasen (nach Zapf 1969, 292).¹³ Das traditionelle soziale Gefüge geht zuerst in eine lange Periode über, in der die Voraussetzungen des Aufstiegs geschaffen werden (Proto-Industrialisierung). Diese meist länger dauernde, vorbereitende Phase ging der kürzeren Phase des industriellen Aufschwungs immer voran. Deren Beschreibung und Erklärung ist für das Verständnis der eigentlichen Industrialisierung unerlässlich, denn hier kam es bereits zur Herausbildung wesentlicher Bedingungen: entsprechende Kapitalien, notwendige Maschinen, neue Erfindungen und nicht zuletzt die Übernahme der politischen Macht wirtschaftlich einflussreicher Gruppen (vgl. Zapf 1969, 286ff).

Der Beginn des Aufstiegs geht auf einen mächtigen Stimulus, z.B. eine technische Innovation, zurück und „es ist sinnvoll, einen relativ kurzen Zeitraum von zwei oder drei Jahrzehnten als die entscheidende Phase des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses zu betrachten.“ In dieser Reifephase wandeln sich Wirtschaft und Gesellschaft irreversibel (vgl. Zapf 1969, 286ff.). Mit der tatsächlichen Einführung der unterschiedlichsten industriellen Organisations- und Produktionsverfahren sowie -techniken begann dann die Aufstiegsphase selbst, die Phase des „Take-off“ in der Region.

In einer dritten, wiederum langen Periode wird der Umfang des Wachstums „normal“ und relativ automatisch, aber auch Stagnation und Niedergang können jetzt eintreten.

In die empirische Überprüfung des Ansatzes wurden neben den rein ökonomischen Kriterien wirtschaftlichen Wachstums als Indikatoren für den „Take-off“ auch Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich wie Bevölkerungsentwicklung und Machtstrukturen einbezogen. Die Beachtung dieser Faktoren hat insofern Bedeutung, weil die „Idee“ des wirtschaftlichen Fortschritts beim amerikanischen Modell gewöhnlich von außen kam und die Schaffung der industriellen Verhältnisse gewöhnlich mit enormen Bevölkerungsveränderungen verbunden war. Für das Aufgreifen neuer Ideen wurde zudem nur noch selten die herrschende Elite gewonnen. Der Durchbruch neuer Produktionsverfahren war an das Agieren fremder Eliten in Zusammenarbeit mit bislang unterprivilegierten Gruppen, die willens und fähig waren, Neues einzuführen und zu verbreiten, gebunden.¹⁴

Eigentlich als *Instrument zur gesamtgesellschaftlichen Analyse* entworfen, hat sich dieses Konzept der Analyse in den *Stufen „Vorbereitung - Aufstieg - Fortdauer/Abstieg“* auch auf regionaler Ebene als nützliches theoretisches Raster erwiesen (vgl. Kiesewetter 1980, 321¹⁵). Kiesewetter zerlegte den Prozess der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts unter Zugrundelegen ähnlicher Faktoren in eine Vorlaufphase (Proto- bzw. Präindustrialisierung) und in eine Phase des eigendynamischen Wachstums (vgl. Kiesewetter 1980, 309).

¹³ Völlig anders wurde Rostows Stadientheorie von Fischer interpretiert. Zum einen wurden sechs Stadien der Industrialisierung aufgezählt, zum zweiten spiegelten diese den gesamten bisherigen Industrialisierungsprozeß von der traditionellen Gesellschaft bis zur Postmoderne, mindestens aber zwei Industrialisierungswellen, die „frühe“ und die „fordistische“, wieder (vgl. Fischer 1972, 28f.). Während Zapf die Stadientheorie als Schema zur Veranschaulichung des abstrakten Ablaufs einzelner revolutionärer Wellen nutzte, beschreibt Fischer damit den gesamten Industrialisierungsprozeß.

¹⁴ Von Kiesewetter wurden als wichtigste Voraussetzung für eine regionale Industrialisierung das Vorhandensein ausreichender bzw. überschüssiger natürlicher Ressourcen (z.B. Kohle) und die potentiellen Möglichkeiten (technisch, organisatorisch, personell), diese Ressourcen zu nutzen, angegeben (vgl. Kiesewetter 1980, 321f.). Dabei mischten sich ökonomische mit außerökonomischen Gründen (Macht).

¹⁵ Fischer macht zwar einige Einwände geltend, kommt aber zum abschließenden Fazit, dass man Rostows Versuch „als Interpretation der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrhunderte ... trotz aller Verzerrungen und Überspitzungen nicht nur gelten lassen, sondern .. ihn zu den interessantesten und anregendsten Deutungsversuchen der letzten Jahre zählen“ muß (Fischer 1972, 31).

Ein Vergleich von Industrieregionen, die sich nach dem gleichen Entwicklungsmodell herausgebildet hatten, zeigt dennoch Unterschiede im Hinblick auf die sozialen Folgen dieses Prozesses, weil neben den allgemeingültigen Faktoren, die in einer ganz spezifischen Konstellation vorlagen, in den einzelnen Reifephasen zudem regionale Faktoren Einfluss auf die Herausbildung und spätere Entwicklung von Industrieregionen genommen hatten.

Was sind aber nun jene regionalen Faktoren, die das Spezifische und damit das „Typische“ eines Industrialisierungsverlaufes ausmachen. Das Interesse richtete sich bald nicht mehr auf die Darstellung von Kriterien, die vom konkreten Fall abstrahieren und allgemein zutreffendes hervorheben, sondern die Frage war: *was ist „typisch“ in den Grundlagen, in der Vorgeschichte oder im Verlauf eines einzelnen Falles, und was nicht.*

Dazu müssten alle Teilursachen und Begleitumstände des konkreten Prozesses vollständig untersucht werden, wie Bevölkerungsstruktur und -bewegung, Agrarstruktur und -reformen, vorindustrielle Gewerbestrukturen, Rohstoffvorkommen, Erfindungen, Kapitalapparat, Unternehmerschicht und deren Verhaltensweisen etc. (vgl. Fischer 1972, 465f.), was in der Regel über einen langen Zeitraum nur für eine begrenzte Region, und auch dort nicht in vollem Umfang, möglich ist.

1.1.2 Typen industrieller Entwicklung

Typen industrieller Entwicklung wurden in bisherigen Arbeiten an sehr verschiedenen Kriterien festgemacht. Das Ziel bestand dabei nicht wie bei den Modellen in der Gesamtbetrachtung des Prozesses, sondern im Gegenteil in der *Hervorhebung einzelner Aspekte, die den konkreten Fall der Industrialisierung besonders kennzeichneten.*

Häufigstes Kriterium der Einteilungen war jenes der *Zeit*, um die Industrialisierungen nach ihrem Beginn unterteilen zu können. Andere Klassifikationen erfolgten:

- nach den *prozestragsenden Akteuren*, im Hinblick auf Stellung und Rolle der Unternehmer und Arbeiter.
- nach der Bedeutung von *endogenen und exogenen Faktoren* bzw. dem Verhältnis zwischen beiden (Stimulus). Der Grad der Eigendynamik des Prozesses lässt sich von den in der Region vorhandenen Wirtschaftsstraditionen sowie den natürlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen ableiten.
- nach der *Rapidität* (Tempo), d.h. ob die Entwicklung eher evolutionäre oder revolutionäre Charakterzüge trug, und dem damit eng zusammenhängenden Aspekt der *Intensität* (Tiefe der Strukturverschiebungen), welche an den Folgen ablesbar ist.
- nach den Schwerpunktindustrien bzw. *wirtschaftlichen Motoren* der Industrialisierung.

Dass in der Realität immer eine Vielzahl der genannten Faktoren am Prozess beteiligt waren, erschwerte deren isolierte Betrachtung sowie eine darauf basierende Typenbildung. Werden mehrere der genannten Faktoren einbezogen, dann erhält man erneut zwei sich deutlich voneinander abhebende Typen, vergleichbar den Entwicklungsmodellen der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Auffällig häufig traten gleiche Faktoren in einer bestimmten Konstellation in gleicher oder doch sehr ähnlicher Ausprägung auf.

Das *Kriterium der Datierung* ist zunächst einmal schon insofern von Bedeutung, als hiermit Aussagen über gesellschaftliche Ursachen und Auswirkungen historisch-empirisch überprüft werden können. Nur wenn bekannt ist, wann der Prozess stattgefunden hat, kann eine Datenanalyse vorgenommen werden.

Gleichzeitig ist der Faktor Zeit aber auch von sachlicher Bedeutung, um verschiedene regionale Fälle

gegenüber stellen zu können, deren Industrialisierung zu unterschiedlichen Zeitpunkten und dennoch nach dem gleichen „Muster“ bzw. gleichzeitig aber nach verschiedenen „Mustern“ verlief. Nach dem Beginn des industriellen Aufschwunges wurden einzelne Regionen in industrielle Frühstarter (z.B. Sachsen, Schlesien, Rheinland) und Nachzügler (z.B. Bayern) unterschieden (vgl. Fischer 1972, 465ff.; Kiesewetter 1980, 305ff.; Briefs 1928, 231).

In Gerschenkrons Ansatz stellte das Einsetzen der industriellen Entwicklung dagegen kein formales Kriterium mehr dar, sondern wurde zur determinierenden Variable für den gesamten Verlauf der Industrialisierung. Mit seinem „Konzept der relativen Rückständigkeit“ wurde die „verspätete“ oder „abortive“ Industrialisierung zwischen 1890 und 1918 thematisiert und dem „normalen“ Typ, so wie er im 19. Jahrhundert verlief, gegenüber gestellt.

Seine These lautete, dass sich die Art der Industrialisierung direkt vom „Grad der Rückständigkeit“, im Sinne des Kriteriums „Zeitpunkt des Beginns“, der sich industrialisierenden Region ableitet und die Ursachen dafür in der Region zu suchen sind (vgl. Fischer 1972, 36).

Aus der Untersuchung der russischen Industrialisierung schlussfolgert er, je rückständiger ein Land oder eine Region, desto wahrscheinlicher ist ein diskontinuierlicher Start und ein großer Spurt, der zu relativ hohen Wachstumsraten der Industrieproduktion führt, desto stärker ist die Tendenz zu großen Betriebs- und Unternehmenseinheiten und die Betonung der Kapitalgüterproduktion, desto stärker ist die Rolle von Institutionen bei der Kapitalbildung und Unternehmensführung (Banken, Staat). Empirisch belegt wurden diese Zusammenhänge u.a. anhand der Analyse des Monopolisierungsgrades der Wirtschaft, der Verbreitung von Technologien, die eine Massenfertigung erzwingen, der Ausprägung von Kapitalballungen und damit verbunden der Unternehmerstruktur, der Eigentumsverhältnisse und der Struktur der beruflichen Qualifikation (vgl. Fischer 1972, 36ff.).

Die Unterschiede in den inneren Voraussetzungen und Industrialisierungsfolgen zwischen dem normalen und dem verspäteten Typ sind nach Gerschenkron einzig und allein ein Ergebnis des zeitlich unterschiedlichen Beginns der Industrialisierung. Durch die Vernachlässigung der Bedeutung äußerer Faktoren kann zumindest die industrielle Entwicklung von Regionen im 20. Jahrhundert, die „verspätete“ Industrialisierung, nicht ausreichend erfasst werden, denn die inneren Voraussetzungen hätten in vielen Fällen eine derartige Industrialisierung gar nicht zugelassen, und erst das Wirken starker äußerer Einflüsse führte zur industriellen Entwicklung, die auch andere Folgen hatten als der „normale“ Typ.

Das Kriterium der Zeit wurde gesetzt, um aufeinanderfolgende und ineinander übergehende Entwicklungsmodelle als Typen der Industrialisierung gegenüberzustellen.

Zur Feststellung verschiedener Industrialisierungstypen wurden weiterhin die Figur des Unternehmers sowie die Arbeiterschaft analysiert. In der Geschichte traten mindestens zwei unterschiedliche *Typen von Unternehmern* auf. Anfangs waren es die Eigentümer, später dann die Manager. Diese hatten jeweils eine andere soziale und ökonomische Stellung und ein unterschiedliches Interesse an der Industrialisierung.

In der frühen Phase der Industrialisierung war der Kapitalbedarf gering und die Betriebsgröße überschaubar, so konnte der Unternehmer zugleich auch Eigentümer sein. Diesen Typ des Unternehmers verkörperte der „Erfinder-Unternehmer“ des Englands im 18. Jahrhundert, in seiner Hand konzentrierte sich Kapital und Arbeit. Er stellte eine Mischung aus bäuerlicher Zähigkeit, handwerklicher Geschicklichkeit und technischer Fähigkeit dar. Er war Handwerker, Erfinder, Techniker, Unternehmer und Händler zugleich (vgl. Selmeier 1984, 102).

Ein anderes Unternehmertum brachte der Fortgang der industriellen Entwicklung mit der Konzentration der vielen kleinen zu immer stärkeren und größeren Unternehmen mit sich. Es entstand der typische Großindustrielle der wilhelminischen Zeit, ein neuer Typ erbter Unternehmerschaft. Diese Unternehmer

waren nicht Einzelbesitzer und Einzelbetriebsführer, sondern Anteilseigner und Gründer (vgl. Conze 1976, 624).

In dem Maße wie diese Unternehmen weiter wuchsen, sich konzentrierten, fusionierten und in Aktiengesellschaften umwandelten, sich in Kartellen und Verbänden organisierten, wurden um so mehr Führungs- und Verwaltungskräfte erforderlich. Die Berufsgruppe des „bezahlten Unternehmers“ wurde geschaffen. Ihrer Herkunft nach stammten sie aus dem Reservoir mittelständischer Familien des Handwerks und des Handels. Die Elitenbildung der Wirtschaft und damit die Bildung der neuen gesellschaftlichen Führungsschicht spielte sich in dieser Phase ab und nicht in der früheren Phase der Betriebsgründungen.

Mit der Trennung von Unternehmer und Eigentümer änderte sich die Persönlichkeit und das Tätigkeitsmotiv. Die Vielfalt an privaten Erfinder-Unternehmertypen machte einem gewinnorientierten Kapitalverwalter Platz, der oftmals direkt oder indirekt in staatlichem Dienst stand.

Ebenso wie der Unternehmer änderte sich auch die *Struktur der Arbeiterschaft*. Zum Beginn der Industrialisierung wurden Arbeiter mit dem entsprechenden handwerklichen Wissen und Können gebraucht. Deren Interesse am technischen Fortschritt sowie ihre Betriebsverbundenheit ermöglichten den Aufschwung der vielen kleinen Unternehmen (vgl. Selmeier 1984, 102).

Die Konzentration der Unternehmen, und das Einsetzen der Massenproduktion erforderte einen anderen Typ von Arbeiter. Die „fordistischen“ Arbeits- und Produktionsmethoden bedurften solcher Eigenschaften, welche einer Negation der beruflichen Qualifikation gleichkamen. An die Stelle der aktiven Beteiligung von Intelligenz, Phantasie und Initiative traten rationalisierte und automatisierte Arbeitsprozesse. Die Unterwerfung unter Ordnung und Exaktheit waren verbunden mit dem Verlust von Spontaneität und einer Rationalisierung des gesamten Privatlebens (vgl. Rodriguez-Lores 1995, 60f.). Damit standen diese Anforderungen im Gegensatz zu den bislang notwendigen handwerklich-fachlichen Fähigkeiten und subjektiven Voraussetzungen (vgl. Ipsen 1991, 124 und 148ff.).

Andere wichtige Kriterien zur Unterteilung waren *Spontaneität und Verlauf des Prozesses*.

Der *spontan einsetzende, evolutionäre Prozess* überformte ein vorher schon ausgeprägtes Manufakturwesen oder eine häusliche Gewerbestruktur industriell (z.B. sächsisches Erzgebirge, vgl. Reulecke 1980, 53). Der bereits vorhandene gewerbliche Ausbau ging häufig auf den Zwang zum Nebengewerbe der Landwirte (schlechter Boden, kleine Güter) oder Bergleute (in Relation zur Familiengröße geringe Verdienste) zurück. Zugleich war von dort eine gute Verkehrsanbindung via Straße oder Wasser in die oftmals entfernt liegenden überregionalen Märkte geschaffen worden. Der frühe gewerbliche Ausbau brachte einen zeitigen Arbeitskräftezufluss mit sich sowie handwerkliche Vielseitigkeit und eine gewisse Spezialisierung der ansässigen Arbeitskräfte. Die in mehreren Generationen heimisch gewordene Bevölkerung konnte relativ leicht in die Fabriken umgesetzt werden und den Prozess der Industrialisierung übernehmen, so dass sich weitere Arbeitskräftezuwanderungen nur begrenzt notwendig machten.

Der typisch evolutionäre, endogen stimulierte Industrialisierungsverlauf begann mit der Gründung durch ansässige Unternehmer und bescheidene Anfangskapitalien, ging weiter über deren erfolgreiche Ausweitung und setzte sich schließlich in der Vererbung der Familien(-Großunternehmen) an Kinder und Enkel fort.

Im Gegensatz dazu veränderte die *revolutionär verlaufende Industrialisierung* alte Ackerbürger- und Handwerkerstädte bzw. -gemeinden innerhalb kurzer Zeit in Industriemetropolen. Rapidität und Intensität der Veränderungen waren dabei meist irreversibel.

Oftmals war dieser Verlauf zudem *exogen stimuliert* worden, weil die regionale Wirtschaft weder kapitalstark noch mächtig genug war, eine solche Entwicklung aus eigenen Kräften zu initiieren, geschweige denn zu vollziehen. Das regionale Entwicklungsniveau der Wirtschaft und die Mentalität des regionalen Unternehmertums bildeten selten den Auslöser für eine derartige industrielle Entwicklung, mitunter standen diese sich sogar konträr gegenüber. Nicht mehr der Einzelunternehmer trug diesen Prozess, sondern staatliche oder halbstaatliche Gesellschaftsorganisationen. Aufgrund der benötigten Kapitalmengen bot sich die Organisationsform der Aktiengesellschaft vor allem in der Schwerindustrie, im Bergbau, der chemischen Industrie oder der Elektrizitätswirtschaft an (vgl. z.B. Conze 1976, 623f.).

Seit der Jahrhundertwende wurden staatliche Aktivitäten zum wichtigsten Anstoß der industriellen Entwicklung, wobei der Staat aus zweierlei Gründen in den Prozess der Industrialisierung eingriff: zum einen, um bestimmte Rahmenbedingungen zu schaffen, vor allem eine entsprechende Infrastruktur (wie Straßen oder Bildung). Zum anderen hatte er in zunehmenden Maße dafür Sorge zu tragen, den sozialen Frieden zu erhalten (vgl. Reulecke 1980, 53).

Der Merkantilismus des 18. und 19. Jahrhunderts als eine Form der absolutistischen Herrschaftspolitik zielte auf die Förderung der Wirtschaft ab und hatte der Industrialisierung den Weg geebnet¹⁶. Nach der Reichsgründung 1871 bestimmte dann die politische Liberalisierung die Form der Industrialisierung. Regionale Entwicklungen wurden stärker als zuvor Teil eines nationalen Industrialisierungsprozesses. Trotz dieser staatlichen Interventionen konnten sich die Regionen bis 1918 gegenüber der Nation in Gestalt der Reichsregierung eine politische und ökonomische Autonomie bewahren (vgl. Kiesewetter 1980, 307). Erst in der Zwischenkriegszeit wurden die Spielregeln einer liberalen und individualistischen Wirtschaftsverfassung in den (staats-)monopolistischen Wirtschaftsstrukturen weithin aufgehoben (vgl. Briefs 1928, 233). Die bis dahin gültigen Spielregeln beruhten auf Konkurrenz, Selbstverantwortung sowie rein individualwirtschaftlich gelenkten Entscheidungen. Diese wurden mit der staatlich gelenkten und unterstützten Kapital- und Betriebskonzentration ausgeschaltet. In der Praxis waren Subventionierungen, Regulierungen und Verbote oft protektionistisch darauf bedacht, bestehende Institutionen zu erhalten und Veränderungen zu verhindern oder einzelne Industriezweige zu privilegieren und zu fördern (vgl. Pollard 1980, 17). Die in einigen Industriezweigen wie der Elektrizitätswirtschaft und der Braunkohlenindustrie vorzufindenden und im Verhältnis zu anderen Industrien überproportionalen Wachstumsraten gingen fast ausschließlich auf derartige umfangreiche direkte Subventionen oder sonstige öffentliche Hilfen zurück.

In der monopolistisch bzw. semimonopolistisch organisierten Industriegesellschaft war der Umfang staatlicher Eingriffe deutlich größer als in der konkurrenzwirtschaftlichen Phase. Tilly stellte dazu fest, *dass die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ein regionales Phänomen, diejenige des 20. Jahrhunderts dagegen ein Produkt politischer Entscheidung war* (vgl. Tilly 1979, 10).

Auch von Klatt wurden außerökonomische Tätigkeiten als sogenannte „aktive Regler“ für die ökonomische Entwicklung und deren Konsequenzen verantwortlich gemacht. Der Prozess der Industrialisierung verlief in verschiedenen Kulturkreisen oder unter verschiedenen politischen Regimes (oder auch politischen Konstellationen) unterschiedlich und „Impulse“ wie Bevölkerungswachstum und technischer Fortschritt stellen daher keine festen Größen dar, sondern wirken in verschiedenen Stadien oder unter verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen in verschiedener Intensität (vgl. Fischer 1972, 22ff.).

Auf die *Schwerpunktindustrien resp. wirtschaftlichen Motoren* der Entwicklung ist bereits an früherer Stelle eingegangen worden (vgl. Abschnitt 1.1.1). Der „klassischen“, d.h. englischen Variante, im

¹⁶ Industriepolitik des Merkantilismus: Förderung von Textilindustrie und Bergbau, meist auch Staatsteilnahme.

wesentlichen auf der Wachstumsdynamik von drei Sektoren: der Textil-, insbesondere der Baumwollindustrie, der Steinkohlenindustrie und der Eisen- und Stahlindustrie basierend (vgl. Kiesewetter 1986, 41), folgten jene zu Konzentration und Vergesellschaftung neigenden Zweige wie Kohle, Eisenerz und Eisenbahnbau als Führungssektoren (vgl. Kiesewetter 1980, 321). In sich später industrialisierenden Ländern oder Regionen übernahmen Braunkohlen-, Energie- und Chemieindustrie oder der Automobilbau diese Führungsrolle (vgl. Briefs 1928, 232; Selmeier 1984, 102; Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 187).

Im 19. Jahrhundert hatten regionale Faktoren eine bestimmende Rolle für den Verlauf der Industrialisierung gespielt, so dass es trotz der Übereinstimmung in den technischen und z.T. auch wirtschaftlichen Grundlagen dennoch zu einer Reihe von unterschiedlichen Verläufen und Folgeerscheinungen kam. Diese wurzelten in den gleichzeitig zur Geltung kommenden vielfältigen Voraussetzungen im politisch-administrativen oder im soziokulturellen Bereich, den endogenen Faktoren. *Die Vielzahl an regionalen Verläufen und Eigenheiten verschwand mit der stärker werdenden Zentralisierung der Macht in Preußen nach 1871 sowie der Monopolisierung der Unternehmen um die Jahrhundertwende. In den 1920er Jahren hatte diese Entwicklung zu einem relativ einheitlichen Muster staatlich gesteuerter, exogen bestimmter regionaler Industrialisierung geführt* (vgl. dazu Kiesewetter 1989, Fischer 1972, Tilly 1979, Zorn 1972)¹⁷.

Die Vielzahl an Typen verschwand, dennoch kennzeichnete die Konstellation der am Industrialisierungsprozess beteiligten Faktoren einzelne Verläufe als vom allgemeinen Modell abweichend. Unter den Gegebenheiten der allgemeinen Entwicklung hatten unbedeutende Abweichungen in den Ausprägungen regional richtungsbestimmende Auswirkungen gehabt (vgl. Köllmann 1975, 46f., beschleunigende oder retardierende Momente z.B. Umfang von Kapitalzufluss und der Import von Führungskräften).

1.2 Die Bevölkerungsmobilität – soziales Kennzeichen der Industrialisierung

Die „Geschichte“ der Mobilität begann zugleich mit der industriellen Gesellschaft. Mobilität wurde zum prägenden Verhaltensmerkmal der (Erwerbs-)Bevölkerung, zum Ausdruck einer neuen Kulturform - der mobilen Gesellschaft (vgl. dazu Langewiesche 1979, 70; Köllmann 1974, 141). Deutlicher Ausdruck für diesen engen Zusammenhang von Mobilität und Industrialisierung ist der Zeitpunkt des Beginns der sozialwissenschaftlichen Erforschung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Beide Prozesse, Mobilität und Industrialisierung, verliefen nicht eindeutig, sondern wechselseitig. Unterschiedliche Formen der *Bevölkerungsmobilität traten nicht nur als abhängige, sondern auch als unabhängige Variablen der gesellschaftlichen Veränderungen* auf. Bekanntermaßen erzeugten und beschleunigten die mittelbaren und unmittelbaren Einflüsse der wirtschaftlichen Veränderungen die Mobilität, aber andererseits wäre *das rein technisch mögliche wirtschaftliche Wachstum ohne die massenhaften Wanderungen und Statuswechsel der Erwerbsbevölkerung nicht zu realisieren gewesen*.

1.2.1 Horizontale und vertikale Mobilität – inhaltliche Bestimmung und Schwerpunkte der Forschung

Einen ersten Schwerpunkt soziologischer Untersuchungen stellten in Deutschland die sozialen und politischen Vorbedingungen der (regionalen) Industrialisierung dar, die neben den (fundamentalen)

¹⁷ Eine Fülle von Untersuchungen beschäftigt sich mit den regionaltypischen Verläufen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Einzelne Länder bzw. Landesteile werden in ihrer Entwicklung gegenüber gestellt. Aufgrund einzelner Merkmale werden unterschiedliche Typen gebildet.

Voraussetzungen im ökonomischen Bereich existieren mussten, und ohne deren Vorhandensein der Prozess nicht in Gang gekommen wäre: wie eine „Reservarmee“ von Un- und Unterbeschäftigten, eine gesellschaftliche Schicht von Unternehmern oder auch staatliche Institutionen und Organisationen, die den Aufbau bestimmter Industriezweige förderten (vgl. Fischer 1972, 23f.; Kiesewetter 1986, 41).

Stärker stand jedoch die Untersuchung der sozialen Folgen der Industrialisierung, wie die Veränderungen im gesellschaftlichen Herrschafts- und Wertesystem, in den Verhaltensweisen und in den sozialen Strukturen, im Mittelpunkt des soziologischen Interesses (vgl. Endruweit, Trommsdorf 1989, 292f.).

So galten in der industriellen Frühzeit Landflucht und Urbanisierung sowie Proletarisierung, Entfremdung und Verschärfung der Klassengegensätze als zu behandelnde Probleme, aber auch die Herausbildung einer staatlichen und industriellen Bürokratie. Von der Untersuchung dieser Probleme, die häufig eng mit der regionalen Mobilität zusammenhingen, wurde später zur Durchführung sog. Herkunftsstudien übergegangen (aus welchen Schichten rekrutieren sich Wissenschaftler, Beamte, Arbeiter, etc., vgl. den Beitrag von Bolte 1969). Grund dafür waren die nun erfolgenden kollektiven Aufwertungen neuer und Abwertungen alter Berufe, was die rasche Ausbreitung einzelner Schichten förderte und gleichzeitig die anderen hemmte. Aber auch innerhalb der neu entstandenen Schicht der Arbeiterschaft kam es zu (meist) funktional determinierten Abgrenzungen, die in den Mittelpunkt des Interesses rückten.

Im fortgeschrittenen Stadium der Industrialisierung waren immer häufiger die sozialen Folgen der zum Einsatz kommenden Arbeitstechniken (Automation) und der inhumanen tayloristischen Rationalisierungen in der Großindustrie fordistischer Prägung Gegenstand soziologische Forschungen.

In der BRD rückte in den Jahren des Wirtschaftswunders die Integration der für die großindustrielle Produktion herbeigeholten Arbeitskräfte anderer Kulturkreise in das Bewusstsein der soziologischen Forschungen (vgl. Kneer 1995, 150ff.). Ein wichtiges Thema der Wanderungsforschung basierte auf den mit der Einwanderungswelle in die sog. Immigrationsländer in den 1950er/60er Jahren verbundenen sozialen Konflikten. Die Felder der Forschung verschoben sich mehr in die psychologische und sozialpsychologische Richtung, was eindeutig auf ethnischen und rassistischen Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und Ansässigen beruhte. Anpassung, Integration und Assimilierung der Zugewanderten waren zu Schwerpunktthemen geworden.

In der DDR befassten sich die Forschungen zum Thema Mobilität zum einen mit der Untersuchung von staatlich gelenkten Wanderungen an die neuen Industriestandorte (vgl. die Beiträge von Grundmann 1989; Grundmann, Schmidt 1988 und 1990; Koch 1986), zum anderen mit der Veränderung der Klassen- und Schichtenstruktur, als deren hauptsächliche Determinante die sozialistische Wirtschaftsbereichsstruktur galt, die aber auch von der Migration direkt beeinflusst wurde (vgl. den Beitrag von Löttsch 1993). Die Migrationsforschung der DDR unterstützte das Anliegen der sozialistischen Wirtschaftsplanung. Die sozialstrukturelle Durchdringung des Migrationsprozesses stellte sozusagen eine theoretische Voraussetzung zur Umsetzung veränderter Reproduktionserfordernisse der territorialen Bevölkerungsstruktur, die mit dem Übergang zu anderen Produktionsformen entstanden oder entstehen sollten, dar.

Kaum Beachtung in der Migrationssoziologie fand dagegen die von mir aufgeworfene Fragestellung nach den regional begrenzten, *sozialen Spätfolgen der Mobilität früherer Industrialisierungsperioden sowie der Ausprägung eines typischen Mobilitätsverhaltens*. Sowohl Umfang und Struktur der Arbeitsplatzwanderungen als auch die sozialen Umschichtungen bis in die 1980er Jahre schufen sowohl einen unverkennbaren sozialen Raum als auch eine charakteristische soziale Gruppe.

Der Terminus „Mobilität“ wurde seit seiner Einführung in die sozialwissenschaftliche Fachsprache durch Sorokin im Jahr 1927 („Social Mobility“) zur Bestimmung unterschiedlicher Inhalte bzw. sozialer

Sachverhalte angewendet (vgl. Sauer 1976, 5; Kneer 1995, 15ff.).

Den einen Pol bildete die Definition der Mobilität von Sorokin, der als Hauptformen die „vertikale“ soziale räumliche und die „horizontale“ soziale räumliche Mobilität nannte (siehe Tabelle 1). Darin kommt zum Ausdruck, dass die Forschung zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich die mit den *massenhaft erfolgenden Arbeitskräftewanderungen* einhergehenden sozialen Bewegungen (Professionalisierung bis Verarmung) als regionale Phänomene wahrgenommen hatte. Die räumliche Mobilität war auf das engste mit der sozialen Mobilität verbunden und wurde damit selbst zur sozialen Erscheinung von großer Wichtigkeit sowie mit bedeutenden Folgen (vgl. Horstmann 1976, 104). Noch Jahrzehnte später setzte Fourastie in seiner Dreissektorentheorie die Verschiebung zwischen den drei Wirtschaftssektoren einer Wanderung gleich, weil die Industrialisierung und die sektorale Verschiebung der Berufstätigkeit vom 1. hin zum 2. Sektor eine massenhafte geographische Wanderung erfordert hatte, denn das industrielle Wachstum führte zu einer räumlichen Konzentration der Arbeiterschaft.

Die dazu konträre Position definiert jede Form der Mobilität als eine soziale Bewegung ohne räumlichen Aspekt (vgl. Bolte 1958, 40; Sauer 1976, 7). Eine horizontale soziale Mobilität ist eine Bewegung zwischen Positionen auf gleicher bzw. vergleichbarer Ebene. Vertikale Mobilität liegt immer dann vor, wenn die erfolgte Bewegung innerhalb der untersuchten Gesellschaft oder sozialen Gruppe als Auf- oder Abstieg gilt (vgl. Bolte, Recker 1976, 40ff.). Sowohl die horizontale als auch die vertikale Mobilität stellten zwei verschiedene Aspekte der sozialen Mobilität dar. Die Begriffe dienten der analytischen Zerlegung einer sozialen Bewegung in eine Positions- und eine Statusveränderung. Der räumliche Aspekt, der Ortswechsel, wurde in der Definition der sozialen horizontalen Bewegung dagegen nicht berücksichtigt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Definitionen der Mobilität

Vertreter	Begriffe der Mobilität	abgebildete Sachverhalte
Sorokin, Fourastie	horizontale soziale räumliche vertikale soziale räumliche	horizontale und vertikale soziale Bewegungen haben zugleich immer einen räumlichen Aspekt
Franz, Albrecht, Horstmann	horizontale räumliche vertikale soziale	ein räumlicher, ein sozialer Aspekt
Tumin, Bolte	horizontale soziale vertikale soziale	Positions- und Statusveränderung werden betrachtet, kein räumlicher Aspekt

In der Regel steht Mobilität jedoch als Oberbegriff für beides: horizontale Bewegungen und vertikale Veränderungen. In der Horizontalen findet der Prozess der Ortsveränderung statt - also eine Bewegung im Raum. Die vertikale Bewegung ist identisch mit der sozialen und erfasst soziale Auf- und Abstiegsprozesse (vgl. Bolte 1969, 43; Tabelle 1). Obwohl beide Arten der Mobilität häufig in irgendeiner Verbindung miteinander auftreten, handelt es sich hierbei um zwei Prozesse. Für die Analyse werden die eigentlich zusammengehörenden Prozesse der sozialen und räumlichen Mobilität getrennt, um ihren spezifischen Beitrag an den sozialen Veränderungen zu erfassen.

Wurde der Begriff „Mobilität“ verwendet, dann handelt es sich aber in jedem Fall um die Beschreibung tatsächlich vollzogener Bewegungen eines Individuums zwischen den definierten Einheiten (z.B. Wohnort, Beruf) eines System, nicht um die Bereitschaft dazu. Jede Form der Mobilität ist ein Anpassungsverhalten an sich verändernde Bedingungen und kann unterschiedliche Funktionen erfüllen: nämlich die Funktion der Stabilisierung, der Destabilisierung oder der Innovation gesellschaftlicher

Strukturen. Mitunter genügt die Ausführung von einer der beiden genannten Mobilitätsarten, um bestehende Defizite auszugleichen, in anderen Fällen liegen beide Arten der Anpassung vor.

Die vorliegende Arbeit folgt der zuletzt genannten Auffassung, wonach die eine Art der Mobilität als Bewegungen im geographischen Raum, die andere Art als Veränderungen im sozialen Raum (Bewegung zwischen sozialen Positionen oder Schichten) definiert wird. Zur Herausbildung der in der untersuchten Industrieregion vorgefundenen sozialen Konstellation hatten beide Mobilitätsarten gleichermaßen beigetragen. Der erwerbsarbeitsbezogenen räumlichen (freiwilligen bis Zwangs-)Mobilität kam während des Aufbaus der Braunkohlenindustrie um die Jahrhundertwende bis Anfang der 1950er Jahre eine dominante Rolle zu. In der Phase des Aufbaus der sozialistischen Grundstoffwirtschaft und dem Ausbau der Braunkohlenindustrie in der Region seit Mitte der 50er Jahre gewann die soziale Mobilität im Sinne des Wechsels aus anderen Branchen und Berufen in die Braunkohlenwirtschaft an Bedeutung. Insbesondere die anhaltenden Bevölkerungsabwanderungen seit den 1960er Jahren und die gleichzeitig festzustellende kontinuierliche Zunahme des Beschäftigtenanteils in der Kohleindustrie deuten darauf hin.

Nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung 1990 schlug jene, die Herausbildung und Fortentwicklung der Industrie ständig begleitende räumliche und soziale Mobilität der Bevölkerung in Sesshaftigkeit um. Wie lässt sich diese Verhaltensänderung erklären, welche Ansätze sind vorhanden und inwieweit sind diese brauchbar, um das hier vorliegende Phänomen zu erfassen?

Der soziologischen Beurteilung des Mobilitätsverhaltens der Braunkohlenarbeiter wird zunächst eine genauere inhaltliche Bestimmung der genannten Dimensionen des Begriffes „Mobilität“ vorangestellt.

1.2.2 Wanderungen und Arbeitsplatzwanderungen – Gründe, Ausprägungen, Folgen

Zur Erfassung der unterschiedlichen Gesichtspunkte von Wanderungen existieren in der Migrationsforschung zwei Betrachtungsweisen. In Abhängigkeit von Datenlage, Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsziel erfolgt der *Zugang über die Makro- und/oder die Mikroebene*. Einmal wird die Migration von außen her gesehen, d.h. es wird mittels der aggregierten Daten aus der Statistik beobachtet, wie die Migration objektiv erfolgte (vgl. Wittmann 1975, 26). Die Betrachtung auf der Mikro-Ebene geht dagegen von den migrierenden Personen aus mit dem Ziel, die mehr oder weniger rational getroffene Entscheidung des einzelnen Individuums oder einer Gruppe zur Migration zu erklären (vgl. Wittmann 1975, 26 und 46f.).

Für die Untersuchung der Arbeitermobilität vergangener Perioden wurde der Zugang über die Auswertung von Strukturdaten beschritten, d.h. über die Makro-Ebene. Zur Interpretation der subjektiven Dimension standen zudem Individualdaten aus früheren sozialhistorisch angelegten Studien zur Verfügung.

Die geographische Bewegung stellt also jene Form der Mobilität dar, deren *Wesen die Ortsveränderung* ausmacht. Alternativ wird von räumlicher, geographischer oder regionaler Mobilität, von horizontaler Bewegung, *Migration oder Wanderung* gesprochen. Im engeren Sinne werden mit dem Begriff der Migration räumliche Bewegungen mit dauerhaftem Wohnsitzwechsel (ab Überschreiten der Gemeindegrenzen), im weiteren Sinne alle Bewegungsvorgänge von Personen oder Gruppen im Raum bezeichnet, und zum Dritten ist damit auch die Pendelwanderung zwischen Wohn- und Arbeitsort gemeint (vgl. Albrecht 1972, 22f.).

Dem Ziel der Erfassung räumlicher Mobilität in ein bzw. aus einem administrativ abgegrenzten, damit geographisch fixiertem Gebiet¹⁸ wird der Wanderungsbegriff im engeren Sinne gerecht: *vorübergehende*

¹⁸ Interesse beanspruchen primär die Zu- und Abwanderungen in das/aus dem Untersuchungsgebiet (vgl. Kapitel 2). D.h. insofern

und dauernde Wohnsitzverlegungen von Personen oder Gruppen.

Eine derartige Definition der Migration als „eine langfristige, dauerhafte bzw. auf Dauer angelegte Verlagerung des Wohnortes, bei der politische (Gemeinde-, Kreis-, Landes- oder Staats-)Grenzen im geographischen Raum überschritten werden“, enthält das Kriterium der „Überschreitung administrativer Grenzen“ und erlaubt damit die Verwendung der Bevölkerungsstatistik (vgl. dazu Sauer 1976, 9f.; Kneer 1995, 156).

Allen Definitionen der „Migration“ bzw. „horizontalen Mobilität“ ist gemein, dass sie diese als Bewegung mit Zielpunkt von Einzelpersonen oder Gruppen im Raum ansehen.

Im einfachsten Fall wurde die räumliche Mobilität also erklärt, indem einzelne ihrer „äußeren“ Merkmale beschrieben wurde. Aus häufig oder massenhaft auftretenden charakteristischen Verknüpfungen einzelner Merkmale wurden Regelmäßigkeiten oder Typen regionaler Mobilität abgeleitet.

Der erste Versuch einer solchen Ordnung der Wanderung wurde von Ravenstein unternommen (1885, vgl. Franz 1984, 53). Da es sich bei den untersuchten Wanderungen um Massenerscheinungen handelte, wurde lediglich die amtliche Wanderungsstatistik zur Erklärung des Wanderungsgeschehens ausgewertet.¹⁹

Den amtlichen Unterlagen wurden *Umfang, Richtung und demographische Merkmale der Wandernden* entnommen. Aus dem Vergleich der Bevölkerungsstände zu unterschiedlichen Zeitpunkten wurde der *quantitative Einfluss der Wandernden auf die Bevölkerungsanzahl und deren Zusammensetzung* ermittelt. Dieses Vorgehen wird in Bezug auf die Verdeutlichung der Größenordnungen der Wanderungen als sinnvoll befunden und findet aus diesem Grund in der Arbeit Anwendung (vgl. Abschnitt 2.2).

In später folgenden Untersuchungen flossen weitere Kriterien ein, u.a. das der Freiwilligkeit und der Motivation. Die Absichten und Ziele der Wandernden rückten neben dem reinen Bewegungsvorgang ins Blickfeld der Untersuchung, um den Wanderungen einen bestimmten Zweck unterstellen zu können. Daneben existieren auch noch Definitionen der Wanderungsmobilität, die den Vorgang einschränkend an eine Reihe von Vorbedingungen knüpften²⁰, um dem umfangreichen Phänomen Wanderung auf andere Art und Weise beizukommen. Die entstandenen Typologien von räumlichen Bewegungen bezogen neben den quantitativen Kriterien zur Wanderungsdistanz qualitative Kriterien, wie die Geschwindigkeit des damit verbunden sozialen Wandels oder die Freiwilligkeit der Wanderung, in die Betrachtung ein und basierten somit auf mehreren Unterscheidungsdimensionen (vgl. Fairchild 1925; Heberle 1955; Petersen 1972). Mitunter erfolgte eine Zuordnung der erstellten Typen zu gesellschaftlichen oder kulturellen

es sich um Zuwanderungen in das Kohlenrevier handelte werden hauptsächlich die Gründe, die im Zuwanderungsgebiet bestanden hatten, aufgezählt und die erfolgten Anpassungsprozesse betrachtet. Die Abwanderungen aus dem Revier werden ebenfalls nur in ihrer Bedeutung für dieses Gebiet untersucht. Im ersten Fall werden die Veränderungen in den Abwanderungsgebieten nicht betrachtet, im zweiten die Auswirkungen der Wanderungen auf die einzelnen Zielgebiete.

¹⁹ Ravenstein stellte aufgrund der ihm vorliegenden Untersuchungsergebnisse acht (empirische) Gesetze auf, die der Migration zugrunde lagen und die damaligen empirischen Regelmäßigkeiten sehr zutreffend abbildeten. Zumindest das achte Gesetz scheint sich seitdem immer wieder zu bestätigen, demzufolge vornehmlich solche Regionen erhebliche Zuzüge haben, wo ausreichend Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind.

Ravensteins Gesetze: 1. Migration über kurze Distanzen (25-30 km) ist häufiger als über lange (75-100 km). Sie erfolgt in Richtung der Industriezentren; 2. Der Umfang der Wanderungen nimmt mit wachsender Industrialisierung zu, aber nicht uneingeschränkt; 3. Absorbiert werden hauptsächlich Personen aus den näher gelegenen ländlichen Regionen in die städtischen Industrieregionen. Dort entstehende Lücken werden durch Zuwanderungen aus weiter entfernt liegenden Gebieten geschlossen u.s.w. (step by step Migration); 4. Die Zahl der Migranten zwischen zwei Gebieten nimmt mit wachsender Entfernung ab; 5. Jeder Migrationsstrom erzeugt Gegenwanderungen; 6. Auf dem Land geborene Personen sind mobiler als in der Stadt geborene; 7. Frauen sind mobiler als Männer; 8. Das ökonomische Moment der Wanderungen (vgl. Franz 1984, 53).

²⁰ Bei Hoffmann-Novotny findet sich dazu eine umfangreiche Aufzählung, Klassifizierung und Beschreibung solcher Definitionen und adäquater Forschungsansätze (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 50ff.; siehe auch Albrecht 1972).

Entwicklungstypen.

Heberle strebte mit seiner *historisch-soziologischen Typenreihe an, Verlauf, Bedingungen und Folgen von Wanderungen* in eine systematische Ordnung zu bringen (vgl. Heberle 1955, 2). Dabei zielten seine Untersuchungen auf den Nachweis von geschichtlich bedeutsamen Wanderungstypen ab. Zur Klassifikation dienten deshalb Kriterien wie der historische Gesellschaftstyp (Nomaden, Feudalstaat), der soziale Verband (Nation, Verband) und die Freiwilligkeit der Wanderung (vgl. Heberle 1955, 8).

Eine andere umfassende Typologie der Migration stammt von Petersen (vgl. Albrecht 1972, 31ff.; Szell 1972, 95ff.). Räumliche Wanderung wurde an das Auftreten von kulturellen Wechseln gebunden, d.h. „es gelten nur jene Ortsveränderungen als Migration, wo das abgebende und das aufnehmende System kulturell verschieden sind“ (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 51). Das Schema weicht vom Grundprinzip der „push and pull“ - Wanderungen ab und unterstellt ein soziales „Trägheitsprinzip“, nach dem soziale Gruppen zum Gleich- bzw. Verbleiben tendieren, wenn sie nicht gezwungen werden, sich zu verändern. Zu seinen fünf Wanderungstypen: primitive, erzwungene, vertreibende, freie und Massenwanderung, gelangte Petersen, indem er erstens zwischen Sammlern / Nomaden sowie zwischen bäuerlichen / industriellen Kulturen unterschied. Das zweite zentrale Kriterium der Typologie stellt die Unterscheidung zwischen innovativer und konservativer Wanderung dar. Um konservative Wanderungen handelt es sich dann, wenn damit der einmal bezogene Status beibehalten werden soll, die Bedingungen am Wegzugsort dafür aber nicht mehr gegeben waren. Damit wurde bereits eine Berücksichtigung möglicher Ursachen der Mobilität vorgenommen, was von der Ebene der beschreibenden Typologie zu den die Typologie erklärenden Faktoren führte.

Die Anzahl der einbezogenen Faktoren und damit der Typologien der Migration nahmen ständig zu. Sie hatten zudem kaum einen Bezug zueinander, denn jede Typologie wurde entweder für einen bestimmten Fall entwickelt und war nur begrenzt auf andere anwendbar oder entstand als reines Typen-Konstrukt, dem die vorgefundenen Wanderungen zugeordnet wurden (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 47).

Um dem gesellschaftlichen Problem „Mobilität“ besser gerecht zu werden, wurde begonnen, die soziologischen Determinanten der Migration mit Hilfe von Modellen oder Theorien²¹ zu untersuchen. Mittels der Modelle bzw. Theorien der Migration sollte begründet werden, warum und in welchem Umfang Migration stattfindet bzw. welche Konsequenzen die Wanderungen haben. Die Migration konnte als abhängige Variable auftreten (Erklärungsgegenstand, d.h. was löst Mobilität aus) oder als unabhängige Variable (Folgen der Mobilität, z.B. Ausmaß des sozialen Wandels; vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 84).

Hier sollen kurz die wichtigsten Richtungen besprochen werden, welche zur Interpretation der eigenen Ergebnisse genutzt werden können (vgl. Kapitel 4 bis 7, z.B. Abschnitt 4.5 oder 6.6).

Die drei am häufigsten verwendeten Migrationsmodelle sind (A) die Gravitations-(Distanz-)theorien, (z.B. Thomlinson, Stouffer), (B) die Regressions-(push-pull-)Theorien (z.B. Tarver) und (C) die Simulationsmodelle (probabilistische Theorien). Obwohl keines der Modell als genuin „soziologisch“ bezeichnet werden kann, weil sie aufgrund ihres universellen Anspruchs auf alle räumlichen Bewegungen angewendet werden können, tragen sie dennoch zur Klärung des sozialen Phänomens der Migration bei.

Zu (A) Einbezogen werden ausschließlich räumliche Variablen, wie Größe, Gestalt und Verteilung der Population im Ursprungs- und Zielgebiet, sowie die Variable Distanz. Von besonderer Bedeutung ist der

²¹ In der weitesten Fassung wird kein Unterschied gemacht zwischen Modell und Theorie. In anderen Auffassungen gilt jedes Modell als latente Theorie, denn jede Theorie hat ein Modell zur Grundlage, in dem das logisch-formale System des Modells die Struktur der Theorie bildet (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 64f.).

Begriff der Distanz der Wanderungen. Die *Distanz der Wanderung* als Kriterium für die Unterscheidung in interne oder externe Mobilität ist abhängig von der Größe, der Gestalt und der Population der einbezogenen Gebiete und erfasst also eine Reihe von sozialen Kriterien. Räumliche Bewegung, als externe oder interne Mobilität, wird unter Zugrundelegung verschiedener Modell-Annahmen mit räumlichen Faktoren erklärt und zu anderen, nicht-räumlichen Faktoren in Beziehung gesetzt (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 68).

Zu (B): Den push-pull-Modellen liegt jene *ökonomische Gleichgewichtstheorie* zugrunde, wonach die Marktgesetze eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren bewirken. Die Ungleichheit bzw. die ungleiche Entwicklung in den demographischen, ökonomischen und sozialen Charakteristiken der betroffenen Gebiete lösen die Migration aus. Stärkster Einzelstimulus für die Wanderungen ist in der *ungleichen ökonomischen Basis* zu sehen, welche am ehesten über Migrationsprozesse ausgeglichen werden kann (Tarvers).

Zu (C): Entscheidungstheoretische Ansätze (z.B. Grubel und Scott) stellten dagegen die sich zur Migration *entscheidenden Einzelpersonen oder Familien* in den Mittelpunkt des Modells (Zugang über die Mikroebene). Diese unterliegen zwar äußeren Parametern, handeln aber dennoch unabhängig von anderen Entscheidungen auf der Basis vollständiger Informationen nach dem Netto-Maximierungskalkül. Neben grundsätzlich bestehenden Einwänden gegen diese Art des Herangehens (Überbetonung der Souveränität des Einzelnen/der Familie, Unterstellung vollständiger Informiertheit) ist das Modell auch nur unter der Voraussetzung anwendbar, dass aufwendige und umfangreiche empirische Untersuchungen durchgeführt werden können (vgl. Hoffmann-Novotny 1970, 68ff.).

Allen Ansätzen ist gemein, dass sie recht umfassend konzipiert sein müssen, damit eine Vielzahl an Problemen, eventuell auch unter verschiedenen Aspekten, integriert werden können. Dieses Vorgehen ist aber deshalb nicht sinnvoll, weil sich jede Untersuchung auf die für ihr Anliegen wichtigen Bereiche einschränkt und die Art der Daten, auf die zurückgegriffen werden kann, maßgeblich die Breite und Tiefe der Untersuchung bestimmt.

Da in der Migrationsforschung i.d.R. relativ spezielle, also konkrete Aussagen mit geringer Reichweite erwartet werden und nicht allgemeine Theorien, besteht die Aufgabe einer Theorie der Wanderung letztendlich darin, für die subjektive Dimension „Migration“ einen objektiven Rahmen zu finden. „Damit ist nichts anderes gesagt, als im Sinne Durkheims *die Migration als soziales Verhalten auf ihre sozialen, oder besser, ihre soziologischen Determinanten hin zu untersuchen.*“ (Hoffmann-Novotny 1970, 95).

Im Verlauf der Untersuchung kann aus der Analyse der unterschiedlichen Migrationsprozesse in den einzelnen Industrialisierungsphasen, aus der Konstellation solcher Faktoren wie Wanderungsrichtung, Freiwilligkeit und Wanderungsabsicht, ein bestimmter „Migranten-Typ“ herausgearbeitet werden. Bereits die Analyse der Struktur der Herkunfts- und Zielorte lässt Schlüsse über einen bestimmten Migrantentyp zu. Wenn aus den Analysen zudem hervorgeht, dass die arbeitsplatzbezogenen Wanderungen nur in geringem Umfang selbstbestimmt vorgenommen worden waren, so ist des weiteren danach zu fragen, was die Gründe waren und welche Stimuli die umfangreichen Wanderungsbewegungen auslösten. Diese *Kenntnisse zur Freiwilligkeit und zu den Absichten der früheren Arbeitsplatzwanderungen erleichtern eine Interpretation des Mobilitätsverhaltens der Kohlenarbeiter nach 1990*. Denn es lässt sich eine Kontinuität im arbeitsplatzbezogenen Verhalten unterstellen. Besonders in Krisenzeiten erlangen Momente der Bewahrung²² einen größeren Stellenwert.

²² Rückgriff auf Verhaltensmuster, die in der Vergangenheit zu positiven Ergebnissen geführt hatten, also zur Lösung bestehender Probleme wie z.B. Arbeitslosigkeit.

Zunächst einmal kann den Arbeitsplatzwanderungen unterstellt werden, dass sie im Gegensatz zu Deportation und Vertreibung durch ein hohes Maß an Freiwilligkeit der Handlung gekennzeichnet sind. Bei der genaueren Betrachtung der zur Wanderung führenden wirtschaftlichen Motive offenbart sich jedoch schon bald die Schwierigkeit der Abgrenzung von Freiwilligkeit und Zwang.

Gerade zur regionalen Arbeitsplatzmobilität von Industriearbeitern wurde häufig festgestellt, dass „bei (Vorliegen) struktureller Arbeitslosigkeit einiges dafür spricht, auch hinsichtlich der Arbeitsmigration von Zwangscharakter zu sprechen“, denn „eine Mobilität, die lediglich aufgrund von Konjunktur und Strukturkrisen erfolgt, ... ist bei eindeutigem Zwangscharakter als unfreiwillig zu charakterisieren“ (Sauer 1976, 13). Anders ist es, wenn eine „geringe“ wirtschaftliche Störung vorliegt, die eine ohnehin latent vorhandene Mobilitätsbereitschaft auslöst.

Allein die große Vielfalt an Auslösern der ökonomischen Motivation verweist auf eine entsprechende Anzahl von Freiwilligkeitsgraden, insofern Wanderungen eine, die beste, die einzige oder die letzte Möglichkeit der Anpassung an Veränderungen darstellen (vgl. Albrecht 1972, 15ff.; Zingg 1978, 30ff.). Bei dieser Art der Migration handelt es sich um ein Anpassungsverhalten an u.U. gewaltig veränderte Erwerbsarbeitsbedingungen und insofern um eine vom Individuum aufgrund eines äußeren oder inneren Druckes notwendig zu erbringende Leistung. Die Auslöser erstrecken sich von der Sicherung eines Existenzminimums, der Existenzerhaltung also, bis hin zur „bloßen“ Verbesserung der materiellen und immateriellen Lebenslage (Aufstieg, etc.). Diese Auslöser können zudem in Verbindung mit einer Reihe von anderen Faktoren wie religiöse und kulturelle Gründe oder ganz einfach familiäre Veränderungen auftreten.

Die vielleicht stärkste Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Migration konnte im Zusammenhang mit dem Phänomen der „Landflucht“ im 19. Jahrhundert nachgewiesen werden (vgl. Hainisch 1924, 51ff.; Hammerstein 1934, 63ff.; Sudek 1982, 61 und 82). Auf der einen Seite zwang der Bevölkerungsanstieg die ärmsten, unterbäuerlichen Schichten, in die Städte abzuwandern, weil die Sicherung ihrer Existenzgrundlage auf dem Lande nicht mehr gewährleistet war. Auf der anderen Seite bedeutete die Abwanderung in die Stadt eine Teilhabe an der neuen Gesellschaft, der Wegfall von persönlicher Bevormundung und direkten Abhängigkeiten. Diese Wanderungen vollzogen sich zwar meist spontan, entsprangen aber in Anbetracht des Elends in den städtischen Arbeitervierteln, in welchen sich die Migranten niederließen, trotz allem einer extremen Notlage, die offensichtlich jene in den städtischen Wohnquartieren noch überstiegen hatte. Gesamtgesellschaftlich sorgten diese Wanderungen für einen Ausgleich zwischen (Bevölkerungs-)Überschuss- und Mangelregionen. Die Wanderungen mussten kaum durch administrative oder andere Vorgaben gesteuert oder gelenkt werden, sondern regulierten sich lediglich über ein massenhaftes Angebot an Arbeitsplätzen in den Städten.

Diese Art des ökonomischen „Muss“, der ökonomischen Unfreiheit blieb auch in späteren Industrialisierungsperioden erhalten. Die Ausweitung der industriellen Entwicklung und die damit verbundene Konzentration von Kapital und Arbeit erforderten zunehmend staatlich-regulierende Eingriffe sowie den Übergang zu repressiven Formen der Arbeiterzuführung, die sich von der Ausländerbeschäftigung und Dienstverpflichtung bis hin zu Zwangsarbeit und Arbeitsplatzbindung erstreckten. Schon seit etwa 1915 wurde von der deutschen Großindustrie auf diese Formen der „Arbeitskraftgewinnung“ zurückgegriffen, weil die „freiwilligen“ Zuwanderungen von Arbeitern an die neuen Industriestandorte trotz gezielter Anwerbungen und umfangreicher sozialer Zugeständnisse weit unter dem zur Betreibung der Anlagen notwendigen Maß blieben. Auch nach 1933 und besonders seit 1939 wurden immer mehr Zwangsarbeitergruppen bis hin zu Kriegsgefangenen in den Großbetrieben der Automobil-, Braunkohlen- oder Chemieindustrie beschäftigt.

Abschließend erscheint mir folgende Definition der freiwilligen regionalen Arbeitsmobilität angemessen zu sein: „Freiwillige regionale Mobilität liegt vor bei einem selbstbestimmten Wechsel des Wohnsitzes, der (nachweislich) unabhängig von ökonomischen Zwängen vorgenommen wurde“ (Sauer 1976, 17). In allen anderen Fällen kann zumindest immer auch ein gewisser Zwang zur räumlichen Veränderung unterstellt werden.

Ein weiteres Kriterium, welches Aussagen zum Grad der eigenbestimmten Mobilität von Individuen zulässt, ist die Unterscheidung in *individuelle Wanderung* und *Gruppenwanderung*. So kann der Einzelwanderung eher eine gewisse Freiwilligkeit zugesprochen werden als der Gruppen- oder gar Massenwanderung. Im Verlauf der Industrialisierung fungierte der Arbeiter aber zunehmend als Dispositionsmasse für die Industrie. Damit wechselten kaum noch Einzelne, sondern verstärkt ganze Gruppen von Menschen ihren Wohnsitz.

Die Einbeziehung der Wanderungsabsicht in die Analyse umfasst mehrere Einzelmotive, die u.a. Motive ökonomischer Art enthalten (vgl. Sauer 1976, 13; Existenzsicherung bis Verbesserung der Lage). Genannt sei an dieser Stelle nochmals die von Petersen vorgenommene Klassifikation in innovative und konservative Wanderungen. Dabei bestimmt der Migrant durch die Wahl des Zielortes, ob er so viel wie möglich vom Alten (beruflich, kulturell, sozial) bewahren oder etwas völlig Neues beginnen möchte (vgl. Szell 1971, 95ff.).

Andere Klassifikationen zu den Wanderungsabsichten unterscheiden in *Superordination* und *Subordination*. Im ersten Fall ordnen sich die Migranten aufgrund ihrer dominanten Stellung am Zielort über. Im zweiten Fall muss sich der Hinzukommende bestehenden Traditionen etc. unterordnen (vgl. Kneer 1995, 154).

Ganz offensichtlich besteht ein *enger Zusammenhang zwischen den Kriterien Einzel- und Massenwanderung, Wanderungsabsichten und Freiwilligkeitsgrad*. Während Massenwanderungen kaum selbstbestimmt, sondern häufig gelenkt werden, zur Superordination (Überlagerung der bestehenden Kultur) führen und oft konservative Merkmale aufweisen, gehen Einzelwanderung stärker auf eigene Entscheidungen zurück und lassen sich zudem stärker innovativ begründen. Bei Einwanderungen kommt es am Zielort fast immer zur Subordination (Einordnung in die bestehende Kultur).

Aus dem geringen Grad der Selbstbestimmtheit der Massenwanderungen im gesamten Zeitraum der industriellen Entwicklung kann das spätere immobile Verhalten erklärt werden als ein mehr oder weniger kontinuierliches soziales Verhalten der Braunkohlenarbeiter, der Arbeiter großindustriell organisierter Industriezweige. Letztendlich war deren räumliche Mobilität das Ergebnis fehlender beruflicher Alternativen in deren Abwanderungsregionen bzw. ihr Abwandern erfolgte in Reaktion auf die vielfältigen Angebote seitens der Braunkohlenindustrie.

Zwischen geographischer und sozialer Mobilität (berufliche, sektorale etc.) besteht auf der individuellen und auf der gesellschaftlichen Ebene ein enger funktionaler Zusammenhang. Auf der Ebene des Individuums werden im Zusammenhang mit der Wanderung bestehende soziale Beziehungen aufgegeben und durch andere ersetzt. Wenn Personen sich zur Migration entscheiden, dann bedeutet dies also häufig, dass sie eine soziale Distanz überwinden müssen. *Bei Überschreitung eines bestimmten quantitativen Maßes verbinden sich mit den individuellen Zuwanderungen gesellschaftlich relevante qualitative Veränderungen in der Sozialstruktur und der sozialen Schichtung einer Region.*

1.2.3 Arbeitsmigration und soziale Umschichtungen

Die *vertikale Mobilität* bezeichnet allgemein Phänomene des *beruflich definierten Positions- bzw. Statuswechsels*. Als empirische Basis zur Untersuchung fungiert weitgehend der Beruf. Er zeigt den *sozialen Status* eines Menschen an und wurde deshalb auch bei der *Schichteneinteilung* zugrunde gelegt. Erfasst wurden unterschiedliche Formen der beruflichen Bewegung von Individuen (intragenerativ), Familien (intergenerativ) oder Kollektiven (z.B. Berufsgruppen) zwischen Positionen oder Schichten.

Die *Ursachen für vertikale Veränderungen* wurden zum einen in den *Wanderungseinflüssen auf eine regionale Sozialstruktur und Kultur* gesehen, zum anderen hatte die Form der Industrialisierung einen *gravierenden Einfluss auf die Struktur der Bevölkerung, auf das Verhalten von Individuen und Gruppen sowie deren Beziehungen ausgeübt*. Jeder Übergang zu einer anderen Produktionsform brachte kollektive Auf- und Abstiegsprozesse mit sich.

Prozesse der vertikalen Mobilität wurden zeitlich erst später als die zuvor besprochenen Wanderungen untersucht, weil sie zeitlich gesehen auch erst später relevant wurden. Durch veränderte politische Systeme, Kriege, Flucht und Vertreibung kam es seit Ende des 19. Jahrhunderts mehrmals zu einschneidenden gesellschaftlichen Umschichtungen, so dass sich die *Breite der Untersuchungsfragen* über sehr unterschiedliche soziale Sachverhalte erstreckte:

Gefragt wurde nach dem *Umfang der Mobilität oder nach der Art der positionellen Veränderungen* (aufgestiegen, abgestiegen oder gleichgeblieben), *nach den Determinanten* wie Ausbildung, Veränderung der Wirtschaftsstruktur und den *Folgen der vertikalen Mobilität* für die soziale Situation einzelner Gruppen.

Im Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Untersuchungen standen Fragen nach *den durch Industrialisierung und Migration ausgelösten Veränderungen von Gesellschaften oder gesellschaftlichen Teilbereichen*. Dabei bestanden mehrere Möglichkeiten: entweder die Veränderungen bewegten sich im Rahmen des vorhandenen Sozialsystems, oder die unterschiedlichen Systemteile passten sich aneinander an und es entstand ein neues soziales System, oder das vorhandene Sozialsystem wurde von einem neuen überlagert. Eine rapide Änderung der sozialen Schichtungen und Bezugssysteme trat im Zusammenhang mit der Neufestsetzung regionaler Funktionen im Zuge der Industrialisierung auf.

Weiterhin wurde zwischen *kollektiven und individuellen Bewegungen* unterschieden. Im Gegensatz zur individuellen Mobilität handelt es sich bei der kollektiven sozialen Mobilität nach Geiger um den Statuswechsel einer ganzen Kategorie von Personen (kollektiver Aufstieg z.B. durch Professionalisierung, Umwertung). Nach Bolte zählen dazu auch die Vergrößerung oder Verringerung der sozialen Distanz gegenüber anderen Statusgruppen bei Beibehaltung des eigenen Status (vgl. Bolte 1969, 21ff.).

Einen zweiten Untersuchungsschwerpunkt stellten die sog. *Herkunftsstudien* dar, die funktionale Eliten nach ihren Abstammungs-/Herkunftsschichten untersuchten, um zu ermitteln, welche Berufsgruppen Zugang zu privilegierten Positionen hatten (vgl. Bolte, Recker 1976, 62).

Zum Dritten wurde zwischen der *Intra-Generationen- und der Inter-Generationen-Mobilität* unterschieden. Bei der Intra-Generationen-Mobilität handelt es sich um die soziale Bewegung von Individuen innerhalb einer Generation, die erreichten Berufspositionen im Verlaufe des Lebens, den beruflichen Werdegang oder die Berufs- oder Karrieremobilität. Unter dem Begriff der Inter-Generationen-Mobilität wurden die Statusveränderungen von Familien oder Kollektiven in der Generationenabfolge gefasst. Als Berufsprestigemobilität gelten in diesem Zusammenhang jene Auf- und Abstiegsbewegungen, die beim Vergleich der Berufspositionen der Vatergeneration und der Generation der Söhne festzustellen sind. Die häufigste Form der Beziehung zwischen Vater und Sohn war die Positionsvererbung und dies wiederum besonders stark in den sog. oberen und unteren Statuslagen oder

bei vorhandenem Besitz. Bei Auf- oder Abstiegen wurde meist in eng angrenzende Nachbarbereiche gewechselt - alles andere waren zumindest über einen langen Zeitraum eher Ausnahmen (vgl. Bolte, Recker 1976, 52).

In der sozialistischen DDR wurden diese Gruppengrenzen besonders in den 1950er und 60er Jahren häufig überschritten, weil ein großer Teil der ehemaligen Eliten in den westlichen Teil Deutschlands abwanderte. Hinzu kam, dass die Gruppe der ungelerten Arbeiter zunehmend an Umfang verlor, denn jeder konnte und sollte einen beruflichen Abschluss, zumindest den eines Teilfacharbeiters, erlangen.

Zur Kennzeichnung sozialer Auf- und Abstiege wurden die drei großen Berufsgruppen einander gegenüber gestellt - landwirtschaftliche, manuelle und nicht-manuelle Berufe (vgl. Bolte, Recker 1976, 53). Der generative Wechsel von den landwirtschaftlichen zu den manuellen oder von den manuellen zu den nicht-manuellen Berufen wurde als Aufstieg interpretiert, die Wechsel in die andere Richtung als Abstieg.

Soziale Positionswechsel sind aber nicht über eine einfache Gegenüberstellung von Berufsgruppen zu erklären, sondern sind auch das Resultat gesellschaftlicher Bewertungen einzelner Berufe zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Soziale Mobilitätsprozesse und soziale Positionen sind nur im Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlich gültigen Vorstellungen über die Bedeutung einer beruflichen Position zu interpretieren. So hat die Schichteneinteilung u.a. den Verdienst zur Grundlage. Der Verdienst wiederum wird festgelegt von einer kleinen Gruppe von Menschen. Diese strukturieren sozusagen die Gesellschaft und verteilen bestimmte Ränge. In der DDR erhielten die Hilfsarbeiter in der Braunkohlenindustrie entsprechend der vorherrschenden und staatstragenden Ideologie von der führenden Rolle der Arbeiterklasse höhere Gehälter als die wissenschaftlichen Mitarbeiter an universitären Einrichtungen. Rechnet man zum Gehalt noch die Vergünstigungen wie Deputatkohle, Bergmannsschnaps etc. hinzu, dann waren deren materielle Ressourcen noch umfangreicher.

Vergleiche von Untersuchungsergebnissen zur Rangbewertung einzelner Berufe in sozialistischen und kapitalistischen Staaten belegen, dass das Berufsprestige und alle darauf basierenden Positionen immer von der Wertsetzung durch eine Kultur abhängen (vgl. Steiner 1998, 18ff.)²³. Das Prestige einzelner beruflicher Positionen stellt sich unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen eben z.T. jeweils völlig verschiedenartig dar.

Die Interpretation von beruflichen Veränderungen im Zusammenhang mit der Industrialisierung wird sich demnach nicht auf eine Analyse der „formalen“, von Wissenschaftlern extern gesetzten Auf- oder Abstiegsbewegungen beschränken können, sondern hat die dafür relevanten sozialen und kulturellen Faktoren und dabei im besonderen Maße wirtschafts- sowie machtpolitische Entscheidungen zu berücksichtigen.

²³ Ein Vergleich von Berufsrankskalen der frühen 70er Jahre aus der DDR und der BRD brachte einige Unterschiede in der Bewertung intellektueller und manueller Tätigkeiten zutage. Auch im sozialistischen Polen nahmen Arbeiterberufe generell höhere Ränge ein als im kapitalistischen Finnland. Und ganz besonders auffällig waren die Unterschiede in der Bewertung des Prestiges des Bergarbeiters. In Polen erhielt dieser Beruf 58,5 von 100 möglichen Prestigepunkten, in Finnland gerade einmal 32,8 Punkte. Vgl. dazu Steiner „Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung - Voraussetzungen - widersprüchlicher Verlauf und ausgewählte Ergebnisse“, unv. Manuskript 1998.

1.3 Industrialisierungsphasen und Formen der Arbeitsmobilität

Die beiden Industrialisierungsmodelle des 19. Und 20. Jahrhunderts korrespondierten im hier untersuchten Fall mit unterschiedlichen Mobilitätsmustern. Zwar erfolgten immer beide Arten der Mobilität, Umfang und Richtung verschoben sich jedoch im Verlaufe der industriellen Entwicklung.

Je größer die Unternehmen wurden, desto mehr Arbeiter wurden benötigt. Infolge dessen kam es zu immer mehr Zuwanderungen.

Je mehr sich die *anlage- und kapitalintensiven Industriezweige* in der Region ausbreiteten, desto stärker schränkte sich der Aufgabenbereich der dort beschäftigten Arbeiter auf Überwachungs-, Wartungs- bzw. Hilfsarbeiten ein. Die Einführung moderner Techniken und die arbeitsteilige Massenproduktion bewirkten eine relative Zunahme der ungelernten Arbeiterschaft und eine Zunahme von im Vergleich zum Handwerk geringeren Anforderungen an das Fertigungsvermögen der Industriearbeiter (vgl. dazu Hoffmann 1956, 225; Ipsen 1991, 148ff.). Im Zuge des technischen Fortschritts im Bereich der Produktion wurden zunehmend Arbeitsplätze geschaffen, die keinerlei oder nur geringe berufliche Qualifikationen erforderten.

Diese generelle Dequalifizierung der Arbeitskräfte korrespondierte mit einer zunehmenden räumlichen Mobilität und je weiter die Qualifikation der Arbeiter sank, desto weniger waren sie in der Lage, eigenbestimmte Mobilität zu entwickeln und desto stärker wurden sie zur Dispositionsmasse der Industriebetriebe, auf deren Anreize sie reagieren mußten (vgl. Sauer 1976, 32). Wirtschafts- und Strukturpolitik gaben die Wanderungs- und Berufsziele vor, an denen sich diese Arbeiter orientieren mußten.

Seit den frühen 20er Jahren wurde der Arbeiter so mehr und mehr als ein zur „Verfügung stehendes, allseitig verwendbares Potential an Arbeitskraft“ angesehen, dass es aus Gründen der Maximierung des Sozialproduktes in die möglichst kostengünstigste Richtung (Wanderung oder Bildung) zu lenken galt. Bei dieser praktisch-wirtschaftlichen Sicht wurde der Arbeiter jedoch immer weniger zum eigenständig entscheidenden Partner von Wirtschaft und Politik (vgl. Sauer 1976, 29f.).

Die eigenbestimmte Mobilität der Industriearbeiter fand ihre Grenzen an den durch die Produktion diktierten Möglichkeiten, d.h. am Bedarf und den Notwendigkeiten einer sich immer stärker konzentrierenden und rationalisierenden Industrie.

Traditionelle Wirtschaftszweige wurden mit der Ausbreitung des industriellen Systems zunehmend behindert oder sie verloren ihre Arbeiter durch Abwanderungen und Berufswechsel. Damit verengte sich das wirtschaftliche Profil weiter, was erneute Abwanderungen bzw. berufliche Wechsel bestimmter Bevölkerungsgruppen nach sich zog.

Die Herausbildung der spezifischen sozialen Gruppe der Braunkohlenarbeiter ist ebenso wie die Herausbildung von strukturellen und arbeitskulturellen Besonderheiten in der Region und im Verhalten der Arbeiter das Ergebnis des Wirkens einer fallspezifischen Konstellation von Faktoren. Beide Prozesse, Gruppenbildung und Verhaltensformung, verschmolzen im Verlaufe der industriellen Entwicklung in der betrachteten Region miteinander und stehen im Zentrum meiner Untersuchungen.

2 Untersuchungsregion und Datengrundlage

Die Untersuchung der Herausbildung von Braunkohlenrevier und Braunkohlenarbeiterschaft erfolgt in der Verbindung von *Regionalanalyse im Sinne der Ermittlung regionaler Strukturwandlungen und Faktoranalyse im Sinne einer Einbeziehung möglichst vieler am Prozess der Formung von Struktur und Verhalten beteiligten Faktoren* (vgl. zu diesem Vorgehen die Arbeiten von Kiese Wetter 1989; Sudek 1983; Zang 1978; Fischer 1972; Fremdling, Tilly 1979).

Das regionale Herangehen ist damit zu begründen, dass Voraussetzungen, Ansätze und Verlaufsformen strukturwandelnder Prozesse generell in ihrer Gewichtung und Tragweite nur für begrenzte Wirtschaftsräume erkennbar sind, was im besonderen Maße auf den Prozess der Industrialisierung zutrifft (Köllmann 1975, 43). Ergänzt wird dieses regionale Herangehen um die Einbeziehung von Faktoren, die nicht dem Untersuchungsraum entstammen, auf diesen aber in prägender Weise einwirkten. Damit wird neben den regionalen Voraussetzungen das gleichzeitige Wirken überregionaler Faktoren anerkannt.

2.1 Der Untersuchungsraum – administrative Begrenzung und wirtschaftlich definierte Gebietsgliederungen

Die Beschränkung der Untersuchung auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet, das sächsische Braunkohlenrevier im mitteldeutschen Raum, wurde zum einen *vom inhaltlichen Anliegen der Dissertation bestimmt*. Die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau des Länderdreiecks Sachsen-Thüringen-Anhalt waren anders als im geschlossenen Revier der rheinischen Kohlenwirtschaft ziemlich kompliziert, und lokale Verschiedenheiten hatten für die Herausbildung und spezifische Ausrichtung der Arbeiterschaft einzelner Reviere eine wesentliche Rolle gespielt (vgl. dazu Kapitel 4 bis 6).

Die jeweils spezifische Konstellation geologischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren bilden den Schlüssel zum Verständnis der regional unterschiedlichen Wege der Industrialisierung im mitteldeutschen Raum. Die funktionalen Verknüpfungen zwischen „industrieller Revolution“ und Veränderungen des sozialen Gefüges, hatten dort trotz vieler Gemeinsamkeiten entsprechend unterschiedliche Züge angenommen (vgl. dazu Kapitel 4 und 5).

Ein wichtiger Grund für die Gebietsbeschränkung ist in der unterschiedlichen politisch-administrativen Zugehörigkeit der Braunkohlenreviere des mitteldeutschen Raumes zu sehen, welche die vielfältigsten und zueinander in Konkurrenz stehenden Interessen implizierte.

In Sachsen war dies ein bis dahin völlig untypischer, weil nicht historisch gewachsener Typ der Industrieansiedlung, welchem zudem keinerlei Begleitindustrien folgten (vgl. Röllig 1930, 40f.). In den angrenzenden preußischen und thüringischen Revieren waren dem Abbau dagegen eine Reihe anderer Begleitindustrien gefolgt. Damit ergab sich eine im Vergleich zu allen anderen mitteldeutschen Gebieten weitaus dominantere Stellung der mechanisierten Großindustrie (Brikettierung, Verstromung) innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Lebens (vgl. dazu Kapitel 4 bis 6).

Neben der Fragestellung bestimmte die *Ordnung der zur Verfügung stehenden Daten* die Abgrenzung der Region, denn die Darstellung der industriellen Entwicklung auf der Grundlage der Veränderungen in den Betriebs-, Eigentums- und Bevölkerungsstrukturen basiert auf den Zählungen, die sich wiederum auf konkrete administrative Gebiete, die Amtshauptmannschaften, Landkreise oder Gemeinden, bezogen.

Das von mir untersuchte Kreisgebiet *bildete bis zur Kreisgebietsreform 1952 einen Teil der Amtshauptmannschaft bzw. ab 1939 des Landkreises Borna*²⁴. Die amtlichen Darstellungen zur

²⁴ Am 28.11.1938 wurde die VO über den Neuaufbau des Reiches erlassen (RGBl.I, 1675) und am 1.1.1939 die neue Bezeichnung „Landkreis“ für die Amtshauptmannschaften eingeführt.

Bevölkerungs- und Erwerbstätigenentwicklung bezogen sich demzufolge bis zum Jahr 1952 auf dieses Gebiet (Gesamtgebiet ca. 620 ha; Kreis Borna ca. 368 ha). Andererseits gehörten so wichtige Industriegemeinden wie der Ort Böhlen, Standort des ersten Großkraftwerkes, wo schon in den 1920er Jahren über 1.000 Kohlenarbeiter beschäftigt wurden, oder Thräna, einer der ersten unter den Brikettierstandorten südlich der Stadt Borna, bis 1952 nicht zum Landkreis Borna, sondern zum Landkreis Leipzig bzw. zum Land Thüringen (siehe Anhang, Karte 1). Da sich der Untersuchungszeitraum von ca. 1850 bis 1990 erstreckte, mussten Struktur- und Bevölkerungsdaten zugrunde gelegt werden, die sich auf unterschiedliche administrative Gebiete bezogen.²⁵ Mit den Gebietsreformen in den 1920er Jahren, im Jahr 1934 und Anfang der 1970er Jahre waren dagegen weniger einschneidende Veränderungen verbunden gewesen, denn diese hatten nicht die Verwaltungseinheit Borna als solche verändert, sondern lediglich durch Zusammenlegungen und Eingemeindungen die Struktur ihrer Gemeinden.

Zumindest bis 1952 gilt, dass die amtlich erfasste Verwaltungseinheit nicht mit dem Industrialisierungsraum überein stimmte. Aber selbst innerhalb des seit 1952 bestehenden Kreisgebietes existierte ein Gefälle zwischen dem stark industrialisierten östlichen und dem agrarischer gebliebenen westlichen Teil (siehe Anhang, Karte 1 und 2).

Um die soziale Entwicklung des sich industrialisierenden Teilgebietes zu beschreiben, musste dennoch häufig auf die Statistiken zur Amthauptmannschaft oder zum gesamten Kreis zurückgegriffen werden (Wanderung, Gewerbestatistik).

Wenn die Berufs- und Volkszählungsdaten auf Gemeindeebene vorlagen, wurden eigene Zeitreihen zur sozialen Struktur der sich industrialisierenden Teilregionen im Gesamtgebiet erarbeitet (z.B. Bevölkerungsentwicklung, Beschäftigte in der Landwirtschaft).

Die Einbeziehung weiterer Dokumente, die detaillierte Aussagen zu den sozialen Veränderungen einzelner Industrialisierungsräume enthielten, gestattete die Erstellung eines genaueren Bildes.

Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Kreisgebiet Teil *des landwirtschaftlich definierten „Leipziger Landes“*. Die verschiedenen Regionen der Amthauptmannschaft (z. B. Kohrener Land, Röthaer Obstanbaugebiet, Zwiebel-Borna) waren untereinander relativ gleichartig und homogen. Geringe Unterschiede zwischen denselben resultierten im wesentlichen aus den landwirtschaftlichen Strukturunterschieden (Obstanbau, Weideland oder Feldgemüse), also aus unterschiedlichen natürlichen Bedingungen.

In die rohstoffgebundene Industrialisierung nach der Jahrhundertwende wurde der bis dahin *zusammengehörende soziale und geographische Raum* dagegen in sehr unterschiedlichem Ausmaß einbezogen. Im Gegensatz zur eher nivellierenden Fruchtbarkeit des Bodens zerteilte die unterschiedliche Stärke der Braunkohlevorkommen die Amthauptmannschaft in industrialisierte, weniger industrialisierte und nicht industrialisierte Gebiete.²⁶

²⁵ administrative Zugehörigkeiten des Kreises Borna:

- Ab 1873 wurde Borna zur Amthauptmannschaft mit den Ämtern Borna, Frohburg, Geithain, Bad Lausick, Pegau, Zwenkau und trat als untere Verwaltungsbehörde auf (Z.kg.Sächs.Stat. A, 1905, 83ff.).
- Durch Eingemeindungen wurden 1920/21 und stärker noch 1933/34 viele Gemeindegrößen verändert.
- Aus dem Landkreis Borna entstanden nach der Kreisgebietsreform 1952 die Kreise Borna und Geithain.
- Die Gemeindegebietsreform brachte in den 1970er Jahren erneut eine ganze Reihe von Zusammenlegungen.

²⁶ Hauptflöze im Kern (Bornaer Hauptflöz, Böhlener Oberflöz) und Flözausläufer/Randlagen im Osten und Süden (vgl. Fischer 1910; Pietzsch 1951 und 1956; Barthel 1960).

Diese Unterschiede in der Stärke und Tiefe der Rohstoffvorkommen führten auch dazu, dass sich die Braunkohlenindustrie in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen und in voneinander abgrenzbaren Zonen herausbildete (siehe Anhang, Karte 2, vgl. Fischer 1910; Sinkwitz 1931; Bohl 1987). Es lassen sich drei räumliche Abbauschwerpunkte feststellen. Die industrielle Entwicklung des Raumes erfolgte in vier Phasen und war jeweils an unterschiedliche Formen der Gewinnung und Verarbeitung der Braunkohle gebunden (vgl. dazu Kapitel 4 bis 7; siehe Anhang, Karte 2).

In einer ersten Phase, der Übergangsphase zwischen der späteren großindustriellen Überformung zum Bornaer Revier und dem früheren landwirtschaftlichen Dasein, wurde die betrachtete Region *Teil des (nord-)westsächsischen Abbaureviers*. Kleine Abbaugelände in großer Zahl und mehreren sächsischen Amtshauptmannschaften einschließlich der Gruben um Borna, Frohburg und Groitzsch bildeten dieses Revier. Um die Jahrhundertwende bildete dann das *Bornaer Abbaugelände mit seinen schnell wachsenden Brikettfabriken bereits den Kern des nordwestsächsischen Reviers* (vgl. Abschnitt 4.1).

Vom „*Bornaer Braunkohlenrevier*“ wird etwa seit dem Übergang zur großindustriellen Kohlenwirtschaft in einer zweiten und dritten Phase der industriellen Entwicklung, zwischen ca. 1915 bis 1945, gesprochen (Energie und Karbochemie). Die neuen Standorte der Großindustrie schlossen östlich und nördlich an die bisherigen Abbaugelände an bzw. verschmolzen mit diesen (siehe Anhang, Karte 2, Zone II und III). Zwei Großtagebaue bewegten sich seit den 1940er Jahren jeweils in 3 bis 3,5 km Breite von ihren Ausgangspunkten Böhlen und Espenhain in Richtung Leipzig (siehe Anhang, Karte 2; vgl. Kapitel 5 und 6; Barthel 1960, 202).

Die Gebietsreform von 1952 trug dieser Entwicklung, die sich auch nach dem Krieg weiter fortgesetzt hatte, Rechnung und trennte den Landkreis Borna in den Kohlenkreis Borna und den landwirtschaftlich gebliebenen Kreis Geithain.

Bereits in den 1960er Jahren weitete sich der Abbau über die Kreisgrenzen aus und in den 60er und 70er Jahren wurde die *Bezeichnung „Südraum Leipzig“* eingeführt, um den übergreifenden Abbau besser beschreiben zu können. Der Kreis Borna wurde funktional und strukturell darin eingeordnet. Er stellte die bergbauliche Kernzone dar und erfasste den Raum zwischen Leipzig - Kitzscher- Borna - Groitzsch - Böhlen - Leipzig, bereits 1931 als engeres Kohlenabbaugelände²⁷ definiert (vgl. Sinkwitz 1931, 6; Hülsemann 1931, 77ff.). Der Begriff wurde dem immer großräumiger werdenden Braunkohlenabbau über bestehende Kreisgrenzen hinaus gerecht und entstand zugleich in Reaktion auf die steigende Landschaftszerstörung sowie die zunehmende berufliche Perspektivlosigkeit im Braunkohlenindustrierevier. Die Ersetzung des Ordnungsprinzips nach Abbaurevieren sollte der Region eine neue Identität geben und die Bezeichnung „Südraum Leipzig“ hatte wieder den Bezug zur Kultur- und Messestadt und knüpfte zumindest sprachlich an die inzwischen verloren gegangenen engen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen des „Leipziger Landes“ zur Stadt an (vgl. Kapitel 7).

Entsprechend dieser aufeinanderfolgenden Industrialisierungsphasen kann das Gebiet in verschiedene Zonen eingeteilt werden. Zone I umfasst jenes Gebiet um die Stadt Borna, wo um die Jahrhundertwende die Brikettfabriken entstanden. In Zone II ist im wesentlichen das Gebiet zwischen Böhlen, Lippendorf und Neukiritsch enthalten, wo in den 1920er Jahren ein Großkraftwerk errichtet wurde. Als Zone III

²⁷ Abbaugelände zwischen den Orten Böhlen im Norden, Borna im Osten, Wyhra im Süden und Ramsdorf im Westen (Sinkwitz 1931, 6) mit dem Grenzverlauf Zeschwitz/ Böhlen, Großtagebau und Kraftwerk/ Staatsstraße Medewitzsch und Pulgar/ Kieritzsch-Bergarbeitersiedlung/ Werk, Tiefbau und Dorf Breunsdorf/ parallel zur Reichsbahnlinie Leipzig-Altenburg bis zum alten Großtagebau Regis/ Ausbuchtung um Abbaufeld Ramsdorf/ wieder entlang Reichsbahnlinie nach Osten Grubenfeld Kraft I und Wyhra/ sw.-nö. bis Neukirchen/ BF Neukirchen nach Zedlitz/ an Borna vorbei bis Werk Witznitz/ Bogen um Halde/ nach Westen um Großtagebau Großzössen bis Halde am Bahnhof Kiritzsch/ parallel zur Bahn Leipzig-Altenburg zurück bis Böhlen (Fläche von ca. 9100 ha). Die spätere östliche Ausdehnung umfasst die Industrie- und Siedlungsbauungen entlang der Linie Böhlen-Rötha-Espenhain-Borna (siehe Anhang, Karte 2).

wird der Standort des Schwelwerkes Espenhain, erbaut in den 1940er Jahren, und dessen Umgebung gefasst. Mit dem Entstehen des Kraftwerkes in Thierbach Ende der 1960er Jahre wird eine IV. Zone in den Prozess einbezogen. Außerdem wurden in jeder Phase die bereits vorhandenen Braunkohlenstandorte weiter ausgebaut. In den 1930er/40er Jahren entstanden z.B. an mehreren dieser Orte karbochemische Anlagen und andere Erweiterungsbauten. Auch nach 1945 kommt es zu weiteren industriellen Ansiedlungen (siehe Anhang, Karte 2).

Die 1994 vorgenommene Zusammenlegung der Landkreise Borna, Geithain und Leipzig zum Großkreis „Leipziger Land“ sowie die Einordnung des bislang dominanten Kreises Borna in ein umfassendes Gebiet ist Ausdruck des Scheiterns der braunkohlebasierten Großindustrie und der Suche nach einer neuen Identität.

2.2 Datengrundlage der sozial-historische Forschung

Die Arbeit basiert auf umfangreichen amtlichen und betrieblichen Statistiken des Landes Sachsen, des deutschen Reiches und der DDR. Ein Vergleich war wegen der mehrmals wechselnden Erfassungsmodi und unterschiedlicher Begriffsdefinitionen allerdings nicht immer uneingeschränkt möglich.

Die Hauptgrundlage für die Aussagen zu den Bevölkerungsvorgängen sowie zur Branchen- und Erwerbstätigenentwicklung²⁸ stellen die Daten aus den *Volkszählungen seit 1832, bzw. den Betriebs- und Berufszählungen seit 1846 und den gewerbestatistischen Erhebungen* zum Braunkohlenbergbau in Sachsen.²⁹

Bis zur Volkszählung vom Juni 1925 wurde die gerade am Zähltag anwesende Bevölkerung erfasst, egal ob sie am Zählort ihren Wohnsitz hatte oder nicht. Für die Volkszählung 1925 wurde der Begriff der „Wohnbevölkerung“ entwickelt³⁰. Durch Zuzählen der vorübergehend Abwesenden und Absetzen der vorübergehend Anwesenden wurde nun die tatsächliche Wohnbevölkerung ermittelt (vgl. Stat. JB

²⁸ Die *Volkszählung* gibt Auskunft über den Wohnsitz, die *Berufszählung* über die Erwerbstätigkeit und die Zugehörigkeit zu einem Beruf, zu den hauptberuflich erwerbstätigen Personen und den Familien nach Hauptberuf des Haushaltsvorstandes. Die Zuordnung der Erwerbstätigen zu bestimmten Berufsgruppen, ist besonders für die Erfassung der Beschäftigten in den seit dem ersten Weltkrieg entstehenden Großbetrieben der Kohle und Chemie wichtig, denn dort war eine Reihe von anderen Berufsgruppen tätig (soziale Infrastruktur, Verwaltung, Gewerkschaften). Die Berufszählungen brachten zumindest genaueren Aufschluß zur beruflichen Struktur der Einwohner, auch wenn diese nicht genau mit den Erwerbstätigen identisch waren. Die *gewerblichen Zählungen/Betriebszählungen* hatten die Betriebe und ihre Eigenschaften gezählt (auch Arbeitsstättenzählungen, Gewerbebezahlungen), mit dem Ziel der Zuordnung der Erwerbstätigen zu den Betrieben der Gewerbegruppen.

²⁹ In einer königlichen Verordnung vom 15. Mai 1832 wurde für den 3. Juli desselben Jahres die 1. Volkszählung im Königreich Sachsen angeordnet. Nach 1867 wurde der seit 1834 erfolgte 3-jährige Rhythmus zunächst durch einen 4-jährigen, dann einen 5-jährigen Turnus abgelöst. Stichtag wurde der 1. Dezember des Zähljahres. Der 1. Weltkrieg unterbrach diese Regelmäßigkeit und seit der Nachkriegszählung von 1919 blieben die Abstände unregelmäßig (bis zu 14 Jahre) und die Stichtage wechselten ebenfalls.

Die gewerbestatistischen Erhebungen erfolgten in Sachsen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, ergaben aber erst seit der Staatsgründung 1871 ein relativ zutreffendes Bild von den Veränderungen der gewerblichen Verhältnisse.

Die *Abkürzungen für die wichtigsten amtlichen Quellen*:

- Stat. DR NF ab Bd. 2. (Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge)
- Stat. JB Kgr. Sachsen bis 1918, Stat. JB Freistaat Sachsen bis 1931/34., Stat. JB Land Sachsen bis 1946 (Statistisches Jahrbuch für Sachsen), Stat. JB Bezirk Leipzig ab 1956 (Statistisches Jahrbuch für den Bezirk Leipzig)
- Z.kg.Sächs.Stat.B bis 1904, Z.kg.Sächs.Stat.A bis 1918, Z.Sächs.Stat.LA bis 1946 (Zeitschriften des Sächsischen Statistischen Landesamtes)
- JB BHM bis 1871 bzw. JB BHW bis 1938 (Jahrbücher für den Berg- und Hüttenmann bzw. das Berg- und Hüttenwesen)
- Festschriften des Deutschen Braunkohlen Industrie Verein Halle, D.B.I.V.)

³⁰ Erfasst wurde die Wohnbevölkerung (alle Personen mit festem Wohnsitz), aber auch wie bisher die anwesende Bevölkerung (am Tage der Zählung am Ort anwesend).

Sachsen 1940, 2).

Eine weitere Änderung in der Erfassung der Bevölkerung wurde in der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1939 vorgenommen und war der Militarisierung des gesamten sozialen Lebens, dem Aufbau des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht geschuldet. Erfasst wurde die „Ständige Bevölkerung“, also die Wohnbevölkerung ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Angehörigen des Arbeitsdienstes. Diese Größe wurde bei der Ermittlung der Erwerbstätigkeit und bei der Berufsstatistik zugrunde gelegt. Die Wohnbevölkerung schloss dagegen alle am Ort lebenden ein und diente als Grundlage für alle anderen bevölkerungsstatistischen Auswertungen wie Wanderungen etc. (vgl. Stat. JB Sachsen 1940, 2). Es wurde also mit unterschiedlichen Basisdaten gearbeitet. Während die „Ständige Bevölkerung“ der Amthauptmannschaft Borna am 17. Mai 1939 genau 96.109 Personen betrug, lag die Anzahl der „Wohnbevölkerung“ bei 97.023 Personen. Knapp 1.000 Personen befanden sich damit zur Zeit der Volkszählung beim Militär oder Arbeitsdienst.

Der ersten Volkszählung nach den Kriegsereignissen im Dezember 1945 folgte im Oktober 1946 eine gemeinsame Volks- und Berufszählung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Alle weiteren Zählungen in der DDR (1964, 1971, 1981) verbanden ebenfalls die Bevölkerungs- mit der Gewerbebeziehung. Grundlage für alle Aussagen zur sozialen Entwicklung in den Gemeinden bildete erneut die tatsächliche Wohnbevölkerung, die aufgrund der bestehenden Meldepflicht ermittelt wurde.

Für die Darstellung und Interpretation der gewerblichen Entwicklung in den Regionen kann zum einen auf die Erfassung nach dem Arbeitsstättenprinzip (Betriebsstatistik), zum anderen nach dem Wohnortprinzip (Berufsstatistik) zurückgegriffen werden.

Die erste gewerbliche Zählung des Jahres 1875 war mir nicht zugänglich. Ab der Berufszählung für das Jahr 1882, welche die prozentuale Verteilung der Erwerbstätigen in den verschiedenen Sektoren erfasste, konnte mit der sachlichen und zeitlichen Typologisierung des regionalen Industrialisierungsverlaufes begonnen werden. Diese und die darauf folgenden Erhebungen der Jahre 1895 und 1907 waren von den Grundlagen her im allgemeinen einheitliche Gewerbebezeichnungen auf verbesserter Grundlage, die auch jeweils mit einer Berufszählung verbunden waren³¹ (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1931, 94).

Von diesen drei Gewerbebezeichnungen musste die 1925 durchgeführte sowohl in der methodischen Anlage als auch in Bezug auf die technische Durchführung in einigen Punkten abweichen, um den durch Krieg und Nachkrieg vielfach veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragen zu können (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1931, 94). Neben einer grundlegenden Neuordnung der Gewerbesystematik erfolgte eine Erweiterung des Erhebungsbereiches.

Diesen und auch den aus späteren Zählungen stammenden betrieblichen Daten lagen dennoch im allgemeinen die technischen Betriebseinheiten zugrunde – gewerbliche Produktionsstufen, Teilbetriebe (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1931, 95), so dass im allgemeinen die Vergleichbarkeit gegeben war.

In einigen Fällen kam es zu einer Beeinträchtigung, weil einzelne Gewerbegruppen zusammengeführt bzw. in andere integriert wurden, weil sich ihre Ausgangsstoffe/Produkte änderten, weil sie an Bedeutung gewonnen bzw. verloren hatten oder weil bestimmte (Handwerks-)zweige ganz erloschen waren. So tauchten in einigen Zählungen Gewerbegruppen auf, die es in der Zählung zuvor noch nicht gegeben hatte, wie z.B. die „Briquettfabrikation“ 1895 oder die „Elektrizitätswirtschaft“ 1925.

Das Wachstum des Braunkohlenbergbaus selbst und seine Ausdifferenzierung rief Änderungen in der

³¹ Bormann stellt allerdings fest, dass aufgrund der Ergebnisse der Erhebungen von 1882, 1895 und 1907 kein vollständiger Vergleich möglich ist, denn das Personal in den Übersichten für 1882 und 1895 wurde für den Jahresdurchschnitt, in den Übersichten für 1907 aber ausschließlich für den Stichtag, den 12. Juni, angegeben (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 170)

Gliederung der Gewerbesystematik hervor. Bis 1907 bildete der Bergbau zusammen mit der Eisen- und Metallgewinnung eine Wirtschaftsgruppe, wurde dann aber aufgrund der zunehmenden Bedeutung losgelöst. Während sich der Bergbau ausdifferenziert hatte, wurde die Eisen- und Metallgewinnung mit der Metallhalbzeugherstellung zu einer Gruppe verschmolzen. Neben den Gruppenverschiebungen und -vermehrungen hatten sich, „infolge fortschreitender Spezialisierungen der Wirtschaft im Laufe der Zeit auch Erweiterungen oder Umstellungen in der feineren Untergliederung der Gewerbesystematik, bei den Gewerbeclassen und -arten nötig gemacht“ (Z.Sächs.Stat.LA 1931, 95).

Die Berufs- und Betriebszählungen vom Juni 1933 und vom Mai 1939 sowie weitere gewerbestatistische Erhebungen, wie die Gefolgschaftszählung 1936 oder 1941 basierten ebenfalls auf den gleichen Einheiten (Gewerbegruppen, Betriebe und Erwerbstätige), jedoch waren mit der nationalsozialistischen Neustrukturierung der Wirtschaft einige Umgruppierungen verbunden (vgl. Abschnitte 6.1. und 6.2.), so dass im Statistischen Jahrbuch des Landes Sachsen festgestellt wurde, „infolge der Neuordnung des Reiches und seiner Teile ist die zahlenmäßige Berichterstattung sehr erschwert worden, da häufig die Übersichten jetzt von anderen Dienststellen und in anderer Form aufgestellt werden als früher und über einzelne Dinge überhaupt nicht mehr berichtet wird.“ (vgl. Vorwort zum Stat. JB Sachsen 1935/38). Dass die frühere Wirtschaftsabteilung B in die Abteilungen „Industrie“ (2), welche den Bergbau als Gruppe 21 enthielt, und „Gewerbe“ (3) gespalten wurde, war dagegen weniger schwerwiegend für die kontinuierliche Darstellung.

Ungemein erleichtert und befördert wurde die Arbeit vor allem durch die genaue Dokumentation der Herausbildung der Braunkohlenindustrie und ihres Personals ab dem Jahr 1868 bis Ende der 1930er Jahre in den Jahrbüchern für das Berg- und Hüttenwesen des Landes Sachsen (JB BHW Sachsen 1868 bis 1938).

Umfassende Veränderungen in der Erfassung der gewerblichen Daten erfolgten dann in den 1950er Jahren. Die Anzahl der Wirtschaftsabteilungen wurde auf acht erhöht (siehe Tabelle 2)³², und aus den ehemaligen Gewerbegruppen und -klassen wurden Wirtschafts- und Industriezweige, welche den Abteilungen teilweise anders zugeordnet wurden. Die gewerblich Tätigen aus der früheren Wirtschaftsabteilung B bzw. den Abteilungen 2 und 3 fanden sich nun in mindestens drei verschiedenen Abteilungen wieder, nämlich in den Abteilungen Industrie, Bau und Handwerk und bis in die 1960er Jahre zudem im Wirtschaftszweig „Wirtschaft der Gemeinden“ (vgl. Stat. JB DDR entspr. Jg.).

In die neugebildeten Abteilungen wurden Gewerbegruppen aus anderen Abteilungen der alten Klassifikation eingegliedert und es entstanden einige neue Wirtschaftszweige. Die eigenständigen Gewerbegruppen Braunkohlenbergbau und Energie wurden in der DDR zum Industriezweig „Bergbau und Energie“ zusammen gelegt.

Mit diesen Umstrukturierungen änderten sich also erneut die Zuordnung der gewerblich Beschäftigten zu nunmehr drei Abteilungen und anderen Wirtschaftszweigen. Da aber innerhalb der Abteilungen in etwa den früheren Gewerbegruppen vergleichbare Zweige gebildet wurden, änderte sich zumindest deren Zusammensetzung kaum. Die Summe des Personals der drei Abteilungen Industrie, Bau und Handwerk war mit einigen Abstrichen wiederum identisch mit Anzahl und Struktur der Beschäftigten der ehemaligen Wirtschaftsabteilung B bzw. jener der Abteilungen 2 und 3.

³² Bis zur Zählung 1950 wurde in die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft; Industrie und Handwerk; Handel und Verkehr, private Häusliche Dienste; Öffentliche Dienste und Selbständige Berufslose unterteilt. Danach in die acht Wirtschaftsbereiche Industrie; Bau; Handwerk; Land- und Forstwirtschaft; Transport- und Nachrichtenwesen; Binnenhandel; Außenhandel und innerdeutscher Handel sowie Wirtschaft der Gemeinden. Seit dem Jahr 1968 in die sieben Abteilungen: Industrie; Bauwirtschaft; Handwerk; Land- und Nahrungsgüterwirtschaft; Verkehr, Post und Fernmeldewesen; Binnenhandel; Außenwirtschaft (vgl. Stat. JB DDR).

Trotz der vorgenommenen Änderungen in der statistischen Erfassung erfolgte die berufliche Zuordnung der Industriearbeiter/der gewerblich beschäftigten Arbeiter auch nach 1945 noch in einer vergleichbaren Weise.

Tabelle 2: Gewerbestatistik seit 1875³³

Jahr	Wirtschafts- abteilungen	Gliederung der Wirtschaftsabteilung (en) Gewerbe/Industrie/Bau in:		
		Gruppen	Klassen	Arten
1875		19	92	141
1882		20	93	200
1895	3	21	109	263
1907	3	23	128	327
1925	5	28	221	555
1939	4	34	251	-
1945	4	32		-
		Bereiche	Zweige	
1955*	8	-	16	-
1969*	7	12	72	-
1988*	7	12	71	-

Quellen: 1875 bis 1925: Z.Sächs.Stat.LA 1931, 95; 1939: Stat. DR NF Bd. 568.6.; ab 1945: Stat. JB DDR und Stat. JB für den Bezirk Leipzig; *ohne Handwerk/Kleinindustrie und deren Untergliederungen

Zu gravierenden Einschränkungen führte dagegen die völlig unzulängliche Veröffentlichung von Daten auf der Kreis- bzw. Gemeindeebene seit der Zählung von 1971 und der Verschluss der meisten Primärdaten zur Berufsstatistik und zur betrieblichen Entwicklung. Bereits in den 1970er Jahren wurden nur noch spärlich amtliche Statistiken veröffentlicht, die aussagefähig betreffs der gewerblichen Entwicklung einzelner Kreise gewesen waren. So gab es keine detaillierten Übersichten mehr zur den Betriebsstätten- oder den Berufszählungen (Anzahl der Betriebe und Beschäftigten nach Bereichen, berufliche Struktur der Einwohner der Gemeinden). Zudem wechselten die Gruppierungsmerkmale häufig, was einen kontinuierlichen Vergleich schwierig machte. Glücklicherweise fanden sich auch für diesen Zeitabschnitt wieder einige Dissertationen und Habilitationen, deren Verfassern ansonsten nicht verfügbare Daten zugänglich gemacht worden waren, so dass in einigen Fällen eine sekundär-statistische Analyse möglich war.

Aufgrund dieser Schwierigkeiten wurde zur Demonstration der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region die personelle Entwicklung solcher Industriekomplexe wie Böhlen und Espenhain herangezogen (vgl. Abschnitt 7.3).

Insgesamt befand ich mich dennoch in der günstigen Situation, aus den regelmäßig durchgeführten Bevölkerungs- und Gewerbezahlungen oder Fortschreibungen über genügend statistisches Material zu verfügen, um die *Tendenzen in der Veränderung der Branchen- und Erwerbstätigenstrukturen sowie der Besitzverhältnisse oder in der Struktur der Bevölkerung zwischen 1880 und 1990* über weite Strecken darstellen zu können. Trotz einiger Einschränkungen ermöglichte der Vergleich der Zählergebnisse ein einigermaßen zuverlässiges Bild von der industriellen Entwicklung und den Veränderungen in den sozialen Verhältnissen in der Region.

Etwas ungünstiger verhält es sich bei den zur Verfügung stehenden Angaben zur regionalen Mobilität der

³³ Berufsstatistik 1867 bis 1925:

1867: Selbständige und Angehörige, 1882: Erwerbstätige, Dienende und Angehörige, 1895 und 1907: Erwerbstätige im Hauptberuf und Angehörige, 1925: Berufszugehörige (Erwerbstätige und Angehörige). Die Zahlen für die einzelnen Jahre sind also ohne wesentliche Einschränkungen miteinander vergleichbar (vgl. Plötz 1971, 4).

Erwerbsbevölkerung. Die amtliche Wanderungsstatistik³⁴ konnte nur begrenzt als empirische Grundlage zur Erklärung des Wanderungsgeschehens im Industrialisierungsraum herangezogen werden, was insofern bedauerlich ist, weil ein großer Teil der Veränderungen im Gefüge der Bevölkerung und Erwerbstätigkeit dieses Gebietes, wie etwa *Verstädterung und Proletarisierung*, auf umfangreiche Wanderungsbewegungen zurückzuführen ist.

Die Statistik beinhaltete jedoch zum einen immer nur Aussagen zum gesamten Gebiet, also zur Amthauptmannschaft bzw. zum Landkreis. Die Ein- und Auswanderungen ins spätere Kreisgebiet war damit auf der Grundlage des statistischen Materials bis 1952 nicht zu belegen. Und nachdem der Landkreis Borna in die beiden Kreise Borna und Geithain umgebildet worden war, erfolgten nur spärlich und diskontinuierlich Angaben zum Wanderungsgeschehen (vgl. Abschnitt 2.1).

Lange Zeit war den statistischen Unterlagen zum Wanderungsgeschehen nur der Saldo von Zu- und Wegzügen zu entnehmen. Erst in den 1920er Jahren wurde auch die Anzahl der Zu- und Abwandernden angegeben. Und noch seltener konnten die Richtung der Wanderungen oder gar demographische Merkmale, Absichten bzw. die Ziele der Wandernden entnommen werden.

Aus dem Vergleich der selbst errechneten Bevölkerungsstände im Kreisgebiet und in einigen Gemeinden wurde der Umfang der Einwanderungen abgeschätzt, so konnte der quantitative Einfluss der Zuwanderungen auf das Bevölkerungsgefüge abgeleitet werden. Nur durch die Einbeziehung weiterer sozialwissenschaftlicher Arbeiten zu den unterschiedlichsten Themen konnten Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Wandernden gezogen werden, zu ihren Beweggründen, ihrer sozialen Lage oder zum Grad der Beeinflussung der Gegebenheiten im Zielgebiet (z.B. Gebauer 1893; Fischer 1910; Wenck 1921; Hammerstein 1933; Hasselblatt 1934; Heyse 1938; Bose 1973; Pach 1974; Bohl 1987; Hoffmann, Rink 1993 und weitere). Außerdem wurden Archivmaterialien des Sächsischen Staatsarchivs sowie das Betriebsarchiv des Staatsbetriebes „Aktiengesellschaft Sächsischer Werke“ (Kraftwerk Böhlen und Karbochemisches Werk Espenhain) verwendet.

In meine Betrachtungen habe ich die folgenden Faktoren einbezogen: die Gewerbeausbreitung und die Branchenstruktur, die Betriebsgröße und die Besitzverhältnisse, die Berufsstruktur und die Struktur der Arbeiter in der Region und ihren Gemeinden, die Bevölkerungsbewegung und die Bevölkerungsverteilung, die Urbanität einzelner Teilgebiete und die Einwohnerstruktur in den unterschiedlichen Siedlungsformen. Die Daten zur Struktur von Bevölkerung, Erwerbstätigen und Betrieben geben die mit der Industrialisierung einhergehenden Veränderungen wieder und deren Verknüpfungen weisen auf einen bestimmten Typ von Industrialisierung und Mobilität hin.

Die Sektoren- und Branchendaten werden genutzt, um die wirtschaftlichen Veränderungen in der Region aufzuzeigen, *wobei Umfang sowie Richtung der Gewerbetätigkeit* Auskunft über den *Grad und die Art der Einbeziehung der Bevölkerung in den Industrialisierungsprozess* gaben. Das *Tempo* der industriellen Entwicklung kommt in einer mehr oder weniger schnellen Veränderung der *Anteile an Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftssektoren* zum Ausdruck (vgl. u.a. Kiesewetter 1980, 309). Die Verlagerungen der Beschäftigtenanteile stellen wie ein Brennglas das Resultat der Entwicklung dar, und lassen ihrerseits Rückschlüsse über weitere soziale und ökonomische Veränderungen zu. *Die Verschiebung der Beschäftigtenanteile zwischen und innerhalb der einzelnen Sektoren ermöglichte z.B. Aussagen über den Typ der Industrialisierung.*³⁵

³⁴ Im Deutschen Reich wurden erst seit 1925 einheitliche Daten zum Wohnsitz erhoben, die Zensusdaten. Ab 1952 bestand in der DDR Meldepflicht am Wohnort.

³⁵ Kiesewetter schlägt z.B. eine Typologisierung des Industrialisierungsgrades aufgrund verschiedener Verteilungen der Erwerbstätigenanteile innerhalb des sekundären Sektors und der regionalen Bevölkerungsdichte vor (vgl. Kiesewetter 1986,

Jene Industrien, die sich im Zuge der Industrialisierungsphase der 1920er Jahre (Großtechnologien, Massenproduktion) herausgebildet hatten, wie Braunkohlenbergbau, Karbochemie und Elektrizitätserzeugung neigten stärker als frühere dazu, die *menschliche Arbeitskraft durch die Arbeitsmaschinen zu ersetzen. In diesem Kontext gab die Herausbildung neuer Industriezweige und Umfang sowie Struktur der dort zum Einsatz kommenden Kapitalien Auskunft über die Art der industriellen Entwicklung und damit über deren Auswirkung auf Beschäftigung und Bevölkerung.*

Weitere Faktoren, die Berücksichtigung finden mussten, um das Ausmaß sowie die Art der industriellen Entwicklung adäquat darzustellen, waren die Betrachtung der Betriebe nach ihrer Größe und die Ermittlung des Grades ihrer Vergesellschaftung in Gestalt der Eigentümerstruktur, die wiederum einen Einblick in die Organisation der gewerblichen Produktion zuließ und zugleich die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit offenbarte.

Erfasst wurde die Veränderung einzelner Merkmale in den Industrialisierungsphasen zum Zweck der *Herstellung von Zusammenhängen*, so z.B. zwischen Branchenzugehörigkeit, Betriebsgröße, Eigentümerstruktur und spezifischer Arbeiterschaft oder zwischen Bevölkerungsballung, Berufsstruktur und Mobilitätsprozessen.

3 Wie alles begann – die Kohlengräberei um Borna bis in die 1860er Jahre

Im (nord)westsächsischen Revier, dem die Werke und Gruben des späteren Bornaer Reviers angehörten, hatte der Braunkohlenabbau deutlich später eingesetzt als in den angrenzenden Revieren der preußischen Provinz Sachsen und des Landes Thüringen (vgl. dazu Abschnitt 4.1; Röllig 1928, 79f.). Der Ausgangspunkt des mitteldeutschen Braunkohlenabbaus lag zwischen Altenburg und Meuselwitz (Barthel 1960, 199). Sowohl das angrenzende Hallesche als auch das Altenburger sowie das Zeitzer Revier hatten zudem eine schnellere Entwicklung genommen (früherer Eisenbahnanschluss, bessere Kohlenqualität, umfangreichere und differenziertere Verarbeitungsindustrien; vgl. u.a. Fischer 1910, 6f.). Während in der preußischen Provinz die Zuckerfabriken und der Kalibergbau mit seinen Tochterindustrien den Braunkohlenbergbau quasi "großzogen", blieben in Nordwestsachsen die ländlichen Nachbarn und einige Werke der grobkeramischen Industrie die Hauptabnehmer der Torfziegel (vgl. Geldern-Crispendorf 1933, 89; Röllig 1928, 80). Noch 1865 war der Absatz fast völlig auf die nächste Umgebung des Braunkohlenabbaus beschränkt, und selbst verkehrsgünstig gelegene Standorte des Reviers konnten weder gegen die sächsische Steinkohle noch gegen die böhmische Braunkohle konkurrieren³⁶ (vgl. Fischer 1910, 57f., Beilage zum JB BHW 1881).

Die im Jahre 1858 im Kreisdirektionsbezirk Leipzig (nordwestsächsisches Revier) insgesamt registrierten 15 Tiefbaustätten sowie 87 Braunkohlenwerke mit Über-Tage-Förderung beschäftigten 1.337 Arbeiter.³⁷ Der Abbau erfolgte bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts hinein mit Schippe und Handkarren. Taleinschnitte und Hänge mit ausstreichenden Flözen und geringem Wasserandrang waren aus diesem Grunde bevorzugte Gebiete (vgl. Barthel 1960, 199). Bis etwa 1860 lagen die Hauptabbauzentren des nordwestsächsischen Reviers in den leicht zugänglichen kleinen Randbecken östlich und südlich des eigentlichen Hauptflözes, nämlich östlich von Grimma und im Westen von Wurzen (vgl. Schulze 1957, 14f.). Um 1859/1862 waren in unmittelbarer Nähe von Bad Lausick 27 kleine, um Borna dagegen nur 12,

55f.), womit gleich mehrere Faktoren einbezogen wurden und über diese zudem eine Reihe von Aussagen zu weiteren Faktoren wie der Bevölkerungszunahme und dem beruflichen Einsatz der Bevölkerung gemacht werden können.

³⁶ Im Jahr 1878 wurden von der sächsischen Staatseisenbahn 55 % Steinkohlen, 37 % Braunkohlen aus Böhmen, 8,7 % Braunkohlen aus dem Herzogtum Sachsen-Altenburg und nur 0,3 % Braunkohlen aus dem Königreich Sachsen befördert.

³⁷ Darunter 473 unter und 864 über Tage; das entsprach einer Besetzung von ca. 31,5 Arbeitern pro Grube bzw. 10 Arbeitern je Tagebau.

aber etwas größere Gruben in Betrieb (vgl. Abschnitt 4.1, siehe Anhang, Karte 1 und 2). In den nordwestsächsischen Gerichtsamtsbezirken arbeitete folgende Anzahl an Arbeitern im Bergbau: in Grimma 371, in Wurzen 312, in Colditz 266, in Borna 231, in Bad Lausick 192 und in Frohburg 83 Personen. In den peripheren Teilen des Reviers lag die Zahl der Betriebe nach dem Schwerpunkt der Förderung in den Gerichtsamtsbezirken Bad Lausick, Grimma, Colditz, Wurzen und erst viel später im Bezirk Borna, denn noch war das "Herz des Reviers" nicht erschlossen (vgl. D.B.I.V. 1935, 438).

3.1 Der Grundeigentümerbergbau als Nebenerwerbsquelle

Die erste amtliche Notiz, die Torfgräberei in Borna betreffend, stammt aus dem späten 18. Jahrhundert, wo in Neukirchen d.h. in unmittelbarer Nähe zur Stadt Borna mehrere Kleinstgruben eröffnet wurden. Indes war deren Ausbeute entsprechend gering und der "Torf", so die frühere Bezeichnung, wurde aufgrund seiner schlechten Qualität nur in den Wachlokalen oder von den Armen verfeuert. Streitigkeiten wegen der Ableitung des Grubenwassers, welches zur Verunreinigung der Gewässer führte, erschwerten zusätzlich den Abbau (vgl. Wenck 1921, 96). Einer weiteren Quelle zufolge begann der Braunkohlenabbau in Borna, als "der Leipziger Universitätsbaumeister Siegel und der Maurermeister Uhlmann am 15.3.1799 beantragten, dass sie am 'Breiten Teich' in Borna Kohle abbauen dürfen". Im Jahre 1815 entstand nahe der Stadt Borna die erste Grube namens "Marie", am Ende der 1830er Jahre arbeiteten nordöstlich von Borna sieben kleinere Gruben im reinen Handbetrieb (vgl. Fischer 1910, 12f.).

In den folgenden Jahren wurde der zügige Ausbau der Landstraßen von den kapitalkräftigeren Grundeigentümern vorangetrieben, um so das Absatzgebiet für die Kohle zu vergrößern. Über diese Jahre existieren nur spärliche Notizen den Bergbau betreffend³⁸. Erst für das Jahr 1852 wurde das Betreiben dreier Gruben nordöstlich von Borna erwähnt (vgl. D.B.I.V. 1935, 437). Im Jahr 1858 beschäftigten einige kleinere Abbaustätten um Groitzsch und Peres 48 Arbeiter (vgl. Schulze 1957, 14). Um 1860 lag der Schwerpunkt der Förderung sowohl nordöstlich von Borna bei Bockwitz (1855 nach Borna eingemeindetes Gut), Kesselshain und Dittmannsdorf als auch südlich bei Neukirchen, Whyra und Blumroda (vgl. D.B.I.V. 1935, 438; Barthel 1960, 199; siehe Anhang, Karte 2). Die knappe Hälfte der 12 Grubenbetriebe arbeitete schon im Tiefbau.

Offensichtlich war der Braunkohlenabbau im Bornaer Raum schon nach kurzer Zeit wieder zum Erliegen gekommen. Die bis dahin zugänglichen Lagerstätten waren weitestgehend abgebaut und die unter den mächtigen Deckschichten³⁹ lagernden Kohlen dem zu dieser Zeit betriebenen oberflächlichen Abbau (auch als Karrenförderung oder Raubbau bezeichnet) nicht mehr zugänglich. Erste Versuche, tiefer liegende Braunkohlenvorkommen um Borna und Groitzsch abzubauen, misslangen (vgl. Schulze 1957, 14), denn zum Abbau dieser Lagerstätten waren andere technische Voraussetzungen notwendig. Mit dem ersten bescheidenen Einsatz von Fördertechnik Anfang der 1860er Jahre wurden häufiger bergmännisch betriebene Tiefbauschächte angelegt, die im Gegensatz zum "unfachmännischen" Tagebau eine intensivere Nutzung ermöglichten. Im Jahre 1862 wurde in der gesamten Amthauptmannschaft (sowohl um Borna, als auch Bad Lausick und Frohburg) in 36 kleinen privaten Werken Kohle gefördert, davon waren schon 16 unterirdische Gruben. Mit dem Übergang zum Tiefbau schloss sich die Betreibung kleinerer Verarbeitungswerke an und es kam zu einem "einigermaßen bedeutsamen Abbau" (Fischer 1910, 17). Die sich an den Abbau anschließende Fabrikation von Handstreichziegeln⁴⁰ in der frostfreien Jahreszeit erfolgte im allgemeinen nicht in Grubennähe, sondern erst beim Verbraucher, weil diese Steine

³⁸ So stellt Fischer fest, dass für die Zeit zwischen 1840 und 1857 so lückenhafte Angaben vorliegen, "dass ich dieselben hier mitzuteilen für nicht gut halte" (Fischer 1910, 12).

³⁹ Die über der Braunkohle liegenden Sand- und Erdschichten.

⁴⁰ Die gewonnene Masse wurde im Handbetrieb verarbeitet wie Torf.

nur über eine geringe Festigkeit und kurze Haltbarkeit verfügten (vgl. Barthel 1960, 203).

Das Bestehen einer Vielzahl an Kleinstgruben geht vor allem auf die bis 1868 geltenden *bergrechtlichen Rahmenbedingungen* zurück. In Sachsen unterlag der Kohlenabbau im 19. Jahrhundert nicht dem Regalbergbaugesetz⁴¹, die Kohle galt als sog. freieigener Bestandteil des Grundbesitzes. Das Kohlenunterirdische gehörte dem Grundeigentümer, und das Gesetz gestand ihm "Freiheit" in Bezug auf Betrieb, Absatz und Preisbestimmung zu, gleichzeitig drohte das Mandat des Fremddabbaus oder Grundeigentumverlustes, wenn er nicht abbauen wollte⁴² (vgl. Fischer 1910, 26f.; Hammerstein 1934, 21f.; D.B.I.V. 1935, 244). Infolgedessen entwickelten sich zunächst sehr viele, allerdings nur sehr kleine, dem verfügbaren Kapital entsprechende Gruben (vgl. Pietzsch 1924, 324). Das Abtäufen von Schächten nach Braunkohle gelang erstmals um 1860 (vgl. D.B.I.V. 1935, 438) und fand kurze Zeit später Eingang im Bornaer Abbaugbiet. Die in den 1860er Jahren eröffneten Gruben und Werke hatten durchschnittlich zehn bis 15 Arbeiter und stellten damit im Vergleich zur früheren Durchschnittsbelegung von bis zu max. zehn Arbeitern pro Grube gesehen, eine erste Vergrößerung dar.

Kleinräumige Daten zur Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den Braunkohlengruben wurden zu dieser Zeit allerdings weder vom Sächsischen Bergamt noch vom Statistischen Landesamt periodisch erhoben, weil die Arbeiter nur saisonal und/oder nebenberuflich in den sog. "Brüchen"⁴³ beschäftigt wurden. Das führte zu unzuverlässigen, entsprechend dem Erfassungsmodus voneinander differierenden Angaben bezüglich der Anzahl betriebener Gruben und darin beschäftigter Arbeiter (vgl. dazu Fischer 1910; Pietzsch 1925; Hammerstein 1934; JB BHM, entspr. Jg.).

Neben den technischen und organisatorischen Grenzen, die dem Bergbau zum damaligen Zeitpunkt gesetzt waren, verhinderte auch die landwirtschaftliche Nutzung der fruchtbaren Böden (Schwarzerde, Aulehmböden, lößähnliche schwere Lehm Böden) in der klimatisch begünstigten Region sowie die Ablehnung des Bergbaus durch die Landbevölkerung die Herausbildung des neuen Wirtschaftszweiges (vgl. Baedeker 1928, XI; Röllig 1928, 80).⁴⁴

Gegen einen umfangreicheren Kohlenabbau sprach die Fruchtbarkeit der Böden, die den Anbau hochwertiger Pflanzen ermöglichte, und die hohen Ernteerträge sorgten für einen gewissen Reichtum der Bauerngüter. Auf dem umfangreichen Anbau von Zuckerrüben und Weizen, von Gerste und Kartoffeln gründete sich eine landwirtschaftliche Verarbeitungsindustrie wie Zuckerfabriken, Branntweinbrennereien und Bierbrauereien oder Stärkefabriken (vgl. Vogel 1927, 25; Hönsch 1968, 24f.). Der unmittelbare Zugriff auf die Braunkohlenvorkommen und Tonlager durch die Grundbesitzer gewährleistete die Verarbeitung der einheimischen Rohstoffe in der an die regionale Landwirtschaft angeschlossenen Kleinindustrie bzw. ermöglichte, dass dort die Produktion erhöht werden konnte. Neben den traditionellen Bereichen, wie Feldgärtnerei und Baumschulen sowie Obstanbau und -verarbeitung oder Schuhwarenfabrikation, waren weitere, stärker kohleverbrauchende mittelständische Gewerbe wie Ziegeleien und Kalkbrennereien oder die Eisenwarenfabrikation hinzugekommen. Die agrarisch-

⁴¹ Regalbergbau: die Bodenschätze waren kein Privateigentum, sondern es galt das Staatsvorbehalt (vgl. D.B.I.V. 1935, 243).

⁴² Ein 1743 erlassenes kursächsisches Mandat legte fest, dass der Eigentümer jeglicher Bodenschätze zu deren Abbau verpflichtet ist. Weitere Mandate wurden 1822 bzw. 1830 erlassen (vgl. zur Entwicklung des Bergrechtes in Sachsen bis 1935 D.B.I.V. 1935, 244ff. und 437).

⁴³ Die Braunkohlentagebaue wurden nicht als bergmännische Betriebe betrachtet, sondern als "Brüche" bezeichnet.

⁴⁴ Die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe richtete sich nach der Fruchtbarkeit der Böden und belief sich westlich von Borna, wo die Böden besonders gut waren, auf 100 bis 200 Hektar. Östlich von Borna waren die Güter aufgrund der etwas weniger ertragreichen Böden eher über 200 Hektar. In der Mitte, also um Borna, dominierte der Feldgemüseanbau (vgl. Hammerstein 1934, 14). Die Amthauptmannschaft Borna umfasste sowohl die besten Lagen Sachsens als auch leichtere Böden. Die Bornaer Gärtnereien und der Obstanbau in der Röthaer Gegend genossen noch in den 1920er Jahren einen Ruf, der weit über die Grenzen des Bezirkes hinausging (vgl. Mittasch 1928, 187).

kleingewerbliche Struktur der Wirtschaft blieb durch den Abbau der Kohlevorkommen erhalten. Die Nutzung des heimischen Rohstoffs trug zur Erweiterung der alten und zur Erschließung neuer Gewerbezweige bei.

3.2 Charakteristik der Erwerbsstrukturen, Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung

Sowohl der *Anteil der gewerblich Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung als auch die Urbanisierung der Räume*, hervorgerufen durch enorme Arbeiterkonzentration und Bevölkerungszunahmen gelten als soziale Kennzeichen der gewerblich-industriellen Entwicklung einer Region. Deren Ausprägungen in der Untersuchungsregion um die Mitte des 19. Jahrhunderts sollen daher im weiteren betrachtet werden.

Die zerstreute Lage des Braunkohlenbergbaus im ländlichen Gebiet und der stark saisonale Charakter der "Torfgräberei" führten dazu, dass in dieser Zeit ausschließlich mit den in der Region zur Verfügung stehenden Arbeitern nach Kohle geschürft wurde. Dabei handelte es sich zum größten Teil um *Häusler und landwirtschaftliche Arbeiter, die gleichzeitig noch auf dem Gute des Grubenbesitzers beschäftigt waren* und ausschließlich während der Herbst- und Wintermonate in den meist sehr kleinen Gruben derselben schürften: "Viele kleine Tagebaue wurden von den Bauern der Umgebung nur im Herbst, wenn man sich für den Winter versorgen wollte, betrieben. Die Schächte grub man mit einfachen Mitteln bis zum Flöz, um dann alle erreichbare Kohle zusammenzuscharren, bis die nachbrechenden Massen oder die eindringenden Wasser die Weiterarbeit verhinderten." (Schulze 1957, 14; vgl. auch Fischer 1910, 16).

Aufgrund des geringen Umfangs des Braunkohlenbergbaus und der intensiv genutzten fruchtbaren Böden bildete die Landwirtschaft weiterhin die Hauptgrundlage der Erwerbsarbeit. In der Amtshauptmannschaft Borna waren noch mehr als 40 % der *Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft* beschäftigt. Die einheimische Bevölkerung fand in den durchschnittlich mittelgroßen Bauernwirtschaften (fünf bis 50 ha) ausreichende Arbeitsmöglichkeiten und in der Vieh- und Feldwirtschaft, im Obst- und Gemüseanbau ein vielfältiges Tätigkeitsangebot (Hofmann 1901, 221ff.). In den Sommermonaten mussten häufig sogar Wanderarbeiter aus den deutschen Ostgebieten die Bauern der größeren landwirtschaftlichen Güter unterstützen.

In den Dörfern beherrschte der Bauer das Ortsbild und viele Einwohner der kleinen Landstädte hatten noch landwirtschaftliche Betriebe. Neben der Landwirtschaft stellte das Handwerk eine wichtige Erwerbsquelle dar. Die Städte Pegau und Groitzsch galten als Hochburgen der Schuhmacherei, um Borna, Regis und Rötha florierten Gartenbau und Feldwirtschaft. Die spätere Bergarbeiterstadt Borna⁴⁵, an einer der alten Handelsstraßen gelegen, verfügte um die Mitte des 19. Jahrhunderts, entsprechend ihrer Bedeutung als administratives und kleingewerbliches Zentrum, über eine sehr breitgefächerte Erwerbsbevölkerung. Handel und Handwerk der Stadt stützten sich auf 22 Zünfte, u.a. die Tuchmacherei, Seilerei, Töpferei oder Gerberei (vgl. 800 Jahre Borna 1939; Wenck 1921, 94).

Für diesen Zeitraum lässt sich eine *Beeinflussung der Erwerbstätigenstruktur durch den Braunkohlenabbau etwa in Form einer Verdrängung der Beschäftigten aus der Landwirtschaft bzw. aus anderen kleingewerblichen Bereichen nicht nachweisen*. Die flachen Tagebaue besaßen nur einen geringen Umfang und das Land konnte, sobald die Kohle gewonnen worden war, schnell wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Auch der gegen Mitte des letzten Jahrhunderts betriebene Tiefbau änderte auf Grund seines geringen Umfanges nichts daran, so dass der Bergbau den ländlichen Charakter der Region nicht beeinflusste.

⁴⁵ Borna wurde 924 von König Heinrich zur Stadt erhoben und ist damit eine der ältesten Städte Sachsens (Eckert, Pflug 1893, Einleitung).

Dagegen kam es mit der auch in Sachsen Anfang des 19. Jahrhunderts erfolgten Änderung des Erbrechtes zur ersten Freisetzung von Landarbeitern und Bauern. Mit der Aufhebung des Grundsatzes der Primogenitur⁴⁶ besaß jeder Erbe nun jederzeit das Recht, seinen Erbteil in Form des ihm zustehenden Anteils am Grundbesitz einzufordern. Dies führte zur Parzellierung des Bodenbesitzes und zur Gefährdung der Grundlagen der (klein)bäuerlichen Existenz (vgl. dazu auch Hasselblatt 1938, 11). Sowohl Großgrundbesitzer als auch Großbauern konnten ihren Besitz noch so weit erhalten, dass die landwirtschaftliche Arbeit weiterhin Hauptgrundlage des Familieneinkommens blieb. Wenn allerdings der Mittelbauernhof oder noch kleinere Höfe einer Teilung unterlagen, dann mussten die Besitzer der neu entstandenen Bauernhöfe häufiger nebenberuflich eine gewerbliche Tätigkeit, u.a. auch im Bergbau, übernehmen. Der aufkommende Bergbau ermöglichte es den "wenig wanderlustigen" Kleinbauern (Dierkes 1933, 405) oder auch den besitzlos gewordenen Landarbeitern, ihre Existenz vollständig oder teilweise mit Hilfe einer gewerblichen Arbeit in der Region zu sichern. Ein anderer wichtiger Grund der Zuwendung der Kleinbauern zum Gewerbe wie etwa zum Bergbau war, dass der Verdienst aus der gewerblichen Beschäftigung ein Aufgeben des Hofes verhindern sollte, weil über das monatliche Einkommen das Bauerngut erhalten oder sogar vergrößert werden konnte und so die bäuerliche Existenz gesichert blieb. Eine Aufgabe des Hofes und die Übernahme einer gewerblichen Arbeit im Hauptberuf waren in der Regel nicht beabsichtigt (vgl. Dierkes 1933, 405).

Der Braunkohlenabbau wurde sowohl von Seiten der Eigentümer als auch von Seiten der Arbeiter in der Hauptsache als Nebenerwerb betrachtet und nebenberuflich betrieben. In sehr geringem Umfang standen jedoch schon die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeiter ganzjährig zur Verfügung.

Der geringe Umfang des Kohlenabbaus machte in diesem Zeitraum weder eine Abwerbung von Erwerbstätigen aus den traditionellen Erwerbsbereichen noch eine Zuwanderung regionsfremder Arbeitskräfte notwendig.

Im stark industrialisierten Königreich Sachsen nahm die Bevölkerung zwischen 1840 und 1875 von 1 706 256 auf 2 760 586 Einwohner, d.h. um etwa 55 % zu. Der Zuwachs konzentrierte sich auf die drei großen Städte Leipzig, Dresden, Chemnitz sowie die (Erz-)Gebirgsregionen (vgl. dazu die Abhandlungen von Forberger 1958; Kiesewetter 1981; Michel 1985). In der Amthauptmannschaft Borna betrug das Bevölkerungswachstum zwischen 1843 und 1875 etwa 22 Prozent und war damit entsprechend geringer als in anderen Regionen Sachsens.

Tabelle 3: Die Bevölkerungsentwicklung von 1843 bis 1875

Jahr	Amthauptmannschaft Borna*		bestehend aus dem späteren			
		Saldo	Kreis Borna*		Kr. Geithain	
			Kohlenkreis		landwirtschaftlicher Kreis	
			Bevölkerung	Saldo	Bevölkerung	Saldo
1843	55.806		34.961		20.845	
1875	68.035	+ 22 %	43.146	+ 23,5 %	24.889	+ 19,4 %

Quelle: eigene Berechnungen, Grundlage Z.Sächs.Stat.LA 1905, 48ff., Blaschke 1957

* einschließlich jener Orte, die bis 1952 noch zum Landkreis Leipzig bzw. Altenburg gehörten

Das wesentlich geringere Bevölkerungswachstum in der Amthauptmannschaft Borna von etwa 12.000 Einwohner in 32 Jahren, was einem jährlichen Zugewinn von ca. 375 Einwohnern entspricht, weist kaum auf eine starke industrielle bzw. gewerbliche Entwicklung hin, sondern kann eher als Resultat der natürlichen Bevölkerungsbewegungen wie einer abnehmenden Kinder- und Säuglingssterblichkeit bei

⁴⁶ Bevorzugung des Anerben beim Erbgang, Geschlossenheit der Vererbung an einen Erben, meist den ältesten Sohn, um die Größe der Bauerngüter zu erhalten (vgl. Hasselblatt 1938, 11).

gleichzeitiger Verlängerung des Lebensalters gesehen werden und stellt damit einen *Beleg für das Fortbestehen des agrarischen Charakters* dar (siehe Tabelle 3).⁴⁷

Selbst wenn es sich bei einem Teil der Bevölkerungszuwächse um Zuzüge, also Wanderungsgewinne, gehandelt haben sollte, kann dies weniger auf die Kohlengräberei zurückgehen, denn der Schwerpunkt des Kohlenabbaus befand sich zu dieser Zeit noch auf dem Gebiet des späteren Kreises Geithain. Dieser trug jedoch eindeutig weniger zum Bevölkerungswachstum im Gesamtgebiet bei als der spätere Kreis Borna mit seinem damals noch weitgehend unbedeutendem Kohlenabbau (siehe Tabelle 3 und Tabelle 5 im Abschnitt 4.1).

Weniger der Kohlenabbau, sondern vielmehr traditionelle Gewerbebezüge, wie die Schuhfabrikation in Groitzsch und Pegau⁴⁸, welche sich aufgrund ständig ansteigender Nachfrage personell vergrößern konnten (vgl. dazu u.a. 800 Jahre Borna 1939, o.A.), trugen zu einer steigenden Bevölkerungszahl bei. Auch hatten in Leipzig beheimatete Gewerbe ihre Standorte aus unterschiedlichen Gründen ins Umland verlegen müssen, u.a. die Pelzzurichterei nach Rötha.

Tabelle 4: Abbaustandorte und Bevölkerungsentwicklung

	Bevölkerungsentwicklung			Zunahme in %
	1834	1864	1875	1834 -1875
Abbaustandorte				
Borna	3.684	5.751*	6.081	65,1
Witznitz	227	211	243	7,0
Dittmannsdorf	166	255	281	69,3
Borna-Altstadt	427	859	946	121,5
Borna-Gnandorf	61	122	131	114,7
Eula	337	391	323	-4,1
Zedlitz	531	606	482	-9,2
Blumroda	233	311	303	30,0
Altengroitzsch	140	156	147	5,0
Wischstauden	100	108	88	-12,0
Elstertrebnitz	294	313	295	0,0
Pegau	1.611	3.681*	4.449	176,2
Groitzsch	3.360	4.443*	4.093	21,8
Regis	562	722*	761	35,4
Orte an neuen Bahnstationen				
Pürsten	123	246	327	165,7
Böhlen	312	375	385	23,4
Orte ohne Kohlenabbau				
Espenhain	171	233	203	18,7
Heuersdorf	170	215	209	22,9
Mölbis	426	562	632	48,3

Quelle: Z.kg.Sächs.Stat.A

1905,

48ff.;

Blaschke

1952

* Für die städtischen Siedlungen wurde das Jahr 1871 zum Vergleich herangezogen.

Ein Vergleich der Angaben zum örtlichen Bevölkerungswachstum und zu den Standorten des Braunkohlenabbaus lassen den Schluss zu, dass sich die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Gebieten, "in denen die Gräberei umging", in keiner Weise vom Bevölkerungswachstum in Gebieten, wo kein Abbau der Kohle in unmittelbarer Nähe erfolgte, unterschied. In beiden Gebieten lassen sich Gemeinden mit einem Zuwachs, mit Verlusten oder einer gleichbleibenden Einwohnerzahl finden (siehe Tabelle 4).

⁴⁷ In Forbergers Schrift von 1958 werden alle jemals in Sachsen bestehenden Manufakturen aufgelistet. In Borna befand sich nicht eine einzige.

⁴⁸ Beschäftigte (Fabrikanten bis Lehrlinge) in der Schuhmacherei im Jahre 1849: in Borna 189, in Pegau 332, in Groitzsch 425. Beschäftigte in der Weberei in den genannten Städten 30/ 22/ 47.

Bis 1864 verteilten sich die stärker wachsenden Gemeinden über das gesamte Gebiet des späteren Kreises Borna, und es lassen sich mehrere Schwerpunkte feststellen. Erstens und in besonderem Maße betraf dies die wenigen Landstädte einschließlich einiger umliegender Gemeinden, die von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte profitierten und wo sich zugleich auch in einigen Fällen kleine Kohlengruben befanden, u.a. in den nördlich und südlich an die Stadt Borna angrenzenden Gemeinden (siehe Tabelle 4).

Zweitens handelte es sich um mehrere Gemeinden an der westlichen Grenze zur preußischen Provinz Anhalt, wo bereits früher und intensiver mit dem Kohlenabbau begonnen worden war und das Bevölkerungswachstum durchaus damit in Zusammenhang gesehen werden kann.

Was die stärkeren Bevölkerungszunahmen in weiteren kleineren Ortschaften angeht, so stehen diese häufig im Zusammenhang mit der Ansiedlung eines neuen Gewerbes, welches meist landwirtschaftliche Produkte verarbeitete, oder sind als eine Folge des Baus der Eisenbahnlinie zu sehen, in deren Nähe Bahnhofsstationen, Wohnhäuser und Fabriken errichtet wurden⁴⁹ (siehe Tabelle 4).

Zum Teil lassen sich dieselben aus der heutigen Perspektive nicht mehr eindeutig auf wirtschaftliche Veränderungen zurückführen, sondern müssen wohl in erster Linie als Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegungen gesehen werden, denn wenn man die relativen Zuwächse absolut betrachtet, so waren diese in den meisten Fällen eher gering (siehe Tabelle 4).

Sehr unbeständig gestaltete sich die Bevölkerungsentwicklung einiger Gemeinden im Gebiet des Braunkohlenbergbaus. Innerhalb nur weniger Jahre traten ganz erhebliche Schwankungen in den Einwohnerzahlen auf (siehe Tabelle 4). Dies kann ein Hinweis dafür sein, dass ebenso wie beim mittelalterlichen Silber- oder späteren Steinkohlenbergbau auch die Braunkohlengräberei zu Beginn nomadisierte (vgl. auch Röllig 1928, 66ff.), was zu spontanen, kurzfristigen Einwohnerzugewinnen oder -verlusten in einzelnen Orten führte.

Neben der Erwerbstätigenstruktur und den Bevölkerungsverhältnissen blieb auch das alte Siedlungsbild erhalten. Die ländlichen Gemeinden verteilten sich gleichmäßig, vor allem entlang der Wasserarme, über das spätere Kreisgebiet. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lag die Bevölkerungsdichte in diesem Gebiet bei 94,5 EW/qkm. Etwa zwei Drittel der 128 Gemeinden hatten weniger als 200 Einwohner, ein weiteres knappes Drittel weniger als 500 Bewohner. Nur in den wenigen städtischen Siedlungen wohnten zwischen 1.000 und 5.000 Menschen. Die Städte besaßen keine überregionale Bedeutung, sondern fungierten als regionale Verwaltungszentren für die Landesherren. In den ländlichen Siedlungen existierte häufig noch die für die Frühzeit typische Form der geschlossenen Hauswirtschaft, in der jede Familie für sich selbst produzierte (vgl. Meller, Stäuble 1997, 307ff.; Scholz 1997, 317ff.). Daneben existierten eine ganze Reihe von bäuerlichen Mittelbetrieben zwischen zwei und zehn Hektar (max. 15 ha) mit angeschlossenem Handel oder Verkauf.

3.3 Das neue Gewerbe trägt zur Festigung der traditionellen Strukturen bei

Sowohl die nach 1800 in allen europäischen Industrieländern einsetzende stetige *Bevölkerungszunahme* und mehr noch die zunehmende *Bodenzersplitterung* verursachten auch in der betrachteten Region den

⁴⁹ Die erste Bahnlinie wurde um 1850 zwischen Leipzig und Borna als Regionalverbindung eingerichtet. Verschiedene Bahnhöfe entstanden, die von mehreren Orten gleich gut erreichbar waren, was wirtschaftliche Neuansiedlungen auslöste und den Bau von Wohnhäusern nach sich zog. Kiritzsch war eine kleine Ortschaft mit etwa 330 Einwohnern zwischen den Städten Borna und Groitzsch, die zentral genug gelegen war, um mehrere der damals bestehenden kleinen Abbaugebiete an die Schiene anzuschließen. Der Bahnhof entstand einige Kilometer vom Ort entfernt und bildete den Ausgangspunkt für die spätere Arbeitersiedlung Neukiritzsch (vgl. z.B. Ferstl 1994, 225). Obwohl der Bahnhof einschließlich der dazugehörigen Bedienstetenhäuser auf Kahnsdorfer Fluren lag wurde er "Bahnhof Kiritzsch" genannt, weil die Bauleitung in diesem Ort stationiert gewesen war.

Rückgang bäuerlicher Existenzen⁵⁰ und brachten eine Hinwendung der ländlichen Bevölkerung zur gewerblichen Tätigkeit mit sich. Mit der Erschließung neuer Erwerbsquellen am Ort kam es zur "Aufweichung" der traditionellen Sozialstrukturen und zur allmählichen Herausbildung neuer sozialer Schichten, die als soziale "Mischlage" zwischen den Lagen des Landarbeiters und des Industriearbeiters zu verorten sind.

Der Bergbau besaß im gesamten Zeitraum (d.h. zwischen 1800 und 1868/75) nur punktuelle Bedeutung und erfasste lediglich kleinere Gebiete, in denen sich Inseln herausbildeten, wo der *neue gewerbliche Wirtschaftszweig allerdings nur eine marginale Rolle spielte, während insgesamt die traditionelle Wirtschaftsstruktur bestehen blieb*. Neben der Land- und Forstwirtschaft waren Kleingewerbe, Handwerk und eine mittelständische, auf den regionalen Markt ausgerichtete Industrie typisch. Die regionalen Unterschiede in der vorindustriellen Zeit waren relativ gering und relativ statisch. Innerhalb dieser homogenen Struktur traten nur "wenige inselhafte Handels- und Gewerbezentren" heraus. Für die Braunkohlengröberei kennzeichnend war der meist an den bäuerlichen Betrieb gebundene Abbau in kleinen und sehr kleinen Gruben durch die ansässigen Landbesitzer auf ihrem eigenen Grund und Boden mit sehr einfachen technischen Mitteln sowie in geringem Umfang und vorwiegend für den privaten Verbrauch und nur geringfügig für den lokalen Absatz (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 32; Fischer 1910, 12; Schulze 1957, 13ff.; Bohl 1987, 111ff. u.a.).

Gegen Ende dieser Periode, also etwa ab 1860, brachte ein leichtes Anwachsen des Brennstoffbedarfs eine entsprechende Steigerung der Förderung in Gang. Die in den einträglicheren Tiefbau zu investierenden Mittel führten zugleich zu ersten Zusammenschlüssen von Einzelunternehmern und zum Ersatz der vielen kleinen privaten Betriebe durch etwas größere Kohlenwerke.

4 Die Formung einer neuen Berufsgruppe – zur Herausbildung des Braunkohlenarbeiters zwischen Staatsgründung und erstem Weltkrieg

Auf den langsamen Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung ohne nennenswerte Veränderung im sozialen Gefüge der Bevölkerung und der Erwerbstätigen folgte nunmehr eine Phase, wo *mit dem Eindringen kapitalistischer Elemente der Braunkohlenbergbau in Borna zu einem beachtenswerten Bestandteil der Regionalwirtschaft wurde und Einfluss auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse zu nehmen begann*.

Der sich am Beginn der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts vollziehende Bedeutungswandel wird ganz besonders daraus ersichtlich, dass das Freiburger Oberbergamt den Braunkohlenabbau als Bergbau zur Kenntnis nahm und *seit dem Jahr 1868 im "Jahrbuch für den Berg- und Hüttenmann", herausgegeben von der Königlichen Bergakademie zu Freiberg, eine umfassende Statistik zum gesamten Braunkohlenbergbau in Sachsen vorlegte⁵¹*. Der Braunkohlenbergbau Sachsens bildete nun schon einen ansehnlichen Zweig der Bergwerksindustrie, der zum Aufblühen der gesamten Wirtschaft beitrug und immerhin schon eine bedeutende Anzahl von Arbeitskräften beschäftigte (vgl. JB BHW 1877, 41). Die Bornaer Gruben bildeten zunächst noch einen Teil des nordwestsächsischen Reviers und unterstanden der Berginspektion Chemnitz. Die zunehmende Bedeutung des sich südlich von Leipzig entwickelnden Braunkohlenbergbaus führte jedoch am 1. April 1898 zur Gründung der Berginspektion in Leipzig (vgl. JB BHW 1898, 14 und 122; D.I.B.V. 1935, 439). Der Mittelpunkt des Abbaus befand sich zu diesem Zeitpunkt schon um Borna, wo die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einen ersten Höhepunkt erlebte.

⁵⁰ Der Anteil an Gärtnern und Häuslern hatte im Gebiet zwischen 1550 und 1843 von ca. fünf auf etwa 47 Prozent stark zugenommen, derjenige der Bauern war entsprechend kleiner geworden (vgl. die Dissertation von Blaschke 1962).

⁵¹ Seit 1852 wurden in regelmäßigen Befragungen aggregierte statistische Daten erhoben, aber erst ab 1868 erfolgte die detaillierte Angabe für jeden Betrieb. Diese Auflistung enthielt Besitzverhältnisse, Fördermenge und Beschäftigtenstand.

4.1 Die Bedeutung des Bornaer Braunkohlenabbaus – seine Stellung zwischen mitteldeutschem Wirtschaftsraum und nordwestsächsischem Revier

Die Spezifik der Entwicklung im Bornaer Revier ist darauf zurückzuführen, dass dieses nur randgebietlich zum mitteldeutschen Industrierevier gehörte und von dessen Aufschwung also erst relativ spät profitierte und zudem den in Sachsen typischen organisatorischen Rahmenbedingungen unterworfen war. Der Bornaer Raum wurde erst zwischen 1900 und 1915, dafür aber weit nachhaltiger vom Bergbau beeinflusst als die anderen westsächsischen oder auch einige der angrenzenden Reviere Thüringens bzw. Preußens.

4.1.1 Die Industrialisierung in Mitteldeutschland und die spezifisch sächsische Prägung

Der mitteldeutsche Industriebezirk zwischen Hannover und Halle begann sich im 19. Jahrhundert herauszubilden (vgl. Geldern-Crispendorf 1933, 90). Das Gebiet war bis dahin ein völlig agrarisches Land mit einer geringen, rein konsumorientierten und handwerklichen Industrie in den Städten.

Die Anstöße zur Industrialisierung gingen hier von der Landwirtschaft aus, speziell vom Zuckerrübenanbau (vgl. Geldern-Crispendorf 1933, 82ff.; Röllig 1928, 80). Aufbauend auf die Fruchtbarkeit der Böden entstand eine umfangreiche Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, wobei die ursprünglich handwerklich betriebene Fertigung relativ rasch zur Industrieproduktion wurde (vgl. Mohs 1964, 317). Eingeleitet wurde der Aufschwung der Braunkohlenindustrie im mitteldeutschen Kernraum durch den enormen Brennstoffbedarf der dortigen Zuckerindustrie. Die ersten deutschen Zuckerrübenfabriken wurden etwa um 1840 während der Kontinentalsperre errichtet, und Anbau sowie Verarbeitung konzentrierten sich bald um Magdeburg und Halle. Rein zahlenmäßig hatte die Zuckerindustrie zwar keine Bedeutung, aber sie hatte eine Reihe von Hilfsindustrien wie den Maschinenbau zur Folge und gab den ersten Anstoß zur Entwicklung des Braunkohlenbergbaus⁵², welcher bald darauf dem gesamten Mitteldeutschland sein industrielles Gepräge geben sollte.

Das nordwestliche Sachsen mit den Amthauptmannschaften Leipzig, Grimma und Borna war ein *Außenbezirk des mitteldeutschen Braunkohlengebietes, in dem die wesentlichen Merkmale der Kernzone nur in abgeschwächter Form auftraten* (vgl. Geldern-Crispendorf 1933, 89). Es besaß keine wirtschaftlichen Anreize wie Zucker- und Kaliindustrie. Den Kohlenbedarf des ländlich wirtschaftenden Raumes konnte eine begrenzte Anzahl kleinerer Gruben decken (vgl. Röllig 1928, 80; auch Abschnitt 3.1). Als nach der Einführung der Trockenbrikettierung weitere industrielle Abnehmer wie die Teerschwelereien, die Paraffin- und Mineralölfabriken oder die Textilindustrie zur Braunkohlenfeuerung übergingen, wurden weitere Teile des mitteldeutschen Gebietes in die industrielle Entwicklung einbezogen (vgl. Geldern-Crispendorf 1933, 86f.).

Im Königreich Sachsen hatte der Braunkohlenabbau zwar ebenfalls schon im 18. Jahrhundert begonnen, war aber erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Entfaltung gelangt, und zwar im Zusammenhang mit der Einführung der Trockenbrikettierung (vgl. u.a. Fischer 1910, 19ff. und 49ff.). Noch 1849 gab es gerade einmal 245 Braunkohlenbergleute in Sachsen, 1875 waren es 1.261 Beschäftigte (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 200ff.).

Die besonderen Kennzeichen des sächsischen Bergbaus waren eine starke räumliche Zersplitterung, eine Vielzahl von Kleinbetrieben sowie eine verlangsamte Vergesellschaftung und Betriebskonzentration. Diese Besonderheiten sind primär auf das in Sachsen geltende Grundeigentümerrecht zurückzuführen (vgl. auch Abschnitt 3.1 und 4.3).

⁵² 1860 erfolgten 58 % der anhaltinischen Kohlenförderung für die Zuckerindustrie, nur 16 % für andere Industrien.

Die Zahl der Braunkohlengruben, deren es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Sachsen 109 gab, war bis zum Jahr 1873 auf 187 angestiegen und hatte sich erst seit dieser Zeit trotz ständig zunehmender Produktion vermindert. Zur Zählung 1882 fanden sich in Sachsen 102 Hauptbetriebe mit 2.453 Personen vor, im Jahre 1895 bei ansteigender Produktion noch 90 Betriebe mit 2.073 Beschäftigten (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 220).

Besonders zurückgegangen waren die Kleinbetriebe mit bis zu zehn Arbeitern (von 40 auf 31). Und bei den 1895 arbeitenden 75 Braunkohlenbergwerken handelte es sich in der Mehrheit schon um mittelgroße Betriebe. Dort "fanden sich nur 1 Betrieb mit mehr als 100 und 8 Betriebe vor, deren Belegschaft zwischen 51 - 100 Personen schwankte. Diesen 9 Großbetrieben standen 8 Kleinbetriebe mit nur 20 Personen und 58 Mittelbetriebe mit zusammen 1.098 Personen gegenüber."⁵³ (Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 220). In den Braunkohlenbergwerken Sachsens arbeiteten 1895 im Durchschnitt des Jahres 1.839 Personen, und bei der Braunkohlenbrikettfabrikation wurden 234 Arbeiter beschäftigt.

Anders als im übrigen Mitteldeutschland, wo seit den 1860er Jahren unterschiedliche Zweige der chemischen Industrie zu Hauptabnehmern der Kohle wurden, folgten dem Aufbau des sächsischen Braunkohlenbergbaus weit weniger Begleitindustrien. Das mitteldeutsche, sächsische Revier beschränkte sich in der Hauptsache auf die Herstellung von Brikett (vgl. Röllig 1928, 81f.). Die Zunahme der Förderung in den sächsischen Betrieben von 618.736 auf 1.018.486 Tonnen zwischen 1882 und 1895 wurde ausschließlich durch den regen Aufschwung der "Braunkohlenbrikettfabrikation" verursacht (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 220). Als zwischen 1890 und 1910 der wirtschaftliche Durchbruch gelang und sich der Umfang der Braunkohlenförderung um 327 Prozent erhöhte (Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 32), ging auch diese Produktionssteigerung wieder auf die Entwicklung der Braunkohlenziegel- und Brikettherstellung in den beiden sächsischen Revieren zurück, denn etwa 80% der geförderten Kohlen wurden in den angegliederten Brikettfabriken verarbeitet (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 32; 1897: 53.000 t, 1913: 1.433.000 t Brikett).

Die überregionale Bedeutung des gesamten nordwestsächsischen Braunkohlenabbaus blieb bis um die Jahrhundertwende nur gering, der Verbrauch der sächsischen Braunkohlen beschränkte sich im Gegensatz zur Kohle aus den Nachbarrevieren also zum größten Teil auf die nähere Umgebung der Werke. Die meisten an das nordwestsächsische Revier angrenzenden Länder und Provinzen hatten eine schnellere Entwicklung genommen und förderten selbst bessere Kohle. Deren Zugehörigkeit zur rheinischen Kohlenwirtschaft behinderte zusätzlich einen länderübergreifenden Absatz (vgl. Schulze 1932, 77f.; Röllig 1928, 81f.). Selbst in Sachsen herrschte noch der Verbrauch der böhmischen Braunkohle vor, da diese eine höhere Qualität besaß und zu Heizungszwecken besser geeignet war (vgl. Fischer 1910, 58f.).

Etwa um die Jahrhundertwende hatte sich der Braunkohlenbergbau in dieser spezifischen Prägung in Sachsen als Industriezweig etablieren können. Die bedeutenderen und weit zahlreicheren Betriebe zur Brikettfabrikation befanden sich zu dieser Zeit im nordwestlichen Bezirk, welcher wesentlich die Amtshauptmannschaften Borna, Leipzig und Grimma umfasste, und dort vornehmlich um Borna (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 32).

⁵³ Kleinbetriebe: bis 10 Beschäftigte; Mittelbetriebe: 11 bis 50 Beschäftigte; Großbetriebe: ab 51 Beschäftigte.

4.1.2 Die Entwicklung des nordwestsächsischen Reviers zwischen 1868 und 1915 – von den Randgebieten hin zur Kernzone

Zunächst kam es Mitte des 19. Jahrhunderts aufgrund der günstigeren Abbauverhältnisse an den Ausläufern in den Gebieten östlich von Grimma und westlich von Wurzen zu einem gewinnbringenden Braunkohlenbergbau (vgl. Etzold 1912; Fischer 1910, 136f.; Pietzsch 1925, 324; Schulze 1957, 15; siehe Tabelle 5). In den Städten Grimma und Lausick avancierte der Braunkohlenabbau sogar zum prägendes Wirtschaftselement (vgl. Gebauer 1893, 597). Mit der Weiterentwicklung der Abbau- und Verarbeitungstechnik kam es allerdings zu einer Verlagerung hin zu den großen Lagerstätten, welche sich zwischen Borna und Leipzig befanden.

Die Beschäftigtenzahlen lagen im Grimmaer Gebiet bis 1885/1890 noch über denen des Bornaer Reviers. Dennoch zeigte sich in der Tendenz schon die aufstrebende Entwicklung des letzteren gegenüber einer Stagnation der Förderung im zuerst genannten. Noch offensichtlicher zeigt sich die gegenläufige Entwicklung zwischen dem Wurzen- bzw. Colditzer Gebiet einerseits und dem Bornaer andererseits. Während auf der einen Seite Produktionsrückgang und Personalabbau kennzeichnend waren, stabilisierte sich im Raum Borna die Braunkohlenwirtschaft, wenn auch vorerst auf einem eher geringen Niveau, und deutete sich bereits die zukünftige industrielle Entwicklung des Braunkohlenbergbaus in der Region an. Diese Verschiebung zugunsten des Bornaer Gebietes korrespondierte eng mit einer betrieblichen Konzentration und einer raschen Produktionsausweitung. Die Anzahl der Betriebe ging entgegen dem allgemeinen Trend in fast allen Abbaugebieten des nordwestsächsischen Reviers im Raum Borna nicht zurück, und es wurden immer mehr Arbeiter beschäftigt.

Die Unterschiede in den Betriebsgrößen der einzelnen Abbaugebiete sprechen dafür, dass die seit etwa 1900 in das nordwestsächsische Revier fließenden Kapitalien in Form von Anlageinvestitionen auf den engeren Bornaer Raum konzentriert blieben, wogegen in den anderen Gebieten der Kleinbetrieb mit kaum mehr als 10 Beschäftigten und einer entsprechend geringen technischen Ausstattung weiterhin dominant blieb (siehe Tabelle 5).⁵⁴

Aber auch innerhalb der Amthauptmannschaft Borna verlagerte sich der Abbauschwerpunkt ganz deutlich von den Grenzgebieten hin zur Stadt Borna. Begonnen hatte der Abbau auf den grenznahen Kohlenfeldern; im Süden angrenzend an Thüringen, im Westen an Preußen, im Osten an der Grenze zur Amthauptmannschaft Grimma, und im Norden zur Amthauptmannschaft Leipzig. Mit den zunehmenden Förder- sowie Verarbeitungsmöglichkeiten und der allmählichen Auskohlung der oberflächlichen Vorkommen wanderte der Abbau bis in die Nähe der Stadt Borna und damit ins Zentrum der Amthauptmannschaft (siehe Anhang, Karte 2; vgl. Gebauer 1893, 596; Fischer 1910, 8f.; Barthel 1960, 196ff.). Um die Jahrhundertwende beruhte die Bedeutung des nordwestsächsischen Braunkohlengebietes fast ausschließlich auf dem zum Abbau gelangenden unteren Flöz, dem Hauptbraunkohlenflöz, das nicht überall vorhanden war, wo Braunkohle vorkam, sondern eben lediglich im Borna-Leipziger Raum (Bornaer Hauptflöz und Böhlener Oberflöz, vgl. Abschnitt 2.1).

Zwischen 1868 und 1885 wurde diese Verschiebung von Abbau und Verarbeitung hin zur späteren Kernzone eingeleitet, seinen Aufschwung erlebte der Raum um Borna dann in der Gründungsperiode.

Während im Kernraum die große Entwicklung einsetzte, ging gleichzeitig die Zahl der Betriebe bzw. der Umfang des Bergbaus in den Randbecken ziemlich schnell zurück (vgl. Barthel 1960, 200; Hülsemann 1930, 146f.).

⁵⁴ Die kleineren Vorkommen in den Randzonen konnten mit den großbetrieblichen Produktionsmitteln nicht mehr abgebaut werden, deshalb wurde der Bergbau in diesen Revieren aufgegeben (vgl. Bohl 1987, 53ff.).

Tabelle 5: Übersicht über die Entwicklung der Abbaugebiete des nordwestsächsischen Reviers (a= Anzahl Betriebe, b= durchschnittliche tägliche Belegschaft)

Abbaugebiet	Borna/Pegau		Bad Lausick		Frohburg		Grimma		Wurzen		Colditz		Mittweida	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1868	13	231	27	192	7	83	14	371	7	312	13	266	10	58
1870	13	195	25	134	5	37	16	339	6	300	14	167	11	68
1875	12	314	24	117	4	87	18	466	5	234	12	168	11	75
1880	9	264	17	86	3	74	15	356	4	179	9	160	12	43
1885	10	309	17	80	4	108	12	380	9	157	6	123	12	30
1890	9	295	12	75	3	107	12	384	6	154	7	128	8	16
<i>Anteil 1890 an 1868</i>		127 %		39 %		129 %		103 %		49 %		48 %		27 %
1900	13	884	4	114	4	140	12	361	4	53	7	125	3	4
1910	17	2 688	5	187	4	311	11	197	3	58	3	57	-	-
1915	14	3 114	3	42	4	177	9	162	3	30	3	33	-	-
<i>Anteil 1915 an 1890</i>		1055 %		56 %		165 %		42 %		20 %		26 %	-	-

Quelle: zusammengestellt aus den Jahrbüchern für das Berg- und Hüttenwesen Sachsen

4.2 Bergbauliche Erschließung und industrielle Fabrikation – „Die Änderung juristischer und technischer Rahmenbedingungen machen den Abbau zu einem einträglichen Geschäft...“⁵⁵

Die neue Entwicklung setzte gegen Ende der 1860er Jahre ein und steht in einem engen Zusammenhang zur *Einführung von Verarbeitungstechnologien*, die es ermöglichten, dass die Braunkohle als Brennstoff in Haushalt und Industrie Verwendung finden konnte. *Die mechanisierte Herstellung von Nasspresssteinen seit 1865, und mehr noch die Einführung der industriellen Kohletrocknung und Brikettierung seit 1888 sowie die zunehmende Konzentration von Kapital* in Kohlengewerkschaften und Gesellschaften führten zur wirtschaftlichen Etablierung von Braunkohlenabbau und -verarbeitung.

Den Beginn der bergbaulichen Entwicklung im Bornaer Revier markierte die Einführung von zwei technischen Neuerungen, die endlich auch eine wirtschaftliche Erschließung der größeren und tiefer gehenden Kohlenfelder westlich und nördlich der Stadt Borna ermöglichten.

Zum Ersten wurden die bisher betriebenen „Gräbereien“ zwischen 1860 und 1880 fast vollständig durch *„fachmännisch geleitete Tiefbaugruben verdrängt“*, weil mächtige Deckschichten zwischen 8 und 11 m den oberirdischen Abbau unmöglich machten (Fischer 1910, 17f.) und zugleich machte der angestiegene Rohstoffbedarf seit der maschinellen Kohlenverarbeitung effektivere Abbaumethoden notwendig. Die Zeitspanne von 1870 bis etwa 1910 wird als die Zeit der Vorherrschaft des Tiefbaus gekennzeichnet (vgl. auch D.B.I.V. 1935, 442; Bohl 1987, 53ff.).

Zum Zweiten wurde in den 1860er Jahren begonnen, die bisher in Handstreichfabrikation angefertigten Braunkohlenziegel in Fabriken mit Hilfe von Nasspressen maschinell herzustellen. Die erste *mechanische Nasspresse* ging 1865 auf dem Werk 'Gottes Segen' in Dittmannsdorf nördlich von Borna in Betrieb, weitere folgten bis 1870 an fast allen anderen Abbaustandorten. Zur Bedienung dieser mechanischen Nasspressen mussten erstmals Arbeiter fest eingestellt und für die Tätigkeit angelernt werden.

⁵⁵ Zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum vgl. die ausführlichen Darstellungen von Fischer 1910, Barthel 1960 oder Bohl 1987.

Aus den nebenerwerblich betriebenen Gruben entwickelten sich nunmehr *Dauerbetriebe*. Hierzu gehörte aber auch, das Verfügungsrecht über größere Kohlenfelder zu erlangen. Mit der Änderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 wurde dies im wesentlichen ermöglicht. Das *Abbaurecht wurde vom Eigentum an der Oberfläche* getrennt, so dass größere Grubenfelder gebildet werden konnten, ohne die Oberfläche erwerben zu müssen, deren Kauf mindestens zu Beginn die meisten Unternehmen zu stark belastet hätte.

Zwar wurde am Grundeigentümerbergbau festgehalten und dem Grundbesitzer die Ausübung des Abbaurechtes erneut freigestellt, der Zwang zum Abbau war damit aber nicht aufgehoben, denn der Eigentümer war gleichzeitig gesetzlich dazu verpflichtet, dem Bergamt Mitteilung über eventuelle Kohlenfunde zu machen (vgl. Fischer 1910, 26; genauer dazu in D.B.I.V. 1935, 245). Nun konnten sich kapitalkräftige "Dritte", etwa Kohlengewerkschaften oder Gesellschaften, aber auch Privatunternehmer, das Abbaurecht über größere, zusammenhängende Felder sichern. Die enorme Verteuerung der Steinkohlen und das Inkrafttreten des Aktiengesetzes 1870 hatten die erforderlichen "geistigen und wirtschaftlichen Grundlagen für den Übergang zu einer neuen Entwicklungsperiode" für den Braunkohlenabbau geschaffen (D.B.I.V. 1935, 440) und auch um Borna die Bildung von Abbaugesellschaften erheblich beschleunigt.

In den 1860er und 1870er Jahren begünstigten weitere gesellschaftliche Entwicklungen den Aufschwung im Braunkohlenabbau um Borna, vor allem der überregionale Eisenbahnanschluss der Stadt Borna im Jahre 1872, die wirtschaftliche Konjunktur nach der Reichsgründung 1871 oder die Einführung zweckmäßiger Feuerungsstätten zur Verwertung der heimischen Braunkohle (vgl. Fischer 1910, 17ff.; Schulze 1932, 66ff.). Während mit dem Abbau in größeren Gruben auf den angestiegenen Bedarf verschiedener Abnehmergruppen reagiert werden konnte, wurden mit dem Anschluss an das Eisenbahnnetz entfernter liegende Absatzmärkte im nunmehr zollfreien Deutschland zugänglich gemacht, was wiederum die Förderung im Gebiet belebte. Die Verfrachtung auf dem Schienenwege konnte sich zunächst allerdings nicht im gewünschten Umfang entwickeln, denn erst die kapitalstarken Betriebe, gegründet in den 1890er Jahren, waren in der Lage, eigene Anschlussgleise zu verlegen und so die Verarbeitungsanlagen direkt mit der Schiene zu verbinden.

Bereits in den 1870ern wurde ein neues Verfahren eingeführt, welches die Braunkohle auf trockenem Wege zu Briketts verarbeitet und sich auch zur Anwendung in der Großfabrikation eignete (Exter-Pressen). Diese Art der Brikettierung verminderte den großen Wassergehalt der Kohle und erhöhte ihre Transportfähigkeit. Im Gegensatz zur nur minderwertigen Rohkohle oder den primitiven Nasspresssteinen konnte das Brikett weitaus leichter zum überregionalen Verkauf angeboten werden, was den Absatz sprunghaft ansteigen ließ⁵⁶ (vgl. Schulze 1932, 72; Fischer 1910, 69f.).

Den Anfang der Brikettierung machte eine im Jahre 1884 gegründete Fabrik bei Altengroitzsch an einer Stelle, an der schon bald darauf jeglicher Bergbau erloschen war, da dieses Gebiet den Randzonen des Flözes zugehörig war (siehe Anhang, Karte 2). Die erste Fabrik im späteren Kernraum eröffnete 1888 bei Neukirchen, die zur gewerblichen Betriebszählung 1895 als zweitgrößte Brikettfabrik Sachsens genannt wurde (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 214f.). Vor der Jahrhundertwende entstanden zwei weitere Fabriken, eine bei den „Witznitzer Kohlenwerken AG“ (1896) und eine auf dem "Wilhelmschacht" in Borna-Gnandorf (1897).

Nach der Jahrhundertwende begann sich das Bornaer Braunkohlenbrikett gegenüber seinen Mitkonkurrenten durchzusetzen. Entlang der Bahnlinie Leipzig-Chemnitz kam es bis 1905 zu einer Reihe von Neugründungen, so z.B. in Ramsdorf, Lobstädt, Regis und Breunsdorf, bis 1910 in Borna, Thräna,

⁵⁶ 1888 = 300 t, 1889 = 3.286 t Absatz.

Blumroda und Großzössen, sowie nach 1910 in Deutzen und noch einmal in Witznitz. Der Bau der beiden Fabriken in Deutzen 1911 und 1914 sowie des Witznitz Kohlenwerkes beendete *die Phase des Aufbaus der mechanischen Verarbeitungsindustrie, und der Neugründungsboom von Verarbeitungsanlagen hatte im Bornaer Raum seinen Abschluss gefunden* (vgl. D.B.I.V. 1935; 447, Mittasch 1928, 188f.; siehe Abbildung 1). Allein zwischen 1896 und 1901 wurden in den Bergbaubetrieben der Amthauptmannschaft 24 neue Dampfkessel installiert, im Vergleich zu den anderen sächsischen Abbaugebieten ein mehrfaches an Technik (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 188f.). Mit den in dieser Periode zuletzt errichteten Werken durch die Deutsch-Österreichische Bergwerksgesellschaft bzw. die Niederlausitzer Kohlenwerke Berlin begann die Übernahme von Abbau und Verarbeitung durch fremdes Kapital und fremde Unternehmen.

Der *Aufbau der mechanisierten Verarbeitungsindustrie* des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts konzentrierte sich auf den Raum zwischen Neukirchen und Witznitz, sowie Borna und Ramsdorf (vgl. Anhang, Karte 2). Die dort durch Bohrungen nachgewiesenen reichen Kohlevorkommen und die Weiterentwicklung der Abraumtechnik ermöglichten den Aufschluss großer, für den langjährigen Abbau eingerichteter Werke (vgl. Mittasch 1928, 187), die sich zudem für die Förderung in Tagebauen mittlerer Größe anboten, zu welchem die neuen Werke fast ausnahmslos von vornherein übergegangen waren (vgl. Mittasch 1928, 188).

Den Anfang mit dieser Art der Kohलगewinnung hatten 1898 die Bleichertschen Braunkohlenwerke mit der Eröffnung des Tagebaus bei Wyhra gemacht. Die Gewerkschaft Regiser Kohlenwerke ging 1907 als erstes Unternehmen zur ausschließlichen *Tagebauförderung* über und leitete die grundlegende Verschiebung in der Art und Weise des Abbaus ein (vgl. Bohl 1987, Thesenpapier S. 9).

Die Blütezeit der Tagebauneuaufschlüsse fällt durch die enorm gestiegenen Verarbeitungskapazitäten der neu entstandenen Brikettfabriken in die Jahre zwischen 1905 und 1911. Im Bornaer Raum begannen in diesen Jahren acht größere Tagebaue mit der Förderung (vgl. D.B.I.V. 1935, 441f.; Sinkwitz 1937, 33; Barthel 1960, 200 und 204; Bohl 1987, 91 und Thesenpapier S. 11). Die in der Tagebauförderung zur Verbesserung der Betriebsanlagen eingesetzten Kapitalmengen verlangten nach einer immer weiteren Ausdehnung und Beschleunigung der Förderung, in deren Gefolge wieder größere Brikettfabriken, die Hauptabnehmer der Rohkohle, entstanden, die wiederum einen "reißenden Absatz ihrer Produkte fanden." (Wenck 1921, 97).

Die maschinelle Abraumbewegung hatte um 1900, der maschinelle Braunkohlenabbau 1911 Eingang in die Braunkohlenförderung gefunden. *Der bergmännische Tiefbau wurde durch den profitintensiveren und leistungsfähigeren Tagebau verdrängt*. Dessen wesentliche Vorteile wurden darin gesehen, dass das Flöz besser ausgenutzt werden konnte, das Grundwasser leichter zu beherrschen war und vor allem, dass in *größерem Umfang ungelernte Arbeiter zu beschäftigen waren, da der eigentliche Abbau durch Maschinen erfolgte und die "teure", bergmännische Arbeit nur beim Entwässern (dem Schachten) notwendig wurde* (Hammerstein 1934, 19).

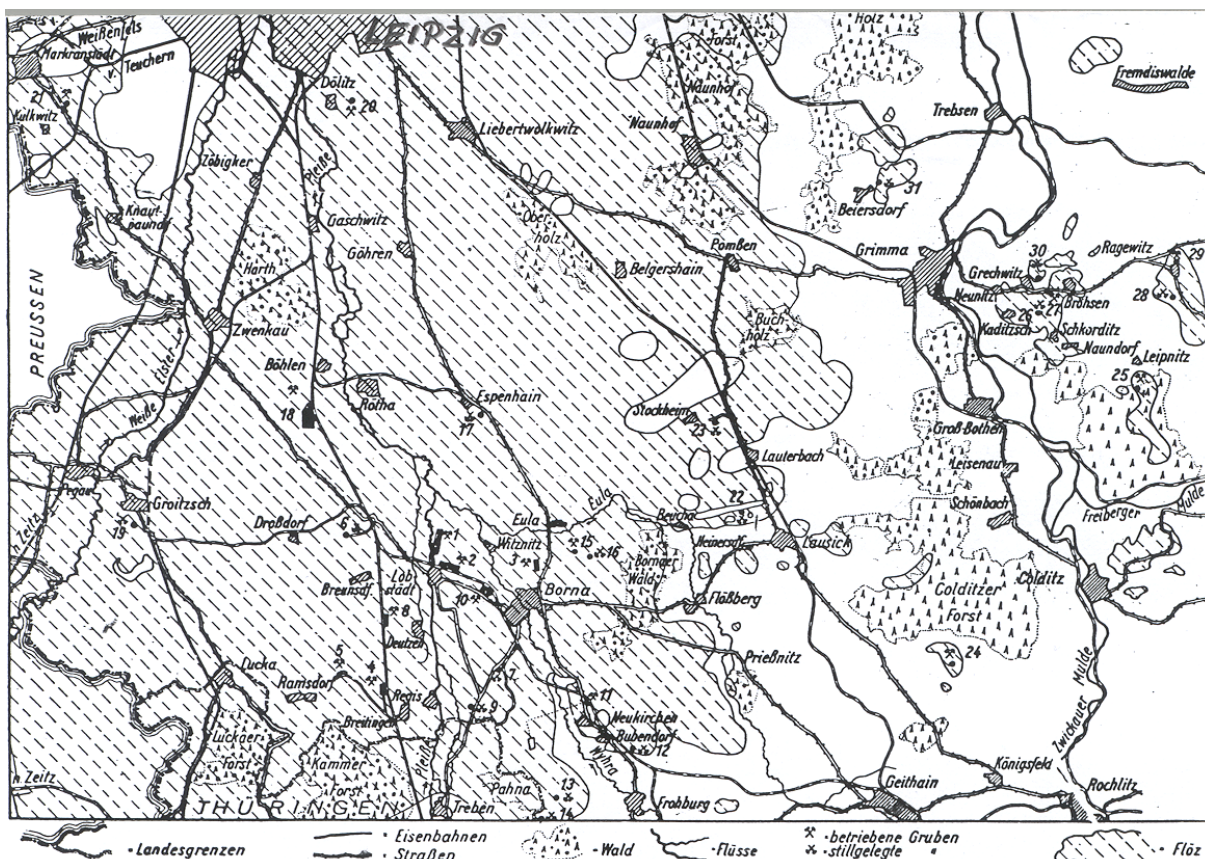


Abbildung 1: Tagebaue und Brikettfabriken in der Amthauptmannschaft um 1915

Quelle: D.B.I.V. 1934, 434

Es besteht breite Übereinstimmung in der Literatur darüber, dass die eigentliche bergbauliche Entwicklung im Bornaer Bezirk mit der Einführung der industriellen Brikettierung um die Jahrhundertwende begann (vgl. dazu Fischer 1910; D.B.I.V. 1934; Hammerstein 1934; Baedekers 1928; Bohl 1987; Hönsch 1973 und 1992; Barthel 1960). Die Einführung der Exter-Pressen zur Brikettierung der Rohbraunkohle in Fabrikfertigung beendete im Bornaer Revier die Phase der ausschließlich regionalen Bedeutung (vgl. Fischer 1910, 10ff.; Geldern-Crispendorf 1933, 86f.).

4.3 " ... und bringen neue Organisations- und Eigentumsformen hervor." – Vom Kleinbetrieb zur Großwirtschaft

Die Verdrängung der kleinen Einzelunternehmer durch größere Kollektivunternehmungen stand in einem direkten ursächlichen Zusammenhang mit der höheren Aufwendung von Kapitalien infolge der geänderten technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen im Braunkohlenbetrieb. Der Zersetzungsprozess des kleinstrukturierten Braunkohlengewerbes begann mit der Vereinigung von Kapitalien aus Leipzig, Borna und Chemnitz, "wo sich die Industriellen und Geldleute regten und über die schleunige Aufschließung der bisher unterschätzten Kohlenlager" berieten (Fischer 1910, 20f.).

Während noch 1868 die privaten Besitzer ausnahmslos aus den grubennahen Ortschaften stammten, erfolgte die Gründung der ersten Aktiengesellschaften "Glückauf" (1871) und Braunkohlenwerke Borna-Lobstädt (1872) auf einer größeren Kapitalgrundlage mit dem Einstieg regionsfremder Geldgeber und Investoren (vgl. JB BHW 1872 und 1873; Fischer 1911, 32ff.). Der überwiegende Teil der Gesellschafter war aber noch in der näheren Umgebung der Werke ansässig und hielt jeweils nur an einem Werk Anteile (siehe Tabelle 6). Die kapitalistische Entwicklung des ausgehenden 19. Jahrhunderts setzte an die Stelle

der kleinen Eigentümergruben gemeinschaftlich betriebene Gewerkschaften und Gesellschaften mittlerer Größe, und zwischen 1868 und 1885 war der Anteil an Einzelunternehmen um Borna auf etwa 60 Prozent gesunken (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Entwicklung der Braunkohlenunternehmen zwischen 1868 und 1890

Jahr	Betriebe	Eigentümer	Beschäftigte		Einzelunternehmen	
	Gesamt		Gesamt	pro Betrieb	Anzahl	Anteil an allen Untern.
1868	13	13	231	18	12	92 %
1875	12	11	314	26	8	67 %
1880	9	9	264	29	6	67 %
1885	10	10	309	31	6	60 %
1890	9	9	295	33	6	67 %

Quelle: JB für den Berg- und Hüttenmann bis 1871, JB für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1872-1892

Die durchschnittliche Anzahl von Arbeitern pro Werk lag in den beiden in den Gründerjahren eröffneten Gesellschaften mit 44 etwa doppelt so hoch wie bei den kleinen Einzelbetrieben und konnte in den Folgejahren trotz der Auswirkungen der Gründerkrise sogar noch zulegen, obwohl der Personalumfang auch dort nachfragebedingt schwankte (vgl. Fischer 1910, 22). 1885 betrug der Personalumfang in den Gesellschaften durchschnittlich 73,5 Personen. Im Vergleich dazu wurden in den Einzelunternehmen mit ca. 19 Arbeitern pro Werk nun schon wesentlich weniger Arbeiter beschäftigt. Sowohl 1875 als auch 1885 gab es in den Braunkohlenwerken um Borna insgesamt etwa 300 Arbeiter, von diesen befanden sich 1875 nur etwa ein Drittel, dagegen 1885 bereits knapp zwei Drittel in den größeren Kapitalgesellschaften. Die Altengroitzscher Gesellschaft, wo 1884 die ersten Brikettpressen in Betrieb genommenen worden waren, und die Borna-Lobstädter AG beschäftigten zusammen etwa die Hälfte der in allen Braunkohlenwerken beschäftigten 300 Arbeiter.

Die *Bevorzugung der Unternehmensform der Kapitalgesellschaft bei den Neugründungen* steht in einem engen Zusammenhang mit der Verteuerung des Abbaus aufgrund der sich stetig erhöhenden Abraummengen vor dem eigentlichen Kohlenabbau. Auch der Gründerkrise 1873-1879 waren die kapitalkräftigeren kollektiven Unternehmensformen besser gewachsen. So existierten die beiden Anfang der 1870er Jahre gegründeten Aktiengesellschaften noch bis in die 1940er Jahre als selbständige Unternehmen. Demgegenüber wurden viele der zwischen 1860 bis 1880 gegründeten kleineren Einzelunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten schon nach kurzem Bestehen aufgrund mangelnder Rentabilität wieder aufgelöst. Von den 1868 um Borna gezählten 12 privaten Gruben und Tagebauen arbeitete 1875 nur noch die Hälfte, und ein weiteres Drittel hatte auch bis 1880 den Betrieb eingestellt. Trotzdem entstanden in dieser Zeit immer wieder neue Werke, meist in unmittelbarer Nähe zu den stillgelegten, und manch eine der Neugründungen basierte auf einem älteren, weniger erfolgreichen Abbauersuch.

Für die kleinen Einzelunternehmer verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage aber auch deshalb, weil sie auf den Absatz ihrer qualitativ geringwertigen Produkte in der allernächsten Umgebung des Abbauortes angewiesen waren (vgl. Fischer 1910, 26). Aus Kapitalgründen selten zu Tiefbau und mechanischer Verarbeitung in der Lage, mussten sie sich weiterhin auf den oberflächlichen Abbau und den Verkauf der Rohkohlen beschränken. Die bei einigen kleinen Gruben vorhandenen Nasspressen waren meist schon wieder veraltet; die mit diesen gefertigten Ziegel konnten infolge ihrer geringeren Härte nicht mit denen der moderneren Werke der Kohlengesellschaften konkurrieren. Die Kapitalgesellschaften hatten ihren Absatz aufgrund des besseren Produktes und durch Gebietserweiterungen bis in die 1880er Jahre trotz einiger Rückschläge stetig steigern können.

Dennoch blieb bis um 1900 auch der in diesen Unternehmen erwartete wirtschaftliche Erfolg weitestgehend aus. Im Lagebericht des Bergamtes wurde dafür eine "falsch angebrachte Sparsamkeit" verantwortlich gemacht, die sich bei genauerem Hinsehen als akuter Kapitalmangel der bis dahin in der Region agierenden Unternehmer darstellt. Durch das weitere Eindringen fremder Kapitalien nach 1900 wurden umfangreiche Investitionen in Maschinen und Anlagen zum Abbau und zur Brikettierung möglich gemacht und die regional vorhandene Kapitalschwäche überwunden, so dass der Braunkohlenbergbau zunehmend gewinnbringend betrieben werden konnte.

Die seit der Aufnahme des Braunkohlenbergbaus fast über das gesamte 19. Jahrhundert dominierenden kleineren und mittleren privaten Betriebe in wechselnder Eigentümerschaft und mit geringen Produktionsziffern (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 30ff.; D.B.I.V. 1935, 5) verschwanden um die Jahrhundertwende,⁵⁷ als "das Großkapital, angeregt durch die erhöhten Verwendungsmöglichkeiten für Braunkohlenprodukte und ihre Machtlage, beginnt, sich für den Braunkohlenbergbau zu interessieren, und nunmehr nicht nur ganze Reviere, ... , in großzügiger Weise erschlossen werden, sondern in den einzelnen Bezirken an Stelle veralteter kleinerer Anlagen, moderne Gruben- und Brikettfabriken errichtet werden" (D.B.I.V. 1934, 6). Nach 1900 fanden *in den Eigentumsverhältnissen entscheidende Veränderungen statt*, denn es begann die Übernahme des Abbaus im Revier durch national agierende kapitalstarke preußische Unternehmer und Bankhäuser, und der Großbetrieb wurde vorherrschend (siehe Tabelle 7; vgl. Pietzsch 1924, 324; JB BHW entsprechende Jg.).

Im wesentlichen hatten die sich kontinuierlich fortsetzenden technischen Neuerungen und der Rationalisierungsdruck zu Beginn des Jahrhunderts die *Verschiebung der Unternehmensform hin zur kapitalstärksten Kollektivform, der Aktiengesellschaft*, bewirkt (vgl. auch Bohl 1987, 111 und Thesenpapier S. 8f.; siehe Tabellen 7 und 8).⁵⁸

Tabelle 7: Entwicklung des Braunkohlenabbaus zwischen 1885 und 1915

Jahr	Betriebe	Beschäftigte		Besitzverhältnisse				
		gesamt	pro Werk	Eigentümer	Einzelunternehmen		Gesellsch., Gewerkschaften	
					Anzahl	unter 10 Arbeiter	Anzahl	Anteil am Unternehmensbestand
1890	9	295	33	9	6	1	3	33 %
1895	12	690	57,5	12	8	1	4	33 %
1900	13	884	68	13	5		8	61,5 %
1905	13	1.516	117	13	4	2	9	69 %
1910	17	2.688*	158	17	3	2	14	82 %
1915	14	3.114*	222,5	10	3	1	11	78,5 %

Quelle: JB für den Berg- und Hüttenmann bis 1871, JB für das Berg- und Hüttenwesen Sachsen 1872-1918

* ohne Abraumarbeiter der Fremdfirmen und 1915 ohne Kriegsgefangene

Die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der neuen Gesellschaften erfolgte häufig. Das erste wirklich große Unternehmen waren die 1907 mit österreichischem Kapital (Duxer Kohlenverein) erbauten Brikettfabriken „Dora & Helene“ in Großzössen. Zur ersten, die Landesgrenzen überschreitenden Produktionskonzentration kam es zwischen 1910/1912 um Thräna/Blumroda mit dem Bau der Brikettfabriken durch die Niederlausitzer Kohlenwerke AG (i. w. NKW) mit Sitz in Berlin, die

⁵⁷ Die Schließung der kleinen und kleinsten Bergwerke konzentrierte sich auf die Jahre 1886/90, und ging damit dem Neugründungsboom zeitlich voran (vgl. Bohl 1987, Thesenpapier).

⁵⁸ Die bestehenden Gewerkschaften waren aus den alten Arbeitergenossenschaften hervorgegangen und verfügten über kein festes Kapital, sondern zahlten je nach dem Ertrage eine Ausbeute oder forderten bei Verlust Zubeße.

nun gleich mehrere Werke im grenzüberschreitenden Raum Borna-Altenburg betrieb (vgl. Bohl 1987, 111 und Thesenpapier S. 11) und die spätere großindustrielle Entwicklung einleitete. Eine der ersten auch überregional bedeutsamen Fabriken, die Aktiengesellschaft "Glückauf" in Blumroda, wurde im Jahre 1912 zur Niederlassung der NKW.

schon mit Beamten, Bankiers und Unternehmern der preußisch-rheinischen Industriezentren oder Berlins (vgl. dazu Veröffentlichung des Verbandes der Bergarbeiter 1914, 113; Baedeker, 1928, 13ff.). Über ihre Stellung und Funktion diktierten sie nun Umfang und Art des Abbaus. Damit setzte die *Fremdbestimmtheit in der regionalen Entwicklung* ein, die sich bis zum Ende der Braunkohlenwirtschaft fortsetzen sollte.

Die Übernahme und die Vergrößerung des Kohlenabbaus durch Kapitalgesellschaften wurde von jenen Kommunen begrüßt und gefördert, die zuvor selbst den Abbau betrieben hatten, diesen aber nunmehr aufgrund der notwendigen Investitionsmittel nicht mehr selbst weiterführen, andererseits aber mit dem Verkauf oder der Verpachtung der Kohlenfelder Geld einnehmen konnten.⁵⁹ Der Abbau der Kohle hatte schon relativ früh zu hohen Verschuldungen geführt und damit die Kommune zu Landveräußerungen gezwungen. Als kommunales Land in private Hand wechselte, gaben diese Gemeinden einen Teil ihrer Rechte als Grundeigentümer (z.B. Flächennutzungsplanung) an ortsfremde Gesellschaften ab.

Der Zusammenhang zwischen Eigentumsform und Betriebsgröße ist chronologisch eindeutig: zwischen 1868 und 1895 sind es die kleinen Einzelunternehmen, zwischen 1896 und 1910 die mittelgroßen sächsischen Kohलगewerkschaften und Gesellschaften. Die ab 1907 dann in den Raum eindringenden ortsfremden Aktiengesellschaften tendierten zu noch größeren Betriebsformen (vgl. auch Bohl 1987, Thesenpapier 7f.).

Während Braunkohlenbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten seit 1880 praktisch keine Rolle mehr spielten und ab 1895 auch der Anteil an Mittelbetrieben ständig sank, nahm die Zahl der Großbetriebe mit 51 bis 200 sowie mit mehr als 200 Mitarbeitern kontinuierlich zu und lag 1915 bei 86 % (1885 noch 10 %, siehe Tabelle 7). Im Jahre 1885 bestand in der Braunkohलगewinnung und -verarbeitung lediglich ein Großbetrieb. 25 Jahre später dominierte der Großbetrieb dagegen deutlich, denn nur noch drei Unternehmen beschäftigten weniger als 50 Arbeiter. Die Aktiengesellschaften zeigten sich um 1915 in der Regel mit etwa 243 Arbeitern größer als die von den Gewerkschaften betriebenen Unternehmen (im Durchschnitt 132 Beschäftigte pro Betrieb). Den geringsten Personalbestand hatten demgegenüber wie bisher die privaten Einzelunternehmen mit durchschnittlich 52 Beschäftigten⁶⁰.

⁵⁹ So hatte der über Jahrzehnte hinweg von der Stadt Borna betriebene Braunkohlenabbau in den kommunalen Gruben zu einer erheblichen Verschuldung der Stadt geführt (vgl. Wenck 1921, 96). Im Jahre 1896 hielt die Stadt mit 216 RM den Rekord an der Pro Kopf-Verschuldung in Sachsen. Auch die relativ hohe Verschuldung der Stadt Bad Lausick von 100 RM geht auf das Konto eines unrentabel geführten kommunalen Braunkohlenabbaus. In jenen Kommunen, die sich nicht zur Betreibung eigener Gruben entschlossen, sondern stärker am traditionellen Handwerk festgehalten hatten wie Pegau, Rötha, Regis und Groitzsch, lag die Verschuldung unter 30 RM pro Kopf (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 239ff.). Zwischen 1847 und 1900 war die Pro-Kopf Verschuldung der Stadt Borna von 7,2 auf 345,7 RM angestiegen, während das Vermögen pro Kopf der Bevölkerung in etwa konstant blieb (ca. 155 RM). In Regis lag die Verschuldung noch 1900, also vor Beginn des Abbaus, bei 1,5 RM (vgl. zu Pro-Kopf-Verschuldung und Pro-Kopf-Vermögen der Gemeinden in der Amtshauptmannschaft Borna 1847 bis 1900, Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 77). Bis 1910 war die Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt Borna weiter angestiegen und lag bei 423,6 RM. In den Städten Groitzsch, Pegau und Rötha betrug die Pro-Kopf-Verschuldung dagegen weniger als 200 RM.

⁶⁰ Die drei noch vorhandenen privaten Unternehmen gehörten allerdings mit 5, 45 und 107 Mitarbeitern ganz unterschiedlichen Größenordnungen an, insofern ist die Angabe von 52 Beschäftigten/Betrieb nur ein Durchschnittswert.

Tabelle 8: Betriebsgrößenklassen⁶¹ in der Braunkohlenindustrie um Borna

	Kleinbetriebe		Mittelbetriebe		Großbetriebe			
	bis 10 Beschäftigte		mit 11 - 50 Beschäftigte		mit 51 bis 200		über 200 Beschäftigte	
Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1868	4	30	9	201				
1875	1	2	11	312				
1880	1	6	7	176	1	82		
1885	2	10	7	201	1	98		
1890	1	5	6	151	2	139		
1895	1	3	7	181	3	277	1	229
1900	2	14	5	137	6	733		
1905	2	11	1	50	8	946	2	509
1910	2	7	3	111	6	687	6	1.883
1915	1	3	1	22	7	1.020	5	2.069

Quelle: zusammengestellt aus den JB für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen, entspr. Jahrgänge

Während zwischen 1900 und etwa 1905/1910 Brikettfabriken erbaut wurden und Tagebaue neu erschlossen wurden, erfolgten danach hauptsächlich bauliche Vergrößerungen und organisatorische Zusammenlegungen der vorhandenen Betriebsstätten. Bis 1910 ist ein stetes Wachstum der Branche zu verzeichnen, zwischen 1910 und 1915 setzte parallel dazu die Konzentration in der regionalen Braunkohlenwirtschaft ein. Kennzeichnend für diese Phase des regionalen Aufschwung war, dass einer mächtigen Produktionssteigerung und einer Zunahme der Arbeitermassen ein Rückgang der Zahl der Betriebe gegenüberstand (siehe Tabelle 8; vgl. Fischer 1910, 31ff.; Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 30ff.).

Entgegen dieser Tendenz im aufblühenden Braunkohlenbergbau zählte die Amthauptmannschaft Borna insgesamt sowohl 1895 mit einem Anteil von 94,2 % Kleinbetrieben und nur 0,4 % Großbetrieben als auch 1907 mit einem Anteil an Kleinbetrieben von 94,3 % immer noch zu den typisch kleingewerblich strukturierten sächsischen Regionen (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 189). Allerdings sank der Anteil an Beschäftigten in den Kleinbetrieben im Vergleich dazu stark ab, nämlich von 59,5 auf 46,3 Prozent. Nach dem Anteil der Beschäftigten in Kleinbetrieben betrachtet, stand die Amthauptmannschaft damit 1895 an dritter und 1907, trotz dieser über zehnprozentigen Abnahme, an vierter Position in Sachsen. Auch die Mittelbetriebe hatten Personalverluste zu verzeichnen. Nur die Großbetriebe hatten 15 % hinzugewonnen, so dass deren Beschäftigtenanteil 1907 bereits ca. 30 % betrug.

Die Zunahme der Großbetriebe um 0,4 auf einen Anteil von 0,8 Prozent, erscheint aus heutiger Sicht zwar eher unbedeutend, machte aber praktisch einen raschen Bedeutungsgewinn derselben aus und betraf ausschließlich die Unternehmen der Kohlenwirtschaft. In den traditionellen Branchen blieb die Anzahl an Mittelbetrieben ab zehn Beschäftigten relativ konstant, und die geringe Anzahl großer Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten erhöhte sich gleichfalls nicht. Allerdings konnten die großen Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten sowohl ihre Zahl als auch ihren Beschäftigtenumfang in nur 10 Jahren verdoppeln (siehe Tabellen 8, 9 und 16).

Die Zahl der gewerblich beschäftigten Personen in den Hauptbetrieben in Borna stieg im Zeitraum 1882 bis 1895 um 28,7 % und zwischen 1895 und 1907 um 34,2 %, insgesamt also um 72,8%. Dagegen nahmen die gewerblichen Hauptbetriebe zwischen den Gewerbezahlungen von 1882 und 1895 um 4,4 %, zwischen 1895 und 1907 um 1,1 % zu.

⁶¹ Die Kleinbetriebe hatten 1-10 Beschäftigte, Mittelbetriebe 11-50 und Großbetriebe mehr als 50 Beschäftigte (Klassifikation nach Z.kg.Sächs.Stat.B. 1998, 214f.).

zwischen 1895 und 1907 um 3,6 %, insgesamt also nur um 8,1 % zu (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 170f.), was Rückschlüsse über die schnelle Vergrößerung der Betriebe zulässt.

So arbeiteten 1895 in den 161 Hauptbetrieben der Bornaer Textilwirtschaft insgesamt 548 Arbeiter, pro Werk also 3,5 (siehe Tabelle 16; vgl. Z.Sächs.Stat. B. 1898, 147). Die wenigen Braunkohlenbetriebe um Borna beschäftigten dagegen schon 690 Personen und damit 57,5 pro Werk (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 215). Bis 1907 hatte sich das Personal der nunmehr 33 Betriebe der Kohlenwirtschaft fast vervierfacht (siehe Tabelle 7 und 16). Werden die von der amtlichen Statistik zur Betriebszählung auch erfassten kleinen privaten Unternehmen um Bad Lausick und Frohburg nicht berücksichtigt, sondern nur die Betriebe des Kernraumes um Borna, dann fällt die Arbeiterkonzentration noch stärker aus (siehe Tabelle 8). Die Wirtschaft entwickelte sich also nur durch die stärkere Ausbreitung des Bergbaus in Borna deutlicher als in anderen Regionen in Richtung einer großbetrieblichen Struktur (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 189).

Während die Unterteilung der Kohlenbetriebe in unterschiedliche Größenklassen einen Einblick in die veränderte Organisation der gewerblichen Produktion innerhalb der Braunkohlenwirtschaft liefert, wird aus deren Gegenüberstellung zu den Strukturen anderer Gewerbeklassen zugleich die bestehende "Neigung" der Kohlenwirtschaft zur Konzentration ersichtlich (siehe Tabelle 8 und 9).

Tabelle 9: Betriebsgrößen der Fabriken ab 10 Beschäftigten in der Amthauptmannschaft Borna (a= Betriebe, ohne die der Bergaufsicht unterstellten Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte)

Jahr	Betriebsgröße nach Anzahl der Beschäftigten									
	10 - 24		25 - 49		50 - 99		100 - 499		ab 500	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1902*	63	982	33	1.119	11	745	10	1.684	-	-
1912	75	1.120	37	1.222	20	1.517	11	1.876	-	-

Quelle: Stat. JB Kgr. Sachsen Jg. 1905, 141; Jg. 1913,

96

* die Zählung nach Betriebsgrößen erfolgte erst ab 1902

Weitere Ergebnisse der Betriebszählung von 1907 belegen die betriebliche Konzentration in der sächsischen Kohlenwirtschaft. Von den statistisch erfassten 36 "Riesenbetrieben mit mehr als 1.000 beschäftigten Personen" gehörte fast ein Drittel (11) der Kohlengewinnung an, was ganz allgemein die besondere Neigung zur Konzentration im Bergbau und Hüttenwesen verdeutlicht (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 187 und 193). Obwohl im Bornaer Braunkohlenbergbau bis 1915 noch kein "Riesenunternehmen" arbeitete, ist das rasche Anwachsen der Belegschaften in den Brikettfabriken innerhalb nur weniger Jahre, verbunden mit einer ungeheuren Kapitalansammlung, ein Indiz dafür, dass auch in diesem Zweig der Bergwerksindustrie die Neigung zur Zusammenballung vorhanden war.

Die in der Braunkohlenindustrie stattgefundenene Entwicklung vom Kleinbetrieb zur Großwirtschaft hatte sich nicht ohne Rückschläge vollzogen. Absatztiefpunkte aufgrund zu milder Witterung führten ebenso zu Stillegungen wie technische Schwierigkeiten oder das Fehlen von nachhaltigen Mitteln, weil die Erschließung des Grubenfeldes unterschätzt oder falsche technische Hilfsmittel angeschafft worden waren (vgl. Fischer 1910, 29). Zum größten Hindernis für den zügigen Ausbau wurde aber der akute Arbeitermangel im Revier, "der daher rührte, dass im Bornaer Raum überhaupt kein eigentlicher Bergmannstamm existierte", so dass mitunter nicht mehr so viel produziert werden konnte, wie von den Abnehmern gefordert wurde (Fischer 1910, 77; vgl. JB BHW 1898, 124 und 1899, 117). Das Fehlen von Arbeitern behinderte besonders in der Gegend um Borna das Aufblühen des Braunkohlenbergbaus. Von den Großbetrieben wurden deshalb große Anstrengungen unternommen, um sich von Jahr zu Jahr festere "Arbeiterstämme" heranzuziehen (vgl. JB BHW 1898, 124 und 1900, 121).

4.4 Die Zunahme der gewerblichen Arbeit und die Zuwanderung von Arbeitern

Da die Betriebe des Braunkohlenbergbaus über Jahrzehnte hinweg eher klein waren, war auch der Umfang der Belegschaften zunächst nur gering. Zusammenballungen von Arbeitermassen, wie sie das typische Bild älterer Industriereviere darstellten, kannte der Braunkohlenbergbau nicht (vgl. D.B.I.V. 1935, 265). Die zerstreute Lage des Braunkohlenbergbaus in überwiegend ländlichen Gegenden führte dazu, dass diesem Bergbau nachgesagt wurde, lange Zeit überwiegend mit einer bodenständigen Belegschaft gearbeitet zu haben, was auch auf den Bornaer Braunkohlenabbau zutraf (vgl. D.B.I.V. 1935, 6; auch Abschnitt 3.3).

Im Gegensatz zu den Anfängen, als die Landarbeiter noch außerhalb der landwirtschaftlichen Saison mit Schippe und Karren "loszogen", um die oberflächlich gelagerten Kohlen zu bergen, erforderten die schon beachtlichen Investitionen in die technischen Anlagen wie die Förder- und Wasserhaltungsmaschinen oder zur mechanischen Fabrikation von Nasspresssteinen in den 1860er Jahren eine dauernde Auslastung und also einen ständigen Betrieb. In den Braunkohlenbetrieben der Amthauptmannschaft Borna waren 1882 etwa 330 und 1895 etwa 630 hauptberuflich Beschäftigte. Allein an den 9 Nasspressen in der Amthauptmannschaft Borna waren 198 Personen. Andere Braunkohlenbergwerke und auch Brikettfabriken arbeiteten jedoch auch 1895 noch im Saisonbetrieb⁶² (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 204 und 210f.).

Die Angaben des Jahrbuches für das Berg- und Hüttenwesen zur durchschnittlichen täglichen Belegschaft, wozu auch Saisonkräfte oder nebenberuflich Beschäftigte zählten, lagen deshalb für 1880 bei 425 und 1895 bei 690 Personen. Werden die Angaben der Betriebszählungen mit denen aus den Jahrbüchern verglichen, so zeigt sich jedoch, dass zunehmend mehr Arbeiter hauptberuflich in der Braunkohlenwirtschaft beschäftigt wurden. Die Betriebsführung verlangte nunmehr ein bestimmtes Maß an fachlichen Kenntnissen und organisatorischen Fähigkeiten. In den Braunkohlenwerken und im Tiefbau arbeiteten neben den ungelernten Kräften die ersten mehr oder weniger gut ausgebildeten Fabrikarbeiter sowie einige Bergleute. Mit der Beschäftigung von (Berg-)Arbeitern bzw. Angestellten hatte sich der Abbau entsprechend verteuert (vgl. Hammerstein 1934, 19; Barthel 1960, 200), so dass auch unter diesem Gesichtspunkt bei einer ausschließlichen Betreibung der Braunkohlenwerke in der landwirtschaftlichen Nebensaison die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben war.

Das Bild über die berufliche Zusammensetzung der Belegschaften der Fabriken und Gruben wird allerdings dadurch verzerrt, dass zu dieser Zeit die unqualifiziertesten Abräumarbeiten oftmals schon von Fremdfirmen übernommen wurden, wie in der Wilhelmsgrube Blumroda, wo 1863/64 ein Fremdunternehmen pro Cubikelle Abraum 5 Pf. verdiente und 30 Arbeiter beschäftigte, damit mehr Leute beschäftigte als beim Braunkohlenabbau selbst gebraucht wurden (vgl. D.B.I.V. 1935, 441; 1875 waren es 37 Arbeiter im Abbau, vgl. JB BHW 1876).

Seit den 1860er Jahren wurde auf Dauerbetrieb mit fest eingestellten Arbeitern umgestellt. Die Erwerbsarbeit im Bergbau hatte sich damit von der Nebenbeschäftigung zum Haupterwerb gewandelt. Seit dieser Zeit herrschte ein permanenter Mangel an ständig verfügbaren Arbeitskräften.

Bessere Löhne, leichtere Arbeitsbedingungen und eine mitunter interessantere Tätigkeit im Tiefbau bewirkten, dass aus den noch im Betrieb befindlichen kleinen Privatbetrieben Arbeiter in die größeren Unternehmen wechselten (vgl. auch Hasselblatt 1938, 25ff., der diesen Prozess für den Altenburger Raum beschreibt). Und auch Arbeiter aus den kleineren Werken, in denen unrentabel gearbeitet wurde, und die deshalb verkleinert oder geschlossen werden mussten, wechselten in die neu entstehenden größeren

⁶² Von den 75 Braunkohlenbergwerken arbeiten 10 lediglich 5 bis 8 Monate im Jahr. Sechs der 15 Brikettfabriken produzierten nicht kontinuierlich, sondern zwischen 5 und 9 Monaten im Jahr.

Fabriken. Zusätzlich wurde, um den weiterhin bestehenden Arbeitermangel um Borna zu beheben, in den 1870er Jahren damit begonnen, höhere Löhne als in anderen Abbaugebieten zu zahlen. Diese waren mitunter sogar so hoch, dass den Betrieben dadurch Verluste entstanden (vgl. Fischer 1910, 89ff. und entsprechende Angaben in den JB BHW 1870 bis 1915).

Wenn bereits die Deckung des anfangs vergleichsweise geringen Personalbedarfs in den Nasspressen die Zahlung von am Betriebsergebnis gemessenen überhöhten Löhnen notwendig gemacht hatte, so machte dies der enorme Arbeiterbedarf in den Brikettfabriken, wo die Steigerung der Leistung zudem eng an die Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte gebunden war, noch weit mehr notwendig. Neben den überhöhten Löhnen stellten die in der Nähe der Betriebe bereit gehaltenen Arbeiterwohnunterkünfte und die Gewährung zusätzlicher bergbauspezifischer Leistungen (Knappschaftskassen etc.) wirksame Anreize dar, um in diesem Revier eine Arbeit aufzunehmen.

Keine Seltenheit war es zu dieser Zeit, dass Braunkohlengruben landwirtschaftliche Güter besaßen, denen wiederum Verkaufsstellen angeschlossen waren. In diesen konnten die Arbeiter, besonders in den schlechten Zeiten, Waren kaufen. Damit wollten die Grubenbesitzer dieselben "bei Laune und die guten Arbeiter bei der Stange halten" (Bräutigam 1996, o.A.). Dies trug wiederum nicht dazu bei, dass sich im Braunkohlenbergbau ein organisiertes, politisch aktives Industrieproletariat herausbildete, "wie es bedauerlicherweise in vielen anderen Gegenden (z.B. den Städten) entstehen musste" (D.B.I.V. 1935, 266f.).⁶³

Bis etwa 1895 waren mit dem Betrieb der Fabriken geringe Zuwanderungen verbunden und Arbeiterkonzentrationen blieben aus. In diesem Jahr betrug die hauptberuflich in den Bornaer Gruben beschäftigte Belegschaft weniger als 300 Mann. Die vielen kleineren Bergwerke wiesen nur geringe Schwankungen in den Beschäftigtenzahlen auf, und diese konnten problemlos relativ kurzfristig angepasst werden. Die Arbeiter der schließenden Bergwerke ließen sich ohne weiteres bei den neu eröffnenden einsetzen.⁶⁴ Obwohl der sich herausbildende "nomadisierende", oberflächlich betriebene und stark konjunkturabhängige Braunkohlenabbau des 19. Jahrhunderts somit schon von einer erhöhten Mobilität der Arbeitskräfte begleitet war (siehe Tabelle 5), hatte sich diese jedoch im wesentlichen auf das "hinter den Gruben her wandern" einiger weniger Arbeiter bzw. auf saisonale Wechsel zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Arbeit seitens der Landbevölkerung beschränkt (vgl. auch Hasselblatt 1938, 16ff.).

Erst für die nach 1895 gegründeten arbeitsplatzextensiven Fabriken und den mittleren Tagebau war die intensive Zuführung von Arbeitern erforderlich. Auch die Betriebserweiterungen in der Folgezeit führten zu örtlich höheren Konzentrationen von Arbeitern (vgl. Bohl 1987, 117ff.). Sowohl die benötigten gelernten Bergleute als auch die verhältnismäßig große Zahl an Arbeitern für die Brikettfabriken waren in Borna nicht vorhanden und ließen sich in diesem Umfang auch nicht aus anderen, am Ort oder in der näheren Umgebung ansässigen Erwerbstätigen Gruppen rekrutieren, sondern mussten in die Region geholt werden, womit eine kontinuierliche Zuwanderung in Gang gesetzt wurde.

Das lokal begrenzte, stärkere Bevölkerungswachstum seit etwa 1895 ist Ausdruck dieser umfangreichen Zuwanderungen von in der Kohlenindustrie benötigten Arbeitern und verdeutlicht die einsetzende Entwicklung der bergbaulichen Produktion im Revier. Zwischen 1882 und 1907 übertraf die Vermehrung

⁶³ Mit dem Anstieg des Einsatzes ungelernter, fremder Arbeitskräfte stiegen Unbotmäßigkeiten, Gewalttätigkeiten und Vertragsbrüche. Andererseits blieben diese Arbeiter zunächst den Bestrebungen der Organisation der Arbeiter fern. Es machten sich daher auch nicht die unerwünschten Folgen der Agitation derselben bemerkbar, was die Grubenleitungen wiederum sehr erfreute (vgl. Fischer 1910, 89ff.).

⁶⁴ Zu den Verschiebungen innerhalb des nordwestsächsischen Reviers vgl. Abschnitt 4.1.2.

des gewerblichen Personals um etwa 73 % diejenige der Bevölkerung der Amtshauptmannschaft Borna von 13,6 % um das Vier- bis Fünffache (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 170f).

Eine Besonderheit der Ansiedlung der Braunkohlenindustrie bestand entgegen dem bisherigen Industrialisierungsgeschehen darin, sich auf kleinere Orte im ländlichen Raum zu konzentrieren. Diese Eigenart des Braunkohlenbergbaus, sich in ausgesprochen ländlichen Gegenden anzusiedeln, stellte ihren Vorteil dar, indem das ländliche Umfeld einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb ermöglichte sowie der monotonen Fabrikarbeit ausgleichend entgegenwirkte, und verursachte zugleich ihren größten Nachteil, den ständigen Arbeitskräftemangel im dünner besiedelten ländlichen Raum.

Die Untersuchung der Struktur der durch den Bergbau diktierten Wanderungen soll im folgenden Auskunft darüber geben, um welche Bevölkerungsgruppen es sich handelte, aus welchen Gebieten sie kamen und welche Motive ihren Wanderungen zugrunde lagen (Abschnitt 4.5). Die danach beschriebenen Veränderungen in der Bevölkerungs- und sektoralen Verteilung soll zeigen, wie Braunkohlenbergbau und -verarbeitung dem ursprünglichen sozialen Gefüge ganz neue, eigene Züge aufprägten (Abschnitt 4.6).

4.5 Die regionalen und sozialen "Wurzeln" der Braunkohlenarbeiter

In der Phase des Aufbaus der mechanischen Verarbeitungsindustrie bis um die Jahrhundertwende wanderten im wesentlichen zwei sozial unterschiedlich verortete Gruppen zu: gelernte Bergleute bzw. un- sowie angelernte Bergarbeiter für den Tiefbau bzw. Abbau (Abschnitt 4.5.1) und Landarbeiter, vorwiegend für die Weiterverarbeitung der Braunkohle und im Abraum (Abschnitt 4.5.2). Neben Nahwanderungen erfolgten seit der Aufnahme des hauptgewerblichen Bergbaus, also ab ca. 1880 zugleich Zuwanderungen aus einigen ostpreußischen Revieren oder agrarischen Regionen, die dauernd einen Teil ihrer "überschüssigen" Bevölkerung an die sich industrialisierenden Regionen abgaben.

4.5.1 Soziale und kulturelle Einflüsse durch Zuwanderer mit bergbaulichem Hintergrund

Was die Gruppe der aus dem Bergbau zuwandernden betrifft, so stellte das niederschlesische Steinkohlenbergbauggebiet im späten 19. Jahrhundert einen der wichtigsten Quellorte dar, weil die Lage der Bergarbeiter dort besonders ungünstig war. Die längsten täglichen und jährlichen Arbeitszeiten von allen deutschen Steinkohlenrevieren, der Verzicht auf den Einsatz moderner Technik bei steigender Arbeitsleistung,⁶⁵ schwere Unfälle, schikanöse Behandlung und Überschichten (vgl. Plötz 1971, 3) förderten die Abwanderung⁶⁶ großer Teile der Bergarbeiterschaft in jene Gebiete, wo ein erhöhter Bedarf an Arbeitern bestand und zugleich Verbesserungen der Erwerbsbedingungen in Aussicht gestellt wurden. Neben Berlin und dem rheinisch-westfälischen Revier verliefen diese Wanderungsströme auch in den mitteldeutschen Wirtschaftsraum (vgl. z.B. Stat. DR NF Bd. 68; Wanderungsstatistik, Königreich Sachsen).⁶⁷ Der Versuch, Bergleute aus den alten sächsischen Niedergangsgebieten des Bergbaus heranzuziehen⁶⁸, verlief dagegen weniger erfolgreich. Da diese vornehmlich im Steinkohlenbergbau

⁶⁵ Die Förderleistung betrug in den schlesischen Revieren zwischen 1898-1901 etwa 352t/Mann. Im Vergleich dazu im Dortmunder Revier 252t und in Saarbrücken 233t/Mann (vgl. Plötz 1971, 95).

⁶⁶ Nach einem gescheiterten Streik von 1869/70 forderte der Gewerkeverein die Bergarbeiter zum Verlassen des Reviers auf, "um sich dem schmachvollen Reverse und dem Druck der hiesigen Arbeitgeber zu entziehen. "Wandert aus" als Form des Klassenkampfes (vgl. Plötz 1971, 110).

⁶⁷ Zuzüge in die sich industrialisierenden Landesteile Sachsens, wozu auch Borna schon gezählt werden konnte, erfolgten verstärkt aus dem östlichen Deutschland: 119.501 Personen aus Schlesien-Pommern, aus dem südlichen Deutschland 28.960 Personen, dav. aus Bayern rechtsrheinisch 21.894 Personen (vgl. Stat. DR. NF Bd. 68, Jg. 1894).

⁶⁸ „Ist es doch eine bekannte Tatsache, dass in den benachbarten, sonst so blühenden Fabriksorten Meerane und Glauchau, sowie in dem ganzen Mülsener Gründe die Geschäfte arg darnieder liegen und der Arbeiterstand in einer trostlosen Lage sich befindet, obschon sich die Staatsregierung aufs eifrigste bemüht, jenen Districten neue Erwerbsquellen zu erschließen. Der Grund dieser

bleiben wollten, wanderten sie häufiger ins Ruhrgebiet als nach Mitteldeutschland aus (vgl. Becker 1975, 223f.).

Die anfangs nur zögerlich in das Bornaer Gebiet zuwandernden Bergarbeiter nahmen ihrerseits aber wiederum innerhalb der Arbeiterschaft eine Sonderstellung ein. Sie hoben sich rechtlich und auch sozial von den bisherigen Fabrikarbeitern oder auch anderen Gruppen der handarbeitenden Klasse ab.

In allen deutschen Ländern kam es aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der bergbaulichen Tätigkeit seit dem Mittelalter zur Einführung des Direktionsprinzips⁶⁹, d.h. die Bergleute waren staatlich angestellt, genossen den persönlichen Schutz des "obersten Bergherrn" und außergewöhnliche Privilegien. Durch diese, mit den besonderen Arbeitsbedingungen gerechtfertigte Privilegierung bildete sich unter den Bergarbeitern ein spezifisch obrigkeitsorientiertes und tradiert-konservatives Verhalten heraus (vgl. Conze 1976, 622).

Neben der Betriebsgebundenheit war ein weiteres prägnantes Merkmal des "Bergmannsstandes", im Gegensatz zu allen anderen Handarbeitern, deren ausgeprägte "Bodengebundenheit", wobei die landwirtschaftliche Arbeit "über Tage" hauptsächlich deshalb angestrebt wurde, weil sie den im Verhältnis zur Größe der Familien gesehenen geringen Lohn ergänzte und zur Ernährung der oft kinderreichen Familien beitrug (vgl. dazu auch das Abschnitt 4.6. zur Geburtenentwicklung seit der Jahrhundertwende) sowie einen wichtigen Ausgleich zur Arbeit unter Tage darstellte. Der "Grundbesitz" beschränkte sich dabei häufig auf kleine und kleinste Parzellen.⁷⁰

Diese sozialen Verhältnisse blieben im Wesentlichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten. Dann setzte mit der Liberalisierung des Bergbaus, die Aufhebung des Direktionsprinzips erfolgte etwa um 1850/1860⁷¹, die stürmische Entwicklung ein. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung kam es zu deutlichen Strukturveränderungen in den Belegschaften, denn es zogen in Massen ungelernete Arbeitskräfte aus der bäuerlichen und bürgerlichen Unterschicht zu. Der Weg vom Bergmann des Staates zum Bergarbeiter des Industriesystems war frei geworden, der alte Stamm der Bergleute war gegen Ende des letzten Jahrhunderts in der Masse der Bergarbeiter untergegangen (vgl. Conze 1976, 622). Die Zechen

Erscheinung liegt in der Ungunst der Mode und in den theuren Lebensmitteln" (Scherzer 1881, 17). So ließ die Mode die Musterstoffe, welche der sächsischen Handweberei früher hinreichende und selbst lohnende Beschäftigung brachte, ganz in den Hintergrund treten, und die schlechten Ernten verteuerten die Lebensmittel dermaßen, dass sich die Einkäufe von Bekleidung auf das notwendigste beschränken mussten (vgl. Scherzer 1881, 17f.).

⁶⁹ Das Direktionsprinzip beinhaltete staatliche Lenkung und Aufsicht des Bergbaus sowie eine gewisse Fürsorge, z.B. waren die Bergarbeiter im Falle der Erkrankung oder Erwerbsunfähigkeit durch die Knappschaft (sozialstaatlich) versorgt. Die Bergarbeiter waren aber zugleich gegenüber dem Staat zum Gehorsam verpflichtet.

⁷⁰ Der größte Teil der Bevölkerung Sachsens lebte nicht in der agrarischen Ebene, sondern in den gebirgigen Industriebezirken. Insbesondere der Zuzug böhmischer Exulanten, die infolge der Maßnahmen der Gegenreformation ihre Heimat hatten verlassen müssen und in das benachbarte Sachsen als Mutterland der Reformation gegangen waren (1623/1624, nach 1651), um dort neue Siedlungen zu gründen, trug zu dieser Bevölkerungsverdichtung bei (überwiegend in der südlichen Oberlausitz und im mittleren Erzgebirge, z.B. Johanngeorgenstadt). Ihre Dörfer waren *keine Bauerndörfer, sondern Gärtner- und Häuslersiedlungen und sie arbeiteten im Bergbau oder anderen Gewerben* (vgl. Röllig 1928, Forberger 1958). Die enge *Verbindung von kleinbäuerlicher und bergbaulicher Besiedlung* im 15./16. Jahrhundert sowie der erste Niedergang des Bergbaus im 16. Jh., der die seßhafte Erwerbsbevölkerung zum Wechsel in andere Gewerbe zwang, prägten nicht nur den Raum und die Anfänge der sächsischen Industrialisierung, sondern die gesamte Erwerbsbevölkerung des Landes (vgl. auch Stat. DR NF Bd. 418, 113).

⁷¹ Im Jahr 1851 wurde u.a. in Sachsen und Preußen, bis 1865 auch in allen anderen deutschen Ländern, diese Sonderstellung zugunsten der Gleichstellung aller Lohnarbeiter im "freien" Arbeitsvertrag zumindest nach dem Gesetz aufgegeben (vgl. Conze 1976, 622), um auch in diesem Bereich über die freie Verfügung der Arbeitskräfte die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital zu sichern. Während sich alle anderen Gewerbe mit der Einführung der Gewerbefreiheit nach 1815 hatten entfalten können, war der Bergbau bis Ende der 1860er Jahre aufgrund des bestehenden Direktionsprinzips daran gehindert gewesen, auf kapitalistische Art und Weise zu produzieren. Nach dessen Aufhebung konnten die kapitalistischen Regeln um so schneller in die Tat umgesetzt werden, weil Größe und Struktur der ehemals quasi staatlichen Bergwerke eine derartige Entwicklung beförderten (vgl. Plötz 1971, 16).

wurden zu Großbetrieben und die Bergleute zu Minderheiten innerhalb dieser Betriebe.⁷²

Trotz der gesetzlichen "Befreiung" von der "staatlichen Vormundschaft" im Zusammenhang mit der Ersetzung des Direktionsprinzips durch das liberale Wirtschaftsprinzip zwischen 1851 und 1865 ging das dem Bergbau bis dahin zugrundeliegende wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsmuster dennoch nicht völlig verloren. Zwar waren die Kleinzechen zu industriellen Großbetrieben geworden und die ehemals privilegierten Bergleute mit den traditionsfreien Bergtagelöhnern zur neuen Bergarbeiterschaft, die sozial rangniedriger verortet war, verschmolzen (vgl. Köllmann 1975, 48f.), dennoch blieb in weiten Teilen dieser Bergarbeiter die Bindung an den "obersten Bergherrn", d.h. den Staat, erhalten und wurden die bergmännischen Bräuche gepflegt, was den Wunsch nach Restitution und Bewahrung ehemaliger Privilegien und Eigenständigkeiten verdeutlicht (vgl. Conze 1976, 624ff.; Becker 1975, 216f.). Die neue (ungelernte) Lohnarbeiterschaft, die eigentlich keinerlei traditionale Bindung an den Bergbau mehr hatte, beanspruchte dennoch, sozial dem Bergmann gleichgestellt zu werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass mit der Proletarisierung ein starker Rückgang des Anteils an Hauseigentümern (mit "Landbesitz") verbunden war, während die Zahl von Kostgängern und Untermietern sich erhöhte. Unter dieser steigenden Anzahl an landlosen und schlechter bezahlten rangniedrigeren Bergtagelöhnern ging die bodengebundene Sesshaftigkeit stark zurück. Für deren häufigere Abwanderung aus den alten Bergbaugebieten dürfte aber gerade eine Rolle gespielt haben, dass sowohl die Wohnbedingungen als auch die Bezahlung am Zielort um einiges besser waren.

Ebenso wie die Arbeiterschaft wiesen auch deren Organisationen, die Knappschaften, einige Besonderheiten auf. Die Knappschaftsvereine, im Mittelalter gegründet als "Kampforganisation" gegen die Gefahren der Bergwerksarbeit, hatten mit der Ausbildung des Direktionsprinzips bereits frühzeitig ihre kämpferische Funktionen verloren. Sie entwickelten sich zu Organen der Zechenherren und zu "Gesangs- und Freizeitvereinen" für die "Knappen" (vgl. Plötz 1971, 67f.).

Mit dem schrittweisen Abbau ehemaliger Privilegien verloren diese Vereine an Bedeutung, aber die nach der Jahrhundertwende entstandene Gewerkschaft knüpfte als deren Nachfolgeorganisation unter Berücksichtigung der neuen sozioökonomischen Bedingungen ganz bewusst an den alten Traditionen an. Sie war als reichstreuer Bergarbeiterverein organisiert, der die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer in friedlichem Einvernehmen mit dem Arbeitgeber anstrebte und gegenteiligen Bestrebungen wirksam entgegentreten wollte (vgl. Plötz 1971, 70). Im Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde an die bestehende sozialstaatliche Harmonie angeknüpft.⁷³

So wie der Bergarbeiter des industriellen Systems versuchte, die bergmännischen Traditionen zu bewahren, galten die gewerkschaftlichen Forderungen in erster Linie dem Erhalt bergmännischer Privilegien und dem Bestreben nach sozialer Aufwertung der Fabrikarbeiter, was einer Gleichstellung mit dem Bergarbeiter bzw. Bergleuten entsprach.

Während dies an den alten "absterbenden" Bergbaustandorten immer schwieriger wurde, schien eine Privilegierung des Bergproletariats an den Standorten der aufstrebenden Braunkohlenindustrie aufgrund des dort ständig vorzufindenden Arbeitermangels sehr wohl möglich. Eine Abwanderung in diese Gebiete

⁷² Die überwiegende Anzahl der im Bergbau Beschäftigten dürften laut Becker zu dieser Zeit bereits Proletarier gewesen sein (vgl. Becker 216f. in Mottek 1975). Dieses Fabrikproletariat hatte sich zwischen 1849 und 1861 aus dem agrarischen Sektor sowie aus der gewerblichen Gruppe der Handwerker/Handwerksgehilfen rekrutiert. Gewerbetätige Personen im Bergbau Sachsens zur Betriebszählung 1907: 143 technisch gebildetes Personal, 19.803 Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, gelernte Arbeiter und 13.916 ungelernete Arbeiter und sonstiges Hilfspersonal. Vergleichend dazu die Zusammensetzung in der Metallverarbeitung: 58.063 qualifizierte und 22.816 ungelernete tätige Personen (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1909, 59ff.).

⁷³ Zur Aufrechterhaltung der Disziplin unterzeichneten die Knappschaftsvertreter u.a. Arbeitsordnungen, die den Arbeitern eine völlige Unterwerfung sowie den Gehorsam gegenüber den Beamten des Staates zur Pflicht machten (vgl. Plötz 1971, 47).

erfolgte häufig wegen des damit verbundenen oder erwarteten sozialen Aufstiegs. Von den zuwandernden Bergarbeitern und deren Organisationen wurden alte bergbauliche Traditionen, Strukturen und Beziehungen an die neuen Sozialräume verpflanzt.

4.5.2 Der Braunkohlenbergbau als Alternative – der Wechsel von Landarbeitern in die Fabrikproduktion

Häufiger entstammten die nach 1900 zuwandernden Arbeitskräfte, genau wie jene Zuwanderer Mitte des 19. Jahrhunderts in die Rheinprovinz, aber nicht dem Bergmannsstande und besaßen keinen eigentlichen „bergmännischen Geist“ (vgl. Becker 1975, 220). Eine zweite Herkunftsgruppe rekrutierte sich aus der Landbevölkerung. Hier waren es wiederum vorwiegend die zugewanderten Tagelöhner, Kleinbauern und Knechte, die der sich neu herausbildenden Berufsgruppe des „Braunkohlenarbeiters“ zuströmten (vgl. Stat. DR NF Bd. 109 und 408; Deutscher Bergbau Juni 1936, 10).

Die Mehrzahl der einheimischen Landbevölkerung begegnete dem Braunkohlenabbau noch mit Abneigung (vgl. Gebauer 1893, 172f.; Baedekers 1928, XI). Die Arbeiternot in der Landwirtschaft zwang dieselben auch nicht, auf Dauer in die Kohlenindustrie zu gehen. Dafür wechselten die ursprünglich zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft herbeigeführten, niedrig gelöhnten ländlichen Arbeiter aus den östlichen Gebieten Preußens und einzelnen bayerischen Regionen oder die landlosen Knechte und Mägde aus den wendischen Gegenden der Oberlausitz, aufgrund der offensichtlich bestehenden finanziellen und persönlichen Vorteile in die Braunkohle (vgl. Hammerstein 1934, 67ff.; Bräutigam 1996, o.A.; Gebauer 1893, 172f.).

Um die Jahrhundertwende schufen die allgemeine Tendenz zur Technisierung der Arbeit in der Landwirtschaft, die zur Freisetzung von Landarbeitern führte, sowie der überdurchschnittliche Lohn in den Brikettfabriken, die wichtigsten Voraussetzungen für eine sich langsam ausbreitende Akzeptanz unter der ansässigen Bevölkerung. Eine Abwendung von der landwirtschaftlichen Beschäftigung hin zur industriellen Arbeit setzte nunmehr auch unter der Bauernschaft ein.

Eine herausragende Beeinflussung zugunsten des Bergbaus ging vom Lohngefälle bzw. von der Art der Entlohnung aus (vgl. Sudek 1982, 40ff. und 61f.). Die deutlich anhaltenden nominalen Lohnsteigerungen im Bergbau seit Beginn der 1890er Jahre hatten schon um die Jahrhundertwende zu einer deutlichen Differenz im Einkommen von Land- und Industriearbeitern geführt, welches in Mitteldeutschland zusätzlich höher als in den preußischen Ostprovinzen war (vgl. Hainisch 1924, 58; Sudek 1982, 44). Erschien dem Landarbeiter der für seine Arbeit gezahlte Geld- und Naturallohn im Verhältnis zu den „Schattenseiten“ seines Berufes als zu niedrig, so war er in der Landwirtschaft nicht mehr zu halten (vgl. Hainisch 1924, 57ff. und 62f.). Diese Schattenseiten wurden im Festhalten an den überlebten traditionellen sozialstrukturellen Beziehungen, in den Lebensbedingungen der ländlichen Arbeiter- und Kleinbauernschaft und in den konkreten Arbeitsbedingungen und -beziehungen in der Landwirtschaft gesehen.

Schon die Aussicht auf wesentlich kürzere, regelmäßige Arbeitszeiten und eine leichtere, weil z.T. schon mechanisierte Tätigkeit in der Industrie im Vergleich zur Landwirtschaft und dem darauf basierenden Kleingewerbe⁷⁴ sowie die Unsicherheit der landwirtschaftlichen Beschäftigung ließen die Abwanderung als vernünftig erscheinen (vgl. Hainisch 1924, 57f.; Sudek 1982, 42ff.).

⁷⁴ dazu ein Zitat: „Es sei ... weniger anstrengend, in einer städtischen Fabrik Zucker zu erzeugen, als auf dem Lande Zuckerrüben zu bauen. Noch weniger in einem Büro Schriften über den Verkauf des Zuckers abzufassen. Weit geringeres gehöre aber dazu, sich die Füße im Staatsdienste zu wärmen, Zeitung zu lesen und am Ende des Monats ein Gehalt zu beziehen, das aus dem Erträgnisse der Zuckersteuer ausgezahlt wird.“ (Hainisch 1924, 43)

Eine noch stärkere Wirkung ging von der Diskrepanz zwischen sozialer Abhängigkeit vom Bauern⁷⁵ und der Proletarisierung der Beziehungen auf dem Lande aus. Einerseits wurde an Unfreiheit und Gehorsam gegenüber dem Bauern festgehalten, andererseits war der Arbeiter zur freien Arbeitskraft geworden, die mit Geld entlohnt wurde und nicht mehr zum Hofe gehörte. Damit war letztendlich auch die soziale Zugehörigkeit zur Familie des Bauern als Grund zum Verbleib in der Landwirtschaft aufgehoben. Knechte, denen das Zusammenleben mit der Bauernfamilie verwehrt wurde, reagierten auf die fehlende Integration mit Abwanderung in die Industrie, wobei naturgemäß Industrieunternehmen, die auf dem Lande errichtet wurden, eine starke Anziehungskraft ausübten, und ganz besonders wendeten sich die Landbewohner dem gerade aufkommenden Bergbau zu (vgl. dazu auch Hainisch 1924, 34ff. und 57; Sudek 1982, 56ff., bes. 64). Als günstiger Umstand an der ländlichen Industrialisierung wurde die Verbindung von Wohneigentum, "Scholle" und Arbeit gesehen.

Die Arbeitswanderungen beruhten demnach nicht so sehr auf der Attraktivität der "Kohle", sondern vielmehr auf einer zunehmend abstoßenden Wirkung der landwirtschaftlichen Arbeit selbst. Es handelte sich im eigentlichen Sinne um eine Flucht aus dem landwirtschaftlichen Beruf (vgl. Hainisch 1924, 34f.; Hasselblatt 1938, 31ff.).

Neben den Landarbeitern ergriffen nunmehr auch die Kinder selbständiger Landwirte zunehmend freiwillig einen anderen Beruf als den der Väter oder mussten dies, weil verschiedene Entwicklungen die Möglichkeiten für die Neugründung kleinerer bäuerlicher Existenzen beschränkten oder zur Aufgabe der bäuerlichen Existenz zwangen (z.B. Erbteilungsgesetz, Landsperre). Der Wechsel in die Industrie erschien Jüngeren, deren berufliche Laufbahn erst begann, auch deshalb attraktiv, weil sich mit der Professionalisierung im Braunkohlenbergbau⁷⁶ eine Möglichkeit eröffnete, sozial aufzusteigen. Von den zugewanderten Tagelöhnern oder Landarbeitern wurde dagegen ein solcher sozialer Aufstieg innerhalb des Bergbaus nur in den seltensten Fällen angestrebt und ließ sich noch seltener umsetzen (Hainisch 1924, 36).

Von der Landbevölkerung wurde der berufliche Wechsel einer Abwanderung aus der Region vorgezogen. Die zuwandernden ländlichen Arbeiter verfolgten gleichfalls das Ziel, das gewohnte ländliche Umfeld einschließlich der daran gebundenen sozialen Beziehungen zu erhalten, und bestehende Arbeitsangebote in den Städten wurden nicht in vergleichbarem Maße wahrgenommen.

Die Arbeiter des Braunkohlenbergbaus hatten fast regelmäßig wieder irgendwelche Beziehungen zur Landwirtschaft, und Grund und Boden war meist sogar von den Werken zur billigen Pacht überlassen worden.

Neben wirtschaftlichen Erwägungen war der Wunsch nach dem Erhalt gewohnter Rahmenbedingungen für die Aufnahme einer Arbeit in der Braunkohle immer von eminenter Wichtigkeit für die Landbewohner gewesen. Im Gegensatz zur Landflucht bestand in diesen Fällen der Wanderung nicht das Motiv nach kulturellen Veränderungen.

Die Bergarbeiter hatten mit der Wanderung vor allem ihren beruflichen und sozialen Status, aber auch die gewohnte gärtnerische Tätigkeit erhalten wollen, für die Landbewohner war der Verbleib im ländlichen Umfeld ausschlaggebend. Das Zugestehen bergmännischer Privilegien trotz der Ausübung einfacher Tätigkeiten und die Bodengebundenheit formten den Braunkohlenarbeiter.

⁷⁵ Die Unmöglichkeit für das Gesinde, eine eigene Familie zu gründen; das Wohnen in "Gesindewohngemeinschaften" auf dem Dach oder in Stallungen.

⁷⁶ Der gesellschaftlichen Aufwertung des gesamten Berufsstandes stand eine gleichzeitige soziale Abwertung der Tätigkeiten in der Landwirtschaft gegenüber.

4.5.3 Zur Beschäftigung weiterer sozialer Gruppen

Frauen wurden trotz des großen Arbeitermangels wie in allen Zweigen des Bergbaus auch in der Braunkohlenindustrie nur in sehr geringem Umfang beschäftigt, obwohl der Personalmangel gerade in den personalintensiven Brikettfabriken u.a. durch den Einsatz von Frauen zu beheben gewesen wäre. Denn die dort zu besetzenden gewerblichen Arbeitsplätze wurden für die Frauen durch die Mechanisierung und die starke Arbeitszerlegung immer günstiger, zugleich machten "die (in den Fabriken zum Einsatz kommenden) Maschinen eine große Anzahl von Hilfsarbeiten notwendig, die weder geistige Betätigung, noch besondere Geschicklichkeit, noch erhebliche Körperkraft beanspruchen und deshalb auch sehr leicht von Frauen – ja sogar von Kindern ausgeführt werden" konnten (Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 194). Die nur geringe Heranziehung von Frauen und Mädchen zu untergeordneten Arbeiten oder Hilfsleistungen beruhte weniger auf der Tätigkeit selber, sondern auf den traditionellen Vorstellungen im Bergbau ganz allgemein und auf die zu dieser Zeit insgesamt noch geringe Einbeziehung der Frauen in eine dauerhafte berufliche Arbeit. Ihre Teilnahme an der Berufsarbeit beschränkte sich zum großen Teil nur auf eine vorübergehende Phase bis zur Verheiratung.

Die Tatsache, dass dem Braunkohlenbergbau nicht ausreichend männliche Arbeiter in der unmittelbaren Umgebung zur Verfügung standen, hatte dagegen zur Folge gehabt, dass die Frage der zeitweiligen Beschäftigung von Ausländern eine große Rolle zu spielen begann. Bis etwa 1890 waren in den Fabriken nur deutsche Arbeiter beschäftigt worden, und im Tiefbau nur einige fachlich geeignete Arbeitskräfte aus tschechischen und polnischen Gebieten (vgl. Fischer 1910, 79ff.). Für einen verstärkten Ausländereinsatz sprachen nun die Art des Abbaus, der überwiegend im Handbetrieb beseitigt werden musste, und die geringe Leistungsfähigkeit der Maschinen und Apparate in diesem Bereich.⁷⁷ Der Betrieb musste im Winter meistens eingestellt werden, dagegen verlangte er in den Sommermonaten eine große Belegschaftsziffer, und zwar hauptsächlich an ungelernten Arbeitskräften, die im Sommer im Abbau arbeiteten und im Winter in ihre Heimat zurückkehrten bzw. zurückkehren mussten (vgl. D.B.I.V. 1935, 265f.).

Obwohl durch Umfrage bei den Werken festgestellt wurde, dass insbesondere die polnischen Arbeiter weit besser zu den Arbeiten im Tagebau geeignet waren, kommt es dennoch kaum zum Zuzug von Ausländern. Nicht erwünscht war deren Zuzug, weil sie (angeblich) dazu beigetragen hatten, dass der "Bergarbeiterstand nicht mehr in seinem traditionellen Ansehen stand, denn die besten Elemente waren es nicht, die hier Arbeit suchten und infolge des Arbeitermangels auch fanden" (Fischer 1910, 78ff.). Diese Behauptung erscheint allerdings etwas gewagt, denn der Ausländeranteil in Borna war im Vergleich zu den anderen Amtshauptmannschaften um Leipzig am niedrigsten. Im Dezember 1895 waren in den Städten und Dörfern der gesamten Amtshauptmannschaft Borna lediglich 220 Ausländer anwesend, darunter 183 Österreicher (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 238). Dennoch wollten die Grubenbesitzer den bestehenden Unmut der Bevölkerung gegen die "Kohle" durch die Anwesenheit von Ausländern nicht weiter erhöhen.

Nicht nur ausländischen Arbeitern wurde der Zuzug ungern bewilligt, es gab auch Bemühungen seitens der Besitzer, diejenigen deutschen Arbeiter, die hier nur vorübergehend eine Tätigkeit suchten, fernzuhalten, "um den sich gerade bildenden heimischen Bergarbeiterstamm vor der Durchsetzung mit solchen recht zweifelhaften Elementen zu bewahren" (Fischer 1910, 78).

Die Zahl der außerhalb Sachsens Geborenen innerhalb der Bornaer Bevölkerung nahm dennoch von 969

⁷⁷ Dies belegt eine betriebliche Statistik der Braunkohlenwerke von 1905: unter den 1.887 Belegschaftern befanden sich 164 Ausländer (86, Polen, 40 Ruthenen, 23 Kroaten, 15 Tschechen), die von Beruf meist keine Bergleute waren und hauptsächlich im Tagebau oder Baggerbetrieb Arbeit gefunden hatten (vgl. Fischer 1910, 79f.).

Personen im Jahre 1885 auf 1.219 im Jahre 1900 zu. Im diesem Zeitraum sank die Anzahl der Zuzüge aus den sächsischen Amthauptmannschaften, u.a. des Erzgebirges, von 8.966 auf 8.700 ab, was die geringe Attraktivität der Braunkohlenabbaus belegt. Sowohl im Jahr 1885 als auch 1900 lebten weniger als 100 Reichsausländer in der Amthauptmannschaft (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 115).

Die Absicht der Grubenbesitzer bestand darin, rasch einen sesshaften Stamm von zuverlässigen Arbeitern zu bilden. Der Bedarf an Arbeitskräften sollte aus dem bereits vorhandenen "Bergarbeiter-Nachwuchs" und aus der ansässigen Landbevölkerung gedeckt werden. Gehofft wurde, dass der, der erst einmal der Kohlenwirtschaft zugewandert war, seinen Beruf behielt und auch nicht so schnell in eines der zahlreichen umliegenden Reviere abwanderte.

Um die soziale Stellung der Arbeiter zu festigen, auf ihr Verhalten einzuwirken und die zwischen den unterschiedlichsten Arbeitergruppierungen bestehenden Gegensätze abzubauen, wurde eine direkte persönliche Beziehung zwischen Belegschaft und Leitung angestrebt, die sich stark am Direktionsprinzip orientierte. Der zu diesem Zweck in Borna gegründete Verein "Glückauf" zur Pflege bergmännischer Bräuche und Sitten, Förderung des Nationalgefühls und des kameradschaftlichen Zusammenhaltes sollte darüber hinaus zu einer Hebung des Bergmannsstandes im Gebiet beitragen. Im Jahre 1909 hatte dieser jedoch nur 60 Mitglieder, da nur wenige Arbeiter Interesse daran bekundeten (vgl. Fischer 1910, 86). Auch die Gründung anderer Bergmannsvereine ging von den Betriebsleitungen aus. Sie zielten auf die Etablierung eines bergmännischen Geistes ab und sollten die bergmännischen Traditionen weiterleben lassen, um auf diese Weise die Fluktuation einzudämmen und das soziale Verhalten der Arbeiter zu formen. Eine andere Aufgabe bestand darin, die im Bergbau von jeher besonders unerwünschten Arbeitskämpfe zu verhindern. Aufgrund der starken Industrialisierung des Braunkohlenabbaus wuchs auch in diesem Bereich die Sorge um die Arbeiterfrage heran, denn „mit dem dauernden Eindringen nicht bodenständiger Teile der Arbeiterschaft in die noch junge Braunkohlenindustrie wurde ein unruhiges Element in die Belegschaften getragen, auf die Marxismus und Gewerkschaftsbewegung immer größeren Einfluss ausüben konnten" (D.B.I.V., 1935, 6).

4.6 Erste, lokal begrenzte Auswirkungen von Zuwanderung und Industriearbeit – "Die Arbeiter geben dem Dorf ein ganz anderes Gepräge"

Durch räumliche Zuwanderungen und Abwanderungen von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie vollzogen sich einige Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur und in den sozialen Verhältnissen. Zum einen bewirkte die rasche Bevölkerungszunahme *eine Verdichtung und Urbanisierung ehemals ländlicher Teilräume*, zum anderen führte die dauernde Zunahme an gewerblichen Arbeitern und deren gleichzeitige Konzentration auf die wenigen Betriebe der Kohlenindustrie zu sichtbaren *Verschiebungen in den Erwerbsstrukturen*.

4.6.1 Die Einwohnerschaft der ersten Arbeiterwohnstätten – männlich, jung und ungebunden

Die Bevölkerungsdichte lag im späteren Kreisgebiet Borna 1875 bei 118 EW/qkm, 1890 bei 136 EW/qkm und 1910 bei 161 EW/qkm (im Jahr 1919: 174 EW/qkm). Die absolute Bevölkerungszunahme betrug im Zeitraum 1875 bis 1919 etwa 20.000 Personen. Die jährlichen Zuwachsraten lagen jedoch erst nach 1905 bei etwa einem Prozent, so dass von einer dynamischen Bevölkerungsentwicklung in einigen Städten bzw. Gemeinden ausgegangen werden kann (siehe Tabelle 10 und 408).

Der Bevölkerungsumfang hatte sich im nördlichen Teil der Amthauptmannschaft, also etwa zwischen Borna und Böhlen deutlich stärker und offensichtlich auch zu Lasten des angrenzenden Teilgebietes

erhöht.⁷⁸ Für die Besetzung der Stellen in den Fabriken um Borna besaßen Nahwanderungen in den Jahren 1875 bis 1919 anscheinend eine größere Bedeutung als in bisherigen Abhandlungen angenommen wurde, wo häufig nur auf die Vielzahl der überregionalen Zuzüge eingegangen worden war (vgl. Fischer 1910, 77ff.; Gebauer 1893, 172f.; Bräutigam 1996). Und einiges lässt darauf schließen, dass dieser Sachverhalt auch auf weitere der angrenzenden Amthauptmannschaften zutraf, die seit der Jahrhundertwende in steigendem Maße Wanderungsverluste männlicher Bewohner hinnehmen mussten⁷⁹ (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1926 und 1927, 4; 1934/35, 4f.).

Tabelle 10: Das Bevölkerungswachstum in der Amthauptmannschaft Borna 1875 bis 1919

Jahr	Ahm. Borna*	bestehend aus den Kreisen:					
		Borna*	Saldo	Saldo/Jahr	Geithain	Saldo	Saldo/Jahr
1875	68.035	43.146			24.889		
1890	75.069	49.389	6.243	416	25.680	791	53
1910	84.480	58.529	9.140	457	25.951	271	13,5
1919	88.593	62.965	4.436	493	25.628	-323	-36

Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage den Veröffentlichungen des Sächsischen Statistischen Amtes
 * einschließlich jener Gemeinden, die erst seit 1952 zu Borna gehörten, siehe Anhang, Karte 1

In dem südlich und östlich an die Amthauptmannschaft Borna angrenzenden Kreisen hatte ebenfalls über mehrere Jahrzehnte der Kohlenabbau stattgefunden, war aber um die Jahrhundertwende zum Erliegen gekommen, so dass es nahe liegt anzunehmen, dass zumindest ein Teil der ehemals dort beschäftigten männlichen Arbeiter in das erstarkende benachbarte Bornaer Revier weiterzogen (vgl. auch Abschnitt 4.6.3; Hasselblatt 1938, 31ff.). Dieses Potential an Arbeitskräften für die Kohlenindustrie war erst ausgeschöpft, als die Phase der Stilllegung der kleinen, unrentabel arbeitenden Werke der näheren Umgebung abgeschlossen war und damit die Freisetzung von Arbeitern. Die Bevölkerung sank z.B. nach 1910 in den nicht mehr kohleabbauenden Gebieten der Amthauptmannschaft Borna (siehe Tabellen 10 und 12), woraus gefolgert werden kann, dass es sich bei den Abwandernden ebenfalls um Arbeiter aus der Braunkohle gehandelt hatte.

Zwischen 1905 und 1910 konnten im mitteldeutschen Raum von den sächsischen Amthauptmannschaften nur Leipzig und Borna Wanderungsgewinne bis zu 2 % verzeichnen (vgl. Stat. DR NF Bd. 2, 240). Unter diesen "Gewinnern" befanden sich u.a. die Städte Borna, Regis und Rötha. „Verlierer“ waren die Landstädte Grotzsch, Bad Lausick und Pegau mit bis zu 300 Abwanderungsfällen (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A. 1907.II, 148).

Kleinräumig lassen sich derartige Bevölkerungsverschiebungen zugunsten der Industriestandorte gut nachweisen. Bei seiner Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im gesamten mitteldeutschen Raum kam Vogel 1927 zu folgenden Ergebnissen: *Orte in Industrialisierungsgebieten und in der Nähe von Bahnlinien hatten zwischen 1871 und 1905 eine überdurchschnittlich hohe Bevölkerungszunahme* (jährliches Wachstum bei 1 bis 1,5 Prozent) und lagen in enger Nachbarschaft zu Gemeinden, in denen sich die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um jährlich 0,1 bis 0,3 Prozent verminderte (vgl. Vogel 1927, 35ff.). Während die kreisüberschreitenden Wechsel im Zusammenhang mit dem Nomadisieren des sich

⁷⁸ Gemeinden mit leichten Wanderungsgewinnen zwischen 1900 und 1905 waren Borna, Regis und Rötha. Hohe Verluste hatten dagegen Grotzsch, Bad Lausick und Pegau sowie andere Abbaustandorte wie Markranstädt und Zwenkau.

⁷⁹ In Grimma: 1895-1900: minus 25 Personen, 1900-1905: minus 3.955 Personen, 1905-1910: minus 2.265 Personen, 1910-1925: minus 3.037 Männer und 2.432 Frauen (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1926/27, 34). Borna hatte zwischen 1875 und 1925 insgesamt 21.000 Abwanderungen mehr als Zuwanderungen, wobei dieser Negativsaldo ab 1895 ständig kleiner wurde. In den benachbarten Verwaltungseinheiten stiegen dagegen ab diesem Zeitpunkt die Negativsalden.

entwickelnden Braunkohlenbergbaus zu sehen sind, deutet dieses o.g. Zusammenspiel eher auf die Abwanderung von Landarbeitern aus den Bauerndörfern zu den Wohnstandorten von in der Nähe errichteten Fabriken hin.

Die Bevölkerungszu- bzw. abnahmen verteilten sich in typischer Weise auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen. Die Lage der Rohstoffvorkommen bestimmte die weitere Siedlungsentwicklung.

Am stärksten sank zwischen 1875 und 1910 die Anzahl der kleinsten Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern von 72 auf 52. Demgegenüber verdreifachte sich die Anzahl an Gemeinden in den Größenklassen mit 500 bis 1.000 bzw. 1.000 bis 2.000 Einwohnern. Einige kleinere ländliche Gemeinden verwandelten sich nach 1890 in größere Arbeitersiedlungen mit immerhin bis zu 1.000 bzw. 2.000 Einwohnern (siehe Tabelle 11 und 12). Diese ländlichen Gemeinden wuchsen nicht nur durch das zuziehende Abbaupersonal, sondern vor allem durch den Zuzug von Arbeitern für die industrielle Verarbeitung des Rohstoffes in der unmittelbaren Nähe der Tagebaue. Die noch in kleinen Gemeinden mit bis zu 500 Einwohnern lebende Bevölkerung sank nach ihrem Anteil zwischen 1890 und 1910 von 46 auf 33,5 Prozent. Der prozentuale Verlust kleiner Gemeinden korrespondierte mit dem Bevölkerungszugewinn von etwa 12 Prozent in den größeren Landgemeinden.

Die Anzahl an Stadtgemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern blieb konstant. Auch der Anteil der in diesen städtischen Siedlungen Wohnenden blieb seit etwa 1890 bis zum Ende der Periode bzw. bis 1919 trotz der anfänglichen leichten Verschiebungen zugunsten der Stadtbevölkerung relativ konstant (siehe Tabelle 11).

Tabelle 11: Stadt- und Landgemeinden und ihre Bevölkerung, (a = Gemeinden, b = Bevölkerung)

			Landgemeinden				Stadtgemeinden		Verhältnis
Jahr		Gesamt	bis 200	bis 500	bis 1.000	bis 2.000	bis 5.000	> 5.000	Land-Stadt in %
1875	a	127	72	45	6		3	1	96,8 % : 3,2 %
	b	43.146	8.222	13.871	4.386		10.571	6.081	
					zus.:	26.479	zus.:	16.652	61,5 % : 38,5 %
1890	a	127	67	48	7	1	1	3	96,8 % : 3,2 %
	b	49.389	7.647	14.839	5.058	1.376	2.304	18.165	
					zus.:	28.920	zus.:	20.469	58,5 % : 41,5 %
1910	a	119	52	45	12	5	1	3	95,7 % : 4,3 %
	b	58.529	5.897	13.681	8.371	6.573	3.392	20.615	
					zus.:	34.522	zus.:	24.007	59% : 41%
1919	a	119	50	44	11	8	2	3	94,9% : 5,1%
	b	62.965	5.741	13.804	7.306	9.828	5.776	20.510	
					zus.:	36.679	zus.:	26.286	58,2% : 41,8%

Quellen: zusammengestellt aus den Veröffentlichungen des Sächsischen Statistischen Amtes

Das Wachstum der Städte im Gebiet des sächsischen Braunkohlenbergbaus um Leipzig, diese hatten ihre Einwohnerzahlen seit 1871 etwa verdreifacht, korrespondierte mit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in den alten Industriegebieten des Landes Sachsen, wo der Erzbergbau und die Textilindustrie dauernd an Bedeutung verloren (unrentabel, zu wenig Maschinen in der Kleinindustrie). Die Stadt Borna profitierte allerdings bis 1910 noch weniger als viele andere kleine Städte des Bezirkes Leipzig von den Zuwanderungen (vgl. Stat. DR NF Bd. 401, 513).

Trotz des Bevölkerungswachstums und der Vergrößerung vieler Gemeinden kann für diesen Zeitraum nicht von einer Verstädterung gesprochen werden, denn die überwiegende Mehrheit der Gemeinden blieb

ihrer Größe nach ländlich und auch über die Hälfte der Bevölkerung wohnte noch in ländlichen Siedlungen, allerdings ging ein wachsender Teil derselben nun schon keiner landwirtschaftlichen Tätigkeit mehr nach. Das Einkommen der ländlichen Bevölkerung stammte in einigen Gebieten häufig zu einem Teil schon aus der gewerblichen Tätigkeit in den Kohlenwerken (vgl. Stat. DR NF Bd. 5, 1885).

Das zwischen 1875 und 1890 zu verzeichnende Bevölkerungswachstum der Amthauptmannschaft um mehr als 6.000 ist im Wesentlichen noch nicht auf den Aufbau der Braunkohlenwirtschaft zurückzuführen. *Der Bergbau verursachte aufgrund seiner geringen Personalzahlen (bis 1900 unter 1.000 Beschäftigte) noch keine der nachhaltigen Veränderungen im Bevölkerungsgefüge*, die er dann später maßgeblich verursachte. Hierbei handelte es sich eher noch um Geburtenüberschüsse, die in diesem Zeitraum für Sachsen insgesamt typisch waren (vgl. Kiesewetter 1986, 38ff.). *Erst als in rascher Folge mehrere Brikettfabriken und Tagebaue eröffnet wurden und die Belegschaften ebenso rasch um ein Mehrfaches anwuchsen, läßt sich das Wachstum der Gesamtbevölkerung eindeutiger darauf zurückführen.* Die starke Zunahme der Anzahl an größeren Gemeinden bzw. das deutliche Bevölkerungswachstum in den mittleren Gemeindegrößen setzte ebenfalls erst nach 1890 ein und korrespondiert mit der starken Zunahme der Arbeiter in Braunkohlenabbau und -verarbeitung (siehe Tabellen 5 bis 8).

Noch bis 1885 hatten Orte bzw. Städte, die sich nicht in der Nähe laufender Bergbaubetriebe befanden, die höchsten Bevölkerungsgewinne und nur in einigen Fällen lassen sich auch direkte Bezüge zwischen Bevölkerungszunahmen und Aufbau der Braunkohlenindustrie herstellen (siehe Tabelle 12). So ging z.B. das andauernde Bevölkerungswachstum in den grenznahen Ortschaften zu Sachsen-Anhalt oder Thüringen wie schon im vorangegangenen Zeitraum auf die schnellere und intensivere Entwicklung der dortigen Braunkohlenindustrie zurück (vgl. auch Abschnitt 3.1 und 4.1.1).

Der Umfang des Kohlenabbaus im Gebiet um Borna war noch zu gering, um Veränderungen herbeiführen zu können, die ein größeres Gebiet betreffen. Zwar wuchs in einigen im Abbaugbiet liegenden Gemeinden die Bevölkerung in den Jahren zwischen 1864 und 1885 überdurchschnittlich an (siehe Tabelle 12), gleichzeitig existierten aber Gemeinden im Abbaugbiet, in denen es trotz einer über einen längeren Zeitraum betriebenen kontinuierlichen Förderung zum Bevölkerungsstillstand oder sogar zu Bevölkerungsrückgängen gekommen war, wie etwa in der Gemeinde Dittmannsdorf, wo 1865 die erste Nasspresse stand und die nachweislich über mehrere Jahrzehnte bedeutendster Abbauort im Gebiet gewesen war (vgl. Abschnitt 3.1).⁸⁰ In der Nachbargemeinde Eula-Kesselshain wuchs die Bevölkerung bis 1875 um 12,5 Prozent, sank aber mit der Beendigung des Abbaus ebenso schnell wieder ab, und betrug um 1880 nur noch zwei Prozent mehr als im Jahre 1864.

Was die Unterbringung der Arbeiter betrifft, so wurde von Beginn an versucht, die Arbeiter in unmittelbarer Nähe zu Abbau bzw. Verarbeitung anzusiedeln. Dies geschah zunächst allerdings in eher provisorisch hergerichteten Unterkünften, die nach Beendigung der Arbeit schnell wieder aufgegeben werden konnten. So existierten im Bornaer Raum keine Arbeiterhäuser, die sich auf diese Zeit datieren ließen. Der unstete Abbau in den klein(st)en Gruben veranlasste auch keine dauerhafte Bevölkerungszunahme, sondern die benötigten Arbeiter wanderten oft mit dem Bergbau mit. Temporäre und lokal begrenzte Konzentrationen und Dekonzentrationen der Beschäftigten in der Frühphase der Brikettierung dokumentieren die den Arbeitern abverlangte Mobilität. Bei entsprechendem Anreiz erschienen diese fast von selbst dort, wo sie gebraucht wurden, und verteilten sich genauso schnell wieder auf andere Orte (vgl. auch Bohl 1987 115f. und Thesenpapier S. 11).

⁸⁰ Die Zählungen ergaben mit 224 EW für 1861, 286 EW für 1871 und 260 EW für 1885 keine nachhaltigen Zunahmen nach Beendigung des Abbaus.

Tabelle 12: Die Bevölkerungsentwicklung an den Standorten der Braunkohle

Gebiete nach der Art des Abbaus	Beschäftigtenstand			Einwohnerstand				
							Veränderung in %	
	1868	1885	1910*	1864	1885	1910	1864-1885	1885-1910
nur kleine Gruben								
Eula / Kesselshain	47	19	5	391	400	465	102 %	114 %
Dittmannsdorf	31	-	-	244	260	248	107 %	95 %
Gestewitz	-	11	-	198	234	253	118 %	108 %
kleine Gruben und Brikettfabriken								
Witznitz, Bau der BF ab 1910	-	32	2	211	245	355	116 %	145 %
Bockwitz, Raupenhain bei Borna **	99	69	45	5 802	7 538	9 221	130 %	122 %
Altstadt-Borna/ Gnandorf	-	-	142	859	1 244	1 766	145 %	142 %
Neukirchen	17	-	140	291	365	586	125 %	160 %
Blumroda	3	31	223	311	356	555	114 %	156 %
nur Brikettfabriken								
Großzössen	-	-	517	297	274	864	92 %	317 %
Espenhain	-	-	148	233	219	415	94 %	189 %
Regis** mit Breitingen	-	-	262	1 438	1 724	2 511	120 %	146 %
Ramsdorf	-	-	299	495	504	1 005	102 %	199 %
Deutzen, Bau ab 1910	-	-	39	334	359	365	107 %	102 %
Altengroitzsch bis 1890	-	98	-	-	-	133	-	-
Lobstädt	-	49	402	734	897	1 672	122 %	186 %
Breunsdorf	-	-	330	432	411	566	95 %	138 %

Quelle: zusammengestellt

aus

Z.kg.Sächs.Stat.A

1905

* ohne Fremdarbeiter der Abraumfirmen (717 Arbeiter), ** für die Städte 1871 bis 1890

Erst der über einen längeren Zeitraum kontinuierlich betriebene Abbau der größeren Werke zwischen Borna, Neukirchen, Regis, Ramsdorf und Großzössen ermöglichte es den Arbeitern an den Orten sesshaft zu werden und einen Teil der Bevölkerung zu bilden.⁸¹ In der wachsenden Bevölkerungszahl nach 1900 zeigen sich nunmehr deutlich die räumlichen Schwerpunkte des Kohlenabbaus und der Brikettierung im engeren Bornaer Raum (Tabelle 12 und 14). Der anhaltende Einwohnerzuwachs in den vom Kohlenabbau etwas entfernter liegenden Gemeinden Zöpen, Pürsten und Kahnsdorf (das spätere Neukieritzsch) lässt sich damit erklären, dass die ab ca. 1850 bestehende regionale Strecke Leipzig-Kieritzsch-Borna im Jahr 1872 an das überregionale Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, was wiederum dazu geführt hat, dass sich dieselben als Wohnstandorte für die Industriearbeiter anboten.

In den aufgeführten Orten war es damit *erstmalig bis zur Verdreifachung einer mitunter über Jahrzehnte hin konstant gebliebenen Einwohnerzahl* gekommen (siehe Tabelle 14). Die Inbetriebnahme von Brikettfabriken und Tagebauen bewirkte regelmäßig ein Ansteigen des Anteils der männlichen Bevölkerung (vgl. auch Abschnitt 4.2.), wobei das Ausmaß der prozentualen Verschiebung zugunsten der männlichen Einwohner etwas aussagt über den personellen Aufbau der Betriebe (siehe Tabelle 13).

Die anfangs nur in geringer Zahl anwesenden *männlichen Arbeiter der Gruben und Nasspressen*, wohnten häufig nicht völlig separiert, wurden aber vom Rest der Bevölkerung dominiert (mussten sich

⁸¹ Ebenso wie in den Arbeiterghettos der Städte war das Leben in den schnell wachsenden dörflichen Braunkohlenbergbauzentren weder als kulturell hoch noch in ästhetischer Hinsicht als befriedigend anzusehen (vgl. Hainisch 1924, 34).

also unterordnen) und eine Integration wurde, wenn angestrebt, z.B. über eine Einheiratung in eine angesessene Bauernfamilie möglich (vgl. Abschnitt 1.2.2).

Einem großen Teil der *männlichen Arbeiter aus den großen Fabriken war die Teilnahme am kulturellen Leben dagegen nur noch eingeschränkt möglich*. Stärker noch als die *Ablehnung durch die einheimische Bevölkerung verhinderte die zunehmend separate Unterbringung in Arbeiterhäusern*⁸² deren Integration in die vorhandene Gemeinschaft.

In der Stadt Borna lag der Anteil der ledigen Männer an den männlichen Personen im Jahre 1900 bei etwa 65 % (2.934 Personen) und damit sechs Prozent über demjenigen in der gesamten Amthauptmannschaft und acht Prozent über demselben Wert für die Städte Groitzsch und Pegau. Selbst in der Stadt Leipzig gab es mit ca. 61,5 % weniger Ledige unter der männlichen Bevölkerung (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 164f.).

Tabelle 13: Bevölkerungszunahme, Anteil der männlichen Bevölkerung in ausgewählten Arbeiterwohnstandorten in %

	Zunahme in %	männliche Bevölkerung in %			Zunahme in %	männliche Bevölkerung in %	
	1890-1910	1905	1910		1890-1910	1905	1910
Ramsdorf	111,0	55,8	52,7	Kieritzsch	11,0	50,0	52,4
Espenhain	93,0	53,8	52,3	Ahm. Borna	12,0	49,6	-
Borna	23,0	53,2	54,6	Großzossen	215,0	48,1	64,7
Gnandorf	125,0	52,5	56,4	Kahnsdorf	68,0	48,0	50,9
Regis	46,5,0	50,2	52,9	Blumroda	65,0	47,5	49,0
Pürsten	58,0	52,1	51,3	Eula	50,0	47,3	48,6
Lobstädt	86,0	51,5	61,4	Deutzen	0,0	47,2	47,9
Breunsdorf	30,0	51,5	51,2	Böhlen	14,0	46,5	50,4
Neukirchen	75,0	50,5	48,6	Witznitz	50,0	44,0	50,7

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1926 und 1927, 50ff., Z.kg.Sächs.Stat.A 1906/II, 268ff., für 1900 siehe Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 164f.

Meistens strebten diese Arbeiter nun eine Integration in das vorhandene soziale Gefüge über eine Einheiratung etc. gar nicht mehr an, sondern holten ihre Familien bzw. Frauen nach und schufen so ein zweites eigenes soziales Gefüge (vgl. Hainisch 1924, 53). Unter dem Einfluss der steigenden Zahl zuwandernder junger, männlicher Arbeiter bzw. Arbeiterfamilien veränderte sich das soziale Leben in den Zuzugsgemeinden.

Die Ausweitung der Produktion in den Braunkohlenbetrieben zog beständig mehr Arbeiter aus den gewerblich strukturierten Regionen an (siehe Tabelle 14). Deren Stellung innerhalb der dörflichen oder kleinstädtischen Gemeinschaft änderte sich derart, dass aus den Zugewanderten bald eine dominante soziale Gruppe wurde. Der spürbaren Ablehnung des Braunkohlenbergbaus durch einen beachtlichen Teil der ansässigen Landbewohner und der geringen Integration des Kohlenarbeiters in die bestehende soziale Gemeinschaft traten dieselben mit der *Bildung eigener örtlicher Vereine* entgegen.⁸³ Diese Vereine etablierten sich neben den bäuerlichen, knüpften stark an den beruflichen Besonderheiten an und waren, ähnlich wie die Bergarbeitervereine des Mittelalters, auf gemeinsame Freizeitaktivitäten der

⁸² 1908 wurden 15 Arbeiterhäuser mit 49 Wohnungen in Neukirchen gebaut, in Thräna wurden ab 1907 Arbeiterwohnhäuser errichtet (vgl. Pro Leipzig 1994, 167).

⁸³ Im Jahre 1909 wurde u.a. der Bergmannsverein in Neukirchen gegründet, einige Jahre später jener in Deutzen.

Kohlenarbeiterschaft orientiert, um damit deren stärkere Bindung an die Region zu erzielen.

Tabelle 14: Anteil der Kohlenarbeiter an der Bevölkerung ausgewählter Orte

	Arbeiter im Durchschnitt 1903- 1907	Einwohner 1908	Anteil der Arbeiter an den Einwohnern, in %
Borna* (Gnandorf)	250	8.422	3,0
Breunsdorf *	30	504	6,0
Blumroda*, Hartmannsdorf	68	627	10,8
Espenhain*, Eula, Mölbis, Rötha	110	4.053	2,7
Kahnsdorf	46	477	9,6
Kieritzsch	50	400	12,5
Lobstädt*	100	1.148	8,7
Klein- und Großzössen*	28	566	4,9
Neukirchen-Wyhra*	80	1.209	6,6
Ramsdorf* und Umgebung	185	826	22,4
Regis*-Breitingen	145	2.367	6,1
Thräna* und Umgebung	192	392	23,5
Witznitz*	20	297	6,7
Zedlitz*	50	719	7,0

Quelle: Fischer

1910,

116

*an diesen Orten befanden sich Gruben, Tagebaue oder Fabriken

Weitere soziale Merkmale nahmen im Verlaufe der Herausbildung der Kohlenindustrie in der Region andere Ausprägungen an. So lag die *eheliche Fruchtbarkeitsziffer* schon in den 1890er Jahren über derjenigen aller anderen ländlichen Kreise Sachsens und näherte sich dem Wert der industriereichen Bezirke an.⁸⁴ Der Zuzug von jüngeren unverheirateten, erwerbsfähigen Männern, die sächsischen waren zu 65% zwischen 21 und 40 Jahren und auch die nichtsächsischen Arbeiter waren fast durchweg jüngere Leute und unverheiratet⁸⁵, hatte zum *Anstieg der Eheschließungen und infolgedessen der Geburten* geführt. Aber auch die *Anzahl der unehelich geborenen Kinder nahm zu*, was ebenfalls untypisch für ländliche Regionen war. Die Amtshauptmannschaft Borna belegte hinsichtlich der Anzahl unehelich geborener Kinder sowohl zwischen 1886 und 1890 als auch 1891 und 1895 den 5. Platz hinter den vier alten Bergbaurevieren (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B 1898, 107f.). Eine Gemeinde mit einer selbst für Sachsen sehr hohen Geburtenrate war der Ort Regis, wo der Geburtenüberschuss bei 44,3 Geburten auf 1.000 EW lag. Die Kleinstadt gehörte damit zwischen 1900 und 1905 zu den wenigen Gemeinden mit einem so hohen Überschuss (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1905.II, 116, 130 und 148).

Borna war in diesen Jahren zudem derjenige Bezirk geworden, welcher in Sachsen die höchste Krebssterbeziffer hatte, was als ein Hinweis auf den gleichzeitig stattfindenden Zuzug einiger älterer Bergarbeiter, die aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht mehr unter Tage arbeiten konnten, interpretiert werden kann (vgl. Z.kg.Sächs.Stat. A 1905, II).

⁸⁴ Zum Beispiel betrugen die Geburtenüberschüsse in der Ahm. Borna 1904 12,5 und zwischen 1909-1911 12,6. Das ist im Vergleich zum Kreis Leipzig mit 11,2 und zum Kgr. Sachsen mit 11,4 deutlich mehr; im Vergleich zum Industriegebiet Zwickau mit 14,0 aber weniger (vgl. Stat. JB Kgr. Sachsen 1913, 50).

⁸⁵ Im Jahr 1890 lag das durchschnittliche Alter der männlichen Arbeiter in der Braunkohle bei 25 Jahren, die Frauen waren zwischen 18 und 20 Jahren (vgl. Fischer 1910, 79f.).

4.6.2 Borna ist immer noch "Zwibbel-Borne" – dennoch hat der Wandel schon begonnen

Was die gewerbliche Entwicklung der Region und ihrer Gemeinden betrifft, so wurde die Stadt Borna noch nach der Jahrhundertwende als ein Ort des Gemüseanbaus in Groß- und Feldgärtnereien sowie des Handwerks beschrieben, wo die größeren Betriebe zugleich noch eine Vielzahl von Gewerben vertraten. Färberei, Druckerei und Gerberei, Sägewerk, Mühlen und eine Brauerei waren ebenso vorhanden wie der Harmoniumbau oder Maschinen-, Ziegel- und Stuhlfabriken, Tuchmacherei und Bekleidungsgewerbe (vgl. Gebauer 1893, 597; Eckert und Pflug 1893, Einleitung; Z.kg.Sächs.Stat.A 1902, 35ff.).

Tabelle 15: Betriebe und deren Beschäftigte in ausgewählten Gewerben der Amthauptmannschaft Borna, (a= Hauptbetriebe, b= hauptberuflich Beschäftigte im Durchschnitt des Jahres)

Wirtschaftszweige	14.6.1895		12.6.1907		Zunahme in %
	a	b	a	b	
Kunst-/Handelsgärtnerei	70	254	93	243	95,6
Bergbau, Hütten, Torf	25	616	33	2.258	366,5
Industrie der Steine u. Erden	122	1.083	112	1.822	168,3
Metallverarbeitung	294	727	314	1.148	158,0
Maschinen, Instrumente, Apparate	156	428	155	547	127,8
Chemische Industrie	13	53	17	72	135,8
Ind. der forstw. Nebenprodukte	6	36			
Textilindustrie	161	548	119	888	162,0
Papierindustrie / Zellstoff	27	93	28	154	165,6
Lederindustrie / Linoleum	114	271	111	314	115,8
Industrie d. Holz-/ Schnitzstoffe	313	583	256	614	105,3
Industrie d. Nahrung/Genussmittel	601	1.553	684	1.684	108,4
Bekleidung/Reinigung	2.303	4.532	2.129	4.807	106,1
Baugewerbe	313	1.837	310	2.459	133,8
Polygraphisches Gewerbe	15	92	17	173	251,4
Handelsgewerbe	1.124	1.599	1.402	2.198	137,4
Verkehrsgewerbe	144	179	133	229	127,9
Beherbergung/Erquickung	392	935	489	10.23	109,4
Gewerbe ohne Bergbau	6.183	14.821	6428	18.633	125,7
Gesamt	6.208	15.437	6.461	20.891	135,3

Quellen: Stat. DR NF Bd. 118, 143f.; Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 90f.; Stat. DR NF Bd. 219; Z.kg.Sächs.Stat.A 1915, 171; 1895 gewerbliche Betriebszählung; 1907 Arbeitsstättenzählung.

Auf eine im sächsischen Vergleich eher verspätete gewerblich-industrielle Entwicklung der Stadt Borna zwischen 1849 und 1890 deutet deren verzögertes städtisches Wachstum hin, denn nach ihrer Größe betrachtet fiel sie vom 31. auf den 38. Rang ab (vgl. Zühlke 1981, 134). Innerhalb der Gewerbestruktur der Städte spielten Bergwerke oder bergmännische Betriebe keine Rolle (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1902, 55). Auch im Städtchen Regis, wo in der Nähe bei Blumroda 1871 das erste größere Braunkohlenunternehmen "Glück-Auf-Schacht" als Aktiengesellschaft in Betrieb gegangen war, überragte bis zum Ausgang des letzten Jahrhunderts der Ackerbau und die Viehzucht.⁸⁶ Selbst der Handwerksbetrieb war in Regis noch ziemlich unbedeutend (vgl. Gebauer 1893, 597; Eckert und Pflug

⁸⁶ Regis hatte 1895 genau 69 Beschäftigte in der Kohle und ca. 900 Einwohner. 1900 waren 103 in der Landwirtschaft und 161 in der Industrie, die meisten in der Nahrungsmittelindustrie wie der Gurkenverarbeitung beschäftigt.

1893, Einleitung; Z.kg.Sächs.Stat.A 1902, 35ff.). Der Wirkungs- und Absatzbereich der Braunkohlenunternehmen der Städte beschränkte sich auf die Amtshauptmannschaft selber und die nähere Umgebung.

Diese Strukturen prägten nicht nur die Städte als Landstädte, sondern auch die Amtshauptmannschaft insgesamt als Region des Handwerks und der Landwirtschaft (vgl. Bohl 1987, 18f.; Gebauer 1893, 596ff.; Buschnik, Ulbricht 1906, 76), denn die sozialökonomische Struktur wurde eindeutig von der Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe, zu dem bis etwa 1885/1890 allerdings auch der Bergbau noch in weiten Teilen zugerechnet werden konnte, bestimmt (siehe Tabellen 5 bis 8). Wichtige gewerbliche Berufszweige waren die Schuhmacherei (nach dem Umfang der Beschäftigten mit 2.143 Personen an sechster Stelle innerhalb Deutschlands !), Ziegelei, Weberei, Getreidemüllerei, Tabakherstellung und Brauerei (vgl. Stat. DR NF Bd. 2, 543ff.).

Im Jahre 1882 entfielen in der Amtshauptmannschaft Borna von 1.000 Erwerbstätigen 379 auf die Landwirtschaft, womit diese einen Spitzenplatz innerhalb Sachsens belegte. Im Vergleich dazu waren nur 16 von 1.000 Erwerbstätigen im Bergbau zu finden (vgl. Stat. DR NF Bd. 2, 522f.).

Und um die Jahrhundertwende gehörten im Verwaltungsbezirk Borna immer noch fast zwei Fünftel der Erwerbspersonen der Landwirtschaft an (1895). Während sich der Anteil der in der Landwirtschaft und den ihr verwandten Zweigen beschäftigten Bevölkerung in Sachsen zwischen Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts relativ betrachtet halbiert hatte (1849: 17,7 %; 1882: 9,7 %), blieb dieser Anteil in Borna bis um die Jahrhundertwende in etwa konstant. Die absolute Anzahl hatte vorübergehend sogar leicht zugenommen. Dagegen entfielen noch 1895 nur etwa 1,8 % der sächsischen Arbeiter der Montanindustrie auf die Amtshauptmannschaft Borna (auf Zwickau 63,2 %, auf Dresden 30,5 %, vgl. Z.kg.Sächs.Stat.B. 1898, 221).

Die Mittel- und Großbauern arbeiteten im allgemeinen noch ausschließlich als Bauern, die Landarbeiter oder Kleinbauern jedoch zunehmend zugleich landwirtschaftlich und gewerblich. Diese Verbindung der Landwirtschaft, und dort besonders der kleinen Betriebe, mit anderen Berufen hatte der Zählung vom 5. Juni 1882 zufolge in der Region stark zugenommen (vgl. Stat. DR NF Bd. 5, 1885).

Tabelle 16: Beschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen

	Gesamt	Land- / Forstw.	Gewerbe / Handwerk		Handel / Verkehr	ohne Beruf
				<i>dar. Bergbau</i>		
1882	30.314	12 150	11.298	423 *	1.941	402**
<i>in %</i>		40 %	37 %	1,4 %	6,5 %	
1895	34.049	12 973	12.613	572 *	2.791	3.233
<i>in %</i>		38 %	38 %	2 %	8 %	
1907*	38.216	11 763	16.813	2.273	2.728	4.593
<i>in %</i>		31 %	44 %	6 %	7 %	

Quellen: Stat. DR NF Bd. 2 (1884), Bd. 109 (1897) 532f., Bd. 118 (1898) 143f., Bd. 219 (1909) 199f., Bd. 209 (1910) 590ff., Bd. 207, 590f.; Stat. JB Kgr. Sachsen 1910, 14f.

* mit Angehörigen: 1882: 813, 1895: 1 472; ** wechselnde Arbeit

Obwohl in den meisten Dörfern und Landstädten noch der Bauer das Ortsbild bestimmte und die städtischen Siedlungen vorwiegend kleingewerblich strukturiert waren (vgl. Buschnik, Ulbricht 1906, 76f.), begann sich seit den 1890er Jahren das berufliche Gefüge einzelner Ortschaften unter dem Einfluss des Bergbaus zu verändern.

Der Braunkohlenabbau hatte, ohne die Struktur und die Funktion des Gebietes insgesamt zu verändern⁸⁷, um die Stadt Borna herum, bei Raupenhain und Neukirchen, Dittmannsdorf, Witznitz, Blumroda und Lobstädt, schon eine wachsende Bedeutung erlangt (siehe Tabelle 12). Die wirtschaftlichen Entwicklungen beeinträchtigten bereits mehr oder weniger den agrarischen Charakter dieser und anderer Ortschaften, denn fast jedes Dorf übernahm nun in bestimmtem Maße schon Wohnfunktionen für die Arbeitskräfte der umliegenden Industrieorte (siehe Tabelle 14; vgl. Bräutigam 1996, o.A.). Mit dem Vorantreiben des Bergbaus deutet sich die Verstädterung bereits in einigen Wohnstandorten an (vgl. Scholz 1921/22, 370f.). Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1900 setzte die Umwandlung von einst bäuerlichen Ortschaften im Kerngebiet des Bergbaus zu Arbeiterwohnstandorten in Gang, indem Bauernhöfe zu Arbeiterunterkünften umgebaut wurden und die ersten neuen Wohnsiedlungen entstanden (vgl. Sinkwitz 1935, 63ff.).

Im Jahre 1905 wurden in der Stadt Borna 8.879 Einwohner gezählt, gleichzeitig gab das Statistische Landesamt die Zahl der ortsanwesenden Personen mit 10.198 an, immerhin eine Differenz von 1.319 Personen. Die Erklärung erscheint plausibel, dass diese Differenz ihre Ursache in der großen Anzahl an Saisonkräften in den Kohlenwerken rund um die Stadt hatte.

Bekannt ist zumindest, dass mit der steigenden Anzahl und Größe der Kohlenwerke um Borna die Belegschaften schneller wuchsen als der Wohnungsbau reagieren konnte, so dass in der Stadt schon vor 1914 ein akuter Wohnungsmangel bestand. Um diese Situation zu verbessern und zugleich ihrer "sozialen Pflicht" zu genügen, begannen die Werke für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnstätten zu errichten, die der Stadt vor allem im Westen und Norden ein völlig anderes Gepräge gaben (vgl. Wenck 1921, 96). Bei den Witznitzer Kohlenwerken wurden z.B. zwei Arbeiterhäuser für 160 Mann nebst dazwischen liegenden Wirtschaftsgebäuden eingerichtet und mit dem Bau von 4 Beamtenwohnhäusern und 12 Arbeiterwohnhäusern für jeweils vier Personen begonnen (vgl. JB BHW 1912, B155f.).

Die vorliegenden Daten aus den gewerblichen Zählungen machen den Rückgang von Bekleidungsgewerbe, Nahrungsmittelgewerbe und Holzindustrie in der Stadt Borna zugunsten anderer, dem Bergbau näher stehender Gewerbe wie dem Maschinenbau und der Elektrizitätsindustrie oder auch der Bauindustrie deutlich (vgl. Stat. DR NF Bd. 415.4a, 46; Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 58f.; siehe Tabelle 17).

Trotz aller Bemühungen des städtischen Rates war die aufgrund des Kohlenreichtums erwartete stärkere Ausbreitung neuer Industrien nicht eingetreten. Zugleich verschwanden einige der früher bodenständigen handwerklichen Gewerbe, wie die Weberei, oder waren rückläufig, wie die Handschuhfabrikation als Hausindustrie (vgl. Wenck 1921, 96f.).

⁸⁷ Im Gegensatz zu den sächsischen Bergbaugemeinden, die i.d.R. über mehr als 10.000 EW verfügten, überschritt noch zur Jahrhundertwende keine Stadt oder Gemeinde der Amtshauptmannschaft Borna diese Grenze (vgl. Stat. JB Kgr. Sachsen 1906, 6 und 22).

Tabelle 17: Entwicklung ausgewählter Gewerbe und ihres Personals in der Stadt Borna (a= Betriebe, ohne die der Bergaufsicht unterstellten Betrieb, b= Gesamtbeschäftigte)

	1895		Rang	1912		Rang
Wirtschaftszweige	a	b		a	b	
Bekleidung	281	390	1.	97	183	2.
Baugewerbe	197	278	2.	50	316	1.
Ind. d. Nahrungs-/Genussmittel	65	203	3.	47	167	5.
Ind. der Steine u. Erden	8	142	4.	5	102	9.
Ind. d. Holz-/ Schnitzstoffe	38	141	5.	28	136	7.
Masch., Instrumente, Apparate	19	113	6.	10	175	4.
Textilindustrie	19	90	7.	8	177	3.
Metallverarbeitung	29	84	8.	23	72	10.
Papierindustrie	6	20	9.	7	122	8.
Gas, Wasser, Elektrizität	-	-		3	159	6.
Gesamt	828	2.167		644	2.898	

Quelle: Z.kg.Sächs.Stat.B 1902, 58f.; Stat. DR NF Bd. 415.4a, 46

Auch in einigen Dörfern war mit dem um sich greifenden Braunkohlenbergbau und der Zunahme der Zahl der Bergarbeiter eine Veränderung in der beruflichen Struktur der Bevölkerung eingetreten.

Der kleine Ort Deutzen war "bis zum Jahre 1910, wo die Aktionäre der Niederlausitzer Kohlenwerke Berlin den Kauf der Kraft Bergbau AG in Leipzig und den Bau einer modernen Brikettfabrik beschlossen", ein Bauerndorf mit etwa 360 Einwohnern, die zudem größtenteils in der Landwirtschaft tätig waren, so dass schon der Arbeitskräftebedarf beim Aufbau der Fabrik nicht am Ort gedeckt werden konnte. Da in der unmittelbaren Umgebung im Verlaufe der zurückliegenden Jahre mehrere Fabriken errichtet worden waren, die ebenfalls eine große Anzahl an Arbeitern benötigten, mussten aus allen Landesteilen Arbeiter und Angestellte angeworben und angesiedelt werden.⁸⁸ Besonders aus Bayern, welches aufgrund der fehlenden Industrie zu den ärmsten Ländern Deutschlands zählte, aber auch aus Polen und Ungarn kamen Arbeiter, und schon bald waren im Ort fremde Sprachen und Dialekte zu hören. Der Bevölkerungsanteil der Bayern lag in Deutzen bald bei fast 25 % (vgl. Bräutigam 1996, o.A.). Nach der Inbetriebnahme der Fabrik 2 zog es noch mehr Arbeit suchende Menschen nach Deutzen, so dass eine akute Wohnungsnot entstand. In vielen Wohnungen lebten zwei Familien, andere mussten in den eiligst errichteten Baracken hausen. So entschloss man sich, für die Arbeiter des neuen Werkes Siedlungen entlang der Bahn in Richtung Regis zu bauen. Diese verwandelten Deutzen nun endgültig in einen Industrieort (vgl. Bräutigam 1996, o.A.).

Wie in Deutzen kam es auch in anderen Ortschaften innerhalb nur weniger Jahre zu erheblichen Veränderungen der Bevölkerungs- und gewerblichen Strukturen sowie der Siedlungsstruktur.

4.7 Ein neuer Zweig des Bergbaus etablierte sich und formte die Fabrikarbeiterschaft

Die allmähliche Entfaltung des Bornaer Braunkohlenabbaus dauerte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts an, und war eng an die zunehmenden Möglichkeiten der energetischen Braunkohlenverwertung gekoppelt (vgl. Abschnitt 4.1. und 4.2.). Auch ein Bergbau im klassischen Sinne, also der Untertagebau mit

⁸⁸ Geburtsorte der hauptamtlich im sächsischen Bergbau beschäftigten Personen Stand 1907: 9.477 Personen in der Zählgemeinde, 14.076 Personen in anderen sächsischen Gemeinden, 2.107 Personen im Deutschen Reich, 1.258 Personen im Ausland (vgl. Z.kg.Sächs.Stat.A 1909, 98).

bergmännischem Personal, wurde in diesem Zeitraum vorübergehend betrieben. Davor war nur oberflächlich geschürft worden, danach wurde zunehmend industriell, im Tagebaubetrieb mit vorwiegend ungelernten Arbeitern abgebaut (vgl. Fischer 1910, 39). Im Eindringen fremden Kapitals, in der Betriebskonzentration und der Orientierung auf die personalintensive mechanisierte Kohlenverarbeitung deutete sich der spätere Industrialisierungstyp bereits an (vgl. Abschnitt 4.2 und 4.3).

Seit etwa 1900 kamen zunehmend Landarbeiter in den Bergbau, aber auch Handwerksgesellen wechselten in die neu entstehenden Brikettfabriken (vgl. Abschnitt 4.5.2). Da sich die Braunkohlenindustrie als neuer Zweig des Bergbaus mit allen damit verbundenen Privilegien zu etablieren begann, fand er auch unter der Gruppe der Bergarbeiter einigen Zuspruch. Legt man die Wanderungst Statistik zugrunde, dann war der Umfang zuwandernder Bergarbeiter in dieser Periode dennoch nur gering, was sich mit der über einen langen Zeitraum bestehenden geringen Attraktivität dieses Wirtschaftszweiges begründen läßt. Dennoch stellte gerade die Arbeitskultur dieser Arbeitergruppe schon bald eine wichtige Komponente des sozialen Leben in einzelnen Gebieten der Region dar (vgl. Abschnitt 4.5.1 und 4.6).

Während sich die gezielten Anwerbungen in den ersten 20 Jahren der gewerblichen Entwicklung, wo verstärkt zum Tiefbau übergegangen worden war, auf Bergleute oder zumindest angelernte Bergarbeiter konzentriert hatte, waren diese bergbaulichen Fachkräfte mit dem Übergang zum Tagebau um die Jahrhundertwende dann weitestgehend entbehrlich geworden, da der eigentliche Abbau durch Maschinen erfolgte und die "teure" bergmännische Arbeit nur beim Entwässern (Schachten) notwendig wurde (vgl. Abschnitt 4.4). Um den weiteren Ausbau der Brikettproduktion nicht zu gefährden, konnte bei der Heranziehung von Arbeitern aus anderen Gebieten des Reiches und aus dem Ausland kaum eine Auswahl nach qualitativen Gesichtspunkten getroffen werden (vgl. Abschnitt 4.4 und 4.5). Der Umfang an ungelernten Arbeitern nahm schnell zu und war in mehreren der sich neu herausgebildeten „Gewerbeclassen“ derart angestiegen, dass in der Volkszählung von 1895 auf das Bestehen besonderer Klassen von Hilfspersonal, wie die Maschinisten und Heizer in den neuen Industrien gesondert eingegangen wurde⁸⁹ (vgl. Stat. DR NF Bd.109, Vorwort sowie Bd. 408, 18ff. und 174ff.).

Der neue Arbeiter stammte seiner sozialen Herkunft nach hauptsächlich aus den einfachen bäuerlichen Schichten und aus den unterschiedlichen gewerblichen Bereichen der alten Bergbauregionen.

Die arbeitsbezogene Mobilität der Erwerbsbevölkerung bewirkte zunächst nur örtlich begrenzte Veränderungen wie Bevölkerungsballungen oder die Zurückdrängung von Landwirtschaft und Kleingewerbe, beeinflusst wurde das Siedlungsbild ebenso wie das soziale Gefüge einzelner Teilräume (vgl. Abschnitt 4.6.2). Die Strukturen näherten sich dort jenen in den sächsischen Bergbauregionen an: viele kleinere (Häusler)Städte, weniger Dörfer, ein steigender Anteil an gewerblich Beschäftigten und ein hoher Anteil an bäuerlichen Nebenerwerbswirtschaften.

Im Jahr 1910 gelangte Fischer in seinen Schlussbetrachtungen zur Feststellung, dass der „Bornaer Kohlenbergbau ... als Kind des 19. Jahrhunderts betrachtet werden“ (Fischer 1910, 136) kann, dessen Entwicklung in der Mitte des Jahrhunderts begann und mit der industriellen Verwertung einen lebhaften Fortgang nahm. Gleichzeitig gelangte er aufgrund des zur damaligen Zeit als rasant erscheinenden regionalen Aufstiegs zu der Ansicht, „dass ein weiterer Aufschwung in dieser Industrie, ähnlich dem in

⁸⁹ Dennoch wurden in den Zählungen vor 1925 die verschiedensten Berufsgruppen einfach unter dem Begriff "Bergmann" angegeben, weil das Nebeneinander von Tätigkeiten die Abgrenzung des Bergarbeiterberufes erschwerte, so dass sich die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse im Braunkohlenbergbau bis 1925 nicht exakt wiedergeben lässt (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 106ff.). Unter dem Beruf des Bergarbeiters waren Tätigkeiten zusammengefasst worden wie Abbau, Vorbereitung und Sicherung der bergmännischen Arbeiten unter Tage, alle Arbeiten über Tage, die Wartung der Maschinen (Fördermaschinen, Pumpen u.a.) und auch die *Tätigkeiten der ungelernten Arbeiter*, die vor allem in den weiterverarbeitenden Betrieben zu finden waren.

den letzten Dezennien stattgefundenen, im 20. Jahrhundert wohl kaum mehr zu erwarten sein wird“ (Fischer 1910, 136f.).

Das Zeitalter des Hochkapitalismus erlebte allerdings weitere technische Revolutionen, die weitaus tiefgreifendere Umwälzungen zur Folge hatten. Die Zeit der stärksten Zusammenballungen stand noch bevor, wobei vor allem politische Eingriffe zur Begünstigung einiger Standorte führten, was die Konzentration von Kapital und Arbeit sowie die Vertrustung der Industrie in einem Ausmaß fortsetzten, welches bis dahin nur in Amerika für möglich gehalten wurde.

Für die Stadt Leipzig war bis dahin die Lage in einer ausgesprochen agrarischen Landschaft charakteristisch, dies änderte sich in den folgenden zwanzig Jahren. Im Süden der Stadt entstand eine neue Industrielandschaft, die „man als gänzlich unsächsisch, weil nicht historisch geworden, weil großindustriellen Aufbaus, bezeichnen kann: die Landschaft der Braunkohle. Alte Bauerndörfer werden zu Industriesiedlungen umgeformt, neue Industriedörfer entstehen. Mit dem Dialekt, der hier zu Haus ist, mischt sich der des Gebirges.“ ... „Und doch spürt man aus all den Anlagen die geringe Verflochtenheit dieser industriellen Invasion mit der Landschaft, was eben noch aufblüht, es wird für dieses Land nur eine Episode sein“ (Röllig 1930, 40f.).

5 Die Bedeutung zentraler Entscheidungen für den weiteren Verlauf der Industrialisierung und der Übergang vom Fabrikarbeiter zum Industriearbeiter in der Großproduktion

Für das Verständnis des Industrialisierungsverlaufs nach 1915 ist es unerlässlich, zunächst auf die Herausbildung der Braunkohlenwirtschaft, insbesondere der Elektroenergiewirtschaft im gesamten Reich und im mitteldeutschen Raum einzugehen, weil äußere Einflüsse in zunehmendem Maße die regionale Entwicklung bestimmten. Die wirtschaftliche Wende in der Region zeichnete sich zwar mit der Brikettierung bereits zwischen 1890 und 1910 ab, wurde jedoch während und insbesondere nach dem ersten Weltkrieg enorm beschleunigt. Dazu trugen gleichermaßen die Gebietsverluste nach 1918, die Mechanisierung der Produktion in den 1920er Jahren und die Übernahme der regionalen Wirtschaft durch fremdes Kapital im Zusammenhang mit Monopolbildungen und Verstaatlichung bei.

Die weitere Entwicklung konstituierte sich aus den Wechselbeziehungen zwischen den Verwertungsinteressen einzelner Monopole (z.B. Siemens, AEG, DEA), dem Akkumulationsprozess des Gesamtkapitals (Sachsen, Deutsches Reich) und dem politischen System (Weimarer Republik und Sozialisierung der Wirtschaft).

Dieses Kapitel konzentriert sich deshalb auf die Beschreibung und Erläuterung der Phase der vollen Integration der Region in den kapitalistischen Verwertungsprozess zwischen den beiden Weltkriegen. Das nordwestsächsische Revier ist nun im wesentlichen identisch mit dem Bornaer Revier, denn fast alle anderen Abbaustätten stellten ihren Betrieb bis zum Ende der Periode ein, und dies fand seinen Ausdruck auch in einer Neudefinition des Reviers.⁹⁰ Den enormen Bedeutungszugewinn des Abbaus um Borna verdeutlichen die im Zeitraum vorgenommenen organisatorisch-strukturellen Veränderungen. So trat z.B. der Verband der sächsischen Mitglieder des Deutschen-Braunkohlen-Industrie-Vereins (im weiteren D.B.I.V.) um 1919/1920 geschlossen in den Bergbaulichen Verein Borna über (vgl. D.B.I.V. 1935, 19). Noch in den Kriegsjahren hatte die Deutsche Erdöl Aktiengesellschaft (DEA) in der Stadt Borna eine

⁹⁰ Pietzsch unterteilte 1925 *das mitteldeutsche Braunkohlengebiet* in den Braunschweig-Magdeburger und den Thüringisch-Sächsischen Braunkohlenbezirk, der sich wiederum in sieben mehr oder weniger geschlossene Braunkohlenreviere gliederte: das Cöthener, Hallesche, Geiseltal, Zeitz-Weißenfelser, Meuselwitz-Altenburger, das Bitterfelder und das *Nordwestsächsische Revier* (Pietzsch 1925, 226-343). Hülsemann übernahm 1930 diese Gliederung, aber an die Stelle des Nordwestsächsischen trat nun das *Bornaer Revier* (vgl. Hülsemann 1930, 77-112), weil nur noch dort abgebaut wurde.

Oberbergdirektion für ihre Werke im sächsischen Raum eingerichtet.

5.1 Organisation und Bedeutung des Braunkohlenabbaus im Deutschen Reich und in Mitteldeutschland

Während der Steinkohlenbergbau bereits im 18. Jahrhundert zu einer machtvollen Industriegruppe Deutschlands geworden war, führte der Braunkohlenbergbau landesweit “bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts noch ein verborgenes Dasein” (D.B.I.V. 1935, 2). Anders als die geschlossenen Reviere des Steinkohlenbergbaus war er zudem über das gesamte Reichsgebiet verstreut, so dass sich die einzelnen Reviere zunächst relativ unabhängig voneinander entwickelten. Im Gegensatz zum damals überwiegend schon großindustriell organisierten Steinkohlenbergbau stellte sich der Braunkohlenbergbau immer noch als ausgesprochene Kleinindustrie dar (vgl. D.B.I.V. 1935, 5f.; Stat. DR NF Bd. 418, 156ff.). Die bis ins 20. Jahrhundert hinein bestehende Gültigkeit des Grundeigentümerrechtes an den Braunkohlen verfestigte die regionale Zersplitterung des Kohlenabbaus in den Händen vieler kleiner Grundeigentümer (vgl. Abschnitt 3.1, 4.1 und 4.3). Auch die geringe wirtschaftliche Bedeutung und die lange Zeit nicht zu überwindende Abneigung der Landbevölkerung gegen den Braunkohlenabbau ließen keine umfangreichere Förderung zu (vgl. Beadeker 1928, XI).

5.1.1 Wirtschafts- und machtpolitische Ursachen der Monopolisierung in der Braunkohlenindustrie

Um einige Jahrzehnte später als im Steinkohlenbergbau erforderten die wirtschaftlichen Entwicklungen auch *im Braunkohlenbergbau, vom Direktionsprinzip abzugehen und den Grundsatz der Bergbaufreiheit tatsächlich einzuführen*. In den verschiedenen deutschen Braunkohlenrevieren setzte *eine Entwicklung mit z.T. amerikanisch anmutenden schnellen Fortschritten* ein (vgl. D.B.I.V. 1935, 2; Eichhorn 1928, 11ff.; Z.kg.Sächs.Stat.A 1916/1917, 30ff.).

Besonders rasch konnten sich die zu Preußen gehörenden, rheinischen Braunkohlenreviere entwickeln, weil auf der Grundlage der Steinkohlenindustrie bereits 1858 eine einheitlich organisierte kapitalstarke Industrievereinigung, der Essener Bergbauliche (Steinkohlen-)Verein⁹¹ entstanden war, welche frühzeitig die Interessen des gesamten rheinischen Braunkohlenbergbaus wahrnahm und deren Aufbau beschleunigte.

Mit dem Zusammenschluss der rheinisch-westfälischen schwerindustriellen Unternehmen zum Interessenverband “Centralverband deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit” nach der Gründerkrise 1876 war die rheinische Wirtschaft zur Kartellbildung, d.h. zum Zusammenschluss von Unternehmen des gleichen Geschäftszweiges, übergegangen, um durch Preis- und Produktionsabsprachen die Konkurrenz auszuschalten oder zumindest zu beschränken, also eine Art Monopol zu errichten. Damit wurden wirtschaftliche Gebilde geschaffen, “die den Zustand der Gewerbefreiheit mehr oder weniger wieder beseitigten und an seiner Stelle Zustände schafften, die den im alten Zunftwesen herrschenden in mancher Beziehung ähnlich sind” (Kiesewetter 1989, 93f.). Nach 1873 kartellierten sich vor allem Kohlenzechen und Roheisenwerke, “die Kinder des industriellen Hochkapitalismus, eine Form der Großindustrie zur Ausschaltung des Wettbewerbs und der Profiterhöhung“ (Kiesewetter 1989, 94).⁹²

⁹¹ Der Essener Bergbauliche (Steinkohlen-) Verein, 1858 gegründet, hatte in den 1870er Jahren die Interessenwahrnehmung für die rheinische Braunkohlenindustrie übernommen. Der Braunkohlen-Industrie-Verein als Interessenvertreter des mitteldeutschen Bergbaus wurde demgegenüber erst im Jahre 1885 gegründet, so dass der Braunkohlenbergbau im Ruhrgebiet durch den früheren Zusammenschluss des dortigen Bergbaus um die Jahrhundertwende eine deutlich stärkere Position innehatte.

⁹² In einem Kartellzirkular hieß es dazu: “Der Außenbleibende und seine Abnehmer, sie werden wie Wild gehetzt werden, denn Gnade kennen wir nicht” (Kiesewetter 1989, 94).

Der Montanindustrie-Verband wurde seit den 1880er Jahren mit dem beginnenden Verfall des Konkurrenzkapitalismus zum Vorläufer und Förderer einer monopolistischen, auf die Verdrängung von Konkurrenz gerichteten Entwicklung in der Braunkohlenindustrie (vgl. auch Kiesewetter 1989, 95).

Bald schon erfolgten erste Versuche, über die Beeinflussung der preußischen Provinzen⁹³, über die Gründung von Zweigbetrieben, über vertikale und horizontale Verknüpfungen auch den gesamten im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet betriebenen Abbau unter Kontrolle zu bringen.

Schon seit den 1880er Jahren vollzog sich im betrieblichen Aufbau des industriellen Gewerbes eine grundlegende Strukturwandlung, denn *durch vertikale und horizontale Verknüpfungen wurde der gesamte industrielle Bereich der Wirtschaft von den Expansionsbestrebungen einzelner Zweige erfasst* (vgl. Stat. DR NF Bd. 418, 156ff.). Neben der Bildung von Riesenbetrieben hatten die immer stärker werdenden Bestrebungen nach wirtschaftlichem Zusammenschluss auch zur Herausbildung von kombinierten Unternehmungen geführt. Zwar arbeiteten von den rund 3 Millionen Unternehmungen des Deutschen Reiches 1925 erst knapp zwei Prozent mit Zweigniederlassungen, dennoch umfassten diese wenigen Betriebe schon rund 40 Prozent der im Gewerbe beschäftigten Arbeitskräfte (vgl. Stat. DR NF Bd. 418, 156). *Besonders die Unternehmungen des Kohlenbergbaus waren in die Weiterverarbeitung eingedrungen, und so war die vertikale Verknüpfung dort bereits am weitesten fortgeschritten. Aber auch die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft wies eine starke wirtschaftliche Konzentration auf* (vgl. Stat. DR NF Bd. 418, 156f. und 159). Die preußischen Unternehmungen unterhielten bereits Zweigniederlassungen in den meisten anderen deutschen Ländern (insgesamt 604.900 Beschäftigte). Diese Niederlassungen gehörten vorwiegend zur elektrotechnischen Industrie. Die kombinierten Bergbauunternehmen Preußens beschäftigten mehr als die Hälfte ihrer Belegschaft (130.000) außerhalb der Provinzgrenzen. Die Unternehmungen des Landes Sachsen beschäftigten dagegen lediglich 33.966 Personen in ihren Niederlassungen in anderen deutschen Ländern (vgl. Stat. DR NF Bd. 418, 160f.).

Die Unternehmen der Städte Essen, Düsseldorf, Duisburg und Dortmund hatten noch vor Berlin den größten Anteil an Beschäftigten in Zweigunternehmen, die sich nicht am Ort des Hauptsitzes befanden. Dagegen befanden sich die Unternehmen mit der geringsten räumlichen Ausdehnung, also klein- und mittelständische Unternehmen, vor allem in den sächsischen Großstädten bzw. Industriezentren (vgl. Stat. DR NF Bd. 418, 161). Die Stadt Berlin nahm insofern schon eine besondere Stellung ein, weil sich dort Sitz und Hauptverwaltung zahlreicher (u.a. chemischer) Firmen befand. Die eigentliche Produktion fand aber ausschließlich in deren Zweigniederlassungen statt (z.B. die DEA, NKW, IG Farben).

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war es dagegen erst in den 1870er Jahren zu ersten bescheidenen industriellen Anfängen zu Zusammenschlussbestrebungen gekommen. Das Ziel bestand darin, zumindest gegenseitige Konkurrenzen und Unterbietungen auszuschalten und den Absatz zentral zu organisieren (vgl. Fischer 1910, 58f.). Im Ergebnis dieser Zusammenschlussbestrebungen wurde 1885 der Deutsche-Braunkohlen-Industrie-Verein⁹⁴ gegründet.

In der Realität bestanden die mitteldeutschen Reviere aufgrund der Ländergrenzen und der damit verbundenen provinziellen Interessen bis in die 1920er Jahre dennoch mehr oder weniger unabhängig

⁹³ Die Provinz Sachsen lag zwar direkt an der Grenze zu Sachsen, aber gleichzeitig im Einflussgebiet der rheinischen Kohle (vgl. Schulze 1932, 77f.).

⁹⁴ Die für den mitteldeutschen Bergbau typischen zahlreichen kleinen Vereine schlossen sich am 12.5.1885 in Halle im Deutschen-Braunkohlen-Industrie-Verein (D.B.I.V.) zusammen, um die Interessen des gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus zu vertreten. An der Gründung beteiligten sich fast alle größeren Werke (154 Braunkohlenwerke, 46 Nasspresssteinfabriken, 35 Brikettfabriken, 46 Teerschwelereien, 15 Mineralölfabriken) mit einer Belegschaft von insgesamt 16.250 Mann. Die Gründer des Vereins kamen aus Halle, Frohburg, Schönebeck, Quedlinburg und Berlin. Sitz wurde Halle als altes Zentrum des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus.

voneinander bzw. standen sogar in Konkurrenz zueinander (vgl. Abschnitt 5.1.2; Leiske 1929, 260ff.; D.B.I.V. 1935, 191ff.; Strauß 1931, 167f.).⁹⁵ Abbau und Vermarktung der Braunkohle im Länderdreieck Sachsen/Anhalt/Thüringen wurden durch die bestehenden politischen Grenzen und Verwaltungsgrenzen, die in ungünstiger Weise die Förder- und Industriegebiete zerschnitten, vielfach erschwert.

In Reaktion auf die von der rheinischen Wirtschaft permanent ausgehenden Bestrebungen zur Monopolisierung wurde 1904 im Mitteldeutschen Braunkohlen-Industrie-Verein, wo Sachsen und die westsächsischen Unternehmen inzwischen eine wichtige Stellung einnahmen, lediglich eine Satzungsänderung vorgenommen, welche die Selbständigkeit der bestehenden örtlichen Vereine gegenüber dem Hauptverein deutlich beschnitt. Damit sollte eine starke „Einheitsfront“, eine geschlossene Vertretung gegen das rheinische Revier formiert werden, welches sich bereits seit 1893 in einem geschlossenen und starken Verein, dem „Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie“, organisierte (vgl. D.B.I.V. 1935, 7). Innerhalb kurzer Zeit erfolgten eine Reihe von Beitritten bisher nur bezirklich organisierter Vereine, die sich nicht mehr gegen die stärkere Konkurrenz der im Hauptverein zusammengeschlossenen Fabriken behaupten konnten. Im Jahre 1912 gründete sich der (Unter-)Verband der sächsischen Mitglieder, dem weitere, bisher nicht organisierte Einzelmitglieder beitraten.⁹⁶

*Diese Zentralisation der Interessenwahrnehmung und die in wesentlichen Belangen einheitlich agierende Organisation trugen entscheidend zu einer gewissen positionellen Stärkung und zur kontinuierlichen Produktionszunahme im Braunkohlenbergbau der mitteldeutschen Reviere bis zum ersten Weltkrieg bei. Dennoch blieb der Abbau der geringwertigen und schwer transportfähigen Braunkohle bis dahin im Vergleich zur Steinkohle nahezu unbedeutend (vgl. Schulze 1957, 5; D.B.I.V. 1935, 14ff.; Baedeker 1928, X).*⁹⁷

5.1.2 Die Gunst der Lage und der Stunde nutzend – bedeutende Standortverschiebungen setzten ein

Nach einer kurzfristigen Unterbrechung der Entwicklung in der Braunkohlenindustrie durch Mobilmachung und Einberufungen zu Beginn des Krieges, setzte dann *ab 1915 eine stürmische Nachfrage nach Rohbraunkohle und Brikett* ein, von der das mitteldeutsche Abbauggebiet aufgrund seiner *unter (militär-) strategischen Gesichtspunkten weitaus günstigeren Lage im Landesinneren deutlich stärker profitieren konnte* als die an den Grenzen liegenden rheinischen Stein- oder Braunkohlenreviere, *denn in Mitteldeutschland konnte auch während der Kriegsjahre fast völlig ungestört produziert werden.*

Für die stärkere Nutzung der Braunkohle sprach in den Kriegsjahren vor allem der *hohe Mechanisierungsgrad im oberflächlichen Abbau*. Sowohl der *allgemeine Arbeitskräfte- als auch der Facharbeitermangel spielten dort eine untergeordnete Rolle*, denn mit zunehmender Mechanisierung konnten immer mehr billige Hilfsarbeiter und sogar Kriegsgefangene eingesetzt werden. Am empfindlichsten traf der Förderrückgang den Steinkohlen- und den unterirdisch betriebenen Braunkohlenabbau, die beide wegen der Schwierigkeit und der Gefahr ihres Betriebes kundiger und

⁹⁵ Die innerhalb des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus existierenden, unterschiedlich großen Reviere verfolgten auch weiterhin *aufgrund ihrer Länderzugehörigkeit jeweils besondere bergbauliche, wirtschaftliche und vor allem (wirtschafts-)politische Partikular- bzw. Gebietsinteressen.*

⁹⁶ Der organisatorische Zusammenschluß der sächsischen Betriebe im mitteldeutschen Abbauggebiet erfolgte ebenfalls erst um die Jahrhundertwende. Am 19. Dezember 1894 wurde der Bergbauliche Verein Borna e.V. in Borna zur Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gegründet.

⁹⁷ Die Expansion der deutschen Braunkohle begann im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts wohl im Zusammenhang mit der von der Elektrizität ausgehenden Konjunktur, und erfuhr in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts starken Auftrieb, der sich bis zum Krieg fortsetzte (vgl. Strauß 1931, 158f.). Die außerordentlichen große Kohlenknappheit der Jahre 1914 bis 1923 bei gleichzeitiger Drosselung der tschechoslowakischen Einfuhr war hierfür bestimmend.

erfahrener Arbeiter bedurften. *Die Tagebaue einschließlich des Abraumbetriebes waren also insofern günstiger gestellt, als sie auch Arbeiter anderer Berufe oder ungelernte Arbeiter einstellen konnten.* Während die zuerst genannten sich häufig bald wieder abkehrten, weil ihren Herkunftsbranchen oder -betrieben reichlich Aufträge für den Kriegsbedarf zufließen (vgl. JB BHW 1915, B153), verblieben die Ungelernten aufgrund fehlender Alternativen in der Kohle und besetzten in gewissem Umfang deren Stellen (vgl. auch Abschnitt 5.4).

Der günstigen räumlichen Lage und dem hohen Einsatz von Maschinenkraft verdankte ein erheblicher Teil der auf Braunkohle angesiedelten Elektro- und Chemieindustrie Mitteldeutschlands seine Entstehung während der Kriegsjahre. „In national-sorgenvollen Zeiten“ hatten sich industrielle Standortverschiebungen zugunsten der Braunkohle vollzogen, vor allem, weil „die Elektrizitätswirtschaft sich von der Steinkohle ab(ge)wendet ... und selbst die chemische Großindustrie⁹⁸ die größte Wahrscheinlichkeit des Erfolges bei Experimenten in der Braunkohle gesehen“ hatte (Baedekers 1928, XI; Strauß 1931, 159). Der Krieg hatte der Allgemeinheit die wirtschaftliche und nationale Bedeutung der im Herzen Deutschlands gelegenen Braunkohlenschätze insbesondere für die Elektrizitätsversorgung und die Treibstoffgewinnung klar vor Augen geführt (vgl. D.B.I.V. 1935, 451).⁹⁹

Nach dem Krieg lag der Hauptgrund für die sich fortsetzende gewaltige Steigerung der Braunkohlenförderleistung in der zunehmenden Verwendung des neuen Brennstoffes zur Energiegewinnung (vgl. dazu auch Z.Sächs.Stat.LA 1932/1933, 194ff.). Während noch wenige Jahre vor dem Krieg der Anteil der Braunkohle an der Verstromung aufgrund ihres geringen Heizwertes, ihrer schlechten Transportfähigkeit sowie der fehlenden Heizungs- und Übertragungstechnik gar keine Rolle gespielt hatte, erzwangen die besonderen Umstände der Kriegsjahre und die Kohlenknappheit der Nachkriegsjahre, hervorgerufen durch die Gebietsabtretungen an Frankreich¹⁰⁰, eine Zunahme auf einen Anteil von fast 60 % der Energieerzeugung Deutschlands im Jahre 1925.¹⁰¹ Die Braunkohle war als „Kraftquelle in alle Zweige industrieller Betätigung eingedrungen und zu einem unentbehrlichen Faktor geworden.“ (Baedekers 1928, XI f., auch Eichhorn 1926, 12; D.B.I.V. 1935, 450).

Neben der Mechanisierung der Förderung hatte die Verbesserung der Heiztechnik am Anfang des 20. Jahrhunderts die technischen Voraussetzungen zur Errichtung von Großkraftwerken auf der Grundlage der Braunkohle geschaffen (vgl. Schulze 1957, 19; Pach 1974, 86ff.). Aufwendige Forschungen hatten die Starkstromtechnik in die Lage versetzt, die Stromspannung bis auf 100 000 V zu steigern, womit die „verlustarme“ Energieübertragung über große Entfernungen realisiert und die Kraftwerke an den Standorten der Braunkohle errichtet werden konnten. Damit entfiel der besonders nachteilige, weil teure Transport der Braunkohle. Neben den entsprechenden staatlichen Subvention sowohl in der Forschung als auch bei der Errichtung von Anlagen (Kraftwerke, Überlandleitungen, Umspannwerke) ließen vor allem die Verbilligung der Arbeitskräfte und des Transports, der schnellere Aufschluss und Abbau die Verwendung der Braunkohle zwischen 1915 und 1925 wirtschaftlich sehr rentabel werden.

⁹⁸ Die Entwicklung der Technologien anderer, auf der Braunkohle aufbauender Industrien, wie der Stickstoff-Industrie, der Eisen- und Metallindustrie oder der Kali-Industrie, waren in dieser Zeit vorangetrieben worden (vgl. Baumann 1924, 14ff.), die Braunkohle war zu einem der wichtigsten Rohstoffe der Elektro- und Chemieindustrie geworden (vgl. Zimmermann 1970, 12).

⁹⁹ „Die Braunkohle konnte eine Entwicklung nehmen, wie sie in Friedenszeiten schwerlich möglich gewesen wäre“ (Zimmermann 1970, 12).

¹⁰⁰ Deutschland musste nach dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 etwa 40 % seiner besten Steinkohlenvorkommen abgeben. Die belassenen Steinkohlenfördergebiete hatten zudem erhebliche Mengen an Reparationen zu erbringen (vgl. D.B.I.V. 1935, 17; Baedekers 1928, XII; Baumann 1924, 11ff.). Die Ruhrbesetzung durch Frankreich führte 1923 zu weiteren Förderausfällen (vgl. Strauß 1931, 159f.).

¹⁰¹ Von 1912 bis 1928 stieg die Gesamtbraunkohlenförderung von 87,2 auf rund 166,2 Mill. Tonnen. Im Jahr 1924 wurden 124 Mill. Tonnen gefördert und damit die Steinkohlenförderung überflügelt. In Sachsen wurden folgende Fördermengen erreicht: 1913: 5,98 Mill. Tonnen, 1928: 11,93 Mill. Tonnen (vgl. ASW-Mitteilungen 1929, 4).

In Deutschland hatte somit eine provinzielle Verschiebung bei der rohstoffgebundenen sesshaften Montanindustrie und den mit ihr verbundenen Zweigen stattgefunden, denn nicht mehr die Steinkohle, der Industrialisierungsträger des 19. Jahrhunderts, sondern die Braunkohle hatte in der Nachkriegszeit durch die Fernübertragung des elektrischen Stroms und die chemische Verarbeitung zu einer Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses geführt.

Konzentration und Monopolisierung, die aufgrund der andauernden rheinischen Expansionsbestrebungen auch in der Braunkohlenindustrie des mitteldeutschen Raums schon um die Jahrhundertwende eingesetzt hatten (vgl. Abschnitt 4.3), verstärkten sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren enorm. Dabei ging die Gründung von Großunternehmen in der Braunkohlenwirtschaft ganz entscheidend auf massive staatliche Eingriffe während des Krieges, den Erlass des Kohlenwirtschaftsgesetzes im Jahr 1919¹⁰² sowie auf die Sozialisierungsversuche der ersten Nachkriegszeit zurück.

Im Ergebnis der staatlichen Eingriffe erhielt die Organisation des Braunkohlenbergbaus im gesamten Reich eine neue Struktur, die sich an der bisherigen Gebietseinteilung orientierte. Vier etwa gleich starke, voneinander unabhängige und für festgelegte Gebiete zuständige Syndikate wurden gebildet, eines davon war das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat G.m.b.H. in Leipzig, (vgl. Baedeker 1928, XXIII). Aber auch nach der Syndikatbildung entwickelte sich die Kohlenwirtschaft im mitteldeutschen Raum nicht einheitlich und blieb in ihrer Bedeutung hinter der rheinischen zurück. Obwohl im Januar 1931 nochmals ein strafferes Syndikat gebildet wurde, wies Mitteldeutschland die geringste syndikatlische Geschlossenheit und Schlagkraft sowie die geringste innere Stabilität auf. Das rheinische Gebiet stand zudem immer noch hinsichtlich der Kapitalintensität an der Spitze (größere Tagebau und Werke). So wurde der mitteldeutsche Bezirk zwar durch seine Lage, weniger dagegen durch die organisatorischen Verhältnisse und den Stand der Rationalisierung begünstigt (vgl. Strauß 1931, 171f.).

5.1.3 Der Aufbau der Elektrizitätswirtschaft in Sachsen

Neben den Rheinisch Westfälischen Energiewerken (im weiteren RWE, gegr. 1898; vgl. Mez 1996, 11) waren die preußischen Elektrotechnikunternehmen, die mit der gleichzeitigen Erzeugung und Verteilung von Energie den Absatz ihrer Produkte sichern wollten, zuerst in das Energiegeschäft eingestiegen (vgl. Pach 1974, 11ff.). Energieerzeugung und Elektrotechnikindustrie waren in der Regie weniger preußischer Unternehmer parallel entstanden.

Im Ergebnis von mehreren Betriebsverschmelzungen blieben bis 1912 zwei große Elektrofirmen übrig (AEG und Siemens/Halske-Schuckert), die den nationalen und europäischen Strommarkt bereits unter sich aufgeteilt hatten (vgl. Pach 1974, 12f.). Zur Verbindung von Stromerzeugungs- und Fabrikationsindustrie gründeten sie Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften.¹⁰³ Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (im weiteren AEG) beherrschte zu diesem Zeitpunkt 175 - 200 Gesellschaften und konnte so einzelnen Strombeziehern Verpflichtungen zum Kauf von elektrischen Artikeln aus ihrer Produktion auferlegen (vgl. Pach 1974, 11 und 16). Kleine private oder kommunale Elektrizitätswerke wurden von der kapitalkräftigeren AEG bzw. ihren Tochtergesellschaften aufgekauft. Im Jahr 1914 kontrollierten AEG und Siemens bereits 50 % der Stromversorger in Sachsen (zu den Aktivitäten von

¹⁰² Im Kohlenwirtschaftsgesetz, erlassen am 23.3.1919, wurde die Bildung von Erzeugerverbänden, „Syndikate genannt“, festgelegt.

¹⁰³ Schon 1897 gründete AEG die Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft Berlin (ELG) als private Überlandzentrale. Eine Tochtergesellschaft war die Sächsische ELG (SELG). Siemens-Schuckert gründete 1898 als private Überlandzentrale die Elektra AG. Im Jahre 1910 gründete die Berliner Diskontgesellschaft in Kulkwitz die Landkraftwerke Leipzig AG für den Leipziger Raum. AEG übernahm auch die Aktienmehrheit der Sachsenwerke in den Krisenjahren 1928/29 und schloss ganze Abteilungen und Zweigwerke (vgl. Schwarzbach 1971, 90).

AEG in Sachsen vgl. auch Schwarzbach 1971, 90), womit den sächsischen Industriellen der Zugang zum eigenen Energiemarkt beachtlich eingeschränkt worden war.

Um die mit der Dominanz der preußischen Privatwirtschaft in Gestalt solcher Unternehmen wie RWE, AEG und Siemens bestehende Gefahr für die Entwicklung vieler anderer Wirtschaftsbereiche zurückzudrängen, forderte die Generalversammlung des Bundes der (nichtmonopolisierten) Industriellen, in dem der Verband der sächsischen Industriellen eine federführende Stellung innehatte, im September 1913 Staat und Bund dazu auf, ihre Aufmerksamkeit den Fragen der Elektrizitätsversorgung zuzuwenden, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch Bereitstellung billiger elektrischer Energie zu sichern und Privatmonopole in diesem Bereich zu verhindern.

Speziell in Mitteldeutschland stellte die bestehende organisatorische Zersplitterung in der Elektrizitätswirtschaft¹⁰⁴, in Form der Vielzahl von privaten, kommunalen, zentralen sowie örtlichen Anbietern und Netzen, ein weiteres Hindernis für den Ausbau der Großindustrie dar. Die dort noch vorherrschenden vielen kleineren Kraftwerke konnten aufgrund ihrer dezentralen Energieproduktion nahe am Produktionsstandort den ständigen Forderungen der sich ausweitenden Wirtschaft nach einer Verbilligung der Energie nicht nachkommen. Dagegen erhofften sich die Industrieunternehmen von einer Zentralisierung der Erzeugung und Verteilung eine spürbare Senkung des Energiepreises. Der enorme Energiebedarf der seit den 1920er Jahren im Aufbau befindlichen großtechnischen Industrie war ausschließlich über zentralisierte Lösungen bei der Energieerzeugung und -verteilung zu bewältigen. Der Finanzbedarf für den Bau und Betrieb der modernen Großkraftwerke und Überlandleitungen sowie für die Grundlagenforschung waren aber enorm hoch, ebenso das Risiko eines eventuellen Verlustes, so dass letztendlich schon vor dem ersten Weltkrieg verschiedene Unternehmergruppen, wenn auch aus den unterschiedlichsten Gründen, ihr Interesse an einer (zumindest teilweisen) Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft bekundet hatten¹⁰⁵ (vgl. Pach 1974, 32ff.).

In Reaktion auf das Drängen der industriellen Großverbraucher und unter den besonders “anormalen” (Saitzew 1930, 3) Bedingungen von Krieg, Inflation und Revolution, in denen Forderungen nach einer Sozialisierung der Wirtschaft (Gemeinwirtschaft) aufkamen, wurde am 23. März 1919¹⁰⁶ im Reichstag ein Gesetz zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus verabschiedet. Das Deutsche Reich bzw. einzelne Länder konnten gegen Entschädigung die Elektrizitätsanlagen bzw. Grundstücke über den Kohlenfeldern verstaatlichen.

Die Unternehmen der Wirtschaftszweige Braunkohle, Chemie und Elektrizität entstanden in Sachsen somit in der Mehrheit als öffentliche Unternehmungen. Staatliche Subventionen und Kredite dienten dem Aufbau und auch “künstlichen” Erhalt solcher auf lange Sicht hin “unwirtschaftlichen” Standorte (vgl. Salin 1927, 94ff.).

Neben Preußen hatte Sachsen von Anfang an versucht, eine führende Stellung innerhalb der deutschen

¹⁰⁴ Eine einheitliche Stromversorgung, wie sie zwischen Wiesbaden und dem Niederrhein von Beginn an durch die RWE übernommen worden war, wurde durch die trennenden Landesgrenzen und die politisch-administrative Zerrissenheit Mitteldeutschlands erschwert oder sogar verhindert. Spontan einsetzende wirtschaftliche Entwicklungen wurden wiederholt von der Energiepolitik einzelner Länder abgebremst, wodurch die wirtschaftlich schwächere Position der Region insgesamt verursacht wurde (vgl. Leiske 1928, 94; Strauß 1931, 171).

¹⁰⁵ Selbst die branchenführende AEG erwog 1911 eine Verstaatlichung des wenig profitablen Bereiches der Energieerzeugung.

¹⁰⁶ Das Sozialisierungs- und Kohlenwirtschaftsgesetz wurde in aller Hast und in Reaktion auf die Unruhen des Frühjahrs 1919 eingebracht (vgl. Deutsche Bergwerks-Zeitung, Nr. 232 1920). 1920 musste vom Reichskohlenrat zur Nachbesserung eine Sozialisierungskommission eingesetzt werden, die den gemeinwirtschaftlichen Geist stärker entwickeln sollte. Allerdings übernahmen dort die Vertreter der Wirtschaft eine federführende Stellung, so dass derselbe keine stärkere Berücksichtigung fand.

Elektrizitätswirtschaft einzunehmen.¹⁰⁷ Anders als im Rheinland machten die in Sachsen bestehenden dezentralen Wirtschaftsstrukturen das Eingreifen des Staates zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung bis zum Krieg zwar nicht erforderlich. Allerdings wurde in den Expansionsbestrebungen der preußischen Elektrizitätskonzerne, deren Ziel es war, den gesamtdeutschen Strommarkt zu kontrollieren, eine Gefahr für die vorsorgende Gemeinde- und Staatspolitik gesehen.

Später machten zunehmend auch wirtschaftliche Gründe, wie die Zwangsbewirtschaftung inländischer Rohstoffe aufgrund der kriegsbedingten Kohlenknappheit oder der Übergang zur Großindustrie, die staatlichen Eingriffe bis hin zur völligen Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft notwendig.¹⁰⁸

Der Kampf der ansässigen Klein- und Mittelunternehmen gegen die privaten preußischen Elektrizitätskonzerne begann schon vor der Jahrhundertwende und verlief wenig erfolgreich. Gleichwertige bzw. gleich starke Wirtschaftsmonopole existierten nicht, weil in Sachsen bis zum Krieg Industriezweige dominierten, deren technische Grundlagen einer Monopolisierung nicht bedurft hatten. Die wenigen Kohlenzechen, die es gab, wurden zudem schon im Mittelalter staatlich betrieben.

Im Gegensatz zu den preußischen Großindustriellen verfügten die in Sachsen ansässigen privaten Unternehmer damit auch nicht über die zum Bau und Betrieb elektrischer Anlagen notwendigen Akkumulationsmittel, weshalb bereits zu einem Zeitpunkt, zu welchem der Erwerb von Elektrizitätswerken im öffentlichen Interesse in anderen Ländern noch als höchst bedenklich angesehen wurde, durch die kapitalschwachen sächsischen Industriellen selbst die Aufforderung an den Staat erfolgte, die Elektrizitätserzeugung und -verteilung zu übernehmen (vgl. Leiske 1928, 96f.; Pach 1974, 22f.).

So begann der sächsische Staat um 1910 mit dem Ankauf von Kohlenfeldern und der Errichtung von kleineren Elektrizitätswerken, um maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der Energiebereitstellung nehmen zu können. Eine Denkschrift der Regierung an den Landtag belegt die zu diesem frühen Zeitpunkt schon bestehende Absicht des großflächigen Kohlenabbaus durch den Staat (vgl. Denkschrift über den Erwerb von Kohlenfeldern für den Kgl. Sächsischen Staatsfiskus, Landtagsakten 1911/1912. Königliche Dekrete. III Bd., 1149; Hönsch 1966, 142).

Im Jahre 1913 traten die Mitglieder des “Verbandes der in Gemeinbesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens”¹⁰⁹ mit Forderungen an den sächsischen Staat heran, weitere Kohlenfelder zu erwerben, die Elektrizitätsherstellung zu verstaatlichen, um endlich leistungsfähige Großkraftwerke zu errichten und die Strompreise unternehmensfreundlich zu vereinheitlichen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung nach Beseitigung des in Sachsen schon bestehenden Verkaufs-, Installations- und Materialmonopols der privaten rheinischen Monopolunternehmen erhoben (vgl. Pach 1974, 48).

¹⁰⁷ 1881 wurde an der Bergakademie in Freiberg “Elektrotechnik” als selbständiges Studienfach etabliert. Die Forschungen dazu erfolgten als staatliche Dienstleistung für die Industrie, waren orientiert an der Rentabilität und richteten sich bereits zu diesem Zeitpunkt auf Großtechnologien. Später bestanden enge personelle Verflechtungen zwischen der ASW und der Bergakademie bzw. auch der Technischen Universität Dresden. Namhafte Professoren beider Einrichtungen besetzten Sitze im Aufsichtsrat der ASW. Dies ließ die schnelle Umsetzung der Forschungsergebnisse zum privaten Anliegen der Professoren werden. Andererseits hielten die Direktoren des Staatsunternehmens Vorlesungen an beiden wissenschaftlichen Einrichtungen, um das Interesse der Studenten zu wecken.

¹⁰⁸ Zum Aufbau der staatlichen Elektrizitätswirtschaft in Sachsen vgl. die Dissertation von Pach, 1974: “Die Rolle des Staatseigentums an Produktionsmitteln. Beispiel ASW”. In der Arbeit wird sehr ausführlich und an Hand umfangreicher Archivmaterialien auf diesen Prozess eingegangen.

¹⁰⁹ Die Konzentration in der sächsischen Energiewirtschaft hatte nach der Jahrhundertwende sehr moderat begonnen. Einzelne Gemeindewerke schlossen sich mit (zumeist örtlichem) Privatkapital zusammen, so auch die Licht und Kraft GmbH Borna (Borna, Grimma, Rochlitz). Weitere Zusammenlegungen bisher eigenständig arbeitender Unternehmen begannen nach 1910. Im Jahr 1912 vereinigten sich Gröba, Borna und Freiberg zum Sächsischen Stromversorgungsverband, der ab 13.2.1913 dann als “Verband der in Gemeinbesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens” tätig war (vgl. Pach 1974, 25).

Diese Forderungen wurden aufgegriffen und am 11.11.1915 bekannt gegeben, „dass der sächsische Staat nunmehr die Aufgaben der Elektrizitätsversorgung im Interesse der Allgemeinheit übernimmt.“ Der Verband Sächsischer Industrieller begrüßte diesen Beschluss vor allem deshalb, weil es damit der rheinischen Wirtschaft nicht mehr möglich war, „die mitteldeutsche Strompolitik in die Hände zu bekommen und ihren Interessen nutzbar zu machen“ (Pach 1974, 44).

Am 1.1.1916 entstand das Staatsunternehmen „Direktion der Staatlichen Braunkohlenwerke“, welches alle zwischen 1911 und 1913 vom Staat erworbenen Braunkohlenfelder übertragen bekam (32.000 ha, davon hatte es auf 23.000 ha das Abbaurecht). Am 1.1.1917 wurde die „Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke“ gegründet, deren Aufgabe im Aufbau der staatlichen Landeselektrizitätsversorgung bestand. Ein engmaschiges Netz der Elektrizitätsversorgung sollte auch den zahlreichen Mittel- und Kleinbetrieben in den abgelegenen Gebirgstälern des Landes die Mechanisierung ermöglichen (Röllig 1928, 83). Das Ziel bestand darin, möglichst alle Regionen an das Stromnetz anzuschließen und auch langfristig eine moderate Tarifpolitik zuzusichern (vgl. Eichhorn 1926, 20). Der Rückkauf der Anlagen aus privater Hand wurde durch die Überalterung der bestehenden Kraftwerke, Leitungen und Umspannwerke erleichtert. Weil die Gewinnsätze der in Sachsen befindlichen Tochtergesellschaften von AEG und Siemens weit unter deren Erwartungen geblieben waren, wollten diese nunmehr möglichst bald und dabei auch möglichst hoch an den sächsischen Staat abstoßen (vgl. Pach 1974, 52).¹¹⁰

Am 14. Juni 1918 wurde vom sächsischen Landtag das „Gesetz über das staatliche Kohlenbergbaurecht“¹¹¹ verabschiedet, welches dem Staat Sachsen nunmehr alles Kohlenunterirdische sicherte, was noch nicht in seiner Hand war. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, dass Sachsen auf der Basis von Braunkohle seinen Strombedarf decken müsse. „Eine wertvolle Erweiterung der schmalen Energiebasis der sächsischen Industrie bilden die erst in neuerer Zeit erschlossenen Braunkohlenvorkommen südlich von Leipzig und in der südlichen Lausitz. Die Braunkohle wird, da sich an sie nicht wie in Schlesien oder der Provinz Sachsen Industrien angeschlossen haben, brikettiert oder durch Kraftwerke in elektrische Energie umgewandelt“ (Stat. DR NF Bd. 418, 117).

Der seit 1868 geltende Grundgedanke des deutschen Bergrechts, dass an den Mineralien kein privates Eigentum des Grundeigentümers bestehen soll (Bergbaufreiheit¹¹²), wurde aufgrund der geringen Bedeutung der Braunkohle für die sächsische Wirtschaft bis dahin kaum in Anwendung gebracht. Entgegen dieser bisher gängigen Praxis, wo das grundsätzliche Verfügungsrecht des Grundeigentümers vielfach bestehen geblieben war, erhob der Staat nun Anspruch auf alle Braunkohlenfelder.

Das Kohlenabbaurecht wurde völlig vom Besitz der Oberfläche abgetrennt und dem Staate übertragen, der dieses selbst nutzen oder an andere weitergeben konnte (ausgenommen waren Kohlenfelder solcher Werke, die vor dem 18. Oktober 1916 und zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes betrieben wurden). Das letzte Recht des Grundeigentümers, selbst Kohle zu fördern und diese durch den Staat vergüten zu lassen, wurde durch dieses Gesetz ersatzlos abgeschafft. Selbst die bisher vorgesehene Förderabgabe oder bare Vorentscheidung des Grundeigentümers wurde aufgehoben. Alle gegen diese Praxis der entschädigungslosen Enteignung unternommenen Schritte blieben wirkungslos (vgl. Hammerstein 1934,

¹¹⁰ Mit dem Verkauf an den Staat wurden Bestimmungen diktiert, die das Vorrecht auf die Lieferung der benötigten elektrischen Anlagen (Generatoren, Transformatoren etc.) an die Tochterunternehmen Elektra und Wesag einräumten. Mit dem Verkauf der inzwischen unrentablen Werke und Anlagen an den sächsischen Staat verdienten die drei großen Unternehmen AEG, SSW und Berliner Diskontgesellschaft rund 14 Mill. Mark (vgl. Pach 1974, 48f.).

¹¹¹ Vgl. zum neuen sächsischen Bergbaurecht Wahle 1919, II. Teil, Gesetz vom 10. November 1916, Gesetz vom 22. Oktober 1917, Gesetz vom 21. Februar 1918 und Gesetz vom 4. Juni 1919 einschl. der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 24. Juni 1919.

¹¹² Jedermann darf an allen Orten ohne Rücksicht auf Eigentümer bzw. Grundherren auf der Basis einer entsprechenden Belehrung suchen und schürfen.

21f.; D.B.I.V. 1935, 452; Hönsch 1968, 51; vgl. Abschnitt 6.3). Der sächsische Staat wurde bald schon größter Grubenfeldbesitzer. Kleinere Abbauinteressenten wurden ausgeschlossen (vgl. Hönsch 1973, 206). Nur vereinzelt erfolgten noch Landveräußerungen an Dritte, z.B. an die Deutsche Erdöl Aktiengesellschaft Berlin, die im Auftrag des Reiches während des ersten Weltkrieges mit dem Aufbau der Treibstoffherzeugung in Mitteldeutschland begonnen hatte.

Im Januar 1915 hatte der Staat die Stromversorgung in Angriff genommen. Bereits 1919 war dieser Prozess weitestgehend abgeschlossen (vgl. insbesondere Pach 1974, 49ff.; D.B.I.V. 1935, 245f.). Braunkohlengewinnung und -verarbeitung sowie Elektrizitätserzeugung und -gewinnung, welche bis zum Krieg noch überwiegend in den Händen von privaten Unternehmern oder Gemeinden gelegen hatte, waren in Sachsen zwischen 1916 und 1918 verstaatlicht worden. Bis zum Ende der 1920er Jahre war Sachsen zur Elektro-Großwirtschaft übergegangen, die sich 10 Jahre vorher noch als Einzelwirtschaft dargestellt hatte (vgl. Leiske 1928, 95; Hönsch 1968, 43ff.).

Für Sachsens Sonderweg der staatlichen Monopolisierung der Energiepolitik zum damaligen Zeitpunkt hatte es wirtschaftshistorisch berechtigte Gründe gegeben. Sowohl die Befürchtung schwerer wirtschaftlicher Schädigungen durch das Eindringen preußischer Monopole in den wirtschafts- und machtpolitisch wichtigen Energiesektor¹¹³ (vgl. Leiske 1928, 94ff.; Eichhorn 1926, 18; Hönsch 1968, 34ff.), als auch die kurzfristige Absicherung des seit 1918 rapide gestiegenen Energiebedarfs führten zur Gründung der beiden Staatsbetriebe "Direktion der Staatlichen Elektrizitätswerke" und "Direktion der Staatlichen Braunkohlenwerke", 1921 vereinigt zur "Direktion der staatlichen Braunkohlen- und Elektrizitätswerke".

Die dichte Besiedelung, der große Energiebedarf, der ausgeprägte Sinn der Bevölkerung für eine rasche Nutzbarmachung technischer Neuerungen und die frühzeitige Beteiligung des Staates an der Landeselektrizitätsversorgung hatten Sachsen damit zum Muster der elektrizitätswirtschaftlichen Erschließung gemacht (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1936, 173f.). In diesen Prozess wurden aber die Bornaer Grundeigentümer nicht einbezogen, profitierten also auch kaum davon. Der Aufbau der neuen Großbetriebe erfolgte nicht nur unter Ausschluss der ansässigen Wirtschaft, sondern stand deren Interessen in wachsendem Maße direkt entgegen (vgl. dazu auch Abschnitt 6.3).

5.2 Die neue Zeit hält Einzug im Revier – Zentralisation und Konzentration von Kapital und Produktion

5.2.1 Die Errichtung des ersten Staatsbetriebes in der Region – wirtschaftliche und soziale Gründe

Vor dem Hintergrund des stark ansteigenden Strombedarfs infolge der Ansiedlung der Treibstoffproduktion im westsächsischen Raum und weiterer Großindustrien, wie der energieintensiven Stickstoffgruppe, im übergreifenden mitteldeutschen Industriegebiet¹¹⁴ aus meist kriegswirtschaftlichen Gründen (vgl. Saitzew 1930, 3ff.; Hönsch 1968, 41f.) wurde zwischen 1915 und 1918 von der Wirtschaft

¹¹³ Bei der Kreditvergabe durch das Deutsche Reich kam es zur Bevorzugung der monopolisierten Industrien, was zugleich eine Kapitalbeschaffung für andere Unternehmensformen erschwerte und die sächsische Wirtschaft bei der Vergabe von Reichsaufträgen benachteiligte (vgl. Schwarzbach 1971, 78ff.). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Sachsen ohnehin schon immer mehr von seiner industriellen Vormachtstellung an das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet verloren (vgl. dazu Kiesewetter 1989; Pach 1971; Barthel 1960; Bohl 1987 u.a.). Bei "einer Monopolisierung der Elektrizitätswirtschaft durch einzelne (rheinische) Privatunternehmer ... hat der (Strom)Lieferant ein vollkommenes Machtmittel zur Ausübung des stärksten Druckes in der Hand. Eine dem Unternehmen eigentümliche, gewisse Brutalität im Streben nach Gewinn kann in solchen Fällen die allerschlimmsten Folgen zeitigen" (Eichhorn 1926, 18).

¹¹⁴ Die Herstellung kriegswichtiger Stoffe wie Stickstoff in Piesteritz (1915) und Leuna (1916) oder Aluminium in Bitterfeld (1916) verbrauchte ungeheure Mengen an Elektroenergie (1t N ca. 1.600 kWh, 1t AL ca. 30.000 kWh).

der Bau eines zentral gelegenen Großkraftwerkes gefordert. Der sächsische Staat verpflichtete sich bereitwillig, das Kraftwerk mit Steuergeldern zu errichten, um sich im Stromgeschäft zu profilieren und damit seine wirtschaftliche Position gegenüber der rheinischen Industrie zu stärken. Ohne die zügige Einführung des staatlichen Kohlenbergbaurechts wäre der großzügige, rasche Ankauf von Kohlenfeldern und damit die Gründung des staatlichen Kraftwerkes verhindert oder doch zumindest stark verzögert worden.

Die Standortwahl für das Kraftwerk fiel auf das Dorf Böhlen, weil dort 1842 der Anschluss an die überregionale Bahnlinie Leipzig-Hof gelegt worden war¹¹⁵ (der Röthaer Gutsbesitzer Freiherr von Friesen auf Rötha hatte die ursprünglich geplante Streckenführung über die Stadt Rötha verhindert; vgl. Fritzsche 1936, 48f.; Ferstl 1994, 223ff.; Abschnitt 6.3). Seitdem hatte die Strecke für den Güterverkehr, vorrangig für den Transport von Braunkohle, immer mehr Bedeutung erlangt. Außerdem verlief der Massenverkehr von Industriestoffen zwischen Chemnitz und Leipzig bereits seit der Gründungswelle der Brikettfabriken um die Jahrhundertwende über Borna-Kieritzsch-Böhlen, während der Personenverkehr über die neue Hauptstrecke Chemnitz-Lausick-Leipzig abgewickelt wurde (vgl. Schulze 1932, 87). Ein Anschlussgleis für das Werksgelände war kurzfristig zu legen. Für die Arbeiter weiter entfernt liegender Orte war der Betrieb durch den Bahnanschluss in erreichbare Nähe gerückt. Die alternative Erschließung am Standort Regis wurde aufgrund der günstigeren verkehrsgeographischen Lage und der geringeren Wasserschwierigkeiten zugunsten des Dorfes Böhlen entschieden (vgl. Hönsch 1966, 140; Hönsch 1968, 27ff.).

Die wichtigsten Auslöser für die großindustrielle Entwicklung des Böhlener Gebietes wurden zwischen 1915 und 1919 mit der staatlichen Enteignung der Kohlenfelder¹¹⁶ und der Verpflichtung des Landes Sachsen, ein Großkraftwerk im mitteldeutschen Raum zu errichten, gelegt.

Allerdings konnte 1920 nur noch der Tagebau vom Staatsbetrieb eröffnet werden, weil das Land Sachsen finanziell nicht mehr in der Lage war, ein Großkraftwerk zu erbauen und zu unterhalten.¹¹⁷ Der sächsische Staat, dem vor allem wegen der hohen Investitionen die Aufgabe der Bereitstellung von Elektroenergie übertragen worden war, war 1923 finanziell ausgeschöpft. Um den weiteren Aufbau der Elektrizitätswirtschaft nicht zu gefährden, wurden Forderungen nach einer Reprivatisierung¹¹⁸ laut.

Da der Staat auch weiterhin Einfluss auf die Energieversorgung des Landes nehmen wollte, die bescheidene Kapitalneubildung der inländischen Unternehmen für einen Weiteraufbau der Energiewirtschaft aber nicht ausreichend war, wurde der Ausweg in der Gründung einer Aktiengesellschaft gesehen, deren Aktien sich sämtlich im Besitz des sächsischen Staates befanden. Über den Wert der Aktien sollten die zum Bau von Anlagen und Netzen notwendigen Kapitalien kurzfristig

¹¹⁵ Bereits zwischen 1872 und 1878 sind auf dem Gelände des späteren Großtagebaus Böhlen Förderversuche nachgewiesen, die abgebrochen wurden, weil die Wassermengen nicht zu beherrschen waren. Ein weiterer Versuch in den 1890er Jahren erzielte ebenfalls nur geringe Fördermengen (vgl. Rast 1958, 297ff.).

¹¹⁶ Ab 1913 begann der Staat die mächtigen Braunkohlenfelder im Leipzig-Bornaer Revier zu erwerben (bis 1919 etwa 1.017 ha Land um Böhlen; vgl. Hönsch 1966, 139; Fritzsche 1936, 60) und die dort bestehenden kleineren privaten und kommunalen Energieversorger in den Staatsbetrieb einzugliedern.

¹¹⁷ Bis 1922 waren in das Kraftwerk in Hirschfelde und am zukünftigen Standort Böhlen bereits 364 Mill. Mark investiert worden (vgl. Pach 1974, 60f.; genauere Angaben zu den Ausgaben bis 1923; z.B. Braunkohlenfelder bis 1917: 63.300.000 Goldmark). Die Vollendung aller 1916 vorgesehenen Bauten erforderten nochmals ca. 75 Mill. Goldmark (vgl. Pach 1974, 66).

¹¹⁸ Die *sozialen Konflikte* in Sachsen Anfang der 1920er Jahre wie zunehmende Stärke der Arbeiterschaft und Arbeiterregierung verschärften die Forderungen nach einer Reprivatisierung seitens der Industrie. Einzelnen Kritikern des Landtages, die nunmehr eine echte Sozialisierung der Energiewirtschaft forderten (Kontrolle durch die Abgeordneten und „echte“ demokratische Mitbestimmung), sollte mit der Reprivatisierung der Zugriff auf die Energiebasis erschwert werden (vgl. dazu Pach 1974, 63ff.).

herbeigeschafft werden.¹¹⁹

Am 13.11.1923 erfolgte die Umwandlung der “Staatlichen Braunkohlen- und Elektrizitätswerke” in die Aktiengesellschaft Sächsischer Werke (im weiteren ASW; vgl. Pach 1974, 71), am 14.3.1924 wurden die Kraftwerke übernommen. Die weitere Finanzierung wurde zu den Konditionen des Dawes-Planes über amerikanisches Kapital der Morgan- und Rockefeller-Gruppe gesichert und der Industrieaufbau über die „Hereinziehung von Auslandskrediten” beschritten (vgl. D.B.I.V. 1934, 18f.). Die Morgan-Gruppe beherrschte bereits den größten Elektrotechnikkonzern, die General Elektrik Company (GEC), woraus ihr Interesse an der deutschen Elektrobranche resultierte. Die in Berlin gegründete National City Bank vergab als Verwalter amerikanischer Kapitalien 1925 mit 15 Mill. Dollar den größten Kredit, der zu dieser Zeit an ein einzelnes Wirtschaftsunternehmen vergeben wurde, an die ASW. Im Gegenzug übte die Morgan Gruppe direkten Einfluss auf die Entwicklung des sächsischen Energieunternehmens und darüber hinaus auf die gesamte sächsische Energiepolitik aus.¹²⁰

Mit diesem Geld und unter diesen besonderen Voraussetzungen wurde das geplante Großkraftwerk ab 1924 um einiges größer errichtet als geplant.¹²¹ Die Energiesituation für die expandierende Großindustrie des gesamten mitteldeutschen Raumes wurde damit wesentlich verbessert und Sachsens Stellung als führendes Industrieland gefestigt. In der Reihe der deutschen Elektrizitätsmonopole nahm die ASW ihrer Leistungsfähigkeit nach hinter der Elektrowerke AG Berlin, RWE und der Bewag Mitte der 20er Jahre den vierten Rang ein (vgl. ASW-Mitteilungen 1929, 15).

Am 1. Januar 1920 hatte die Staatliche Bergdirektion Böhlen ihre Tätigkeit aufgenommen, am 1.4.1921 begannen die Abraumarbeiten im Tagebau¹²², im April 1924 wurde die erste Kohle gefördert. In einer ersten Ausbaustufe entstanden zwischen 1924 und 1926 eine Brikettfabrik und ein kleineres Gegendruckkraftwerk. In einer zweiten Ausbaustufe wurde nach 1926 das Gegendruckkraftwerk zum Großkraftwerk ausgebaut (vgl. Hönsch 1973, 210), um bald schon die bedeutungsvollste Kraftquelle Sachsens darzustellen (vgl. Eichhorn 1926, 16ff., Leiske 1928, 96; D.B.I.V. 1935, 435ff.). Ein weiterer Ausbau des Braunkohlen- und Großkraftwerkes erfolgte im Zusammenhang mit dem Bau der Benzingewinnungsanlage nach 1934 (vgl. Kapitel 6; Fritzsche 1936, 60f.).

Der Plan zum Bau eines Großkraftwerkes war jedoch ursprünglich nicht nur aus den o.g. wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus begrüßt worden, sondern als Werk und mit den finanziellen Mitteln der “produktiven Erwerbslosenfürsorge” (vgl. Hammerstein 1934, 19f.; Heyse 1938, 66ff.; Hönsch 1966, 140 und 1968, 59; Pach 1974, 54ff.). Der Aufbau der Groß-Energieversorgung diente der Schaffung von in Sachsen dringend benötigten Ersatzarbeitsplätzen.¹²³ Die Sorge vor der ständig

¹¹⁹ Auf der Suche nach Geld für den weiteren Auf- und Ausbau wurde auch der Verkauf von wertvollen Kunstgegenständen wie der Sixtinischen Madonna aus der Gemäldegalerie sowie wertvoller Stücke aus dem Grünen Gewölbe erwogen (vgl. Pach 1971, 68).

¹²⁰ Anleihen 1925: 15 Mill. \$; 1926: 15 Mill. \$; 1932: 7 Mill. \$; 1933 6,7 Mill. \$. Die direkte Einflussnahme des amerikanischen Bankenkonsortiums lässt sich eindeutig nachweisen (Kontrolle der Geschäftslage, Umsatz, Absatz, Preise), wie umfangreiche Archivmaterialien ausweisen (vgl. Pach 1974, Anlage).

¹²¹ In den ersten Jahren seines Bestehens hatte das Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten die Anlagen voll auszulasten. Erst der Stromimport ins benachbarte Bayern und massive Werbe- und Verkaufskampagnen für Elektrogeräte unter der sächsischen Bevölkerung brachten 1928 den nötigen Zuwachs im Stromabsatz (vgl. dazu ASW-Mitteilungen 1929, 3 “Stromerzeugung und Bezug der A.S.W. 1917 - 1928”; sowie die Hefte 6 und 7/1929 u.a. Ausgaben der Zeitschrift)

¹²² Mit 10 qkm Ausdehnung und 50 - 60 m Tiefe war der Tagebau Böhlen zu seiner Zeit der größte Braunkohlentagebau der Welt.

¹²³ Sachsen war das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit nach dem Krieg. Das hatte strukturelle Gründe: keine Schwerindustrie, vorwiegend mittelständische Strukturen (vgl. Heyse 1938, 2ff.; Schwarzbach 1971, 78). Noch 1930 stemmten sich die sächsischen Industriellen gegen Zentralisierung und Rationalisierung (vgl. Schwarzbach 1971, 88 und 91). 1925 waren 56,6 % aller sächsischen Betriebe Alleinbetriebe und weitere 31,5 % beschäftigten nur bis zu fünf Personen (vgl. Stat. DR NF

steigenden Zahl an Arbeitslosen spielte vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse 1918/1919 eine ganz bedeutende Rolle (vgl. Pach 1974, 54ff.; Zimmermann 1970, 19ff.; Schwarzbach 1971, 89).

Die schwere Strukturkrise im Ergebnis des 1. Weltkrieges, hervorgerufen durch die erheblichen Probleme im Wandel der dominierenden Zweige einer bereits voll entwickelten Industrie, offenbarte sich in Sachsen als Absatz- und Beschäftigungskrise. Nach sieben Jahrhunderten mehr oder weniger erfolgreicher bergbaulicher und gewerblicher Entwicklung war dem industrialisierten Teil Sachsens durch die Kriegseignisse jede weitere Grundlage zur Entwicklung genommen worden (vgl. Röllig 1928, 69ff.). Die erheblichen Produktionsrückgänge aufgrund der staatlich verordneten Schrumpfung nicht kriegswichtiger Wirtschaftszweige zwangen die bisherigen Importländer, sich von den sächsischen Lieferungen unabhängig zu machen, was zu einem dauerhaften Verlust bisheriger Exportländer führte. Auf der anderen Seite waren Industriezweige wie die Chemie-, Petroleum-, Ölverarbeitungs- und Elektroindustrie stark ausgebaut und eine Umverteilung der Industriearbeiter unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen worden. Da nach dem Krieg aber der Bedarf an Kriegsgütern gleichfalls wieder sank, ging auch dort die Produktion wieder zurück.

Beide Prozesse, der Niedergang der Gewerbe- und Bergbauregionen sowie das Ende der Kriegsproduktion, führten zu einer enormen Freisetzung von Arbeitermassen. Ersatzbeschäftigungen mussten bereitgestellt werden, um die mit der hohen Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Konflikte zu vermeiden. Die neuen Arbeitsplätze konzentrierten sich vor allem auf die im Krieg stark angewachsenen Industriezweige wie Chemie-, Energie- und Automobilindustrie. Um die Industriearbeitsplätze zu halten und neue bereitzustellen wurde der (land-)wirtschaftliche und private Bedarf nach deren Gütern forciert (z.B. Elektroartikel, Düngemittel, Automobil und Benzin).

Die dort erzielten Beschäftigungszugewinne und der Verlust von Arbeitsplätzen in der Textil-, Holz-, Leder-, Nahrungsmittelbranche u.a. entfielen aber auf ganz verschiedene Wirtschaftsregionen, was nunmehr Wanderungen großen Ausmaßes hervorrief (vgl. Abschnitt 5.3) und von Bevölkerungsumverteilungen begleitet war.

Noch bevor 1921 der erste Spatenstich zum Aufschluss des Tagebaus, welcher bald 1.000 Arbeiter beschäftigen sollte, erfolgte (vgl. Hönsch 1966, 140), wurden in der Umgebung zahlreiche Unterkünfte für die Arbeiter und Beamten errichtet, was der heimischen Bauindustrie zu einem enormen Aufschwung verhalf. „Große Neuanlagen der Bahn und Wohnhäuser entstanden hier schneller als sonst irgendwo“ (Krause 1924, 93). Böhlen hatte 1919 etwas mehr als 1.000 Einwohner, innerhalb von nur sechs Jahren zogen 500 Menschen in den Ort (vgl. dazu Abschnitt 5.3).

In der Neuerrichtung des Großkraftwerkes oder der Benzingewinnungsanlagen (vgl. nächsten Abschnitt) zeigte sich deutlicher noch als beim Aufbau der Brikettfabrikation jener Typ der Neugestaltung industrieller Standorte, bei dem ausschließlich nach rationalen und nicht nach traditionellen Gesichtspunkten verfahren wurde. Bei dieser Art der Industrieansiedlung, die in den Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsjahren auf fast alle Zweige der chemischen und der elektrischen Industrie zutraf, spielte ein eingesessener Stamm von Facharbeitern¹²⁴ eine untergeordnete Rolle (vgl. Salin 1927, 94). Die Ansiedlungen orientierten sich kaum an den vorhandenen sozialen Voraussetzungen, sondern vielmehr an solchen Standortfaktoren wie Rohstoffnähe oder nutzbares Transportnetz.

Bd. 418, 113).

¹²⁴ Im Vergleich dazu behaupteten sich in der Automobilindustrie auch Standorte, wo es eine alte Fahrradindustrie mit einem alten *ortseingesessenen Stamm von Feinmechanikern* gegeben hatte (vgl. Salin 1927, 98).

5.2.2 Die Aufnahme der Treibstoffgewinnung – die komplette Übernahme der regionalen Braunkohlenwirtschaft durch fremdes Kapital

Während in den benachbarten Revieren aufgrund der vorhandenen bitumenreichen Kohle schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts verschiedene chemische Betriebe entstanden waren, wurde die braunkohlebasierte Treibstoffherstellung im Bornaer Revier erst um 1916 unter dem Zwang des akuten Ölmangels in Deutschland aufgenommen.

Neben dem Zugriff der sächsischen Regierung auf fast alle Braunkohlenfelder der Region kam es während des ersten Weltkrieges auch zu einem Zugriff durch den deutschen Staat in Gestalt der Deutschen Erdöl AG¹²⁵, die 1917 auf Drängen und mit finanzieller Unterstützung der Reichsmarine ein neues Verfahren zur Verschmelzung von Braunkohlenbrikett¹²⁶ entwickelt hatte (Bräutigam 1996, o.A.). Der DEA als bedeutendem deutschen Öl-Konzern wurde es möglich gemacht, in der Region ehemals verstaatlichte Braunkohlenfelder zu erwerben, um die Ölgewinnung aus Braunkohle aufzunehmen. Im Jahre 1917 errichtete die DEA in Regis eine Mineralölfabrik (Generatorenanlage) auf Braunkohlenbasis, eine Schwelerei zur Teererzeugung sowie eine Raffinerie mit Teerverarbeitung. Im November 1917 erfolgten die ersten Lieferungen an die Kriegsmarine.

Eine weitere Ausdehnung der chemischen Kohlenverarbeitung konnte nach dem Krieg zunächst nicht erfolgen, und die Briketterzeugung beherrschte auch weiterhin die Kohlenverarbeitung des Reviers (vgl. Barthel 1960, 204). Die Fabriken und das Großkraftwerk blieben die Hauptabnehmer der Kohle und wandelten diese in einfach zu transportierende Produkte wie das Brikett bzw. den elektrischen Strom um. Durch den Bau des Kraftwerkes war der Umfang der Brikettierung sogar erheblich gesteigert worden (vgl. D.B.I.V. 1935, 453f.), wobei zugleich die Bedeutung der um die Jahrhundertwende errichteten wesentlich kleineren Brikettfabriken sank.

Vergleichsweise geringe Bedeutung besaß die Treibstoffproduktion¹²⁷, und andere Weiterverarbeitungsindustrien existierten nicht. Dass dem Bornaer Bergbau weniger Begleitindustrien gefolgt waren als in den angrenzenden mitteldeutschen Revieren, lag an *der einseitig an den kriegswirtschaftlichen Interessen ausgerichteten Entwicklung im Revier*, die konsequenterweise nach 1934 ihre nächste Ausbaustufe erfuhr (vgl. Abschnitt 6.2 und 6.3).

Die ebenfalls aus kriegswirtschaftlichen Gründen von der DEA errichtete Montanwachsfabrik (Extraktionsanlage) in Ramsdorf konnte ihre Produktion erst kurz nach Kriegsende aufnehmen (vgl. D.B.I.V. 1935, 450f.; Barthel 1960, 204; Bräutigam 1996, o.A.) und musste den Betrieb wegen fehlender Nachfrage 1926 sogar wieder einstellen. Um in der Region „Fuß zu fassen“ verlagerte das Unternehmen seine wirtschaftliche Tätigkeit auf den Kauf und die Modernisierung der vorhandenen Brikettfabriken. Bis 1919 festigte die DEA ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Region durch die Übernahme des gesamten Kapitals der Ramsdorfer Kohlenwerke und fast sämtlicher Kuxen der Regiser Braunkohlengesellschaft.

In den folgenden Jahren vollzog sich unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ein weitgehender Zusammenschluss der Kohlenwerke in Form ihrer Übernahme durch die DEA,

¹²⁵ Gegr. 1899 in Berlin, Aufsichtsrat: Rittergutsbesitzer: Busch/Eichsfeld, Solmßen/Berlin, vom Rath/Köln, Kommerzienräte: Lüthmann/Harburg, Müser/Dortmund, Springer/Berlin, Bankdirektoren: Bürhaus/Düsseldorf, Woltze/Essen, Jötten/Essen, Ullner/Berlin, Nathan/Berlin, Neurath/Wien, Bankiers: Laupenmühlen/Essen, Laupenmühlen/Berlin, von Schwabach/Berlin, Amtsricher: Thomas/Mühlheim, Generaldirektor: Strauß/Berlin; Aktienkapital: 30 750 000 Mark, Reingewinne: 1911: 3 296 618; 1913: 6 158 358 (vgl. JB BHW 1912 und 1914).

¹²⁶ Der Braunkohlenteer war Ausgangsprodukt für Dieselöl, Treiböl und weitere kriegswichtige Produkte.

¹²⁷ Im Jahr 1930 gingen etwa 4 % der mitteldeutschen Braunkohlenförderung in die Verschmelzung (vgl. Strauß 1931, 191).

verbunden mit einem Verlust ihrer Selbständigkeit. *Gegen Ende der 1920er Jahre existierten im Kreisgebiet nur noch halb so viele Gesellschaften wie noch vor dem Krieg* (vgl. JB BHW entsprechende Jahrgänge; Bohl 1987, Anlagen 82 und 83).

Immer aufwendigere Erschließungsarbeiten, steigende Investitionen in die technische Ausrüstung oder auch die Kosten im Werbungs- und Verkaufsbereich konnten nur noch wenige der bestehenden Gewerkschaften oder Gesellschaften aufbringen. Die Deutsche Erdöl AG und die Niederlausitzer Kohlenwerke, beides Berliner Aktiengesellschaften, verfügten dagegen aufgrund der Beteiligung der rheinischen Schwerindustriellen¹²⁸ über das notwendige Kapital. Um die Mitte der 1920er Jahre hatten die drei Großaktiengesellschaften (NKW ab 1912, DEA ab 1916, ASW ab 1921) das Bornaer Revier unter sich aufgeteilt (vgl. Hönsch 1973, 206). Als regional verwurzelte und regional agierende selbständige Unternehmen existierten nur noch die Braunkohlenwerke Borna AG, die Gewerkschaft Viktoria und die Bleichertschen Werke. Im Jahre 1930 besaßen die NKW auch 97,6 % der Anteile am ersten großen Kohlenwerk der Region, den Bleichertschen Braunkohlenwerk, und die Viktoria Gewerkschaft ging 1934 in den Besitz der DEA über (vgl. Bohl 1981, 12; JB BHW 1935, B56).

Tabelle 18: Besitzverhältnisse im Braunkohlenbergbau im Kreisgebiet Borna

Jahr	Anzahl der Werke	Anzahl der Besitzer	Einzelbesitzer	GmbH, Sonst. Ges.	(sächsische) Gewerkschaften	Aktiengesellschaften, Anzahl Betriebsstätten, Anteil		
1910	17	17	3	4	5	5	6	28 %
1915	14	13	3	-	5	5	6	43 %
1920	14	8	1	-	2	5	8	61 %
1925	13	7	1	-	1	5	11	85 %
1930	11	4	-	-	1	3	10	90 %
1934	13	4	1	-	-	3	11	85 %

Quelle: zusammengestellt aus den Jahrbüchern für das Berg- und Hüttenwesen, ohne Thräna in Thüringen

Die in der Braunkohlenindustrie einsetzenden Prozesse der Verschmelzung und Konzentration begünstigten das Eindringen fremder Kapitalien und ersetzten die Vielzahl regionaler Gesellschaften und Gewerkschaften durch einige wenige überregional agierende Monopolunternehmen. Fast die gesamte Braunkohlenindustrie Borna befand sich bald in der Hand preußischer und amerikanischer Großaktionäre (siehe Tabelle 18).

Als erstes überregional agierendes Unternehmen waren zwischen 1911 und 1913 die Niederlausitzer Kohlenwerke mit dem Bau der zu dieser Zeit in der Region größten Brikettfabriken in Thräna und Deutzen aufgetreten. Kurz darauf hatte die in Dresden ansässige Deutsch-Österreichische Gesellschaft eine große Brikettfabrik in Witznitz eröffnet (vgl. Kapitel 4). Die Deutsche Erdöl AG wurde zwar erst später aktiv, ging aber sofort nach dem Bau eigener Werke zu aggressiven Methoden der Übernahme bestehender Betriebe über. Über die 1916 erworbene Majorität an den Rositzer Braunkohlenwerken, die wiederum an mehreren Werken Borna Anteile hielten, war die DEA schnell zu gezielten Produktionsübernahmen übergegangen. Ab Mitte der 1920er Jahre zunächst Pächterin mehrerer Brikettfabriken, werden die gepachteten Fabriken Zug um Zug in den Besitz der DEA eingegliedert.

¹²⁸ Die Wirtschaft des Bornaer Reviers wurde damit den kurzfristigen Gewinninteressen einiger Unternehmen unterworfen. Unter den Hauptakteuren der DEA und der Niederlausitzer Kohlenwerke AG befanden sich nicht selten Personen, die zugleich im Verein "Zum Schutz der rheinischen Wirtschaft" eine wichtige Position einnahmen (vgl. Baedekers 1928, 13f., z.B. Gabelmann war zugleich im Aufsichtsrat bei Bleichert und im Vorstand der Niederlausitzer Kohlenwerke, Silverberg war u.a. Vorsitzender des ehemals schärfsten Konkurrenten, des Vereins für die Interessen der Rheinischen Braunkohlenindustrie, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes im rheinischen Braunkohlenrevier und im Vorstand des BKW Borna).

Dieser Prozess endete 1927, als die DEA und die ihr gehörenden Kapitalgesellschaften und Beteiligungen mit der Vereinigten Kohlenaktiengesellschaft Borna zum 1. Januar 1927 fusionierten und hierbei die Führung übernahmen (vgl. Bohl 1981, 12).¹²⁹

Dies markierte zugleich das Ende der Phase der bis zu diesem Zeitpunkt eher provinziellen Bedeutung von Produktion und Absatz der Braunkohle.

Tabelle 19: Personalentwicklung in den überregionalen Aktiengesellschaften (a= Betriebe, Niederlassungen, b= Gesamtbeschäftigte)

Jahr	ASW Böhlen		DEA-Konzern*		AG NKW* ohne Thräna/ Thüringen	
	a	b	a	b	a	b
1915	-	-	-	-	3	580
1920	-	-	3	800	2	1.293
1925	1	864	6	4.327	2	953
1930	1	1.158	6	3.210	2	814
1933	1	761	5	2.783	3	903

Quelle: zusammengestellt aus den JB BHW Sachsen
* einschl. Pacht und mehrheitlichen Beteiligungen

Nach dem Grad ihrer Konzentration und Monopolisierung nahm die sächsische Braunkohlenindustrie innerhalb der immer noch mittelständisch organisierten sächsischen Wirtschaft auch weiterhin eine besondere Stellung ein (vgl. Abschnitt 4.2). Von den 13 Aktiengesellschaften, die 1933 in Sachsen tätig waren, gehörten sieben zur Braunkohlenwirtschaft, von den 16 Gewerkschaften dagegen nur noch zwei und von den GmbH's keine mehr (vgl. dazu auch Bohl 1987, 82ff.).

Die Einordnung der Region in den nationalen bzw. internationalen Zusammenhang brachte in diesem Fall vor allem Verluste, weil sie einer Unterordnung unter fremde Interessen gleichkam. Die Einbußen bestanden in einem Verlust an kultureller und sozialer Eigenständigkeit sowie der Zerstörung funktionierender Wirtschaftskreisläufe. An deren Stelle trat eine einseitige, von außen initiierte, großindustrielle Ausrichtung der Wirtschaft, welche mit dem Wandel im sozialen Gefüge die soziale Homogenisierung der Bevölkerung einleitete.

5.3 Typische Arbeiterberufe und Qualifikationen in der industriellen Braunkohlengewinnung und -verarbeitung – Maschinisten, Heizer und Ungelernte

Was die Beschäftigtenentwicklung in der Region betrifft, so konnte diese nach 1918 nicht unmittelbar an die Situation von 1914 anknüpfen, sondern begann teilweise auf neuen, durch Krieg und Umstrukturierung bewirkten Grundlagen. *Die bis dahin bestehende Tendenz zur kleinräumigen Ordnung mit einer gewissen Verteilung von Branchen, Betrieben und (Fach-)Arbeitern auf viele Orte begann mit dem Übergang zu Massenfabrikation und Großbetrieb, welche ein Massenangebot an "gleichen" Arbeitskräften notwendig machten, aufzuweichen* (vgl. Salin 1927, 206). Der Aufschwung der Großindustrie und die kriegsbedingten Betriebsschließungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen beförderten die *Proletarisierung des Mittelstandes und der bäuerlichen Schichten* und erzwangen deren Wechsel in die Industrie. Dem dadurch hervorgerufenen Rückgang an landwirtschaftlicher und kleingewerblicher Bevölkerung stand die Zunahme des Anteils an

¹²⁹ Die DEA übernahm die VAG Borna mit den BF Belohnung, Dora und Helene, Witznitz (ehemals Deutsch-Österreichische Bergwerksgesellschaft bzw. Duxer Kohlenverein). Außerdem gehörten ihr schon die Gewerkschaften Breunsdorf, Regis und Viktoria, die AG Ramsdorf und die BkW Borna AG (vgl. JB BHW, entspr. Jg.).

Industrieproletariat gegenüber.

Der rasche Anstieg der gewerblich Beschäftigten stand in Borna in einem engen Zusammenhang mit dem staatlich initiierten und subventionierten Aufbau der Braunkohlen- und Elektrizitätswirtschaft, die erhebliche Teile der Arbeiterschaft aufnehmen sollte, welche in den niedergehenden alten sächsischen Industrieregionen freigesetzt worden waren. Entgegen dem allgemeinen Trend hatte die industrielle Entwicklung in Borna erst in den 1920er Jahren eingesetzt (siehe Tabellen 20 bis 22) und war an die Stelle der gewerblichen Wirtschaft in den sächsischen Niedergangsregionen getreten.

Tabelle 20: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zu Handwerk und Industrie

Jahr der Zählung	Deutsches Reich	Sachsen	Borna
1882	35,0 %	54,0 %	-
1895	-	-	38,0 %
1907	40,7 %	56,7 %	44,0 %
1925	41,0 %	56,4 %	46,5 %
1933	40,4 %	56,5 %	-
1933*	-	49,5 %	44,4 %
<i>innersächsische Quote</i>		-	20. Rang

Quelle: Stat. DR NF Bd. 408, 41f.; Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 67; *ohne Erwerbslose

Während für 1933 nur die tatsächlich Erwerbstätigen angegeben wurden, wurde in den Zählungen von 1907 und 1925 die gesamte Erwerbsbevölkerung erfasst, also auch die zum Erhebungszeitpunkt Erwerbslosen waren den Wirtschaftsabteilungen zugeordnet worden. Die Zahl der nicht berücksichtigten Erwerbslosen betrug 1933 in Borna ca. 7.700, darunter befanden sich etwa 6.800 Arbeiter, wobei ein erheblicher Teil derselben den gewerblichen Bereichen zuzurechnen ist, so wie dies für das Land Sachsen insgesamt aus der Tabelle ersichtlich wird (siehe Tabelle 20). Der Vergleich der Zeilen sechs und sieben ergibt für die gewerbliche Wirtschaft im Land Sachsen einen Mehranteil von 7 %, wenn die erwerbslose Bevölkerung einbezogen wird. Umgerechnet auf Borna wird diese Differenz unter Zugrundelegung der industriellen Entwicklung seit der Jahrhundertwende mindestens ebenso hoch ausfallen.

Der für das Jahr 1933 ausgewiesene prozentuale Zuwachs an Beschäftigten in der Landwirtschaft der Amthauptmannschaft Borna¹³⁰ ist hauptsächlich auf diese Differenz in der Art der Erfassung zu suchen.

Tabelle 21: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zur Landwirtschaft

Jahr der Zählung	Deutsches Reich	Sachsen	Borna
1882	40,0 %	22,0 %	-
1895	-	-	38,0 %
1907	27,1 %	10,6 %	31,0 %
1925	23,0 %	9,1 %	27,5 %
1933	28,9 %	11,9 %	-
1933*	-	14,8 %	33,0 %
<i>innersächsische Quote</i>		-	8. Rang

Quelle: Stat. DR NF Bd. 408, 41; Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 7 und 68; *ohne Erwerbslose

¹³⁰ Erwerbstätige in der Landwirtschaft in der Amh. Borna: 1925: 14.111, 1933: 12.223 und damit 33 % der Erwerbsbevölkerung der Amthauptmannschaft (in der Kreishauptmannschaft Leipzig 14,6 %; siehe Tabelle 21).

Mit der Veränderung der Erwerbsstrukturen änderten sich auch die sozialen Verhältnisse in der Region grundlegend, denn die Arbeiter der Industrieunternehmen nahmen eine andere gesellschaftliche Stellung ein und waren den im Bergbau bestehenden Privilegien und Restriktionen und damit anderen Regeln unterworfen als die Landbevölkerung.

Die neue wirtschaftliche Funktion des Landkreises als industrielles Zentrum wird vor allem daraus ersichtlich, dass die angewachsene Bevölkerung des Deutschen Reiches oder auch Sachsens insgesamt anders als in Borna schon 1925 nicht mehr im selben Umfang von der Industrie aufgesogen wurde wie noch in den Epochen davor, sondern häufiger in den Dienstleistungsbereich abwanderte (vgl. auch Salin 1927, 83; siehe Tabelle 22). Jener Teil der Erwerbsbevölkerung, welcher nicht in den Dienstleistungsbereich wechselte, wanderte u.a. in solche Regionen ab, wo erneut gewerbliche Arbeitsplätze zur Verfügung standen, wie in der Amthauptmannschaft Borna.

Die allgemeinen Rückgänge im gewerblichen Bereich bzw. deren Stagnation seit etwa 1907 im Deutschen Reich und im Land Sachsen erklären sich im wesentlichen aus der Tatsache, dass die Verwendung motorischer Kraft in der deutschen Wirtschaft zwischen 1907 und 1925 um 200 % angestiegen war und die Industrialisierung nun vorwiegend auf der technischen Rationalisierung beruhte.

Tabelle 22: Berufszugehörigkeit der Erwerbsbevölkerung zu Handel und Verkehr

Jahr der Zählung	Deutsches Reich	Sachsen	Borna
1882	10,0 %	10,0 %	-
1895	-	-	8,0 %
1907	14,9 %	16,1 %	7,0 %
1925	16,9 %	16,7 %	9,5 %
1933	18,4 %	20,1 %	
1933*	-	22,4 %	13,3 %
<i>innersächsische Quote</i>		-	15. Rang

Quelle: Stat. DR NF Bd. 408, 41; Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 7 und 68; *ohne Erwerbslose

Da sich auch innerhalb der Braunkohlenwirtschaft Bornas aufgrund des Wechsels zur großindustriellen Fertigung der Schwerpunkt von der Arbeitskraft auf die Motorkraft verlagert hatte, ist die trotzdem festzustellende deutliche Zunahme des industriellen Personals Ausdruck eines enorm beschleunigten und extensiv verlaufenden Industrialisierungsprozesses (siehe Tabelle 20; vgl. Abschnitt 5.4). Der Arbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung lag 1933 bei etwa 48,1 Prozent, also schon über dem sächsischen Durchschnitt und näherte sich immer weiter den industriereichen Bezirken des Landes an (vgl. z.B. Dt. Reich ca. 41 %; Sachsen 47,9 %; Chemnitz 55,1 %).

Die Zunahme an Gewerbepersonal in der Amthauptmannschaft Borna fiel in eine Zeit, wo der Industriearbeiter die Position einer ungelernten billigen Arbeitskraft einnahm, vor allem weil sich seine Tätigkeit in der Großindustrie immer weiter auf Hilfsarbeiten sowie die Einleitung und Überwachung selbstlaufender Prozesse reduzierte und nur wenige technische Fachkräfte notwendig waren.

Die besondere Rolle der mechanisierten Braunkohlenwerke für die Erwerbsbevölkerung und der weitgehende Verzicht auf die Ansiedlung weiterverarbeitender Begleitindustrien zogen sowohl einen hohen Anteil an ungelernten Arbeitern als auch eine Konzentration auf wenige Berufsgruppen nach sich (vgl. auch Zimmermann 1970, 21f. und 31). Knapp 94 Prozent aller Erwerbstätigen des Bergbaus waren Arbeiter, damit hatte dieser Wirtschaftszweig 1925 den höchsten Anteil an Arbeitern. Reichlich ein Drittel der Beschäftigten in der Braunkohlengewinnung waren Ungelernte, ein Viertel hatte zuvor einen anderen Beruf erlernt. In der Elektrizitätsgewinnung war ein knappes Drittel ungelernt und etwa ein

Fünftel wechselte aus einem anderen Beruf in diese Industriezweige über. Am höchsten war der Anteil an Ungelernten zu diesem Zeitpunkt mit 77 % jedoch in der Chemischen Industrie, wozu auch die karbochemische Verarbeitung der Braunkohle gerechnet wurde (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 176).

Im Vergleich zur Bergarbeiterschaft des 19. Jahrhunderts wiesen die Braunkohlenarbeiter des 20. Jahrhunderts eine andere Struktur auf und besaßen zunächst auch einen anderen Status. Selbst der wenig qualifizierte Fabrikarbeiter, der in der mechanischen Produktion Briketts fertigte, setzte sich bewusst vom Industriearbeiter ab. Sozial versuchte die Gruppe der Fabrikarbeiter ihren inzwischen errungenen "Bergarbeiter"-Status zu bewahren und noch stärker an den "alten" bergbaulichen Gewohnheiten festzuhalten.¹³¹

Dieser Unterschied resultierte vor allem daraus, dass im Braunkohlenbergbau schon um die Jahrhundertwende der Tagebau vorherrschend geworden war¹³², der zu einem erheblichen Teil andere Arbeiterkategorien als der Steinkohlenbergbau aufwies.

Infolge der Stärke der Braunkohlenflöze und der Tiefe der kohlenführenden Schichten war der Einsatz von Maschinen und die Verwendung von mechanischen, die menschliche Arbeitskraft sparenden Vorrichtungen fast immer möglich, *so dass kaum noch bergmännische, d.h. manuelle Tätigkeiten anfielen. Gelernte Bergleute wurden nur noch in geringem Umfang zum Stollen eintreiben für die Entwässerung benötigt* (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 207). Diese Arbeitskräfteverteilung zeigte sich darin, dass in den 1920er Jahren im deutschen Braunkohlenbergbau den 43.204 Bergleuten etwa 36.000 ungelernte Arbeiter gegenüber standen.

Tabelle 23: Struktur der Beschäftigten der Braunkohlenwerke des Bergamtsbezirkes Leipzig (durchschnittliche tägliche Belegschaft)

Jahr	Beamte*	Arbeiter		
		Gesamt	unter Tage	<i>in % der Gesamtanzahl</i>
1916	307	4.175		
1919	552	9.609	1.144	11,9 %
1923	862	12.746	1.287	10,1 %
1926	628	6.770	848	12,5 %
1931	556	5.653	646	11,4 %
1933	519	6.245	490	7,8 %
vgl. dazu: Steinkohlenbergbau des Bezirkes Zwickau				
1919	573	15.466	10.681	69,1 %
1923	729	38.659	26.941	69,7 %
1933	404	8.668	5.771	66,6 %

Quelle: zusammengestellt aus den JB BHW in Sachsen, Stat. JB Sachsen, * bzw. ab 1923 Angestellte

Der Anteil an Unter-Tage-Beschäftigten stellt also ein relativ sicheres Indiz für den Umfang der bergmännischen Tätigkeiten und damit für den Anteil an gelernten Arbeitern bzw. Bergarbeitern dar. Deren Verringerung kann mit einem Absinken der Qualifikation im Bergbau gleichgesetzt werden. An die Stelle der Unter-Tage-Bergleute traten nun die Abraumarbeiter, welche zur wichtigen Arbeitergruppe innerhalb des Braunkohlenbergbaus wurde. Im Jahr 1925 wurden für Sachsen 3.966

¹³¹ Diese Abgrenzung wird auch noch in den 1992 bis 1994 im Rahmen des DFG-Projektes „Massenentlassung und Mobilität“ durchgeführten Interviews deutlich.

¹³² Der Anteil des Tagebaus nahm mit dem Vordringen der maschinellen Förderung von ca. 50 % im Jahre 1910 auf etwa 80-85 % im Jahre 1927 zu.

Braunkohlenbergleute angegeben, insgesamt waren jedoch 8.449 Arbeiter im Braunkohlenbergbau beschäftigt (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 206f.; Stat. JB Sachsen 1924/26, 165).

Die Expansion in der Braunkohlenindustrie beruhte sehr stark auf den sich in wachsendem Maße anschließenden Nebenbetrieben wie Brikettfabriken, Kokereien bzw. Schwelereien oder sonstiger Anlagen, die der Aufbereitung der Rohkohle dienten. Aber auch dort stand wieder eine große Anzahl von verschiedenen Beschäftigtengruppen im Arbeiterverhältnis (Stat. DR NF Bd. 408, 206ff.). Zum einen die wichtige Gruppe der *Maschinisten und Maschinistenführer*, die Hilfsarbeiter bei der Kohलगewinnung sowie die Arbeiter in den Brikettfabriken und anderen angeschlossenen Nebenbetrieben wie *Baggerarbeiter, Brikettarbeiter und Gleisrücker*. Beide Beschäftigtengruppen waren 1925 zahlenmäßig so stark vertreten, dass sie nicht mehr als Bergarbeiter erfasst wurden (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 207).

Die erste differenzierende Zählung der Berufsgruppen des Braunkohlenbergbaus erfolgte damit erstmals im Jahr 1925. In den Zählungen davor wurden fast alle Tätigkeiten unter dem Begriff des „Bergarbeiters“ erfasst.

Die Maschinisten und Maschinistenführer wurden als Bediener von Kraftherzeugungsmaschinen oder großen Arbeitsmaschinen, d.h. als Baggerfahrer, Kranführer, Schaltbrettwärter u.a. beruflich definiert (in Deutschland 117.698; vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 280). Sie stellten von Anfang an charakteristische Arbeiterberufe im Braunkohlenbergbau und in der Elektrizitätsgewinnung und -versorgung dar. Etwa 11.921 Maschinisten und Maschinistenführer, also 10 % der gesamten Berufsgruppe, waren in der sächsischen Industrie und dort vornehmlich in der Braunkohlen- und Elektrizitätsindustrie tätig. Auch 10% der mit der Großindustrie neu entstandenen Berufsgruppe der Heizer (9.155 von 91.893) wurde in den sächsischen Betrieben dieser Branchen beschäftigt¹³³ (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 281).

Mit der Verschiebung der Nutzung der Braunkohle in Sachsen von der Braunkohलगewinnung und Brikettherstellung mit etwa 7.000 Beschäftigten hin zu solchen Bereichen wie der Elektrizitätsherstellung mit bereits 15.000 Beschäftigten im Jahr 1933 veränderte sich die Zusammensetzung der Belegschaften (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 35 und 45), weil in den Erzeugungs- und Verteilungsunternehmen der Elektrizitätswirtschaft angeblich ein höherer Prozentsatz an ausgebildeten Arbeitern beschäftigt wurde (vgl. Pach 1974, 169). Der für damalige Verhältnisse recht hohe Anteil an gelernten Kräften von 65 % in der Elektrizitätsgewinnung und -versorgung ist jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen, dass in diesem Wirtschaftszweig die Heizer, Maschinisten und Maschinistenführer statistisch und positionell ebenfalls den gelernten Kräften zugerechnet wurden. In anderen Wirtschaftszweigen wie der Chemischen Industrie oder der Gasgewinnung/-versorgung wurden diese Tätigkeiten dagegen von Anfang an unter den Hilfsberufen erfasst (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 181f.).

Der durch die Zählergebnisse vermittelte hohe Anteil an qualifizierten Arbeitern in einigen neuen Industrien kam mitunter dann zustande, wenn Berufsbezeichnungen, die im allgemeinen gelernte Arbeiter bezeichneten, in den Zählungen auch auf angelernte Kräfte angewendet wurden (sowohl angelernte Dreher als auch voll ausgebildete Dreher wurden als „Dreher“ erfasst; vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 180f.).

Weitere strukturelle Eigenheiten der Braunkohlenarbeiterschaft gingen auf gesetzliche Regelungen zurück. So blieben aufgrund der in einigen Bereichen weiterhin bestehenden hohen körperlichen Anforderungen die besonderen Schutzbedingungen des Bergbaus, wie das Verbot von Frauenarbeit und die Beschränkungen, denen Jugendliche unterlagen, in der Braunkohलगewinnung und -verarbeitung erhalten (in Deutschland waren 1925 von 117.698 Maschinisten nur 470 Frauen; vgl. Stat. DR NF Bd.

¹³³ In der Gasgewinnung 3.274 Arbeiter, in der Elektrizitätswirtschaft 2.944, als Betriebshandwerker in der Chemie 5.053 und in der Braunkohलगewinnung 2.027 (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 281).

408, 280).

Dass der Anteil an jüngeren Arbeitern im Braunkohlenbergbau geringer und der Anteil der über 50-jährigen höher als z.B. im Steinkohlenbergbau war, lag aber nicht nur an diesen Beschränkungen, sondern zugleich auch an der *geringeren Attraktivität dieses Bergbauzweiges, u.a. eben auch wegen des relativ hohen Anteils an "einfachen" Arbeiten*. In der Arbeitergruppe der Heizer, eine häufig in der Braunkohlenwirtschaft anzutreffende, nur gering qualifizierte Berufsgruppe, war die Altersgruppe der 30- bis unter 40-jährigen am stärksten vertreten. Damit wichen sie von derjenigen der restlichen Industriearbeiterschaft erheblich ab, denn dort bildeten die 20- bis 25-jährigen die stärkste Gruppe. Auch jugendliche Maschinisten und Maschinenführer unter 20 Jahren gab es nur in geringem Umfang. Häufig wechselten Angehörige anderer Berufe als Ungelernte in diese Tätigkeit. Hinzu kam, dass sich ehemalige Bergleute, die nicht mehr rüstig genug waren, die Grube zu befahren, für die Über-Tage Arbeiten eigneten.

Aufgrund des höheren Alters war auch der Anteil an Verheirateten in den genannten Berufsgruppen höher als in der restlichen Industriearbeiterschaft (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 281), was einerseits ihre Unterbringung in der Nähe der Werke auf dem Lande erheblich schwieriger machte. Andererseits ließ dieser relativ stabile familiäre Hintergrund aber ein entsprechend konformes berufliches Verhalten erwarten (vgl. Abschnitt 5.5).

Als Nebenberuf kam der Bergarbeiterberuf im Bornaer Raum im Gegensatz zu den Anfängen des Bergbaus nun kaum noch vor (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 281). Während im 19. Jahrhundert die Bergarbeiter zumeist im Hauptberuf Landwirte gewesen waren, war nunmehr der Anteil an Bergarbeitern, die im Nebenberuf überwiegend landwirtschaftliche Tätigkeiten ausübten, besonders hoch (vgl. auch Kapitel 3 und Abschnitt 4.3). Die Möglichkeit, nebenberuflich zu „gärtnern“, stellte jedoch auch jetzt noch einen wichtigen Anreiz dar, um in der Braunkohle zu arbeiten.

5.4 Beschäftigtenboom und Personalabbau im Braunkohlen- und Energiebereich

Im Zusammenhang mit der Herausbildung der industriellen Standorte im Bornaer Raum *zwischen 1915 und 1933 lassen sich zwei Phasen in der Beschäftigtenentwicklung voneinander abgrenzen:*

1. *Seit Beginn der Brikettierung bis 1923 führte der extensive Arbeitskräfteeinsatz zu einem anhaltenden Anstieg der Beschäftigtenzahl* (im Kreisgebiet Borna zwischen 1915 und 1923 um 350 %; siehe Tabelle 24; vgl. Bohl 1987, 121).

2. *Ab 1924 kam es dann mit der Umwandlung der Arbeitskosten in Kapitalkosten zum intensiven Arbeitskräfteeinsatz*. Die Förder- und Verarbeitungsleistungen wurden durch den Einsatz von Technik erhöht, aber auch durch eine Verlängerung der Schichtdauer und Änderungen im organisatorischen Ablauf (vgl. JB BHW 1925, B89)¹³⁴, was nunmehr zu einer deutlichen Senkung des Beschäftigtenumfangs führte.

5.4.1 Der Arbeitersog der Braunkohlenindustrie während der Aufbaujahre

Die Kriegs- und Nachkriegsereignisse ließen die Belegschaftsziffern zwischen 1915 und 1920 allein in den 13 Betrieben des Kreisgebietes Borna von 3.113 auf 8.933 ansteigen. *Der Höhepunkt war 1923 erreicht, als die Belegschaft in diesem Revier bei 11.000 lag* (siehe Tabelle 24). Bis zum Jahr 1920 sorgten der *steigende Strombedarf, die Substitution der Steinkohle sowie die Sozialisierung und die*

¹³⁴ Vergleiche dazu die Angaben zu den Fördermengen an Braunkohle im Kreisgebiet Leipzig im JB BHW - 1923: 6.505.675t und 1933: 9.516.731t, was einer Steigerung um 188 % entspricht.

Einführung des Achtstundentages für eine dauerhafte Personalausweitung in den Bornaer Betrieben.

Obwohl der kriegsbedingte Ausfall von (Fach-)Arbeitern in diesem Bereich weit unter dem des Steinkohlenbergbaus lag, wurde die „Heranziehung“ von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern (z.B. aus Polen, Belgien) notwendig (vgl. Elsner 1984, 536f.; Zimmermann 1970, 10 und 12), wobei nur ein geringer Teil der ausländischen Arbeiter durch Anwerbung gewonnen werden konnte.¹³⁵ „Mangelnde Arbeitslust“ und das Fehlen von fachlichen Voraussetzungen auf Seiten der Zwangsarbeiter brachten ebenfalls eine starke Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte mit sich (vgl. D.B.I.V. 1935, 14 und 16).

Tabelle 24: Arbeiter in den Kohlenbetrieben des Kreisgebietes und in Sachsen

Jahr	Betriebe*	Beschäftigte, Kreisgebiet Borna		Beschäftigte, Sachsen			
		gesamt **	pro Werk	Beamte	Arbeiter	pro Werk	Förderung
1910	15	2.681	178,7	-	-	-	-
1915	13	3.113	239,5	-	-	-	-
1920	12	8.918	686,0	-	-	-	-
1923	13	10.897	838,2	1.093	15.290	273	8 214 000
1925	12	6.465	538,7	732***	7.949	212	10 054 000
1930	11	5.960	541,8	780****	8.541	274	12 968 000
1933	10	5.704	570,4	-	-	-	-
1934	9	6.114	679,3	-	-	-	-

Quelle: JB für den Berg- und Hüttenmann, JB für das Berg- und Hüttenwesen Sachsen
 * Ohne das Thüringer Werk und ohne Betriebe unter 20 Beschäftigten, **ohne Abraumarbeiter der Fremdfirmen und 1915 ohne Kriegsgefangene, *** 1926, **** 1929

Von Beginn des Krieges bis etwa Anfang Oktober 1917 war der Arbeitermangel in den Werken des Reviers außerordentlich groß. Ab 1917 konnte die Kriegsamtstelle von der Notwendigkeit der Erhöhung der Kohlenförderung überzeugt werden, so dass ganze Belegschaften vom Kriegsdienst zurückgestellt wurden. Beispielsweise wurden in der Gewerkschaft Breunsdorf 100 der 189 Mann starken Gesamtbelegschaft freigestellt. Der mit Voranschreiten des Krieges dennoch unvermeidbare und zunehmende Ausfall an Arbeitern sollte durch den Einsatz von (ungelernten) Kriegsgefangenen und Arbeitern aus anderen Ländern kompensiert werden (vgl. Strauß 1931, 159). Zwar wurden zusätzlich Frauen und auch Kriegsgefangene beschäftigt (z.B. in Breunsdorf: 30 Kriegsgefangene und 9 Frauen), jedoch konnten diese häufig nicht bei der Gewinnung der Kohlen eingesetzt werden, da sie dort angeblich völlig versagten. Die Leistungen der Arbeiterinnen waren lediglich in den Brikettfabriken und beim Verladen von Brikett „zufriedenstellend“ (vgl. JB BHW 1918; D.B.I.V. 1935, 14 und 16).

Die Kriegsgefangenen wurden dagegen in großer Anzahl bei den Bauarbeiten eingesetzt, so etwa beim Bau des DEA-Werkes in Regis 1917/1918 oder bei den vorbereitenden Bauarbeiten für das Kraftwerk in Böhlen (vgl. Zimmermann 1970, 10).

Schon vor dem Ausbruch des Krieges mussten in den Industrieunternehmen bzw. beim Bau derselben ausländische Arbeiter zumeist als Ungelernte in körperlich schweren, gesundheitsgefährdenden Arbeiten¹³⁶ beschäftigt werden (vgl. Elsner 1984, 531). Diese wurden sofort nach Kriegsausbruch an den

¹³⁵ Seit dem Frühjahr 1915 erfolgte die „Vermittlung“ polnischer und belgischer Bergarbeiter und Kriegsgefangener durch die jeweilige Industrievereinigung (vgl. Elsner 1984, 536).

¹³⁶ Seit der Errichtung der beiden Werke in Deutzen zwischen 1911 und 1913 wurde auch in der Region schon beim Bau sehr stark auf ortsfremde, u.a. ausländische Arbeiter zurückgegriffen (vgl. Bräutigam 1996, o.A.).

Arbeitsplätzen „festgehalten“, zur Arbeit verpflichtet und zum Teil in Gefangenenerlagern untergebracht.

In den ersten Nachkriegsjahren verschlechterte sich die Arbeitskräftelage im Braunkohlenbergbau also nicht nur wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs drastisch. Das Defizit zwischen Angebot und Nachfrage stieg auch deshalb an, weil die in der sächsischen Braunkohlenwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeiter¹³⁷ nach dem Krieg in ihre Heimatländer zurückgingen.

Wie prekär die Beschäftigtenlage nach 1918 war, zeigt das Ansinnen der Unternehmen, die Zwangsarbeiter nach Kriegsende weiterhin in den Lagern festzuhalten, um sie zur Fortsetzung der Arbeit in der Produktion zu zwingen. Sogar die Führung des Bornaer Arbeiter- und Soldatenrates sah es als notwendig an, die „Kriegs“-gefangenen notfalls mit Gewalt zur Arbeit zu bringen, um die Kohlenförderung aufrecht zu erhalten und rückte mit Soldaten und Maschinengewehren an (vgl. in Zimmermann 1970, 15f., Bericht der Direktion des Braunkohlenwerkes Borna vom 23.11.1918). Gestützt wurde dieses Vorgehen durch die Haltung des deutschen Bergarbeiterverbandes, der im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft eng mit den Unternehmen zusammen arbeitete, um den Bergbau schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen (vgl. Zimmermann 1970, 16), der deshalb auch ein solches Vorgehen in Kauf nahm.

Obwohl dem Aufbau der Braunkohlenindustrie um Borna zunächst die schlechte wirtschaftliche Lage vieler anderer sächsischer Wirtschaftsbereiche zugute kam (vgl. Abschnitt 5.2.2), verschärfte sich mit dem Auf- und Ausbau der Großindustrie das Problem des Personalmangels immer weiter.

Die Not, eine ausreichende Anzahl von Arbeitern anzuwerben, ergab sich dabei primär, weil deren Unterbringung fast ausschließlich in den im Krieg eilig errichteten Barackenunterkünften¹³⁸ erfolgen musste. Die angemessene Unterbringung der Arbeiter in der ländlichen Gegend war aber eine der Hauptvoraussetzungen für eine erfolgreiche Anwerbung neuer Arbeiter und für die Schaffung von Stammebelegschaften. Je mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte, desto schneller entspannte sich die Personalsituation in den Großbetrieben der ASW, der DEA und der NKW.

5.4.2 Technische und organisatorische Rationalisierungen führen zu qualitativen Strukturveränderungen in der Braunkohlenarbeiterschaft

Das Jahr 1923 brachte mehrere einschneidende Veränderungen, die für eine gewisse Entspannung hinsichtlich des Arbeitskräfteproblems sorgten. Mit der Unterwerfung des gesamten Wirtschaftslebens unter das „Gesetz der Massenproduktion“ (Streben nach Verbilligung der Produktion) wurde der Einsatz der teuren menschlichen Arbeitskraft durch den Einsatz billiger Maschinen ersetzt¹³⁹. Eine erhebliche Steigerung des Energieverbrauchs war die Folge. Die erhöhte Nachfrage nach Energie führte wiederum zur fortgesetzten Rationalisierung im Bereich der Energieerzeugung. In den Kraftwerken wurde auf Generatoren mit immer höherer Leistung umgerüstet.

Der Rationalisierungsdruck zwang alle Bereiche der Kohlenwirtschaft zur Ersetzung der Arbeitskraft

¹³⁷ Da keine Angaben zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Reichsstatistik, der Landesstatistik oder der Bergwerksstatistik genannt wurden, lässt sich deren Anzahl nur über eigene Berechnungen erschließen. Der Umfang der deutschen Arbeiter in der sächsischen Braunkohlenwirtschaft betrug 1913: 6.768, im letzten Kriegsjahr 5.430 (trotz enormer Produktionssteigerungen) und 1919: 11.695. Aus der Differenz von 1918 zu 1919 lässt sich einigermaßen sicher der Umfang an Zwangsarbeitern berechnen (zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen zwischen 1914 und 1918 vergleiche z.B. Elsner 1984, 534).

¹³⁸ Ab 1916 wurde der Bau solcher Barackenunterkünfte erwähnt. Das Braunkohlenwerk Belohnung hatte z.B. eine Baracke zur Unterbringung von 50 Personen errichtet (vgl. JB BHW 1917, B197).

¹³⁹ Die Lohnerhöhungen der Jahre 1925 und 1926 führten zur Entlassung einiger tausend Arbeiter im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus (vgl. Strauß 1931, 174f.).

sowie zur Stillegung unrentabler, weil zu kleiner Produktionsstätten (vgl. Strauß 1931, 173 und 176ff.). Um konkurrenzfähig zu bleiben, konnte die Braunkohlenwirtschaft nur noch um den Preis sehr starker Anlageinvestitionen wachsen, was zur Vergrößerung der Baggerdimensionen führte. Gleichzeitig erforderte der dauernde Druck zur Verbilligung des Stroms den Bau von Megawerken, in denen die höhere Rationalisierung zur angestrebten Selbstkostensenkung führen sollte. An diesem Wendepunkt waren die amerikanischen Großunternehmen ins sächsische Energiegeschäft eingestiegen. Zugleich hatte die DEA mit der Übernahme einer Reihe von bis dahin eigenständigen Brikettfabriken und Tagebauen begonnen (vgl. Abschnitt 5.2.).

Sowohl die Amerikaner als auch die rheinische Großindustrie hatten erkannt, dass sich viele Bereiche von der Gewinnung bis zur Verarbeitung der Braunkohle für eine Mechanisierung und Elektrifizierung besonders eigneten, was entsprechende Gewinne versprach. Im Tagebau, im Abraum und in der Verstromung konnte ein großer Teil der noch manuell durchgeführten Arbeiten durch Technik ersetzt werden. Im Ergebnis der Bemühungen, manuelle Arbeit durch Technik zu ersetzen und den Braunkohlentagebau stärker zu mechanisieren, kam bereits 1924 die erste Förderbrücke der Welt in Böhlen zum Einsatz, die mit 300 Metern Länge und 56 Metern Höhe für die damalige Zeit „gigantische“ Ausmaße besaß. In den Großtagebauen wurden die ersten Dampfloks durch E-Loks ersetzt.

Die Generatorenanlagen zur Stromerzeugung, von der Privatwirtschaft zu horrenden Preisen an den Staatskonzern ASW geliefert, besaßen mittlerweile eine Leistungsfähigkeit von 200 MVA. Die hiermit verbundenen Personaleinsparungen brachten Kostensenkungen und ermöglichten es, dass die Großabnehmer den Strom bald schon zu einem Preis bezogen, der nahe den Erzeugungskosten lag (vgl. Pach 1974, 140).

Begrüßt wurde die Mechanisierung seitens der Unternehmensleitungen vor allem deshalb, weil damit dem ständigen Personalmangel in der Region wirksam entgegen getreten werden konnte. Mit der Mechanisierung des Abbaus aufgrund der Umstellung von Tief- auf Tagebau¹⁴⁰ sowie der Entwicklung von leistungsfähigeren Anlagen ging der Personalbedarf sichtbar zurück. Schon ab dem Jahr 1924 kam es in den Bornaer Betrieben trotz der gesetzlichen Eingliederung des Personals der Abraumbetriebe in die Kohlenunternehmen (1922 noch 636 Arbeiter) zu ersten Personalrückgängen.

Selbst der dauernde Anstieg der zu beseitigenden Abraummassen je geförderte Tonne Rohbraunkohle in den großen Tagebaubetrieben des engeren Bornaer Bezirkes (zwischen 1920 und 1933 von 1,86 auf 2,18 cbm) und die ständige Zunahme der Nachfrage nach Elektroenergie änderten daran nichts: *der massenhafte und gezielte Einsatz von Technik brachte neben der erwarteten Steigerung der Arbeitsintensität und der Verbilligung der Energie seit 1918 erstmals eine personelle Entspannung* (siehe Tabelle 24). *In den 1920er Jahren koppelten sich in der Braunkohlengewinnung und -verarbeitung (einschl. Energieerzeugung) Produktivitätszuwachs und Arbeitskraftentwicklung voneinander ab. Die ständigen Produktivitätszuwächse brachten keinen vergleichbaren Zuwachs an menschlicher Arbeitskraft.*

Die *Rationalisierungen und technischen Umgestaltungen* auf der Basis der Entwicklung arbeitssparender Produktionsverfahren *spielten sich vorzugsweise in der Abraum- und Kohlengewinnung* ab, also in jenen Bereichen mit den am geringsten qualifizierten Beschäftigten, die wiederum kaum zur Stammebelegschaft gezählt wurden. *Die Belegschaften der Brikettfabriken bzw. der Elektrizitätsbereiche wurde davon jedoch kaum berührt* (vgl. Strauß 1931, 185), *so dass dort nach wie vor ein Mangel an Arbeitern herrschte.*

Trotz Rationalisierungen verminderte sich der Personalumfang in der Braunkohle nach 1923 dennoch nicht so erheblich wie in einigen anderen Industriezweigen, die stärker von den konjunkturellen

¹⁴⁰ Ein Rückgang von 83 % in 1900 auf acht Prozent im Jahre 1934 im Bornaer Revier (vgl. Bohl 1987, 91).

Schwankungen betroffen waren.¹⁴¹ Der Arbeitsplatz in der Elektrizitätsindustrie galt deshalb auch zu dieser Zeit als einigermaßen sicher, denn dort konnte die kontinuierlich steigende Produktion die starke Wirkung der Rationalisierung auf die Belegschaftsziffern in gewissem Umfang kompensieren (vgl. Strauß 1931, 181).

Sogar in den Krisenjahren von 1929 bis 1932 musste das Elektrizitätswerk in Böhlen trotz des generell sinkenden Stromabsatzes kaum Produktionsrückgänge hinnehmen, eine Folge der mächtigen Streiks im Ruhrgebiet und des steigenden Anteils des privaten Stromverbrauchs (vgl. Strauß 1931, 167; Pach 1974, 161ff.). Die außergewöhnliche Kälte des Winters 1929 ließ auch den Brikett-Absatz in diesem Jahr noch einmal deutlich ansteigen, so dass der deutsche Kohlenbergbau auch von der 1928 einsetzenden Krise erst etwas später betroffen wurde als die übrige Wirtschaft.

Das Fabrikarbeiterdorf Lobstädt hatte 1925 in seinen beiden Brikettfabriken 1.305 Arbeitsplätze, in der Stadt Regis beschäftigte ein Bergbaubetrieb 647 Arbeiter. In anderen ehemals dörflichen Gemeinden um Borna wurden inzwischen jeweils bis zu 800 Arbeiter in der Industriegruppe "Braunkohle" beschäftigt, so in Großzössen (1 Betrieb/811 Beschäftigte), in Deutzen (1/792), in Witznitz (1/594), in Neukirchen (1/394), in Ramsdorf (1/382), in Zedlitz (2/373) oder in Breunsdorf (1/176). In Böhlen hatte das neue Kraftwerk 816 Beschäftigte. Ungeachtet der schweren wirtschaftlichen Krise war die Anzahl der Beschäftigten in der Industriegruppe "Braunkohle" in den Arbeitsstätten dieser Gemeinden zwischen 1925 und 1933 weiter angestiegen, so in Großzössen auf 944 oder in Witznitz auf 651, bzw. nur leicht gesunken wie in Deutzen auf 504, im südlichsten Abbaugbiet um Neukirchen/Wyhra auf 379 und am Kraftwerksstandort in Böhlen auf 761 Beschäftigte (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1932/1933, 134ff. und 1936, 146ff.).

Begleitet waren die technischen von betriebsorganisatorischen Veränderungen wie der räumlichen und organisatorischen Produktionskonzentration. Die straffe Zusammenfassung und Durchdringung mit dem kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Denken nach amerikanischem Vorbild führte zur *Einführung des tayloristischen Arbeits- und Normensystems in der Braunkohlenindustrie*¹⁴² (vgl. Strauß 1931, 184; Pach 1974, 88) und damit zu einer enormen Erhöhung der Leistung pro Beschäftigtem und einer erneuten Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden ab dem 1. Januar 1924 (vgl. JB BHW 1925, B91).

Da viele Arbeiter, und hier wiederum die besser ausgebildeten, nicht mehr unter dem von der Großindustrie diktierten Arbeitsregime weiterarbeiten wollten und die Betriebe verließen, nahm die Fluktuation erhebliche Ausmaße an, so dass die Personalprobleme zumindest in den großen Betrieben bestehen blieben. Im Kraftwerk hatten 1926/27 z.B. über 600 Arbeiter freiwillig den Betrieb verlassen (vgl. Pach 1974, 109). Um deren Arbeitsplätze neu besetzen zu können, warben ASW-Kundschafter vorrangig in den ländlichen Gebieten Bayerns und Schlesiens Arbeitskräfte an. Neben ihrer finanziellen Genügsamkeit erschien die Unerfahrenheit im Arbeitskampf als Vorteil (vgl. Pach 1974, 114). Von Nachteil war, dass erneut Wohnungen zur Verfügung gestellt werden mussten.

Mit dem Ende der Inflation und der auflebenden Konjunktur im Jahr 1923 bestanden zunehmend wieder Beschäftigungsalternativen in anderen Wirtschaftsbereichen bzw. in der unmittelbaren Wohnumgebung der Arbeiter (das Eisenbahnfahren wurde nun für die weiter entfernt Wohnenden zu teuer, vgl. JB BMW

¹⁴¹ Vgl. z.B. den Stellenabbau in der sächsischen Steinkohle von 38.659 Stellen im Jahr 1923 auf 16.993 im Jahr 1933, d.h. um 56 %, und damit deutlich stärker als im Braunkohlenbergbau mit einem Rückgang von ca. 45 %.

¹⁴² Im Böhlemer Werk waren nach dem Kauf der Aktien des Staatsbetriebes durch den amerikanischen Konzern nach amerikanischem Vorbild sog. "Rationalisatoren" eingesetzt worden. Auf deren Untersuchungen basierend sollen 1924 aus dem Kraftwerk 480 Arbeiter entlassen worden sein (dar. 200 aus dem Tagebau). Trotz des Stellenabbaus wurde im ASW Böhlen zwischen 1925 und 1931 eine enorme Steigerung der Schichtförderleistung um 160 % erreicht (vgl. Pach 1974, 88).

1925, B89; Strauß 1931, 174). Zudem erfolgten in anderen Gewerben Tarifierhöhungen, während im mitteldeutschen Bergbau die zeitlich verzögerte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation zu Lohnsenkungen führte. Zum einen wanderten ungelernte Arbeiter in Gewerbe mit höheren Saisonlöhnen ab, zum anderen gingen gelernte Arbeiter in die nahe Großstadt, wobei eine Rückkehr in die Kohle meist abgelehnt wurde.

So hatten die Rationalisierungen gleichzeitig zu den erwünschten Arbeitereinsparungen und zu unerwünschten Abwanderungen besser Qualifizierter geführt.

Der um 1923 einsetzende Trend zur Arbeitskrafteinsparung brachte somit nur eine vorübergehende Entspannung der Situation und betraf zudem nicht alle Arbeitergruppen gleichermaßen. Insbesondere bestand aus verschiedenen Gründen nach wie vor ein deutlicher Mangel an Facharbeitern.

Die selektiven Abwanderungen verstärkten sich nochmals nach der Novellierung des Reichsknappschaftsgesetzes am 23.6.1923, welche die Rücknahme einiger der bergbauspezifischen sozialen Leistungen beinhaltete (vgl. Bohl 1987, 120f.).

Durch die materielle Gleichstellung der Bergbaubeschäftigten mit anderen Zweigen und die Rücknahme der bergbauspezifischen sozialen Leistungen entfielen wichtige Motive für die Arbeit in der Braunkohlenindustrie, nämlich die soziale und finanzielle Besserstellung.

5.5 Die Formung einer ergebnen Werksgemeinschaft – das Beispiel ASW Böhlen

Der Gedanke der Formung einer Werksgemeinschaft verfolgte in Anlehnung an den Gedanken der Knappschaften die Absicht, dieser „zusammengewürfelten, niedrig qualifizierten Belegschaft“ einen Halt zu geben und zugleich die Produktion möglichst störungsfrei zu gestalten. Dazu trug die Gewährung von Bevorzugungen ebenso bei wie die Vorgabe scharfer Restriktionen.

Von den öffentlichen Unternehmen wurde ganz allgemein die soziale Orientierung gegenüber ihrer Arbeiterschaft eingefordert: Gerechtfertigt wurde dies durch die herausgehobene wirtschaftliche Stellung der Arbeiter der Braunkohlen- und Elektrizitätsindustrie, denn sie waren zur Hauptkraft der auf Mechanisierung beruhenden wirtschaftlichen Entwicklung geworden, was andererseits eben auch zu starker Kontrolle und Handlungseinschränkungen führte.

Die innerbetriebliche Propaganda von der Werksgemeinschaft, die das Leitbild des unpolitischen Menschen, der „das Beste für das Wohl des Ganzen“ (Pach 1974, 124) gab, zielte in Richtung der betrieblichen Verbundenheit vom Arbeiter bis zum Angestellten. Die Aufgabe der mittleren Leitungsebene bestand darin, harmonische Verhältnisse zwischen „oben und unten“ herzustellen, wozu im Kraftwerk sogar die 10 Gebote für leitende und mittlere Angestellte amerikanischer Großbetriebe übernommen wurden. Durch die Propagierung der Sozialpartnerschaft sollte sich der Arbeiter völlig mit dem Betrieb identifizieren, um sowohl die Schaffung eines „unabhängigen“ Arbeiters als auch Aktionen „von unten“ zu verhindern (vgl. Pach 1974, 129f.).

Zugleich änderte die erst nach der Jahrhundertwende gegründete Bergbaugewerkschaft ihre Position aus der Arbeitsstellung immer weiter in die Staats-/Wirtschaftsstellung und sorgte im Sinne des traditionellen Verständnisses der ihr vorangegangenen Knappschaften für eine *Harmonisierung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den in sozialer Hinsicht unruhigen Nachkriegsjahren.*

Zum System der Bevorzugung mit dem Ziel der sozialen Einbindung in die Werksgemeinschaft gehörten im ASW-Werk Böhlen die Werkssparkasse, die Sport- und Kulturarbeit (z.B. Bergkapelle Böhlen), der Wohlfahrtsfond, die Werkswohnungen, das betriebseigene Ferienwesen (vier Ferienheime) und das Werksküchenessen.

Bestandteil dieser Strategie war es auch, bestimmte Teile der Belegschaft finanziell oder sozial besser zu stellen, z.B. mittels Sondervereinbarungen, personengebundenen Gehalten, der Übernahme besonders verdienstvoller Arbeiter in das Angestelltenverhältnis und der Pensionsberechtigung. So wurden die Arbeiter in den Elektrizitätsbereichen insgesamt besser bezahlt und damit sozial höher gestellt als im Abbau.¹⁴³ Unter den Elektrizitätswerkern, speziell denen, die außerhalb der Erzeugerbereiche arbeiteten, *etablierte sich demzufolge schneller eine betriebliche Abhängigkeit oder besser eine Abhängigkeit von den gewährten Vergünstigungen und Sozialleistungen.*

Andere Arbeiter wurden über Landbesitz und Pacht an den Betrieb gebunden, was den besonders unerwünschten Fluktuationen, aber auch Arbeitskämpfen entgegenwirken sollte. Die Bereitstellung einer Werkswohnung war deshalb bestens dazu geeignet, die erforderliche Bindung an den Betrieb¹⁴⁴ zu erzielen, weil die Bergmannswohnungen mietfrei oder gegen eine geringe Miete mit Garten und Ackerland zu haben waren (vgl. D.B.I.V. 1935, 287f.; auch Sudek 1982, 87; Sachse 1994, Kapitel 2 und 3). Um möglichst viele der Facharbeiter im Bergbau zu halten, bekam jeder auf werkseigenem Bruchgelände kostenlos 900 qm Gartenland zur Verfügung gestellt. Zusätzlich konnte auch noch Acker gepachtet werden (vgl. JB BHW 1918, B199f.).

Im Falle der Wohnraumzuweisung an die Arbeiter blieb die bislang im Bergbau praktizierte “produktive Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern” fortbestehen. In den 1920er Jahren entschied eine beim Bergmannswohnstätten-Verein eingesetzte Wohnungskommission, bestehend aus Vertretern beider Gruppen, über die Zuteilung der Wohnungen an die zahlreichen Bewerber. Die Arbeiter hatten zuvor ihre ausgefüllten Fragebögen von Werksleitung und Betriebsvertretung begutachten zu lassen. Außerdem musste jeder, der Mieter werden wollte, im Bergmannsheim-Verein Mitglied sein (vgl. Ehrhardt 1930, X). *Nur jene Arbeiter bekamen eine Wohnung zugewiesen, die sich mehr als loyal ihrem Betrieb gegenüber verhielten bzw. verhalten hatten.* Dies alles trug zu einer starken *Anpassung und Unterordnung bei und verstärkte gleichzeitig elitäre Momente innerhalb der Braunkohlenarbeiterschaft.*

Die *herausgehobene Arbeitsstellung* war aber nicht nur mit Bevorzugungen verbunden, sie *zog auch Beschränkungen nach sich*, weil mit der immer größeren Konzentration der Produktion die Gefahr der flächendeckenden „Lahmlegung“ des öffentlichen Lebens im Falle von Arbeitsniederlegungen zunahm. So verabschiedete der Reichstag nach der Novemberrevolution ein Gesetz, das den Arbeitskampf in jenen Betrieben verbot, die “öffentlichen Interessen” dienten. Um eine kontinuierliche Stromversorgung zu sichern, wurde das für andere Bereiche bestehende Streikrecht eingeschränkt (vgl. dazu Pach 1974, 169ff.). Am 30.9.1919 entstand die Technische Nothilfe, eine Art schnelle Eingreiftruppe der Polizei, die als Streikbrecher in den lebenswichtigen Staatsbetrieben (Gas, Wasser, Elektrizität) eingesetzt werden konnte. Im Staatsbetrieb ASW kam sie zwischen Oktober 1919 und September 1930 genau 366 Mal zum Einsatz. In Verbindung mit den umfassenden Leistungen des betrieblichen Sozialsystems verhinderte dies die Herausbildung eines organisierten, selbstbewussten oder gar politischen Handelns der Arbeiterschaft.

Im Ergebnis dieses abgestuften Systems aus Bevorzugungen und Besserstellungen einerseits und Restriktionen wie dem Streikverbot andererseits sowie der hieraus resultierenden unternehmensorientierten Haltung der Arbeitnehmerorganisation entstanden eher unpolitische, auf materielle Belange konzentrierte und weitgehend unsolidarische Belegschaften.

¹⁴³ Und das ganz einfach deshalb, weil die Kohle im Notfall auch aus anderen sächsischen Tagebauen zugeführt werden, die Stromherstellung aber nur in Böhlen erfolgen konnte.

¹⁴⁴ Etwa 1/3 bis 1/5 der Belegschaft des Kraftwerkes Böhlen konnte in den 1920er Jahren über die Zuweisung einer Betriebswohnung an den Betrieb gebunden werden (vgl. Pach 1974, 122ff.).

Dieses Resultat war darüber hinaus gleichzeitig eine Folge der Rekrutierungspolitik der Braunkohlenunternehmen, denn innerhalb nur weniger Jahre waren aus sozial unterschiedlichen Schichten riesige anonyme Belegschaften gebildet worden. Ferner aber auch eine Folge der sozialen Auswirkungen von Weltwirtschaftskrise und Rationalisierungsprozessen, welche immer wieder zum Verlust industrieller Arbeitsplätze geführt hatten.

5.6 Dörfersterben und Siedlungsbau

Dem Aufbau der Industrieballungen des Bergbaus und seiner Folgeindustrien waren umfangreiche Wanderungsbewegungen immanent gewesen. Damit unterlagen die einst ländlichen Siedlungen, in deren Reichweite der Landkauf durch Staat und Privatunternehmen zum Zwecke der Gewinnung und Weiterverarbeitung der Bodenschätze vonstatten ging, schon seit 1900, stärker jedoch seit 1915 mit dem massenhaften Zuzug von Arbeitern einem gravierenden Wandel, indem diese zu gewerblichen Wohn- und Arbeitsstätten wurden (vgl. auch Mohs 1964, 330). Wie ein Gürtel umschlossen die Stadt Borna um 1910 mehrere wichtige Verarbeitungsstandorte. Die umliegenden Ortschaften hatten sich mit den Fabrikgründungen und mit deren ständigem Ausbau sowie der Schaffung von Arbeiterwohnungen bzw. Unterkünften zu Industriedörfern gewandelt (vgl. Abschnitt 4.6). Am Kraftwerksstandort Böhlen kam es jedoch zu den bisher tiefgreifendsten Wandlungen namentlich der Erwerbstätigenstruktur (vgl. Abschnitt 5.6.2).

Die Ausbreitung der Industrie führte einerseits zum Dörfersterben und zur Aufgabe der landwirtschaftlichen bzw. kleingewerblichen Arbeit, andererseits zur Schaffung von Arbeiterohnsiedlungen, in denen sich die Überagglomeration als negative Form der Arbeitsteilung in einer Bevölkerungsballung von Industriearbeitern zeigte (vgl. Mohs, 1964 315).

5.6.1 Die Landwirtschaft verliert ihr Land und ihre Arbeiter an die Kohle

Der voranschreitende Bergbau verursachte auf mehrfache Weise einen Rückgang der bis dahin wirtschaftlich bedeutsamen bäuerlichen Existenzen (siehe Tabelle 25).

Tabelle 25: Beschäftigte in der Landwirtschaft, Amthauptmannschaft Borna

	Erwerbstätige	dar. in der LW:	
			in % der Erwerbstätigen
1907	38.216	11.763	30,8
mit Angehörigen	79.764	19.983	25,1
1925	51.211	14.111	27,5
mit Angehörigen	90.208	-	-
1933*	37.075	12.223	32,9
mit Angehörigen	94.175	17.279	18,3

Quellen: Stat.JB Kgr. Sachsen 1910, 14, Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 55 und Stat. DR NF Bd. 454,10, 36f. und 56f.

* nur hauptberuflich Erwerbstätige, ohne Erwerbslose

Der Flächenentzug mit dem Entstehen von Großtagebauen nach der Jahrhundertwende, aber auch die Absenkungen des Grundwassers sowie Rauch- und Abwasserschäden erzwangen die Aufgabe der Landwirtschaft und führten somit zu einer indirekten Zuführung von Bauern und Landarbeitern in die industrielle Produktion. Auch der Ankauf von bergbaulichen Vorbehaltsflächen führte zur Schließung von Landwirtschaftsbetrieben und zum Verlust der Arbeit. Durch den Wechsel in die Braunkohle blieb zumindest die Wohnumgebung erhalten (vgl. Zimmermann 1970, 31, siehe Tabelle 25).

Die direkte Abwerbung von Landarbeitern in die Betriebe der Kohlenwirtschaft wurde durch die Zahlung überhöhter Löhne bzw. die Gewährung von Zusatzleistungen forciert¹⁴⁵ (vgl. auch Abschnitt 4.3).

Als Bergschäden traten in Nordwestsachsen Grundwasserveränderungen im Zusammenhang mit der Betreibung von Großtagebauen¹⁴⁶ und nach der Errichtung des Kraftwerks seit etwa 1928 auch Rauch- und Abwasserschäden auf (vgl. Hammerstein 1934, 30ff.; Hönsch 1968, 81ff. und 139ff.).¹⁴⁷ Zeitlich eher und auch gravierender hatte der massive Flächenentzug durch den Tagebaubetrieb zum Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen geführt. Die Beanspruchung riesiger Flächen durch den Braunkohlenabbau führte u.a. zur Vernichtung der Existenzgrundlage der Landwirtschaft und der darauf aufbauenden Gewerbe.

Zum Zeitpunkt der Zählung im Jahr 1907 war die Amthauptmannschaft Borna noch diejenige unter den 27 Amthauptmannschaften Sachsens mit dem höchsten Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche (vgl. Klein 1982, 355f.). Im Jahre 1927 belegte sie nur noch den 2. Rang, gleichzeitig lag sie aber auch schon an dritter Stelle hinsichtlich des Umfangs an "Öd- und Unlandflächen" (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1932/1933, 18), welche dann schließlich im Jahr 1933 vier Prozent der Gesamtfläche der Amthauptmannschaft ausmachten (siehe Tabelle 25; vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1934/1935, 341ff.).

Mit der Ausdehnung des Tagebaus und der Absenkung des Grundwassers verschwanden viele der Wasseradern und damit auch Teiche. Zu jedem Dorf gehörte mindestens ein, meist aber mehrere Teich(e), die von verschiedenen Dorfbewohnern in Pacht genommen oder im Nebenerwerb betrieben worden waren (vgl. dazu verschiedene Beiträge u.a. in Pro Leipzig 1994; Bräutigam 1996, o.A.; Ferstl 1994; Fritzsche 1936). Mit der Zunahme der Anzahl der Tagebaue sank der Wasserspiegel vieler dieser Teiche ab und nach und nach trockneten sie gänzlich aus. In anderen Ortschaften, wie in Thräna, wurde der Dorfteich zur Kläranlage für die Abwasser des Tagebaus einbetoniert, Wasserläufe und Gräben wurden zugeschüttet bzw. verrohrt und als Abwässerleiter genutzt (vgl. Pro Leipzig 1994, 197). Damit ging diese (Neben-)Erwerbsquelle für viele Bauern verloren. Aber auch andere Gewerbe waren auf die Flussläufe angewiesen. Schon 1923 beschwerten sich die Müller in der Nähe von Lobstädt wegen der zu geringen Wasserhöhe der Pleiße und wegen ihrer Wasserqualität bei den Werken, weil sie ihre Mühlen nicht mehr regelmäßig betreiben konnten (z.B. Flößerei und Holzindustrie; vgl. Ferstl 1994, 146ff.).

Die zunächst vorgenommene Verstaatlichung der Kohlenfelder hatte die Erweiterung von Siedlungen, Gärtnereien und Baumschulen nicht verhindern können, deren Entstehung durch den guten Boden und die Absatznähe zu Leipzig begünstigt wurde. So wie das Kohleregul von 1918 das Kohlenunterirdische dem Verfügungsrecht des Grundbesitzers entzogen hatte, sollte nunmehr die Landesplanung die Nutzung des Oberirdischen zum Bau von Siedlungen, zur Anlage von Baumschulen oder zur Betreibung landwirtschaftlicher Gewerbe verhindern (vgl. Hönsch 1973, 208 und 1968, 52).

Im Rahmen der Flächenaufteilungspläne entschied die sächsische Landesplanung immer öfter im Sinne des "öffentlichen Interesses" für den Kohlenabbau und selten für andere Arten der Bebauung bzw.

¹⁴⁵ Die Löhne im Werk Espenhain waren höher als in den anderen ASW-Werken und lagen sogar über dem Reichsdurchschnitt infolge der Industriedichte im Leipziger Raum.

¹⁴⁶ Im Jahr 1922 wurde die erste Hochspülhalde nahe Böhlen errichtet. Staunässe auf den Feldern und Überschwemmungen in den Kellern waren die Folge. Im Juni 1927 führte ein Dammbruch dazu, dass sich 750.000 qm Schlammassen über die umliegenden Fluren und Siedlungen ergossen. Wäre es in den Nachtstunden zum Dammbruch gekommen, dann hätten viele Einwohner die Katastrophe nicht überlebt. Zumindest die Felder waren auf absehbare Zeit nicht mehr nutzbar.

¹⁴⁷ Durch die Abwässer kam es z.B. zu Ablagerungen von Kohlenschlamm und giftigen Rückständen in den zahlreichen Windungen der Flussläufe. Bei den jährlichen Überflutungen gelangten diese Ablagerungen auf die Felder und Weiden und "beim Zurücktreten des Flusses bedeckte eine schwarze Kruste Wiesen und sonstige Flächen auf weite Strecken" und machte sie für eine landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar (Hammerstein 1934, 35).

Nutzung. In den Auseinandersetzungen um den südlich von Leipzig gelegenen Harth-Wald trafen die stark divergierenden Interessen von Bergbau und Staat einerseits und den Gemeinden der Region einschließlich der Großstadt Leipzig andererseits aufeinander. Das beliebteste Ausflugsziel der Leipziger, der Harth-Wald, wurde 1924 zur Abholzung frei gegeben. Ausschlaggebend für die Entscheidung war das Einspruchrecht des ausländischen Finanzkapitals, welches durch seine Dollar-Anleihen wesentlichen Einfluss auf die sächsische Energiegewinnung ausübte (vgl. Zimmermann 1970, 33; Hönsch 1973, 209; Bischoff u.a. 1995, 25ff.). Mehrere Gartenlokale und andere touristische Einrichtungen stellten den Betrieb in den folgenden Jahren ein.

Um Nutzungskonflikte in der Zukunft auszuschalten, entstand der Flächenaufteilungsplan, der jeder Fläche ihre Nutzung zuschrieb und den ungestörten Aufbau der Braunkohlenwirtschaft sowie die Schaffung einer autarken Energiebasis ermöglichen sollte, „denn es ist heute nicht mehr zu verantworten, wenn unsere Verkehrs- und Wirtschaftsunternehmungen in ihrer Leistungssteigerung durch unzeitgemäße Bebauungs- und Besiedlungspläne und die damit verbundene Wertsteigerung des Grund und Bodens gehemmt werden“ (Mackowsky 1930, XIX). Die Arbeit am detaillierten „Flächenaufteilungsplan für das Bornaer Braunkohlenrevier“ wurde 1928 begonnen und berücksichtigte in besonderem Maße die Interessen des Bergbaus, an erster Stelle die Interessen des Großkraftwerkes Böhlen. Der Plan bezog auch den „vaterländischen Gedanken der Förderung der Dezentralisation“ ein und sah in bestehenden Siedlungen den ausgedehnten Bau von „Trabantenstädten“ vor (vgl. Mohs 1964, 236ff.; Hönsch 1973, 209).

Gemäß der „Landesplanung für das westsächsische Braunkohlengebiet“ von 1925¹⁴⁸ sollten die Bergbauvorbehaltsflächen weitgehend von Bebauungen freigehalten werden und zugleich wurde über eine Reihe von infrastrukturellen Maßnahmen wie dem Bau von Verkehrswegen den Interessen der Braunkohlenwirtschaft entgegen gekommen.

Tabelle 26: Flächennutzung in der Amthauptmannschaft Borna

	Fläche in ha	Nutzungsformen in %					
		Landw.	Forst	Haus/Hof	Öd-/Unland*	Wege	Gewässer
1880	55.030	85,9	9,95	0,8	0,97	2,3	0,9
1893	54.225	89	6,75	1	0,25	2	-
1910	54.876	88,3	6,28	-	-	-	-
1927	55.235	85	6,25	1,5	3,5	2,25	-
1933	55.049,5	82,5	5,79	2,87	4,07	-	0,9

Quellen: Stat. JB Kgr. Sachsen 1880, 62ff.; Hammerstein 1934, 25; Klein 1982, 355; Sinkwitz 1935, 30; Z.Sächs.Stat.LA 1932/1933, 18 und 1934/35, 341ff.

* der Bergbau entspricht im wesentlichen der unter Öd- und Unland aufgeführten Fläche (Tagebaue, Halden, ungenutzte aufgefüllte Flächen, Einbruchgebiete, vgl. auch Hammerstein 1934, 25; Sinkwitz 1935, 34f.)

Wird das Phänomen der Flächenumnutzung etwas differenzierter nach Gemeinden betrachtet, dann zeigt sich, dass in einzelnen Orten der Anteil an vom Bergbau beeinflussten Flächen schon 1925 bei über 50 % lag, in den meisten Gemeinden diese „Nutzungsart“ aber überhaupt noch keine Rolle spielte (siehe Tabelle 27). Die differenzierte Betrachtung zeigt auch, dass der Flächenentzug durch den Bergbau in den ersten Abbauperioden, also bis etwa 1905/1910, sehr gering bzw. auf kleinere Gebiete beschränkt war (vgl. Kapitel 3 und 4). Der noch vorwiegend betriebene Tiefbau hatte kaum zu nachhaltigen

¹⁴⁸ Im Jahr 1925 begannen die Arbeiten an einem Wirtschafts- und Siedlungsplan als Flächenaufteilungsplan. Es entstanden u.a. Karten zu Industriestandorten und zur Pendelwanderung für die Amthauptmannschaften Leipzig, Borna und Grimma. Erst 1939 lag die „Verordnung über die Baubeschränkung zur Sicherung der Gewinnung von Bodenschätzen“ vor (vgl. Hönsch 1973, 208f.).

Veränderungen in der traditionellen Flächennutzung geführt. Nach der Auskohlung der Gruben konnten die darüber liegenden Flurstücke zum überwiegenden Teil wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden, so zu sehen an der Flächennutzung in den frühen Abbaugemeinden Dittmannsdorf und Eula (vgl. Abschnitt 3.1; siehe Tabelle 27, Gruppe a). Auch für die Gemeinden Benndorf, Bubendorf und Eschefeld, einem weiteren Schwerpunkt des Abbaus im 19. Jahrhundert, umfassten die Ödlandflächen aufgrund der bergbaulichen Beeinträchtigungen lediglich 6-8 % der Gesamtfläche.

Tabelle 27: Die Standorte der Kohlenunternehmen und die Flächennutzung in diesen Gemeinden 1931m (in ha) sowie der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten 1933

Gemeinde	Gesamt- fläche	darunter					Erwerbstätige in der Land- Wirtschaft, Anteil an der Bevölkerung	
		landwirtschaftlich genutzte Fläche			Öd- und Unland			
		Gesamt		darunter Obstplantagen Baumschulen	hier: Bergbau			
in ha	in %	in ha	in ha	in %	in %			
a) Gemeinden mit Kohlenabbau bis 1880/1885								
Dittmannsdorf	347,12	307,15	88,5	10,15	4,32	1,2	41,1	
Eula	322,05	297,5	92,4	10,64	0,5	0,2	23,2	
b) ab 1885 im Industrialisierungsgebiet / Zone I								
Borna	1298,49	957,50	73,7	59,50	127,60	9,8	1,9	
Gnandorf	169,35	99,50	58,7	2,00	60,42	35,7	8,4	
Neukirchen	376,25	339,43	90,2	15,15	8,17	2,2*	11,7	
Wyhra	607,96	422,00	69,4	8,30	153,76	25,3	12,4	
Blumroda	624,37	306,53	49,1	5,00	54,00	8,6*	17,0	
Regis-Breitingen	1110,08	743,50	67,0	41,00	225,22	20,3	8,0	
Ramsdorf	525,47	466,20	88,7	14,70	33,44	6,4*	13,9	
Breunsdorf	624,37	575,80	92,2	12,00	20,77	3,3*	32,8	
Deutzen	479,75	370,61	77,2	7,83	93,35	19,5	3,8	
Großzossen	334,82	112,56	33,6	6,51	161,96	48,4	2,8	
Lobstädt	616,17	305,27	49,5	6,00	262,37	42,6	5,4	
Witznitz	348,62	189,80	54,4	6,80	134,55	38,6	11,7	
Thräna							7,9	
c) etwa seit 1918 in den Industrialisierungsprozeß einbezogen / Zone II								
Böhlen	443,00	267,26	60,3	49,56	112,39	25,4	3,9	
Lippendorf	89,32	20,02	22,4	1,44	66,69	74,8	0,8	
Spahnsdorf	168,21	62,19	37,0	3,26	102,91	61,2	19,7	
Pürsten	331,1	227,2	68,6	8,00	65,1	19,7	6,8	

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1932/1933, 73ff., 1934/35, 16ff.

* Die Kohle wurde entweder auf den Flurstücken anderer Gemeinden abgebaut, wie im Falle der Brikettfabrik Neukirchen mit Tagebau Wyhra, oder im Tiefbau gewonnen, wie im Falle der Brikettfabrik Breunsdorf.

Dagegen beanspruchte der zu Beginn des 20. Jahrhunderts betriebene oberflächliche Abbau oft schon um die 20% und in einigen Fällen sogar zwischen 40 % und 50 % der Flächen der betroffenen Ortschaften bzw. es wurden große Areale für den späteren Abbau reserviert (Vorbehaltsflächen) und gingen deshalb für landwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzungen verloren (siehe Tabelle 27, Gruppe b, Zone I).

Noch drastischer fiel die Inanspruchnahme von Flächen nach dem Bau des ersten Industriekomplexes, des Kraftwerkes in Böhlen, aus. Die Flächen der angrenzenden kleineren Gemeinden wurden fast vollständig

durch den Staat für den Bau des Großkraftwerkes und zur Betreibung des damals größten Tagebaus der Welt aufgekauft (siehe Tabelle 27, Gruppe c, Zone II).

Je mehr sich also der Tagebaubetrieb durchsetzte und je größer die Verarbeitungsanlagen wurden, desto weniger Flächen blieben für eine andere Nutzung und somit auch für andere Formen der Beschäftigung bestehen.

Zwischen 1893 und 1925 lässt sich nicht nur ein Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen, sondern auch ein Rückgang einzelner landwirtschaftlicher Betriebsgrößen erkennen. Lediglich drei Größenordnungen hatten entweder ihren Bestand erhalten können, bzw. sogar eine Zunahme aufzuweisen: zum einen waren dies die kleinsten Parzellen bis 0,05 ha, zum zweiten die kleinen Mittelbetriebe zw. 5/10 und 20 ha und drittens die Großbetriebe über 200 ha (vgl. Hammerstein 1934, 75). Verluste hatten demnach die Kleinbetriebe bis 10 ha, die großen Mittelbetriebe zwischen 20 und 50 ha bzw. 50 bis 100 ha sowie die Großbetriebe mit 100 bis 200 ha aufzuweisen.

Von den vorhandenen Rittergütern erreichten 10 mehr als 200 ha (bis zu 657 ha groß), acht waren zwischen 100 und 200 ha, und nur sechs umfassten weniger als 100 ha (das kleinste 1 ha). In zunehmendem Maße hatten Handels- und Manufakturkapitalisten, reich gewordene Stadtbürger, in dieser Region Grundbesitz erworben. Den alten Adelsfamilien gehörten meist die größeren bzw. mehrere Rittergüter, denen häufig noch industrielle Nebenbetriebe wie Zuckerfabriken, Ziegeleien und Kellereien angeschlossen waren (vgl. Heimatblätter des Bornaer Landes 1995, 61ff.).

Die kleinsten Parzellen der Größenklasse bis 0,5 ha (500 qm), d.h. die Gärten, verdankten ihre besondere Ausdehnung hauptsächlich der erhöhten Bau- und Siedlungstätigkeit zur Unterbringung der vornehmlich industriellen Bevölkerung. Die zunehmende Parzellierung (1907: 0,09 % 1925: 2,4 % von 100 ha) in reinen Wohnsiedlungen war ein Ergebnis der Wohnungsnot in Borna in der Kriegs- und Nachkriegszeit, welche durch die rasche Entwicklung der Braunkohlenindustrie hervorgerufen worden war. Die gärtnerische Tätigkeit sowie die Viehhaltung der Bewohner dieser Wohnsiedlungen gewannen in den krisenhaften Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit an Bedeutung (vgl. Hammerstein 1934, 74f.). Ab 1924/25 gehörten solche Nutzflächen bei den Siedlungsbauten dagegen nicht mehr zu jeder Wohnung bzw. wurden von ca. 600 auf nur noch 100 bis 250 qm Gartenland verkleinert oder die Vorgärten der Reihenhäuser wurden zu Nutzgärten (z.B. in der Arbeitersiedlung Deutzen). Dennoch wurde den Arbeitern in den meisten Fällen eine Nebenerwerbswirtschaft ermöglicht. Dies vor allem deshalb, weil der standortgebundene Bau der Betriebe im ländlichen Raum es mit sich brachte, dass die Mehrzahl der Arbeiter in Dörfern oder dörflichen Siedlungen untergebracht wurde. Der Kinderreichtum der Familien¹⁴⁹ sowie das durch Krieg und Inflation verminderte Einkommen steigerten deren Interesse an der Bewirtschaftung von Gärten oder kleinen Feldern zur Selbstversorgung. Seitens der Unternehmen wurde bewusst an die bergbauliche Tradition der Landbewirtschaftung im Nebenerwerb angeknüpft, um den Zuzug dieser Arbeitergruppe stärker zu fördern.

Gleichzeitig wurde damit eine andere soziale Gruppe stärker als bisher auf die Kohlenindustrie aufmerksam: die Landarbeiter, denn diese konnten so das bisher geführte ländliche Leben in gewissem Umfang beibehalten (vgl. Röllig 1928, 69f.; Hasselblatt 1938, 17 und 32ff.).

Knapp 37 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfielen 1925 auf Betriebe zwischen 5 und 20 ha. Diese mittelbäuerlichen Betriebe überwogen auch in den folgenden Jahren noch (vgl. Hammerstein 1934, 74; Bornaer Heimatblätter 5/1995). Sie konnten bestehen, weil sie als Familienbetriebe fast ohne fremde

¹⁴⁹ Im Jahr 1933 lag der Anteil an unter 14-jährigen in Borna bei 25,4 % (Sachsen 20,2 %), derjenige der 14- bis 65-jährigen dagegen nur bei 67,8 % (vgl. Sachsen 72,4 %; vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1934).

Hilfe zu halten waren und weil sie zugleich groß genug waren, um entsprechende Technik einsetzen zu können.

Die Flächenzunahme der Betriebe über 200 ha von ca. neun auf elf Prozent hatte mehrere Ursachen. Zum einen geht sie auf den Einsatz geeigneter Maschinen (Dampf- und Kraftpflüge) und billiger Lohnarbeit zurück, zum anderen auf den Ankauf von kleinbäuerlichen Wirtschaften zwischen 0,5 und 5 ha, welche sich aufgrund gestiegener Ansprüche an die Lebenshaltung, Abwanderungen oder erhöhter Belastung des Grund und Bodens nicht mehr behaupten konnten (vgl. Hammerstein 1934, 75). Die Besitzer verkauften ihre Wirtschaften bzw. einen Teil derselben oder verkauften bzw. verpachteten zumindest die Felder und gingen in die Industrie. Während der kleinbäuerliche Besitz den früheren Generationen einen sicheren Lebensunterhalt bei geringen Ansprüchen bot, konnte er nunmehr nur noch als landwirtschaftlicher Nebenerwerb betrieben werden. Der ererbte Hof war oft nur noch durch die Übernahme einer Tätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft zu halten (vgl. Hammerstein 1934, 41). Die leichteren Lebensbedingungen in anderen Berufen veranlassten die jüngeren Generationen zugleich häufiger zur Abwanderung von der Scholle, „die den Vätern früher ein ausreichendes Dasein geboten hatte“ (Hammerstein 1934, 42).

Die staatlichen Flächenaufkäufe und Zwangsenteignungen auf der Grundlage der gesetzlichen Regelungen von 1918 bzw. 1919 zum Zwecke des späteren Kohlenabbaus im „Interesse der Allgemeinheit“ führten ebenfalls zur Schaffung großer Güter. In den Besitz der Flächen für den Tagebau und das Kraftwerk in Böhlen, hauptsächlich auf den Fluren Lippendorfs und Spahnsdorfs gelegen, gelangte der Staat z.T. nur durch direkten Tausch mit Feldern bereits erworbener Güter in umliegenden Ortschaften. Die im Tausch erhaltenen und durch Ankauf erworbenen Fluren wurden zu einem neuen Rittergut zusammengeschlossen. Dieses hatte dann jedes Jahr Landabgaben an den Tagebau zu leisten. Durch Tausch und Kauf, Enteignung und Zusammenlegung entstanden so große (Staats-)Güter, über deren Land der Bergbau jederzeit verfügen konnte (vgl. Hönsch 1968, 43ff.).

Was die größeren mittelbäuerlichen Wirtschaften zwischen 20 und 50 ha bzw. zwischen 50 und 100 ha und die Großbetriebe mit 100 bis 200 ha betrifft, so lagen diese häufig in den weniger fruchtbaren, dafür aber kohlenreichen Gebieten westlich und nördlich Bornas und fielen demzufolge dem Kohlenabbau zum Opfer. Die Bauernwirtschaften dieser Größenordnungen traten in direkter Folge der bergbaulichen Ausdehnung immer weiter zurück.

Diese Prozesse zogen wiederum Veränderungen in den Dörfern und den dörflichen Strukturen nach sich. Die Bauern des Dorfes Deutzen verkauften etwa Anfang der 1930er Jahre freiwillig ihre Güter, nachdem sie seit etwa 1910 durch die Betreibung des Tagebaus allmählich ihrer Felder beraubt worden waren. Da ihnen damit ihre bisherige Existenzgrundlage entzogen worden war, verließen sie entweder den Ort oder gingen ins Werk (die Brikettfabrik Kraft II einschl. Tagebau; vgl. Bräutigam 1996, o.A.; Pro Leipzig 1994, 81).

Auch die Dorfflur von Großzössen wurde seit 1907 unaufhörlich vom Tagebau beschnitten. Im Jahr 1930 entfielen 52 % der Fläche auf Öd- und Unland. Zur landwirtschaftlichen Nutzung verblieben dagegen nur noch 31 % der Flächen. Der Kohlenabbau reichte bald schon bis dicht an das Dorf heran, so dass auch dort viele Bauern ihre Höfe verließen (siehe Tabelle 27).

Der ständig zu befürchtende Verlust des Grundbesitzes aufgrund des staatlich forcierten Flächenankaufs durch die Kohlenunternehmen veränderte auch die gefühlsmäßige Einstellung der Landwirte. Zum Gefühl der Verbundenheit trat eine gewisse spekulative Einstellung (vgl. Hammerstein 1934, 71).

Tabelle 28: Wiederverwendung ausgekohelter Grubenteile, Bergamtsbezirk Leipzig

	1923	1925	1927	1929
abgebaute Tagebaufläche in ha	486	535	791	916
hiervon rekultiviert in %	19,3	27,3	28,3	26,6

Quelle: Hammerstein 1934, 28

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ging nicht nur mehr Fläche verloren, sondern aufgrund des sich ausweitenden und schnelleren Abbaus ging der Anteil an rekultivierter bzw. (land-)wirtschaftlich wieder nutzbarer Fläche ebenfalls zurück (siehe Tabelle 28).

Aus den landwirtschaftlichen Betrieben der Region strömten dem Bergbau nun in zunehmendem Maße frei werdende Arbeiter, aber auch Bauern zu, deren Felder durch den Ankauf der Braunkohle ihrer ursprünglichen Nutzung entzogen worden waren, und die deshalb einer anderen Beschäftigung nachgehen mussten.

Neben der erzwungenen Aufgabe von Landwirtschaft, Obst- und Gemüseanbau durch den rasch voranschreitenden Flächenentzug kam es zu ökonomisch motivierten, freiwilligen Wechseln von Landarbeitern (vgl. dazu auch Kapitel 4; vgl. Hammerstein 1934, 67ff.f.).

Tabelle 29: Arbeiterlöhne im Vergleich, jährlicher Verdienst in Reichsmark

	Landarbeiterlöhne in Nordwestsachsen			durchschn. Verdienst im Bergbau in RM
	Geld in RM	Deputat in RM	Summe in RM	über Tage
1913	865,00	195,00	1.060,00	1.271
1925	847,58	464,00	1.311,58	1.989
1930	1.091,65	449,50	1.541,15	2.274*

Quelle: Hammerstein 1934, 67f.; JB BHW 1914, 1926, 1931

* errechnet bei 300 Schichten/Jahr (Angabe des Arbeitgeberverbandes)

Für die Landarbeiterjugend gaben die höheren Geldeinkommen, die im Vergleich zur Landarbeit leichtere und bequemere, weil stärker mechanisierte Arbeitsweise und die größere persönliche Freiheit in der Industrie die entscheidenden Anstöße zum Wechsel, von welchem in zunehmendem Maße auch ein beruflicher und sozialer Aufstieg erwartet wurde. Die höheren Löhne stellten allerdings hierbei den wichtigsten Anreiz dar.

Zunächst zogen die landwirtschaftlichen Betriebe mit der Lohnhöhe nach, um ihre Arbeiter zu halten. Damit stiegen aber die Erzeugerkosten und die Einnahmen der Landwirte sanken. Um die in die Industrie abgewanderten Arbeiter zu ersetzen, wurden deshalb immer seltener neue Wanderarbeiter aus dem Osten angeworben, sondern anstelle der teuren Arbeiter kamen Maschinen zum Einsatz. Das vermehrte Arbeitsangebot und das höhere Lohnniveau in der Braunkohle hatte die Landwirtschaft damit auch zur Produktionsumstellung gezwungen. Durch die Mechanisierung, den Einsatz neuer Produktionsmethoden und nicht zuletzt, weil ein Teil der Bauern die billigen Wanderarbeiter den etwas teureren ortsansässigen Landarbeitern vorgezogen hatte, sahen die Letzteren wiederum ihre Stellung bedroht. Dies führte dazu, dass sich die Kinder der ländlichen Bevölkerung, welche nicht den Besitz übernehmen konnten, mit den immer geringer werdenden Chancen auf eine Tätigkeit in der Landwirtschaft stärker auf einen Wechsel in die Industrie orientierten. Die Nähe der Industriestandorte zum dörflichen Wohnort und das Vorhandensein eines Bahnanschlusses erleichterten es ihnen, einen gewerblichen Beruf zu ergreifen.

In den Anfangsjahren, als der Umfang des im Abbau benötigten Personals noch relativ gering war, übernahmen die ehemaligen Landarbeiter im wesentlichen noch die unqualifizierten Arbeiten. Diese

Fixierung auf die einfachen Arbeiten konnte nach der Arbeitskräfteexplosion zwischen 1910 und 1925 nicht mehr aufrecht erhalten werden. Zudem ließen sich die einheimischen Bauern nicht konfliktlos bzw. widerstandslos die „schlechtesten“ Arbeitsplätze zuweisen.

Auch wenn die Landarbeiter und Bauern weiter vornehmlich gewerbliche Arbeiten verrichteten, die körperliche Kraft erforderten¹⁵⁰ (vgl. dazu Hainisch, 1924, 36ff.), blieb die Übernahme der Maschinenarbeiten nun nicht mehr ausschließlich auf die Proletarierkinder und ihre Folgegenerationen beschränkt. Damit unterschied sich diese Arbeitergruppe erheblich von den meisten anderen Arbeitergruppen, wo sich nicht einmal der angelernte Arbeiter aus der Landbevölkerung rekrutierte, weil deren Aufstieg aus der ungelernten Arbeiterschaft nicht möglich war (vgl. dazu Hainisch 1924, 38).¹⁵¹

Vor ähnlichen Problemen wie die Landwirtschaft standen auch die ländlichen Kaufleute und Handwerker, deren Gehilfen aus denselben Gründen abwanderten oder deren klein- und mittelständische Unternehmen der industriellen Konkurrenz nicht mehr gewachsen waren, so dass sich selbst die Meister andere Erwerbsmöglichkeiten suchen mußten.

5.6.2 *Zuwanderung und Siedlungsbau im Braunkohlenrevier*

Einheimische Landarbeiter und Bauern bildeten zwar nun schon einen wichtigen Teil der Belegschaften in den Braunkohlenwerken, die Zuwanderung von gewerblichen Arbeitern übertraf deren Umfang jedoch auch weiterhin. Die Zuwanderungen aus den strukturschwachen Regionen Sachsens und aus einigen ostpreußischen Gebieten spielten für den Aufbau der Großindustrie eine bedeutende Rolle. Zwischen 1913 und 1930 wanderten etwa 3.000 der im Bergbau beschäftigten Arbeiter aus den schlesischen Gebieten zu (vgl. Hammerstein 1934, 66). Die in der sächsischen Wirtschaft nach 1918 zu verzeichnende Krisensituation beschleunigte den Zuzug von Industriearbeitern aus dem Erzgebirgsraum oder der Sächsischen Schweiz. Dabei stand einer großen Anzahl von Arbeitern mit einer ländlichen oder kleinstädtischen Herkunft eine geringe Zahl von Arbeitern aus eher städtischen bzw. großstädtischen Siedlungen gegenüber (vgl. Mohs 1964, 233ff.; Hasselblatt 1938, 31ff.).

Auch die gute Bahnanbindung des gesamten Kohlengebietes führte nicht dazu, dass sich der Arbeiterverkehr von der Stadt Leipzig her erhöhte. Während die auf der Braunkohle angesiedelte Industrie westlich von Leipzig zu einem verstärkten Arbeiterverkehr geführt hatte, verdichtete sich der Personenverkehr zwischen Leipzig und Borna bis Ende der 1920er Jahre nicht. Der Bayerische Bahnhof, welcher den Verkehr aus dem südlichen Umland vermittelte, beförderte auch weiterhin vorzugsweise Pendler aus den wohlhabenden Vororten, Angehörige freier und wissenschaftlicher Berufe, Geschäftsleute, Angestellte und Beamte nach Leipzig (vgl. Schulze 1932, 84f. und 88), aber keine Arbeiter aus Leipzig in die Industriebetriebe des südlichen Umlandes. Für die Gründe liegen nur einige Anhaltspunkte vor. Neben den zu teuren Bahnfahrten waren es wohl vor allem die geringe Attraktivität der Tätigkeiten selber sowie der geringe Grad der beruflichen Qualifikationsanforderungen im Braunkohlenbergbau (vgl. Stat. DR NF Bd. 408, 180ff.; JB BHW 1925, B89; Schulze 1932, 85f.). Daneben schreckten die bestehenden Restriktionen und die erwartete Loyalität dem Staat gegenüber, der in Gestalt der Braunkohlenunternehmen auftrat, von einer Beschäftigungsaufnahme in der Kohle ebenso ab, wie das ländliche Umfeld, dem einige der mittlerweile in Leipzig ansässigen Arbeiter ja mitunter

¹⁵⁰ Dieser Einsatz der Landleute „erklärt sich ... aus ihren früheren Lebensbedingungen, der beschaulichen langsamen Lebensweise mit ihrer Nichtberücksichtigung der Zeit, welche die Leute ebenso wenig für die streng auf Pünktlichkeit haltende Fabrikdisziplin im allgemeinen, wie für das starke Aufmerken, dass die Maschine erfordert, geeignet macht“ (vgl. hierzu die Literaturangaben und Beispiele in Hainisch 1924, 30ff.).

¹⁵¹ Wie andere Sozialwissenschaftler auch kam Weber in seinen Untersuchungen zu dem Schluß, „ein Hinausschreiten über die Schicht des Proletariats finde nicht statt, ein avancieren sei nur im Rahmen der Klasse möglich“ (Hainisch 1924, 38).

gerade erst entkommen waren.

Was auf die zuwandernden Bergarbeiter und Landarbeiter eher anziehend wirkte, das gegebene ländliche Umfeld der Braunkohlenindustrie, stieß die junge Stadtbevölkerung aus Leipzig eher ab.

Tabelle 30: Die Bevölkerungsentwicklung in der Amthauptmannschaft Borna während der zweiten Industrialisierungsphase

Jahr	Ahm. Borna *	bestehend aus den Kreisen:					
		Borna*	Saldo	pro Jahr	Geithain	Saldo	pro Jahr
1910	84.480	58.529			25.951		
1919	88.593	62.965	4.436	493	25.628	-323	-36
1925	93.262	66.603	3.638	606	26.659	1.083	180,5
1933	98.667	71.228	4.625	578	27.439	780	97,5
gesamt			12.699	552		1.540	67

Quelle: eigene Berechnungen, zusammengestellt aus versch. Jahrgängen der Z.Sächs.Stat.LA
* zuzüglich jener sächsischen Gemeinden, die bis 1952 nicht zum Kreis Borna gehörten

Die bislang größte Bevölkerungszunahme von 115 % geht sowohl auf diese Zuwanderungen als auch auf Geburtenüberschüsse zurück und fällt mit der bislang stärksten industriellen Entwicklung zwischen 1919 und 1933 zusammen (siehe Tabelle 30).

Die Bevölkerungsdichte des Kreisgebietes Borna stieg seit 1910 kontinuierlich an, d.h. von 232 EW pro qkm auf etwa 271 Einwohner pro qkm im Jahr 1933. Im Gebiet der Amthauptmannschaft fiel der Anstieg im Vergleich dazu deutlich geringer aus, so dass 1933 im Gebiet der Amthauptmannschaft (also Borna und Geithain) etwa 100 Menschen weniger pro qkm wohnten als im Kreisgebiet Borna (mit Böhlen und Thräna), womit sich beide Teilgebiete, was die Dichte der Bevölkerung angeht, in diesen etwa 20 Jahren deutlich gegenläufig entwickelt hatten (siehe Tabelle 30). Dies bedeutet allerdings nichts anderes, als dass sich *die in den amtlichen Statistiken ausgewiesene Bevölkerungszunahme auf die in den Industrialisierungsprozess einbezogenen Räume beschränkt hatte.*

Obwohl auch in der amtlichen Statistik für die Amthauptmannschaft Borna ein negativer Wanderungssaldo ausgewiesen wurde, kam es in einigen Teilgebieten dennoch zu umfangreichen Zuwanderungen.

Dabei wurden die anhaltenden Verluste an ländlicher Bevölkerung in den ländlichen Teilgebieten durch die Zuwanderung einer ganz spezifischen Erwerbsbevölkerung, den jungen Industriearbeitern, in die schnell wachsenden Arbeitergemeinden um Borna, Regis und Böhlen kompensiert.

In der amtlichen Wanderungsstatistik wurde der Ort Böhlen ebenso wie das Bergarbeiterdorf Thräna nicht berücksichtigt, da Böhlen noch der Amthauptmannschaft Leipzig-Land zugeordnet war und Thräna dem Land Thüringen angehörte. Das starke Bevölkerungswachstum und die hohe Bevölkerungsdichte im (späteren) Kreisgebiet ist jedoch auf die Einbeziehung dieser Gemeinden in meine Berechnungen zurückzuführen (vgl. Abschnitt 2.1). Denn während in der Amthauptmannschaft zwischen 1910 und 1925 ein Wanderungsverlust von immerhin 1.108 Personen festgestellt wurde (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1926 und 1927, 34/35), war Böhlen im gleichen Zeitraum um 600 Einwohner stärker geworden. Aber auch in den anderen Orten, die sich zu Industriearbeiterwohnorten gewandelt hatten, lebten 1933 im Durchschnitt etwa 50 Prozent mehr Einwohner als noch 1910 (Zuwachs zwischen 20 und 250 %, siehe Tabelle 33 und 35).

Allein die Stadt Borna hatte einen wanderungsbedingten Bevölkerungsgewinn von 1.148 Personen (vgl. Stat. DR NF Bd. 451, 152f.). In den Folgejahren bis 1933 lagen die Wanderungsverluste der

Amthauptmannschaft mit 2.195 sogar noch höher (vgl. Z.Sächs.Stat. LA 1934/35, 4), vor allem weil sich die Bevölkerungszunahme in den Industriegemeinden verlangsamt hatte, so dass die Wegzüge aus den ländlichen Teilgebieten nicht mehr im selben Umfang durch Zuzüge von Arbeitskräften für die Industrie ausgeglichen wurden. Die durchschnittliche Zunahme lag nun auch in diesen Gemeinden nur noch bei etwa 5 bis 10 Prozent (siehe Tabelle 33 und 35).

Einen positiver Neben- bzw. Folgeeffekt der kontinuierlichen Zuwanderung von jungen Arbeitern stellte der hohe Geburtenüberschuss¹⁵² in der Amthauptmannschaft Borna im gesamten Zeitraum dar. Zwischen 1910 und 1925 betrug dieser 9.164, bis 1933 noch einmal 6.216 Personen, insgesamt waren es also 15.380 mehr Geborene als Gestorbene (vgl. Z.Sächs.Stat. LA 1926 und 1927 sowie 1934/1935; zu den Zuzügen vgl. Abschnitt 4.4).

Die ständige Vergrößerung der Belegschaft im neuen Großkraftwerk ließ die Anzahl der Kinder der Kraftwerksarbeiter derart ansteigen, dass dieselben z.T. im Bahnhofsgasthof unterrichtet werden mussten. Bis 1910 war eine Vierklassen Schule für Böhlen ausreichend, bis 1921 eine sechsklassige und danach wurde zur achtklassigen übergegangen (vgl. Fritzsche 1936, 34). Die Folgegenerationen der seit den 1890er Jahren, insbesondere aber der nach dem Krieg zugezogenen Arbeiter übernahmen in den 1920er und 1930/1940er Jahren wichtige Positionen in der Industrie und bildeten einen Teil der Stammbesellschaften.

Wie schon zwischen 1890 und 1910 profitierte somit auch zwischen 1910 und 1933 das spätere Kreisgebiet Borna mit seinen Industrieansiedlungen wesentlich stärker von den Zuzügen und vor allem den Geburtenüberschüssen als der landwirtschaftlich geprägte Teilraum um Geithain (siehe Tabelle 30).

Die seit Aufnahme der Brikettierung einsetzende starke industrielle Entwicklung begann den Wohnungsbau bald zu überfordern. Schon vor dem Krieg war im Bornaer Revier Wohnungsnot festzustellen. Die nach 1920 einsetzende technische Rationalisierung der gesamten gewerblichen Produktion erforderte bald schon eine kontinuierliche Energie- und Brennstofflieferung, so dass im Brennstoff- und Energiebereich völlig auf Saisonarbeitskräfte verzichtet werden musste, mit dem Ziel sich „bis hin zum Abraum eine vollwertige Stammbesellschaft zu verschaffen“ (Bohl 1987, 125).¹⁵³ Die für die niedrig bezahlten Beschäftigten eingesetzten Saisonkräfte und Fremdarbeiter waren bis dahin überwiegend in den Barackenunterkünften einquartiert worden (vgl. auch Abschnitt 5.4). Die erforderliche Unterbringung dieser Arbeiter in unmittelbarer Umgebung der Werke durch den Bau von Wohnungen und Sozialgebäuden stand nun neben der Sesshaftmachung der in den Nachkriegsjahren stark expandierten Stammbesellschaften auf der Tagesordnung (vgl. Oehme 1935, 1ff).

Der betriebliche Wohnungsbau führte nur zur punktuellen Entspannung der Wohnungssituation, weil nicht alle Werke Geld dafür aufbringen konnten oder wollten. Die in vielen deutschen Bergbaubezirken besonders krasse Wohnungsnot ließ es sinnvoll erscheinen, den Bau von Wohnungen und Unterkünften durch einen geringen Aufschlag auf den Kohlenpreis zu unterstützen. Deshalb wurde im Januar 1920 eine „Bestimmung über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen“ erlassen. Im April 1920 wurde in diesem Zusammenhang die Bergmanns-Wohnstättengesellschaft Borna m.b.H.¹⁵⁴ gegründet, womit die koordinierte Wohnbebauung des

¹⁵² Geburtenentwicklung in Borna: 1895: 12,46 Geburten auf 1.000 Einwohner, 1900: 11,69, 1913: 12,84, 1920: 16,18, 1925: 10,81, 1929: 8,26 (vgl. Hammerstein 1934, 63f.).

¹⁵³ Bis 1923 waren wenigstens für die personalintensiven Abraumarbeiten noch juristisch und wirtschaftlich selbständige Unternehmen tätig gewesen, aber 1923 wurden die Partnerbergwerke gesetzlich dazu verpflichtet, das noch arbeitende Personal zum 1. Mai zu übernehmen und damit auch für deren Unterbringung zu sorgen (vgl. JB BHW 1924, Bohl 1987, 125f.).

¹⁵⁴ Zu den Gründern gehörten alle 10 großen Werke des Bornaer Reviers, der Staat Sachsen, die Stadtgemeinde Borna, der Bezirksverband der Ahm Borna. Zum Verwaltungsrat gehörten Werksvertreter, Behörden, Angestellte und Arbeiter. Bis 1930

Industriereviere einsetzte. Während die Beschäftigten der städtischen Industrieansiedlungen oft unter unzumutbaren Bedingungen leben mussten, weil die kargen Mittel des Staates nur zum Bau von einfachen Unterkünften verwendet werden konnten, wurden für die Familien der Braunkohlenarbeiter mit dem Geld der Konsumenten geradezu komfortable Heime geschaffen, die zudem in den Besitz der Betriebe übergingen (vgl. Oehme 1935, 5ff.).

Im Auftrag der Bornaer Gesellschaft wurde im August 1920 mit dem Bau von 170 Wohnungen in verschiedenen Orten begonnen. Anfangs entstanden häufig Einfamilienhäuser in Doppelhausform mit jeweils 70 qm Wohnfläche, später dann auch Reihenhäuser. Jedes Haus erhielt einen Garten von 300 bis 800 qm Größe. Insgesamt konnten in den Jahren 1920 bis 1924 in den Leipziger Revieren 522 Wohnungen (davon 460 im Kreisgebiet Borna¹⁵⁵) bezogen werden.

Im März 1924 wurden die Zuschläge zum Kohlenpreis für den Bergmanns-Wohnstättenbau zurückgenommen, und die Wohnungsbautätigkeit eingestellt (vgl. Ehrhardt 1930, VIII). In den folgenden Jahren beschränkte sich daher die Tätigkeit der Gesellschaft auf die Verwaltung und den Erhalt der Häuser, obwohl der Bedarf an Wohnungen bei weitem noch nicht gedeckt war. Zwar wurde die immer weiter ansteigende Produktion nicht mehr durch die Vergrößerung der Belegschaften realisiert, aber auch ein beachtlicher Teil der bereits beschäftigten Arbeiter war nur notdürftig untergebracht und wohnte weit von der Familie entfernt, so dass dauernd mit deren Abwandern zu rechnen war.

Etwa um 1926 erschlossen sich aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge von Land und Reich neue Geldquellen für den Wohnungsbau. Unter Zuhilfenahme dieser Mittel wurden 1927/28 insgesamt 222 und 1929 nochmals 211 kleinere Wohnungen in der Region erbaut, deren Besetzung nun vornehmlich mit Arbeitern erfolgte, die aus Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit herangezogen und neu eingestellt worden waren, bzw. mit Belegschaftsmitgliedern, deren Abwanderung zu befürchten war, weil ihre Familien weit entfernt wohnten (vgl. Ehrhardt 1931, Xf.).

Der Haupttyp dieses zweiten Bauabschnittes war die ca. 62 qm große Wohnung im Vierfamilienhaus. Einfamilienhäuser, deren Abmessungen zudem etwas größer blieben, wurden im zweiten Bauabschnitt dagegen nur noch für besonders privilegierte Angestellte errichtet. In Böhlen ging man sogar zur dreigeschossigen Bauweise, d.h. zum Sechsfamilienhaus über. Dort herrschten schon in den 1920er Jahren städtische Wohnverhältnisse (vgl. Oehme 1935, 6).

Bis 1930 baute die Bergmanns-Wohnstättengesellschaft Borna m.b.H. im Kreisgebiet Borna 876 neue Wohnungen, darunter 271 in Borna, 117 in Böhlen, 114 in Kieritzsch, 113 in Deutzen, 77 in Regis, 66 in Neukirchen/Wyhra, 58 in Lobstädt, 54 in Röthigen und 6 in Großzössen (vgl. Ehrhardt 1930, XIff.). Nach Mitteilung des Bergbaulichen Vereins Borna fand die Gesamtbelegschaft des Reviers 1930 wie folgt Unterkunft: ca. 4.500 Beschäftigte in freien Wohnungen oder Baracken,¹⁵⁶ ca. 1.500 in Werkswohnungen

hatte sich die Zusammensetzung der Gesellschafter erheblich geändert. Neben den einheimischen Gruben und Werken waren nun auch völlig orts- und branchenfremde Vereine Gesellschafter, wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Hamburg, der Gewerkschaftsbund der Angestellten Berlin, der Deutsche Werkmeisterbund Düsseldorf oder der Zentralverband der Maschinisten und Heizer Berlin etc. (vgl. Ehrhardt 1930, XIV).

¹⁵⁵ Die Siedlungswohnbauten wurden zwischen 1920 und 1924 in den folgenden Orten errichtet: Borna 173 Wohnungen, Kieritzsch 86, Röthigen 62, Regis 55, Lobstädt 48, Neukirchen/Wyhra 30, Großzössen 6 (vgl. Ehrhardt 1928, IX).

¹⁵⁶ Im Jahr 1919 entstand beim Braunkohlenwerk Belohnung eine Baracke für 48 Arbeiter. Die Bleischertschen Kohlenwerke stellten neue Baracken für 120 Abraumarbeiter in 4-Bett-Zimmern zur Verfügung. Das BKW Borna baute das Herrenhaus des Rittergutes Lobstädt zu Beamtenwohnungen um und die Dachgeschosse der Arbeiterkolonie zu Notwohnungen aus. Zu den bereits vorhandenen zwei Baracken wurden zwei weitere aufgestellt. In der Nähe der Brikettfabrik Dora & Helene wurden in die vorhandenen Baracken, in denen zuvor Kriegsgefangene und Internierte untergebracht waren, Wände eingezogen, um die Räume zu verkleinern. Baracken wurden neu errichtet und andere in Wohnungen umgebaut. In Espenhain wurden zwei Häuser mit 12 Wohnungen angemietet. Nahe dem Werk Kraft II in Deutzen entstand eine weitere Baracke für 120 Arbeiter. In Regis entstanden gleich auf dem Betriebsgelände Wohnbaracken für Familien. Die Grube Viktoria baute bzw. erwarb insgesamt 4 Häuser mit 20

und 1.000 weitere in den 967 Wohnungen der Bergmanns-Wohnstätten GmbH (vgl. Hammerstein 1934, 66).¹⁵⁷

Hinsichtlich der Unterbringung der Arbeiter bestanden zwischen den einzelnen Unternehmen große Unterschiede. Das sächsische Staatsunternehmen aber auch die lange Zeit in regionaler Hand befindlichen Bleichertschen Brikettfabriken ließen für ihre Arbeiter weitaus mehr und qualitativ bessere Wohnungen errichten als z.B. der Duxer Kohlenverein, der sich auf die Errichtung von Mannschaftsbaracken beschränkte, obwohl in dessen beiden großen Brikettfabriken in Großzössen etwa 900 Männer beschäftigt wurden.

In den Arbeiterhäusern und Arbeitersiedlungen wohnten dennoch in der Hauptsache Facharbeiter bzw. Arbeiter schwer zu besetzender Positionen mit ihren Familien. Der Rest der Arbeiterschaft war weiterhin in den Massenunterkünften untergebracht.

Um die Jahreswende 1929/30 wurde auch die Zahlung dieser Mittel eingestellt. Da der Bedarf an Wohnungen für die Arbeiter und Angestellten des Reviers immer noch bei weitem nicht gedeckt war, wurde erneut nach Geldquellen gesucht, meist auf staatlicher oder kommunaler Ebene. *Die Betriebe forderten den Staat und die Kommunen auf, durch die Schaffung von ausreichendem Wohnraum die Entwicklung in der Braunkohlenwirtschaft zu unterstützen und so Arbeitsplätze zu sichern. Diese Argumentation wurde mit der steigenden Bedeutung der Braunkohle für die Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft und der sozialen Stabilität begründet und schloss bereits zu diesem Zeitpunkt die Forderung nach entsprechender staatlicher Zuwendung bzw. Bevorzugung der Arbeiter dieses Industriezweiges ein.*

Für die *Art und Qualität der Bebauung und Besiedelung des Braunkohlengebietes* wurde anfangs noch berücksichtigt, dass es sich bei diesen Siedlungen um solche handelte, die entsprechend der Abbaudauer nur zwei bis drei Menschenalter bestehen würden, wenn nicht zugleich weitere Industrien entstehen würden, die auch nach Beendigung des Abbaus lebensfähig wären. Die einfachen und zweckmäßigen Häuser und Siedlungen wurden daher mit einheimischen Baustoffen errichtet. Ihre äußere Gestaltung orientierte sich an der Bauweise und dem vorhandenen Landschaftsbild mit dem Ziel, nach der Beendigung des Kohlenabbaus das alte Landschaftsbild wieder entstehen zu lassen (vgl. Mackowsky 1930, XXIX; D.I.B.V. 1935, 287f.). Während anfängliche Bauplanungen also noch das ländliche Umfeld berücksichtigten, nahmen spätere Bauten zunehmend städtische Züge an, so dass alle ländlichen Momente durch die Ausbreitung der Kohlenindustrie und des damit einhergehenden Wohnungsbaus in den Hintergrund gedrängt wurden.

Wohnungen (vgl. JB BW 1920, B232ff.).

1920 wurde in Neukirchen/Wyhra eine Scheune in 7 Arbeiterwohnungen umgebaut. Das Bkw Borna errichtete zur Unterbringung auswärtiger Arbeiter 2 Wohnbaracken. Bei den BF Dora und Helene gab es weitere 42 Arbeiterwohnungen und 3 Baracken für 120 unverheiratete Arbeiter. Die Werkskolonie Deutzen wurde um 12 Wohnungen erweitert. Die Gewerkschaft Wilhelmschacht baute ein in der Nähe gelegenes Gut zu drei Arbeiterwohnungen um (vgl. JB BHW 1921, B223ff.).

1923 baute die Bergmannswohnstätten GmbH erste Häuser in Wyhra und Deutzen, um die Abwanderung von Arbeitern, die den hohen Eisenbahnfahrpreis nicht mehr zahlen wollten, aufzuhalten. In Deutzen wurde der Bau einer dritten Mannschaftsbaracke für 120 Arbeiter nötig. In Regis entstand eine neue Arbeiterbaracke mit 5 Stuben. Für Böhlen wurden im Jahre 1922 weitere 30 Einfamilienhäuser gebaut und 1923 kamen 18 Wohnungen hinzu. In Lobstädt wurden neun Wohnhäuser mit jeweils 19 Wohnungen bezogen (vgl. JB BHW 1924 B131f.)

1924 wurde in Großzössen eine Baracke in ein Schlafhaus mit 40 Zimmern für 80 Mann umgebaut. In Ramsdorf wurden in einer für ledige Arbeiter errichteten Baracke neun Wohnungen eingerichtet. In Böhlen konnten 14 neue Wohnungen bezogen werden (vgl. JB BHW 1925, B120f.).

¹⁵⁷ Anzahl der Wohnungen, die dem Bergmannswohnstättenverein gehörten: 1923: 433 Wohnungen; 1925: 742; 1927: 1.046; 1929: 1.239; 1932: 1.574 (vgl. Mackowsky 1930, XIV).

Verstärkt wurde der Wohnungsmangel im Bornaer Revier durch den tagebaubedingten Wegfall von Siedlungsflächen, die ersetzt werden mussten sowie durch die Nutzungsbeschränkungen aufgrund des Flächennutzungsplans der sächsischen Regierung.

In den Jahren 1930/31 wurden in Deutzen die ersten Bauerngehöfte bzw. Grundstücke vom Braunkohlenwerk erworben und schnell folgten weitere (vgl. Bräutigam 1996, o.A.; Pro Leipzig 1994, 81). Für jene, die ihr Haus und die Landwirtschaft ganz aufgegeben hatten, um in der Industrie zu arbeiten, wurden Bergmannshäuser auf geschütteten Böden errichtet. Diese Siedlungsbauten bildeten den Kern der neuen Dorflage, denn später überbaggerte der Tagebau den alten Bauernort Deutzen komplett. Im Jahre 1911 befanden sich in Deutzen 17 Bauerngüter, in den 1930er Jahren waren noch fünf übrig. Alle anderen waren von Werksarbeitern abgerissen worden, die dabei "nicht zimperlich umgegangen waren", die Bauerngüter wurden "ausgeschlachtet und niedergerissen" (Bräutigam 1996, o.A.).

Mit dem Verkauf des Rittergutes Deutzen an das Werk im Jahr 1929, dem Einzug des Direktors der Brikettfabrik "Kraft II" ins Gutshaus, dem Abbruch und Umbau der letzten Bauernhöfe zu Arbeiterhäusern und der Errichtung einer modernen Neusiedlung westlich der alten Ortslage existierte das Bauerndorf nicht mehr, sondern war zur „aufblühenden“ Industriegemeinde mit mittlerweile fast 2.000 Einwohnern geworden (vgl. Sinkwitz 1937, 68; Bräutigam 1996; Blochberger 1940, 2).

Die erste vollständig vom Abriss betroffene Ortschaft war Zeschwitz¹⁵⁸ nahe Böhlen. Den Bewohnern wurde die Umsiedlung in die neue Bergarbeitersiedlung in Böhlen angeboten. Das Rittergut Böhlen wurde 1924 zwangsweise eingemeindet und zu Arbeiterwohnunterkünften umgebaut. Im Park entstanden Beamtenhäuser. An der Straße zogen sich auf beiden Seiten die Siedlungshäuser hin (vgl. Krause 1924, 95). Die Geschichte des Ortes Böhlen war seit den 1920er Jahren nahezu identisch mit der Entwicklung des Industriekomplexes Böhlen (vgl. Hönsch 1968, 123ff.).

Andere Orte konnten sich durch die Nutzungsbeschränkungen kaum noch erweitern. Die Neubauten für die Arbeiter sollten zwar möglichst nahe an den Werken, zugleich aber auch nicht auf dem wertvollen Kohlengelände errichtet werden. Unter ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten wurden sie in bestehende bzw. angrenzend an bestehende Ortschaften oder auf schmalen, vor den Halden gelegenen Geländeabschnitten entlang der Bahnlinien bzw. in anderen Sicherheitsstreifen errichtet. In Deutzen wurden damit erstmals in Mitteldeutschland in größerem Umfang Wohnungen auf gekippten Flächen errichtet.

Auch in Großzössen erreichte der Abbau bald schon die Dorfgrenze, was dessen Ausdehnung verhinderte und den Bau von Arbeiter-Unterkünften nur im inneren der Siedlung, d.h. in umgebauten, nun "erledigten" Bauernhöfen erlaubte. Fünf der ehemals neun Bauerngüter und das Rittergut wurden der Bergarbeiterbevölkerung zu Wohnzwecken bereitgestellt. Während auf dem Bauerngut früher nur 11 bis 16 Personen gewohnt hatten, waren es 1933 nach abgeschlossenem Umbau 156 Personen. In der ehemaligen Scheune eines alten Bauernhofes wohnten 8 Familien. In der Doppelfabrik Dora und Helene arbeiteten zur Zeit der Konjunktur, d.h. Mitte der 1920er Jahre, bis zu 1.000 Mann. Von den 1933 gezählten 1.088 Bewohnern des Ortes gehörten 920 dem Bergmannsstande an, nur 25 gingen einer bäuerlichen Beschäftigung nach. Noch 1900 hatte dagegen überhaupt kein Bergarbeiter hier gewohnt (vgl. Sinkwitz 1937, 63ff.). Gleiche oder ähnliche Entwicklungen vollzogen sich in weiteren Dörfern um Borna und Böhlen (vgl. dazu Fritzsche 1936; Pro Leipzig 1994).

Die Einrichtung mehrerer neuer, ordentlicher Gemeindeämter mit einem etatmäßigen Bürgermeister ist Ausdruck für den Grad der Einbeziehung einzelner Orte in die Industrialisierung und Urbanisierung (vgl.

¹⁵⁸ 1924 wurde das Dorf Zeschwitz als erster Ort im Kreisgebiet vollständig aufgekauft und zur Vernichtung freigegeben.

dazu Sinkwitz 1937, 65). Viel langsamer kam man mit der Schaffung einer entsprechenden sozialen und kulturellen Infrastruktur voran.¹⁵⁹ Die Übernahme dieser Aufgaben überforderte viele der kleinen Kommunen, so dass auch hierfür relativ frühzeitig die Verantwortung an den "Staat" abgegeben wurde.

In den unmittelbaren Industrialisierungsräumen konnten nur wenige Dörfer ihren baulich-ländlichen Charakter bewahren, in erster Linie wohl deshalb, weil sie für einen späteren Abriss vorgesehen worden waren (vgl. Flächennutzungsplan 1921). In der Peripherie des Abbaubereiches verlor das industrielle Moment dagegen deutlich an Gewicht (siehe Tabelle 26 und 27). Der Ort Breunsdorf, mit einer Brikettfabrik und am westlichen Abbaurand gelegen, war bis 1933 auch seiner Bevölkerung nach noch fast ein Bauerndorf geblieben (Anteil der Bergarbeiter 27 %; vgl. Sinkwitz 1937, 67).

5.7 Die Bevölkerung der Stadt- und Landgemeinden

Um die von den Zuwanderungen ausgehende Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung in diesem Zeitraum zu erfassen, ist es angebracht, das Wachstum einzelner Ortschaften (siehe dazu Tabelle 33, 35 und 11), die Veränderung der Geschlechteranteile (siehe Tabelle 31) und die Struktur der erwerbsfähigen Personen (siehe Tabelle 26) zu untersuchen. Die seit dem Krieg zu beobachtende großindustrielle Entwicklung fand ihren Ausdruck in einer grundsätzlich anderen Siedlungs-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, so in einer deutlichen Bevölkerungsverdichtung, der Proletarisierung der Erwerbsbevölkerung und der Zunahme des Anteils männlicher Einwohner.

Mit der umfangreichen Zuwanderung der Arbeiter in die Kohlenindustrie wurde in den betroffenen Gemeinden ein Prozess tiefgreifender qualitativer Veränderungen eingeleitet, denn der Zuzug erfolgte in der Hauptsache durch männliche Fabrik- und Industriearbeiter.

Ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum ging regelmäßig mit einer Vermehrung der männlichen Bevölkerung einher und korrespondierte zugleich mit einer Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

In jenen Orten, wo sich die Bautätigkeit auf die Errichtung von Barackenunterkünften und Mannschaftslagern beschränkte, blieb der Anteil an männlichen Personen sogar über einen längeren Zeitraum extrem hoch, so in Großzössen, wo der Duxer Kohleverein zwei Fabriken betrieb, aber nur sechs Wohnungen im Ort errichten ließ (siehe Tabelle 31; vgl. Angaben zum Wohnungsbau im Abschnitt 5.6.2). Beim Bau des Kraftwerkes wurde der Ort Lippendorf zum Bau von Barackenunterkünften festgelegt. In der Gemeinde Böhlen wurde mit dem Bau von Wohnungen auf den Zuzug von Familien und deren dauerhaftes Verbleiben orientiert. Damit verteilte sich die Bevölkerung dort trotz der erheblichen Zunahme von etwa 2.000 Personen zwischen 1919 und 1933 relativ gleichmäßig auf männliche und weibliche Einwohner. Die vorgenommene *räumliche Separierung der sozial unterschiedlich verorteten Arbeitergruppen in die ungelernten, wenig privilegierten Hilfskräfte, die leichter ersetzbar waren, und die gelernten, privilegierten Stammebelegschafter, die es unbedingt zu halten galt, trat in dieser krassen Form bis dahin nur im Falle des Kraftwerkes Böhlen auf.*

¹⁵⁹ Mit der industriellen Entwicklung hatte die Verwaltung z.B. hinsichtlich der Förderung der Wohlfahrtseinrichtungen besondere Aufgaben zu übernehmen, wie die Einrichtung von Tuberkulosen-, Krüppel-, Kinder-, Trinker- und Geschlechtskrankenfürsorge. Ein Bezirkssiechenhaus gewährte Ende der 1920er Jahre 120 alten gebrechlichen Personen Aufnahme. Eine Kinderheilstätte, ein Säuglingsheim und eine Bezirksjugendherberge sollten den Kindern und Jugendlichen der Arbeiter zur Kräftigung dienen sowie ihnen die in der näheren Umgebung kaum noch vorhandene reizvolle Landschaft erschließen (vgl. Mittasch 1928, 188).

Tabelle 31: Anteil der männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, Angaben in Prozent (bis 1910 ortsanwesende Bevölkerung, danach Wohnbevölkerung)

Zone	Gemeinden	Bevölkerungswachstum 1910 - 1933	Anteil der männlichen Bevölkerung in %		
			1910	1925	1933
I	Borna	59,4	54,6	50,1	50,1
	Deutzen	242,5	47,9	61,4	52,4
	Ramsdorf	26,7	52,7	51,5	51,9
	Lobstädt	37,1	61,4	52,9	51,8
	Großzossen	26,1	64,7	60,8	57,1
	Witznitz	59,4	50,7	63,9	57,1
	Blumroda	-5,0	49,0	50,0	51,3
	Neukirchen/Wyhra	27,6	48,6	53,0	50,9
I/II	Regis	33,4	52,9	51,8	52,8
	Pürsten	110,1	51,3	53,2	51,1
	Kahnsdorf	35,0	50,9	50,3	49,3
II	Böhlen	209,8	50,4	52,3	50,9
	Lippendorf	178,7	53,7	55,2	61,8
	Röthigen	328,8	47,9	52,7	53,7
	Zeschwitz	22,0	48,1	55,1	52,4
	Stöhna	22,4	50,7	51,4	55,9
	Gaulis	23,5	52,8	46,7	50,0
	Ahm. Borna ges.	16,8	50,4	49,9	50,1

Quellen: Z.Sächs.Stat.LA 1920 und 1921, 10f.; 1926 und 1927, 50ff.; 1934/1935, 16ff.; Stat. DR NF Bd. 454.10, 66ff.

Infolge der guten Anbindung an die Schiene erreichten auch die in den Randgebieten wohnenden Arbeiter über (Werks-)Bahnen die Fabriken, Tagebaue und Industriebetriebe, so dass nun in einigen, nicht direkt am Produktionsstandort gelegenen Orten der Bau von Unterkünften begann (z.B. in Röthigen, Stöhna oder Pürsten; siehe Tabelle 31). Die wachsende Bevölkerung in den Kohlenabbaugebieten um Borna und Böhlen sowie in einigen, diesen nahe gelegenen Ortschaften mit Bahnanschluß korrespondierte mit einer Bevölkerungsstagnation bzw. einem Rückgang in den vom Kohlenabbau und von Verkehrsmitteln weiter entfernt liegenden Ortschaften (vgl. Hammerstein 1934, 64; Vogel 1927, 76ff.; Schulze 1932, 81ff.).

Aufgrund der Verteilung des Wohnungsbaus auf die ländlichen Gemeinden eines größeren Gebietes lebte trotz der starken Industrialisierung und der damit verbundenen Zuwanderung von Arbeitern zum Zeitpunkt der Volkszählung 1933 kaum ein größerer Anteil der Bevölkerung des Kreisgebietes Borna in Stadtgemeinden als zur Zählung 1910 (51 % anstelle von 45 %). *Zugenommen hatte der Anteil der Bevölkerung, die in großen Landgemeinden mit mehr als 1.000 bzw. in den kleinsten städtischen Siedlungen mit bis zu 5.000 Einwohnern lebte. Hier konzentrierte sich auch die Industriearbeiterschaft der Tagebaue und Braunkohlenwerke.* Am Ende dieses Zeitraums hatte sich deren Bevölkerung mehr als verdoppelt. In den alten städtischen Zentren Groitzsch, Pegau und Rötha mit ihrer traditionellen Wirtschaftsstruktur waren die Einwohnerzahlen dagegen nahezu konstant geblieben (siehe Tabelle 32, 33 und 35).

Tabelle 32: Ländliche und städtische Bevölkerung im Kreisgebiet Borna

Jahr		Gesamt	Landgemeinden bis ... EW				Stadtgemeinden bis ... EW			Verhältnis
			200	500	1.000	2.000	5.000	10.000	>10.000	Land-Stadt in %
1910	a	117	52	45	12	3	2	3		95,7 % : 4,3 %
	b	58.529	5.897	13.681	8.371	4.062	5.903	20.615		
			zus.: 32.011				zus.: 26.518			54,7 % : 45,3 %
1919	a	119	50	45	11	8	2	3		95,7 % : 4,3 %
	b	62.965	5.741	14.158	7.306	9.828	5.422	20.510		
			zus.: 37.033				zus.: 25.932			58,8 % : 41,2 %
1925	a	118	49	44	12	7	3	2	1	94,9 % : 5,1 %
	b	67.787	5.512	14.036	8.117	8.448	9.095	11.601	10.976	
			zus.: 36.113				zus.: 31.672			53,3 % : 46,7 %
1933	a	117	46	46	10	8	4	2	1	94 % : 6 %
	b	72.359	5.124	14.556	6.310	9.644	12.529	12.070	12.126	
			zus.: 35.634				zus.: 36.725			49,2 % : 50,8 %

Quelle: eigene Berechnungen, zusammengestellt aus den Statistiken des Landes Sachsen und des Deutschen Reiches

Aus der Einteilung nach Land- und Stadtgemeinden mit dem Grenzwert von 2.000 Einwohnern ist der Grad der Verstädterung der Bevölkerung dieser ländlichen Ballungsräume jedoch nicht mehr ausreichend zu bestimmen. Auch *viele Gemeinden, die weniger als 2.000 Einwohner hatten, nahmen bereits städtische Funktionen war*. Sie waren für die Industrie erbaut oder erweitert worden, und viele der Bewohner gingen schon nicht mehr einer landwirtschaftlichen Beschäftigung nach (siehe Tabelle 27 und 33). Die Einwohnerdichte in einigen dieser Industriegemeinden lag ebenfalls im (klein-)städtischen Bereich, bzw. sogar darüber (Böhlen 683 EW/qkm; Deutzen 260 EW/qkm, vgl. auch Abschnitt 5.6.2).

Durch den direkten Einfluss des Bergbaus unterschied sich der Grad der Urbanisierung der alten städtischen Siedlungen nunmehr beträchtlich. Sowohl die allgemeine Bevölkerungsentwicklung als auch die Beschäftigtenentwicklung verliefen in Städten wie Borna einerseits sowie Pegau oder Groitzsch andererseits völlig verschieden.

Dabei besaßen die Städte Borna und Pegau (zweitgrößte Stadt im Untersuchungsgebiet) bis etwa 1890 vergleichbare soziale Strukturen und Funktionen (Amtsgericht, Kirchenamt, Postamt, kleingewerbliche Wirtschaft). Seit den ersten Zählungen in den 1830er Jahren bis 1890 war die Bevölkerung beider Städte gleichermaßen um jeweils etwa 20 Prozent angewachsen. Danach nahmen beide Städte eine deutlich andere Entwicklung. Während die Bevölkerung in Borna bis 1910, der Abbau des Hauptflözes war nun in vollem Gange, um weitere 23 % angestiegen war, betrug das Wachstum in Pegau nur noch etwa neun Prozent, so dass nunmehr die Stadt Groitzsch, in deren Nähe ebenfalls noch kleinere Mengen Kohle abgebaut wurden, vorübergehend den 2. Rang einnahm.¹⁶⁰ Nach den kriegsbedingten Bevölkerungsrückgängen kam es in Borna ab 1919 zu erneuten Bevölkerungszuwächsen um 16 % bis 1925 und 10 % bis 1933, in Pegau dagegen nur um sieben bzw. fünf Prozent. Damit beherbergte die Stadt Borna 1933 nicht nur doppelt so viele Einwohner wie Pegau (siehe Tabelle 33), sondern hatte sich im Verlaufe einer Generation vom einst stillen Landstädtchen zum Mittelpunkt des westsächsischen Braunkohlenbergbaus gewandelt, wovon nicht nur die Schornsteine, sondern auch die Bewohner der Stadt zeugten: der Arbeiter beherrschte zunehmend das Stadtbild (vgl. Wenck 1921, 96; Naumann, Stein 1928, 152).

¹⁶⁰ Vor allem die Brikettfabrik in Altengroitzsch ist an dieser Stelle zu nennen.

Tabelle 33: Veränderung der Einwohnerzahlen in den Städten des Kreises Borna

	Bevölkerungsstand				Bevölkerungszunahme 1910 bis 1933	
	1910	1919	1925	1933	absolut	in %
St. Borna	9.221	10.881	12.575	13.838	4.617	50,0 %
St. Regis-Breitungen	2.511	2.977	3.102	3.349	838	33,4 %
St. Rötha	3.392	3.463	3.762	3.857	465	13,7 %
St. Pegau	5.785	5.826	6.257	6.581	796	13,7 %
St. Groitzsch	5.609	5.678	5.825	6.034	425	7,5 %

Quelle: versch. Jg. der Z.Sächs.Stat.LA, Basis: Gemeinden einschl. ihrer Ortsteile

Dagegen fand sich in Pegau noch 1933 in etwa die gleiche Wirtschaftsstruktur vor wie 1890 mit den Schwerpunkten in der Schuh- und Filzwarenproduktion, dem Musikinstrumentenbau, den Obstweinkeltereien, Gerbereien und Mühlen (vgl. Mittasch 1928, 188; siehe Tabelle 34).

In der Stadt Borna gehörten 1925 1.218 Erwerbstätige nach ihrem Hauptberuf zum Bergbau, in der gesamten Amthauptmannschaft waren es 4.878 (vgl. Stat. DR NF Bd. 403.10, 87ff.). Allerdings existierte in der Stadt selbst bis 1933 kein Bergbauunternehmen.

Tabelle 34: Erwerbstätige in ausgewählten Branchen und Städten der Amthauptmannschaft Borna (Arbeitsstättenzählungen: a= 1900, b= 1925, c= 1933)

		Gewerbebetriebe		darunter*						
		Gesamt		Bergbau	Eisen Metall	Maschinen Apparate	Nahrung	Bekleidung	Elektrizit.	Handel Verkehr
		Anzahl	Beschäftigte							
Borna	a	828	2.167	-	84	133	202	390	-	311
	b	644	2.898	-	102	175	167	183	-	982
	c	702	2.623	-	56	82	246	144	240	1.193
Pegau	a	790	1.806	-	77	19	163	908	-	156
	b	548	2.464	-	160	95	218	660	-	377
	c	479	1.651	-	79	44	163	354	12	406
Groitzsch	a	884	2.315	-	143	12	99	1.385	-	177
	b	472	2.617	-	654	2	134	968	-	329
	c	428	1.854	-	229	8	173	742	6	346
Rötha	a	294	835	-	31	8	75	371	-	69
	b	260	1.531	-	24	2	230	897	-	176
	c	274	997	-	16	1	95	494	2	227
Regis	b	157	1.144	-	26	114	49	30	-	118
	c	166	1.813	1.235	17	8	51	30	4	132

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA, 1932 und 1933, 134ff. und 140; Z.Sächs.Stat.LA, 1936, 146ff. und 158

*Ergebnisse der Gewerbebezahlung von 1900, der gewerbliche Betriebszählung vom 16.6.1925 und 16.6.1933; kaum oder wenig vorhanden: Elektroindustrie oder Chemische Industrie

Das schnelle Wachstum der Kohlenbetriebe hatte sich primär auf den Raum um die Stadt herum konzentriert, so dass sich in der Stadt Borna die traditionell beheimateten Wirtschaftszweige in weiten Teilen noch behaupten konnten, auch wenn ihre Bewohner zunehmend in den Kohlenbetrieben der Umgebung beschäftigt wurden. Zunächst hatte sich nur die kleinste unter den Städten, Regis, innerhalb eines Jahrzehnts in einen vollständig vom Kohlenabbau dominierten Industrieort gewandelt, dessen immerhin fast 3.000 Einwohner im Werk der DEA, in der Flanschenfabrik oder im Stanzwerk arbeiteten (vgl. Mittasch 1928, 189; siehe Tabelle 34).

Stärker als in den Städten veränderten sich Bevölkerungsumfang und Erwerbsarbeit in jenen ländlichen Ortschaften, wo nach der Jahrhundertwende die Brikettfabriken errichtet worden, wo das Kraftwerk sowie die Arbeitsstätten der chemischen Verarbeitungsindustrien entstanden waren. Das ehemalige Dorf Lobstädt hatte 1925 in seinen beiden Brikettfabriken 1.305 Arbeitsplätze und damit weit mehr als die Kleinstadt Regis, wo ein Bergbaubetrieb „nur“ 647 Arbeiter beschäftigte. Auch in einigen Brikettfabriken in anderen dörflichen Gemeinden um Borna wurden 600 und mehr Arbeiter beschäftigt, so in Großzössen (811), in Deutzen (792), in Witznitz (594) und natürlich im Kraftwerk im Ort Böhlen (816 Personen; vgl. dazu auch Abschnitt 5.4.2).

Je später die Industriebetriebe entstanden, desto größer waren die Produktionsdimensionen und desto stärker wurde wiederum die Bevölkerungszunahme stimuliert, denn ein großer Teil dieser Arbeiter wurde in der unmittelbaren Umgebung der Werke untergebracht. So entwickelte sich das einstige Bauerndorf Böhlen zwischen 1919 und 1933 zur städtischen Siedlung mit mehr als 3.000 Einwohnern. Der Bahnanschluss auf der Kahnsdorfer Flur wurde zum Mittelpunkt der neuen Siedlung Neukiritzsch, welche schnell an Größe zunahm (siehe Tabelle 35).

Trotz der schweren wirtschaftlichen Krise in Deutschland Ende der 1920er Jahre war die Anzahl der Beschäftigten in der Industriegruppe „Braunkohle“ unter der Bevölkerung einiger dieser Gemeinden weiter angestiegen bzw. nur leicht gesunken, womit sich auch das weitere Anwachsen der Ortschaften bis 1933 erklären lässt (siehe Tabelle 35; vgl. Abschnitt 5.4.2).

Tabelle 35: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Industriegemeinden, nach Zonen

Zone	Gemeinden	Bevölkerungsstand				Bevölkerungszunahme 1910 bis 1933	
		1910	1919	1925	1933	absolut	in %
I	Altstadt-Borna	1.385	1.384	1.252	1.294	-91	93,4
	Lobstädt	1.672	2.313	2.231	2.293	621	137,1
	Neukirchen/Wyhra	1.403	1.712	1.736	1.791	388	127,6
	Ramsdorf	1.005	1.136	1.136	1.273	268	126,7
	Breunsdorf	566	600	607	558	-8	98,6
	Blumroda	555	577	560	530	-25	95,5
	Witznitz	355	982	682	566	211	159,4
	Espenhain	415	389	445	453	38	109,1
	Großzössen	864	1.262	1.083	1.090	226	126,1
	Neukiritzsch	1.665	1.703	2.224	2.606	941	156,5
I/II	Deutzen	365	775	1.415	1.919	1.554	525,7
	Lippendorf	473	504	592	739	266	156,2
II	Böhlen	987	1.017	1.575	3.030	2.043	307,0

Quelle: zusammengestellt aus versch. Jg. der Z.Sächs.Stat.LA

Mit der Expansion der Braunkohle zwischen erstem Weltkrieg und Beginn des Nationalsozialismus gingen sowohl die Zahl der Gewerbebetriebe als auch die Anzahl der darin Beschäftigten in einer Reihe anderer Wirtschaftsbereiche z. T. stark zurück, besonders in so traditionellen Zweigen wie dem Bekleidungsgewerbe und dem Maschinen- und Apparatebau oder der Eisen- und Metallindustrie.

Obwohl die Bautätigkeit stark zugenommen hatte, war auch die Beschäftigtenzahl in der örtlichen Bauindustrie stark rückläufig (siehe Tabelle 36). Einige der kleineren Gewerbegruppen, wie die künstlerischen Berufe, der Musikinstrumentenbau bzw. die Spielwarenfabrikation waren gar nicht mehr vertreten oder am stärksten von den Verlusten betroffen.

Die Krise Ende der 1920er Jahre verursachte einen Rückgang an Betrieben und führte zu einer hohen Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 1933 hinein. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse der Zählung von 1925 vielleicht sogar noch besser geeignet, anhand der Verschiebungen zwischen den einzelnen Gewerben die wirtschaftliche Entwicklung in der Region darzustellen (siehe Tabelle 36).

Tabelle 36: Die Ergebnisse der Betriebszählungen in der Amtshauptmannschaft Borna (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil der Gruppe an den Gesamtbeschäftigten in %)

Gewerbegruppen	1907			1925		1933		
	a	b	c	a	b	a	b	c
Nichtlandw. Gärtnerei / Tierzucht	97	251	1,2	40	77	14	20	0,1
Bergbau, Torfgräberei	33	2.258	10,8	19	5.807	10	4.978	23,9
Industrie der Steine und Erden	112	1.822	8,7	71	1.262	60	781	3,7
Herst. v. Eisen-, Stahl-, Metallwaren	314	1.148	5,5	257	1.882	245	1.050	5,0
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	155	547	2,6	55	485	55	201	1,0
Elektrotechnik / Feinmechan. / Optik	*	-	-	42	95	45	69	0,3
Wasser / Gas / Elektrizität	k. A.	-	-	13	200	12	288	1,4
Chemische Industrie	17	72	0,3	8	88	4	57	0,3
Textilindustrie	119	888	4,2	135	1.150	85	643	3,1
Papierindustrie / Vervielfältigung	45	327	1,6	41	413	40	373	1,8
Leder / Linoleum	111	314	1,5	86	269	84	205	0,9
Industrie d. Holz-/ Schnitzstoffe	256	614	3,1	300	886	303	554	2,7
Musikinstrumente / Spielwaren	-	-	-	8	238	4	60	0,3
Nahrungs-/Genussmittelgewerbe	684	1.684	8,1	561	1.820	585	1.855	8,9
Bekleidung	1.882	4.469	21,4	987	3.539	821	2.340	11,2
Baugewerbe / Nebengewerbe	310	2.459	11,8	368	1.917	322	1.432	6,9
Theater / Musik / Sport	31	170	0,8	16	76	k. A.	-	-
Handelsgewerbe	1.402	2.198	10,5	1.455	2.580	1.351	2.586	12,4
Banken / Börsen / Versicherungen	9	11	0,05	39	67	68	246	1,2
Verkehrsgewerbe	133	229	1,1	120	1.334	250	1.430	6,9
Gast- und Schankwirtschaft	489	1.023	4,9	433	1.000	371	1.049	5,0
ohne Bergbau, Energie, Chemie	6.411	18.561	88,8	5.148	19.426	5.029	15.477	74,4
Zusammen	6.461	20.891	100%	5.188	25.521	5.055	20.800	100%

Quelle: Stat. DR NF Bd. 218, 199f.; Z.Sächs.Stat.LA 1924/1926, 214ff.; Stat. JB. Sachsen 1931/1934, 172ff. und 178ff.; * in der Gruppe „Maschinen, Anlagen, Apparate“ enthalten mit ca. 50 Beschäftigten

Deutlich geht jedoch aus beiden Zählungen (1925 und 1933) hervor, dass andere Wirtschaftszweige nun immer häufiger durch die Ausweitung des Braunkohlenbergbaus direkt behindert wurden. Als ein Beispiel kann die Stadt Rötha genannt werden, wo die Nahrungsmittelindustrie ganz erhebliche Einbußen zu verzeichnen hatte, weil die Obstverarbeitung infolge des zunehmenden Flächenentzugs durch den Braunkohlenbergbau eingestellt werden musste. Nicht nur die Besitzer der Obstplantagen hatten keine Chancen mehr, ihre Interessen gegen jene der Kohlenindustrie durchzusetzen. Auch andere in der Stadt beheimatete Gewerbe wie die Pelzwarenzurichterei mussten bis Mitte der 1930er Jahre enorme Bedeutungsverluste hinnehmen. Der Verlust des Arbeitsplatzes in einem dieser traditionellen Gewerbebezweige veranlasste deren Beschäftigte offensichtlich eher selten, in den erstarkenden Bergbau zu wechseln, sondern löste häufiger einen Wechsel in nicht gewerbliche Bereiche aus, was sich in einem enormen Sinken des Gewerbepersonals in der Stadt Rötha niederschlug. Zwischen 1925 und 1933 kommt es zu einem Rückgang um etwa ein Drittel (siehe Tabelle 34). Dieses Verhalten ist vermutlich Ausdruck

für die oftmals beschriebene Abneigung der einheimischen Erwerbsbevölkerung gegen den Bergbau und seine Folgeindustrien (vgl. dazu auch Kapitel 4).

Ein weiteres Beispiel ist die Baumschule in Böhlen. Diese war zuletzt 34 ha groß. Außer den fest angestellten Arbeitern wurden viele Bewohner und Kinder umliegender Ortschaften saisonal beschäftigt. Als die ASW in Böhlen ihre expansive Tätigkeit aufnahm, musste der Betrieb stillgelegt und die Grundstücke an den sächsischen Staat verkauft werden (vgl. Fritzsche 1936, 58f.).

Die Kohlenwirtschaft konnte nur noch auf Kosten anderer Gewerbezweige in diesem Umfang expandieren. Sie war nicht mehr in der Lage, in benötigtem Umfang fremde Arbeiter in der Region ansässig zu machen bzw. Teile der Arbeiten, z.B. die stark personalintensiven Abraumarbeiten, von Saisonkräften oder Fremdfirmen verrichten zu lassen (vgl. Abschnitt 5.4). Außerdem begannen die Betriebe aus den traditionellen Wirtschaftszweigen, ihre Produktion wegen des Kohlenabbaus und dessen Folgen dauerhaft in andere Regionen zu verlagern (wie z.B. die Pelzwarenzurichterei).

Das Wachstum des Bergbaus führte immer häufiger zur Vernichtung anderer Wirtschaftszweige und Arbeitsmöglichkeiten. Je mehr Arbeitskräfte aus den traditionellen Branchen abwanderten, desto stärker verengte sich wiederum das Profil der Erwerbstätigen auf den Kohlen- und Energiebereich.

Derartige Beeinträchtigungen betrafen jedoch noch nicht das gesamte spätere Kreisgebiet, sondern abgrenzbare Teile desselben (siehe Anhang, Karte 2). Die Wirtschafts- und Sozialstruktur einzelner Teilregionen wurde zwar schon auf einen Wirtschaftszweig hin fokussiert und der Bevölkerungsaustausch durch Nutzungsrestriktionen, Wanderungen und berufliche Entdifferenzierung vorangetrieben, hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktion oder der Produktion der Feldgemüsebetriebe lag die Amthauptmannschaft zu Beginn der 1930er Jahre aber noch auf Spitzenpositionen innerhalb der Kreishauptmannschaft Leipzig bzw. auch Sachsens (vgl. z.B. Z.Sächs. Stat. LA 1936, 107f. und 1932/1933, 73ff.; Hammerstein 1934, 8ff.). Die Vielzahl an kleingewerblichen Betrieben spricht ebenfalls für eine in weiten Teilen noch erhalten gebliebene traditionelle Wirtschaftsstruktur (siehe Tabelle 36).

5.8 Industrieller „Aufschwung“ im ländlichen Raum und Industriearbeiterschaft

In dieser Phase treten bereits *alle Kennzeichen der als verspätet oder fordistisch gekennzeichneten industriellen Entwicklung* auf. Die hohe Konzentration von Kapital und Produktion sowie die einseitige Struktur der Industriebeschäftigten sind das Ergebnis einer von außen stimulierten und getragenen, alles enorm schnell umwälzenden industriellen Entwicklung.

Die zunehmende Abhängigkeit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses vom Staat nach 1918 hatte *die Bedeutung zentralistisch-autoritärer Elemente* in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie verstärkt (vgl. Zang 1978, 72). Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Region war nicht mehr nur Konsequenz sich umsetzender ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, sondern vielmehr Produkt politischer Auseinandersetzungen geworden (vgl. Abschnitt 5.1 und 5.2). *Zentralisierung und kriegswirtschaftlich bedingte Spezialisierungen* innerhalb der Wirtschaft führten zum *Vordringen industrieller Großprojekte in bis dahin traditionell gebliebene Räume* sowie zu deren *Einordnung in immer größere Verwertungszusammenhänge*. Das Voranschreiten der Abhängigkeit der Regionen von der nationalen Wirtschaft korrespondierte mit der *Zerstörung der traditionellen Reproduktionsstrukturen*.

Die rasante Industrialisierung des südlich von Leipzig gelegenen Raums war ein Ergebnis von Krieg und Krisen sowie der Mechanisierung und des Überganges zur industriellen Großproduktion. Die staatliche Unternehmertätigkeit im Braunkohlen- und Energiebereich verband sich speziell in Sachsen mit dem Bestreben, das Energiemonopol in die öffentliche Hand zu legen, um die tatsächlich bestehenden und

weiterhin befürchteten wirtschaftlichen Benachteiligungen¹⁶¹ auszuschließen und die zugespitzte soziale Lage so zu entspannen, dass das Aufbrechen sozialer Konflikte möglichst vermieden werden konnte (vgl. Abschnitt 5.2 und 5.3).

Die Gruppe der Braunkohlenarbeiter, von ihrer strukturellen Zusammensetzung her aus dem industriellen Gewerbe, dem Bergbau oder der Landwirtschaft kommend, wurde durch ein betriebliches Anreizsystem und die gesellschaftliche Besserstellung geprägt. Speziell das Mobilitätsverhalten der Beschäftigten im Bereich der Energieerzeugung, welcher unter “anormalen” Verhältnissen entstanden und innerhalb kurzer Zeit enorm gewachsen war, ist Ausdruck dieser besonderen Einflüsse (vgl. Abschnitt 5.4 und 5.5).

Am Ende dieses Entwicklungsabschnittes wurde die regionale Kohlenwirtschaft von drei überregionalen Konzernen beherrscht (vgl. Abschnitt 5.3). In deren Betrieben stiegen die Beschäftigtenzahlen um ein Vielfaches an. Zugleich hatte in den Orten des Kohlengebietes die Bedeutung anderer Wirtschaftszweige für die Beschäftigung stark abgenommen (Abschnitt 5.4). Das Ausmaß der Ansiedlung von geeigneten Arbeitern für die Kohlenindustrie zog den Bau von Arbeitersiedlungen nach sich, was wiederum zur Zerstörung der bis dahin bestehenden ländlichen Verhältnisse und Strukturen führte (vgl. Abschnitt 5.6).

“Das ist die Braunkohlenlandschaft ! Wohl selten hat der Mensch in so kurzer Zeit eine Landschaft so umgestaltet, wie in den Gegenden des Braunkohlenabbaus durch Tagebaubetrieb. Noch vor 15-20 Jahren hatte unsere Landschaft ein ganz anderes Gepräge. Es gab nur wenige Kohlenwerke, in denen auch meist durch Tiefbau die Kohle gefördert wurde. Sonst war unsere Gegend ein reines Ackerbaugebiet mit schönen Bauerndörfern, fruchtbaren Feldern und saftigen Wiesen. Aber immer mehr der reichen Getreidefluren fallen dem Bergbau zum Opfer. Wälder und Wiesen sowie Auen und viele kleinere Teiche der Teichlandschaften verschwinden. Bauernwirtschaften gehen ein und die früher fast rein landwirtschaftliche Bevölkerung der Dörfer ist heute durchsetzt von einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung. Dadurch haben sich auch die Dorfbilder gewaltig geändert. Nicht nur Bauerngehöfte sind zu Arbeiterhäusern umgewandelt, sondern überall sind eine Menge Neubauten (‘Schachthäuser’), die oftmals das Dorfbild nicht gerade verschönern, hinzugekommen, ja sogar ganze Ortsteile und neue Siedlungen (Kolonien) sind aus der Erde gewachsen.” (vgl. Krause 1924, 75f.; vgl. Abschnitt 5.6). *Seitdem die Braunkohlenflöze industriell abgebaut werden konnten, war die Stadt Borna zur Zentrale und der Raum zwischen Borna und Böhlen zum Zentrum des westsächsischen Abbaus geworden*, dessen Entwicklung seinen Höhepunkt im Jahre 1933 noch nicht überschritten hatte (vgl. Mittasch 1928, 187).

Die entscheidende Wende für die soziale Entwicklung lag dennoch in der Periode der faschistischen Kriegsvorbereitung, wo nunmehr das *gesamte Revier einschließlich seiner Erwerbsbevölkerung in den Dienst der Kriegswirtschaft* gestellt wurde (vgl. Barthel 1960, 204). Bis zu diesem Zeitpunkt blieben die Ausmaße des Abbaus und die Größe der Braunkohlenunternehmen in ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Bevölkerung, der Erwerbstätigkeit und der Siedlung beschränkt.

¹⁶¹ So war um 1930 fast die gesamte sächsische Wirtschaft abhängig von preußischen Aktiengesellschaften, dagegen hatten die sächsischen AG'en keine erfolgreiche Entwicklung genommen (vgl. Schwarzbach 1971, 91).

6 Die Wehrhaftmachung der Nation und die Entmachtung der Region - „Gleichschaltung“ der Wirtschaft und Ausbau der Rüstungsindustrie

Trotz der rasanten bergbaulichen Entwicklung im zuvor beschriebenen Zeitraum lag die entscheidende Wende in der Periode der faschistischen Kriegsvorbereitung nach 1933, *wo nunmehr das gesamte Revier in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt wurde*. Die regionale Entwicklung unterlag nach einer kurzen Phase der Auseinandersetzungen zwischen klein- und mittelständischen Unternehmen auf der einen und Monopolen auf der anderen Seite völlig jenen zentralistischen und monopolistischen Planungen, die einen radikalen Ausbau der Braunkohlenwirtschaft zum Ziel hatten.¹⁶² Die Auswirkungen auf die regionalen Verhältnisse waren weitaus gravierender als durch die bisherigen staatswirtschaftlichen Eingriffe. Dabei erleichterten die bereits früher vom sächsischen Staat vorgenommenen umfangreichen Flächenaufkäufe und Nutzungsbeschränkungen das Vorgehen der Vertreter der verschiedenen Zweige der Braunkohlenwirtschaft.

Während in der Zeit der Weimarer Republik in erster Linie sächsische Industrielle den Staat zum Auf- und Ausbau der braunkohlenbasierten Elektrizitätswirtschaft gedrängt hatten, bestimmten nunmehr die als „gesamtdeutsch“ definierten kriegswirtschaftlichen Interessen der Nationalsozialisten, die sich oftmals mit den Interessen der preußischen Groß- und Schwerindustrie deckten, die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Dennoch bestand in den ersten Monaten nach dem Machtwechsel die Hoffnung in der Region, die immer rücksichtsloser agierenden, monopolistischen Unternehmen in ihrer Macht zu beschneiden und zu den früheren klein- und mittelständischen Produktionsformen und damit auch Lebensformen zurückkehren zu können.

6.1 Die Stärkung der Zentralgewalt im Machtzentrum Preußen

Die nationalsozialistischen Führer gingen unmittelbar nach ihrer Machtergreifung daran, die Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der militärischen Mobilmachung des Reiches neu zu strukturieren. Allerdings konnte die faschistische Wirtschaftspolitik dabei nicht von Beginn an offen auf die Förderung der Großindustrie als Träger der Kriegsproduktion orientieren (vgl. Grosser 1965, 1ff. und die Dissertation von Ohlsen 1971). Eine sofortige offene Parteinarbeit für die Großindustrie wurde zunächst durch die Wahlversprechungen zum Schutz der ökonomischen Interessen des Mittelstandes sowie durch führende Mitglieder innerhalb der SA, die als Vertreter von Kleinbürgertum und Adel fungierten, verhindert. Deren antimonopolistische Einstellung beruhte auf der Angst vor der zunehmenden Proletarisierung, denn durch die anwachsende wirtschaftliche Konzentration wurden immer mehr vom Klein- und Mittelstand ins verachtete Proletariat abgedrängt (vgl. Ohlsen 1971, 5ff.).¹⁶³ Dem Prozess der Proletarisierung des Klein- und Mittelstandes sollte die bis 1933 propagierte Rückkehr zur „Fabrikfertigung“ mit überschaubaren Betriebseinheiten entgegenwirken, indem wieder einer größeren Zahl von Menschen der Erwerb von Produktionsmitteln ermöglicht wurde.

Die 1933 dringend geforderten sofortigen Hilfsmaßnahmen für die niedergehende mittelständische Wirtschaft, wie staatliche Aufträge, Kredite und Steuererleichterungen, standen jedoch von Anfang an den Interessen der Monopole gegenüber, die dasselbe für den Bereich der Grundstoff- und

¹⁶² Die Ausrichtung der Region auf kriegswirtschaftliche Aufgabenstellungen belegen Besprechungen zwischen Vertretern der ASW und der IG Farben von 1934 in Leipzig (Archiv Kombinat Böhlen A 442, nach Barthel 1960, 210).

¹⁶³ Der Konflikt zwischen den Unternehmensgruppen spitzte sich nach der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre zu. Geschürt durch Konkurrenzangst und mittelständische Ressentiments gegen das Großkapital, resultierend aber vor allem aus den Erfahrungen, dass sich die Zahl der Betriebe zwischen 5 und 50 Personen innerhalb weniger Jahre drastisch verringert hatte.

Produktionsgüterindustrie anstreben, was den Plänen der nationalsozialistischen Führer zudem weit mehr entgegenkam.

Den kleinen und mittleren Unternehmern wurde schon bald nur noch dort entgegen gekommen, wo die ökonomischen Interessen der Großindustrie nicht oder kaum berührt wurden. Oberste Priorität hatte aber die Einleitung umfangreicher rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen, an denen, so wurde vom Mittelstand gehofft, auch die “Kleinen” ausreichend verdienen könnten. Die Argumentation gegen das Großkapital wurden immer schwammiger. Von “organischer Wirtschaftslehre”, „Auswägen von Rechten und Pflichten”, “richtiger Führung und Verwendung des Eigentums” und “richtiger Beziehungssetzung” zwischen den einzelnen sozialökonomischen Gruppen war nunmehr die Rede (vgl. Ohlsen 1971, 44f.). Der Trick, zu welchem die Nazis griffen, zwischen “raffendem” internationalen und “schaffendem” deutschen Kapital (z.B. Kohle und Eisenmonopole) als wertvollem und schützenswürdigem Kapital zu unterscheiden, um so Übereinstimmung in den Interessen zu suggerieren, schlug fehl. Der Mittelstand kannte seine “Feinde”, überschätzte aber 1933 zugleich seinen Einfluss auf die Führung innerhalb der Nazipartei.

Die von den Nazis geplanten Umstrukturierungen sollten unter Wahrung der Interessen der Spitzenvertretungen der deutschen Wirtschaft¹⁶⁴, die in der Weimarer Republik zu Vertretern der Großunternehmen geworden waren, durchgeführt werden (vgl. genauer dazu in D.B.I.V. 1935, 27ff.; Grosser 1965). Anfang April 1933 hatte sich das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter Führung seines Vorsitzenden Dr. Krupp der nationalsozialistischen Regierung zur Verfügung gestellt, um auch weiterhin zentrale Wirtschaftsfunktionen übernehmen zu können.

Das Dilemma der nationalsozialistischen Führung bestand im Festhalten an der Verklärung und Propagierung der bäuerlich-kleingewerblichen Arbeits- und Lebensweise und der gleichzeitigen Unentbehrlichkeit des Großkapitals und der großindustriellen Produktion für die Kriegswirtschaft. Auf der einen Seite musste den Forderungen der Basis entsprochen werden, auf der anderen Seite der finanzstarken Wirtschaft, denn beide wurden gebraucht.

Im “Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft” wurde die angestrebte staatsmonopolistische Regulierung gesetzlich fixiert.¹⁶⁵ Die Reichsgruppe Industrie (ehemals Wirtschaftsabteilung B oder 2) wurde in 7 Hauptgruppen (21 bis 27) gegliedert, zur Hauptgruppe 21 gehörte der Bergbau (vgl. D.B.I.V. 1935, 28f.), geleitet von einem Industriellen aus Essen. Eine Fachgruppe war der Braunkohlenbergbau, wo es eine Bezirksgruppe Mitteldeutschland gab, zu welcher wiederum der Leipziger Bezirk zählte.

Die Zwangsregulierung aller Wirtschaftsprozesse entsprach zumeist den Interessen des jeweils innerhalb der Gruppe dominanten Monopols, denn die Großindustrie hatte es geschafft, innerhalb der Verbände erneut führende Positionen einzunehmen (vgl. Ohlsen 1971, 224). Allen Produzenten wurde die Zwangsmitgliedschaft in diesen von den Großunternehmen beherrschten Wirtschafts-Kartellen verordnet. Die Stimmenzahl wurde auf Vorschlag der Großunternehmen nach der Höhe des Kapitals vergeben (vgl. Grosser 1965, 9), was eine demokratische Mitbestimmung innerhalb der Kartelle von vornherein ausschloss.

Mit der Umwandlung der Wirtschaftsverbände in staatliche Wirtschaftsorgane innerhalb eines staatlichen Regulierungsapparates schuf der “faschistische Staat die letzten Voraussetzungen für eine störungsfreie

¹⁶⁴ Das waren der Reichsverband Deutscher Industrieller (RDI), der Verband Deutscher Arbeitgeber (VDA), der Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT).

¹⁶⁵ Der „Gesetzesentwurf zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ ist vom 20. Januar 1934. Das “Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit” wurde am 27. Februar 1934 erlassen.

wirtschaftliche Entwicklung” (vgl. Ohlsen 1971, 263ff., auf der Grundlage des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom Juli 1934).

Die Beschneidung und Umstrukturierung traf vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die an Einfluss verloren, zugleich wurden damit aber auch die Interessen der stärksten Monopole missachtet, denn mit der neuen Organisationsstruktur drohte der Hauptgruppe 1 (Bergbau, Stahl) eine Isolierung und der Verlust der Vorherrschaft über die anderen Industriezweige. Die Zurückdrängung des Einflusses der Kohle-Eisen-Stahlindustrie geschah zugunsten von Chemie und Elektroindustrie, die mindestens ebenso wichtig für die Kriegsvorbereitung waren und deren Einfluss auf das Reichswirtschaftsministerium aufgrund personeller Verflechtungen (vgl. weiter unten) besonders hoch war (vgl. Ohlsen 1971, 227; Walz 1979, 44f.).

Während die Mittelstandsvereinigungen¹⁶⁶ ihren Einfluss endgültig verloren hatten, konnte der vom Schwerindustriellen Krupp geführte Reichsstand Industrie unter der Bezeichnung “Reichsgruppe Industrie” nachträglich wieder in der neuen Organisationsstruktur verankert¹⁶⁷ werden (vgl. Ohlsen 1971, 233) und Krupp blieb Führer der Gesamtindustrie und nicht nur seiner Industriegruppe. Am 9. Mai 1934 unterschrieb der Reichswirtschaftsminister sogar den Organisationsvorschlag des Reichsstandes der Deutschen Industrie zur “Neuordnung der landschaftlichen Industrie-Organisation”. Damit hatten die zunächst geschaffenen Organisationen “nicht mehr den Charakter selbständiger Industrieorganisationen, sondern wurden erneut zu Bezirksgruppen der Reichsgruppe Industrie der Deutschen Wirtschaft. Die Bildung der 13 Stellen erfolgte nach Anweisungen, die von Krupp im Auftrag des Reichswirtschaftsministers erlassen worden waren. Auch die Ernennung der Führer der Industriebezirke sollte auf Vorschlag des Führers der Reichsgruppe Industrie erfolgen (vgl. Ohlsen 1971, 235ff.).

Die für den Klein- und Mittelstand prekäre Situation endete im Juni des Jahres 1934 mit dem Röhm-Putsch (vgl. dazu Ohlsen 1971, 9ff.). Erst jetzt waren jene der kleinbürgerlichen Massenbasis entwichenen, potentiellen Gefahren für die Neustrukturierung der Wirtschaft im Reich endgültig beseitigt. “Eingeschüchtert durch die Schüsse vom 30. Juni und die Entwaffnung der SA war nunmehr der kleinbürgerlichen Opposition, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmer, die anfangs vehement über ihre Interessenverbände¹⁶⁸ die wirtschaftlichen Versprechungen¹⁶⁹ eingefordert hatten, das Rückgrat gebrochen (vgl. Ohlsen 1971, 253f.).

¹⁶⁶ Schon am 14. Dezember 1933 wurden die Arbeitgeberverbände aufgelöst. 1934 wurden die Aufgaben der Kammern abgeschafft und diese überflüssig.

¹⁶⁷ Besonders aus dem Rheinland (Krupp, Thyssen) gingen warnende Briefe an den Staat. Die Schaffung einer Reichsgruppe Industrie, die von der Wirtschaft geleitet wird und alle Fachgruppen und Landschaftsverbände vertritt, wurde gefordert. Diese Bestrebungen unterstützten allerdings nicht alle Hauptgruppen, denn diese sahen sehr wohl die Gefahr der weiteren Bevormundung und den Verlust an eigener Interessenvertretung.

¹⁶⁸ Auch in den Unternehmerverbänden sowie zwischen und innerhalb einzelner Unternehmergruppen hatten sich die Auseinandersetzungen über die weitere Wirtschaftspolitik, über deren Organisation und Führung, ab April 1933 verschärft und dauerten bis einschließlich Juni 1934 an (vgl. dazu Ohlsen 1971, 78ff.). Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Schaffung staatlicher Kartelle belegt z.B. der Kampf des Verbandes der Sächsischen Industriellen als Vertreter großdeutscher Interessen gegen die Dresdner IHK, die antimonopolistische Interessen vertrat und für eine Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und den baldigen Beginn des ständischen Aufbaus der Gesellschaft eintrat. Im Ergebnis der Auseinandersetzungen wurde die personelle Besetzung der IHK Dresden komplett verändert.

¹⁶⁹ Diese waren: Verstaatlichung/Beseitigung der Monopole, Warenhäuser und Großbanken; Begrenzung der Belegschaften in industriellen Unternehmen auf 200 Personen und Verhinderung des “unsittlichen” Gewinns; Bodenreform und Sicherung kleinbürgerlicher und bürgerlicher Existenzen im Rahmen des “Ständischen Aufbaus” (vgl. Frauendorfer 1933, 18); staatlicher Schutz vor der großindustriellen Wirtschaft. Diese Forderungen wurden später auf die räumliche Dezentralisation bei Neuansiedlungen reduziert, die unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten ohnehin erforderlich war. Das Industriekapital selbst blieb unangetastet und dehnte sich schneller denn je aus.

Nach diesem Putsch wurde Hjalmar v. Schacht von der Schwerindustrie, als deren Förderer, ins Amt des Reichswirtschaftsministers gehievt, um Autonomie-Bestrebungen anderer Verbände zu unterbinden, die großindustrielle Wirtschaftspolitik reibungslos umzusetzen und die noch bestehenden Eingriffe nationalsozialistischer Interessengruppen kleinindustrieller und agrarischer Provenienz auszuschalten (Grosser 1965, 7ff.). Das von Schacht erlassene "Ermächtigungsgesetz" führte zur Auflösung der Verbände der kleinen und mittleren Unternehmen und zu deren Gleichschaltung mit der Großindustrie (vgl. Ohlsen 1971, 268). Am 30. September 1934 meldete Schacht, er habe dem Reichswirtschaftsministerium "die Aufgabe gestellt, die Kriegsführung wirtschaftlich vorzubereiten" (vgl. Ohlsen 1971, 270).

Der Nationalsozialismus war bis zur Märzwahl 1933 hauptsächlich als ökonomischer Interessenvertreter des Mittelstands aufgetreten, hatte dann zunächst eine unentschiedene Position eingenommen und ab Juli 1934 diejenige der Monopole. Die monopolisierte Wirtschaft brauchte die Nazis als Lobbyisten gleichfalls erst nach deren Machtübernahme, deshalb kam es auch erst danach zu deutlichen öffentlichen Bekenntnissen zum Faschismus, wenngleich einzelne Vertreter der Großwirtschaft, besonders der rheinischen, schon zeitig zu den Förderern der Bewegung gezählt hatten (z.B. Krupp, Siemens). Hauptgewinner der Auseinandersetzungen waren diese frühen Förderer der NSDAP wie die rheinische Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie, die Hitler für seine Kriegspläne zugleich auch am meisten brauchte. *Deren Interessen und die Erfordernisse der Kriegsvorbereitung verschmolzen miteinander, beförderten sich sozusagen gegenseitig.* Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft beruhte nach der Jahrhundertwende schon zum großen Teil auf dem Ausbau der Militärindustrie unter Führung der Kohle und Stahlgiganten. In diesem Sinne war die rheinische Wirtschaft wiederum strukturbedingt dringend auf staatliche Aufträge angewiesen und damit indirekt an der Vorbereitung eines Krieges beteiligt. *Hitlers Kriegspläne trafen also auf ohnehin vorhandene und zugleich "brachliegende" Wirtschaftskapazitäten* (vgl. Walz 1979, 44ff.; Grosser 1965, 1ff.).

Am 27. November 1934 erfolgte der Zusammenschluss der industriellen Hauptgruppen zu einer Reichsgruppe Industrie. Dessen Leiter wurde mit weitreichenden Weisungsbefugnissen ausgestattet und gleichzeitig das Amt des 1933 ernannten Führers der Wirtschaft wieder beseitigt. Auch Unternehmerorganisationen wie der Industrie- und Handelstag wurden abgeschafft. Die deutsche Wirtschaft unterlag somit den Interessen der rheinischen Stahl- und Kohlenmonopole, die ihrerseits daran interessiert waren, den Forderungen der Politik nach Schaffung einer wehrhaften Wirtschaft zügig nachzukommen, natürlich unter Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen.

6.2 Die räumliche Neuordnung des Reiches unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten und die Veränderung von Sektoren- und Größenstruktur

Um die regionalpolitische und gebietswirtschaftliche Vorbereitung des Krieges abzusichern, zentralisierte der faschistische Staat die gesamte Landesplanung. *In den Planungen spielte das geographische Mitteldeutschland nun eine besondere Rolle. Es bildete den regionalen Schwerpunkt des zweiten Vierjahresplanes ab September 1936 bis 1940 und zugleich das Zielgebiet für die Ansiedlung kriegswichtiger Industrien und Industrieerweiterungen,* denn trotz der Umverteilung im und nach dem ersten Weltkrieg befand sich unter Autarkie- und Kriegsgesichtspunkten immer noch ein zu großer Teil der Industrieproduktion in den grenznahen Gebieten Deutschlands. Die bestehende ungünstige räumliche Verteilung von Industrieballungen im Ruhrgebiet und Oberschlesien sollte durch Auslagerung bestehender Teilproduktionen in den *als strategisch sicher geltenden mitteldeutschen Kernbereich* aufgelockert werden (vgl. Walz 1979, 28f. und 62f.).

Die Standortwünsche der Reichsregierung lagen auf dem gesamten mitteldeutschen Raum, für die kleinräumigen Festlegungen zur Ansiedlung spielten dagegen natürlich-technische Vorteile,

Verfahrensfragen und vor allem Machtkämpfe zwischen den einzelnen Großunternehmen eine bedeutende Rolle (vgl. Hönsch 1973, 210; Grosser 1965, 4ff.).

Mit der weiteren Stärkung der schwerindustriellen Basis im sächsischen Gebiet des mitteldeutschen Raumes setzte sich die in den 1920er Jahren begonnene Umstrukturierung der Wirtschaft des Landes im Sinne der weiteren deutlichen Verschiebung von den Konsum- auf die Produktionsgüterindustrien fort und führte damit zu weiteren tiefen Einschnitten in die industrielle Sektorenstruktur. Dem wirtschaftlichen Aufbau in diesem Gebiet, um die wehrwirtschaftlich wichtige Erzeugung zu forcieren, stand nämlich die Drosselung der für die Kriegsvorbereitung unwichtigen Produktion in anderen Landesteilen gegenüber. Die wirtschaftliche Umorientierung benachteiligte ein weiteres Mal die sächsische Wirtschaft besonders stark, weil diese immer noch vorrangig Konsumgüterindustrie war.

Während die hochtechnisierten chemischen und versorgenden Industrien (Kohle, Strom, Gas) vom Zuwachs des Produktionsvolumens profitierten, gingen in der Textil- oder Holzindustrie gleichzeitig massenhaft Arbeitsplätze verloren (vgl. Walz 1979, 53). Die rückläufige Entwicklung im Konsumgüterbereich ging vor allem auf eine 1934 eingeführte Beschränkung des Importes für rüstungswichtige Rohstoffe zurück. Die Importverlierer unterlagen fortan Investitionsbeschränkungen und -verboten¹⁷⁰. Gewinner wie die Rohöl- und Elektrizitätserzeuger dehnten sich dagegen weiter aus (vgl. Walz, 1979, 26f.).

Da Deutschland nur in geringem Umfang Devisen besaß, war ein weitgehend autarkes Wirtschaften erforderlich, und so wurde bereits im ersten Vierjahresplan von 1934 der Ausbau der Treibstoffherzeugung auf Braunkohlenbasis für das folgende Jahrzehnt festgeschrieben (vgl. D.B.I.V. 1964, 6).

Mit der offenen Orientierung auf die Herstellung von Rüstungsgütern sowie auf die autarke Rohstoffversorgung der Kriegswirtschaft begann um die *Mitte des Jahres 1934 eine neue Phase der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung des Braunkohlenbergbaus mit dem Ziel der vermehrten chemischen Veredelung und einer andersgearteten Verwendung der festen, flüssigen und gasförmigen Produkte aus der Kohle* (vgl. Hönsch 1968, 87ff.). Diese Entwicklung wurde beschleunigt, als der Einsatz einer neuen Entwässerungstechnologie um 1936 das Anlegen von Entwässerungsschächten überflüssig machte und so die Betreibung von Braunkohlengroßtagebauen erheblich erleichterte und verbilligte.

Der zweite Vierjahresplan von 1936 sorgte dafür, dass den rüstungswirtschaftlich wichtigen Bereichen die notwendigen Subventionen, Rohstoffe und Arbeitskräfte zukamen. Mit Beginn dieses Plans setzte die Befehlswirtschaft ein, „wo alles rationiert und staatlich sanktioniert wurde“ (vgl. Grosser 1965, 3f.). Die Vierjahresplanbehörde regierte als selbständige Verwaltung über die Vergabe von Ressourcen und Subventionen in die Industrien und Gewerbe hinein. Im wichtigsten Amt, dem „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“, hatte sich die Chemieindustrie den größtmöglichen Einfluss gesichert¹⁷¹ (Walz 1979, 44f., auch von Grosser wurde die Chemische Industrie als besonders „raffgierig“ charakterisiert, Grosser 1965, 9), um so ihren Gewinninteressen den nötigen Nachdruck verleihen zu können.

Die Zentralisation der Macht bewirkte somit eine Verschiebung innerhalb der Branchenstrukturen sowie die weitere Produktionskonzentration. So nahm der Bestand an Kapitalgesellschaften (AG/GmbH) seit 1933 in Deutschland weiter ab, obwohl das Aktienkapital pro Gesellschaft weiter anstieg und sich damit auf immer weniger Kapitalgesellschaften konzentrierte. Im Jahr 1939 besaßen 3,6 % der deutschen Aktiengesellschaften 57,9 % des Gesamtkapitals. Bei den GmbHs verlief dieser Prozess noch rasanter. Nur die Gruppe der Gesellschaften ab 20 Mill. RM wuchs zwischen 1936 und 1939. Insgesamt nahm

¹⁷⁰ Im Vier-Jahres-Plan (1936-1940) wurde die Kontingentierung rüstungswichtiger Rohstoffe vorgenommen.

¹⁷¹ Im „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“ waren 90 % der Angestellten ehemalige IG-Farben Mitarbeiter.

deren Zahl aber um 40 % ab. In der Industrie konzentrierten sich besonders jene Wirtschaftsgruppen mit der ohnehin schon höchsten Kapitalkonzentration weiter (1932: 51 Gesellschaften mit durchschnittlich 56 Mill. RM; 1938: 29 Gesellschaften mit durchschnittlich 74 Mill. RM), u.a. auch der Bergbau. Nicht zuletzt förderten Steuerpolitik und Gesetzgebung¹⁷² die Stilllegungen mittelständischer Betriebe und das Wachstum von Großunternehmen (vgl. dazu Walz 1979, 24, 28 und 54ff. sowie Ohlsen 1971, der die Auseinandersetzung zwischen den Wirtschaftsgruppen bis zum Juni 1934 ausführlich beschrieben hatte).

Die stark auf die Interessen der großen Monopole fixierte Wirtschaftspolitik sicherte nicht die anfangs versprochene Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen, sondern lieferte diese einer beschleunigten Konzentration und Zentralisation aus. *Die sächsische Industrie, kaum zur Konzentration und zur Zusammenfassung von Arbeitermassen an einigen Orten neigend, wies immer noch eine starke Streuung der Standorte auf*¹⁷³ und war auch unter diesem Gesichtspunkt den großen preußischen Kapitalgesellschaften unterlegen (vgl. Abschnitt 6.1 und 5.1).

Größtes Handicap war, wie vor 1933 schon, die Struktur der sächsischen Wirtschaft. Sachsen war auch nach 1930 noch ein Land der *Fertigwarenindustrie* (Branchenstruktur) mit *Zehntausenden kleinen und mittleren Betrieben* (die Hälfte aller gewerblichen Arbeitnehmer Sachsens war in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten tätig) und weiterhin *hoher Konsumgüter- und Exportorientierung*. Gleichzeitig war Sachsen nach dem Saarland industriereichstes Land des Reiches mit einem besonders hohen Anteil an Industriearbeitern (56,5 % der Erwerbsbevölkerung; vgl. Heyse 1938, 5).

Da die vom Niedergang betroffenen Branchen innerhalb der neuen Wirtschaft keine Bedeutung mehr haben sollten, setzte innerhalb der sächsischen Wirtschaft ein gigantischer Umstrukturierungsprozess ein. Die wirtschaftliche Unterlegenheit Sachsens war nicht durch vorübergehende Notmaßnahmen wie ABM auszugleichen, sondern nur durch eine *Anpassung der Wirtschaft an die neuen Bedingungen*. Die als “notleidend und absterbend” identifizierten Industriezweige in den alten Industrieregionen, d.h. jene, die nicht für die Kriegsproduktion gebraucht wurden, sollten dem Aufbau der Produktionsmittelindustrie weichen.

Wieder hatte der Arbeitsplatzabbau die alten sächsischen Industrieregionen besonders schwer getroffen. Zum einen waren während der Weltwirtschaftskrise ganze Wirtschaftszweige eingebrochen. Zum anderen waren im Verlaufe der Monopolisierung und Kartellisierung in Sachsen Tausende Arbeitsplätze in den traditionellen Branchen entfallen. Das Land hatte über Jahre die höchsten Arbeitslosenzahlen aller Industriegebiete in Deutschland (vgl. dazu Heyse 1938, Einleitung; Schwarzbach 1971, 78). *Der Auf- und Ausbau der für die Kriegswirtschaft wichtigen Industrien in der nordwestsächsischen Region hatte somit auch zu dieser Zeit wieder eine gesellschaftlich und sozial relevante Zielsetzung, nämlich die extrem hohe Arbeitslosigkeit im Land zu bekämpfen.*

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nazis basierte auf dem Ausbau der Kriegswirtschaft, d. h., in den kriegswichtigen Industriegruppen waren umfangreiche Beschäftigtenzuwächse vorgesehen. Der in diesen Unternehmen angestrebte Beschäftigungsstand verlangte den Arbeitern eine hohe berufliche und räumliche Neuorientierung ab.

¹⁷² Z. B. das Gesetz über Steuerfreiheit bei Ersatzbeschäftigung 1933, die Zwangskartellierung 1933, das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft, das Ermächtigungsgesetz 1934, das Aktiengesetz 1937.

¹⁷³ Der Anteil an selbständigen Unternehmern an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen lag in Regionen mit einem weiter fortgeschrittenen Konzentrationsprozess um einiges niedriger. Waren in Sachsen 1933 noch 12,5 % der Erwerbspersonen Selbständige, waren es in Westfalen nur noch 8,8 %, und in der Rheinprovinz, also dort wo die vergesellschaftete Kohlen-, Stahl und Elektroindustrie am stärksten war, sogar nur noch 4,4 %. Mecklenburg wies als Agrarland dagegen 18,9 % auf; vgl. Ohlsen 1971, 21ff. und 285ff.).

In dem Maße, wie traditionelle Zweige nicht mehr gefördert wurden, wurde langsam mit dem Aufbau der später benötigten Zweige begonnen. Die staatliche Auftragsvergabe an die Rüstungswirtschaft wurde von 9 Mrd. Reichsmark im Jahr 1936 auf 15,5 Mrd. Reichsmark im Jahr 1938 erhöht (vgl. Grosser 1965, 5). Die staatliche Unterstützung schloss auch Forschungsprogramme zur Herstellung synthetischer, u.a. aus Braunkohle hergestellter Rohstoffe wie Kunstkautschuk oder Erdöl sowie den Bau entsprechender Produktionsanlagen ein¹⁷⁴ (vgl. u.a. Walz 1979, 44). Die rasche Einführung neuer Methoden und Konstruktionen ohne Rücksichtnahme auf die Kosten, denn diese übernahm ja der „Staat“, machte es möglich, dass es mit der seit dem ersten Weltkrieg stagnierenden Schwelindustrie (Treibstoffherstellung aus Braunkohle) in den Betrieben der DEA endlich wieder aufwärts ging.

Ab Mitte 1934 wurde offen zum Aufbau der Kriegswirtschaft übergegangen. Da die dort hergestellten Produkte zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht gebraucht wurden, musste der Kleinabnehmer die Ankurbelung der Kriegswirtschaft übernehmen, z.B. durch den Kauf von Automobilen (Kraftstoff) oder Elektroartikeln (Nutzung elektrischer Energie).

Das Großkraftwerk in Böhlen, für die Kriegswirtschaft von zentraler Bedeutung, war schon seit seiner Fertigstellung nicht mehr ausgelastet, weil wichtige industrielle Abnehmer, deren Entstehung ebenfalls schon auf die besonderen Bedingungen der Kriege 1914-1918 zurückzuführen waren, fehlten (vgl. Kapitel 5.2.1 zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Kraftwerksbaus).

In den ersten Jahren der Machtübernahme wurden deshalb die Elektrizitätsarbeiter von Böhlen durch die Nazis zur Konjunkturbelebung und zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zum steigenden Strom-Konsum verpflichtet und auch dazu, weitere Abnehmer aus ihrem unmittelbaren Umfeld zu werben. "Und Ihr, Arbeitskameraden, die Ihr durch Eure Verbundenheit mit dem Staate einerseits und der Elektrizitätswirtschaft andererseits doppelt verpflichtet seid, die Sache ... des elektrischen Lichtes zu vertreten, weckt Verständnis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer ... ausreichenden elektrischen Installation, soweit nur Euer Einfluss reicht", denn „mit dem Kauf elektrischer Geräte leistet man Aufbauarbeit nicht nur für sich selbst, sondern für das ganze Volk“ (ASW-Mitteilungen 1934, 50f.).

Die "Kumpel" der Großbetriebe wurden dazu aufgefordert, ihrer vaterländischen Pflicht nachzukommen, den Stromabsatz zu steigern, um dadurch immer mehr Volksgenossen in Arbeit und Brot zu bringen und damit die Bemühungen der Reichsregierung in der Arbeitsbeschaffung zu unterstützen (vgl. ASW-Mitteilungen 1934, 198). "Ganz besonders aber müssen unsere Gefolgschaftsmitglieder selbst zu Pionieren für das elektrische Gerät werden, denn für sie spricht nicht nur der eigene Nutzen, sondern auch der Dienst an der Betriebsgemeinschaft, von der sie Lohn und Brot erhalten." (ASW-Mitteilungen 1934, 198).

Der Volkskanzler hatte, um die Produktion in den strategisch wichtigen Industrien anzukurbeln, auch dem „Primitivitätskult“ des vergangenen Systems den Kampf angesagt. So wurde an die deutsche Hausfrau und Mutter appelliert, von den elektrischen Haushaltshilfen umfangreichen Gebrauch zu machen, damit sich die „Bürde ihrer Hausarbeit verringert“ und sie „endlich Zeit für ihre Kinder hat“, denn sie war „Ihrem Vaterland vor allem eines schuldig, für eine neue starke Generation zu sorgen“ (ASW-Mitteilungen 1934, 50f.).

Die Propaganda fruchtete, denn bald schon waren die Produzenten zu den wichtigsten Konsumenten geworden und 40 % aller Kochstromabnehmer waren Arbeiterhaushalte. Der Strombezug der Kleinabnehmer aus dem ASW-Werk stieg von 35,56 Tausend kWh im Jahr 1933 auf 46,35 kWh im Jahr

¹⁷⁴ Umfangreiche staatliche Investitionen flossen in die Bereiche Mineralöl mit 22,7 %, Energieversorgung mit 14,8 % sowie in die Produktion weiterer chemischer Erzeugnisse mit 8,7 % der Gesamtinvestitionen von 8,8 Mrd. Mark (vgl. Walz 1979, 53; für 1936).

1937 (vgl. Stat. JB Sachsen 1935/38, 207). Allerdings nutzten nur weniger als 4 % der Landwirte elektrische Kochgeräte (vgl. ASW-Mitteilungen 1935, 66).

Deshalb galt es nun neben den Haushalten, Handwerk und Landwirtschaft von der Notwendigkeit des Strombezugs zu überzeugen, denn dort waren enorme Steigerungen möglich. Um die „störrische“ Landbevölkerung der sächsischen Regionen zum Kauf von Elektrogeräten bzw. zum Anschluss an das Stromnetz zu bewegen, fuhren Angestellte zur „Werbung und Bearbeitung“ übers Land (vgl. ASW-Mitteilungen 1935, 76f.).

In der eigenen Region wurde den Landwirten unsolidarisches Verhalten den Elektrizitätsarbeitern gegenüber vorgeworfen, da sie immer noch Holz aus ihrem Wald verbrannten und andere billige Brennstoffe zum kochen verwendeten. Auch gegen die Arbeitsweise im klein- und mittelständischen Gewerbe wurde zu Felde gezogen, weil die unmechanisierten Betriebe nicht leistungsfähig seien und man es „dem tüchtigen Facharbeiter, der aus den guten, mit allen modernen Hilfsmitteln eingerichteten Werkstätten der Industrie kommt, auch nachfühlen kann, dass er in den primitiven Arbeitsstätten technisch zurückgebliebener Reparaturanstalten, Dorfschmieden, Gutswerkstätten usw. oft nur ungern arbeitet.“ (ASW-Mitteilungen 1935, 132).

Mit diesen Argumenten der fehlenden Solidarität und der Rückständigkeit der traditionellen Stände seitens einer selbst unsolidarischen und in den eigenen Traditionen verhafteten Arbeiterschaft wurde ein Klima gegen die bisher in der Region beheimatete Wirtschaft geschaffen, das es den Gegnern der Kohlenwirtschaft fast unmöglich machte, sich dem industriellen „Fortschritt“ in der Region zu widersetzen.

Obwohl der Umfang an Industrieansiedlungen in Sachsen in den 1930er Jahren aufgrund der randgebietlichen Zugehörigkeit zum mitteldeutschen Raum ausgesprochen hoch war, profitierte davon nicht die mittelständisch orientierte einheimische Wirtschaft, sondern preußische Großunternehmen und Großbanken. Die preußische Wirtschaft, in der Person von Thyssen oder Siemens (später Krupp)¹⁷⁵, befand sich als Vertreterin der Schwerindustrie von vornherein in einer besseren Position. Die Wirtschaftsführer waren zudem in ihren Loyalitätsbezeugungen den neuen Machthabern gegenüber schneller gewesen als die sächsischen und konnten so mehr staatliche „Zuwendung“ erwarten. Während die preußische Wirtschaft die Zeichen der Zeit erkannt und schnell den „richtigen“ Platz eingenommen hatte, beharrte die IHK Dresden immer noch darauf, Sachsen zum Notstandsgebiet zu erklären und mit dem Aufbau der „ständischen“ Wirtschaft nach den alten Plänen der Bewegung zu beginnen.

Der über Jahrzehnte ausgetragene „Wettkampf“ zwischen den preußischen und sächsischen Industriellen und deren Wirtschaftssystemen fand seinen Abschluss in der erneuten Niederlage des sächsischen Wirtschaftstyps.

¹⁷⁵ Vgl. Louis Paul Lochner: Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer. Darmstadt 1955. Cuno Horkenbach (Hrsg): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1935.

6.3 Die Ausweitung der Industrieansiedlungen im Bornaer Revier – „Der Bagger frisst sich in den Sand; Der schwarze Tod geht durch das Land.“¹⁷⁶

Das Ergebnis der geschilderten Machtkämpfe der Jahre 1933/34 legte nunmehr auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region fest. Die Wirtschaftspolitik war zugunsten von Großindustrie und Banken entschieden worden, und die Hoffnungen der kleinen und mittleren Unternehmer bzw. Landwirte, ihre Rechte und Positionen zu behalten und gegenüber der Kohlenwirtschaft auszubauen, wurden spätestens nach dem 30. Juni 1934, dem Tag der faschistischen „Bartholomäusnacht“, zunichte gemacht.

Dabei erleichterten die schon 1913, 1916 und 1919 in Sachsen erlassenen Gesetze (vgl. Kapitel 5) den eindringenden großindustriellen Betreibern den Landerwerb und beschleunigten die Entmachtung der einheimischen Besitzer. *Zur Absicherung ihrer wirtschaftlichen Ziele schuf die neue Regierung nun weitere Voraussetzungen auf berghoheitlichem Gebiet.* Das „Lagerstättengesetz“, 1934 erlassen, hatte die vollständige Durchforschung des Reichsgebietes nach Lagerstätten zum Inhalt. Es folgte 1936 das zum Abbau verpflichtende „Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen“. Von besonderer Wichtigkeit für den ungestörten Abbau der Vorkommen war das 1939 erlassene „Gesetz über Baubeschränkung zur Sicherung der Bodenschätze“. Obwohl in Sachsen seit 1925 an einem Flächenaufteilungsplan gearbeitet wurde, der genau hierauf abzielte, konnte erst die nationalsozialistische Diktatur eine derartige Entmündigung der Regionen und Eigentümer gesetzlich fixieren (vgl. D.B.I.V. 1964, 7; Hönsch 1971, 208f.).

Der weitere Kohlenabbau südlich von Leipzig erstreckte sich jetzt im Prinzip fast nur noch auf das spätere Kreisgebiet, d.h. den bisher betrachteten Teilraum der alten Amtshauptmannschaft (siehe Anhang, Karte 1 und 2). In allen anderen nordwestsächsischen Revieren (vgl. Abschnitt 4.4.3) war der Abbau spätestens in den 1930er Jahren eingestellt worden (vgl. JB BHW ab 1934).

6.3.1 David gegen Goliath – der ungleiche Kampf zwischen Regionalwirtschaft und Kohle

Zunächst kämpften kleine und mittlere Unternehmer, Grundbesitzer und Landwirte erbittert gegen die schnell laut werdenden Ansprüche der Braunkohlenindustrie (vgl. Bischoff u.a. 1995, 25ff.). Diese Auseinandersetzung um die Macht in der Region endete mit der völligen Niederlage der sächsischen Unternehmer und wird im folgenden exemplarisch am Fall des Freiherren von Friesen auf Rötha, zweitgrößter Landbesitzer mit mehr als 700 ha Land, dargestellt. Dessen seit mehreren Jahrhunderten in der Region vor allem wirtschaftlich agierende Adelsfamilie gehörte zu den Verlierern der Geschichte.

Ausgedehnte Obstplantagen, erweitert um eine Obstverwertungsfabrik, eine Baumschule und eine Obstweinschänke, sowie das Schloss selbst mit seinem englischen Park und der auch öffentlich zugänglichen Familienbibliothek fielen nach 1933 innerhalb nur weniger Jahre der Braunkohlenindustrie zum Opfer.

Zum einen dem Kohlenabbau direkt, der Anlage des Stausees zur Wasserhaltung für den Tagebau Espenhain oder dem Neuanpflanzungsverbot¹⁷⁷. Zum anderen den Folgen des Bergbaus wie Wasserentzug und Luftverschmutzung.

Die konservativ eingestellte Familie, die im 19. Jahrhundert den Eisenbahnanschluss der Stadt Rötha verhindert und damit die spätere Standortentscheidung für das Kraftwerk maßgeblich beeinflusst hatte (vgl. Abschnitt 3.2 und 5.6.1), stand dem Kohlenabbau ausgesprochen ablehnend gegenüber. Im

¹⁷⁶ Aus einem Gedicht von Hermann Löns, zugeschickt an den Freiherren von Friesen auf Rötha zu Weihnachten 1936 von dem Leipziger Verleger Friedrich Brandstetter (vgl. Kretschmer 1996, 97).

¹⁷⁷ 1940 wurde jegliche Neuanpflanzung auf den Obstplantagen der Familie verboten (vgl. Kretschmer 1996, 101).

Gegensatz zu anderen Grundeigentümern (u.a. die Familie von Einsiedel) hatten sie den Kohlenabbau niemals selbst betrieben und auch anderen Nutzern nur dann Land zum Zwecke der Kohlengewinnung verpachtet, wenn der Abbau überschaubar blieb und die Braunkohle im Tiefbau abgebaut wurde.

Durch die zugunsten des Bergbaus veränderte Gesetzgebung sicherte sich der Staat 1913 auch auf Friesen'schem Grund erste Abbaurechte (vgl. dazu Kretschmer 1996, 97ff.; Abbildung 5.2). Obwohl schon in den 1920er Jahren die Beamten der ASW massiven Druck auf die Grundeigentümer der Gegend, u.a. auf von Friesen, ausgeübt bzw. mit der Wegnahme von Felder offen und verdeckt gedroht hatten, d.h. die "ganze Gegend unter dem Terror der Beamten stand" (vgl. Kretschmer 1996, 98), gelangte die regionalen Grundstückseigentümer erst in den 1930er Jahren in die Defensive gegenüber der Braunkohlenwirtschaft und ihren Ansprüchen.

Von Friesen war im Jahr 1933, sofort nach Bekannt werden der Pläne zum Ausbau des Industriekomplexes in Böhlen, mit seinem Rechtsanwalt gegen den Bau des Benzinwerkes vorgegangen. Er bemühte über mehrere Jahre alle möglichen Instanzen, von der Gewerbeaufsicht bis zum Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und die Vierjahresplan- oder Naturschutzbehörde, um die Zurückdrängung des Bergbaus bzw. die Verhinderung einer weiteren Ausdehnung zu erzielen, ja er erwog sogar einen Rechtsstreit. Anfang 1937, als sich seine Hoffnung, dass die Blut- und Boden-Politik seinen Grundbesitz vor den Übergriffen der Braunkohlenindustrie schützen werde, endgültig als falsch erwiesen hatte, ließ er die ihm noch verbliebenen 549 ha Land zum Erbhof¹⁷⁸ erklären.

Aber auch diese Bemühung nutzte nicht viel, denn die Braunkohlenindustrie drängte schon ab März 1937, den faschistischen Staat hinter sich wissend, die Familie von Friesen zum Verkauf ihres gesamten Besitzes, um nicht wieder in zähe und lange Verhandlungen über einzelne Flurstücke eintreten zu müssen. Für den Bau eines weiteren Benzinwerkes nahe Espenhain und den dazugehörigen Tagebau benötigte der Staatsbetrieb ASW mehrere umfangreiche Grundstücke und Rittergüter aus dem Besitze der von Friesens, einschließlich des Schlosses auf Rötha, welches dem Bau des Pleißestausees oberhalb des neuen Werkes im Wege stand.

Bei Verkaufsunwilligkeit der Eigentümer, wie im Falle des Röthaer Großgrundbesitzers von Friesen, konnte der Staat inzwischen ohne Bedenken von seinem Enteignungsrecht Gebrauch machen. Das Enteignungsverfahren für ca. 600 ha Land, u.a. auch Friesen'sches, für den Tagebau Espenhain wurde im November 1937 vom Oberbergamt Freiberg getroffen. Die Enteignungsentscheidung wurde damit begründet, dass zur Deckung des Treibstoffbedarfs die sofortige Erschließung weiterer Kohlenvorkommen und die Errichtung von Anlagen zur Weiterverarbeitung notwendig seien (vgl. Kretschmer 1996, 99).¹⁷⁹

Mehrere Rittergüter um Espenhain wurden danach vollständig enteignet. Das Land fiel entweder sofort dem Abbau zu oder die Auflösung der großen Güter diente der Bereitstellung von Ausgleichsland für ebenfalls enteignete kleinere Erbhöfe. Wenn überhaupt, dann wurden die Interessen der kleineren Bauern berücksichtigt, denn diese waren später leichter zur Weggabe ihres Landes zu überreden.

Im Jahre 1943 wurde Heinrich von Friesen aufgrund "heimtückischer Äußerungen", u.a. seine Kritik an der Wirtschaftspolitik des Reiches und insbesondere der ASW, sogar inhaftiert. Die dann relativ mild ausfallende Bestrafung berücksichtigte sicher, dass Friesen in den vorangegangenen 10 Jahren fast die Hälfte seines Grundbesitzes an den Kohlenabbau verloren hatte und überdies seine wirtschaftlichen

¹⁷⁸ Erbhof bedeutete, dass dieser Hof nicht geteilt werden durfte und damit einem besonderen Bestandsschutz unterlag.

¹⁷⁹ Die Personalunion von Staat und Bergbau hatte in Sachsen eine lange Tradition, schon seit dem 16. Jahrhundert beherrschte die Bergakademie zu Freiberg in den Bergbaugebieten alle anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten (vgl. Der Bergbau 1/1943, 8).

Aktivitäten auf dem verbleibenden Besitz stark einschränken musste (vgl. Kretschmer 1996, 100).

Ebenso wie die Interessen des “Landadels” missachtet wurden, wurden die Beschwerden von Gemeinden oder einzelnen Bewohnern gegen die unzumutbaren Ansprüche seitens bzw. gegen die Belastungen durch die Großbetriebe sowie deren Forderungen nach (zumindest) angemessener Entschädigung immer häufiger mit der Begründung abgewiesen, dass *“die ursprünglich rein landwirtschaftliche Gegend zu einer überwiegend industriellen mit einer entsprechenden Bevölkerung geworden ist. Handele es sich aber um eine vorwiegend industrielle Gegend, so ist eine Einwirkung der industriellen Anlagen auf die Umgebung nicht ungewöhnlich, sondern muss als ortsüblich angesehen werden“* (vgl. Hönsch 1973, 211; nach einer Denkschrift der ASW von 1938). Ansprüche wegen schädigender Einflüsse konnten somit nicht mehr geltend gemacht werden.

6.3.2 Die Gewinner – Karbochemie und Energiewirtschaft

In dem Maße wie die regionale Wirtschaft zurückgedrängt wurde, breitete sich nach Gründung der Braunkohlen-Benzin-AG (im weiteren Brabag¹⁸⁰) Kohlenabbau und Verarbeitung im Gebiet rasch aus (siehe Tabelle 37; Anhang, Karte 2).

Um die Planziele auf dem Treibstoffsektor zu erreichen, wurden nach 1938 seitens der ASW, aber auch durch die IG Farben und die DEA auf der Grundlage des “wehrwirtschaftlich neuen Erzeugerplanes” auf Gemeindegebiet weitere Anlagen zur Erzeugung von Flugkraftstoffen errichtet, vorhandene Anlagen erweitert oder die Produktion erhöht (vgl. Hönsch 1973, 212f.). Noch im Jahre 1934 wurde durch die IG Farben damit begonnen, dem bisherigen Kraftwerk in Böhlen eine Schwelerei mit 24 Lurgi-Öfen anzuschließen. Das Hydrierwerk zur Phenolherstellung wurde 1936 fertig gestellt. Den Anlass für den weiteren Ausbau des Standortes Böhlen gab der im Kraftwerk in großen Mengen anfallende Schwelkoks (vgl. Barthel 1960, 204f.), die frühere Industrieansiedlung zog somit eine weitere nach sich. Damit bestanden in Böhlen und Leuna die einzigen Werke in Deutschland, wo auf großtechnischer Basis die Treibstoffherstellung aus Braunkohlenteer aufgenommen worden war (vgl. D.B.I.V. 1935, 26).

Zwischen 1935 und 1936 wurde durch die DEA in Regis¹⁸¹ eine zweite, ungleich größere als die 1916 errichtete Anlage zur Benzingewinnung in Betrieb genommen. Nach nur einjähriger Bauzeit eröffnete 1937 auch in Deutzen ein Schwelwerk mit zwei Spülgasöfen, 1938 um drei weitere Schwelöfen erweitert. Insgesamt waren damit in einem verhältnismäßig kleinen Revier drei große karbochemische Anlagen in Betrieb.

Das (weltweit) größte Verarbeitungszentrum dieser Art (Treibstoff, Leichtöl, Schweröl) entstand jedoch erst zwischen 1938 und 1942 im Auftrag der ASW im Raum von Espenhain. Mit dieser letzten Gründung im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 2. Weltkrieges hatte der Ausbau der braunkohleveredelnden Industrien zugleich seinen Abschluss gefunden (vgl. Barthel 1960, 205).¹⁸²

Tabelle 37: Anzahl der Braunkohlenwerke, Belegschaften und Besitzverhältnisse

Jahr	Anzahl Werke	Aktiengesellschaften	Betriebe im Besitz der AG en in %	Beschäftigte	pro Betrieb*	Betriebe über 1.000 Beschäftigte
------	--------------	----------------------	-----------------------------------	--------------	--------------	----------------------------------

¹⁸⁰ Die Braunkohlen-Benzin AG (Brabag) entstand auf der Grundlage der von der Regierung erlassenen Verordnung über die Errichtung von Pflichtgemeinschaften in der Wirtschaft.

¹⁸¹ Die Eingliederung des in Regis seit 1917 bestehenden Benzinwerkes der DEA in die Brabag erfolgte 1934.

¹⁸² Zwischen 1933 und 1938 nahm die Zahl der Mineralölbetriebe (Herstellung, Verarbeitung) in Sachsen von 39 auf 52 zu (vgl. Stat.JB Sachsen 1935/38, 214).

1930	12	3	83,3 %	6.453	537,7	1 / 1.158
1933	13	4	84,6 %	6.266	482	1 / 1.114
1937	13	4	92,3 %	8.022	617,1	2 / 3.531
1943	12	4	100 %	12.289**		4-5 / 20.000

Quelle: zusammengestellt aus den Jahrbüchern für das Berg- und Hüttenwesen, ohne das Thüringer Werk der DEA
 *ohne die Betriebe unter 21 Mitarbeitern, 1933 drei, 1937 einer, ** nur die beiden ASW-Werke Böhlen und Espenhain, dar. ca. 6.000 Zwangsarbeiter

Als Eigentumsform dominierte nun eindeutig die Aktiengesellschaft. Die Unternehmen waren im Besitz regionsfremder, preußischer oder (haupt-)städtischer Gesellschafter. Nicht nur in den Aufsichtsräten der großen Gesellschaften (ASW, DEA, IG Farben, NKW), sondern auch in den Aufsichtsräten der beiden letzten zumindest juristisch noch selbständigen, d. h. noch nicht 100 %ig übernommenen kleineren Gesellschaften in Neukirchen und Borna saßen durchgängig Beamte und Industrielle aus Dresden, Berlin und der Rheinprovinz und bestimmten die Entwicklung der Unternehmen. Unter anderem gab es im Aufsichtsrat der Braunkohlenwerk Borna AG ein Vorstandsmitglied von Siemens-Halske-Schuckert, andere Beamte und Industrielle waren gleich in beiden Aufsichtsräten vertreten (vgl. Deutsches Bergbaujahrbuch 1939, 107ff.)

Die Bedeutung des Bornaer Abbaugbietes war innerhalb weniger Jahre enorm angewachsen. Von den insgesamt 54 in Sachsen noch bestehenden Bergbaubetrieben befanden sich 14 in diesem Landkreis. Die alte Bergbauregion Zwickau lag mit 7 Betrieben „weit abgeschlagen“ auf Platz 2 (vgl. Häntzschel 1938, 113; auch Deutscher Bergbau 6/1936, 10; Blochberger 1943, 2). „Weithin sichtbare Schloten, mit dem Qualm bergbaulicher Betriebe geflaggt, waren die neuen Wahrzeichen des Landkreises Borna“, und „je näher man kam, um so ungeheuerlicher wurde der Eindruck“ (ASW-Mitteilungen 1929, 6ff.).

Seit Mitte 1944 wurden die Großbetriebe der Region, vor allem die karbochemischen Anlagen in Böhlen, Deutzen, Regis oder Espenhain planmäßig bombardiert. Nur wenige Jahre nach dem in Hast und Eile erfolgten Aufbau waren die mitunter noch unvollendeten Anlagen in Schutt und Asche gelegt, so dass unter amerikanischer Besatzung nach 1945 der Neuaufbau der unrentablen Großbetriebe nicht mehr erfolgt wäre. Damit wären Kohlenabbau und -verarbeitung auf ein für die Region und die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung vertretbares Maß reduziert worden. Da aber nicht die Amerikaner, sondern die russischen Sieger Sachsen verwalteten, begann schon 1945 der Wiederaufbau und eine weitere Steigerung des Braunkohlenabbaus (vgl. dazu Kapitel 7).

6.4 Die neuen Belegschaften – elitäre Gefolgschafter und Zwangsarbeiter

Auch in den modernen Großbetrieben der Braunkohlenindustrie wurden wie bisher zwei unterschiedliche Gruppen von Erwerbstätigen für die Verrichtung der Arbeit benötigt. Zum einen eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Facharbeitern und Spezialisten, zum anderen eine deutlich größere Gruppe von einfachen Arbeitern. Während die ersten fundierte Kenntnisse über den Produktionsablauf in den kompliziert aufgebauten Anlagen besitzen mussten, wurden die anderen für solche Tätigkeiten im Abbau und in der Verarbeitung benötigt, die kaum fachliches Wissen verlangten.

Unterschiedliche Angaben zur beruflichen Struktur der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau¹⁸³ lassen

¹⁸³ 1939 gehörten in Sachsen 28.612 Erwerbspersonen zur Wirtschaftsgruppe 21 (Bergbau), aber nur 15.056 Personen gehörten zur Berufsgruppe 21 (den bergmännischen Berufen, ca. 53 %). Darunter befanden sich 405 Steiger und 10.230 Bergleute (36 %). Weitere 10.217 waren Arbeiter. In den Kokereien, Schwelereien, Brikettfabriken arbeiteten 2.040, an Förder- und Zechenmaschinen 1.157 Personen (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 24 und 31.). Sachsens Bergbau beschäftigte 1934: 25.746, 1936: 25.980 und 1938: 28.176 Erwerbspersonen (vgl. Stat. JB Sachsen 1935/38, 148).

In der Braunkohlenwirtschaft gab es 1934: 7.383 und 1937: 9.145 Beschäftigte (vgl. Stat. JB Sachsen 1935/38, 204; zu bergbaulichen Berufen, auch Stat. DR NF Bd. 557.7, 31).

Rückschlüsse über das zahlenmäßige Verhältnis von gelernten zu ungelernten Arbeitskräften bzw. traditionellen zu industriellen Berufen zu (vgl. Tabelle 38). In den beiden sächsischen Braunkohlenrevieren arbeiteten 7.001 Beschäftigte als Braunkohlenarbeiter. Von diesen gehörten lediglich 2.350 der Gruppe der Bergleute (33,6 %) und 53 der Berufsgruppe der Steiger an (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 24 und 31; siehe Tabelle 38). Allerdings waren 1937 allein im Bornaer Revier fast 8.000 Personen in den unterschiedlichen Bereichen der Braunkohlenwirtschaft tätig (Gewinnung und Verarbeitung). Die Differenz zwischen der Gesamtzahl an Beschäftigten in der Braunkohlenwirtschaft und der Anzahl an Bergleuten beträgt im Wirtschaftszweig damit mehrere Tausend und verdeutlicht den hohen Anteil an solchen gewerblichen Berufsgruppen, die nicht dem traditionellen Bergbau zugerechnet werden können.

*Ein großer Teil der Braunkohlenarbeiter entsprach dem Berufsbild nach nicht dem klassischen Bergmann, sondern gehörte einem der neuen industriellen Berufsstände an.*¹⁸⁴

Tabelle 38: Beschäftigtenentwicklung und Unter-Tage-Arbeiter im Braunkohlenbergbau

	gesamt	unter Tage	gesamt	unter Tage	gesamt	unter Tage
Gebiet der Amtshauptmannschaft*						
	1931	<i>in %</i>	1934	<i>in %</i>	1937	<i>in %</i>
Beamte	556	-	548	-	733	-
Arbeiter	5.653	11,4	6.163	9,3	7.566	9,0
Kreisgebiet						
	1930		1933		1937	
Beschäftigte, gesamt	6.451	5,5	5.717	3,2	8.022	3,8
Betriebsstatistik, alle Bornaer Betriebe						
Gottes Segen	-	-	12	58,0	11	54,5
Breunsdorfer Kohlenwerke	48	18,7	6	50,0	7	42,8
Bkw. Borna AG	376	1,3	742	0,8	791	0,5
Witznitzer Kohlenwerke	542	-	704	-	647	5,1
Bleichertsche Bkw	376	-	378	-	387	-
Ramsdorfer Bkw	314	49,7	40	47,5	163	39,9
Regiser Kohlenwerke	972	5,5	1.114	7,3	1.203	6,1
Gew. Schacht Viktoria	422	-	516	-	311	-
Dora und Helene	938	-	919	0,9	574	-
Kraft I Thräna / Thüringen	493	<i>k. A.</i>	549	<i>k. A.</i>	465	<i>k. A.</i>
Kraft II Deutzen	656	3,9	518	3,3	714	2,8
Kraft III Blumroda	158	46,8	7	-	81	-
Bkw - und Großkw. Böhlen	1.158	2,5	761	5,5	2.328	3,3
Tagebau Witznitz-Lobstädt	-		-		347	7,4

Quelle: JB BHW 1931, 1934, 1938, Deutsches Bergbaujahrbuch 1935, 1939
* ohne Böhlen

Der berufliche Einsatz des Braunkohlenarbeiters verlagerte sich während des Industrialisierungszeitraums vom entsprechend ausgebildeten Arbeiter im Tiefbau (vgl. Kapitel 4) bis hin zum Maschinisten in der

¹⁸⁴ In gewissem Umfang gehörten die Arbeiter zur Berufsgruppe "Sonstige industrielle Berufe", wie die Heizer und Feuerhausleute, oder sie zählten zu den industriellen Arbeitern verschiedener Art (4.654, vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 44). Separat erfasst wurden auch die Arbeiter, Beamten und Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsindustrie (1.375/ 456/ 1.042).

mechanisierten Großindustrie (vgl. Kapitel 5 und 6). *In den 1930er Jahren entfielen die letzten im Braunkohlenbergbau bis dahin zu verrichtenden traditionellen bergmännischen Arbeiten endgültig.* Die Entwässerung der Tagebauflächen wurde nicht mehr über die von den Hauern angelegte Schächte vorgenommen, sondern das Grundwasser wurde mit riesigen, mechanischen Pumpen abgesaugt.

Je größer die Betriebe wurden, desto mehr Technik konnte zum Einsatz gebracht werden, so dass die Braunkohlenförderung und -verarbeitung immer weniger „Bergbaupersonal“ erforderte. Dagegen nahm die Anzahl solcher Arbeitsplätze zu, wo es eintönig, laut und schmutzig war und wo geringe berufliche Kenntnisse ausreichten. Die Einführung der „modernen“ Technik und die arbeitsteilige Massenproduktion ging mit einer relativen Zunahme der ungelerten Arbeiter und mit im Vergleich zum Handwerk tendenziell abnehmenden Anforderungen an das Fertigungsvermögen einher. Ungeachtet der Tatsache des geringer werdenden Anteils an traditionellen bergmännischen Arbeiten und Berufen in der modernen Braunkohlenwirtschaft, weil kaum noch die früher üblichen Unter-Tage-Arbeiten, welche die besondere Stellung der Arbeiter rechtfertigten, anfielen (siehe Tabelle 40), wurde an den alten Bräuchen und Traditionen festgehalten, um die damit verbundene soziale und materielle (Besser-)Stellung beizubehalten (vgl. dazu Abschnitt 6.5)¹⁸⁵. Der materielle Lebensstandards der Industriearbeiter stieg aus strategischen und wirtschaftspolitischen Gründen weiter, d.h. es änderte sich nichts an ihrer herausgehobenen Stellung anderen Arbeiterberufen gegenüber (vgl. Stat.JB Land Sachsen zum Verdienst; Beckerath u.a. 1956, 225).

6.4.1 Zur Rekrutierung der Arbeitskräfte

Die neuen Arbeiter entstammten wie bisher aus Bevölkerungsgruppen mit vergleichbarem sozialen Hintergrund. Was die *Deckung des Bedarfs an einfachen Arbeitern* anbetraf, so rekrutierten sich diese zu einem Teil aus dem Heer der Arbeitslosen der vom Niedergang betroffenen sächsischen Bergbau- und Textilregionen, zum anderen aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung der umliegenden Dörfer.

Obwohl vor dem Hintergrund einer autarken Lebensmittelversorgung nicht unbegrenzt landwirtschaftliche Arbeiter freigesetzt werden konnten, wechselten einheimische Landarbeiter und Arbeitskräfte aus den traditionellen Wirtschaftsbranchen zum Industrieproletariat über, andere dagegen verließen die Region, in der sie nicht mehr gebraucht wurden. Für die Landjugend war es offensichtlich aus verschiedenen Gründen attraktiv, in der Kohle zu arbeiten. Ein Grund war, dass *viele Arbeiten ohne erlernten Beruf erledigt werden konnten* (vgl. Hammerstein 1934, 70; Ferstl 1994, 128). Zudem *ergänzten sich die „Freisetzung“ von landwirtschaftlichen Arbeitern im Zuge des Reichserbhofgesetz vom September 1933 und die erforderliche Ausdehnung des Arbeitskräftepotentials in den Zweigen und Bereichen der Kriegswirtschaft an den ländlichen Standorten*, denn das Erbhofgesetzes vermehrte das Heer der Rüstungsarbeiter um kleine Bauern und nicht erberechtigte Bauernsöhne (vgl. Walz 1979, 32).

Die einseitig ausgerichtete Großindustrie mit ihrem enormen Arbeitskräftebedarf hatte aus den Notstandsgebieten Sachsens wie dem Erzgebirge, dem Vogtland oder der Sächsischen Schweiz, Hunderte Arbeiter in die Nähe ihrer Standorte gezogen. Zudem vermittelte die staatliche Arbeitskräftelenkung die arbeitslose Erwerbsbevölkerung in den sächsischen Arbeitsamtsbezirk Borna. Als einziger ländlicher Bezirk neben den drei großstädtischen Bezirken litt dieser nicht unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang (vgl. ASW-Akte 112 und 165; Hasselblatt 1938, 31ff.; Heyse 1938, 60ff., bes. 61f.).

Die Erzgebirgsstädte Marienberg, Chemnitz und Annaberg, die Stadt Plauen im Vogtland sowie der Bezirk Pirna (Sächsische Schweiz) hatten im Januar 1933 Arbeitslosenraten zwischen 180 und 160 pro

¹⁸⁵ So erdichtete ein Elektriker des Böhleener Kraftwerkes ein Poem auf die Arbeit der Braunkohlenarbeiter, welches genau dies glauben machen sollte: „Schichtbeginn - Der Stollenmund; verschluckt uns und das Tagen.“ (vgl. ASW-Sonderheft 1935, 169), obwohl es zu diesem Zeitpunkt genau jene Berufsgruppe im KW Böhlen nicht mehr gab (siehe Tabelle 38).

1.000 Einwohner und lagen damit doppelt so hoch wie der Bezirk Borna, wo etwa 80 von 1.000 Einwohnern arbeitslos waren. Das stellte die mit Abstand geringste Arbeitslosenquote in Sachsen überhaupt dar (vgl. auch Heyse 1938, 48). Wie in den Jahren 1916/1922 bestand einmal mehr die Notwendigkeit, den Wegfall von gewerblichen Arbeitsplätzen im Konsumgüterbereich durch die schnelle Schaffung von entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten in den Wachstumsbranchen der Kriegswirtschaft zu kompensieren. Die Umverteilung der Arbeiter aus den Grenzregionen des Landes, die bereits nach 1916 begonnen hatte, setzte sich weiter fort. Der Umbau war verbunden mit einer Uorientierung der sächsischen Arbeiterschaft, weg von der Textil- und hin zur Braunkohlenindustrie (vgl. dazu auch Heyse 1938, 83ff.).

Dieses Gefälle im Beschäftigungsumfang zugunsten der Braunkohlenregion bestand auch Ende 1938 noch, allerdings war die Arbeitslosigkeit insgesamt stark zurückgegangen (min. in Borna 6, max. in Annaberg 21 Arbeitslose auf 1.000 Einwohner¹⁸⁶; vgl. Häntzschel 1938, 166).¹⁸⁷

Als besonders günstig für den raschen Aufbau der Braunkohlenwirtschaft erwies sich die hohe Arbeitslosigkeit in den alten sächsischen Industrieregionen. Unter den arbeitslosen Arbeitern dieser Reviere verliefen die Anwerbungen häufig erfolgreicher als unter den noch Beschäftigten in der näheren Umgebung.

Außerdem kamen im Jahr 1937 fast 50 % aller Bauhilfsarbeiter aus Schlesien, wo die Beschäftigungssituation mindestens ebenso schlecht war wie in Sachsen. Auch aus der nahen Tschechei wanderten Saisonkräfte ein, die um einiges billiger waren als die deutschen Arbeiter (vgl. Abschnitt 6.2; Heyse 1938, 8 und 64f.).

Durch geschickte und massive Anwerbungen wurde erreicht, dass aus den umliegenden Ortschaften und den Städten immer mehr Arbeiter anderer Branchen für die Tätigkeit in der Kohlenindustrie gewonnen werden konnten. Um den schlechteren Arbeitsbedingungen in den nicht unmittelbar für den Krieg produzierenden Bereichen der Industrie zu entgehen, erfolgte insbesondere seitens stark lohnorientierter Arbeiter ein Wechsel in die strategisch wichtigen Industrien, wo die konkreten Arbeitsbedingungen im allgemeinen zwar auch nicht viel besser waren, aber eine Reihe von sozialen Leistungen, wie Haus oder Wohnung mit Gartenland, die tatsächlichen bzw. die erwarteten negativen Entwicklungen teilweise kompensieren konnten.¹⁸⁸

Um den *Bedarf an qualifizierten Stellen* in der rasch expandierenden Wirtschaft kurzfristig decken zu können, wurden weitere Wege beschritten, wobei zugleich von staatlichen Maßnahmen profitiert wurde.

¹⁸⁶ Der Durchschnitt lag Ende 1938 in Sachsen bei 13, knapp sechs Jahre zuvor waren es noch 143 Arbeitslose auf 1.000 Einwohner gewesen.

¹⁸⁷ Aufgrund dieser äußerst günstigen Situation wurde die Amtshauptmannschaft Borna nach 1933 offiziell auch nicht in die vom Staat aufgelegten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung einbezogen. Die staatlichen Hilfen flossen dennoch reichlich, setzten hier aber auf der betrieblichen Ebene ein. Enorme Mittel wurden direkt an den Staatsbetrieb ASW gezahlt, so dass das Unternehmen letztendlich fast alle Bauarbeiten und z.T. sogar seine festangestellten Arbeiter über staatliche Subventionen finanzierte. Für drei Maßnahmen flossen von 1933 bis 1937 knapp 80 Mill. Reichsmark an die ASW (das waren 8,4 % der verteilten Mittel, damit stand die ASW an 3. Position in Sachsen, vgl. Heyse 1938, 75). Insgesamt flossen 180 Mill. RM über ABM in die Energiewirtschaft (vgl. ASW-Mitteilungen 1934, 117). Im Rahmen des Arbeitsdienstes wurde in Vorbereitung für das Werk und den Tagebau Espenhain der Stausee in Rötha errichtet.

¹⁸⁸ Durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und deren Demobilisierung hatte sich, trotz der vielen Versprechungen vor der Wahl, die Lage der Industriearbeiter an der "Front der Schaffenden" seit Mitte der 1930er Jahre zunehmend verschlechtert (Ernährungslage, Arbeitsintensivierung, ab Dezember 39 einfrieren der Löhne und verlängerte Arbeitszeit auf den 10-Stunden-Maximalarbeitstag, vgl. z.B. Walz 1979, 30ff.). Der schon 1933 verhängte Lohnstopp wurde mit der hohen Arbeitslosigkeit begründet. Die Kontingentierung und Zuteilung von Waren wurde gleichfalls schon lange vor 1939 praktiziert.

Aus bereits bestehenden Zweigbetrieben wurde Personal abgezogen und an die neuen Standorte versetzt. So kam fast das gesamte bergmännische Personal für den Espenhainer Tagebau aus den ASW-Werken in Riesa-Golpa und Freital¹⁸⁹ (vgl. ASW-Akte 165). In das Böhlener IG-Farben Werk wurden Beamte und Arbeiter aus dem bestehenden Werk in Leuna delegiert.

Des weiteren zog die bevorzugte Vergabe von staatlichen Aufträgen an die Großindustrie seit 1933/34 den Ruin von kleinen und mittleren Handwerksbetrieben nach sich und sorgte ebenfalls für einen Nachschub von Fachpersonal (vgl. Walz 1979, 32).

Einige Jahre profitierten die neuen Industriezentren des Kreises Borna von der 1934 festgelegten Zuzugssperre für die städtischen Ballungsgebiete. Gut ausgebildete, branchenfremde Facharbeiter entschlossen sich damit etwas häufiger zur Arbeitsaufnahme in der Kohlenwirtschaft. Bedingt durch die Krise 1928/29 hatten die Kohlenbetriebe ihr Einzugsgebiet ausweiten können. Sogar aus der Großstadt Leipzig, von woher noch in den 1920er Jahren kaum Arbeiter in das Bergbaurevier gependelt waren (vgl. Kapitel 5), kamen in den 1940er Jahren Arbeiter in gut bezahlende Großbetriebe in Böhlen und Espenhain (vgl. Hönsch 1968, 205).

Nach Kriegsbeginn 1939 wurde aus vielen Handwerksbetrieben der Umgebung Fachpersonal abgezogen und den kriegswichtigen Industrien unbefristet zur Verfügung gestellt. In dem Bemühen, der Industrie gut qualifizierte Facharbeiter aus klein- und mittelständischen Betrieben zuzuführen, traten mitunter Konflikte zu den „Idealen“ der Bewegung auf. In den 40er Jahren konnte in den Großbetrieben selbst auf ehemals politisch aktive Kommunisten nicht mehr verzichtet werden, wenn diese über die benötigten fachlichen Fähigkeiten verfügten.¹⁹⁰

Für die Suche nach Facharbeitern, noch stärker nach Nachwuchskräften wurde die Gaufachabteilung Bergbau von den Betrieben stark in Anspruch genommen. Die berufliche Ausbildung des Nachwuchses wurde intensiviert. Die Eltern sollten durch entsprechende Ratschläge ihre Söhne in einen Beruf lenken, „wo dem anerkannten Fachmann jeder Weg zum Aufstieg offen steht“ (Deutscher Bergbau April 1940, 10 und Dezember 1940, 3ff.).

Der zwischenbezirkliche Arbeiterausgleich verband sich dabei seltener mit einem Umzug, sondern realisierte sich häufiger über die Saisonarbeit oder das Pendeln von jungen, unabhängigen Männern. Aufgrund der schweren körperlichen Tätigkeiten und der damit verbundenen starken Gesundheitsbeeinträchtigung blieb der hohe Anteil an männlichen Erwerbstätigen weiterhin erhalten. Von allen in der Wirtschaftsgruppe „Bergbau“ in Sachsen beschäftigten Personen waren 97,8 % männlich (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 4). Im Wirtschaftszweig „Braunkohlenbergbau und Gewinnung von Brikett“ waren 97,2 % der 10.818 Erwerbspersonen männlich, von den 9.671 Arbeitern waren wiederum 97,8 % Männer. Selbst von den 1.141 Angestellten waren 92,2 % Männer. In der an Bedeutung gewinnenden und eng an den Braunkohlenbergbau gebundenen Wirtschaftsgruppe „Gas-, Wasser-, Elektrizitätsgewinnung und -versorgung“ war der Anteil der Männer an den insgesamt 20.196 Erwerbspersonen mit etwa 92 % in etwa vergleichbar hoch.

¹⁸⁹ Das benötigte bergmännische Fach- und Führungspersonal kam aus Riesa (Bergwerksingenieure) und Freital (alle Untertage-Bergleute, deren Aufgabe darin bestand, durch Eintreiben von tiefen Stollen im Tagebau-Vorfeld, das Wasser aus der Kohle zu holen, was später durch das Anlegen von Filterbrunnen wegfiel).

¹⁹⁰ So entspann sich zwischen den unterschiedlichen Hierarchien des ASW ein heftiger Streit darüber, ob ein politisch vorbelasteter Arbeiter, welcher dem Espenhainer Werk 1942 zugewiesen worden war, weiterhin im Betrieb arbeiten dürfe oder nicht. Sowohl die politischen Bedenken und Entlassungsabsichten einiger ASW-Führer als auch die Bemühungen des Arbeiters, wieder in den Privatbetrieb zurückkehren zu dürfen, blieben erfolglos, denn jeder qualifizierte Arbeiter musste dem Werk erhalten bleiben (vgl. ASW- Akte 165).

Spätestens seit den 1930er Jahren war der Anteil der männlichen Arbeiter an den Erwerbstätigen des Arbeitsamtsbezirkes Borna überdurchschnittlich hoch. Dieses Verhältnis blieb auch in den Kriegsjahren erhalten. Der spezifischen Struktur der Wirtschaft geschuldet, waren auch 1941 noch knapp 74 % der Erwerbspersonen Männer, so dass ihr Anteil deshalb fast 20 % über dem sächsischen Landesdurchschnitt von 55 % lag. Im Land Sachsen war der Anteil der Männer an der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 1938 und 1941 infolge der Kriegseinwirkungen von 63,3 % auf 54,8 % abgesunken. In den meisten Arbeitsamtsbezirken sank die Anzahl männlicher Arbeitskräfte um bis zu 15%. Ausgenommen hiervon der Bezirk Borna, wo der Anteil der männlichen Erwerbspersonen fast konstant blieb (von 74,8 % auf 73,8 %; vgl. LAA Sachsen 1942, 6). Nach der absoluten Anzahl betrachtet, belegte der Arbeitsamtsbezirk Borna mit 31.190 männlichen Beschäftigten den 7. Rang unter den Arbeitsamtsbezirken des Landes (nach der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aber nur Rang 13; vgl. LAA Sachsen 1942, 5), d.h. lediglich in den sächsischen Großstädten und einigen weiteren industriellen Ballungen wurden mehr männliche Arbeitnehmer beschäftigt als in der neuen Industrieregion um Borna. Der Frauenanteil unter den Beschäftigten lag im Landkreis dagegen bei einem Viertel und war damit so niedrig wie in keinem anderen Arbeitsamtsbezirk des Landes (vgl. LAA Sachsen 1942, 3 und 6).

Während bei der Heranziehung der Facharbeiter und Spezialisten Wert darauf gelegt wurde, dass es sich um einigermaßen geschultes Personal handelte, welches dann auch entsprechend „versorgt“ wurde, rekrutierte sich die zweite Gruppe in zunehmendem Maße aus Dienstverpflichteten, Ausländern und Kriegsgefangenen, die schlechter entlohnt und behandelt wurden.

6.4.2 Die Zwangsarbeiter in den Bornaer Braunkohlenbetrieben

Noch im April 1939 appellierte die Führung an den deutschen Bergmann, den Kampf um die wirtschaftliche Freiheit, die Wehrhaftmachung der Nation, ohne die Hinzuziehung von Ausländern zu schaffen, denn “wir können es uns nicht leisten, bedenkenlos volksfremde Menschen aus dem Ausland in den Bergbau zu holen”. Der Generalfeldmarschall befahl seinen “besten Soldaten der Arbeit” Mehrleistung (Bergbau. Mitteilungsblatt 4/1939), was im Klartext deutliche Arbeitszeitverlängerung bedeutete. Um dies zu bewältigen, forderte er jedoch im Gegenzug die erhöhte Fürsorge durch die Betriebsführer ein (vgl. Bergbau. Mitteilungsblatt 4/1939).

Spätestens nach Kriegsausbruch ließ sich der massenhafte Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der braunkohleverarbeitenden Rüstungsindustrie des Bornaer Raumes, trotz einer hohen Anzahl deutscher, zum Dienst verpflichteter Arbeiter, jedoch nicht mehr vermeiden. In der Braunkohlenwirtschaft Bornas war der Anteil an ausländischen Arbeitern sogar besonders hoch (vgl. LAA Sachsen 1942, 6). Die Kriegsgefangenen wurden in streng bewachten KZ-Außenlagern interniert, die “zivilen” Zwangsarbeiter hausten in primitiven Barackenunterkünften (vgl. Külow 1992, 1f.).

Schon seit Mitte der 1930er Jahre arbeiteten beim Aufbau der Industriebetriebe, welche für die kontinuierliche Treibstoffversorgung der deutschen Armee zu gewährleisten hatten, in großer Anzahl ausländische Arbeiter und später auch Kriegsgefangene. Die Zuführung derselben konzentrierte sich seit dieser Zeit vor allem auf junge, vorzugsweise aus dem Osten verschleppte Männer zwischen 20 und 24 Jahren (Külow 1992, I), die in den okkupierten Ländern zunächst angeworben, später zwangsrekrutiert wurden.

Im Land Sachsen lag der Anteil der ausländischen Beschäftigten im Jahr 1941 bei 4,1 %, in Borna lag deren Anteil mit 8,5 Prozent mehr als doppelt so hoch (vgl. LAA Sachsen 1942, 3). Für den Arbeitsamtsbezirk wurde die Zahl von 9.250 ausländischen Arbeitern angegeben (ohne Kriegsgefangene), was etwa 13% aller in Sachsen beschäftigten Ausländer entsprach. Lediglich in den Industriebetrieben der Großstadt Leipzig wurden, absolut betrachtet, noch mehr ausländische Arbeiter und Angestellte

beschäftigt (16.303 ausl. Personen). Der sächsischen Industriestadt Chemnitz wurden nur 1.964 ausländische Arbeiter zugewiesen, was mit der stärkeren Orientierung auf Wirtschaftsbereiche mit untergeordneter kriegswirtschaftlicher Bedeutung wie Maschinenbau und Textilindustrie zu erklären ist (vgl. LAA Sachsen 1942, 6). Möglich wurde dieser umfangreiche Einsatz von Ausländern aber nur, weil die Arbeiten kaum berufliche Vorkenntnisse verlangten oder nur eine geringe fachliche Einarbeitung erforderten, so dass fast jeder körperlich kräftige Arbeiter dazu verwendet werden konnte. Ihrem vorgesehenen Einsatz in körperlich schweren und schwersten Arbeiten entsprechend waren deshalb 93,5 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte in Borna männlich (vgl. Abschnitt 6.4.1). Von 100 Beschäftigten waren im Arbeitsamtsbezirk 22 Ausländer, von 100 männlichen Beschäftigten sogar fast 28 % (vgl. LAA Sachsen 1942, 6).

Diese massenhafte Beschäftigung von Zwangsarbeitern trug wesentlich dazu bei, dass die deutschen Stammbegleiter (Gefolgschafter) der Braunkohlen- und Energiewirtschaft, selbst wenn sie nur eine geringe berufliche Qualifikation besaßen und Tätigkeiten ausübten, die kaum fachliche Kenntnisse erforderten, gegenüber den anderen Arbeitern eine übergeordnete Position einnahmen und ein massenhafter Aufstieg vieler Arbeiter in Vorgesetztenfunktionen erfolgte (vgl. Herbert 1986, 27).

Dem Ausländereinsatz als kriegswirtschaftliches Erfordernis standen zwar politisch-ideologische Bedenken entgegen, dennoch ermöglichte gerade deren Beschäftigung die Gewährung überdurchschnittlicher sozialer Leistungen gegenüber der deutschen Belegschaft und räumte dem deutschen Arbeiter Sonderrechte ein.¹⁹¹ *Die privilegierende Stabilisierung der sozialen Lage zu Lasten eines Subproletariats von Fremdarbeitern hatte gravierende Auswirkungen für die Sozialstruktur, vor allem was die soziale und berufliche Mobilität betraf, und veränderte die Mentalität innerhalb der Arbeiterschaft der Großindustrie (vgl. Herbert 1986, Einleitung).*

Über das konkrete Verhältnis einzelner Arbeitergruppen zueinander können hier keine Aussagen getroffen werden, wie etwa darüber, ob die z.B. im Ruhrbergbau zu beobachtende spezifische „Tradition“ des „Grubenmilitarismus“ (Herbert 1986, 27) sich auch hier etabliert hatte. Auf jeden Fall beeinflussten soziale Privilegierung und die *Freistellung vom Kriegsdienst (uk-Stellung) der deutschen Braunkohlenarbeiter* deren Verhältnis zu den Kriegsgefangenen. Zum einen wurden damit *positionelle Schranken geschaffen*, zum zweiten *entfiel mit der uk-Stellung ein wesentlicher Grund mit den Zwangsarbeitern kooperieren zu müssen*, was sich gegenüber dieser Gruppe entsolidarisierend auswirkte. Bereits bestehende, traditionell zu begründende, elitäre Momente im Verhalten der Braunkohlenarbeiterschaft wirkten somit weiter fort (vgl. auch Abschnitt 6.3).

Somit hatte gerade dieser Zeitraum der Industrialisierung einen entscheidenden Einfluss auf die strukturelle Zusammensetzung und das Verhalten der deutschen Arbeiterschaft ausgeübt.

Das Braunkohlenveredelungswerk Espenhain (im weiteren BVE) nahm im Mai 1941 mit 3.477 Mitarbeitern, darunter 1.210 ausländischen Zwangsarbeitern und knapp 500 deutschen zum Dienst verpflichteten Arbeitern, die Produktion auf. Im Juni 1942 wurde die zweite Stufe der Produktion in Betrieb genommen und der Betrieb zählte etwa 4.500 Beschäftigte, darunter über 3.000 ausländische und knapp 900 deutsche Zwangsarbeiter (vgl. ASW-Archiv, Akte 30). Gegen Ende des Krieges produzierte das Benzinwerk der IG Farben in Böhlen mit einer Belegschaft von knapp 7.500 Arbeitern, darunter ebenfalls über 5.000 Zwangsarbeitern.

¹⁹¹ „Der deutsche Arbeiter muss endlich wieder die ihm zustehende Position einnehmen“ (Mitteilungsblatt Bergbau 4/1939).

In den Schlüsselpositionen befand sich zu einem Teil das aus den anderen Betrieben versetzte bergmännische Fach- und Führungspersonal, aber auch die aus den Krisengebieten zugewanderten oder zugewiesenen deutschen Arbeiter ohne besondere Qualifikation (vgl. Abschnitt 6.4.1).

Im Espenhainer Benzinwerk mussten für fast alle Tätigkeiten, der Arbeitskräftelage in Deutschland Anfang der 1940er Jahre geschuldet, Ausländer angefordert werden. Geplant war ursprünglich, die ausländischen Arbeiter und Dienstverpflichteten, welche die Hilfsarbeiten verrichteten, später weitestgehend durch „deutsche Gefolgsleute“ zu ersetzen. Die Auslastung der Benzingewinnungsanlage sollte zudem nach dem „Endsieg“ und der Eroberung der riesigen Erdölfelder im Osten bei max. 50 % liegen, was gleichzeitig eine deutliche Reduzierung des Personals bringen sollte, so dass schon von daher im Falle der längerfristigen Betreibung deutlich weniger Arbeiter eingeplant waren als in den Kriegsjahren.

Neben den Schwierigkeiten mit der Erbringung einer zufriedenstellenden Arbeitsleistung durch die zur Arbeit gezwungenen Ausländer bestand in den Betrieben der Kohlenwirtschaft ein weiteres „Problem“ des Ausländereinsatzes, der sogenannte „Arbeitsvertragsbruch“. Dieser hatte sich in einem solchen Ausmaße etabliert, dass z.B. die ehrgeizigen Pläne der Nationalsozialisten zum Bau des gigantischen Werkes in Espenhain nur durch die strenge Bewachung der zur Arbeit gezwungenen Kriegsgefangenen nicht zum Scheitern gebracht wurden (zeitweise waren fast 10.000 Arbeiter auf der Baustelle).¹⁹² Das Unternehmen forderte 1942 vom Reich 2.000 russische Kriegsgefangene an, weil etwa die Hälfte aller ausländischen Arbeiter auf der Großbaustelle der ASW in Espenhain zwischen 1939 und März 1941 arbeitsvertragsbrüchig geworden, d.h. geflüchtet waren¹⁹³ (ASW-Akte 21; Herbert 1986, 112). Wenn die Zahl der Arbeitsvertragsbrüche und Fluchten, trotz der Gefahr, dafür ins KZ gesteckt oder wegen „Fluchtfolgetaten“ gehenkt zu werden, derart hoch war, so lässt dies auf die Arbeits- und Lebensbedingungen im Bergbau allgemein, denn auch aus anderen Kohlenwerken wurden ähnliche Vorfälle berichtet, und speziell im ASW-Werk schließen (vgl. Streit 1991, 416).

Unabhängig von ihrer tatsächlichen Qualifikation sowie ihre körperlich Konstitution wurden die Zwangsarbeiter regelmäßig dort beschäftigt, wo die körperlich schweren, meist auch gesundheitsschädigenden Arbeiten zu verrichten waren.

Das Espenhainer Benzinwerk war in die Bereiche Tagebau, Chemie (Brikettfabriken und Schwelereien), Werkstätten und Kraftwerke untergliedert. Die Beschäftigtenstruktur¹⁹⁴ wies im April 1945 in den Teilbetrieben Chemie und Werkstätten mit etwa 56 % bzw. 44 % die höchsten Ausländeranteile auf. Der größte Teil der 2.437 ausländischen Dienstverpflichteten arbeitete demnach im Abbau (22 %). Auch die Hälfte der 947 Kriegsgefangenen¹⁹⁵ wurde als Abraumarbeiter eingesetzt. Im Tagebau waren sie leichter zu bewachen, gleichzeitig waren die schweren, einfachen Arbeiten seit dem Bestehen des Braunkohlenbergbaus ohnehin oftmals von Ausländern und Saisonkräften verrichtet worden, insofern hatte der Einsatz von Fremdarbeitern dort schon eine Tradition. Von den etwa 2.200 deutschen Arbeitern

¹⁹² Insgesamt waren die Erfahrungen der deutschen Industrie zur Beschäftigung von Ausländern während der 1. Weltkriege wesentlich ungünstiger als jene mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen. Manches, was als Erfindung der Nazis angesehen wurde, war schon im ersten Weltkrieg von der Großindustrie eingeführt worden, wie die Kennzeichnung der Kleidung von Polen, die in der Großindustrie „Tradition“ hatte (vgl. Herbert 1986, 33ff.). Von „Vorteil“ war, dass diese ohnehin streng bewacht wurden, so dass die Gefahr der Flucht, wie bei den „Ostarbeitern“ üblich, nicht bestand. Auch die Solidarität mit den Flüchtenden war niedriger als z.B. bei westlichen Ausländergruppen.

¹⁹³ Oft flohen sie nur um einen erträglicheren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft zu finden (vgl. Streit 1991, 416).

¹⁹⁴ In der ASW-Akte 30 war die Beschäftigtenstruktur seit 1941 festgehalten.

¹⁹⁵ Bei den im Werk arbeitenden Kriegsgefangenen handelte es sich um Franzosen, Italiener und Engländer. Russen wurden dagegen nur für die Bauarbeiten angefordert (vgl. ASW-Akte 21 und 30), obwohl 1942 die Entscheidung getroffen worden war, dass nur noch belastbare, billige Russen im Bergbau arbeiten sollten (vgl. Streit 1991, 275).

waren nur 1.300 sogenannte Stammlaute, die anderen waren zum Dienst verpflichtet worden. Auch diese mussten vorwiegend in der chemischen Verarbeitung arbeiten, ließen sich darüber hinaus aber auch in den Werkstätten einsetzen.

In den Brikettfabriken und den Schwelereien lag der Anteil an Stammarbeitern im April 1945 gerade einmal bei 7 %, im Teilbetrieb „Werkstätten“ dagegen bei 23,4 % (vgl. ASW-Akte 30). Die technischen und kaufmännischen Angestellten des Betriebes (im April 1945: 548 Personen) waren dagegen fast ausnahmslos deutsche Männer und Frauen, die auch nicht zum Dienst verpflichtet worden waren.

Anhand der Verteilung der einzelnen Arbeitergruppen auf die Produktionsbereiche des Braunkohlenbetriebes lassen sich Schlussfolgerungen über das Verhältnis zwischen qualifizierten und einfachen Arbeitsplätzen ziehen. Danach waren bei der Kohलगewinnung (ohne Abraum) und in den Kraftwerken mehr qualifizierte Arbeiten zu verrichten als bei der Brikettierung und der Verschwelung der Kohle oder auch in den Werkstätten. Anzunehmen ist, dass der Ausländereinsatz auch unter qualitativen Gesichtspunkten erfolgte, denn je höher der Anteil an qualifizierten und selbständig zu verrichtenden Tätigkeiten war, desto schwieriger war es, die erforderliche Arbeitsleistung mit reinen Zwangsmitteln zu erreichen. Für derartige Arbeiten konnte oftmals nicht auf ausländische Arbeiter zurückgegriffen werden, weil deren Zuverlässigkeit und auch deren Kenntnisse aus der Sicht der Unternehmensleitungen zu gering waren.

6.5 Betriebliche Strategien im Dienste der Produktionssicherung – die ideologische Einflussnahme auf die „Garde der Arbeit“

Dem Ziel der Nationalsozialisten, eine störungsfreie Wirtschaft mit funktionierenden Arbeitern aufzubauen, diente die nationalsozialistische *Ideologie von der Betriebsgemeinschaft. Kernstück war die Schaffung der Leistungsgemeinschaft von Unternehmer und Belegschaft sowie die Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung in soziale Gruppen, die einander bekämpfen.*¹⁹⁶ Besonders intensiv wurde dieser Gedanke in den strategisch wichtigen staatlichen Betrieben der Großindustrie verfolgt.

Nach dem Machtantritt des Faschismus wurde die führende Rolle des deutschen Bergarbeiters, die während des Liberalismus gelitten hatte, wieder entsprechend anerkannt. „*Der Bergmann (aller Arten) stand „seiner außerordentlich hohen Verdienste“ wegen wieder an der „Spitze aller Berufsstände“, denn „ohne die Bodenschätze, die von unseren Bergmännern gehoben werden, gibt es keine wirtschaftliche Freiheit.“* Der „Bergbau als Grundpfeiler des Wirtschaftslebens“ sollte wieder an „seinen stolzesten und ehrwürdigsten Traditionen wie Gehorsam und Fleiß anknüpfen“ (Deutscher Bergbau April 1940, 10; vgl. auch Deutscher Bergbau Dezember 1940, 3ff.).

Dabei schloss der nationalsozialistische Gedanke von der Betriebsgemeinschaft fast nahtlos an die im Bergbau bestehenden Traditionen und Gepflogenheiten an, denn die Vorstellung der Gehorsamspflicht entsprach im wesentlichen den Harmonisierungsbestrebungen der Knappschaften und Bergbaugewerkschaft. Die bergbaulichen Traditionen stellten eine besonders gute Voraussetzung dar, denn „egal ob schwarzer oder brauner Kumpel, die Pflicht und Gewissenhaftigkeit in der Arbeit war überall gleich, vom Aufsichtsführenden bis zum letzten Arbeitskameraden“ (vgl. ASW-Mitteilungen 1935, 165). Darüber hinaus wurde an die seit den 1920er Jahren in der Braunkohle- und Energiewirtschaft praktizierte Personalpolitik der sozialen Privilegierung und politischen Reglementierung angeknüpft.

¹⁹⁶ Der Sozialismus der Tat propagierte das Ziel, eine soziale Gemeinschaft in den Betrieben und Kommunen aufzubauen. Die Einführung des Führerprinzips in den Betrieben, ein Grundgedanke der Ideologie, wurde im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 formuliert (vgl. D.B.I.V. 1935, 26). Betriebsführer und Gefolgschaft sind fortan durch „gemeinsame Treue und Fürsorge“ miteinander verbunden. Das Arbeitsrecht basierte auf „Vertrauen zum Führer“.

Bei der Anwerbung deutscher Arbeiter für die Erweiterungen und Neubauten der Braunkohlenindustrie wurde darauf geachtet, dass Arbeiter aus verwandten (Steinkohle, Erzbergbau) oder zumindest gewerkschaftlich wenig organisierten Wirtschaftsbereichen (z.B. Textilwirtschaft) kamen, die sich aufgrund ihrer *sozialen Herkunft besser zur Bildung einer gehorsamen, zuverlässigen und den „nationalen Zielen ergebenden Belegschaften“ eigneten*. Denn mit der Ansiedlung der Arbeitskräfte verband sich zugleich das Ansinnen, einen staatsstreuen “Geist” in den Unternehmen zu installieren und so *eine Belegschaft “Gefolgsamer” zu rekrutieren, die sich den strategischen Zielen der Unternehmen unterordnete*.

Um die angestrebte “verschworene Gemeinschaft”, die den Interessen des Regimes bedingungslos diene, in einem kurzen Zeitraum realisieren zu können, kam es zu weiteren Zugeständnissen und Privilegierungen. Die mittlerweile erreichten Betriebsgrößen und das in rasantem Tempo ablaufende Wachstum verbunden mit dem Zwang zum steigenden Einsatz von Saisonarbeitern, Dienstverpflichteten und Zwangsarbeitern verschiedener Nationalitäten ließen die Bildung von zuverlässigen Stammbelegschaften kaum noch auf anderem Wege zu. Nur so ließ sich die hohe Fluktuation unter den Gefolgschaftern, hervorgerufen durch die Schwere und Monotonie der Arbeit sowie die besonderen Verhaltensanforderungen in der Kriegswirtschaft, begrenzen.

Zu diesen zusätzlichen Leistungen zählten an erster Stelle jene Wohlfahrtseinrichtungen, die zur Erhöhung der „Arbeits- und Lebensfreude“ beitragen sollten, gleichzeitig aber eine Privilegierung bewirkten sowie in gewissem Umfang eine korrumpierende Wirkung auf die Mitarbeiter ausübten, weil der Arbeiter hiermit seinem Werk gegenüber verpflichtet wurde.¹⁹⁷ *Den “Pionieren der Arbeit” sollte auf sozialem Gebiet etwas geboten werden*¹⁹⁸, wie z.B. die Bergarbeiterheime, denn “gekräftigt und erholt kommt der deutsche Bergmann zurück aus seiner 14-tägigen Kur, dankbar und zufrieden und mit Freude bereit, erneut seine Kräfte bis zum Letzten einzusetzen, um dem kämpfenden Heer den Rücken zu stärken und es zu ermöglichen, dass die deutschen Soldaten die besten Waffen zur Verfügung gestellt bekommen zur Erringung des Endsieges” (vgl. Deutscher Bergbau Juli 1940, 8).

Für vorrangig lohn- bzw. materiell orientierte Arbeitskräfte waren damit nicht nur wesentliche Anreize zur Zuwanderung, sondern auch Bindungsfaktoren geschaffen worden.

In *Anbetracht der Wichtigkeit der Berufsstände im Bergbau erfolgte seitens der Gaufachabteilung Bergbau eine im Vergleich zu anderen Unterorganisationen der DAF weitreichende gewerkschaftliche Betreuungsarbeit*, die jener der im Sozialismus später erfolgenden “rund-um-Betreuung” sehr ähnelte und weit über den Rahmen der aktiven Gefolgschaftsmitglieder hinaus griff (vgl. Häntzschel 1938, 241). Die Betreuung der Kohlenarbeiter erfolgte selbstredend nicht uneigennützig. Im Gegenzug wurde erwartet, dass man sich in der DAF organisierte, deren Interessen vertrat und aktiv am Kollektivleben teilnahm. Dem hohen Betreuungsgrad ist es denn auch zuzuschreiben, dass im Jahr 1938 der Anteil an DAF-Mitgliedern im Kreis Borna mit 54,7 % der Wahlberechtigten über dem Durchschnitt des Gaus Sachsen lag¹⁹⁹ (vgl. Häntzschel 1938, 11). 9.380 Männer und 131 Frauen aus den Bornaer Braunkohlenbetrieben

¹⁹⁷ Die Zuwendung von Mitteln für soziale Leistungen war zwar eher schwierig, weil die staatlichen Werke öffentliche Gelder verwalteten, wurde aber gleichzeitig aufgrund des hohen Vergesellschaftungsgrades von diesen erwartet (vgl. ASW-Mitteilungen 1934, 151).

¹⁹⁸ So erfolgte vom Elektrizitätswerk zum einen die Zahlung beachtlicher Leistungszuschläge. Zum anderen wurden umfangreiche Mittel für soziale Aufwendungen bereitgestellt (Weihnachten, Schulabschluss, Geburtenbeihilfe, warme Mahlzeit, um nur einiges zu nennen; vgl. Häntzschel 1938, 235). Die Geldausgaben für Hilfen stiegen von 11.350 RM im Jahr 1932 auf 38.450 RM im Jahr 1934 an. Andere Braunkohlenunternehmen gewährten ähnliche Leistungen, aber auch Treueprämien, Gewinnbeteiligung etc.

¹⁹⁹ Der Durchschnitt betrug 54,0 %, das gesamte industriereiche Erzgebirgsgebiet lag darüber, die ländlichen Kreise dagegen darunter, max.: Stollberg mit 62,4 %, min.: Oschatz mit 43,8 %.

waren Mitglieder der DAF: aus der Fachabteilung "Chemie" 1.333, aus dem öffentlichen Bereich "Energie, Verkehr, Verwaltung" 1.352 Männer und Frauen (Häntzschel 1938, 13). Damit waren die Beschäftigten der Industriebereiche Bergbau, Chemie und Energie in der DAF organisiert.

Die Präsenz der DAF in den Industriebetrieben zeigt sich in der Stärke der einzelnen Ortsverwaltungen. Die Mitgliederzahlen waren ganz eindeutig dort am höchsten, wo die Großbetriebe ihre Standorte hatten, wie in Böhlen mit 4.300, in der Stadt Regis mit 2.831, in Lobstädt mit 1.483 oder in Deutzen mit 1.189 DAF-Mitgliedern (das waren zwischen 50 und 80 Prozent der Einwohner). Vergleicht man diese Angaben mit den Mitgliederzahlen in den ländlichen Orten oder den kleinen Landstädten, wo die Mitgliedschaft in der DAF zumeist weit unter 40 % lag (vgl. Häntzschel 1938, 24), dann zeigt sich hierin *die Beeinflussbarkeit und Anpassungsfähigkeit der Kohlenarbeiter und zugleich, dass die in der Kriegswirtschaft beschäftigten Arbeiter einer weitaus stärkeren und gezielten ideologischen Beeinflussung als andere Arbeitergruppen unterlagen, denn "diesen deutschen Arbeiter musste der deutsche Führer unbedingt auf seiner Seite haben"* (vgl. ASW-Sonderheft 1935, 194).

Nicht ohne Grund entstand in Borna 1935 die zweite Kultstätte der Nationalsozialisten in Sachsen, ein sogenannter Thingplatz, welcher der massenwirksamen Begehung von völkischen Festen diene. Die Anlage entstand natürlich auf geschichtsträchtigem Boden und bot 10.000 bis 20.000 Menschen Platz (vgl. Deutscher Bergbau 6/1936, 10). Aufgrund der "roten" Vergangenheit der Kumpel war die Schaffung der Gefolgschaften in den kriegswichtigen Brabag-Betrieben der Energie- und Treibstoffherzeugung intensiver betrieben und demzufolge besser vorangekommen als in den anderen, weniger stark konzentrierten und für die Kriegsproduktion weniger wichtigen Wirtschaftsbereichen der Region.

Bis 1933 gehörten die Arbeiter des Böhlemer Werkes in der Mehrzahl zwar noch nicht zum Klientel der NSDAP²⁰⁰. Nach dem Regierungswechsel wurde ein großer Teil von ihnen jedoch bald Mitglied der Sieger-Partei, da dies nun die neue Obrigkeit war, der man sich unterzuordnen hatte, wollte man weiterhin zur privilegierten Arbeiterschaft zählen. Nahezu der gesamte Angestelltenbereich, die Direktion und ein großer Teil der Belegschaft des Espenhainer und Böhlemer Werkes gehörte der NSDAP an. Der Anteil an Parteimitgliedern der NSDAP betrug in den Spitzenfunktionen bis zu 100 % (vgl. SAG-Akte 179).

"Gerade Böhlen, das früher als rote Hochburg verschrien war und dessen Arbeiterschaft sich am 12. November vorigen Jahres 95%-ig zum Führer bekannte" (vgl. ASW-Mitteilungen 1934, 73), ist der beste Beweis für die Anpassungsfähigkeit der Arbeiterschaft an politische Veränderungen, solange die berufliche und soziale Stellung unangetastet blieb. "Nach Mechanisierung und Krise leistete der Kumpel willig dem Führer Gefolgschaft"²⁰¹ (ASW-Sonderheft 1935, 192). Das in den Großbetrieben überdies erfahrene Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Gemeinschaft, machte die Arbeit in Zeiten erneut

²⁰⁰ Die Wahlergebnisse der Reichstagswahlen (fett = höchste Anteile):

	Böhlen			Deutschland		
Partei	1.07.1932	6.11.1932	5.03.1933	1.07.1932	6.11.1932	5.03.1933
KPD	23,2	27,7	21,5	14,6	16,7	12,3
SPD	36,1	34,0	33,2	21,6	20,4	18,3
NSDAP	28,9	25,7	34,1	37,4	33,1	43,9

Die Wahlergebnisse vom 29.3.36: in Leipzig wählten 934.608 der insgesamt 953.311 die NSDAP (98 %). Im Vergleich dazu ein typisches Bergbauggebiet: in Düsseldorf-West wählten 1.281.245 der insgesamt 1.287.777 Wahlberechtigten NSDAP (99,5 %; vgl. Deutscher Bergbau 4/1936, 1).

²⁰¹ Die Arbeiter des erzgebirgischen Kohlenreviers waren in Sachsen die ersten, welche die „NS-Fahne aufgegriffen“ und unter ihr ein Jahrzehnt „gekämpft“ hatten (vgl. ASW-Sonderheft 1935, 192).

wachsender gesellschaftlicher Unsicherheiten erstrebenswert und sogar attraktiv, weniger jedoch die ausgeübte berufliche Tätigkeit (vgl. ASW-Mitteilungen 1933 bis 1939).

Trotz dieses hohen Organisationsgrades der Belegschaften der Braunkohlenbetriebe in der NSDAP traf man in der Grundhaltung auf unpolitische und unsolidarische Staatsbeamte, die ihre Privilegien verteidigten und aufgrund der kriegswirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe erneut zum Gehorsam verpflichtet waren. Die ASW-Gefolgschafter hatten als Beamte des Staatsbetrieb sogar zu unterschreiben, dass sie anerkennen, dass der "nationalsozialistische Staat .. auf unbedingten Gehorsam, Disziplin und Unterordnung unter den Willen des Führers und seiner Beauftragten aufgebaut" ist, und wer eigene Gedanken und Anschauungen hatte, war verpflichtet, diese seiner vorgesetzten Dienststelle vorzutragen (vgl. ASW-Mitteilungen 1934, 151).

Um die Jugend, den Nachwuchs der Belegschaften, in den Aufbau der neuen Gefolgschaften einzubeziehen, vermittelte die nach 1933 straff organisierte Ausbildung im ASW und den anderen Großbetrieben nicht nur berufliche Kenntnisse, sondern wirkte auch erzieherisch, im Sinne der Bildung einer Gemeinschaft, auf die Jugendlichen ein (vgl. Ferstl 1994, 128). Die Formung „staatsstreuer, berufsbewusster“ Persönlichkeiten wurde durch die Vergabe von Knappenbrief und Hauerschein, durch die Aufwertung zum Jungknappen u.a. soziale Privilegien gefördert. Der Knappe im Braunkohlenbergbau galt schon als Bergmann, wenn er im Abraum mit Keilhaue und Schippe in der Hand arbeitete (vgl. ASW-Mitteilungen 1935, 165).

6.6 Die “Neubesiedlung” der Region durch den Industriearbeiter – die gegensätzliche Struktur der Zu- und Abwanderungen und die natürliche Bevölkerungsbewegung

“Wir stehen an einer Wende. Jahrhunderte lang haben die Dörfer ihren Überschuss an Menschen, der am Ort eine Existenz nicht finden konnte, an die städtischen Industriebezirke abgegeben. Nun hat der Wanderungsstrom begonnen, die umgekehrte Richtung zu nehmen, von den Großstädten zurück aufs Land. Aber nicht um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Dieses ist nicht das Ziel der Rückwanderer, die mit dem Stadtleben vertraut sind.” (ASW-Mitteilungen 1935, 204).

Da sich die Herausbildung des neuen Industrie-Ballungsraumes zwischen Borna und Böhlen vorwiegend am Vorhandensein des Rohstoffes Braunkohle orientiert hatte, zog sie weitere gewaltige Wanderungsbewegungen nach sich. Noch bevor die Arbeit in den gigantischen Benzinanlagen selbst beginnen konnte, wurden Tausende Arbeiter zum Aufbau der Großindustrie benötigt, die oftmals aus anderen Regionen kamen.

Der mit allen Mitteln zwischen 1934 und 1942 in der Region forcierte Industriesaufbau fand seinen Ausdruck zum einen im oben beschriebenen extrem beschleunigten Anstieg der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, deren Zahl allein bis 1940 um ca. 15.000 auf 31.197 zunahm (LAA Sachsen 1942, 10), und zum anderen in einem enormen Zuwachs an Einwohnern²⁰². Zwischen 1933 und 1939 wuchs die Einwohnerschaft im Kreisgebiet Borna um 4.700 und zwischen 1939 und Dezember 1945 nochmals um 9.300 Personen (siehe Tabelle 39). Mit den Zuwanderungen erhöhte sich die Bevölkerungsdichte dieses Gebiets von knapp 196 EW/qkm im Jahr 1933 auf etwa 234 EW/qkm bis zum Ende des Jahres 1945 (einschließlich Übersiedler 256 EW/qkm).

Der für den Landkreis Borna insgesamt ausgewiesene Wanderungsverlust von 1.342 Einwohnern zwischen 1933 und 1939 ging, wie der Tabelle 41 zu entnehmen ist, wiederum hauptsächlich zu Lasten der ländlichen Teilräume. Ebenso wie in den vorangegangenen Perioden entfielen die Abwanderungen

²⁰² Verbunden mit dem „totalen Krieg“ war die „totale Industrieansiedlung“ und die “totale Besiedlung”.

auch zwischen 1939 und 1945 überwiegend auf das Kreisgebiet Geithain. Während im Gebiet des späteren Kreises Borna umfangreiche Bevölkerungszunahmen von jährlich 1.000 und mehr Personen zu verzeichnen waren, fiel der Bevölkerungssaldo im Teilgebiet Geithain bis einschließlich Dezember 1945, trotz der seit 1943 einsetzenden Landverschickungen von Frauen und Kindern, negativ aus (siehe Tabelle 39; vgl. auch Abschnitt 4.3 und 5.5).

Auch der Geborenenüberschuss von 4.192 Personen zwischen 1933 und 1939 verteilte sich erneut stärker auf die industriereichen Gemeinden und geht auf die seit der Jahrhundertwende anhaltenden Zuwanderung von jungen Arbeitern und deren Familien zurück (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1940/1941, 6f.) bzw. war Resultat des Kinderreichtums der hinzukommenden Arbeiterfamilien (vgl. Hasselblatt 1938, 42ff.).

Tabelle 39: Die Bevölkerungsentwicklung in der Verwaltungseinheit Borna²⁰³ während der dritten Industrialisierungsphase

Jahr	Ahm. Borna*	bestehend aus den Kreisen:					
		Borna*	Saldo	jährlich	Geithain	Saldo	jährlich
1933	98.667	71.228			27.439		
1939	102.956	75.941	4.713	785,5	27.015	- 424	- 71
1945**	112.135	85.277	9.336	1.556	26.858	-260	- 43
1946	142.763	105.233	19.956	19.956	37.530	10.672	10.672
gesamt			34.005	2.615		9.988	768

Quelle: eigene Berechnungen, zusammengestellt aus verschiedenen Jahrgängen der Z.kgl.Sächs.Stat.LA
 * einschließlich jener sächsischen Gemeinden, die bis 1952 nicht zum Kreis Borna gehörten, ohne Thräna,
 ** ohne Übersiedler, die im Jahre 1946 als Einwohner gezählt wurden

Die Entleerung ländlicher Teilräume einerseits und der Aufbau neuer industrieller Zentren in einem nun schon bedeutend größeren Gebiet verbunden mit einer entsprechenden Konzentration von Industriearbeitern in immer mehr Orten andererseits deuten auf einen ganz spezifischen Wanderungsverlauf hin, der nun genauer betrachtet werden soll.

Die Konstitution der Kohlenarbeiterschaft wurde begleitet von einer seit der Jahrhundertwende andauernden Abwanderung solcher Berufstätigen- und Bevölkerungsgruppen, deren Erwerbsmöglichkeiten immer weiter eingeschränkt wurden, so zahlreiche Handwerksgewerbe oder auch erwerbstätige Frauen.

Zwischen 1890 und 1939 betrug der Wanderungsverlust der Amtshauptmannschaft fast 18.000 Personen. Dabei waren die Abwanderungszahlen nach der Jahrhundertwende stark rückläufig. Verließen zwischen 1890 und 1900 ca. 7.600 mehr Bewohner die Amtshauptmannschaft, als neue hinzukamen – zwischen 1900 und 1910 noch immer etwa 4.370– so waren es von 1910 bis 1925 lediglich 1.108 mehr Ab- als Zuwandernde. Zwischen 1925 und 1933 betrug der Negativsaldo noch einmal 2.195 Personen und in den Jahren 1933 bis 1939 lag der Wanderungsverlust bei 1.340 Einwohnern. Besonders der erneute Anstieg des Negativsaldos seit 1925 bzw. seit 1933 bei gleichzeitigem “Aufblühen” der Kohlenindustrie lässt die Annahme zu, dass die Bewohner der Region bei Wegfall der bisherigen Arbeitsmöglichkeiten nicht in dem von den Kohleunternehmen erhofften Umfang in die Industrie wechselten, sondern in großen Teilen abwanderten, denn dass sich trotz der umfangreichen Zuwanderungen immer wieder ein negativer Wanderungssaldo einstellte, zeigt nur, wie geringfügig die einheimische Bevölkerung die

²⁰³ Die Amtshauptmannschaften wurden ab 1934 in Landkreise umbenannt. Im Falle Bornas waren damit jedoch keine Gebietsveränderungen verbunden.

Braunkohlenindustrie als Erwerbsmöglichkeit zur Kenntnis nahm. Um den Bedarf der Industriebetriebe zu decken, kamen also fremde Arbeiter.

Als eine weitere Erklärung für die generell höhere Mobilität in der Region kann die hohe Fluktuation der Arbeiter der Braunkohlenwerke angesehen werden, welche für eine befristete Zeit in den Mannschaftsunterkünften wohnten, dann aber wieder in ihre Heimat zurückgingen.

Leider können zur beruflichen Struktur der Wegziehenden keine konkreteren Aussagen getroffen werden, da hierzu keine Statistiken vorliegen, wohl aber zu den Geschlechteranteilen. Auffällig ist, dass es sich bei den Abwandernden häufiger um Frauen handelte als um Männer, was eindeutig der Struktur der Arbeitsangebote geschuldet war und die ohnehin schon bestehende Dominanz der männlichen Bevölkerung verstärkte (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 4f. und 1940/41, 6f.; siehe Tabelle 40). Während männliche Arbeiter seit Mitte der 30er Jahre in die Betriebe zur Arbeit delegiert oder verpflichtet wurden (vgl. ASW-Akte 112), verließen die Frauen eine für sie zunehmend unattraktiver werdende Region.

Tabelle 40: Gesamtbevölkerung und Anteil der männlichen Bevölkerung in Prozent (a= Gesamtbevölkerung, b= Anteil der männlichen Bevölkerung bzw. Anteil der 21 bis 45-jährigen Männer)

Zone	Gemeinde		1933	1939	dar. 21 - 45 J.	1945**	Zone	Gemeinde		1933	1939	dar. 21 - 45 J.	1945**
I	Borna	a	13.838	14.611		15.930	I / II	Kieritzsch	a	480	475		463
		b	49,8	50,8	38,3	42,9			b	52,3	53,7	39,8	47,5
	Regis	a	3.349	3.516		3.816		Neukieritzsch	a	2606	2793		3.181
		b	52,8	53,7	40,7	44,7			b	50,4	50,4	39,0	44,8
	Deutzen	a	1.919	2.454		3.104	II	Böhlen	a	3.030	4.166		5.422 !
		b	52,8	53,7	43,6	45,7			b	50,9	51,0	45,6	48,6
	Ramsdorf	a	1.273	1.125		1.052		Lippendorf	a	739	796		461
		b	51,9	52,3	36,2	43,7			b	51,0	54,4	42,3	47,3
	Lobstädt	a	2.293	2.116		2.222	III	Espenhain	a	453	1.120		1.267
		b	51,8	50,5	37,4	45,5			b	49,0	78,6 !	49,8	66,6 !
	Großzössen	a	1.090	1.099		1.287		Thierbach	a	297	272		293
		b	57,1	57,6	38,2	61,1			b	48,5	47,8	41,2	43,7
	Neukirchen	a	719	744		899		Mölbis	a	751	881		950
		b	51,6	50,1	35,7	42,6			b	49,8	54,2	41,3	46,6
	Witznitz	a	566	506		devastiert		Kitzscher	a	358	325		3.285 !
		b	57,1	52,6	36,8				b	50,3	52,6	32,9	46,0
	Breunsdorf	a	558	554		625		Landkreis	a	94.173	97.023		110.114
		b	51,4	50,2	35,7	43,0			b	50,1	50,9	37,4	43,7
	Blumroda	a	530	515		570							
		b	51,3	54,7	39,4	48,6							

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1934/1935, 16ff.; 1940/1941, 140ff. und 196ff.; 1945, 29ff.
 * in den Industrieorten Espenhain, Deutzen und Böhlen betrug der Anteil an über 65-jährigen weniger als 3 %, in Großzössen 4,5 %, in Lobstädt 4,7 % und in Regis 5,2 %; **ohne Übersiedler

Der steigende Anteil an Industriearbeitern korrespondierte regelmäßig mit einem Zuwachs an männlichen Einwohnern. Insbesondere die Gruppe der 30- bis 40-jährigen Männer war im Landkreis stärker besetzt als in den anderen Verwaltungseinheiten, wobei hier die kleinräumige Konzentration deutlich ist. In der Regel ging ein hoher Anteil an Männern mit einem höheren Anteil an 21- bis 41-jährigen an der Gesamtbevölkerung einher (vgl. Stat. DR NF Bd. 552.2, 165; vgl. Abschnitt 6.4).

Der trotz des deutlichen “Überschusses” an Männern zu verzeichnende Wegzug weiblicher Einwohner (siehe Tabelle 40) ist nur zu verstehen, wenn berücksichtigt wird, dass die Männer oftmals nur saisonal beschäftigt wurden und zudem in Baracken untergebracht werden konnten. Beides gestattete es ihnen nicht, eine Familie zu gründen. Und auch ihr Status eines „einfachen“ Arbeiters stieß häufig auf Ablehnung in den Bauernfamilien. Möglicherweise ist die geringere Geburtenhäufigkeit im ländlichen Raum eine unmittelbare Folge des gehäuften Wegzuges von jenen Frauen, die im Industriearbeiter keinen angemessenen Partner sahen. Häufig wird auch berichtet, dass sich die Arbeiter später Frauen aus ihren Heimatregionen nachholten (vgl. auch Abschnitt 4.6.1).

Die Stadt Borna wird stellvertretend für die Bevölkerungsentwicklung in den Industriegemeinden betrachtet. Der Zugewinn von 1.148 Einwohnern zwischen 1925 und 1933 stellt in mehrfacher Hinsicht eine Abweichung von der Gesamtentwicklung im Landkreis dar. Zum einen lag das Wachstum von 10,5 Prozent weit über dem Kreisdurchschnitt. Zum anderen ging das Wachstum stärker auf einen positiven Wanderungssaldo und weniger auf Geburtenüberschüsse zurück. Der Wanderungsgewinn betrug zwischen 1925 und 1933 immerhin 690 Personen. Darunter befanden sich über die Hälfte Männer. Der Geburtenüberschuss betrug dagegen nur 458 Personen (vgl. Stat. DR NF Bd. 451.1, 152f.). Auch in den Folgejahren bis 1939 stand dem Abwanderungsüberschuss von 101 Frauen ein Wanderungsgewinn von 195 Männern gegenüber. Im Jahr 1939 lebten aufgrund der Zuwanderung der männlichen Arbeiter 94 Einwohner mehr in der Stadt als noch 1933 (siehe Tabelle 40, vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1940/41, 8f.).

Das Bevölkerungswachstum im Landkreis lag damit zwischen 1925 und 1939 zum einen um einiges niedriger und war zum zweiten ausschließlich das Ergebnis der hohen Geburtenüberschüsse. Der Wanderungssaldo war immer negativ (vgl. weiter oben).

Was die positive Geburtenentwicklung in den Industriegemeinden angeht und die im Durchschnitt kinderreicheren Familien der sächsischen Bergarbeiter –jeder Bergarbeiter hatte etwa 1,5 Angehörige zu versorgen²⁰⁴– so muss auf den höheren Anteil an verheirateten Arbeitern verwiesen werden, der auf eine unterschiedliche Verteilung der Altersgruppen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche zurückführen ist. Die Gruppe der Braunkohlenbergarbeiter war im Durchschnitt 10 Jahre älter als alle anderen Arbeitergruppen (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 24ff., auch Abschnitt 5.3).

Diese Tatsache ist zugleich Ausdruck für eine traditionell stärkere familiäre Gebundenheit der Bergarbeiterschaft (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 14ff., Hasselblatt 1938, 42ff.). Der schnellere Aufbau der Elektrizitätsindustrie und die damit verbundene Unterbringung eines großen Teils der Arbeiter in Baracken- bzw. Gemeinschaftsunterkünften brachte es dagegen mit sich, dass die Zahl der Angehörigen innerhalb dieser Berufsgruppe mit 1,3 pro Beschäftigten geringer ausfiel, trotz der ansonsten bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen beiden Arbeitergruppen im Hinblick auf die Bereiche Wohnen und Familie (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 5).

Ein starker Anreizfaktor für die Zuwandernden stellte wiederum die ländliche Umgebung dar, welche die Möglichkeit eröffnete, landwirtschaftlich tätig zu sein, was der Neigung dieser Berufsgruppen zu großen Familien entgegenkam.

²⁰⁴ In der sächsischen Metallindustrie lag dieser Wert bei 0,9. Im benachbarten Revier Altenburg hatte z.B. ein Drittel der Arbeiter mehr als vier Kinder (vgl. Hasselblatt 1938, 43).

Allgemein kann dennoch festgestellt werden: Je mehr Kohlen- oder Energiearbeiter in einem Ort wohnten, desto höher lag die Geburtenrate der jeweiligen Gemeinde. Der Geborenenüberschuss war in der Kohlenarbeiterstadt Borna zwischen 1934 und 1937 mit 427 fast sechs Mal so hoch wie in der Landstadt Groitzsch (73), obwohl die Anzahl der Einwohner nur etwas mehr als doppelt so hoch lag (vgl. Stat.JB Sachsen 1935/38, 73ff.).

Der Geburtenüberschuss des Landkreises betrug 87,8 auf 1.000 Gestorbene (679), obwohl der Frauenanteil aufgrund der spezifischen Wanderungsprozesse der vorausgegangenen Jahrzehnte deutlich unter dem Normalwert²⁰⁵ lag. Im Jahr 1939 entfielen auf 100 Männer nur 96,5 Frauen. Noch im Jahr 1933 hatte die Quote dagegen 99,7 betragen (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1940/41, 26). Unter Berücksichtigung in Vorbereitung des Krieges einsetzenden Mobilmachung und Kasernierung belegt der hohe Männeranteil an der Bevölkerung die Vordringlichkeit und Zunahme der industriellen Produktion (vgl. Abschnitt 6.3)

Hasselblatt verweist, neben diesen traditionellen Gründen, darauf, dass der Kinderreichtum der Familien der Kohlenarbeiter auch darauf zurückzuführen ist, dass in den „tristen Arbeiterquartieren“ kaum Möglichkeiten bestanden, „seine Sinne anderswohin zu lenken“, d.h. den Arbeitern „kaum eine andere Abwechslung zu ihrer körperlich schweren Arbeit geboten wurde“, so dass „eine gewisse Hemmungslosigkeit in den sexuellen Beziehungen“ festgestellt wurde (vgl. Hasselblatt 1938, 45).²⁰⁶

Der Anteil an Kindern bis zu 16 Jahren lag im Landkreis Borna und auch in der Stadt Borna selber zur Zählung im Jahr 1939 durchgängig etwa 2 % höher als in der Kreishauptmannschaft Leipzig. Im Landkreis gab es auch etwa ein Prozent mehr Jugendliche bis unter 20 Jahre, bei den 20- bis 40-jährigen stimmten die Anteile in etwa überein. Alle „älteren“ Jahrgänge waren im Landkreis und der Stadt Borna gegenüber dem übergeordneten Verwaltungsbezirk Leipzig unterrepräsentiert (vgl. Stat. DR NF Bd. 552.2, 165).

Der überwiegende Teil der Söhne der kinderreichen Arbeiterfamilien suchte und fand einen Erwerb in der Braunkohlenindustrie. Die Gründe für den Zustrom der männlichen Kindergenerationen in die Kohlenindustrie lassen sich zum einen in den wirtschaftlichen Verhältnissen finden (durch die meist hohe Kinderzahl war das Familieneinkommen eher gering), zum anderen in der Auffassung der Väter, dass auch der Sohn keinen Beruf erlernen muss, da man ja selber auch als Ungelernter ein gutes Auskommen in der Kohle gefunden hatte (vgl. Hasselblatt 1938, 56). Der schulentlassene Sohn wurde also zur sofortigen Aufnahme einer Tätigkeit gedrängt, welche ihm schon bald einen guten Lohn zuteil werden ließ (vgl. Hasselblatt 1938, 56).

Der Nachwuchs der Kohlenarbeiter konnte so zumindest einen Teil des Arbeiterbedarfs decken. Je größer die Industriebetriebe wurden, um so mehr Arbeiter „strömten“ im Gefolge des Siedlungsbaus jedoch von außen herein, und um so stärker verringerte sich der Anteil der „ortsgeborenen“ Bevölkerung.²⁰⁷

Mit der Ansiedlung von Arbeitern aus den altindustriellen Bezirken wurde eine den regionalen Traditionen fernstehende Bevölkerung sesshaft. *Die Folge der sich ergänzenden regionalen und*

²⁰⁵ In Sachsen kamen auf 100 männliche Personen 111,6 Frauen (vgl. Z.Sächs.Stat.LA 1940/41, 26).

²⁰⁶ Richtig ist, dass sich sowohl die sozialen als auch die kulturellen Einrichtungen weiterhin in den weiter entfernt liegenden (groß-)städtischen Siedlungen konzentrierten. Die Schaffung der Infrastruktur konnte nicht im gleichen Umfang berücksichtigt werden. Schwierig war es gleichfalls, in den Industrieräumen selbst Arbeitskräfte für Tätigkeiten außerhalb der Kohlenindustrie zu rekrutieren. Zum einen des geringeren Verdienstes wegen, zum anderen waren diese Tätigkeiten mittlerweile aus Prestigegründen nicht attraktiv.

²⁰⁷ Für Altenburg: in den Ortsteilen von Rositz, einem nach 1933 erweiterten Karbochemiestandort, waren zwischen fünf Prozent und etwa einem Drittel der Kohlenarbeiter Einheimische, also Nachfolger der ersten Arbeitergeneration. In den Wohnorten der Arbeiter der Brikettfabriken, welche eigentlich schon nicht mehr zum zentralen Abbaugbiet gezählt wurden, waren etwa 50 % der Kohlenarbeiter Einheimische (vgl. Hasselblatt 1938, 37).

beruflichen Zu- und Abwanderungen war ein "Bevölkerungsaustausch", wobei anstelle der gewachsenen sozialen Netze eine neue Gemeinschaft entstand, die in ihren Kennzeichen eher einer urban-industriellen, d.h. der Lebensweise der sächsischen kleinstädtischen Industriereviere in den Bergbaubezirken als der bisherigen ländlichen Lebensweise entsprach (vgl. Bischoff, Linke 1995, 100ff.).

Die regionale Identität der „neuen Gemeinschaft“ definierte sich nicht mehr über den Bezug zum traditionell gewachsenen Raum, sondern über ihre Beschäftigung in der Kohlenindustrie. Die Ortsverbundenheit wich einer einfachen Ortsgebundenheit, was insofern von Bedeutung war, als dass die bald einsetzende bergbaubedingte Zerstörung von Ortschaften unter der neuen Bewohnerschaft kaum auf Proteste stieß. Ein wesentlicher „Störfaktor“, welcher eine reibungslose Ausdehnung der Produktion hätte erschweren können, nämlich der Protest der Bevölkerung, war damit weitestgehend „ausgeschaltet“. Gleichzeitig war die Abwanderung weiterer, dem Bergbau fremd bleibender Bevölkerungsgruppen absehbar.

6.7 Die Veränderung von Siedlung und Bevölkerung – *“Es liegt das Dorf so still und klein; Dich mach ich groß, laut und gemein!”*²⁰⁸

6.7.1 Siedlungspolitik und Volkswohnungsbau – *“Gesundes Wohnen - Froher Feierabend - Treue Werksgemeinschaft”*²⁰⁹

Schon seit dem Jahr 1933 unterlagen alle öffentlichen Maßnahmen, so auch der Wohnungsbau, grundsätzlich dem Ziel der Wehrhaftmachung, denn wenn die deutsche Armee innerhalb von vier Jahren „voll einsatzfähig“ sein sollte, musste die deutsche Wirtschaft in vier Jahren „kriegsfähig“ sein (vgl. Walz 1979, 73ff.; Grosser 1965, 5). Um die Wohnungspolitik besser der Industrie- und Arbeitsmarktpolitik unterordnen zu können, wurde von der Deutschen Arbeitsfront und der NSDAP das Reichsheimstättenamt zur zentralen Regulierung des Siedlungsbaus geschaffen.

Die Wohnungspolitik in Form des Baus von Kleinsiedlungen ergab sich aus den Kriegsplänen und daraus, dass die Wirtschaft unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten räumlich neu zu ordnen war (vgl. Walz 1979, 33). *Die Schaffung der luftkriegssicheren Industrieschwerpunkte in Mitteldeutschland, die parallel zur Dezentralisierung der grenznahen Industrieschwerpunkte verlief, war von einer entsprechenden räumlichen Verteilung des Volkswohnungsbaus begleitet.*

Die Siedlungspolitik bot als Teil der im Zusammenhang mit der Aufrüstung verfolgten längerfristigen Industriepolitik zugleich eine günstige Möglichkeit, die nationalsozialistische Ideologie im Alltag zu verankern, denn die Schaffung der für die Arbeiterschaft vorgesehenen Wohnsiedlungen wurde als ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung der „neuen sozialen Ordnung“ herausgestellt. Als betrieblich gewährte soziale Leistung unterstützte der Volkswohnungsbau die Bildung gehorsamer Gefolgschaften in den strategisch wichtigen Betrieben. Die bauliche Anordnung der Wohnhäuser in den sogenannten "Bereitschaftssiedlungen"²¹⁰ (z.B. in Böhlen, Espenhain oder Kitzscher) förderte die „soziale Vermischung“ und erhöhte zugleich die Möglichkeiten zur sozialen Kontrolle der Arbeiter.

²⁰⁸ Aus einem Gedicht von Hermann Löns, zugeschickt an den Freiherren von Friesen auf Rötha zu Weihnachten 1936 von dem Leipziger Verleger Friedrich Brandstetter.

²⁰⁹ Aus dem ASW-Sonderheft 1935.

²¹⁰ Die Fachkräfte und all jene, welche schnell erreichbar sein mussten, wohnten in unmittelbarer Nähe der Werke, deshalb wurden die Siedlungen auch "Bereitschaftssiedlungen" genannt. Die für den Tagebau vorgesehenen Arbeiter wurden auf mehrere, im Umfeld des Abbaus liegende Dörfer verteilt.

Während das wirtschaftliche Ziel des Siedlungsbaus darin bestand, den Aufbau der im Kernraum des Reiches liegenden Kriegswirtschaft zu begleiten, bestanden die sozialen Ziele im folgenden:

- Die seit Mitte der 1930er Jahre vorgenommenen Reallohnsenkungen und *die insgesamt schlechter werdenden Arbeits- und Lebensbedingungen zu kompensieren*. Die Möglichkeit der Eigenversorgung auf der Grundlage von Selbstanbau und Tierhaltung diene der Sicherung des sozialen Friedens und bildete zugleich eine Ausgleichsfunktion zur intensivierten Tätigkeit in der mechanisierten Großindustrie (vgl. z.B. Walz 1979, 64) .
- *Sozial abgestufte Privilegien zu schaffen*, indem die Siedlungshäuser Stammarbeitern zugesprochen wurden, deren Auswahl nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten vorgenommen wurde. Die Eigentumsversprechungen an besonders vertrauenswürdige Arbeiter dienten demselben Ziel.
- *Die organisierten Arbeiter aus den Ballungsräumen in den dünner besiedelten ländlichen Regionen zu trennen und weiträumig zu verteilen*.

Im Zusammenhang mit den großen Wanderungsbewegungen, die der “Arbeiter-Beschaffung” für die neuen oder ausgebauten Industriestandorte dienten, entstanden nunmehr, über ein größeres Gebiet des späteren Kreises Borna verstreut, neue Wohnsiedlungen. Der Wohnungsbau²¹¹ erfolgte im Bornaer Revier in Form der Siedlungserweiterungen bereits bestehender Arbeitersiedlungen wie in Böhlen, Neukiritsch, Regis oder Deutzen bzw. in Form der Errichtung neuer Siedlungen wie in Espenhain oder Kitzscher (vgl. die folgenden Abbildungen).

Der Wohnungsbau blieb hier im wesentlichen in der Hand einer Wohnungsbaugesellschaft²¹² (vgl. Abschnitt 5.6.2), woraus sich die in allen Orten zu registrierende, gleichförmige Bauweise erklärt (vgl. Abbildung zu Deutzen).

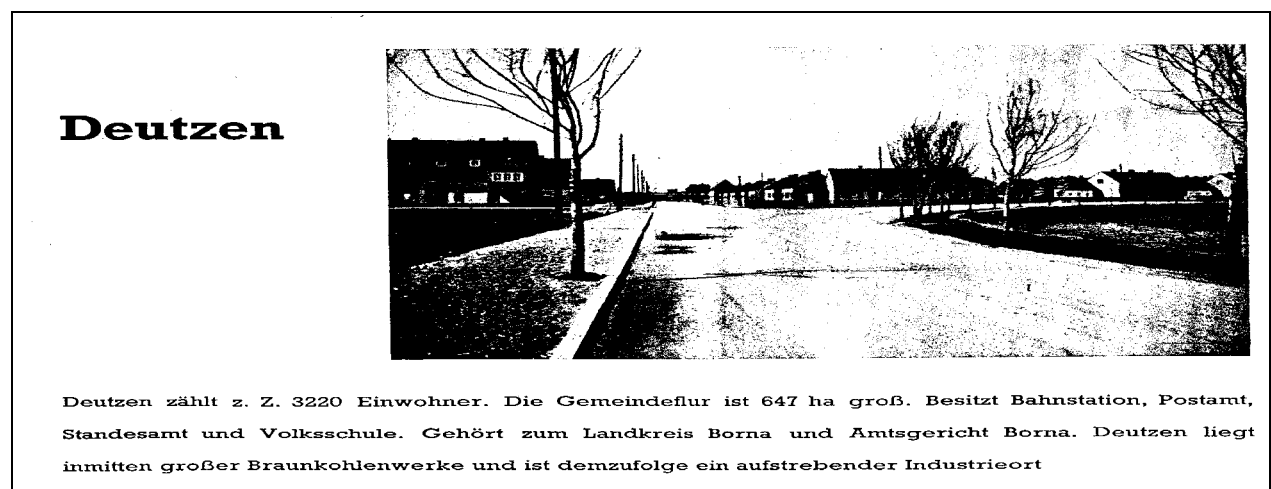


Abbildung 2: Deutzen

Quelle: Blochberger 1943, Bildanhang

Die Dichte der Wohnanlagen war häufig davon abhängig, wie viel “abbauunwürdiges” Gelände als Bauland zur Verfügung stand. Häufig konnten nur schmale, vom Bergbau nicht benötigte Streifen, sogenannte Sicherheitsstreifen, zum Bau von Siedlungen genutzt werden. Oder die neuen Arbeiterheime

²¹¹ Ab 1942 bestand ein genereller Baustopp im Altreich (vgl. Walz 1979, 40).

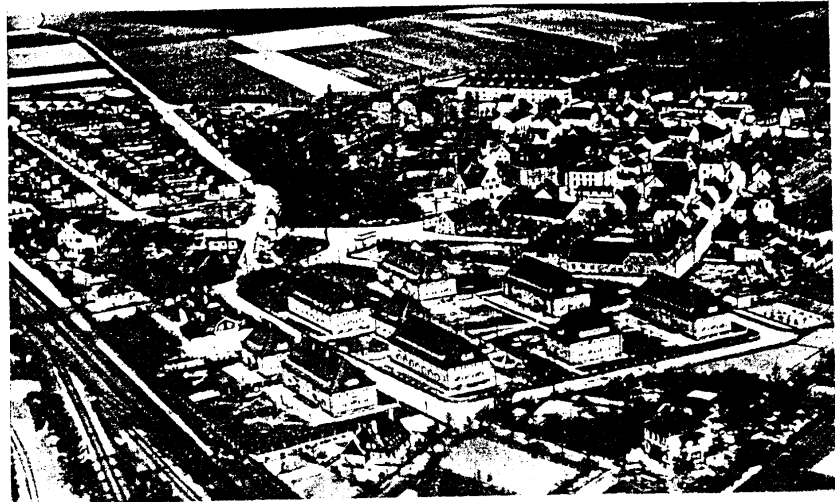
²¹² Die Kosten für den Wohnungsbau sollten für die Braunkohlenunternehmen auch weiterhin gering gehalten und über finanziell geförderte, werksabhängige bzw. gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften errichtet werden.

standen eng angelehnt an die buschbewachsenen Halden.

In den 1930er Jahren entstanden jedoch auch im Revier Borna die ersten Industriearbeiterwohnorte, die noch über dem Industriedorf der vergangenen Perioden mit seinen schon größeren Wohnsiedlungen standen. Beispiele dafür sind die Ortschaften Böhlen und Espenhain (vgl. die Abbildung zu Böhlen).

Böhlen

KREIS LEIPZIG



Bekannter Zentralsitz der sächsischen Elektrizitätsversorgung. Neuzeitliche Siedlungen der Großindustrie und des Braunkohlenbergbaues mit rund 6000 Einwohnern. Die Gemeinde hat sich in kurzer Zeit vom kleinen Bauerndorf zur heutigen Bedeutung entwickelt und befindet sich noch im vollen Aufbau. Bahnstation der Linien Leipzig–Hof, Leipzig–Geithain–Chemnitz und Leipzig–Espenhain.

Abbildung 3: Böhlen

Quelle: Blochberger 1943, Bildanhang

Auch im Landkreis Borna wurden die Strukturen und die Funktionen der Siedlungen und in Folge dessen auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung bald deutlich verändert. Die Veränderungen verbanden sich mit einer Auflösung aller alten Siedlungsformen, wie im Falle des Dorfes Kitzscher, wo der Wohnungsbau für das Werk in Espenhain in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre begann. Schon 1943/44 war aus dem Dorf mit 350 landwirtschaftlich tätigen Einwohnern eine städtische Siedlung mit über 3.000 Einwohnern, die fast ausnahmslos in der Braunkohlenindustrie beschäftigt waren, geworden (siehe Tabelle 45). Die Beschreibung dieser „aufstrebenden“, aber eintönigen „Wohngemeinde“ wurde demzufolge auch mit keiner bildlichen Darstellung mehr untersetzt.

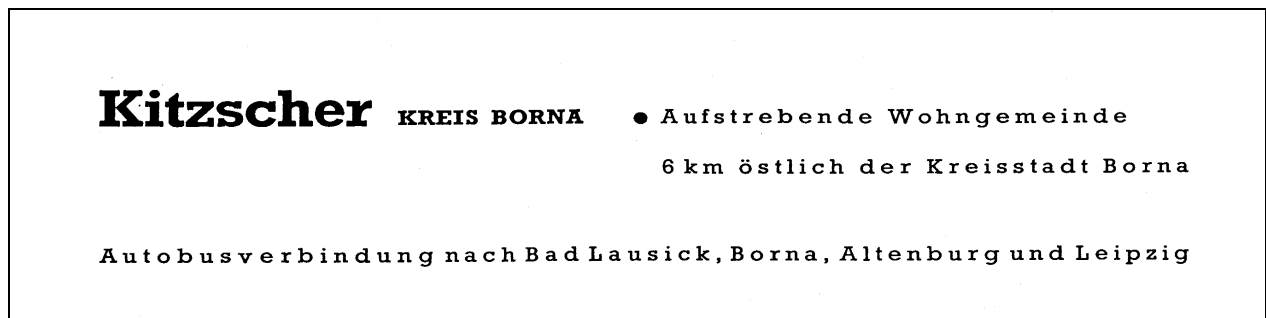


Abbildung 4: Kitzscher

Quelle: Blochberger 1943, Bildanhang

“Hier, wo alle ländlichen Formen verunstaltet, durch neue Formen erdrückt, ja vernichtet werden, sind die Siedlungen des Menschen nicht mehr Dorf, aber auch noch nicht Kleinstadt, es sind in der Regellosigkeit ihrer Anlage und ihrer Gebäudeformen nur Häuserhaufen ihrer Industriearbeiterbevölkerung.” (vgl. Sinkwitz 1935, 71; der dies zunächst für das Merseburger Revier beschrieben hatte).

Auch in den vorangegangenen Perioden war es in einigen Gemeinden im Zusammenhang mit dem Aufbau von Brikettfabriken sowie am Kraftwerksstandort zu einer Verdoppelung, Verdreifachung oder gar Vervierfachung der Einwohneranzahl gekommen (vgl. dazu die Abschnitte 4.6 und 5.6.2; entsprechende Tabellen). Aber erst die weitere Ausdehnung der Braunkohlenindustriunternehmen, vor allem aber die seit 1934 erfolgende Einbeziehung bisher nicht betroffener Dörfer in den Industrialisierungsprozess brachten enorme Bevölkerungszunahmen um das Drei- bis Fünffache, im Falle des Dorfes Kitzscher sogar um das Neunfache, und veränderten die bestehende Siedlungs- und Sozialstruktur irreversibel (siehe Tabelle 41).

Tabelle 41: Wachstum der Gemeinden in den Industrialisierungszonen

Zone		1933	1939	1945*	Veränderung 1933 bis 1945 auf.. %	1945**
I	Lobstädt	2.293	2.116	2.222	96,9	2.707
	Thräna	1.139	1.172	k. A.	-	-
	Blumroda	530	515	570	107,5	667
	Großzössen	1.090	1.099	1.287	118,1	1.438
I/II	Neukieritzsch	2.606	2.793	3.181	122,1	3.398
II/III	Böhlen	3.030	4.166	5.422	178,9	5.632
	Lippendorf***	739	796	461	62,3	469
	Rötha	3.875	4.980	5.303	136,8	5.613
III	Peres	289	275	661	228,7	668
	Pulgar	130	132	153	117,7	173
	Stöhma	268	557	666	248,5	681
	Beucha	273	276	394	144,3	396
	Kitzscher	358	325	3.285	917,6	3.731
	Espenhain	453	1.120	1.267	279,6	1.299
	Mölbis	751	881	950	126,5	977
I-III	Deutzen / Röthigen	1.919	2.454	3.104	161,7	3.344
I/III	Regis-Breitingen	3.349	3.516	3.816	113,9	4.262
	Hartmannsdorf	140	120	164	117,1	198
	Kreisgebiet Borna	72.367	77.113	85.277	117,8	93.761

Quelle: zusammengestellt aus Z.Sächs.Stat.LA und Stat. DR., eigene Berechnung der Kreisdaten

* ohne Umsiedler, ** mit Umsiedler, *** der Bau der Schwelerei Böhlen erfolgte auf besiedelter Fläche

In die neuen Siedlungshäuser wurden vorzugsweise Facharbeiter der rüstungswichtigen Industrien eingewiesen (vgl. Walz 1979, 12), denn der „Stamm tüchtiger Arbeiter“ trägt als „lebendige Kraft des Unternehmens“ nur dann zur „Sicherung der gedeihlichen Entwicklung des letzten bei“, wenn er mit „gesundem und zweckmäßig angeordnetem Wohnraum“ versorgt wird (vgl. Sinkwitz 1935, 72). Eine rege Bautätigkeit entwickelte sich mit dem fortgesetzten Zuzug und dem Anspruch des Systems, den deutschen Arbeiter „menschenwürdig“ wohnen zu lassen, *„lag es doch im Interesse der Wirtschaft, vor allem der chemischen Großindustrie, am Ort der Betriebe einen zuverlässigen Arbeiter, zuverlässig durch Bodenständigkeit in guten, gesunden Wohnungen festzuhalten.“* (Sinkwitz 1935, 71).²¹³ Zu den Kleinwohnungen in den Doppel- oder Reihenhäusern gehörte eine Landzulage, um die „gesunde Verbindung mit dem Heimatboden“ zu erhalten und die „Blut-und-Boden-Politik“ in die Tat umzusetzen. Die Kleinsiedlung, auch Stammarbeitersiedlung genannt, galt als „Erbhof des Facharbeiters“ (vgl. Walz 1979, 68).

Ein großer Teil dieser Neubauvorhaben wurde in der zentral gelegenen Stadt Borna realisiert. Auch der Sitz der Braunkohlenunternehmen befand sich mittlerweile in Borna. Anlässlich der 800-Jahr-Feier wurde Borna 1937 als die Stadt des westsächsischen Bergbaugesbietes gefeiert. *Die Ackerbürger und Handwerkerstadt hatte sich endgültig zur Bezirksstadt des Braunkohlenggebietes gewandelt.* „Rings um die Stadt ziehen sich die Halden und Tagebaue, die Grubengebäude mit ihren rauchenden Schornsteinen. Das Raunen der Bagger und Rattern der Werksbahnen, das Heulen der Sirenen und Dröhnen der

²¹³ Der Führererlass, Artikel 7, legte Form und Gliederung der Wohnungen sowie die Größe der einzelnen Räume fest, um auf dem Wohnungsbaugesbiet die „wirklich großzügige sozialistische Planung“ endlich umsetzen zu können (vgl. Deutscher Bergbau, Dezember 1940).

Maschinen ist das Lied, das die Arbeit unserer Bergleute begleitet. *Die Braunkohle*, deren Bedeutung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Dritten Reiches nicht abzusehen ist, *ist das Lebenselement unserer Stadt geworden. Das wirtschaftliche Schicksal jedes Bornaers ist unmittelbar oder mittelbar an die Schätze unseres Bodens geknüpft*, die das Schicksal der Stadt mit dem deutschen Gesamtschicksal eng verbindet.“ (800 Jahre Borna, 1939, o.A.). Nur noch an einigen Stellen hatte sich das reizvolle Gepräge aus altem Fachwerk, engen Gassen und stillen Höfen erhalten können.

Die Landwirtschaft und das auf der Landwirtschaft aufbauende Gewerbe fanden in dieser Festschrift keine Erwähnung mehr. Eine vergleichbare Entwicklung wie in der Stadt Borna hatte auch in weiten Teilen des Landkreises stattgefunden. In den größeren Landgemeinden bis 5.000 Einwohner gab es unter der Erwerbsbevölkerung kaum noch mehr als 2 % selbständige Handwerker, „aber auch das wird aufgrund der bewunderungswürdigen Fortschritte der Technik bald noch weniger“ (ASW-Mitteilungen 1935, 204f.). Die Handwerker auf dem Lande hatten meist schon einen Doppelberuf.

Im Gegensatz zu der bis zu diesem Zeitpunkt sich auf kleinere Räume beschränkenden Beeinflussung der dörflichen Siedlungsweise, veränderte der Aufbau der Kriegswirtschaft nun das dörfliche Gefüge des gesamten mittleren und nördlichen Teils des Landkreises (vgl. Ferstl 1994, 241; siehe Anhang, Karte 2).

Während so neue Siedlungstypen entstanden, die in ihrer Anlage den dörflichen Charakter völlig vermissen ließen, begannen die alten Dörfer nun auch physisch zu verschwinden, denn mit dem Auf- und Ausbau der Industrie²¹⁴ nahm der Flächenverbrauch durch die Tagebauförderung²¹⁵ sowie durch den Siedlungsbau in diesen Gebieten sprunghaft zu, so dass auch die traditionell dörfliche Bevölkerung zunehmend abwandern musste (vgl. Kapitel 5; Anhang, Karte 1; Sinkwitz 1935, 68f.).

Um die seitens der Kommunen zu erwartenden Einwände und Verzögerungen möglichst auszuschließen, wurde nach 1936 die Planungshoheit der Gemeinden in den betroffenen Gebieten immer weiter eingeschränkt (vgl. Walz 1979, 29). Über die meisten der im landwirtschaftlichen Gebiet liegenden Gemeinden wurde ein Baustopp verhängt, weil deren Flächen früher oder später durch den rasch vorangetriebenen Abbau in Anspruch genommen werden sollten bzw. eine ganze Reihe dieser Gemeinden auf dem Abbruchetat standen. Neben den bäuerlichen Ortschaften Blumroda, Hartmannsdorf, Bergisdorf oder Röthigen betraf dies auch die städtische Siedlung Regis (vgl. Sinkwitz 1935, 68).

Noch während des Krieges begann die Devastierung. Als erstes Bauerndorf musste Zeschwitz 1939/40 dem Tagebau Böhlen weichen, drei Jahre später folgte der Ort Witznitz bei Borna. Lediglich die nach 1910 als eine der letzten und größten errichtete Brikettfabrik „Witznitz“ wurde verschont. Die über 600 innerhalb von etwa 35 Jahren heimisch gewordenen Arbeiter der Brikettfabrik wehrten sich gegen die Entscheidung, wurden letztendlich aber gegen ihren Willen umgesiedelt. Um der Räumung des Ortes den Zwangscharakter zu nehmen, wurde 1940 die Eingemeindung in die Stadt Borna angeordnet. Die städtische Verwaltung, spätestens zu diesem Zeitpunkt willfähiges Werkzeug der Braunkohlenindustrie, legitimierte den Abriss durch „demokratische“ Abstimmung. Durch die Eingemeindung waren die Bemühungen der Bewohner um den Erhalt ihres Ortes zum Scheitern gebracht worden. Die Vertreter großdeutscher Interessen bzw. die Profitinteressen einiger Braunkohlenunternehmen gingen auch auf

²¹⁴ Die karbochemische Industrie verschlang inzwischen riesige Kohlenmengen, die den Anlagen vorgeschalteten Brikettfabriken mussten erweitert bzw. neue errichtet werden (z.B. 1938 in Deutzen). Auch der Energie-Selbstverbrauch der Werke nahm mit der Mechanisierung ständig zu. Er lag 1933 bei 1,68 Mill. Tonnen 1937 bei 1,93 Mill. Tonnen Braunkohle. An ihre eigenen Werke gab die ASW 1933: 70,55 Tausend kWh und 1937: 168,34 Tausend kWh ab (vgl. Stat.JB Sachsen 1935/58, 205 ff.). Im Juni 1939 wurden die Tagebaufelder Böhlen und Espenhain erneut beträchtlich erweitert. Im Jahre 1943 wurden der ASW schließlich auch die bebauten Gebiete als Grubenfelder übertragen.

²¹⁵ Das Abraum-Kohle Verhältnis lag um die Jahrhundertwende noch bei 1:1 bis 3:1, war bis in die 30er Jahre schon auf 5:1 bzw. 7:1 angestiegen. Eine weitere Verschiebung dieses Verhältnisses zugunsten des Abraums stand bevor.

diesem Feld der Auseinandersetzungen als Sieger hervor (vgl. dazu Abschnitt 6.3).

Die Pläne der DEA, die Stadt Regis mit etwa ca. 3.500 Einwohnern zu überbaggern, um die darunter liegende Kohle in ihren beiden Schmelzwerken verarbeiten zu können, ließen sich zur damaligen Zeit dagegen aus finanziellen Gründen noch nicht realisieren. Erst die „sozialistischen Wirtschaftlichkeitsberechnungen“ in der DDR ergaben, dass auch der Abbruch städtischer Siedlungen tragbar ist (vgl. Hönsch 1968, 348).

Im Falle der kleineren Gemeinden ging man so vor, dass deren selbständige Existenz und Verwaltungshoheit über staatlich „verordnete“ Eingemeindungen ausgeschaltet wurde. Danach war es relativ leicht, diese dem Abbau zuzuführen. Auch größere, im Abbauggebiet liegende Kommunen konnten sich immer seltener erfolgreich gegen die Landansprüche der Braunkohlenindustrie zur Wehr setzen und verloren dadurch immer mehr Siedlungsflächen. Die Auseinandersetzungen zwischen städtischen Kommunen wie Leipzig oder Markkleeberg einerseits und dem Kohlenunternehmen andererseits nahmen bis Mitte der 1930er Jahre deutlich schärfere Ausmaße an. Mit den angestrebten Eingemeindungen seitens der Städte sollte den territorialen Ansprüchen der Braunkohlenindustrie Einhalt geboten werden. Schon seit dem Bau des Kraftwerkes in den 1920er Jahren hatte die Stadt Leipzig in zahlreichen Denkschriften und anderen Veröffentlichungen gefordert, ihren Siedlungs- und Rechtsbereich weiter auszudehnen. Begründet wurde dies u.a. mit dem schnellen innerstädtischen Wachstum (vgl. z.B. Leiske 1928, Wölfel 1936, Haake 1939, Rat der Stadt Leipzig 1946).

Nach dem Wirksamwerden der Landesplanung für das westsächsische Braunkohlengebiet im Jahr 1925 hatte dies nur noch geringen Erfolg (Hönsch 1973, 212). Mit dem Sieg der Nationalsozialisten 1933 schienen die Bestrebungen der Stadt Leipzig zunächst wieder realisierbar. Zum Jahresende 1935 wurde jedoch von der Stadt Leipzig als Baugelände beanspruchtes Land durch den Minister für Wirtschaft und Arbeit, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der ASW, kurzerhand als Bergbauflächengebiet ausgewiesen und für andere Nutzungsarten ausgeschlossen. Im September 1940 wurde gegen den Protest der Stadt Markkleeberg der Bergbau bis in deren Altbauggebiet vorangetrieben.

Auf die noch vorhandenen sozialen und kulturellen Strukturen wirkte sich zudem zerstörend aus, dass viele Verbindungen zwischen den dörflichen Ortschaften durch die Großtagebaue verschwanden und damit auch die traditionellen Kommunikationsstrukturen. Ein Ausbau der Verkehrswege fand nur zwischen den Industriearbeiterwohnorten und ihren Betrieben statt. Zusätzlich zur sozialen Überlagerung beschleunigte die Zerstörung der Verkehrsverbindungen zwischen den Bauerndörfern deren soziale Isolation und damit die Abwanderung aus den dörflichen Gemeinden.

Das bis zum Jahr 1933 trotz der industriellen Entwicklung zu konstatierende relativ konstante Verhältnis zwischen den Bewohnerzahlen der Stadt- und Landgemeinden, verschob sich in nur sechs Jahren deutlich zugunsten der städtischen Bevölkerung. Der Anteil an Bewohnern in ländlichen Gemeinden sank nun um zehn Prozent. Die Anzahl an Ortschaften mit weniger als 500 Einwohnern verminderte sich um etwa ein Drittel. Dies ist in der Hauptsache ein Resultat des Siedlungsbaus, der sich nicht nur auf die größeren städtischen Gemeinden konzentriert hatte, sondern auch mehrere Dörfer betraf (siehe Tabelle 42).

Tabelle 42: Ländliche und städtische Bevölkerung im Kreisgebiet (a= Gemeinden, b= Bevölkerung)

Jahr		Gesamt	Landgemeinden bis ... EW				Stadtgemeinden bis ... EW			Verhältnis
			200	500	1.000	2.000	5.000	10.000	>10.000	
1933	a	117	46	46	10	8	4	2	1	94,0 % : 6,0 %
	b	72.359	5.124	14.556	6.310	9.644	12.529	12.070	12.126	
			zus.: 35.634				zus.: 36.725			49,2 % : 50,8 %
1939	a	91	34	27	15	6	6	2	1	90,1 % : 9,9 %
	b	77.113	3.648	8.636	10.108	7.390	20.025	12.695	14.611	
			zus.: 29.782				zus.: 47.331			38,6 % : 61,4 %
1945*	a	89	33	26	14	6	5	4	1	88,7 % : 11,3 %
	b	85.277	3.790	8.946	9.757	8.011	15.608	23.235	15.930	
			zus.: 30.504				zus.: 54.773			35,8 % : 64,2 %

Quelle: eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben der Z.Sächs.Stat.LA 1934 bis 1945

* ohne Umsiedler und ohne Thräna, ** 1934 war die Kreisgebietsreform

Andere Dörfer wiederum sollten dem späteren Abbau vorbehalten bleiben. Diese wurden nach der Gemeindegebietsreform 1934 in größere Gemeinden eingegliedert. So entstand aus den Bauerndörfern Kahnsdorf, Zöpen, Pürsten und der Arbeitersiedlung an der Bahnstation Kieritzsch der neue Ort Neukiritsch. Aus Lippendorf, Medewitzsch und Spahnsdorf wurde die Gemeinde Lippendorf²¹⁶. Witznitz wurde nach Borna eingemeindet und Röthigen nach Deutzen.

Die Zusammenlegungen von Orten und die Eingemeindungen von kleinen Gemeinden täuschen in gewisser Hinsicht eine Verstädterung der Bevölkerung vor, denn während die Anzahl der ländlichen Gemeinden mit den Eingemeindungen abnahm, wuchs die Bevölkerung in der Folge in den bestehenden städtischen Gemeinden (siehe Tabelle 42).

6.7.2 Die Bevölkerung der Arbeitersiedlungen

Die Umwandlung der regionalen Wirtschaft und der Siedlungsformen setzte die *Umstrukturierung der Erwerbstätigen und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung* weiter fort. Die räumlichen (Arbeitsplatz)Wanderungen hatten für sich genommen in Abhängigkeit von Umfang und Struktur die demographischen und sozialen Verhältnisse am Zielort in den einzelnen Perioden in verschiedenem Ausmaß verändert (vgl. Abschnitt 4.3; 5.3 bis 5.5).

Zunächst einmal waren innerhalb der Wirtschaftsabteilung „Industrie/Handwerk“ *gravierende Veränderungen* vor sich gegangen. In den Jahren 1933 und 1939 war der Anteil der gewerblich Beschäftigten in den einzelnen Gewerbe unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Beschäftigtenanteile hatten sich in diesem kurzen Zeitraum zum industriellen Bereich hin verschoben. Zwischen den beiden Arbeitsstättenzählungen nahm zum einen der Umfang an Arbeitsplätzen in den gewerblichen Betrieben erheblich zu, zum anderen hatten sich die prozentualen Anteile einzelner Branchen stark verschoben. Stärker noch als der Braunkohlenbergbau expandierten in diesem Zeitraum die Chemische Industrie und die Elektrizitätswirtschaft sowie die Bauindustrie (siehe Tabelle 43). Die Ausbreitung dieser drei Industriezweige innerhalb der gewerblichen Struktur dokumentiert den prägenden Einfluss des Braunkohlenbergbaus sowie der braunkohleveredelnden Industrien auf die ursprüngliche sektorale Verteilung.

²¹⁶ Eigentlich wurde das Dorf Lippendorf devastiert, da dies aber der Geburtsort der Katharina von Bohra, der späteren Frau Luthers war, wurde Medewitzsch mit Spahnsdorf zu Lippendorf zusammengelegt, um so scheinbar diese Gemeinde zu erhalten.

Während nämlich der Bergbau und die mit ihm verbundenen Industrien sich weiter ausdehnten, stagnierte die Anzahl der Betriebe in einigen ehemals dominanten Zweigen sowie die Zahl der dort Beschäftigten (siehe Tabelle 43). Das Erstarken dieser Branche führte zur Verdrängung traditionell ansässiger Gewerbe aus der Region und verminderte deren Bedeutung für die regionale Entwicklung.

Tabelle 43: Die gewerblichen Betriebszählungen 1933 und 1939 (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil an den Gesamtbeschäftigten in %)

Gewerbebezüge bzw. -klassen	1933			1939		
	a	b	c	a	b	c
	Anzahl	Gesamt	Anteil in %	Anzahl	Gesamt	Anteil in %
Nichtlandw. Gärtnerei/ Tierzucht	14	20	0,1	35	66	0,2
Braunkohlenbergbau, Brikettfabriken	10	4.978	23,9	30	9.267*	26,9
Industrie der Steine u. Erden	60	781	3,7	71	987	2,9
Eisen/ Stahl/ Metall	244	1.046	5,0	221	1.636	4,7
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	55	201	1,0	82	441	1,3
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	45	69	0,3	62	181	0,5
Gas, Elektrizitätswirtschaft*	12	288	1,4	22	1.817	5,3
Chemische Industrie	4	57	0,3	6	1.788	4,6
Textilindustrie	85	643	3,1	117	644	1,9
Papierindustrie/Vervielfältigung	40	373	1,8	59	585	1,7
Leder, Linoleum	84	205	1,0	84	249	0,7
Industrie d. Holz-/ Schnitzstoffe	303	554	2,7	271	718	2,1
Musikinstrumente/ Spielwaren	4	60	0,3	3	87	0,2
Nahrungs-, Genussmittelgewerbe	585	1.855	8,9	606	1.943	5,6
Handelsgewerbe	1.351	2.586	12,4	1.022	2.630	7,6
Bekleidung	821	2.340	11,2	729	2.518	7,3
Reinigung	201	354	1,7			
Nachrichten/Verkehrswesen				281	1.708	4,9
Baugewerbe und Hilfgewerbe	447	1.653	7,9	307	3.121	9,1
Gewerbe ohne Bergbau, Energie, Chemie	5.045	15.477	74,4	5.289	21.500	62,5
zusammen	5.055	20.800		5.319	34.372	

Quellen: Stat. JB Land Sachsen 1931/34, 172ff., Stat. DR NF Bd. 568.6, 2ff. und 29ff.
 * ohne den Kraftwerkstandort Böhlen

Dabei kam es erneut vor allem in den Erwerbszweigen mit landwirtschaftlicher oder eher kleingewerblicher Orientierung zum Rückgang. Innerhalb von nur sechs Jahren betrug der prozentuale Rückgang der Beschäftigten in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und des Bekleidungsgewerbes mehrere Prozentpunkte. Aber auch in den Holzverarbeitenden Wirtschaftszweigen, in der Papier- und Vervielfältigungsindustrie sowie in der Lederindustrie verminderten sich die anteiligen Beschäftigtenumfänge (siehe Tabelle 43).²¹⁷

²¹⁷ In der Handwerkskammer Leipzig, zu der auch Borna gehörte, trugen sich im Berichtszeitraum 1937/38 in den Gewerken Bau, Metall, Holz, Textil, Papier etwa drei Mal weniger neue Betriebe ein als gelöscht wurden. Im Bekleidungsgewerbe standen den 359 Eintragungen in die Rolle 943 Abmeldungen gegenüber. In der Holzindustrie war das Verhältnis 84 : 221 und im Papiergewerbe 28 : 70 (vgl. Stat. JB Sachsen 1935/38, 218). Die Gründung und Auflösung von Unternehmen von 1935 bis 1938: Textil 193 : 852, Papier 56 : 138. Ebenso lagen die Verhältnisse in Bekleidung und Musikinstrumentenbau (vgl. Stat. JB Sachsen 1935/38 427f.).

Ebenfalls erkennbar ist, dass in diesem Prozess in der Regel kleinere Betriebe „auf der Strecke blieben“, was dem allgemeinen Trend zur Mechanisierung²¹⁸ und wirtschaftlichen Konzentration geschuldet war (vgl. Ohlsen 1971, 21ff.), so dass auch in Zweigen mit einem im Jahr 1939 zu verzeichnendem Beschäftigtenzuwachs weniger Betriebsstätten existierten als noch 1933. So in der Bauwirtschaft, wo trotz der Verdoppelung des Personals im Jahr 1939 ein Drittel weniger Betriebe gezählt wurden als 1933. Im allgemeinen konnte der Wegfall von Kleinbetrieben aber durch das Entstehen von Arbeitsplätzen in größeren Unternehmen kompensiert werden.

Diese zu Kriegsbeginn bestehende Situation änderte sich nach 1939 noch einmal (vgl. Abschnitt 6.4.1), wo die Großbetriebe Fachkräfte aus kleineren Unternehmen zugewiesen bekamen und in vielen Bereichen eine Freistellung vom Militärdienst erfolgte. Weil aus den Handwerksbetrieben ein immer größerer Teil der Arbeiter in die Großbetriebe dienstverpflichtet wurden, kam es zu einer Reihe von Betriebsschließungen. Anzunehmen ist daher, dass sich die Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Branchen bis 1945 weiterhin zugunsten von Bergbau, Energie und Chemie verschoben hatte. Auch die Errichtung des Werkes Espenhain in den Kriegsjahren und die damit im Zusammenhang stehende dirigistische Personalpolitik spricht für eine derartige Entwicklung.

Tabelle 44: Erwerbstätigenanteile und Berufszugehörige zu den Wirtschaftsabteilungen im Landkreis/ Kreis Borna

	Erwerbstät. + Angehör.	hauptberufliche Erwerbsbevölk.	Landw./ Forstw.	Industrie / Handwerk	Handel / Verkehr	ohne Beruf	Arbeiter	
			in %	in %	in %	in %		dar. erwerbslos
1933	-	52.595 ¹	23,2 ²	31,3 ²	9,4 ²	14,8	17.831	38,3
1939	-	56.485	21,3	47,1	9,7		29.725	
1941 ³	-	42.287	ca. 13,0	73,8				
1950	Kreis	48.353	16,6	63,8	9,1			
nach der Berufszugehörigkeit (Erwerbstätige und Angehörige)								
1933	94.173	-	18,4					
1939	96.109	-	19,3	55,1	9,7			
1946	133.974	-	23,8	49,9	8,1			
nur Kreisgebiet Borna								
1946	94.676	-	23,2	56,8	7,3			

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 7, 55 und 68; Stat. DR NF Bd. 454.10, 36f und 56f., Stat. DR NF Bd. 557.7, 99ff.; LAA Sachsen 1942, Statistisches Zentralamt 1948, Stat. Bundesamt 1994, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Bd. II, Heft 5, 11f. und 26f.
¹ einschl. 7.737 Erwerbslose, ² ohne die zu diesem Zeitpunkt arbeitslosen Erwerbsfähigen ³ Grundlage Arbeitbucherhebung: Arbeitsamtsbezirk Borna.

Neben diesen Veränderungen innerhalb der Wirtschaftsgruppen erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe "Industrie/Handwerk" an den Gesamtbeschäftigten aufgrund der kontinuierlich steigenden Beschäftigtenzahl weiter. Allein von 1933 bis zum Jahr 1941 hatte der Umfang der Beschäftigung in dieser Abteilung um etwa 16.000 Personen zugenommen (siehe Tabelle 44). Die Landwirtschaft des Landkreises profitierte dagegen nicht von den Beschäftigtenzuwächsen, obwohl auch im landwirtschaftlichen Bereich der absolute Beschäftigtenumfang kaum rückläufig war.

²¹⁸ In der Zählung von 1939 wurde der schnell steigenden Bedeutung der industriellen Produktion Rechnung getragen und die Wirtschaftsabteilung "Gewerbe/Industrie" in die Abteilungen 2 (Industrie) und 3 (Handwerk) aufgegliedert (vgl. dazu Abschnitt 2.2).

Die Vergleichbarkeit der in der Tabelle dargestellten Ergebnisse wird durch die unterschiedliche Erfassung der Angaben zur Verteilung der Berufstätigen auf die Wirtschaftsabteilungen in den Zählungen 1925, 1933 und 1939 beeinträchtigt. Während für das Jahr 1933 nur die zum Zeitpunkt der Erhebung tatsächlich Erwerbstätigen den Abteilungen zugerechnet worden waren, wurden in den anderen Erhebungen auch die arbeitslosen Erwerbsfähigen den Wirtschaftsabteilungen zugerechnet.

Von Vorteil war diese voneinander abweichende Erfassung dennoch, denn auf diese Weise konnte ein direkter Vergleich des Erwerbstätigenumfanges 1933 und 1939 vorgenommen werden, weil es im Jahr 1939 in Deutschland keine Arbeitslosen mehr gab, die in den einzelnen Abteilungen hätten berücksichtigt werden müssen. Die angegebenen Personen waren demzufolge alle erwerbstätig. Die absolute Zunahme von 10.000 Personen in der Abteilung Industrie und Handwerk verdeutlicht die enorme Ausweitung der industriellen Produktion zwischen den beiden Zählungen (siehe Tabelle 44).

Werden die ausländischen Arbeitskräfte einschließlich der Kriegsgefangenen berücksichtigt, dann stieg die Anzahl der Industriearbeiter bis Kriegsende auf insgesamt etwa 40.000 Beschäftigte an (vgl. dazu Abschnitt 6.4.2).

Da die Betriebs- oder Erwerbstätigenzählungen im bis dahin üblichen Umfang nach 1939 bis 1946 nicht mehr durchgeführt wurden, wurden andere Quellen zur Darstellung der Entwicklung herangezogen (Arbeitsbucherhebung 1941; Material des Landesarbeitsamtes Sachsen). Aus diesen Statistiken geht zwar nicht eindeutig hervor, ob ein den oben aufgeführten Berufszählungen identischer Erfassungsmodus zugrunde gelegt worden war, die zugrundeliegende Zähleinheit war jedoch auch in diesem Fall der Arbeitsamtsbezirk, so dass die Zahlen den Entwicklungstrend doch recht gut wiedergeben.

Zu der am 15. August 1941 durchgeführten Arbeitsbucherhebung arbeiteten im Arbeitsamtsbezirk Borna bereits knapp drei Viertel aller Beschäftigten in Industrie und Gewerbe, nur noch ca. 13 % in der Landwirtschaft und etwa 2 % in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Damit hatte der zwei Jahrzehnte zuvor noch als ländliche Region charakterisierte Landkreis nunmehr fast 10 % mehr Industriebeschäftigte als das Land Sachsen (vgl. LAA Sachsen 1942, 8).

Dabei muss beachtet werden, dass es sich bei den Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben oftmals um Männer gehandelt hatte, die im Unterschied zu den Industriebeschäftigten zum Arbeits- oder Kriegsdienst einberufen und deren Arbeitsplätze mit Ausländern und Kriegsgefangenen besetzt worden waren, die wiederum nicht in der Statistik berücksichtigt wurden. Andere landwirtschaftliche Arbeiten wurden während des Krieges nicht mehr erledigt. Das bedeutet aber auch, dass nach Beendigung des Krieges ein erneutes Ansteigen der Beschäftigtenzahlen in diesem Bereich zu erwarten sein würde (vgl. dazu Kapitel 7).

Der im Vergleich zum Zeitraum 1933 bis 1945 anteilig geringere Beschäftigtenstand in der Industrie im Jahr 1946 war eine Folge des hohen Anteils an zwangsweise zur Arbeit verpflichteten deutschen Arbeitern in den Großbetrieben der Rüstungswirtschaft zwischen 1933 und 1939. Nach deren Rückwanderung in ihre Heimatgebiete entstand trotz des Zustroms von Vertriebenen aus den Ostgebieten zunächst ein Beschäftigtendefizit, welches erst in den folgenden Monaten durch den weiteren zentral gelenkten Zustrom von geeigneten Arbeitskräften beseitigt werden konnte (vgl. dazu Abschnitt 7.2.1).²¹⁹

Ein weiterer Grund für die dauerhaften Beschäftigtenrückgänge in der Landwirtschaft ist in den extremen Grundwasserabsenkungen großer Gebiete zu sehen, die darauf zurückgingen, dass die zum Abbau gelangenden Braunkohlen immer tiefer lagerten und die benötigten Kohlenmengen aufgrund der

²¹⁹ 1943 begann der Rückzug der Stadtbevölkerung und der Flüchtlinge aus dem Osten in die ländlichen Gebiete des „Altreichs“ und führte zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung.

gestiegenen Produktion seit 1936 kontinuierlich zunahmen. Dies machte landwirtschaftliche und gärtnerische Arbeiten auf weiten Flächen unmöglich oder schränkte sie zumindest stark ein (vgl. Abschnitt 6.3 und 6.7).

Das Wasser hatte in des Wortes tiefster Bedeutung gerade für viele Dörfer "Leben" bedeutet, denn die reichlich vorhandenen Flüsse und Gewässer hatten in mehrfacher Weise zum Lebensunterhalt beigetragen. Neben der Fischerei ermöglichten sie die Flößerei, und die jährlichen Frühjahrsüberschwemmungen machten den Acker fruchtbarer. Die Mühlen wurden schon vor der Elektrifizierung mit Strom, den sie der Wasserkraft entnahmen, betrieben und sie lieferten die überschüssige Energie an das Kleingewerbe. Die Kohlenindustrie der 1930er Jahre begründete und verlegte nun die ersten Wasserläufe oder betonierte sie ein. Die extensiven Tagebauerweiterungen und die damit einhergehende extensive chemische Verarbeitung der Braunkohle führte zwangsläufig zur völligen Verschmutzung der vorhandenen Wasserläufe. Der Wasserspiegel wurde durch den hohen Wasserverbrauch der Werke dermaßen abgesenkt, dass die Wasserläufe nicht mehr für die Gewinnung von Strom genutzt werden konnten. Die Mühlen, früher selber Stromproduzenten, mussten nun den teuren Strom aus den Werken beziehen, arbeiteten dadurch nicht mehr kostengünstig und wurden deshalb stillgelegt.

Da die Verschmutzung des Wassers nun schon alle in der Region vorhandenen Wasserläufe erreicht hatte, gingen weitere Mühlenbetriebe und landwirtschaftliche Arbeitsstätten ein, wie auch die Holzindustrie entlang der Pleiße und Elster sowie ihren Nebenflüssen (vgl. Ferstl 1994, 148).

Am Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung gemessen, stellte sich der Landkreis Borna 1933 als noch nicht industriell überformt dar. Von 1.000 Einwohnern zählten 150-200 zur landwirtschaftlichen Bevölkerung und mit 200-250 von 1.000 Einwohnern gehörten nur etwas mehr dem gewerblichen Bereich an (vgl. Die sächsische Wirtschaft 1933, Kartenmaterial). Nach Kriegsende war der um 1933 noch bestehende eher landwirtschaftliche Charakter der Bevölkerung nicht mehr vorhanden.

An den alten Fabrikstandorten lag der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch in dieser Phase noch zwischen 10% und 16% und blieb im wesentlichen konstant oder nahm in einigen Orten sogar wieder leicht zu (siehe Tabelle 45, Zone I). An den Standorten der zwischen 1916 bis 1921 errichteten Energie- bzw. Benzingewinnungsanlagen, die 1934 erweitert worden waren, lag der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung dagegen i.d.R. schon unter zehn Prozent (Zone II). Zwar waren die Rückgänge zwischen 1933 und 1939 nicht mehr so gravierend wie in den Jahren zuvor, dennoch wohnten immer weniger Einwohner in diesen Ortschaften, die zur landwirtschaftlichen Bevölkerung zu zählen waren (siehe Tabelle 45, Zone II).

Der Neubau des Industriegiganten in Espenhain führte in den Dörfern der unmittelbaren Umgebung in wenigen Jahren zu einer Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung um 20 bis 80 Prozent und bis zum Jahr 1946 wiesen einigen Gemeinden weniger als zehn Prozent ihres ursprünglichen Umfangs an landwirtschaftlicher Bevölkerung auf (siehe Tabelle 45, Zone III).

An den Brikettierstandorten war der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung im allgemeinen höher als dort, wo ab 1916 die gigantischen Anlagen zur Stromerzeugung oder Benzingewinnung errichtet worden waren. Dort hatte zudem die Möglichkeit bestanden, nach Beendigung von Tiefbau und Brikettfabrikation wieder am alten Wirtschaftsmuster anzuknüpfen (z.B. Breunsdorf, siehe Tabelle 45), was in der Zukunft aber nicht mehr möglich sein sollte (vgl. Kapitel 7).

Tabelle 45: Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Industrialisierungszonen

	Gemeinde	VZ 1933		VZ 1939		1933- 1939	VZ 1946		Entwickl. 1933- 1946
		EW	lw. Bevölk. in %	EW	lw. Bevölk. in %		EW	lw. Bevölk. in %	
I	Breunsdorf	558	32,8	554	36,9	+3,9	771	24,6	-8,2
	Blumroda	530	17,0	515	16,1	-0,9	693	14,7	-2,3
	Ramsdorf	1.273	13,9	1.125	13,3	-0,6	1.166	12,3	-1,6
	Neukirchen	719	11,7	744	12,4	+0,7	1.056	13,2	+2,2
	Lobstädt	2.293	5,4	2.116	4,8	-0,6	2.846	3,5	-1,9
	Großzossen	1.090	2,8	1.099	4,3	+0,7	1.599	4,6	+1,8
	Thräna	1.139	7,9	1.172	9,0	+1,1	1.629	6,6	-1,3
I/II	Neukieritzsch	2.606	10,5	2.793	9,7	-0,8	3.620	10,9	+0,4
II/III	Böhlen	3.030	3,9	4.166	1,6	-2,3	6.424	1,8	-2,1
	Rötha	3.857	11,4	4.980	6,6	-4,8	6.206	7,1	-4,3
	Lippendorf	739	17,6	796	14,1	-3,5	683	19,9	+2,3
I-III	Borna	13.838	4,7	14.611	4,1 *	-0,6	18.425	3,9	-0,8
	Deutzen	1.919	5,9	2.454	2,8	-3,0	4.005	2,6	-3,3
I/III	Regis- Breitingen	3.349	8,0	3.516	6,8	-1,2	4.935	7,3	-0,7
III	Trages	214	66,4	215	53,9	- 12,5	413	36,3	-30,1
	Mölbis	751	35,7	881	25,8	-9,9	1.030	17,2	-18,5
	Espenhain	453	23,0	1.120	5,1	-17,9	2.205	2,8	-20,2
	Kitzscher	358	58,4	325	58,4	0,0	4.193	12,9	-45,5

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 284f., und 1941/42, 196ff.; Volkszählung 1939, 140ff.; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Bd.II, Heft 5, 11f. und 26f.

Während so mit der Ausdehnung der Kohlenwirtschaft einerseits die Landwirtschaft als wichtiger Erwerbszweig immer weiter zurückgedrängt wurde, betätigte sich andererseits ein, im Vergleich zu anderen Branchen, immer größerer Teil der gewerblichen Arbeiter im Nebenberuf als Landwirt. Zur Zählung 1939 gaben von den 28.612 sächsischen Erwerbspersonen der Wirtschaftsgruppe "Bergbau, Saline, Torfgräberei" 2.455 die Ausübung eines landwirtschaftlichen Nebenberufes an, also immerhin 8,6%²²⁰ (vgl. Abschnitt 6.7 zur Flächennutzung und Parzellierung nach 1933). Unter den Arbeitern der Elektrizitätswirtschaft war der Anteil der Beschäftigten mit einer nebenberuflichen Tätigkeit als Landwirt mit 5,9% etwas geringer als unter den Bergarbeitern, aber immer noch höher als in den meisten anderen Arbeitergruppen (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 5).

Erneut hatte die Zunahme der Erwerbspersonen in der Braunkohlenindustrie einen Bevölkerungszuwachs, ein Ansteigen des Anteils an männlichen Personen und eine spürbare Verjüngung der Einwohner in den Arbeiterwohnstandorten zur Folge gehabt (siehe Tabellen 39 bis 41, 43).

In Zeitabschnitt 1933 bis 1939 war der Industriearbeiter zum wirtschaftlichen Träger und zum häufigsten Bewohner der Region geworden. Die traditionellen Bereiche behinderten nun eher den wirtschaftlichen Aufschwung (vgl. Abschnitt 6.2). Innerhalb der Region kam es zur sozialen Neuverortung einzelner Bewohnergruppen. Der enorme gesellschaftliche Bedeutungsgewinn von Braunkohlenchemie und Energiewirtschaft drängte deren Vertreter in den Vordergrund und ließ andere Erwerbstätigengruppen in

²²⁰ In der Wirtschaftsgruppe „Maschinen, Kessel, Apparate und Fahrzeugbau“ waren nur 3,3 Prozent nebenerwerblich in der Landwirtschaft tätig (vgl. Stat. DR NF Bd. 557.7, 4).

wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als vergleichsweise unwichtig erscheinen.

6.8 Kriegswirtschaftliche Entscheidungen haben den Status von Region und Bevölkerung neu definiert

Mit der regionalen Umsetzung der wirtschaftlichen und politischen Ziele des faschistischen Staates in Zusammenarbeit mit den Monopolgesellschaften von Bergbau- und Chemieindustrie verlor die Region endgültig ihre ursprüngliche Bedeutung (vgl. Abschnitt 6.2 und 6.3). Während zwischen 1895 und 1910/16 zunächst der engere Raum um Borna zur Fabriklandschaft wurde, veränderten die Industriekomplexe Böhlen und Espenhain seit den 1920er Jahren und damit innerhalb von 25 Jahren den rein landwirtschaftlich genutzten Raum zu einer gigantischen Industrielandschaft. Rings um Borna, zwischen Espenhain und Böhlen herrschte der Kohlenabbau. Selbst die Stadt Leipzig wurde im Süden fast lückenlos von den Abbaufeldern der ASW umschlossen.

Der umfassende Auf- und Ausbau der arbeitsintensiven Industriezweige war letztlich nur über die Zuweisung von Arbeitern, d.h. in Form der Dienstverpflichtung bis hin zur Zwangsarbeit, zu realisieren gewesen. Ohne die massenhaften Zwangsrekrutierungen wäre sowohl der Bau als auch der Betrieb der braunkohleverarbeitenden Anlagen im dünn besiedelten ländlichen Raum nicht möglich gewesen (Abschnitt 6.4). Die durch den Staat und die Großindustrie forcierte Schaffung des mitteldeutschen Industriekomplexes, der von Braunschweig-Wolfsburg-Salzgitter über Magdeburg bis nach Merseburg-Leuna-Bitterfeld und Böhlen reichte, wurde buchstäblich „auf den Knochen“ der deutschen und später dann (ab 1939) ausländischen Arbeiter vollzogen (vgl. Walz 1979, 168).

Sofort nach der Machtübernahme 1933 begann die Zuweisung von arbeitslosen Arbeitern in die verschiedenen Bereiche der Kriegswirtschaft. Um 1935 war jedoch die Zahl der „frei verfügbaren“ Erwerbslosen mittlerweile so gering geworden, dass der Großindustrie das notwendige Personal nur durch die Einführung von Arbeitsdienst und Arbeitsbuch zugeführt werden konnte. Ab dem 1.9.1939 erfolgte die Dienstverpflichtung und damit die Militarisierung der Arbeit, was wiederum besonders den kriegswichtigen Industrien zugute kam.

Die hohe Arbeitslosigkeit in vielen sächsischen Industrieregionen, deren klein- und mittelständische Wirtschaft am Importverbot und den Subventionsbeschränkungen zugrunde ging, lösten eine massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften aus und führte sie der Rüstungsindustrie zu. Gewohnt an die ländliche Umgebung und Eigenversorgung – schon die Exulantensiedlungen der böhmischen Zuwanderer in den Erzgebirgsregionen im 17. Jahrhundert waren keine Bauerndörfer oder Städte, sondern Gärtner- und Häuslersiedlungen²²¹ – zogen diese Arbeiter das Wohnen in den Siedlungen der Industriedörfer den Arbeiterquartieren in den Städten vor. Die massenhafte Zuwanderung von gewerblichen Arbeitern trug ebenso wie die Abwanderung traditioneller Gewerbe sowie der dort beschäftigten Erwerbstätigengruppen zur Überlagerung der traditionellen Strukturen und schließlich zum Bevölkerungsaustausch bei. Ein Prozeß, der auch durch die höheren Kinderzahlen der Familien der Kohlenarbeiter beschleunigt wurde.

Die im Hinblick auf ihre soziale Struktur *gegensätzlichen Zu- und Abwanderungsgruppen* (vgl. Abschnitt 6.6) und die in der Großindustrie typische *berufliche Gleichschaltung* bewirkten eine *soziale Homogenisierung der Bevölkerung* (vgl. Abschnitt 6.4 und 6.5). Die aus unterschiedlichen Erwägungen heraus fortgesetzte *überdurchschnittliche betriebliche Versorgung* (vgl. Abschnitt 6.5.) prägte die arbeitskulturellen Einstellungen und Verhaltensweisen der Beschäftigten der Großindustrie nachhaltig. Eine besondere Rolle kam dabei der *Privilegierung der deutschen Arbeiter im Zusammenhang mit dem verstärkten Ausländereinsatz in der Braunkohlenwirtschaft* zu (vgl. Abschnitt 6.4). Zunächst kamen

²²¹ Vgl. dazu Abschnitt 4.5.1.

freiwillige Saisonkräfte, später Dienstverpflichtete und zuletzt Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, gegenüber denen die sogenannten Gefolgschafter eine dominante Position eingenommen hatten, was nicht zuletzt dazu beitrug, dass sich auch in den relativ jungen Belegschaften ein *staatstreuer und elitärer Geist* etablierte.

Am Ende dieser Periode, deren Entwicklung als ein „großes Wunder, ein gigantisches Beispiel der Aufbauarbeit des Dritten Reiches galt“ (Deutscher Bergbau Folge 6, 10) und „Kunde gab von industrieller Geschäftigkeit und vom wirtschaftlichen Aufschwung im Rahmen großzügig geplanter Wirtschaftsförderungen“ (Blochberger 1943, 2), stand der Landkreis jedoch vor einem Scherbenhaufen. Die wichtigste wirtschaftliche Grundlage, die Braunkohlenindustrieanlagen waren durch die Bombardierungen zerstört und andere Gewerbezweige aufgrund der extensiven Ausdehnung der Braunkohlenindustrie weitgehend zur Abwanderung gezwungen worden. Die seit 1936 für die Kriegsproduktion in „Hast und Eile“ errichteten Werke verfügten nach dem Ende des Krieges über Stammbeschaftungsstärken, die gerade einmal zur „Not“-Betriebsführung ausreichten, denn die meisten Beschäftigten waren Zwangsarbeiter gewesen, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren.

Die unkorrigierte Fortsetzung der in den 20er Jahren begonnenen großindustriellen Entwicklung ist wiederum nur vor dem Hintergrund der neuen gesellschaftlichen Konflikte, d.h. insbesondere aus den Systemauseinandersetzungen nach dem Kriegsende heraus zu erklären.

7 Das Wirken von zentralistischer Planwirtschaft und sozialistischer Autarkie - „dann aber wurde die ganze Bergbaugeschichte russisch“

Entgegen den früheren Vorstellungen, die reichen Rohstofflager im „Osten“ nach dem „Endsieg“ für die deutsche Industrie nutzen zu können, stand nach der Niederlage und der Teilung des Landes in vier Besatzungszonen zumindest im sowjetisch besetzten Gebiet der weitere Ausbau der braunkohlebasierten Energie- und Chemieindustrie auf der Tagesordnung.

Wenigstens zwei Drittel der Produktionsstätten dieser Wirtschaftszweige waren in den russischen Machtbereich übergegangen. Dabei handelte es sich vor allem um die Produktion von Grundstoffen für die chemische Schwerindustrie, die ihre Grundlage in den Braunkohlenvorräten des mitteldeutschen Raumes hatte. Schon bald nach 1945 setzte in der DDR als einem der rohstoffärmsten Industrieländer der Welt (Gerstner 1969, 45)²²² eine sprunghafte Entwicklung aller Zweige der Braunkohlenindustrie ein.

Obwohl die Braunkohlenunternehmen zu den Betrieben der Kriegsverbrecher zählten, fielen nur einige Anlagen der Demontage zum Opfer (vgl. D.B.I.V. 1964, 7f.). Der größte Teil der Betriebe hatte Wiederaufbauleistungen und Reparationen an die Sowjetunion (im weiteren SU) zu erbringen. *Außerdem konnten viele Betriebe nicht demontiert werden, weil nicht nur über ein Drittel der Produktion der deutschen Chemieindustrie auf die sowjetische Besatzungszone entfiel, sondern auch über ein Drittel der Beschäftigten.*

Die Geschichte der ehemaligen Amtshauptmannschaft Borna blieb durch die Entscheidung zur Weiterbetriebsführung der Anlagen in der sowjetisch besetzten Zone nach 1945 eng an die Fortführung der Braunkohlengewinnung und -verarbeitung gebunden. Brikettfabriken, Kraftwerke und Benzingewinnungsanlagen nahmen die Produktion bereits im Mai 1945 wieder auf. Industriebetriebe wie die Braunkohlenkombinate Borna und Regis (Tagebaue und Brikettfabriken), das BV Espenhain

²²² Aus der Sicht der Branchenstruktur bestanden zugleich auch erhebliche Disproportionen zwischen vorhandener Grundstoffgewinnung und nicht vorhandener verarbeitender Chemie (hochveredelte chemische Produkte, Farbstoffe auf Teergrundlage, Parafinverarbeitung, Schwefelsäureproduktion; vgl. Neumann 1972, 248f.).

(Karbochemie), die Werke in Böhlen und Lippendorf (Energiewirtschaft, Karbochemie, Erdölchemie), das 1968 neu erbaute Kraftwerk Thierbach sowie die um die Jahrhundertwende erbauten Brikettfabriken²²³ (siehe Anhang, Karte 2) dominierten die wirtschaftliche Entwicklung bis 1989/90 weiter.

Schon Mitte der 70er Jahre schrieb Lachmann, „Auf welchem Wege der Reisende Leipzig in südlicher Richtung auch immer verlassen mag, unmittelbar hinter der Stadtgrenze sieht er sich in eine gigantische Braunkohlenlandschaft versetzt. Schornsteine und Masten sind stellvertretend für Vegetation. Grün ist sichtlich knapp. Was lässt sich diesem Landstrich abgewinnen?“ fragt er. Seine Antwort lautet: „ein Viertel der Rohbraunkohle unserer Republik und ein Drittel aller Brikett“ werden hier hergestellt (Lachmann 1976, 9). Die Region war zum „wirtschaftlichen Rückgrat“ der DDR-Wirtschaft geworden. Aufgrund der kumulativen Wirkung von großräumigem Abbau, Verarbeitung in technisch und technologisch veralteten Anlagen und Rekultivierungsdefiziten verschlechterten sich neben den Arbeits- auch die Lebensbedingungen seit den 1950er Jahren drastisch.

Südlich von Borna und um Bad Lausick, wo einst der Kohlenabbau der Amtshauptmannschaft begonnen hatte (vgl. Abschnitt 4.1), war die Wirtschaft dagegen wieder zu den ursprünglichen Formen, wie landwirtschaftliche und mittelständische Produktion und Organisation, zurückgekehrt.

Die Gemeindegebietsreform von 1951/52 hatte dieser unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen, indem der Landkreis Borna in den Kohlekreis Borna und den landwirtschaftlichen Kreis Geithain gegliedert wurde.

7.1 Die Entwicklung des Bergbaus in der DDR sowie der Industriestandorte in Espenhain und Böhlen

Im April 1945 marschierten die Amerikaner in den Landkreis Borna ein und legten zunächst fast alle Werke still. Unter Missbilligung der amerikanischen Administration begann dennoch der Wiederaufbau der schwer zerstörten Anlagen (vgl. dazu Zimmermann 1970, 122ff.). Nach dem Abzug der Amerikaner und noch vor dem Einzug der sowjetischen Truppen organisierten im Juli 1945 Arbeitsausschüsse der ASW die Produktion in Espenhain und Böhlen neu. In den kurz darauf stattfindenden Verhandlungen mit den Sowjets drängten sie auf die Erhaltung und den Weiterbetrieb der gesamten Anlagen (vgl. Bischoff u.a. 1997, 60f.). Die russische Militärkommandantur übernahm die Verwaltung der Industriebetriebe der ASW, IG Farben und DEA und unterstützte den Wiederaufbau weitestgehend. Allerdings nicht uneigennützig, denn die Produktion sollte fast ausschließlich der Erbringung von Reparationsleistungen für das eigene Land in Form von Benzin- und Brikettlieferungen u.a. dienen.

Zur Demontage eignete sich ein großer Teil der Braunkohlenverarbeitungsanlagen in der Region aufgrund ihrer Größe ohnehin kaum. Nur die „kleineren“ Schwelwerke in Regis und Deutzen wurden demontiert und in die SU abtransportiert. Die verbliebenen Großbetriebe wurden am 1. Juni 1946 als Kombinate in die Sowjetische Aktiengesellschaft „Brikett“ (SSAGB „Brikett“, Betrieb der Staatlichen Sowjetischen Aktiengesellschaft „Brikett“, im weiteren SAG „Brikett“) eingegliedert. Das ASW Werk in Espenhain wurde gemeinsam mit dem Benzinwerk in Böhlen (ehemals DEA) zum „SAG-Kombinat Espenhain“ vereinigt, wobei keine Änderung des Produktionsprofils erfolgte. Das ASW-Kraftwerk in Böhlen wurde zum „SAG-Kombinat Böhlen“ (vgl. Charakteristik des Kreises Borna 1978, 12ff.).

²²³ Die Brikettfabriken Borna, Neukirchen, Thräna, Witznitz, Lobstädt, Großzössen I und II, Ramsdorf, Deutzen, Regis, Böhlen, Espenhain. Industriekraftwerke befanden sich in Deutzen, Borna, Regis, Großzössen I und II, Lobstädt, Witznitz, Thräna und Neukirchen. Schwelereien in Böhlen und Espenhain; Großkraftwerke in Lippendorf und Thierbach.

Das karbochemische Werk in Espenhain war mit einer Reihe von Mängeln behaftet, geschuldet der Errichtung in Hast und Eile für den ausschließlichen Kriegszweck im Rahmen der Autarkiebestrebungen des Deutschen Reiches (vgl. SAG-Akte 179). Auch die Wiederherstellung der Betriebsteile Tagebau mit der 590-m-Förderbrücke, der Brikettfabriken, Schwelanlagen und Kraftwerke, der Phenosolvananlage, Rohkarbolsäurefabrik, Teer- und Erdölverarbeitung mit den Wasserversorgungsanlagen, den Laboranlagen und Werkstätten erfolgte unter der Leitung sowjetischer Generaldirektoren nur mangelhaft und galt 1948 als „erledigt“. Der Druck zur Einbringung dringend benötigter Versorgungsleistungen ließ es nicht zu, dass alle notwendigen Reparaturen vorgenommen wurden.

Trotz dieser Mängel fuhren die ursprünglich zumindest nicht im vollem Umfang für den Dauerbetrieb vorgesehenen karbochemischen Anlagen in Espenhain bald wieder volle Leistung, so dass im Jahr 1948 die projektierten Produktionsziele wieder erreicht und die Produktion der Kriegsjahre teilweise überboten wurden (vgl. Bischoff u.a. 1997, 61).

Baulich bedingte Mängel und der Verschleiß der Anlagen des Werkes potenzierten sich durch die schlechte Qualität der verwendeten Braunkohle aus dem Tagebau Espenhain. Der zum Werk Espenhain gehörige Tagebau war aufgrund seiner schlechten Kohle ursprünglich nur als Reservetagebau für das Werk in Böhlen geplant gewesen. Bei der späteren Errichtung des Werkes in Espenhain wurden die negativen Untersuchungsergebnisse bewusst in den Hintergrund gedrängt, denn in Vorbereitung des Krieges bestand die Notwendigkeit, auf dem Benzinsektor um jeden Preis eine autarke Position einnehmen zu müssen. Bis 1944 wurde die Espenhainer Kohle jedoch nur im Gemisch mit Böhlener Kohle in den Anlagen verarbeitet, um technische Störungen auszuschließen. Seit 1945 wurde dies jedoch nicht mehr beachtet, mit dem Resultat des schnelleren Verschleißes der Anlagen.

Improvisationen beim Wiederaufbau, die Verwendung geringwertiger Materialien sowie der Einsatz der schlechten Kohle, noch dazu im Vollbetrieb, führten bald zu Störungen und Havarien in den Produktionsbereichen. Schon 1946 trat eine ganze Serie von Störungen in den Brikettfabriken, Schwelereien und Kraftwerken in Espenhain auf, die hauptsächlich auf die ungeeignete Qualität der Espenhainer Kohle sowie die Mängel beim Bau und Neuaufbau zurückzuführen war (enormer Verschleiß, Verschmutzung der Schwelöfen, vgl. SAG-Akte 179).

Trotz dieser Mängel und der generell bestehenden Unrentabilität der Verschmelzung, denn *„es bedarf keiner näheren Erläuterung, dass die Erzeugung synthetischer Treibstoffe unter normalen Verhältnissen mit wirtschaftlichen Argumenten nicht zu begründen ist“* (SAG-Akte 179), weshalb der Industriekomplex Espenhain „einen ausgesprochenen Passivposten“ darstellte, hielt die sowjetische Kommandantur am Wiederaufbau und an der Weiterbetrieung der Anlagen fest.²²⁴ Die Gründe dafür lagen im dringenden Bedarf an karbochemischen Produkten²²⁵, die anders nicht zu beschaffen waren, und wieder einmal *in der in einigen industriell geprägten Kreisen des Landes Sachsen zu diesem Zeitpunkt bestehenden hohen Arbeitslosigkeit*.

Zum 1. Januar 1954 erfolgte die Übergabe des Werkes Espenhain an die DDR (vgl. SAG-Akte 24). Das ASW-Werk wurde zum selbständigen VEB Kombinat Espenhain (Braunkohlenveredelungswerk Espenhain, im weiteren BV Espenhain) und dem Vereinigten Volkseigenen Bereich „Mineralöl/organische Stoffe“ (im weiteren VVB Mineralöl/organische Stoffe) zugeordnet und durchlebte so die Jahre der autarken Karbochemie bis etwa Mitte der 60er Jahre.

²²⁴ Und weiter „... ist nicht zu erwarten, dass die sowjetische Militäradministration ihre auf Reparationskonto übernommenen Werke in Deutschland länger als unbedingt erforderlich zu subventionieren gedenkt“ (SAG-Akte 179).

²²⁵ Zu dieser Zeit lieferten die Werke des BV Espenhain außerdem hochwertiges Exportbenzin und waren damit eine wichtige Devisenquelle für die DDR (vgl. Zimmermann 1970, 315).

Im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes der DDR (1950 bis 1955) flossen umfangreiche Mittel in die Chemieindustrie. In der ersten Hälfte des Fünfjahrplanes wurde die Herstellung von Grundchemiealien gefördert, in der zweiten Hälfte die Treibstoffproduktion. Eine starke Erweiterung erfuhr die Herstellung von synthetischem Gummi und Schmieröl. *Bergbau und Energiewirtschaft erhielten eine starke Förderung, denn nach dem Krieg galt es „vor allem, die Brennstoffindustrie wieder in Gang zu bringen“* (Zimmermann 1970, 133). Weitere Ausfälle bei den Steinkohlenlieferungen infolge der Teilung und Gebietsabtrennungen mussten durch Braunkohle als Brennstoff kompensiert werden. Das bestehende Kohlen- und Energiedefizit war aufgrund der Abkopplung vom Westen aus eigener Kraft, d.h. mit den eigenen Vorräten, auszugleichen, so dass die Braunkohlenförderzahlen seit dem Kriegsende unaufhörlich stiegen (vgl. Barthel 1960; Berkner 1989; Bischoff u.a. 1995; Hönsch 1992).

Die Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahrplanes (1956 bis 1960) bestand ebenfalls darin, „die Brennstoffindustrie, ... und einige Zweige der chemischen Industrie vorrangig vor allen anderen Wirtschaftszweigen auszubauen“ (Gerstner 1969, 33). Die eingeleitete „Chemisierung“ der gesamten Volkswirtschaft der DDR sollte fortgesetzt werden. Innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde vereinbart, dass sich jedes Land auf die Entwicklung solcher Industriezweige konzentrieren sollte, für die es „die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt“ (Neumann 1972, 252f.). *Für die Wirtschaft der DDR bedeutete dies, dass solche Produktionsverfahren bevorzugt werden sollten, welche die Verwendung des einheimischen Rohstoffes Braunkohle gestatteten und den weiteren Ausbau der chemischen Grundstoffindustrie ermöglichten* (u.a. Schwefelsäure, Treibstoff).

Bis Ende der 1950er Jahre wurden in vielen Betrieben der Braunkohlenindustrie Erweiterungen und Ersetzungen alter Anlagenteile vorgenommen, der Schwerpunkt der Investitionen lag aber auf dem Neubau des Großkraftwerkes „Schwarze Pumpe“ in der Lausitz.

Im BV Espenhain erfolgte 1955 die Erweiterung des Kraftwerkes um 100 MW. Die Perspektivplanung von 1957 sah darüber hinaus auch noch den Neubau einer dritten Brikettfabrik sowie eines neuen Schmelzhauses vor. Realisiert werden konnten diese Vorhaben zunächst auf Grund fehlender Finanzen nicht, später sprachen die geänderten wirtschaftspolitischen Ziele dagegen (vgl. VEB-Akte 18, 34 und 260).

Für die Braunkohlenindustrie lässt sich der Wendepunkt auf das Ende der 50er Jahre datieren, denn im Jahr 1958 stellte die Regierung ein Zehnjahresprogramm für die Entwicklung der chemischen Industrie auf. Das Programm sah vor, dass schrittweise von der bisherigen Kohlechemie zur Petrochemie überzugehen sei. Sowjetisches Erdöl sollte allmählich den Einsatz von Braunkohle ablösen. Im Dezember desselben Jahres wurde auf einer RGW-Tagung²²⁶ der Bau einer Erdöl-Pipeline von der SU zur DDR festgelegt. Diese konnte 1962/63 in Betrieb genommen werden und die Umstellung von Kohle auf Erdöl begann.

Die Vorstellung von der „Chemisierung“ der Wirtschaft wurde beibehalten, schloss aber zugleich eine Veränderung der Rohstoffbasis der Chemieindustrie der DDR ein. Die auf Erdölbasis zu erzeugenden moderneren Rohstoffe sollten die Grund- und Werkstoffbasis der verarbeitenden Industrien erweitern und neue „revolutionierende“ Produktionsprozesse ermöglichen, um der Volkswirtschaft der DDR neue Perspektiven zu eröffnen. *Die generelle Beibehaltung der Förderung der Chemieindustrie resultierte aus den dafür günstigen Voraussetzungen in Ostdeutschland: ausgebildete Chemiearbeitern und ein auf den Bedarf der Chemieindustrie spezialisierter Maschinenbau.*

²²⁶ RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; gegr. 1953. Der RGW stellte die wirtschaftliche Vereinigung aller sozialistischen Länder dar.

Im Jahr 1968 wurde im RGW weiterhin vereinbart, schnellstmöglich eine Erdgasleitung zu verlegen, um neben der Chemieindustrie auch der Energiewirtschaft der DDR neue Perspektiven zu eröffnen (vgl. Gerstner 1969, 34f.).

In den 60er Jahren erfolgte damit eine Richtungsänderung in der Rohstoff- und Energiepolitik der RGW-Länder. Die wirtschaftspolitische Linie der SED bestand nun ebenfalls darin, die *Treibstoff- und Energieerzeugung auf Braunkohlenbasis auf ein Minimum zurückzufahren*.

Was den Energiebereich betraf, so sahen zentrale Planungen aus dem Jahr 1969 vor, ab 1980 fast den gesamten Zuwachs an Energie durch Atomstrom zu decken. Im Jahr 1966 ging das erste AKW der DDR in Rheinsberg ans Netz, der Bau des AKW Nord bei Greifswald begann schon kurz darauf. Zwar wurde 1969 ein neues Braunkohlengroßkraftwerk in Thierbach bei Leipzig in Betrieb genommen und ab 1968 der Bau eines weiteren in Boxberg, mit 3.000 Megawatt Leistung das größte Braunkohlenkraftwerk der DDR, begonnen, jedoch sollten diese Kraftwerke im wesentlichen den Übergang zu den Atomkraftwerken sichern. Für die Energiewirtschaft nahm der Bergbau damit auf absehbare Zeit noch eine wichtige Stellung ein. Im nächsten Jahrzehnt wurde Braunkohle auch noch als wichtigster Rohstoff für die Chemie angesehen (vgl. Gerstner 1969, 37f.). Die neue Schwerpunktsetzung schmälerte dennoch die Bedeutung des Braunkohlenbergbaus ganz beträchtlich, so dass die finanziellen Zuwendungen entsprechend absanken, weil andere Wirtschaftsbereiche und Regionen²²⁷ bevorzugt wurden.

Noch gegen Ende der 50er Jahre war der Ersatz der damals dreißig bis vierzig Jahre alten Anlagen und Ausrüstungen der Kohlechemie im Bornaer Revier erwogen worden. Nach der drastischen Senkung der Investitionen für alle Bereiche der Braunkohlenindustrie in den 60er Jahren blieb die Zukunft der Karbochemie in der DDR einige Jahre völlig ungewiss. Die Instandhaltung der technischen und baulichen Anlagen wurde limitiert und das BV Espenhain dem Verschleiß preisgegeben. Der Betrieb zahlte sogar hohe Summen, um aus bestehenden Ersatzteil-Lieferverträgen frei zu kommen. Die neue Entwicklung leitete den Verfall der Anlagen und den Niedergang einiger Bereiche der Braunkohlenwirtschaft ein (vgl. Gerdes, Bischoff u.a. 1997, 59ff.).

Die rechtliche Selbständigkeit des Kombirates endete am 1. Januar 1969. Das BV Espenhain wurde in das neu errichtete Petrochemische Kombinat Schwedt, Betrieb Erdölverarbeitungswerk "Otto Grotewohl" Böhlen, als ein Betriebsteil eingeordnet. Erste Änderungen des Produktionsprofils folgten. An Bedeutung gewann das Werk als Rohstofflieferant für das 1968 fertiggestellte Großkraftwerk Thierbach sowie als Lieferant von Ausgangsprodukten für die Chemische Industrie. Die schrittweise Stilllegung der Anlagen in Espenhain sollte 1975 mit der Stilllegung der älteren Schwelanlagen im Betriebsteil Böhlen²²⁸ beginnen. Ein Beschluss des Ministerrates bezüglich der „Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung über die Einschränkung des Bergbaus im Bezirk Leipzig zur Entlastung des Territoriums“ vom 30.05.1968 legte fest, dass der Großtagebau Böhlen 1972 und der Großtagebau Espenhain 1974 „auslaufen sollten“ (vgl. auch Hofmann, Rink 1993, 68).

Die Erdölkrise machte all diese Planungen zunichte. Etwa ab 1975 erlebte die Braunkohlenchemie innerhalb der DDR-Wirtschaft einen erneuten Aufschwung. Zu diesem Zeitpunkt war die Staatsführung der DDR davon überzeugt, dass es keine Alternative zum einheimischen Rohstoff Braunkohle geben würde, denn das aus der Sowjetunion gelieferte Erdöl konnte aus Kostengründen nicht in den benötigten

²²⁷ In den 1960er Jahren erhielt die Elektronik, zu deren Zentrum sich Dresden entwickelte, in der DDR einen ersten Auftrieb, so dass 1969 beschlossen wurde, die Kennziffern für den Ausbau der Elektronik wesentlich zu erhöhen (vgl. Gerstner 1969, 36f.).

Von den enormen Zuwächsen in der Erdölverarbeitung profitierten Schwedt, Leuna II, Guben, Wolfen, Schwarza, Premnitz und Schwarze Pumpe.

²²⁸ Die 1936/37 in Böhlen von der IG Farben errichteten Schwelanlagen gehörten als Abteilung zum BV Espenhain.

Mengen importiert werden. Die Beschlüsse zur Reduzierung der Förderkapazitäten und zur Stilllegung der karbochemischen Anlagen wurden rückgängig gemacht und erste *„Perspektiven zur Weiterführung des Kohle-Chemie-Energie-Profiles in der Region bis über das Jahr 2000 hinaus“* entwickelt. Ungeachtet der weiterhin mangelhaften Instandhaltung und fehlender Investitionen wurden die Anlagen voll beansprucht. In Espenhain wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Drosselung der Produktion angewiesen.

Ein weiterer wirtschaftlicher Kurswechsel stand in den 80er Jahren mit dem Auf- und Ausbau der Mikroelektronik bevor. Dadurch verstärkte sich die Vernachlässigung solcher Industriezweige wie der Kohlenindustrie erneut. Aus dem BV Espenhain wurden der Tagebau und die Hauptwerkstatt herausgelöst und dem Braunkohlenkombinat Borna (BKK Borna) zugeordnet. Die Produktionsstätten in Böhlen und Espenhain (Brikettfabriken, Industriekraftwerke und Schwelanlagen) unterstanden ab 1.10.1980 per Verordnung dem VEB Gaskombinat "Schwarze Pumpe" als Betriebsteil. Eigentlich wollte kein Kombinat das BV Espenhain übernehmen, denn die erzeugten Produkte mussten stark subventioniert werden, was auf Kosten von Investitionen erfolgte. Die Rohstoffsituation in der DDR ließ aber eine Stilllegung nicht zu, weshalb das Gaskombinat zur Übernahme des maroden Betriebes verpflichtet wurde.

Trotz der Vernachlässigung der Kohleindustrie kam zwischen 1980 und 1983 es zu einer weiteren Erhöhung der Förderung der Rohkohle um 5,1 % und deren Verarbeitung zu Brikett um 4,7 %, zu Energie um 7,3 %, zu Briketteer um 25,9 %, zu Leichtöl um 18,9 % und zu Koks um 21,9 % (vgl. Wort gegeben - Wort gehalten 1984, 4). Die Situation in den Anlagen verschlechterte sich ab diesem Zeitpunkt in rasantem Tempo.

In den 1980er Jahren konnte im BV Espenhain nur noch mit 30 verschiedenen technischen Ausnahmegenehmigungen gearbeitet werden. Die zeitliche Auslastung der 30 Schmelöfen betrug 1961 bis 1963 noch 96,5 %, 1983 nur noch 76 % und sank danach bis auf fast 50 % ab. Der katastrophale Zustand der Anlagen war allgemein bekannt. Selbst existierende Ministerratsbeschlüsse zur Instandsetzung der verschlissenen Anlagen der Hauptproduktionslinien konnten nicht realisiert werden, u.a. weil sich die Leiter der Montagefirmen weigerten, ihre Fachleute den gesundheitlichen Gefahren in Espenhain auszusetzen. Die Konsequenz war, dass in den Folgejahren das Havarie- und Störgeschehen stieg und die Anzahl der Arbeitsunfälle drastisch zunahm, insbesondere in den Schwelereien und Brikettfabriken. Dort wurden für die Jahre 1985/86 bis zu 39,5 Unfälle auf 100 Beschäftigte schriftlich festgehalten (vgl. Gerdes, Bischoff u.a. 1997, 62).

Neben den technischen Anlagen verfielen auch die sozialen Bauten. Dort ließen sich die größten Mängel allerdings leichter durch Neubau und Rekonstruktion beheben. Mit diesen Maßnahmen wurde Mitarbeiterverbundenheit demonstriert. Die notwendige Sanierung der technischen Anlagen wurde durch eine erhöhte Zuwendung im sozialen Bereich sowie entsprechender materieller Zusatzleistungen kompensiert (vgl. Gerdes, Bischoff u.a. 1996, Abschnitt 2.4.3).

Die Kontamination der Luft, des Bodens, der Gewässer und die Zerstörung des Landschaftsbildes, verursacht durch die Betriebe der Braunkohlenindustrie, verdichteten sich in den 80er Jahren zu einem Umweltsyndrom, welches die Lebensqualität in der gesamten Region beeinträchtigte.

Im Mittelpunkt der Kritik seitens der Umwelt- und Bürgerbewegungen stand zwar das Werk Espenhain, aber auch in allen anderen Kohlenbetrieben war die Situation im Wesentlichen keine andere. In den Kraftwerken fehlten noch immer die Entschwefelungsanlagen und die alten Brikettfabriken arbeiteten mit der stark umweltbelastenden Technologie der Jahrhundertwende, wenn auch die eine oder andere Anlage in den letzten Jahrzehnten erneuert worden war. Besonders die Kraftwerke und Brikettfabriken in Deutzen und Regis trugen zur Umweltbelastung bei (Wort gegeben - Wort gehalten 1984, 18f.). Die Erhöhung der Schloten in den Brikettfabriken wurde als Umweltverbesserung abgerechnet (vgl. auch Braunkohlenveredelung in Espenhain 1989, 33). Ein weiteres Problem waren die fehlenden Kläranlagen

in fast allen Betrieben, so dass die Ableitung der giftigen Stoffe immer noch direkt in die Flüsse erfolgte.

7.2 Wechselnde Personalstrategien zwischen Nachkriegszeit und Niedergang der Braunkohlenindustrie

Betrieben wie Espenhain und Böhlen bereitete die Personalgewinnung die größten Schwierigkeiten, da sie an Standorten erbaut worden waren, an welchen, gemessen am angestrebten Produktionsvolumen, weder genügend Arbeitskräfte noch genügend Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren. Der Personalbedarf konnte von Anfang an nur zu einem geringen Teil aus den am Standort verfügbaren Arbeitskräften gedeckt werden. Deshalb hatten die ASW, die IG Farben oder die DEA die bergmännischen Fach- und Führungskräfte aus den schon länger bestehenden Werken an die neuen Standorte delegiert.

Alle einfachen, körperlich belastenden und gesundheitsschädigenden Arbeiten verrichteten bis 1945 Zwangsarbeiter als Dienstverpflichtete oder Kriegsgefangene (vgl. z.B. ASW-Akte 112 und 165 für Espenhain; Abschnitt 6.4.2). Hinzu kamen aus anderen Wirtschaftsbereichen abgeworbene bzw. befristet versetzte Arbeitskräfte mittelständischer Betriebe (vgl. Abschnitt 6.4.1). In den Brikettfabriken der Region bestand in den Kriegsjahren eine ähnlich unbefriedigende Personalsituation.

Die nach 1945 erfolgende Abwanderung der Zwangsarbeiter in ihre Heimatländer bzw. Heimatregionen verschärfte die ohnehin schon bestehende prekäre Beschäftigungssituation in den Industriebetrieben. Auch die vergleichsweise geringe Anzahl an Stammarbeitern hatte sich durch den Kriegsdienst und durch die Gefangenschaft deutscher Männer weiter reduziert.

Außerdem hatte nahezu der gesamte Angestelltenkörper, die Direktionen und ein großer Teil der einfachen Belegschaftsmitglieder der NSDAP angehört, so dass die sowjetische Militärverwaltung deren Weiterbeschäftigung ablehnend gegenüberstand und diese daraufhin die Betriebe und die Region verließen. Trotz aller Bemühungen der Entnazifizierungsstellen war eine Ersetzung insbesondere der Spezialisten infolge des Fehlens von geeigneten „antifaschistisch“ orientierten bergbaulichen Fachkräften aber nur in beschränktem Maße durchzuführen²²⁹ (vgl. SAG-Akte 179). Ohne die Einbeziehung des alten ingenieur-technischen Personal ging der Aufbau zunächst jedoch nur schleppend voran, so dass letztendlich doch auf die früheren Mitarbeiter zurückgegriffen werden musste. Diese entzogen sich nun jedoch häufig der sozialistischen Neuorganisation der Produktion, d.h. den Enteignungen und Verstaatlichungen der Großbetriebe seitens der sowjetischen Behörden, durch Abwanderungen in den Westen Deutschlands (vgl. 10 Jahre VEB Kombinat Espenhain 1960, 11).

Im Brabag-Werk Böhlen musste im Jahr 1950 ein Meister zum Betriebsdirektor ernannt werden, nachdem eine ganze Reihe von Akademikern das Werk Richtung „Westen“ verlassen hatten. Das erste Mal war damit ein Nichtakademiker, der nicht einmal einen ingenieurtechnischen Abschluss besaß, Betriebsleiter des Chemiewerkes Böhlen geworden und damit „in den Kreis der bis dahin unnahbaren Akademiker“ eingedrungen (vgl. Zimmermann 1970, 166).²³⁰ Im Jahr 1954 wurde im BV Espenhain ein 27-jähriger Fachschulingenieur nach nur zwei Jahren Betriebspraxis zum stellvertretenden Betriebsleiter berufen, denn es war „kaum schulisch hoch gebildetes Personal vorhanden“, so dass „Absolventen der Technischule wurden regelrecht aufgesogen“ (vgl. Interview, Seminar Prof. Wilsdorf).

Die sozialistische Propaganda versicherte, den nationalistisch-elitären Bergbaubereich für alle Schichten

²²⁹ Auch auf der 2. Zonenkonferenz der Kohlenindustrie in Leipzig wurde der Mangel an qualifizierten Facharbeitern als besonderes Problem angesprochen (vgl. Sobottka 1948, 13).

²³⁰ Dies wurde als eklatanter Bruch mit den bis dahin bestehenden elitären Strukturen im Bergbau angesehen.

zu öffnen, denn „Ingenieur (im Bergbau) zu werden ist nicht mehr das Vorrecht der Reichen. Es ist das Recht aller Kumpel und unsere Besten schicken wir auf die Berg-Akademie“ (Der Jungbergmann 1951, 23). Derartige Personalbesetzungen lösten jedoch weitere Abwanderungen aus, denn kein Bergbau-Ingenieur war bereit, sich von einem einfachen Arbeiter Anweisungen geben zu lassen.

Tabelle 46: Arbeiter und Angestellte in den Großbetrieben in Espenhain und Böhlen

Jahr	1945	1946	1948	1950	1955	1961	1963	1977	1979	1980*	1985	1988	1989
BVE	7.216	7.506	7.936	8.418	8.105	8.165	8.036	8.468	8.621	5.519	6.084	6.103	5.845
Böhlen	-	5.430	7.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: ASW-, Akte 30; SAG-, Akte 179; VEB-, Akte 102, 252, 260, 261.
 * ab 1.1.1980 gehörten Tagebau und Hauptwerkstatt mit ca. 3.000 Mitarbeitern zum BKK Borna.

Im Mai 1945 meldeten sich im BV Espenhain etwa 400 von den ursprünglich ca. 2.200 Stammarbeitern zur Arbeit zurück. Im Böhleener Kraftwerk waren 700 der ca. 2.000 Stammarbeiter von Anfang an am Aufbau des Betriebes beteiligt. Bereits Ende des Jahres 1945 hatten die Belegschaftsstärken in beiden Großbetrieben ihren ursprünglichen Umfang wieder erreicht (siehe Tabelle 46). Dabei bestand die Belegschaft der Böhleener Werke am 1. Januar 1946 zu ca. 35 % aus Stammarbeitern, zu 55 % aus neu „eingegliederten“ Arbeitskräften und zu 10 % aus Frauen. Im Gaswerk Böhlen wurde faktisch eine neue Belegschaft geschaffen und angelernt.

Um die wirtschaftlich notwendige, volle Auslastung der Anlagen zu bewerkstelligen, *war die Personalfrage in den Großunternehmen in einem enorm kurzen Zeitraum gelöst worden, wobei die Besetzung der Anlagen auf unterschiedlichen Wegen realisiert wurde.*

7.2.1 Wanderungen und soziale Umschichtungen in der Nachkriegszeit

Die Belegschaften der Großbetriebe wurden sofort nach dem Beschluss zur Weiterbetriebsung der Anlagen in anderen Gebieten Sachsens angeworben oder von dort zugewiesen (Erzgebirge, Sächsische Schweiz), weil das Arbeitsamt Leipzig nicht in der Lage war, genügend geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die dort wieder einmal herrschende *höhere Arbeitslosigkeit beförderte neben den in Aussicht gestellten umfangreichen Sozialleistungen der Betriebe der Braunkohlenwirtschaft deren Zuwanderung. Mit der Ansiedlung von Arbeitskräften aus einem eher traditionslosen Arbeitermilieu*²³¹ *verband sich nach 1945 ein weiteres Mal die Absicht, einen staatstreuen Geist in den Unternehmen zu installieren.* Neue, politisch unbelastete Leute sollten in die Schlüsselpositionen der Industriebetriebe aufrücken, den Brabag-Geist brechen und die ideologische Stimmung zugunsten der sozialistischen Machthaber beeinflussen (vgl. Hofmann, Rink 1993, 66f.).

Eine wichtige Gruppe der neuen Belegschaften bildeten die Umsiedler, die bis Anfang der 50er Jahre zuzogen und von denen eine große Zahl heimisch wurde. Der Landkreis Borna stellte im Hinblick auf die zugewiesenen Umsiedler in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit dar, sowohl was die *Struktur dieser Umsiedler* als auch was deren *Unterbringung* anging (siehe Tabelle 47, 48 und 50).

Zum einen war der hohe Anteil männlicher Umsiedler auffällig. Mit deren Zuweisung in den Landkreis Borna wurde auf den enormen Bedarf der Industriebetriebe reagiert. Der Landkreis Borna hatte mit 38,2 Prozent den geringsten Anteil an weiblichen Umsiedlern in Sachsen überhaupt (siehe Tabellen 47 bis 49).

²³¹ Wieder wurden vorzugsweise die Arbeiter aus der kaum organisierten Textilindustrie und die Arbeiter der Steinkohlenwerke angeworben.

Zum anderen fällt auf, dass der Umfang der Zuweisungen sehr hoch war, der Anteil an Fachpersonal zugleich aber ausgesprochen niedrig lag (siehe Tabelle 47).

Die sowjetische Besatzungsmacht und die sächsischen zivilen Organe hatten darauf orientiert schnellstmöglich sudetendeutsche und schlesische Bergarbeiter in den Kohlenrevieren Sachsens einzusetzen. Das Landesarbeitsamt Sachsen konnte im Dezember 1946 erwirken, dass alle Bergarbeiter der aus Schlesien kommenden „Transporte“ im Übergangsbahnhof Forst erfasst und in das Land Sachsen gelenkt wurden (vgl. Jahn 1996, 314f.). Von dieser Regelung profitierte der Landkreis Borna mit der dort ansässigen Braunkohlenindustrie jedoch kaum, denn nur knapp 1,1 % der 126.727 nach Sachsen gelenkten Spezialisten und Fachleute wurden in den Kreis vermittelt. Auch im Landkreis Leipzig mit dem Standort Böhlen und dem Großtagebau Zwenkau betrug der Anteil dieser Gruppe weniger als ein Prozent. Weitaus häufiger erfolgte deren Vermittlung dagegen in die Steinkohlenreviere (siehe Tabelle 47). Im Vergleich zu den vom Braunkohlenabbau geprägten mitteldeutschen Landkreisen wurden zwar weitaus weniger Umsiedler in andere Kreise vermittelt, der Anteil an Fachpersonal lag aber zugleich wesentlich höher. Ein Vergleich zwischen Aue und Borna, d.h. einem Stein- und einem Braunkohlenbergbaug Gebiet, macht diese Unterschiede in der Struktur der zugeführten Arbeiter deutlich. Der Landkreis Aue erhielt fast 5.500 Spezialisten und Facharbeiter, der Landkreis Borna nur knapp 1.400, obwohl dorthin mehr als die doppelte Anzahl an Zuweisungen erfolgt war (siehe Tabelle 47).

Somit gelangte also eine deutlich höhere Anzahl gering qualifizierter männlicher Arbeiter in die Region. Diese sollten die bisher von den Zwangsarbeitern verrichteten, schweren und gesundheitsschädigenden Arbeiten in der personalintensiven Kohlenindustrie, insbesondere in den Benzingewinnungsanlagen, übernehmen.

Tabelle 47: Struktur der Umsiedler, Stichtag 31. März 1949

	Umsiedler	Anteil der Kreise in %	dar. Frauen in %	dar. Kinder in %	dar. Facharbeiter, Spezialisten in %
Sachsen	983.232		45,9	21,0	12,9
Landkreise gesamt	811.537		45,4	25,5	5,7
Pirna	42.241	4,3	45,9	24,6	11,6
Grimma	35.437	3,6	45,7	26,8	2,2
Borna	34.924	3,5	38,2	23,6	4,0
Leipzig	32.132	3,3	45,5	26,9	3,5
Glauchau	31.057	3,2	47,1	27,9	4,5
Freiberg	26.976	2,7	45,0	25,3	17,0
Aue	16.786	1,7	39,0	24,8	31,6
Annaberg	15.350	1,6	38,4	21,5	5,7
Hoyerswerda	13.443	1,4	44,8	23,8	7,8

Quelle: Eichfeld 1977, 335

Der bereits vor 1945 sichtbare Trend, vor allem Männer anzusiedeln, deren berufliche Qualifikation und berufliche Erfahrungen nur gering waren und deshalb kaum eine Rolle spielten, setzte sich also auch nach 1945 weiter fort. *Im Vordergrund der Ansiedlungspolitik stand generell ein rein quantitativer Aspekt, d.h. die große Zahl der wenig anspruchsvollen Arbeitsplätze in der Großindustrie zu besetzen.*

Die aus der Tabelle 47 gleichfalls ersichtlichen umfangreichen Zuwanderungen in die Sächsische Schweiz (Landkreis Pirna) waren weniger dem dortigen Bedarf an Arbeitskräften geschuldet, sondern ergaben sich aus der Nähe zu Böhmen. Viele Umsiedler waren zunächst auf deutsches Territorium in die grenznahen Gebiete geflüchtet, wurden aber zu einem späteren Zeitpunkt in das Landesinnere gelenkt.

Auch in Borna trafen immer wieder Arbeiter aus dem Erzgebirge und der Sächsischen Schweiz ein. Im Nachhinein ist deshalb schwer festzustellen, inwieweit es sich bei den durch die Arbeitsämter vermittelten Personen um eingesessene Einwohner handelte oder eben um die aus den Ostgebieten zugewanderten Umsiedler.

Was nun die örtliche Verteilung der zugewiesenen Arbeiter oder Arbeiterfamilien betraf, so wurden die bauerlichen Gemeinden häufiger und stärker von den Einquartierungen betroffen als die Industriedörfer. Während dort die Arbeiter selbst in eher kleinen Wohnungen lebten und die alten Bauernhöfe oder Villen schon lange zu Wohnungen umgebaut worden waren und von den Arbeiter- und Beamtenfamilien bewohnt wurden (vgl. Kapitel 5 und 6), existierten in den Bauerndörfern noch große geräumige Häuser. Zu jedem Hof gehörten Nebengelasse und Ställe, die zur Not bewohnbar waren. Auch die noch vorhandenen Gutshöfe und Herrschaftshäuser boten reichlich Platz für die Umsiedler.

Tabelle 48: Anteil der Umsiedler in ausgewählten Ortschaften des Kreises Borna, 1945

Industr. zone	Gemeinde	Umsiedler			
		Gesamt	in % der Wohnbevölkerung	dar. Männer	Männer in % der Umsiedler
I	Ramsdorf	98	9,3	42	42,8
	Lobstädt	485	21,8	185	38,1
	Größzössen	151	11,7	57	37,7
I/II	Neukieritzsch	217	6,8	75	34,6
II/III	Böhlen	210	3,8	79	37,6
I-III	Borna	1.400	11,4	500	35,7
	Deutzen	240	7,7	95	39,6
I/III	Regis	446	12,7	146	32,7
III	Espenhain	32	2,5	20	62,5
	Kitzsch	446	13,4	170	38,1
Dörfer	Oellschütz	30	42,2	10	33,3
	Oelzschau	276	39,3	105	38,0
	Stockheim	44	62,0	17	38,6
	Stönzsch	163	26,3	63	38,6
	Trages	146	58,4	53	36,3
	Dittmannsdorf	93	26,0	39	37,6
	Altengroitzsch	99	57,7	35	39,4
	Landkreis Borna	14.629	13,3	5.391	36,8

Quelle: Z.Sächs.Stat.LA 1946, Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Bundesland Sachsen, 5 und 26ff.

Die Herrschaftshäuser und Villen wurden kurzerhand enteignet und umgenutzt und bei den Bauern Zwangseinquartierungen vorgenommen. In nicht wenigen Dörfern betrug die Anzahl der Umsiedler mehr als die Hälfte der ursprünglichen Dorfbevölkerung (siehe Tabelle 48). Obwohl fast jedes Bauerngut Umsiedler aufnehmen musste, standen diese nicht für Arbeiten in der Landwirtschaft zur Verfügung, sondern arbeiteten in den nahe gelegenen Industriebetrieben. *Somit verteilte sich die Arbeiterschaft bald über eine große Zahl von Landgemeinden und veränderte auch deren Bevölkerungsstruktur, denn viele blieben in den Kohlenbetrieben und wurden zugleich in den Dörfern ansässig* (siehe Tabelle 48 und 49).

Eine Ausnahme bildete in diesem Punkt der Arbeiterwohnort Lobstädt. Der älteste der Brikettierstandorte konnte nach 1945 mehr Umsiedler aufnehmen als die anderen Industriegemeinden, weil es dort in der letzten Industrialisierungsphase, d.h. zwischen 1933 und 1945, bereits wieder zu ersten

Bevölkerungsrückgängen gekommen war. Espenhain, Deutzen, Böhlen oder andere Industriearbeiterwohnorte waren dagegen zwischen 1933 und 1945 so enorm gewachsen, dass sie nicht in der Lage waren, weiterhin in diesem Umfang Umsiedler zu integrieren. In vielen Industriegemeinden lag der Anteil an zugewiesenen Männern über dem Kreisdurchschnitt (siehe Tabelle 48 und 49). An einigen Arbeiterwohnstandorten wurden dennoch mehr Frauen eingewiesen, womit vermutlich ein Geschlechterausgleich angestrebt wurde, um die Sesshaftigkeit der Arbeiterschaft zu befördern und deren spätere Reproduktion abzusichern.

Tabelle 49: Gesamtbevölkerung (a) und Anteil der männlichen Bevölkerung in Prozent (b)

Zone	Gemeinde		1945*	1964	1990	Zone	Gemeinde		1945*	1964	1990
I	Ramsdorf	a	1.052	981	997	I/III	Regis	a	3.816	5.502	3.923
		b	43,7	45,5	49,1			b	44,7	48,8	48,7
	Lobstädt	a	2.222	2.495	1.689		Großzössen	a	1.287 !	1.145	6.622
		b	45,5	48,5	48,0			b	61,1!	51,3	46,6
	Breunsdorf	a	625	545	123	III	Espenhain	a	1.267	1.560	1.545
		b	43,0	50,8	-			b	66,6 !	53,6	52,7
II/III	Böhlen	a	5.422 !	7.852	6.622		Thierbach	a	293	419	-
		b	48,6	47,9	46,6			b	43,7	46,8	-
	Lippendorf	a	461	665	565		Mölbis	a	950	665	354
		b	47,3	48,9	63,0			b	46,6	48,9	46,6
I-III	Borna	a	15.930	19.979	23.128		Kitzscher	a	3.285 !	4.290	7.993
		b	42,9	46,1	47,5			b	46,0	48,0	52,9
	Neukieritzsch	a	3.181	3.764	4.180		Landkreis gesamt	a	110.114	94.404	83.237
		b	44,8	49,2	48,4			b	43,7	47,3	48,8
	Deutzen	a	3.104	3.782	2.770						
		b	45,7	49,2	49,1						

Quelle: Z.Sächs.Stat.La 1945, Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Bundesland Sachsen 1945; Verzeichnis der Gemeinden und Ortsteile der DDR, Volks- und Berufszählung 1964; Stat. LA Kamenz.
* ohne Umsiedler

Für die Umsiedler stand einerseits mehr abgeschlossener Wohnraum zur Verfügung als in anderen Kreisen, andererseits offenbarte der ebenfalls überdurchschnittlich hohe Anteil an Barackenunterbringungen zugleich eine extreme Wohnraum-Unterversorgung (siehe Tabelle 50).

Die günstige Situation hinsichtlich des abgeschlossenen Wohnraumes ergab sich, weil die seit der Jahrhundertwende bestehenden Brikettfabriken durch den staatlich bzw. kommunal oder genossenschaftlich gestützten Wohnungsbau auf eine große Anzahl an Wohnungen bzw. auf relativ annehmbare Arbeiterwohnunterkünfte zurückgreifen konnten. Da seit Ende der 1920er Jahre die Zahl der in den Brikettfabriken benötigten Arbeiter zurück gegangen war und die Stammarbeiter weitgehend mit Wohnraum versorgt waren, konnten die vorhandenen Wohnungen und Zimmer den Arbeitern, vor allem Facharbeitern und Spezialisten aus anderen Betriebe zur Verfügung gestellt werden (siehe Tabelle 50).

Auf der anderen Seite mussten verhältnismäßig viele Arbeiter in den Baracken der ehemaligen Zwangsarbeiter wohnen, weil der geplante umfangreiche Bau von Großsiedlungen für die Arbeiter und Angestellten der nach 1935 entstandenen Benzinwerke nicht in gleichem Maße gefördert werden konnte

wie der Aufbau der Produktionsstätten und so ein enormes Defizit an Wohnungen bestand.²³² In den Planungen der Nationalsozialisten war der Betrieb der meisten Anlagen zudem nicht in diesem Umfang bzw. auf Dauer vorgesehen und der Wohnungsbau an diesen Vorgaben ausgerichtet. Für die nur vorübergehend, d.h. bis zum angestrebten „Endsieg“ in den Industriebetrieben der IG Farben, der DEA und der ASW beschäftigten Zwangsarbeiter wurde jedoch keine andere Art der Unterbringung als erforderlich betrachtet.

Tabelle 50: Verfügbarer Wohnraum für Umsiedler

	Unterbringung der Umsiedler in %:			
	eigene Wohnung	Untermiete	Wohnbaracke	Notunterkunft
Land Sachsen	29,0	67,7	2,8	0,4
ausgewählte Landkreise:				
Grimma	3,6	96,4	-	-
Borna	28,5	55,8	15,4	0,3
Leipzig	16,9	74,5	8,6	-
Hoyerswerda	40,9	55,5	3,6	-
Freiberg	29,6	64,7	4,1	0,6
Glauchau	25,7	69,3	4,4	0,4

Quelle: Eichfeld 1977, 334

Obwohl versucht wurde, ausschließlich männliche Arbeitskräfte in diese Baracken einzuweisen, bestand auch für einen Teil der Umsiedlerfamilien keine andere Möglichkeit als in den Mannschaftsunterkünften zu wohnen. Aber nicht einmal diese Unterbringung konnte für alle gewährleistet werden, so dass der Betriebsarzt des Werkes Espenhain seinerzeit forderte, „nach Möglichkeit schnell diese Baracke vollenden zu lassen; zumindest soweit fertig zu stellen, dass wenigstens einige Arbeiter und ihre Familien die Baracke beziehen können, die als Flüchtlinge oder Heimkehrer bisher noch ohne Unterkunft sind“ (SAG-Akte 179).

Bis in die Mitte der 1950er Jahre ziehen sich die Korrekturwanderungen im Nachgang des Krieges hin. Es kommt immer wieder zu Zuweisungen in die Region, so dass die Einwohnerzahl des Kreises Borna zwischen 1946 und 1956 bei mehr als 100.000 Personen lag (siehe Tabelle 55). Sowohl während dieser Zuwanderungen als auch nach deren Ende überschritt die Einwohnerzahl des Kreises Borna die Grenze von 100.000 nicht.

Da die Umsiedler oder auch Arbeiterfamilien aus anderen Regionen im Kreis sesshaft werden sollten, um in den Industriebetrieben die Bildung neuer, sozialistischer Stammbelegschaften zu ermöglichen, damit eine gewisse Kontinuität der Produktion gewährleisten zu können, dann mussten umfangreiche Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus oder beim Bau von Wohnheimen getätigt werden (vgl. Abschnitt 7.3.1).

²³² Nur etwa 2.500 der insgesamt etwa 15.000 Arbeiter (mit Bau und Tagebau) wohnten 1947 in den werkseigenen Siedlungen in Kitzscher, Espenhain, Magdeborn und Borna/Birkenhain. Der Rest von 80 % kam aus anderen Barackenlagern oder aus werkseigenen Orten und Städten und benötigte täglich drei bis vier Stunden für beide Arbeitswege (vgl. SAG-Akte 179). Die Unterbringung der Belegschafter mit Familien des BV Espenhain 1950: in werkseigenen Wohnungen 377, in BWG-Wohnungen 927, in LSG-Wohnungen 232, in gemieteten Häusern 5, Wohnungssuchende laut Antrag: etwa 600 Arbeiter.

7.2.2 Frauen in den Unternehmen der Braunkohlenindustrie

Was bis 1945 nicht denkbar war, wurde schon bald zu einer Normalität: Frauen arbeiteten in allen Industriebetrieben, auch in den Produktionsbereichen der Braunkohlenverarbeitungsbetriebe und im Übertagebetrieb beim Abbau.

Infolge des Krieges war der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung des Kreises deutlich angestiegen. Allerdings gab es in den Nachkriegsjahren große Schwankungen im Hinblick auf die Anzahl der Arbeiterinnen. Wegen der Besserstellung in der Versorgung versuchten viele der nunmehr alleinstehenden Frauen und Mütter im Braunkohlenbergbau zu arbeiten. Häufig stellte sich jedoch heraus, dass sie der schweren körperlichen Arbeit nicht gewachsen waren, so dass sie die Arbeit bald wieder aufgeben mussten.

Ihr „beruflicher“ Einsatz konzentrierte sich in der Kohlenindustrie weitestgehend auf die Verrichtung unqualifizierter Haldenarbeiten (vgl. Eichfeld 1977, 180), denn die Mehrheit der Frauen hatte keinen Beruf erlernt und verfügte auch über keinerlei Berufserfahrungen. Die qualifizierten Stellen waren daher immer noch den Männern vorbehalten.

Zwischen 1946 und 1949 wurde das Anlernverfahren zum dominierenden Weg der Eingliederung der Frauen in alle industriellen Arbeitsbereiche. Der Status „angelernte Arbeiterin“ stellte die für Frauen typische „Qualifikation“ dar. Frauen mussten sehr schnell ein Minimum an Kenntnissen erwerben, um den Arbeitsplatz eines Mannes ausfüllen zu können, und sie nahmen zunächst auch nur zeitweilig, aufgrund des Mangels an männlichen Arbeitskräften, am Arbeitsprozess teil. „Die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges ließen keine langsame Gewinnung der Frau für ihre Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion zu und verlangten den Einsatz von Frauen auch in bisher männertypischen Industriezweigen“, wie dem Braunkohlenbergbau (vgl. Eichfeld 1988, 118).

Auch bei den ersten beruflichen Schulungen von Frauen handelte es sich häufig um Qualifizierungen auf niedrigem Niveau. Zwischen 1946 und 1949 legten nur 4 % der sich im Bereich „Bergbau“ qualifizierenden Frauen einen Facharbeiterbrief ab. Nach der Teilnahme an einer „Ausbildung“ konnte das Arbeitsamt allerdings den Zwang zur Arbeitsplatzverpflichtung ausüben, so dass die Frauen auch ohne ihre Einwilligung dauerhaft in den Produktionsprozess integriert werden konnten (vgl. Eichfeld 1977, 257).

Zu dieser Zeit ergänzten sich die wirtschaftliche Notwendigkeit und die offizielle gesellschaftliche Zielstellung des Sozialismus, welche eine gleichberechtigte, d.h. die volle Beteiligung der Frauen an der gesellschaftlichen Arbeit vorsah. Bereits Ende März 1946 erarbeitete die deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der sowjetisch besetzten Zone eine Rundverfügung für alle Landes- und Provinzialverwaltungen zur schrittweisen Einführung sozialer Maßnahmen für berufstätige Frauen mit Kindern.²³³ Diese Maßnahmen trugen dazu bei, die unerwünschten Fluktuationen von Frauen und Müttern in den Schwerpunktbetrieben spürbar zu senken.

Damit die Frauen „rund um die Uhr“ für den sozialistischen Großbetrieb zur Verfügung stehen konnten, wurden zudem Kindervollheime und Kinderwohnheime in enteigneten Schlössern oder Gaststätten eingerichtet. Im Jahr 1949 gab es in Sachsen 114 Dauerheime für Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahre (vgl. Eichfeld 1977, 293ff.), wo vor allem Frauen aus den industriellen Produktionsbetrieben ihre Kinder unterbringen konnten bzw. sollten.

²³³ Vorgeschlagen wurden Frauenwohnheime in Werksnähe mit Gemeinschaftseinrichtungen, Werkskrippen mit Stillstuben, Kindergärten, Kinderhorten in Schulen, Näh- und Flickstuben, Reparaturwerkstätten, Waschküchen, Kantinenessen für Mütter und Kinder, der Haushaltstag, Berufstätigenausweis, bei dessen Vorlage bevorzugte Abfertigung und zurücklegen von Mangelware, Erholungsverschickung, Krankenbetreuung, Spätsprechstunden beim Arzt (vgl. Eichfeld 1977, 293f.)

In den Sommermonaten des Jahres 1948 hatte die Beschäftigung von Frauen einen Höhepunkt erreicht. Zwischen September 1948 und Juni 1949 kehrten viele Kriegsgefangene zurück, weshalb wieder weniger Frauen und fast gar keine weiblichen Jugendlichen mehr in den Industriebetrieben beschäftigt wurden (vgl. Eichfeld 1977, 184). Dies entsprach jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht immer den Interessen der arbeitenden Frauen, weil sie sich inzwischen an die Berufstätigkeit gewöhnt hatten oder dem Betrieb verbunden fühlten²³⁴, weil sie es nicht mehr gewohnt waren, einfach nur Hausfrau zu sein oder einfach, weil sie auch weiterhin dazu gezwungen waren, Geld zu verdienen.

Da die Frauen jedoch in diesen Jahren vor allem Arbeitsplätze eingenommen hatten, die selten von den heimkehrenden Männern beansprucht wurden, der Bedarf an Arbeitern gleichzeitig weiter stieg, konnten viele Frauen in den Betrieben bleiben bzw. bald wieder zurückkehren.

Etwa 1949 begann die gleichberechtigte Berufsausbildung von Männern und Frauen in gewerblichen bzw. Industrieberufen. Damit auch Frauen auf „bessere“ Arbeitsplätze gelangen konnten, wurden sie für eine bestimmte Berufsstruktur qualifiziert (vgl. Eichfeld 1977, 249ff.). Im gleichen Jahr eröffnete in Espenhain auch die erste Frauenklasse zur 18-monatigen Schlosserausbildung. Im gesamten Betrieb Espenhain und Böhlen wurden in den Produktionsbereichen Frauenbrigaden gebildet (vgl. Zimmermann 1970, 193ff.).

Die Bereiche der karbochemischen Industrie wurden dabei als generell ungeeignet für (junge) Arbeiterinnen eingestuft. Für Frauen sollte eine Tätigkeit dort erst dann möglich sein, wenn umfangreiche technische Veränderungen im Produktionsablauf einen besseren Gesundheitsschutz boten. Dies wurde zwar nicht realisiert, denn bis zur Stilllegung arbeiteten die meisten Anlagen der Karbochemie in Borna ohne technologische Veränderungen, d.h. wie sie einst erbaut worden waren, dennoch konnte auch in diesen Bereichen, besonders nach der „Renaissance der Braunkohle“ in den 1970er Jahren, auf Arbeiterinnen nicht mehr verzichtet werden.

Mitte der 70er Jahre war zwar die Facharbeiterin zur typischen Erscheinung in der sozialistischen Produktion geworden, tatsächlich bedingte aber der Stand der materiell-technischen Ausrüstung der Betriebe immer noch einen unterschiedlichen Einsatz der Männer und Frauen - jetzt allerdings bei gleicher Qualifikation (vgl. Eichfeld 1988, 118). Bis Ende der 1980er Jahre übernahmen die Facharbeiterinnen die meisten Hilfsarbeiten in den Produktionsbereichen der Kohlenbetriebe, sie besetzten häufig die Nischenarbeitsplätze und versahen die Routinearbeiten (vgl. Minx 1993, 59ff.).

Seit den 70er Jahren hatten sich die männerdominierten Bereiche den Frauen stärker geöffnet, weil permanent Personalengpässe den Ablauf der Produktion gefährdeten. Im Werk Espenhain waren in der zweiten Hälfte der 80er Jahre fast 35 % der Belegschaft Frauen. Dem gleichzeitig festzustellenden Rückzug der Männer aus den Großbetrieben der Region lag die zunehmend geringere Attraktivität der Arbeit in den verschlissenen und technologisch veralteten Anlagen zugrunde, „*Maschinist für Kraftwerksanlagen oder Brikettierung wollte keiner mehr lernen*“, so dass man dort, wo Männer nicht mehr arbeiten wollten, Frauen arbeiten ließ.²³⁵ Andere Wirtschaftsbereiche blieben dagegen weiterhin männerdominiert, obwohl die Arbeit dort weniger schwer und gefährlich war. Selbst in den viel später errichteten Betrieben der Kohlen-, Energie- und Chemieindustrie in der Lausitz war die Beteiligung von

²³⁴ Die Frauen hatten sich am Aufbau der Kombinate beteiligt. Sie hatten an Schippaktionen und Planierungsarbeiten teilgenommen und sie hatten die Produktion wieder „zum Laufen“ gebracht, so dass sie ihre Arbeitsplätze nicht einfach den Männern überlassen wollten (vgl. Zimmermann 1970, 193ff.).

²³⁵ In einer Studie des Zentralinstitutes für Jugendforschung zur Mobilität der Landarbeiterjugend aus dem Jahr 1982 waren von den 263 Befragten aus den Bereichen Bergbau/Energie und Chemie etwa 40 % junge Frauen.

Frauen nicht so hoch wie in den alten Anlagen der Bornaer Betriebe.²³⁶

Im Landkreis Borna nahmen die erwerbsfähigen Frauen 1975, 1981 und 1984 zu 84 %, 90 % bzw. 91 % am Erwerbsleben teil. Dabei erreichte die Beschäftigung sechs Prozent mehr als im gesamten Bezirk Leipzig, was sowohl auf die spezifischen Belange der Kohlenbetriebe (Schichtdienst) als auch des Handwerks zurückzuführen ist.

*Trotz der stetigen Zunahme der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben blieb ihr Anteil an den Industriebeschäftigten unter dem Anteil der Industriearbeiterinnen in den anderen Leipziger Kreisen.*²³⁷

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen war im industriell geprägten Kohlekreis Borna jedoch generell höher als in den anderen Kreisen, so dass auch deren absoluter Beschäftigtenumfang in der Industrie vergleichsweise höher war als in den anderen Kreisen.

Auffallend hoch war zugleich der Anteil der Frauen im produzierenden Handwerk. Dort gab es fünf bis sechs Prozent mehr weibliche Beschäftigte als im Bezirksdurchschnitt. Das lag daran, dass auch Mädchen nach der Schule einen technischen Beruf in den Lehrlingsschulen der Industriebetriebe erlernten, diesen dann aber nicht mehr im Großbetrieb ausüben konnten oder wollten. Die kleineren Handwerksbetriebe wiederum mussten häufiger auf Facharbeiterinnen zurückgreifen, weil die Männer des besseren Verdienstes wegen in die Industrie gingen. Auch in Verkehr, Post, Fernmeldewesen und Handel war der Grad der Frauenbeschäftigung höher als in den anderen Landkreisen (vgl. Stat. Material über die Entwicklung wichtiger Kennziffern 1985). *In der Großindustrie wurden vorzugsweise Männer beschäftigt, so dass andere Wirtschaftsabteilungen in stärkerem Maße auf Frauen zurückgreifen mussten.*

7.2.3 Der Aufbau neuer Industriezentren in den 1950er bis 1970er Jahren – die staatlich gelenkte Abwanderung von Facharbeitern

Die Wanderungsströme hatten sich auch in der DDR im wesentlichen immer am Arbeitskräftebedarf der Industrie ausgerichtet, d.h. die individuellen Möglichkeiten an den objektiven Bedingungen. Sowohl die Korrekturwanderungen in den 40er und 50er Jahren als auch die Wanderungen in den 50er und 60er Jahren waren planmäßig gelenkte Wanderungen von Industriearbeitern aus vorhandenen industriellen Kernen in Gebiete, in denen Großbetriebe der entsprechenden Zweige bereits bestanden bzw. neu errichtet wurden. So wurden im strukturschwachen Lausitzer Raum zwischen 1950 und 1970 gleich mehrere Großprojekte realisiert. Später erfolgte die Verlagerung der Industrie weiter nach Norden mit dem Ziel der Auflockerung der alten Industrieräume und der Schaffung neuer industrieller Ballungen.

Die Einbeziehung immer neuer, bisher nicht betroffener Regionen in den Prozess der sozialistischen Industrialisierung führte zu Wanderungsströmen, die ein weiteres Mal einen neuartigen Verlauf nahmen.

In den Jahren bis 1956/57 profitierten die Zentren der Großproduktion in der Grundstoffindustrie (Braunkohlenbergbau und Energiewirtschaft) in den Kreisen Senftenberg-Spremberg und nach 1957 um Hoyerswerda-Cottbus sowie Gräfenhainichen im Bezirk Halle von diesen Wanderungen. In den 60er Jahren wurden die Arbeitskräfte nach Schwarze Pumpe, ins neue Großkraftwerk Lübbenau, ins Petrochemische Kombinat Schwedt, nach Schwarzeide im Bezirk Karl-Marx-Stadt aber auch nach Eisenhüttenstadt im Bezirk Frankfurt und an den neuen Werftstandort Rostock gelenkt.

Damit hatte in den südlichen Ballungsgebieten der DDR schon in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre

²³⁶ Vergleiche dazu Minx 1994, untersucht wurde die Beschäftigtenstruktur der Braunkohlenbetriebe der Lausitz, sowie Gerdes, Bischoff u.a. 1997, verglichen wurde ein Kohlenbetrieb des Kreises Borna und eine Werft in Rostock.

²³⁷ In den Jahren 1975, 1981 und 1984 betrug der Frauenanteil 34,5 %, 35,1 % und 33,9 % und lag damit weit unter dem Bezirksdurchschnitt von 43,1 %; 42,5 %; 41,4 %. Ebenso niedrig übrigens wie im Kohlekreis „Leipzig-Land“.

eine dauernde Abwanderung eingesetzt und zu negativen Bilanzen geführt. Mit dem Abschluss einer Reihe bedeutender Erweiterungsvorhaben der Chemischen Industrie, der Energiewirtschaft und des Braunkohlenbergbaus hatte die Abwanderung vor allem in den industriellen Schwerpunktkreisen Borna, Leipzig Land und Altenburg stark zugenommen (vgl. Bose 1973, 115). Einen ersten Höhepunkt erreichten die arbeitsplatzorientierten Abwanderungen in den Jahren 1962 bis 1965. Mit Beginn der 1960er Jahre wurde Leuna II errichtet. Merseburg und Halle-Neustadt wurden damit zu bevorzugten Zuzugsgebieten für die Braunkohlenarbeiter u.a. aus dem Kreis Borna (siehe Tabelle 51).

Tabelle 51: Überbezirkliche Wanderungen aus dem Kreis Borna 1967 - 1972

Abwanderungen	1967	1969	1972
Gesamt	1.742	1.497	1.680
darunter in den Bezirk			
Leipzig	867	722	899
Halle	288	137	135
Chemnitz	220	110	105
Dresden	74	70	58
Cottbus	69	106	124
Frankfurt	67	85	35
Rostock	40	14	45
Potsdam	43	59	44

Quelle: Stat. JB Bez. Lpz. 1969, 1971 und 1974/75

Die zwischen 1953 und 1972 in den Lausitzer Kreisen zu verzeichnenden kontinuierlichen Bevölkerungsgewinne (84.000 EW) gingen immer mit Verlusten im Süden einher. Allein in den Jahren 1962 bis 1965 verlegten 231 Personen aus dem Kreis Borna ihren Wohnsitz in die Stadt Schwedt. Vom Bevölkerungsrückgang am schlimmsten betroffen war auch jetzt wieder das sächsische Erzgebirge, wo der Bevölkerungsverlust einzelner Ortschaften bis zu 300 % betrug (vgl. Bose 1973, 103ff.).

An Hand der durch die Bornaer Arbeiter gewählten Zielorte wird deutlich, dass die Abwanderungen aus der Großindustrie an die neuen Standorte häufig erfolgten, weil damit eine Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation erzielt werden konnte, welche zugleich eine Beibehaltung der bisherigen beruflichen Position ermöglichte. Die mit dem Beruf verbundenen umfangreichen Privilegien blieben bestehen und die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen verbesserten sich in der Regel sogar.

Seit den ersten Großprojekten stand seitens der Staatsführung immer wieder die Forderung, aus den alten Industriekernen im Rahmen der sog. „sozialistischen Hilfe“ junge und gut qualifizierte Facharbeiter an die neuen Standorte zu delegieren. Es erfolgten konkrete Vorgaben über deren berufliche Zusammensetzung, so dass den „abgebenden“ Betrieben kaum Spielräume blieben. Die staatliche Arbeitskräftelenkung brachte eine Auswahl nach Berufen und Qualifikationen mit sich, aber auch ohne diese Eingriffe verließen seit 1945 viel häufiger die besser Qualifizierten die Region (vgl. Abschnitt 7.2.1 und 7.2.4).

Bereits den Nachkriegs-Massenzuwanderungen hatte die individuelle Abwanderung von Fachkräften in den Westen gegenüber gestanden. Eine frühere Statistik liegt leider nicht vor, aber noch zwischen 1953 und 1955 verließen knapp 3.000 Einwohner den Kreis Borna in Richtung „Westen“. Im gleichen Zeitraum wanderten 720 Personen aus den westlichen Ländern und Westberlin in den Kreis ein. Einer genaueren statistischen Aufschlüsselung der Migranten nach Berufsgruppen war für das Jahr 1955 zu entnehmen, dass es sich bei den Abwandernden äußerst selten um Bergarbeiter gehandelt hatte (1,4 % von 1.592), dafür aber um so häufiger um Angestellte wie Ingenieure und Lehrer (17,3 %) oder andere

Hoch- und Fachschulabsolventen, aber auch um Selbständige und Landarbeiter. Ganz anders war dagegen die Struktur der Zuziehenden im gleichen Jahr. Der Zuzug von Lehrern, Hoch- und Fachschulabsolventen blieb völlig aus, technisches Personal und andere Angestelltengruppen kamen gleichfalls kaum. Ein einziger zugewandter Ingenieur konnte keinen Ausgleich schaffen für die 14 in den „Westen“ gegangenen Ingenieure. Nur Industriearbeiter kamen mehr als gingen, womit dies die einzige Berufsgruppe des Kreises war, wo es mehr Westzu- als Westabwanderungen gegeben hatte (vgl. Stat. Jahresbericht 1955, 5f.).²³⁸

Mit großer Sicherheit kann geschlussfolgert werden, dass es sich bei den Ab- und Zuwanderungen im gesamten Zeitraum, also zwischen 1945 und 1955/56 bis einschließlich August 1961, um unterschiedliche Berufs- und Bevölkerungsgruppen gehandelt hatte, so dass sich der, in den 20er Jahren eingeleitete Bevölkerungsaustausch weiter fortsetzte, wobei die Gruppe der Kohlenarbeiter weiter an Bedeutung gewann (siehe Tabelle 52).

Eine weitere Wanderungsstatistik nach Berufsgruppen liegt auf Bezirksebene für die Jahre 1969 bis 1972 vor. Im Jahr 1969 waren aus dem Bezirk Leipzig vornehmlich Erwerbstätige mit technischen Berufen sowie alle Berufsgruppen der nichtproduzierenden Bereiche abgewandert, während Berufsangehörige der Grundstoffindustrie sowie der stoffbearbeitenden und verarbeitenden Industrien zugezogen waren. Auch im Jahr 1972 kam es im Bezirk Leipzig zur Abwanderung von Facharbeitern aus der Chemischen Industrie sowie von Ingenieuren, Technikern sowie sonstigen technischen Fachkräften (vgl. Stat. JB Bez. Lpz. 1974/75, 35 und 1969, 248). Dabei handelte es sich um Personen mit Qualifikationen, die in erster Linie in den Großbetrieben des Industriekreises Borna benötigt wurden. Auch Erwerbstätige aus dem Bereich Elektrotechnik und Elektronik verließen trotz der beiden großen, z.T. neu errichteten Kraftwerke den Bezirk.

Zu einer positiven Wanderungsbilanz kam es im Bezirk Leipzig nur bei der Berufsgruppe der Maschinisten und bei einigen Bergbauberufen, d.h. bei Erwerbstätigen mit geringen Qualifikationen bzw. ähnlichen Qualifikationen. Da fast alle anderen Kreise des Bezirkes Leipzig landwirtschaftlich geprägt waren bzw. dort andere gewerbliche Zweige stärker vertreten waren, muss die Zuwanderung der genannten Berufsgruppen im wesentlichen in den Kreis Borna erfolgt sein.

Tabelle 52: Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen des Kreises Borna, Anteil in %

Jahr	Gesamt	LW/FW	Industrie	Handwerk	Bau	Verkehr/Post	Handel	Sonst. DL
1955	60.078	12,1	64,4	4,4	2,0	2,9	7,6	6,6
1964	60.417	8,4	67,2	2,6	1,1	2,8	6,7	11,2
1973	63.902	5,2	68,0	2,1	3,0	2,6	6,6	10,3
1980*	59.777	5,4	69,1	1,9	1,9	2,7	5,8	11,2
1985*	61.121	5,6	70,4	1,9	1,2	2,5	5,6	11,1
1989*	59.293	5,8	70,1	2,0	1,1	2,5	5,5	11,3

Quelle: Stat. Zahlen über die Entwicklung der Kreise, unv. Mat. 1955, 26ff., Stat. Taschen- und Jahrbücher für den Bezirk Leipzig, Sammelband 1989, 32ff.;

Die schlechtere Wohnraumversorgung, die steigende Umweltbelastung²³⁹ und die fehlende Infrastruktur lösten Abwanderungen von Erwerbstätigen aus den sogenannten nichtproduktiven Wirtschaftsbereichen

²³⁸ Während 22 Braunkohlenarbeiter nach Westdeutschland abwanderten kamen 33 aus dem westlichen Deutschland in die Region (9,8 % von 338 Zuzügen).

²³⁹ Vgl. z.B. Anikejew G. 1991, die feststellte, dass die Säuglingssterblichkeit im Kreis Borna zwischen 1978 und 1987 immer über dem DDR-Durchschnitt lag und dass die Ursachen u.a. im Wohnumfeld und in der Berufstätigkeit zu suchen waren.

aus (vgl. Bischoff, Linke 1996, 100ff.), so dass dort eine zunehmende Anzahl der Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden konnten. Dagegen trugen der hohe Verdienst sowie die umfangreichen materiellen und sozialen Leistungen dazu bei, dass die Beschäftigten der Bereiche der Braunkohlenindustrie die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen weiterhin auf sich nahmen bzw. ertrugen.

Wer nicht (mehr) in den Industriebetrieben des Kreises, sondern im Gesundheitswesen, im Handel oder im Verkehr etc. arbeitete, wanderte häufig ganz aus der Region ab, denn der Verdienst war überall gleich, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Zielorten dagegen meist aber deutlich besser.

Eine 1987 durchgeführte Fluktuationsanalyse²⁴⁰ kam schließlich zu dem Ergebnis, dass aufgrund der permanent anhaltenden Abwanderung der Mangel an Arbeitskräften in den anderen Wirtschaftsbereichen weitaus größer war als in den Produktionsbetrieben. Dies führte wiederum dazu, dass sich die Versorgung der Bevölkerung insgesamt enorm verschlechtert hatte, was weitere Abwanderungen auslöste, so dass nunmehr auch immer mehr gut ausgebildete Industriearbeiter die Region freiwillig verließen.

7.2.4 Das Aufbieten der „letzten“ Reserven – „da wollte doch keiner mehr arbeiten“

Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen traf zugleich auf einen erhöhten Beschäftigtenbedarf in den Industriebetrieben des Kreises, welcher zum einen auf erneute Produktionsausweitungen seit der Erdölkrise zurück ging, zum anderen auf erhebliche technische Mängel der Anlagen infolge der limitierten Instandhaltung in den 60er Jahren, welche man durch den Einsatz von mehr Arbeitern kompensieren wollte. Statt in die Anlagen zu investieren, sollten durch den Mehreinsatz an menschlicher Arbeitskraft die dauernd steigenden Produktionsziele realisiert werden.

Um die durch staatlich gelenkte Abwanderungen entstandenen Lücken zu schließen und den erhöhten Bedarf zu decken, wurden zunehmend weitere Erwerbsgruppen in die industrielle Produktion einbezogen. Die Produktion in den Schwelereien und Brikettfabriken, in den Tagebauen und Kraftwerken konnte nur durch die Mobilisierung aller Arbeitskraftreserven aufrecht erhalten werden.

Im Rahmen eines Arbeitskräfte-Austausch-Systems zog man erstmals sog. „Wintereinsatzkräfte“ zur Deckung des Personalbedarfs in den sogenannten strategischen Industrien heran. Die Bezirke waren dazu verpflichtet, ein Kontingent an Arbeitskräften von Oktober bis März zur Verfügung zu stellen. Diese Einsatzkräfte waren meist keine Fachkräfte, die wegen des allgemeinen Arbeitskräftemangels in fast allen DDR-Betrieben nicht abgegeben werden konnten, sondern überwiegend weniger Qualifizierte.

Seit 1976/77 kam es in den Wintermonaten auch zu Arbeitseinsätzen von Mannschaften der NVA und der Bereitschaftspolizei. Schließlich arbeiteten in den 1970er Jahren auch in den Tagebauen des Kreises mehrere hundert Strafgefangene. Geplant war deren Einsatz auch in einigen Großbetrieben. Zumindest im Werk Espenhain sollten Strafgefangene an den mehrfach belasteten Arbeitsplätzen in den Schwelereien und Brikettfabriken, die den "normalen" Arbeitern nicht mehr zugemutet werden konnten, eingesetzt werden. Dieses Vorhaben musste jedoch wieder verworfen werden, da in den Anlagen keine ausreichende Bewachung zu gewährleisten war.

²⁴⁰ Durchgeführt vom Bereich Soziologie und vom Bereich Arbeitswissenschaften der Universität Leipzig. Untersuchungsgebiet der Verfasserin der Arbeit: Gesundheitswesen und Betriebsgesundheitswesen, Struktur, Aufgaben und gesundheitliche Beeinträchtigung der Bewohner der Region durch die Industriebetriebe.

Seit Anfang der 80er Jahre kamen wieder ausländische Arbeitskräfte in die Großbetriebe, u.a. aus Polen, Vietnam und Mosambique. Die offizielle Version war, sie in der DDR zu qualifizieren. Im Werk Espenhain beschränkte sich die Ausbildung in der Regel aber auf wenige Monate Anlernzeit. Danach setzte man die „ausgebildeten“ Arbeiter zu Hilfsarbeiten in den Schwelereien und Brikettfabriken ein, z.B. zum Kohlenstaub fegen.

In diesen Jahren erhöhte sich auch der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten wieder (vgl. Abschnitt 7.2.2), und Rentner wurden auf Vollzeitstellen beschäftigt.

Die selektiven Zu- und Abwanderungen und die stringente berufliche Orientierung der verbliebenen Erwerbsfähigen auf die Kohlenbetriebe blieben nicht ohne Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten des Kreises Borna. Im innerbezirklichen Vergleich kam es zwischen 1980 und 1988 zum Absinken des Qualifikationsniveaus im Bereich der „sozialistischen Wirtschaft“²⁴¹ des Kreises.

Trotz einer leichten Zunahme des Anteils an Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung²⁴² rutschte der Kreis Borna vom vierten auf den viertletzten Rang unter den 12 Landkreisen des Bezirkes Leipzig ab, weil die Steigerungsraten dort weitaus höher lagen.

Der im Vergleich zu den anderen Kreisen etwas geringere Anteil an fachlich ausgebildeten Beschäftigten im Kreis Borna korrespondierte mit einem höheren Anteil an weiblichen Berufstätigen.²⁴³ Wie bereits ausgeführt, hatten viele Frauen in der Nachkriegszeit als Ungelernte begonnen in den Industriebetrieben zu arbeiten. Auch im Verlauf ihres weiteren Berufslebens hatten sie dann keine Facharbeiterausbildung mehr absolviert. Daneben kam es seit der ersten Hälfte der 80er Jahre in den Industriebetrieben wieder zum Zugang jüngerer Frauengenerationen, die ohne entsprechende Ausbildung waren und zur Übernahme einer Reihe von Hilfsarbeiten gebraucht wurden (vgl. dazu Abschnitt 7.2.2).

Im Hinblick auf den *Anteil an Facharbeitern und Facharbeiterinnen in den sozialistischen Bereichen der Produktion* waren die Unterschiede zwischen den Leipziger Kreisen weniger groß. Seit 1976 erhöhte sich die Anzahl an Facharbeitern/innen im Kreis Borna kontinuierlich und lag 1988 bei 641 pro 1.000 Erwerbstätigen (Frauen 615) und damit ebenso wie schon in den Jahren zuvor auf einem der oberen Ränge innerhalb des Bezirkes.

In diesem Zusammenhang spielt allerdings das *Profil der Facharbeiter* eine Rolle, denn von den etwa 42.000 Erwerbstätigen der Industriebetriebe waren fast 30.000 für eine Beschäftigung in der Braunkohlewirtschaft, d.h. der Energiegewinnung, der Brikettierung oder der Karbochemie, ausgebildet worden.²⁴⁴ *Ein großer Teil der Facharbeiter verfügte demnach über gleiche oder zumindest ähnliche*

²⁴¹ In der DDR stellten alle volkseigenen Industriebetriebe einen Bereich der Volkswirtschaft dar. Dieser Bereich der sozialistischen Wirtschaft schloss die PGH's aus, auch Handwerk und Bau gehörten nicht dazu

²⁴² Generell muss bemerkt werden, dass der kontinuierliche Zuwachs von Beschäftigten mit abgeschlossener Ausbildung in der DDR auf dem dort propagierten Leitbild von der allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit beruhte. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bestand seit den 1950er Jahren für jeden DDR-Schulabgänger die gesetzliche Verpflichtung, eine berufliche Ausbildung abzuschließen bzw. der Staat garantierte allen Schulabgängern eine berufliche Ausbildung. Dabei spielte es keine Rolle, ob es sich um eine innerbetriebliche, berufsbegleitende Facharbeiterausbildung handelte oder um eine mehrjährige Lehre. Beide Abschlüsse erschienen in der Statistik als Facharbeiterabschluss. Besonders in den Großbetrieben der Kohlen- und Energiewirtschaft erfolgten regelmäßig interne, arbeitsplatzbegleitende Ausbildungen, z.B. zum Maschinenführer oder Anlagenfahrer oder betriebsspezifische Ausbildungen zum Meister und Ingenieur.

²⁴³ Im Jahr 1988 hatten von 1.000 weiblichen Beschäftigten im Kreis Borna 855 eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und damit weit weniger als in allen anderen Kreisen des Bezirkes Leipzig.

²⁴⁴ Zusammensetzung der Belegschaft des Böhlener Werkes (1969): von 11.593 Beschäftigten waren 79,5 % Produktionsarbeiter, 3,5 % in Forschung und Entwicklung, 3,5 % Leitungspersonal, 4,6 % kaufmännisches Personal und 8,9 % waren in anderen Bereichen wie den Sozialbereichen oder in der Ausbildung. 77 % der Beschäftigten waren Arbeiter, 12 % ing.-techn. Personal, 5 % Verwaltungspersonal, 4 % Meister und 2 % Wirtschaftler.

berufliche Abschlüsse. Zum einen handelte es sich hierbei um Qualifikationen, die nur in einem eng begrenzten Bereich einsetzbar waren. Zum anderen hatte ein großer Anteil dieser Arbeiter den Abschluss über eine werksinterne Ausbildung erlangt. Je größer die Betriebe waren, desto einseitiger war deren Beschäftigtenstruktur, wobei zwischen den einzelnen Abteilungen enorme Unterschiede existierten.²⁴⁵

Die starke proletarische Prägung der einstigen Handwerker- und Landwirtschaftsregion war zudem mit einer Verengung auf einige wenige industrielle Berufsbereiche einher gegangen.

Wird der *Anteil an Hochschulabsolventen* betrachtet, dann war es um die sozialistische Wirtschaft des Kreises weitaus schlechter bestellt, denn *der Kohlekreis nahm mit 47 Hochschulabsolventen unter 1.000 Berufstätigen den letzten Platz im Bezirk Leipzig ein.* Noch 1976 lag der Kreis mit 43 Hochschulabsolventen von 1.000 Erwerbstätigen im Mittelfeld, bis 1985 war der Anschluss dagegen verloren gegangen, und der Anteil in Borna lag weit unter dem Durchschnitt von mittlerweile 82 Hochschulabsolventen je 1.000 Berufstätigen. Besonders auffällig war hierbei der ständige Rückgang des Männeranteils in dieser Gruppe. *Der Anteil an Berufstätigen mit einem Fachschulabschluss entwickelte sich gleichfalls negativ.* Im Jahr 1976 hielt der Kreis im Hinblick auf den Anteil an Hoch- und Fachschulabsolventen eine Spitzenposition im Bezirk inne, bis 1980 kam es zu deutlichen Positionsverlusten, nämlich vom 3. auf den 12. und damit letzten Rang, was sich bis 1989 auch nicht mehr änderte.

Während also in der sozialistischen Wirtschaft der anderen Leipziger Kreise seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre verstärkt höher qualifizierte Fachkräfte beschäftigt wurden, stagnierte die Entwicklung im Kohlekreis bzw. kam es zu einer weitaus geringeren Zunahme der Beschäftigung von höher qualifizierten Berufsgruppen, so dass in den Industriebetrieben immer weniger Hoch- und Fachschulabsolventen arbeiteten (vgl. Sammelband 1989, 60ff.).

Möglicherweise ist diese Entwicklung Ausdruck dafür, dass besser qualifizierte Erwerbstätige aufgrund der sich zunehmend verschlechternden Lebensbedingungen ihren Wohnsitz aus dem Kreis verlegten und dafür andere Berufsgruppen des guten Verdienstes wegen zur Arbeit einpendelten, denn etwa 9.000 Beschäftigte kamen aus den angrenzenden Kreisen und aus der Stadt Leipzig in die Bornaer Betriebe zur Arbeit.²⁴⁶

Spezifisch für die Braunkohlenwirtschaft war es dagegen, dass die *Anzahl und der Anteil der Meister* aufgrund der dort vorgenommenen Hierarchiebildung als Bestandteil der Privilegierung der Arbeiterschaft in vielen Bereichen sehr hoch war, so dass der Kreis Borna hier eine absolute Spitzenposition einnahm. In keinem anderen Kreis gab es so viele Meister unter den Erwerbstätigen wie in Borna, wobei auch hier der Frauenanteil stärker angestiegen war. Die Meister hatten eine sehr spezifische Ausbildung und nahmen eine wichtige Stellung in der Hierarchie der Industriebetriebe ein. Zum einen hatten sie dafür Sorge zu tragen, dass „vor Ort“ mit den noch verfügbaren Arbeitern die vorgegebenen Normen erreicht wurden, zum anderen besaßen sie die nötigen Kenntnisse, um die maroden Anlagen überhaupt noch am Laufen zu halten, denn *das Zusammenspiel von Personalmangel, schlechter Ausbildung des vorhandenen Personals und Überalterung der Anlagen erschwerte den Arbeitsablauf mehr und mehr.*

²⁴⁵ In den Produktionsbereichen des BV Espenhain sank in den 80er Jahren der Anteil an Facharbeitern rapide. Waren 1976 noch 72,3 % der Beschäftigten ausgebildete Facharbeiter, so reduzierte sich deren Anteil im Jahr 1988 auf 44,8 %. In einigen Abteilungen des Werkes wurde dieser Anteil sogar noch unterschritten, z.B. in der Brikettfabrik II. Dort hatten lediglich 37,2 % der Beschäftigten einen Facharbeiterabschluss (vgl. Hofmann, Rink 1993, 55).

²⁴⁶ Zum 1.1.1971 im Kreis Wohnende und Arbeitende: 42.913; in andere Kreise Auspendelnde: 4.879; innerhalb des Kreises in andere Gemeinden pendelnde: 19.794; aus anderen Kreisen zur Arbeit Einpendelnde: 19.052; alle im Kreis Borna Arbeitenden: 61.965 (vgl. Ergebnisse der VBWGZ 1971, 5).

Die Meister waren aufgrund ihrer besonderen Stellung finanziell sogar besser gestellt als die Beschäftigtengruppen höherer Qualifikationen und bildeten sowohl von ihrer sozialen Stellung als auch von ihrem Selbstverständnis her, neben dem ingenieur-technischen Personal, die „Reste“ der einstigen „stolzen“ Belegschaften.

Der *Anteil an Erwerbstätigen ohne berufliche Ausbildung* war in der sozialistischen Wirtschaft des Kreises mit 104 von 1.000 Beschäftigten vergleichsweise hoch und konnte seit 1976 nicht im gleichen Maße wie in den anderen Kreisen gesenkt werden. Zwischen 1987 und 1988 blieb deren Umfang sogar konstant.

Neben der Qualifikationsstruktur entwickelt sich auch die Altersstruktur zunächst nur in einigen Betrieben der Kohlenwirtschaft – später dann im gesamten Kreis – ungünstig, denn vor allem Jüngere verließen die Region.

Im Frühjahr 1982 wurde vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) Leipzig eine Studie zur Mobilität der Landjugend durchgeführt. Im Kreis Borna wurden 261 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren aus den Bereichen Chemie²⁴⁷ (75) und Kohle-Energie²⁴⁸ befragt (188), davon befanden sich 128 noch in der Ausbildung, 105 waren Facharbeiter und 19 besaßen einen Fach- oder Hochschulabschluss (DJI 1993, Codebuch S26).

Die befragten Jugendlichen wohnten überwiegend seit ihrer Geburt oder zumindest schon länger als 10 Jahre mit ihren Eltern in Ortschaften zwischen 2.000 und 10.000 Einwohnern (39 %) oder in der Kreisstadt Borna (26 %). Weniger als ein Achtel der jungen Befragten bis 25 Jahre war selbständig in die Region gezogen.

Die Mehrzahl hatte den Schulabschluss der 10. Klasse. Aus dem Kohle-Energie Bereich hatten nur etwa 3,7 % einen höheren Bildungsabschluss, aus dem Bereich Chemie dagegen fast ein Drittel. Wiederum jeder dritte Befragte aus dem Bereich Chemie absolvierte zum Zeitpunkt der Befragung die 11. Klasse der beruflichen Abiturklassen, eine Ausbildungsmöglichkeit, die es nur im Bereich Chemie gab.

Im Hinblick auf die berufliche Qualifikation war nur etwa ein Viertel der befragten Jugendlichen Braunkohlen- oder Chemiarbeiter bzw. strebte einen dieser Berufsabschlüsse an. Die restlichen Befragten hatten handwerkliche oder andere Berufe erlernt bzw. erlernten diese noch.

In den Chemiebetrieben übte fast die Hälfte aller Befragten einen Elektroberuf aus. In den Bergbau- und Energiebetrieben verfügte etwa ein Drittel über einen metallverarbeitenden Beruf und etwa ein Fünftel über einen Elektroberuf. Nur knapp 16 % der Befragten hatten einen Bergbauberuf angegeben. Diese Zusammensetzung spiegelt die selektive Auswahl der Untersuchungspopulation durch das ZIJ wieder, denn nicht die Meinung der ungelernten, einfachen Arbeiter war gefragt, vielmehr sollten besser Qualifizierte, deren Abwanderung nicht erwünscht war, zu ihren möglichen Abwanderungsgründen befragt werden, um entsprechende Änderungen herbeiführen zu können.

Die unter 20-jährigen aber auch noch die bis 23-jährigen erwogen einen *Wegzug aus der Region* am häufigsten. Etwa ein Drittel der 19 und 20-jährigen gab sogar an, bestimmt wegziehen zu wollen. Mit zunehmenden Alter wurden die Wegzugsabsichten seltener.

²⁴⁷ Im wesentlichen Karbochemie und Erdölverarbeitung.

²⁴⁸ Die Beschäftigten der Brikettfabriken, Tagebaue und Kraftwerke.

Bei den Mobilien handelte es sich häufiger um Jugendliche mit mittleren schulischen Abschlüssen, d.h. dem Abschluss der 10. Klasse, als um Jugendliche mit höheren oder niedrigeren schulischen Abschlüssen. Von den befragten Jugendlichen aus den Kohlen- und Energiebetrieben plante reichlich die Hälfte bzw. etwa zwei Drittel der jungen Arbeiter aus dem Bereich Chemie bestimmt oder wahrscheinlich wegzuziehen.

Interessant ist, dass vor allem Beschäftigte mit Bergbau-, Elektro- und Chemieberufen über einen Wegzug nachdachten, Jugendliche der metallverarbeitenden Berufe dagegen kaum. Eventuell erklären die weitaus schlechteren Arbeitsbedingungen für die Bergbau- und Chemiearbeiter in den veralteten Verarbeitungsanlagen deren stärkere Neigung zur Abwanderung. Mit einem Wechsel in eines der etwas moderneren Werke in der Lausitz verbanden die Arbeiter mit Kohlen-, Chemie oder Energieberufe auch die Hoffnung, wenigstens einen Teil des in der Ausbildung erlangten Wissens zur Anwendung bringen zu können. Die Mehrzahl der Jugendlichen war mit dem erlernten Beruf zufrieden und wollte nicht den Beruf, sondern nur den Betrieb wechseln, z.B. um einen moderneren Arbeitsplatz zu besetzen. Vorzugsweise sollte der neue Arbeitsplatz wieder in der Industrie und hierbei in der Großproduktion angesiedelt sein. Nur wenige hatten die Absicht, den betrieblichen Wechsel mit einer beruflichen Veränderung zu verbinden (vgl. dazu Abschnitt 7.2.2).

Die Gründe für die Abwanderung waren laut Befragung, dass es insgesamt zu schmutzig und die Landschaft hässlich ist, dass man keine passende (also der Ausbildung entsprechende) Arbeit fände und kaum berufliche Entwicklungsmöglichkeiten geboten wurden. Die negativen Umweltveränderungen reflektierten Facharbeiter und Hochschulabsolventen kritischer als die anderen Beschäftigtengruppen und gaben diese häufiger als Grund für eine eventuelle Abwanderung an (vgl. im gleichen Kapitel die Abwanderung besser Qualifizierter).

Ein geringer Teil der Befragten wollte schon seit der Kindheit wegziehen, bei jeweils einem knappen Viertel hatte sich dieser Wunsch jedoch erst während der Berufsausbildung bzw. im Verlaufe der Berufstätigkeit ergeben, so dass die Gründe vor allem dort zu suchen sein dürften. Körperlich schwere, eintönige Arbeiten waren vor allem im Bereich Bergbau und Energie zu verrichten. Lärm, Staub und anderen Emissionen waren dagegen etwa zwei Drittel der Befragten aller Arbeitergruppen gleichermaßen stark ausgesetzt. Nervlich beanspruchend waren einige der Überwachungsarbeiten der Anlagenfahrer in der Chemieindustrie. Die Tätigkeiten waren in allen Betrieben stark auf Prozesse orientiert, die mit der Hand zu verrichten waren, der Maschineneinsatz war seltener. Selbst 1982 kamen automatisierte Tätigkeiten nur selten vor.²⁴⁹

Von der gesamten Gruppe der Lehrlinge, Facharbeiter und Fachschulabsolventen gab andererseits fast jeder Zweite (45%) an, dass er wahrscheinlich oder bestimmt bleiben würde. Die jungen Meister beider Wirtschaftsbereiche waren diejenigen, die am seltensten einen Umzug planten. Aber auch die Hochschulabsolventen waren der Meinung, dass sie wohl eher bleiben würden. Wobei bei beiden Gruppen die Spezifik der Ausbildung vermutlich eine große Rolle gespielt hatte, bei den Meistern kam der überdurchschnittliche Verdienst als Bleibemotiv hinzu.

Ganz allgemeine Gründe zum Bleiben stellten die leichte Erreichbarkeit der Arbeitsstelle (fast 80 % benötigten weniger als 30 Minuten, um zur Arbeit zu gelangen), der gute Verdienst, ein gutes Verhältnis

²⁴⁹ Etwas über 60 % verrichteten überwiegend/oft Handarbeiten, etwa 30 % der Beschäftigten aus dem Bereich Bergbau/Energie und 18 % aus der Chemieindustrie gaben an, auch mit der Maschine zu arbeiten und nur etwa 20 % im Kohle/Energiebereich und 5 % in der Chemie arbeiteten in der automatisierten Produktion. Diese Ergebnisse widersprechen damit den in der DDR im Rahmen anderer Untersuchungen getroffenen Aussagen zur Struktur der Arbeitsplätze in der Kohle/Energie und Chemieindustrie völlig. Seit den 1970er Jahren wurde behauptet, dass in diesen Bereichen die automatisierte Produktion stark ausgebaut und die Handarbeit weitestgehend ablöst sei.

zum Kollektiv aber auch eine interessante Arbeit dar. Über eine interessante Arbeit berichteten häufiger Beschäftigte der Instandhaltungsbereiche, die aufgrund der begrenzten materiellen Mittel in ihrer Arbeit ständig improvisieren mussten und darin eine Herausforderung ihres fachlichen Könnens sahen (vgl. Bischoff, Linke 1996, 104f.).

7.3 Die Ablösung der landwirtschaftlich geprägten Kultur durch die Industrie

Die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeit in der Region wurde maßgeblich durch zwei gleichzeitig ablaufende Prozesse bestimmt. *Zum einen war dies der Prozess der bergbaubedingten Zerstörung von Ortslagen, zum anderen handelte es sich dabei um Veränderungen in der landwirtschaftlichen Arbeit selbst.*

7.3.1 Der Kohlenabbau wird zum „Heimatklaun“ – zum Verlust des Eigentums kommt der Verlust der sozialen Heimat und die Bauern „machen weg“

Der Landentzug durch die Großtagebaue Borna, Borna-Ost, Witznitz, Schleenhain, Espenhain und Böhlen sowie Profen von Sachsen-Anhalt und Haselbach vom Süden her hatte sich zwischen 1945 und 1955 mehr als verdoppelt. Im Jahr 1955 wurden durch die sächsischen Tagebaue ca. 53 Mill. Tonnen Kohle gefördert, 1975 hatte die Förderung mit 64 Mill. Tonnen ihren Höhepunkt erreicht (1983: 60 Mill. Tonnen). Das Verhältnis Abraum : Kohle lag inzwischen bei 6:1 bis 10:1 (vgl. Berkner 1989, 175). Diese Mengen konnten nur unter rücksichtsloser Vernichtung wertvoller Landwirtschafts- und Siedlungsflächen gewonnen werden.

Die Ausmaße des Abbaus nahmen gigantische Züge an. In der DDR war man von offizieller Seite her stolz darauf, das Land mit der weltweit höchsten Kohlenförderung zu sein, denn in diesem Ergebnis drückte sich nach Ansicht der DDR-Wirtschaftsführer ganz unmittelbar der hohe Stand der Industrialisierung, d.h. der Modernität der Gesellschaft aus.

Nach der Gebietstrennung des Landkreises Borna in die beiden Kreise Borna und Geithain wird das tatsächliche Ausmaß der Veränderung zwischen den Nutzungsarten „Landwirtschaft“ und „Bergbau“ deutlich. Während im Kreis Geithain die landwirtschaftliche Nutzfläche nach wie vor bei 82 % der Gesamtfläche lag, sank deren Anteil in Borna um fast 10 % ab (siehe Tabelle 53).

Tabelle 53: Flächennutzung in der Verwaltungseinheit Borna

	Fläche in ha	Nutzungsart in Prozent					
		LW	Forst	Haus/Hof	Öd-/Unland*	Wege	Gewässer
1893	54.225	89,0	6,7	1,0	0,25	2,0	-
1933	55.049	82,5	5,8	2,9	4,07	-	0,9
1955	37.384**	74,0	2,1	4,2	14,5	4,3	0,9
1989	36.400	-	-	-	ca. 25	-	-

Quellen: Hammerstein 1934, 25, Z.Sächs.Stat.LA 1934/35, 341ff., Stat.Zahlen über die Entw. der Kreise, vertr. DS 1955, 59f.

* der Bergbau entspricht im wesentlichen der unter Öd- und Unland aufgeführten Fläche (Tagebaue, Halden, ungenutzte aufgefüllte Flächen, Einbruchgebiete, vgl. auch Hammerstein 1934, 25; Sinkwitz 1935, 34f.); ** gesamte Wirtschaftsfläche des Kreises.

Etwa ein Viertel aller Ödlandflächen und 40 % des Abbaulandes des gesamten Bezirkes Leipzig (von 4.737 bzw. von 11.078 ha) befanden sich 1955 im Kreis Borna²⁵⁰ (vgl. Stat. Zahlen über die Entw. der Kreise 1955, 59f.). Für Obstplantagen und Baumschulen verblieb dem Kreis nur noch ein Prozent seiner

²⁵⁰ Gefolgt von Leipzig-Land mit knapp 13 Prozent Ödlandflächen bzw. sieben Prozent des Abbaulandes.

Fläche. Besonders die Anbauflächen um Borna, die der Stadt den Namen „Zwibbel-Borne“ gegeben hatten, verschwanden oder trockneten aus.

Bereits um 1910 hatte der Übergang zur Betreibung größerer Tagebaue zur kontinuierlichen Vernichtung der Felder der Bauern geführt, denen ihre Existenzgrundlage damit entzogen wurde. Seit den 1950er Jahren fielen nicht mehr nur die Felder, sondern auch viele Siedlungen und damit die soziale Heimat der Bauern dem Kohlenabbau zum Opfer. „Der Bagger wird weiter fressen und haushochtiefe Krater dort hinterlassen, wo heute noch Menschen wohnen. Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, vor der hier niemand (*mehr*) die Augen verschließt“ (besser: *verschließen durfte*; Lachmann 1976, 9). Im Jahr 1990 existieren im Kreis 23 Ortschaften weniger als im Jahr 1950. In weiteren 13 Ortschaften kam es zu abbaubedingten Eingriffen, d.h. Teildevastierungen. Allein dem Tagebau Espenhain (3.973 ha) mussten zwischen 1951 und 1990 im Landkreis Borna und dem daran angrenzenden Kreis Leipzig große Teile der Pleiße- und Göselaue sowie 14 Ortschaften ganz oder teilweise weichen, 8.196 Einwohner wurden umgesiedelt (siehe Anhang, Karte 1).

Eine erste Welle von Devastierungen überrollte den Kreis Borna in den 1950er Jahren. Acht vor allem dörfliche Ortschaften wurden überbaggert. In drei weiteren Ortschaften war es zu Teildevastierungen gekommen. Insgesamt waren 3.439 Einwohner von Umsiedlung und Enteignung betroffen. Die Anzahl vernichteter Orte hatte in den 1960er Jahren mit 15 Devastierungen und Teilortsverlegungen ihren Höhepunkt erreicht (3.360 betroffene Einwohner). Infolge der in den 60er Jahren vorgenommenen wirtschaftlichen Umorientierung auf Erdöl kam es in den 70er Jahren zu einer Revidierung der Planungen und zu einem Rückgang der Inanspruchnahme bewohnter Flächen. In dieser Zeit wurde die Abbauplanung jedoch an die wiederum veränderte wirtschaftliche Situation angepasst (vgl. Abschnitt 7.1), so dass nach 1980 die Devastierung dörflicher Ortschaften noch einmal zunahm. Zwischen 1980 und 1990 wurden im Kreis Borna weitere sechs Ortschaften vernichtet. Weitere drei Ortschaften hatten dem Bergbau einen Teil ihrer Siedlungsflächen zur Verfügung zu stellen (siehe Anhang, Karte 1). Ein weiterer Rückgang der ländlichen Bevölkerung war die Folge (siehe Tabelle 54 und 55). Noch einmal wurden 800 Dorfbewohner umgesiedelt. Aufgrund der durch extreme Engpässe bestimmten Baustoffsituation und auch aufgrund des oft hohen Lebensalters der in den Dörfern „Zurückgebliebenen“ mussten sich diese häufig mit einem verordneten Umzug in eine der Neubausiedlungen in die Städte Leipzig, Borna oder Kitzscher abfinden. Obwohl der Komfort einer solchen Wohnung geschätzt wurde, empfanden viele das Leben in diesen Siedlungen als fremd.

Das Dorf Schleenhain mit Gasthof, Konsum, Post und Schuster wurde von jenem Tagebau vernichtet, welcher dann seinen Namen weiterführte, der Tagebau „Schleenhain“. Auf doch sehr makabere Weise wurde so der durch den Bergbau vernichteten Dörfer „gedacht“.

Als die Umsiedlung des Dorfes 1960 begann, standen auf der Flur Schleenhain 34 Grundstücke mit 77 Haushalten, in denen 266 Menschen lebten (vgl. Bräutigam 1996, o.A.). Im Ort selbst hatte es keine Industrie gegeben, dennoch gingen auch dessen Bewohner in die nahen Kohlenbetriebe zur Arbeit. Die meisten Einwohner zogen in neu errichtete Häuser im Arbeiterwohnort Lucka. Ein Teil der Bauern kaufte in der Umgebung neue Güter. Sechs Familien zogen in eigens für sie im Nachbardorf errichtete Einzelhofwirtschaften.

Oft begann schon lange vor der eigentlichen Zerstörung der Zerfall der Dorfgemeinschaft durch die Abwanderung der Jungen wie im Fall des Dorfes Breunsdorf, welches erst Mitte der 80er Jahre auf die Umsiedlung vorbereitet wurde, viele Bewohner aber schon in den 50er, 60er Jahren gesagt hatten: „Was will ich denn noch hier. ... Die eigenen Kinder waren weg und die Fremden haben dann noch dort gewohnt, weil sie eben Vertriebene waren, also Flüchtlinge“ (Eidson 1998, 107).

Tabelle 54: Beschäftigte in der Landwirtschaft in einigen Gemeinden des Kreises Borna (a= Einwohner, b= Erwerbstätige gesamt, c= Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen in %)

	VZ 1946			VZ 1964			VZ 1971		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c
Trages	413	178	36,3	216	105	26,85	217	104	23,50
Kitzscher	4.193	1.970	12,9	4.290	2.023	2,98	6.121	3.065	1,85
Thierbach	365	165	55,6	419	205	17,66	390	192	14,10
Mölbis	1.030	499	7,4				607		
Breunsdorf	771	355	24,6	545	289	17,43	495	254	17,37
Kieritzsch	538	253	38,5	420	206	15,95	372	185	17,20
Espenhain	2.205	1.714	8,4	1.560	930	1,35	1.713	917	0,76
Eula	1.076	503	17,3	1.072			911		
Zedlitz	1.456	644	11,7	1.183	597	6,26	1.133	552	4,59
Lippendorf	683	389	19,9	406	206	8,87	256	134	4,30
Ramsdorf	1.166	522	12,3	981	449	3,67	914	392	2,30
Neukirchen-Wyhra	2.491	1.099	12,5	2.069	943	4,93	2.004	960	4,24
Rötha	6.206	3.062	7,1	5.475	2.743	2,41	5.508	2.717	3,05
Neukieritzsch	3.620	1.671	10,9	3.764	1.949	0,58	4.640	2.445	0,30
Kahnsdorf*	-			801	349	4,49	819	361	6,96
Regis-Breitungen	4.935	2.606	7,3	5.502	2.806	2,20	5.434	2.732	1,40
Großzössen	1.599	982	4,6	1.145	648	6,55	1.033	524	3,29
Thräna	1.629	747	6,6	1.415	664	1,84	1.277	598	1,41
Deutzen	4.005	2.141	2,6	3.782	1.894	0,93	3.606	1.752	0,86
Lobstädt	2.846	1.374	3,5	2.495	1.242	1,40	2.463	1.178	0,81
Borna	18.425	8.570	3,9	19.979	10.125	1,34	22.131	11.092	1,04
Böhlen	6.424	3.137	1,9	7.852	4.089	0,55	7.410	3.704	0,35
<i>die landwirtschaftliche Bevölkerung einiger zerstörter Orte:</i>									
Bergisdorf	314	148	21,3	Abbruch: 1951					
Blumroda	693	344	14,7	1952					
Rüben	269	121	43,8	1955/57					
Hartmannsdorf	204	92	30,4	1957/60					
Stöntzsch	756	335	41,4	1963					
Trachenau	1.524	997	12,9	1962/65					
Schleenhain	297	136	43,1	1964/65					
Kreudnitz	277	124	45,5	1968/69					
Kleinzössen	124	54	57,3	1968/71					
Hain	553	260	43,6	550	274	33,2	Abriss: 1968/71		
Droßdorf-**				335	598	43,3	885	453	46,6
Peres**				479	233	47,2	434	187	50,8
Breunsdorf**				545	289	32,9	495	254	33,8

Quelle: Volkszählung- und Berufszählung vom 29.10.1946 in der SBZ; Bd. II, Heft 5, 11ff.; Staatliches Umweltfachamt Leipzig für 1964 und 1971

* 1935 wurden Kahnsdorf, Zöpen und Pürsten mit der Bahnsiedlung Kieritzsch zu Neukieritzsch vereinigt, 1957 wurde Neukieritzsch durch die Tagebauführung von diesen Orten wieder getrennt, ** Abriss 1981/83 bzw. 1988/95

„Nach und nach wurde es immer ruhiger in den Dörfern; das fing in den fünfziger Jahren an“ (Pro Leipzig 1994, 76), denn viele warteten nicht, bis der Hof „zusammen fiel“, sondern verließen schon bald ihre Dörfer, anfangs häufig nach Westdeutschland. Die Mehrzahl der von Umsiedlung Betroffenen versuchte in der Nähe ihrer ehemaligen Wohnorte zu bleiben, es kam aber auch zu Umzügen in andere Bezirke, bis „hinauf in den Norden“. Vor allem Bauern und Beschäftigte der sogenannten nichtproduktiven Bereiche und der Landwirtschaft legten weitere Distanzen zurück.

Da nach den Abbauplanungen kaum einem Dorf dieses „Schicksal“ erspart bleiben sollte, wurden die Zwangsumgesiedelten auf die wenigen Arbeiterwohnstandorte im Kreis sowie in die Städte Zwenkau, Markkleeberg, Borna und Leipzig „verteilt“ (vgl. Abschnitt 7.4). Die Wohnbauten mussten sich wegen des Kohlenabbaus auf nur wenige Standorte konzentrieren und entwickelten sich deshalb zu ihrer späteren Form, zu „Schlafsiedlungen“ im ländlichen Raum. Fast ausnahmslos wurde in den schon bestehenden Industriedörfern Deutzen, Neukiritsch, Böhlen, Kitzscher, Espenhain u.a. sowie in den Städten Regis, Rötha, Böhlen und Borna Arbeiterwohnungen und Arbeiterwohnheime gebaut (vgl. Charakteristik des Kreises Borna 1978, 56ff.).

Tabelle 55: Die Bevölkerungsentwicklung in den Wohnorten der Industriearbeiter

	01.12.1945	29.10.1946	31.12.1952	31.12.1964	01.01.1971	01.01.1981	31.12.1989
Borna	17.330	18.425	19.188	19.963	22.131	23.089	23.798
Böhlen	5.632	6.424	6.664	7.831	7.410	6.860	6.999
Neukiritsch*	3.398	3.620	4.099	3.768	4.60	4.893	4.295
Espenhain	1.299	2.205	1.936	1.560	1.713	1.776	1.756
Kitzscher	3.731	4.193	3.746	4.286	6.121	7.825	8.310
Deutzen	3.344	4.005	3.728	3.782	3.606	2.998	2.798
Regis-Breitingen	4.262	4.935	4.409	5.501	5.434	4.687	4.073
Lobstädt	2.707	2.846	2.921	2.495	2.463	2.073	1.764
Großzossen	1.438	1.599	1.439	1.145	1.033	814	720
Thräna	k.A.	1.629	2.171	1.415	1.277	1.051	927

Quelle: Stat. JB Land Sachsen, Stat. JB Bezirk Leipzig, Stat. JB DDR, 1945 einschließlich der Übersiedler
 * ab 1952 Siedlung Neukiritsch ohne Kahnsdorf, Zöpen und Pürsten

In sozialer Hinsicht entstanden in gewisser Weise „zusammengewürfelte“ Orte, in welche die Menschen aus allen möglichen Gegenden kamen, um in der Kohle zu arbeiten. Die Kohle hatte sie zusammengebracht, so dass man sich anders als in einer gewachsenen Stadt, wo die gesamte Infrastruktur immer intakt gewesen und auch das soziale Leben geregelt war, bewusst auch ein bisschen nach außen abschottete (Interview, DFG-Projekt „Massenentlassung und Mobilität“).

Es verschwanden immer mehr bäuerliche Dörfer. Aus anderen Dörfern waren inzwischen Industriesiedlungen oder Arbeiterstädte geworden, deren alte Ortskerne z.T. auch nicht mehr existierten wie z.B. in Deutzen, Borna, Böhlen oder Lippendorf (siehe Tabelle 54 und Anhang, Karte 1). „Der alte Ort Deutzen begann einst dort, wo heute der Damm der ‘Adria’ (Stausee für den Tagebau Witznitz) der August-Bebel-Straße ein jähes Ende setzt“ (Bräutigam 1996, o.A.). Im Arbeiterwohnort Espenhain wurde in den 1970er Jahren das letzte während der napoleonischen Besetzung vor der Völkerschlacht bei Leipzig unversehrt gebliebene Haus abgerissen, damit die neue Fernverkehrsstraße mitten durch den alten Ortskern zum karbochemischen Werk verlaufen konnte.

In den 80er Jahren wurden auch städtische Siedlungen abgerissen, um Braunkohle zu fördern, u.a. der von in den 1930er Jahren erst errichtete Arbeiterwohnort Magdeborn mit 3.200 Einwohnern und die Kleinstadt Eythra mit 2.100 Bewohnern. Es existierten Pläne, die Markkleeberg mit fast 15.000

Einwohnern zu überbaggern, und selbst die Stadt Leipzig bzw. Teile derselben waren in den staatlichen Planungen zur Kohlenförderung kein Tabu-Thema mehr.

Beide Prozesse, Dörfersterben und Zuzug von Arbeitern in die Industrie, zwangen zur Bereitstellung von zumutbarem Wohnraum für Tausende Menschen.

In den 1950er Jahren setzte deshalb eine schnelle und billige Bauweise ein, die in einer rücksichtslosen, modernen Hochbauweise im ländlichen Raum gipfelte, bei der jegliche Siedlungsgestaltung durch Begrünung sowie eine architektonische und infrastrukturelle Ausstattung unberücksichtigt blieb. In den Neusiedlungen wurden erst 6-geschossige Bauten, dann bis zu 10-geschossige Plattenbauten errichtet. Der neu hinzukommenden Bevölkerung fehlte auch bald die ländliche Beschäftigung, denn in unmittelbarer Nähe der Häuser gab es weder Gartenland noch war eine Tierhaltung möglich. Was früheren Zuzugsgenerationen als Anreiz galt, der landwirtschaftliche Nebenerwerb, hatte für diese Arbeiter kaum noch Bedeutung. *Die Arbeiter der Großindustrie wohnten in Mietshäusern und waren von einer industriellen Landschaft umgeben, von Tagebauen und Industrieanlagen. Die über Jahrhunderte bestehende enge Verbindung von Bergbau und landwirtschaftlichem Nebenerwerb war somit weitestgehend verloren gegangen.*

Die Bevölkerungsdichte nahm in den ersten Monaten nach dem Krieg schnell zu und schon 1946 lebten 290 Einwohner auf jedem Quadratkilometer. 1960 wurden bereits wieder 26 EW/qkm weniger gezählt und nach einem leichten Anstieg in den 60er Jahren, der auf den Bau eines weiteren Kraftwerkes zurückzuführen ist, war die Einwohnerdichte seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich rückläufig (1988: 238 EW/qkm). Der aus der Tabelle 56 ersichtliche sprunghafte Anstieg der Landbevölkerung nach 1945 von 30.504 auf 37.804 im Dezember 1946 (siehe Tabelle 44 und 56) muss im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Einweisungen von Arbeitern in die Dörfer gesehen werden und deshalb weniger auf den Zuwachs an bäuerlicher Bevölkerung zurückzuführen, obwohl natürlich nach 1945 auch Arbeiter in die landwirtschaftlichen Betriebe der Region kamen.

Zwischen 1946 und 1989 verringerte sich die Anzahl der Gemeinden von 89 auf 34. In nur 43 Jahren wurden 22 Ortschaften im Kreisgebiet überbaggert. Zum Rückgang an Gemeinden hatten auch die beiden Gebietsreformen 1952 und 1972 beigetragen (siehe Tabelle 54), weil dadurch ebenfalls der Anteil an ländlichen Gemeinden sowie der darin lebenden Bevölkerung zurück ging.

Im Jahr 1989 wohnte nur noch jeder fünfte Bewohner des Kreises Borna in einer Gemeinde mit weniger als 2.000 Einwohnern. Zu Beginn der Industrialisierung, also um die Jahrhundertwende bis zu Beginn der 1920er Jahre, waren es noch fast 60% gewesen (vgl. Abschnitt 4.6). Zwischen 1958 und 1964 lässt sich ein starker Rückgang der ländlichen Bevölkerung bei einer gleichzeitigen Abnahme der Bevölkerung in den städtischen Gemeinden feststellen. Diese Bevölkerungsverluste gehen größtenteils auf die Westwanderungen zurück. Dabei handelte es sich sowohl um Bauern, die den Kollektivierungsbestrebungen entgehen wollten oder aber ihre Felder an Kohlenabbau verloren hatten, als auch um Personen mit technischen und medizinischen Berufen sowie mit Verwaltungsberufen (vgl. dazu Abschnitt 7.2.3).

Die Kreisstadt Borna gewann zwischen 1946 und 1989 etwa 5.000 Einwohner hinzu, obwohl die Bevölkerungszahl im Kreis seit Ende der 1950er Jahre ständig rückläufig war. In den Außenbezirken der Stadt Borna entstanden mehrere neue Wohnviertel, d.h. Borna wurde zur Wohnstadt der Industrie- und Chemiearbeiter umfunktioniert. Im Jahr 1945 lag der Wohnungsbestand der Stadt bei 4.000 Wohneinheiten. 1951 setzte der Wohnungsbau ein und bis 1983 entstanden in Borna über 5.000 neue Wohnungen (vgl. Bilanzmaterial der Kreisstadt Borna 1984, 7f.; Wanderung durch Borna 1982). In den

80er Jahren war der Bau von weiteren 1.400 Wohnungen in den Randsiedlungen geplant. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Industriebetriebe²⁵¹ erfolgten zwischen 1962 und 1965 sowie zwischen 1975 und 1979 die umfangreichsten Neubauten (2.022 bzw. 1.600 Wohnungen, vgl. Bilanzmaterial Kreisstadt Borna 1984, 7f.). Etwa 40 % des Wohnungsbestandes –um 1980 etwa 34.000 Wohnungen– waren nach 1945 erbaut worden (vgl. Charakteristik des Kreises Borna 1978, 5).

Tabelle 56: Die Land- und Stadtbevölkerung im Kreis Borna (a= Gemeinden, b= Gesamteinwohner)

Jahr		Landgemeinden bis Einwohner					Stadtgemeinden bis EW			Verhältnis
		Gesamt	200	500	1.000	2.000	5.000	10.000	> 10.000	Land-Stadt in %
1946	a	89	22	30	15	10	7	4	1	86,5 : 13,5
	b	106.862	2.851	12.923	10.051	12.981	24.036	26.597	18.425	
		zus.: 37.804					zus.: 69.085			35,4 : 64,6
1956*	a	63	4	23	15	8	8	4	1	79,4 : 20,6
1958	a	58	1	19	18	7	8	4	1	77,5 : 22,5
	b	99.060	186	6.514	11.884	8.960	26.493	26.612	17.293	
		zus.: 27.544					zus.: 70.398			27,8 : 72,2
1964	a	53	4	20	11	7	5	5	1	81,1 : 18,9
	b	94.404	685	7.457	7.332	9.235	16.400	33.416	19.979	
		zus.: 24.709					zus.: 69.795			26,2 : 73,8
1970	a	47	3	18	9	7	3	6	1	78,7 : 21,3
	b	96.211	520	7.484	7.484	10.809	11.433	41.991	23.689	
		zus.: 26.297					zus.: 77.113			27,3 : 72,7
1976*	a	35	7		18		3	6	1	71,4 : 28,6
	b	92.203	2.997		18.206		10.292	38.761	21.947	
		zus.: 21.203					zus.: 71.000			23,0 : 77,0
1981	a	35	8		17		5	4	1	71,4 : 28,6
	b	89.646	3.239		16.325		19.143	27.572	23.367	
		zus.: 19.564					zus.: 70.082			21,8 : 78,2
1989	a	33		8	10	6	4	4	1	72,7 : 27,3
	b	85.514	2.947		7.402	8.508	15.925	26.943	23.789	
		zus.: 18.857					zus.: 66.657			22,1 : 77,9

Quelle: Sammelband 1989; Stat. TB Bezirk Leipzig 1958 bis 1972; Stat. JB Bezirk Leipzig 1977, 1982; für 1946 eigene Berechnungen für das Kreisgebiet

* Kreisgebietsreformen 1952 und 1972

Dagegen verloren die Stadtgemeinden mit einer Größe von 5.000 bis 10.000 Einwohnern nach 1970 in zunehmenden Maße Teile ihrer Einwohnerschaft. Zum einen, weil hier die Abwanderungen aufgrund der sich verschlechternden Bedingungen besonders hoch waren. Zum anderen aber auch, weil die zuvor in die größeren Siedlungen eingemeindeten²⁵² oder zu größeren Gemeinden zusammengelegten Dörfer nach und nach überbaggert wurden.

²⁵¹ Zu Beginn der 60er Jahre wurde das Kraftwerk in Thierbach errichtet. In den frühen 70er Jahren wurden die Pläne zur Drosselung der Braunkohlenförderung und -verarbeitung revidiert.

²⁵² Wie schon in den 1940er Jahren wurden vor allem jene Dörfer eingemeindet, die später abgerissen werden sollten. Damit konnte man von vornherein dem Kampf der Bewohner gegen den Abbau jegliche Aussicht auf Erfolg nehmen (vgl. dazu Abschnitt 6.3.1)

Ende der 60er Jahre war es mit dem einsetzenden Bedeutungsverlust der Kohle für die DDR-Wirtschaft in der Region zu einem Rückgang der staatlich finanzierten Zuwendungen für den Wohnungsbau gekommen. Erst Mitte der 70er Jahre setzte der Wohnungsneubau wieder verstärkt in mehreren der genannten Ortschaften ein. Obwohl also in einigen Kommunen des Kreises permanent gebaut wurde – allein zwischen 1971 und 1989 entstanden etwa 6.250 neue Wohnungen – kam es gerade wegen der schlechten Wohnungssituation immer häufiger zur Fluktuation, denn der Landkreis hatte im Durchschnitt weniger Wohnungen je 1.000 EW als der gesamte Bezirk Leipzig (Kreis Borna 421/1.000 EW; Bezirk Leipzig gesamt: 450/1.000 EW; vgl. Statistisches Bundesamt 1990)²⁵³, dies wiederum, weil ein Großteil der neu errichteten Wohnungen den Bewohnern der überbagerten Ortschaften zur Verfügung gestellt werden musste und nur in geringerem Umfang den neuen Arbeitskräften angeboten werden konnte.

Neben dem Wohnungsbau konzentrierte sich seit den 50er Jahren auch der Bau kultureller und sozialer Einrichtungen schon bald auf die Arbeitersiedlungen. Kulturbauten wie Kulturhäuser, Schwimmbäder und Sportplätze entstanden in den Arbeiterwohnstandorten, Polikliniken auf dem Gelände der Großbetriebe (vgl. Charakteristik des Kreises Borna 1979, 34). In den Dörfern wurde die vorhandene Infrastruktur dagegen immer weiter aufgegeben. Da den meisten Dörfern über kurz oder lang der Abriss bevorstand, wurde dort kein Geld mehr in den Erhalt und Betrieb sozialer und kultureller Einrichtungen bzw. in die Bezahlung des Personals investiert.

Die Poliklinik des Böhlener Werkes oder des Braunkohlenwerkes in Borna übernahmen auch die gesundheitliche Betreuung der Einwohner der umliegenden Ortschaften. Im Kulturhaus in Espenhain oder im „Kulturpalast“ Böhlen feierten nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern alljährlich ihre Feste. Die wenigen Schwimmbäder, die sich in den Arbeiterorten befanden, sollten die Flüsse und Flussarme im ländlichen Raum ersetzen, denn diese eigneten sich schon lange nicht mehr zum Baden.

Die ehemaligen Treffpunkte der Bauern, die Wirtschaften oder öffentlichen Gemeindeplätze, verfielen zusehends. Viele Gasthöfe mit Gaststube, Saal und Kegelbahn, bis zu diesem Zeitpunkt kulturelle Mittelpunkte der Bauerndörfer, wo u.a. auch die Vereinsarbeit der Bauern angesiedelt gewesen war, wurden aufgegeben. Dies führte zu einem deutlichen Verlust an örtlicher, dörflicher Kultur.

Jedes Dorf, welches dem Kohlenabbau zum Opfer fiel, zog auch einen weiteren Verlust der traditionellen Gewerbebezüge nach sich. Damit engen sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bewohner der Region gleichzeitig immer weiter auf die Industriearbeitsplätze in Kohlenabbau und -verarbeitung ein. In den Großbetrieben mussten immer mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, da immer mehr Jugendliche nach dem Lehrabschluss die Industriebetriebe wieder verließen. Allein in den 80er Jahren wurden etwa 50 % der Lehrlinge in die chemischen oder braunkohlenveredelnden Industriezweige gelenkt (vgl. Anikejew 1991, 69). Damit wurde zugleich die Lehrlingsausbildung in anderen Bereichen stark eingeschränkt, was zu einer höheren Fluktuation und zu einem generell höheren Mobilitätsgeschehen in den Arbeiterwohnorten führte als in den ländlichen Gemeinden, mit einer eher festgefügt, verhafteten Bevölkerung.

²⁵³ Die modernen Wohnungen waren mit IWC und Dusche/Bad ausgestattet, hatten aber keine moderne Heizung (vgl. Statistisches Bundesamt 1990). Die Arbeiter der Großbetriebe erhielten ein Kohledeputat, denn diesen Absatzmarkt wollten sich die Betriebe erhalten. Die Elektrizitätsarbeiter erhielten ein kaum zu verbrauchendes Stromdeputat. Ebenfalls ein altes Relikt der Privilegierung.

7.3.2 *Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft in den 1970er Jahren – „in die Kohle gehen, um Bauer zu bleiben“*

Die Veränderung der landwirtschaftlichen Arbeit sowie der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe setzten Anfang der 1950er Jahre mit den ersten Kollektivierungen ein. Die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (im weiteren LPG) der Region wurden fast alle als Typ I gebildet²⁵⁴. Die Bauern versuchten so lange wie möglich das Vieh, „*unser ein und alles*“, in individueller Haltung zu belassen, denn das brachte das Geld. Zur Bildung des LPG-Typ III kam es häufig dann, wenn mehrere Bauern eines Dorfes ihren Besitz aufgegeben hatten, um in den Westen zu gehen, oder, wenn Frauen den Hof alleine bearbeiten mussten, weil der Mann im Krieg geblieben war. „*Das waren eben die, die erst einmal rein gehen mussten (in die LPG), wirtschaftlich oder gesundheitlich*“ (Eidson 1998, 102). Die betroffenen Höfe und Grundstücke wurden zusammengefasst. Die darin Arbeitenden waren häufig einfache Landarbeiter und Umgesiedelte aus dem Osten. Den großen Privatbetrieben, d.h. Betriebe ab einer Betriebsfläche von ungefähr 10 ha, wurde es immer schwerer gemacht zu bestehen, denn sowohl Saisonkräfte als auch Knechte und Mägde sollte es in der DDR schon bald nicht mehr geben.

Die Anfänge der Kollektivierungsmaßnahmen konzentrierten sich bis gegen Ende der 1960er Jahre auf den LPG Typ I. Der Typ III wurde von den Bauern gar nicht „für voll“ genommen, „die haben so dahinvegetiert.“ (Eidson 1998, 102). Der Entschluss, Bauernhöfe mit etwa gleicher Größe im LPG-Typ I zusammenzuschließen, hieß aber immer noch in gewisser Hinsicht „weitermachen wie früher unter neuen Bedingungen“ (Eidson 1998, 103) und bedeutete einen weitest gehenden Erhalt der noch vorhandenen landwirtschaftlichen Struktur. Da aber der Zuspruch trotz dieser vereinzelt Zusammenschlüsse nur mäßig blieb, begannen etwa 1959/60 auch um Borna die Zwangskollektivierungen. Die LPG-Werber oder auch „Aufklärer“ aus den Städten und aus den Industriebetrieben übten über Wochen massiven politischen Druck auf die Bauern aus. „Sie tauchten eben immer wieder auf, sie waren allgegenwärtig.“²⁵⁵ Hinzukommende ökonomische Repressalien taten ein übriges. Gegenüber den großen Einzelbauern wurde das „Soll“ immer weiter hochgeschraubt. Gleichzeitig wurde an sie kein Dünger mehr verkauft. Ohne Dünger waren die geforderten Abgabemengen aber nicht zu schaffen. Zudem wurden ihnen die Arbeitskräfte systematisch „abgeworben“. Neue Arbeiter waren für die Landwirtschaft selten zu haben, so dass viele Bauern aufgeben mussten. Außerdem nahm der Tagebau in immer größerem Umfang und mit zunehmenden Tempo landwirtschaftliches Gebiet in Anspruch. Ohne Land konnte man aber nur noch in der LPG Typ III als Bauer tätig sein.

Solange die Grenze zu den westlichen Besatzungszonen offen gewesen war, wanderten deshalb ständig jene Bauern ab, denen die Weiterexistenz immer mehr erschwert worden war. Nach dem Mauerbau bzw. gegen Mitte der 1960er Jahre wurde der Druck auf die Bauern, sich nun im Typ III zusammenzuschließen, noch stärker. Die Forderungen des Staates, sich vom privaten Bodenbesitz zu trennen, waren erneut von gesellschaftlichen Repressalien²⁵⁶ und ökonomischer Kontingentierung begleitet. Die Abwertung des privaten Eigentums und die Hervorhebung der progressiven Stellung der

²⁵⁴ Im Jahr 1952 wurde auf der II. Parteikonferenz der SED die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion beschlossen. Zwei Typen von LPG'n wurden vorgeschrieben: in die LPG Typ I wurde lediglich das Ackerland eingebracht und gemeinsam bewirtschaftet. Im Typ III gehörten Tiere, Wirtschaftsgebäude, Geräte und Maschinen der LPG, Ackerland, Grünland und Wald wurden genossenschaftlich genutzt (vgl. Eidson 1998, 99ff.).

²⁵⁵ Ein Bauer verglich dies mit einem Belagerungszustand, denn sie waren von früh bis abends da, kamen übers Hoftor oder agitierten mit Lautsprecher vor dem Tor. In jeder Bauern-Versammlung saß ein „Horcher“ und gegenüber der anderen Bevölkerung wurden die Bauern ausgespielt und isoliert. Jedes Mittel war dabei „heilig“ (Passagen aus einigen Interviews, die im Rahmen des Breunsdorf-Projektes 1994 geführt wurden).

²⁵⁶ In der Schule mussten die Kinder der „schlechten“ Bauern wegen der Verweigerungshaltung ihrer Eltern häufig „Prügel einstecken“.

Genossenschaftsbauern im LPG-Typ III gehörten ebenso zu dieser Strategie wie die Zurückhaltung von Technik und Tierfutter für die LPGen des Typ I. Der Mangel an Arbeitskräften verstärkte sich. Ohne die entsprechende Technik konnte deshalb in der Landwirtschaft nicht mehr effektiv gearbeitet werden. Diese gab es aber wiederum nur, wenn man sich dazu entschloss, in den Typ III zu wechseln. Aus den ehemaligen Bauern der LPGen Typ I wurden dann Ende der 1960er Jahre Genossenschaftsbauern im LPG Typ III, also abhängige Arbeitnehmer. Gerade die selbständige Arbeit hatte aber über Jahrhunderte einen wesentlichen Anreiz für die Bauern gebildet, die schwere Arbeit in der Landwirtschaft auf sich zu nehmen.

Mit der Abwertung des bäuerlichen Standes ergriffen nun die Söhne der Bauern technische Berufe, obwohl sie nach der Ausbildung oftmals wieder in einer LPG arbeiteten und mitunter auch privat eine kleine Wirtschaft betrieben. Fast jedes Dorf hatte bald nur noch eine LPG, welche sowohl die Tier- als auch die Pflanzenproduktion übernahm.

„Im Sozialismus wurde immer ein Teil ... benachteiligt, um andere wieder hervorzuheben. Erst waren es nach 1945 die Rittergüter, dann waren es die Großbauern, dann waren es die Einzelbauern (im Typ I), dann waren es die Typ III“ (Eidson 1998, 106).

Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre kamen weitere Veränderungen auf die Landwirtschaft zu. Die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeit setzte ein und reduzierte den Bedarf an Arbeitskräften erheblich. Erst jetzt waren viele Bauern regelrecht gezwungen, in die Industrie zu gehen. Die LPGen wurden überörtlich zusammengeschlossen, die Tierhaltung von der Pflanzenproduktion getrennt. 1973 wurde die erste Kooperative Pflanzenproduktion des Kreises Borna in Kitzscher gebildet. Im Jahr 1975 nahm in Thräna die erste industriemäßige Anlage der Tierproduktion die Arbeit auf (vgl. Charakteristik des Kreises Borna 1978, 40). „Als das Vieh rauskam und du saßest da abends mal draußen und hörtest keine Kuh mehr, das war dann schon kein Bauerndorf mehr“ (Eidson 1998, 107).

Die überörtliche Zusammenfassung der Felder diente der industriemäßigen Bearbeitung. Die Massentierhaltung ermöglichte auch in diesem Bereich den Übergang zur industriellen Produktion. Schon Mitte der 1960er Jahre wurde in Mecklenburg eine Milchpipeline von 20 km Länge in Betrieb genommen. 200 bis 300 solcher Pipelines sollten in den nächsten Jahren folgen (vgl. Gerstner 1969, 44).

Nach der erneuten Umstrukturierungen in der Landwirtschaft hatten sich die täglichen Arbeitswege der Genossenschaftsbauern deutlich verlängert. Die Felder der überregionalen Kooperativen erstreckten sich über mehrere Gemeindefluren bis hinein in die benachbarten Landkreise und oft es gab keine Busverbindungen dorthin. Der mit dem täglichen Arbeitsweg verbundene hohe Zeitaufwand machte es nunmehr unmöglich, zu Hause Vieh zu halten bzw. für dieses Vieh etwas anzubauen. Die viel näher gelegenen Braunkohlenbetriebe boten dagegen sogar einen betrieblichen Arbeiterberufsverkehr an.

Wollte man „Bauer“ im ursprünglichen Sinne bleiben, dann ging man in die „Kohle“, um nach Feierabend auf ganz traditionelle Art seine Wirtschaft zu betreiben.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft brachte den Übergang zur Großfeldwirtschaft und zur industriellen Massentierhaltung und veränderte auch das kulturelle Leben in den Dörfern.

In den ersten 25 Jahren sozialistischer Entwicklung waren die Einschnitte in die berufliche Struktur der Bevölkerung der Region gravierender als in den vorhergehenden Industrialisierungsphasen. *Zum einen, weil der Bergbau nun „russische Dimensionen“ annahm, d.h. in extensiver und rücksichtsloser Weise bäuerlich besiedeltes Land vernichtete, zum anderen, weil die Landwirtschaft selber immer stärker zu einem Industriezweig der sozialistischen Volkswirtschaft geworden war. Durch die starke Mechanisierung der Arbeit wurden immer weniger Arbeitskräfte und auch immer weniger Personal mit landwirtschaftlichen Kenntnissen benötigt (siehe Tabelle 57).*

Zu Beginn der 1980er Jahre waren Kollektivierung und Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeit weitestgehend abgeschlossen und hatten im Zusammenhang mit dem Dörfersterben seit den 1950er Jahren nun in weiten Teilen des Kreises zu einem spürbaren Rückgang an bäuerlichen Existenzen und bäuerlicher Lebensformen geführt.

Besonders auffällig ist der Rückgang der landwirtschaftlich Beschäftigten im Zeitraum 1950 bis 1964 bzw. bis 1971, obwohl in der DDR ja erst in den 1970er Jahren die Industrialisierung der Landwirtschaft begonnen hatte.

Bereits zwischen 1950 und 1964 verringerte sich im Kreis Borna der Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 18,6 Prozent auf 3,5 Prozent. Im Jahr 1981, d.h. nach Abschluss der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Enteignung der meisten kleinen Privatbetriebe, lag deren Anteil im Kreis nur noch bei 1,5 Prozent (vgl. Sammelband 1989).

Tabelle 57: Die Struktur der Erwerbstätigen des Kreises Borna nach Wirtschaftsbereichen

	Gesamt	LW/FW	Industrie/Bau/Handwerk	Handel/Verkehr	Dienstleistungen
31.08.1950	48.353	8 032	30.874	4.402	5.045
<i>in %</i>		<i>16,6</i>	<i>63,8</i>	<i>9,1</i>	<i>10,4</i>
31.12.1964	45.429	4 468	29.487	5.058	6.416
<i>in %</i>		<i>9,8</i>	<i>64,9</i>	<i>11,1</i>	<i>14,1</i>
01.01.1971	47.792	3.485	31.924	5.348	6.153
<i>in %</i>		<i>7,4</i>	<i>64,9</i>	<i>10,6</i>	<i>16,9</i>
31.12.1981	49.807	3 247	33.076	4.779	8.705
<i>in %</i>		<i>6,7</i>	<i>66,4</i>	<i>9,6</i>	<i>17,5</i>

Quelle: Ergebnisse der VBWGZ 1971 VD; Statistisches Bundesamt 1994, Sonderreihe Heft 15, 214ff.

Neben der absoluten Zunahme der industriellen Arbeitsplätze trugen auch die angeführten Prozesse in der Landwirtschaft zur Proletarisierung der Bevölkerung bei. Das Dorf Blumroda, ursprünglich ein Ausgangspunkt der Braunkohlenförderung (vgl. Kapitel 3 und 4) wurde ab 1952 von seinen Einwohnern verlassen und kurze Zeit später als eines der ersten Ortschaften devastiert. Im Dorf gab es bis dahin einen Fellhändler, einen Obsthändler, eine Sandgrube, eine Brauerei, Bauernhöfe und Bauerngüter, ein Fuhrgeschäft, eine Käserei mit Laden, einen Kolonialwarenladen, eine Poststelle, eine Schmiede, eine Fischzucht, einen Küchen- und Haushaltgeräteladen sowie einen Laden für den Verkauf landwirtschaftlicher Geräte, ein Fahrradgeschäft und ein Möbelgeschäft, Gasthöfe, eine Fleischerei, eine Bäckerei, die Volksschule, eine Räucherei und einen Besenbinder.

In Breunsdorf, dem letzten Dorf im Kreis Borna, welches Ende der 80er Jahre mit der Vernichtung konfrontiert wurde, gab es früher einen Friseur, einen Korbmacher, einen Stellmacher, zwei Schmiede, eine Fleischerei, eine Gaststätte, eine Bäckerei, ein Fahrradgeschäft und eine Tischlerei. In vielen weiteren Dörfern des Kreises war bis zu ihrer Vernichtung durch die Kohlenwirtschaft bzw. bis zu ihrer Besiedlung mit Industriearbeitern eine ähnliche Gewerbestruktur zu finden.

Eine genauere Betrachtung der Veränderung der Beschäftigtenstruktur in den gewerblichen Bereich der DDR ist leider nur äußerst begrenzt möglich, denn 1955 erschien die letzte Untergliederung nach Arbeitsstätten in den amtlichen Statistiken. Die letzte berufliche Gliederung der Erwerbsbevölkerung existiert nur noch für das Jahr 1964 (Arbeitsstättenzählung, Berufszählung).

Tabelle 58: Betriebszählungen im Kreis Borna (a= Betriebe, b= Gesamtbeschäftigte, c= Anteil an den Beschäftigten in %)

	Landkreis Borna			Kreis Borna		
	1939			1955**		
	a	b	c	a	b	c
Braunkohlenindustrie	30	9.267*	26,9	11	19.149	41,3
Eisen-, Stahl-, Metallwaren	221	1.636	4,7	1	796	0,2
Maschinen-/ Apparate-/ Fahrzeugbau	82	441	1,3	9	1.480	3,2
Elektrotechnik/ Feinmechanik/ Optik	62	181	0,5	1	24	
Wasser-, Gas-, Elektrizitätsindustrie	22	1.817	5,3	*	-	-
Chemische Industrie	6	1.788	4,6	7	13.688	29,5
Textilindustrie	117	644	1,9	1	113	
Papierindustrie/ Vervielfältigung	59	585	1,7	5	550	
Holz-, Schnitzstoffe / Instrumente	274	805	2,1	3	99	
Nahrungs-, Genussmittelgewerbe	606	1.943	5,6	10	565	
Handelsgewerbe	1.022	2.630	7,6	-	4.570	9,8
Bekleidung, einschl. Leder/ Schuhe	813	2.767	7,3	19	2.025	4,4
Nachrichten/ Verkehr	281	1.708	4,9	-	1.776	3,8
Baugewerbe und Hilfgewerke	307	3.121	9,1	10**	1.521	3,3
<i>ohne Braunkohle/Energie/Chemie</i>	<i>5.289</i>	<i>21.500</i>	<i>62,5</i>	<i>59</i>	<i>13.492</i>	<i>29,0</i>
Gewerbe, gesamt	5.319	34.372		77	46.329	

Quellen: Stat. DR NF Bd. 568.6, 2ff. und 29ff.; Zahlen über die Entwicklung der Kreise 1955, 39ff.; Schriftenreihe der Volks- und Berufszählung 1964, Bd. 25.1., 18ff.

* mit Bergbau zusammen **nur Industriebetriebe und Beschäftigte, ohne klein- und mittelständische Unternehmen

Was den Vergleich der beiden Arbeitsstättenzählungen 1939 und 1955 betrifft, so ist an Hand der Entwicklung der ansässigen Gewerbe und der darin Beschäftigten für diesen kurzen Zeitraum eine ungeheure Veränderung der Strukturen unter dem Einfluss der Kohlenwirtschaft festzustellen. Etwa zwei Drittel aller Beschäftigten waren 1939 in den Gewerbebereichen, die nicht zur Kohlenwirtschaft zählten. Einen besonders hohen Beschäftigtenanteil hatte die Bauwirtschaft, die allerdings fast ausschließlich für die Braunkohlenindustrie tätig wurde, die Metallindustrie, das Nahrungsmittelgewerbe und das Bekleidungsgewerbe (siehe Tabelle 58). Nur 15 Jahre später arbeiteten lediglich noch 15 % der gewerblich Beschäftigten außerhalb der Kohlen-, Energie und Chemiewirtschaft. Die Chemische Industrie beschäftigte in den zwischen 1936 und 1941 errichteten Standorten (insbesondere Böhlen und Espenhain) fast 14.000 Arbeiter. Die Arbeiter des Kraftwerkes Böhlen wurden im Wirtschaftsbereich „Bergbau/Energie“ erfasst (vgl. dazu Abschnitt 2.2). In dieser Wirtschaftsgruppe befand sich schon 1955 fast die Hälfte aller Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes des Kreises (siehe Tabelle 58).

Ein gewisser Mangel des Vergleichs besteht zugleich in der unterschiedlichen Größe der jeweils gültigen Verwaltungseinheiten. 1939 wurde die Wirtschaftsstruktur des alten Landkreis Borna erfasst, die Aussagen für das Jahr 1955 beschränkten sich auf das dann kleinere Kreisgebiet Borna. Allerdings verdeutlichen die Zunahmen der Beschäftigten in den Bereichen Braunkohle und Chemie die Entwicklung auf dem Gebiet des Kohlekreises, denn fast alle Betriebe befanden sich auch schon 1939 auf diesem Territorium.

Die starken Rückgänge in allen anderen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft sind zum einen auf die verschiedenartige statistische Erfassung in den Jahren 1933 und 1955 zurückzuführen, zum anderen wurde der gesamte Klein- und Mittelstand in den Auswertungen der Erhebung von 1955 nicht berücksichtigt, d.h. dass 1955 die 2.633 Beschäftigten des Handwerks bzw. eine größere Anzahl an

Handwerksbetrieben nicht in den Vergleich einbezogen waren.

Ende der 70er Jahre arbeiteten von den rund 60.000 Beschäftigten des Kreises ca. 36.000 in der Braunkohlenindustrie. Bis zum Jahr 1989 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Braunkohlenindustrie im Vergleich zum Wachstum der vorangegangenen Jahrzehnte nur noch geringfügig an und lag bei ca. 38.000 Personen (vgl. Kabisch, Bischoff 1993, 17).

7.4 Vom nationalsozialistischen Gefolgschafter zum sozialistischen „Kumpel“ – Die Verfestigung der spezifischen Arbeiterkultur

Diesmal waren die Voraussetzungen für den Aufbau zuverlässiger Stammbesetzungen weitaus schwieriger als in den vorangegangenen Phasen, denn in den sozialistischen Betrieben war eine Privilegierung einzelner Beschäftigtengruppen (Fachkräfte und Spezialisten) nicht mehr möglich. Alle Arbeiter galten aufgrund des gesellschaftspolitischen Modells der DDR als gleich. Auch den ungelerten, einfachen Arbeitern sollten die Vorzüge des sozialistischen Verteilungsmodells in vollem Umfang zukommen.

Zu Beginn der neuen gesellschaftlichen Entwicklung waren es gerade die ehemals privilegierten Arbeiter- und Angestelltengruppen, die einen Statusverlust hinnehmen mussten und sich deshalb zurückgesetzt und ungerecht behandelt fühlten. Nach 1945 wurden ehemalige Angestellte der Großbetriebe, die als einst besonders systemtreu eingeschätzt wurden, sowie Mitarbeiter aus Leipziger Verwaltungen, Bankangestellte und Angestellte des Staatsapparates, insofern sie dort als ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht mehr bleiben konnten,²⁵⁷ von der sowjetischen Militärverwaltung in der Produktion zum Dienst verpflichtet, um die Arbeitermisere in den großen Industriewerken zu entschärfen.

Ihre „alte“ Staatstreue und ihr „alter“ Konzerngeist erschwerte es ihnen jedoch, sich auf die neuen, „sozialistischen“ Verhältnisse umzustellen (vgl. Zimmermann 1971, 156), und so wurden in den meisten Arbeitsgruppen die Anlagenbesetzungen im Verhältnis 3:1, d.h. drei Dienstverpflichtete und ein "zuverlässiger" Arbeiter vorgenommen. In Böhlen erfolgte Anfang 1946 deshalb sogar die Bewaffnung des Betriebsschutzes mit Karabinern und Pistolen. So entstand ein „wirksames Organ“ zum Schutz des wirtschaftlichen Aufbaus, denn den sowjetischen Genossen war sehr wohl bewusst, dass sie sich in den Betrieben nicht unbedingt unter „Gleichgesinnten“ befanden (vgl. Zimmermann 1971, 126ff.).

Noch 1948 waren die Spitzenpositionen sämtlicher Abteilungen des Werkes Espenhain, mit Ausnahme der von den Sowjets eingesetzten Kombinateleitung, teilweise bis zum Vorarbeiter mit ehemaligen Nationalsozialisten besetzt. In einer Übersicht von 1948 wurde etwa jeder fünfte Arbeiter des Werkes als „Faschist“ (d.h. als Person mit faschistischer Vergangenheit) ausgewiesen. In der Verwaltung, im Tagebau und im Chemiebetrieb waren 1948 zwischen 30 % und 34 %, in den Allgemeinen Nebenbetrieben und der kaufmännischen Abteilung um die 20 % ehemalige NSDAP-Mitglieder beschäftigt. Unter den Kraftwerkslohnempfängern sowie den Bauarbeitern/Bauangestellten war der Anteil mit 16%, und in den technischen Nebenbetrieben mit 13,5 % am geringsten. Je höher die Funktionsebene, desto größer war der Anteil der Mitglieder der NSDAP oder anderer nationalsozialistischer Organisationen. Dasselbe galt für die nach 1945 in Leipzig gebildete Hauptverwaltung der Aktiengesellschaft für Brennstoffindustrie. Gleich vier der leitenden Direktoren waren teilweise führende Mitglieder der NSDAP und der SS gewesen. Die wenigen sozialistisch orientierten Leiter standen somit einer breiten Front von Leitern der vergangenen Ära gegenüber, was zu Störungen im gesamten Betriebsgeschehen führte und den planmäßigen Ablauf der Produktion zusätzlich

²⁵⁷ In den Betrieben und Institutionen wurden 1947/48 Entnazifizierungskommissionen gegründet, um die aktiven und belasteten Mitglieder der NSDAP zu überprüfen. Die Mitläufer wurden eingegliedert, die anderen bestraft.

erschwerte (vgl. SAG-Akte 179). Von Seiten der neuen politischen Machthaber wurde unterstellt, dass das *Klassenbewusstsein unter den Kohlen- und Energiearbeitern weitestgehend verschüttet war und auch deshalb der Aufbau der sozialistischen Industrie nicht reibungslos verlaufen konnte*.

In die Schlüsselpositionen des Betriebes rückten deshalb "bewährte" Kommunisten auf. Politisch unbelastete Arbeiter, meist Zugezogene²⁵⁸, sollten die neuen Stammbeschaften bilden und die ideologische Stimmung in den Betrieben zugunsten der neuen sozialistischen Machthaber beeinflussen.

Die den neuen politischen Richtlinien geschuldeten sozialen und strukturellen Umschichtungen in den Großbetrieben der SAG wurden mit verdeckter Sabotage beantwortet, denn erneut setzten sich die Belegschaften zu einem großen Teil wieder aus dienstverpflichteten Arbeitern zusammen. Diese arbeiteten aber, „weil gezwungen, nur widerwillig und waren fast ohne Ausnahme von einem Gedanken beseelt, so lässig als nur möglich zu arbeiten, um auf diesem Weg zu erreichen, schnellstmöglich wieder entlassen zu werden und in der Nähe ihrer Familien einen zusagenderen Arbeitsplatz zu finden“ (SAG-Akte 179).

Die Arbeitsdisziplin ließ in dieser Zeit in vielen Betrieben der Kohlenindustrie „zu wünschen übrig“ (vgl. SAG-Akte 179).²⁵⁹ Mitunter fehlten bis zu 30 % der Belegschaften einzelner Bereiche unentschuldig. Neben den Verweigerungen von Seiten der Dienstverpflichteten und den bereits in Abschnitt 7.1 genannten Mängel an den Anlagen und der Kohlenqualität, waren vor allem fehlender Wohnraum, Unterernährung und die Knappheit an lebensnotwendigen Gütern für die mangelnde Werkstreue und die mindere Qualität der Arbeit verantwortlich zu machen.

Um die Produktionsziele zu erreichen, griff die Sowjetische Administration zunächst mit Härte durch. Trotz der Bestrafungen blieb die Arbeitsproduktivität weiterhin zu niedrig. *Der SMAD-Befehl 234 (1947) führte zu einer Lockerung und ging wieder auf die im Bergbau früher übliche Behandlung über*. Auch weitere SMAD-Befehle (323, 259) setzten mit der Aufhebung der Kriegsverordnungen für den Bergbau und der Abschaffung von Maßregelungen und Geldstrafen stärker auf die Anpassungsfähigkeit der Braunkohlenarbeiterschaft.

In den Betrieben wurden mehr Lebensmittelkarten ausgegeben, schon als Handwerker etc. bekam man die Schwerarbeiterkarte, in der Produktion die Karte für Schwerstarbeiter. Die Einführung des Leistungslohnes oder das markenfreie Mittagessen, die Verteilung von zusätzlichen Essenrationen oder Zigaretten sollten zur Verbesserung der Lebensbedingungen und damit zur Hebung der Arbeitsmoral beitragen und Arbeitsbummeleien, Diebstähle sowie Uninteressiertheit zurückzudrängen.

Besonders die technische „Nazi“-Intelligenz, in den Anfangsjahren aufgrund ihrer politischen Gesinnung zurückgesetzt bzw. vernachlässigt²⁶⁰, sollte mit zusätzlichen Lebensmittelzuwendungen, „erst mehr essen, dann mehr arbeiten“, geködert werden. Auch die Techniker und Ingenieure wurden als frühere Mitläufer der NSDAP nicht länger schlechter behandelt als andere, sondern nunmehr ausschließlich nach der von

²⁵⁸ „Mit Versammlungen, Flugblättern, .. und in persönlicher Ansprache wurden einige Dutzend Jugendliche gewonnen, welche die ersten freiwilligen Arbeitsbrigaden in Espenhain bildeten. Trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge gehörten sie zu den Pionieren des Wiederaufbaus im Kombinat Espenhain.“ (Zimmermann 1971, 133).

²⁵⁹ Wegen unerlaubtem Rauchens an den Maschinen der Schwelerei und damit Verstoß gegen den Befehl Nr. 16 wurde ein Arbeiter im Juli 1947 mit einer Geldstrafe von 20,- RM belegt. Außerdem wurde ihm das warme Mittagessen sowie alle weiteren Sondervergünstigungen für 14 Tage entzogen (vgl. SAG-Akte 179).

²⁶⁰ Die Angehörigen der Intelligenz wurden gegen ihren Willen in die geistig kulturelle Arbeit eingebunden. In einem solchen Fall hatte ein Leiter in einem Theaterstück sich selbst zu spielen, wobei er gesetzliche Regelungen umgehen musste und dies auch tat. In der Praxis hatte derselbe Leiter es abgelehnt, gesetzliche Regelungen zu übergangen. Dabei wurde er von einem in der Meisterausbildung befindlichen Arbeiter zurechtgewiesen und von der Betriebsleitung gerügt. Dieser Meister wurde später Direktor des Werkes (vgl. dazu Zimmermann 1971, 166).

ihnen erbrachten Leistung beurteilt (vgl. Sobottka 1948, 30ff.).

Der Pragmatismus siegte über die anfängliche Ablehnung der „Russenwirtschaft“ durch die nationalsozialistisch geformten Braunkohlenarbeiter, denn „das war zwar ein Russenbetrieb, der zahlte aber gut, es gab Stalinpakete und Briketts, die weiterverkauft werden konnten.“ (Interview, Seminar Wilsdorf)

Begleitet waren diese ökonomischen Maßnahmen von Appellen an eine höhere Selbstdisziplin der Kohlenarbeiter (vgl. dazu auch Abschnitt 6.4). Die „Werkstätigen“ sollten von der Partei „auf einen besseren Weg gelenkt“ werden, von „einem neuen Bewusstsein erfüllt“, sich einer „sozialistischen Arbeits-, Denk- und Lebensweise“ verpflichtet fühlen. Dieses „neue Bewusstsein“ bildete sich im gleichen Maße heraus, wie die früher gewährten Privilegien wieder eingeführt wurden (Zimmermann 1971, 166ff.).

Schnell taten sich einige Arbeiter auch wieder politisch hervor. Noch 1945 wurden von ihnen die ersten Einwohnerversammlungen in den Wohnstandorten, Wohngebieten und Wohnlagern der Braunkohlenarbeiter durchgeführt, um die dort lebenden Einwohner ideologisch auf den „neuen Kurs“ zu bringen und sie für die gesellschaftspolitischen Zielstellungen der neuen Machthaber zu gewinnen.

In den Großbetrieben begannen viele Brigaden gegen Zulagen und Vergünstigungen Sonderschichten zu fahren und an den Wochenenden sog. Subbotniks durchzuführen. Mit Hochleistungsschichten (Hennecke-Bewegung²⁶¹) in den notdürftig geflickten Anlagen sollte den Forderungen der sowjetischen Administration nachgekommen werden. Derartige Sonderschichten wurden stets nur von einigen wenigen Arbeitern initiiert, und eine wachsende Zahl der anderen Arbeiter nahm vermutlich weitaus weniger freiwillig an diesen unentgeltlichen Arbeitseinsätzen teil. An Samstagnachmittagen und Sonntagen wurden Subbotniks zur Trümmerbeseitigung geleistet, im Benzinwerk Böhlen ab Oktober 1945 sogar in einem 14-tägigen Rhythmus. Auch die Arbeiter der Fremdfirmen „beteiligten“ sich an diesen Einsätzen „freiwillig“ und fuhren deshalb nur noch alle zwei Wochen zu ihren Familien nach Hause.

Mit der am 1.1.1954 erfolgenden Übergabe des Werkes "in die Hände des Volkes" hob man die Dienstverpflichtungen für die Beschäftigten auf, und es erfolgte eine weitere Veränderung des Führungskonzeptes hin zum paternalistischen Konzept. Das Image des Kohlenarbeiters wurde u.a. durch den Spruch „Ich bin Bergmann, wer ist mehr?“ propagandistisch aufgewertet. Repräsentanten der neuen Staatsmacht besuchten die Werke, hielten Ansprachen und suchten den persönlichen Kontakt zum sozialistischen „Kumpel“. Die Auftritte hochrangiger Politfunktionäre häuften sich und die Braunkohlenarbeiterschaft erfuhr bald wieder die gleiche privilegierte Behandlung wie bis 1945. Mittels Selbstverpflichtung, durch ideologischen Druck und Agitation, versuchte man besonders junge Leute davon abzuhalten, in den Westen abzuwandern. Das offizielle Ziel bestand darin, die Stimmung unter den Kohlenarbeitern zugunsten der neuen Machthaber zu beeinflussen, sich ihrer Loyalität zu versichern.

Die Kohlenarbeiter begannen, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, so dass es kaum noch zu offenen Auseinandersetzungen kam, wenngleich passive Arbeitsverweigerungen immer noch auf der Tagesordnung standen.

Nur im Verlaufe des Jahres 1957, d.h. im Vorfeld des 17. Juni, erschwerten noch einmal Proteste, Streiks und Abwanderungen in den „Westen“ den Ablauf der Produktion (vgl. Neumann 1972, 245). In den Großbetrieben Bornas war jedoch der 17. Juni schon wieder ein fast ganz normaler Arbeitstag. Dies wohl im Wesentlichen, weil die Betriebe, insbesondere die Kraftwerke, in diesen Wochen von sowjetischen Militärkräften umstellt und gesichert wurden, um jeden weiteren Protest von vornherein zu ersticken. Die

²⁶¹ Das große Vorbild war der aus dem Ruhrgebiet ins Sächsische Steinkohlenrevier übergesiedelte Hauer Adolf Hennecke.

Proteste hatten sich in den Kohlenbetrieben ohnehin nur auf Lohnforderungen und eine gerechtere Prämienverteilung beschränkt, politische Forderungen wurden dagegen auch diesmal nicht erhoben. Die Erfüllung der materiellen Forderungen wurde seitens der DDR-Regierung umgehend zugesichert. Die Realisierung dieses Versprechens ließ jedoch lange auf sich warten, was wiederum den Unmut unter der Belegschaft steigerte. Die Produktionsergebnisse verschlechterten sich erneut und die Fluktuation nahm zu. Besonders die „alten“ Espenhainer erinnerten sich zu diesem Zeitpunkt gern an die frühere Zeit, als ihre Arbeit noch besser belohnt wurde.

Nach dem „Mauerbau“ im August 1961 wurden die Forderungen an die Arbeiterschaft, sich zu fügen, restriktiver. Die Brigaden der sozialistischen Arbeit und die Staatstitelträger übernahmen mit Unterstützung der SED die „Führung“ in den Großbetrieben. Persönliche und kollektive Verpflichtungserklärungen, die mehr als nur eine einfache Zustimmung zur politischen Linie beinhalteten, waren die „Früchte“ dieser „richtigen“ politischen Arbeit.

Ab August 1961 wurde wieder deutlich stärker auf mehr Disziplin und Ordnung gedrängt. Parteikontrollen, „klassenmäßige“ Auswertung von Störungen sowie politische und fachliche Erziehungsarbeit von oben nach unten waren wichtige Instrumente der Betriebsführung, um die Leitungstätigkeit auf allen Ebenen zu verändern. *„Endlich“ sollte wieder der Gedanke der Kollegialität Fuß fassen und „menschliche Beziehungen“ zwischen „oben und unten“ hergestellt werden* (vgl. VEB-Akte 124). *Nach der Befehlswirtschaft in den 1940er Jahren war es immer noch nicht gelungen, an den Gemeinschaftsgedanken vorangegangener Perioden anzuknüpfen.* Der ostdeutsche Kohlenarbeiter hatte die harte Behandlung durch die russischen Besatzer immer noch nicht vergessen.

Als „Schwachstellen“ traten besonders die Meister in Erscheinung, deren politische Führungstätigkeit offensichtlich auch zu dieser Zeit noch „zu wünschen übrig ließ“. Und die „klassenmäßige“ Untersuchung von Havarien und Störungen in den Espenhainer Anlagen brachte die unter ihnen offiziell bereits vermuteten „Überreste bürgerlicher Denkweisen“ zum Vorschein. Die ökonomische und gesellschaftliche Stellung des Meisters war aber aus offizieller Sicht sehr bedeutend, deshalb musste er auch in politischer Hinsicht unbedingt zuverlässig sein.²⁶² Die Erfolge der nun einsetzenden „Umerziehung“ der Meister zeigten sich schon bald in einem verringerten betrieblichen Störgeschehen. „Endlich“ hatten auch die Meister den Zusammenhang von sozialistischer Politik und Ökonomie „begriffen“, so dass die Planvorgaben nun am Jahresende stets überboten wurden.

Neben der Aufgabe, die vorgegebene ökonomischen Zielstellungen zu erreichen, wurde den Meistern nun wieder eine ganze Reihe „ehrenamtliche“ Aufgaben übertragen, wie die Absicherung der Kampfbereitschaft der Hundertschaften des Bereiches Bergbau, die Bildung von Ordnungsgruppen der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die Delegierung von Jugendlichen zur Nationalen Volksarmee (NVA) sowie die Bereitschaft der Belegschaft in der Organisation des Luftschutzes mitzuarbeiten (vgl. VEB-Akte 124).

Die Arbeitergeneration der 1970er Jahre war schon überwiegend in der DDR aufgewachsen und hatte demzufolge eine andere Sicht auf die „Dinge“, die durch das sozialistische Bildungs- und Erziehungssystem geprägt war. Partiiell war es gelungen, aus den Folgegenerationen der seit den 30er Jahren ansässig gemachten Arbeiter neue sozialistische Stammbelegschaften aufzubauen, wie z.B. in den Bereichen Instandhaltung und Verwaltung. In einer Erhebung Anfang der 80er Jahre²⁶³ gaben etwa 60 %

²⁶² Dies war z.B. ein Grund dafür, warum die Meister immer um einiges besser bezahlt wurden als Ingenieure und ingenieurtechnisches Personal, die meistens eine Fachschulausbildung, manchmal sogar eine Hochschulausbildung absolviert hatten. Die Meister nahmen dagegen an betriebsinternen Lehrgängen teil.

²⁶³ Vgl. Abschnitt 7.2.4, Studie zur „Mobilität der Landjugend“ des Zentralinstitutes für Jugendforschung Leipzig.

der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Bereichen Bergbau, Energie und Chemie an, dass der Vater schon als Facharbeiter oder Meister in der volkseigenen Industrie des Kreises gearbeitet hatte. Fast 14 % der Väter waren jedoch auch noch in der Landwirtschaft tätig gewesen. Die Tätigkeitsbereiche der Mütter der Jugendlichen waren weitaus differenzierter (vgl. Abschnitt 7.2).

Man arrangierte sich mit dem System, trotz der immer wieder spürbaren Vernachlässigung von Seiten der Politik, denn die überdurchschnittliche Bezahlung, die Sonderzuwendungen und eine selbst für sozialistische Verhältnisse in der DDR außergewöhnlich umfassende soziale Betreuung blieben erhalten.

Die Betriebe, eigentlich für Sicherheit, Gesundheit und ordnungsgemäße Besetzung der Anlagen zuständig, betrieben einen immer höheren personellen und finanziellen Aufwand, um den Forderungen der Belegschaften nach sozialen Verbesserungen nachkommen zu können, denn nur so waren Fluktuationen zu vermeiden bzw. neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Die Betriebsleitungen kümmerten sich nicht nur um die Erhöhung der Betriebsergebnisse, sondern auch um eine ganze Reihe von sozialen Fragen wie die Arbeiterversorgung, den Berufsverkehr, die Wohnraumversorgung bzw. die kulturellen oder gesundheitlichen Belange der Arbeiterschaft.

Als zentrales Problem galt hierbei die Wohnungsversorgung (vgl. Abschnitt 7.3.2), aber auch der Arbeitertransport zählte zu den größten Problemen der Industriebetriebe (vgl. dazu Gerdes, Bischoff u. a 1997, 68ff.). Insbesondere weil die schlechten Verbindungswege keinen reibungslosen An- und Abtransport zuließen, konnte es jederzeit zu einer Gefährdung der Produktion kommen.²⁶⁴ Von den etwa 6.000 Beschäftigten des BV Espenhain pendelten 95 % aus anderen Ortschaften ein. Zum Einzugsbereich des Betriebes gehörten mehr als 150 Ortschaften mehrerer Bezirke. Bis weit in die angrenzenden Kreise Geithain, Grimma, Altenburg und Zeitz hinein verteilte sich die Arbeiterschaft über die Dörfer.

Das Resultat der ideologischen Umorientierung seit den 50er Jahren und die trotz einiger Qualitätsmängel umfassende soziale Betreuung schuf erneut eine in weiten Teilen obrigkeitsorientierte, politisch loyale, „zuverlässige“ Arbeiterschaft. Die überdurchschnittlichen sozialen Zuwendungen und die materiellen Besserstellungen wurden ein weiteres Mal entsprechend „honoriert“, mit Loyalität dem System gegenüber. An einem der entscheidenden Ereignisse im Herbst 1989, der Montagsdemonstration vom 9. Oktober, standen in Leipzig die zu Kampfgruppen formierten Arbeiter aus Böhlen und Espenhain den Leipziger Demonstranten direkt gegenüber. Die Staatssicherheit hatte u.a. drei Hundertschaften Kampfgruppen aus den Kohlenbetrieben für den Einsatz gegen die Demonstranten angefordert, weil man von offizieller Seite sicher war, auf deren Gehorsam vertrauen und somit leichter gegen die Demonstranten operieren zu können. *Das „Stillhalte-Abkommen“ zwischen oben und unten hatte seit Jahrhunderten funktioniert und den Arbeitern des Bergbaus immer sichtbare Vorteile gebracht.*

7.5 Zusammenfassung der Entwicklungen zwischen 1945 und 1989/90 – industrieller Bergbau und großindustrielle Verarbeitung

Ein weiteres Mal hatten politische Ereignisse die wirtschaftspolitischen Entscheidungen bestimmt. Noch stärker als zuvor legten internationale Entwicklungen den Verlauf der regionalen Wirtschaftsentwicklung fest. In den über 40 Jahren sozialistischer Industrieentwicklung unterlag die Region weiterhin der

²⁶⁴ Um dies zu verhindern wurde nach 1945 für den Industriekomplex Böhlen eine Notbelegschaft eingerichtet. 150 Werksangehörige wurden kostenlos in einem nahen Lager einquartiert. Für sie gab es eine Reihe von Vergünstigungen, Trennungsgeld wurde gezahlt, zusätzliche Berechtigungsscheine für Zigaretten und Textilien ausgegeben. Später wurde zwischen Böhlen und Kiritzsch eine zusätzliche Haltestelle der Reichsbahn eingerichtet, und es erfolgte der Bahnausbau der demontierten Strecken zwischen Zwenkau und Böhlen aus Schrott und Trümmerhaufen, so dass die Beschäftigten leichter ins Werk gelangen konnten.

wirtschaftlichen und politischen Willkür des Staates (vgl. Abschnitt 7.1). In den 70er Jahren fand der Kreis Borna als Zentrum der Berg-, Energie- und Chemiearbeiter und als industrielles Ballungszentrum Eingang in die Literatur. Drei Braunkohlenkombinate hatten ihren Sitz im Gebiet. Die Jahresförderung der acht Tagebaue betrug mittlerweile 60 Mill. Tonnen. Die Kohle wurde in 13 Brikettfabriken, zwei Großkraftwerken, 8 Industriekraftwerken und zwei chemischen Großbetrieben verarbeitet. Etwa 80 % der besonders karbochemischen Erzeugnisse, deren Erzeugung drastische Umwelt- und Gesundheitsbelastungen hervorrief, wurden in den Industriebetrieben des Kreises Borna hergestellt.

In Abhängigkeit von den jeweils ökonomischen Strategien aufgrund der sich national und international verändernden Rahmenbedingungen waren nach dem Krieg auf unterschiedliche Weise verschiedene Erwerbstätigengruppen rekrutiert worden (vgl. Abschnitt 7.2). Neben Umsiedlern aus den Ostgebieten und Arbeitern aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit erfolgten anfangs wiederum Dienstverpflichtungen. In der Nachkriegszeit übernahmen immer mehr Frauen die Arbeit der Männer in den Produktionsbereichen. Seit den 1950er Jahren übernahm die staatliche Lehrlingsausbildung immer häufiger die Aufgabe, Jugendliche in die Kohleindustrie zu lenken. Flächenentzug, Kollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft zwangen spätestens seit den 70er Jahren die Söhne der Bauern zur Arbeit in den Industriebetrieben.

Zur raschen Produktionsausweitung gezwungen, entstanden in den Großbetrieben in den 50er und 60er Jahren „bunt zusammengewürfelte Belegschaften“ und der „Mangel an ausgebildeten Spezialkräften“ stellte zu dieser Zeit eine grundsätzliche Schwäche in der Struktur vieler Betriebe dar (vgl. Abschnitt 7.4).

Der Trend, vor allem Männer anzusiedeln, deren berufliche Qualifikation und berufliche Erfahrungen kaum eine Rolle spielten, setzte sich auch nach 1945 weiter fort. *Im Vordergrund der Ansiedlungspolitik stand wie bisher ein rein quantitativer Aspekt*, um die große Zahl der wenig anspruchsvollen Arbeitsplätze in der Großindustrie besetzen zu können (vgl. besonders Abschnitt 7.2.1).

Im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung kam es bis zum Ende der 80er Jahre zu einem nochmals deutlichen Verlust an alternativen Erwerbszweigen, an landwirtschaftlichen Betrieben und Kleingewerbe, d.h. zu einem weiteren Verlust an wirtschaftlichen Traditionen, die nicht auf dem Bergbau beruhten. *Die stetige Zunahme der Erwerbstätigen in der Braunkohlenindustrie, die parallel zu einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang seit den 60er Jahren verlief, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Berufsstruktur im Kohlekreis immer homogener geworden war* (vgl. Abschnitt 7.3).

Die Region wurde 1990 nicht nur zum wirtschaftlichen sondern aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Struktur der Einwohner auch zum „sozialen Notstandsgebiet“ erklärt. Nach etwa 60 Jahren industrieller Entwicklung bewohnten vor allem gering bzw. einseitig qualifizierte Arbeiter die Region. Die Industriearbeiterschaft, zu Tausenden in die Region geholt, verblieb nun hier, denn „draußen herrscht jetzt die Ellenbogengesellschaft und man versucht, sich vor der Ellenbogenmentalität zu schützen, indem man zusammen rückt. Hier ... geht das, weil wir ein besonderer Menschenschlag sind. Die Menschen hier kommen aus allen möglichen Gegenden. Die Kohle hat sie zusammengebracht“ (Interview aus dem DFG-Projekt 1992).

Die Arbeiterschaft war zudem in weiten Teilen Handlungsunfähig, weil sie bisher immer umsorgt und „gepflegt“ worden waren, so dass sie sich nun plötzlich allein gelassen sahen. Anlässlich einer Bergparade in Freiberg, an der auch die „Kumpel“ aus der Braunkohlenindustrie Bornas teilnahmen, wurde deshalb die weitere Fürsorge von Seiten des Staat eingefordert (vgl. LVZ v. 22.7.96; Abschnitt 7.2 bis 7.4).

8 Mobilität von Arbeitern der Großindustrie – „ich wollte erst einmal sehen, was sie mir anbieten“

Im betrachteten Fall hatte das Vorhandensein eines Rohstoffs zur Einführung entsprechender Förder- und Verarbeitungstechnologien geführt und so einen wesentlichen Auslöser für den Beginn der lokalen Industrialisierung dargestellt. Die Umsetzung der technischen Möglichkeiten zur industriellen Verarbeitung der Braunkohle erforderte einen entsprechenden Kapitaleinsatz und somit andere Organisationsstrukturen. Die mittelständische Wirtschaft leitete zwar vor der Jahrhundertwende die bergbauliche Entwicklung ein, war aber schon bald den wachsenden wirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die ersten Schürf- und Abbauersuche durch die Grundeigentümer der Umgebung mündeten Jahrzehnte später in eine ausgesprochen (staats-)monopolistische Form der Braunkohlenwirtschaft. Die Großunternehmen der Region gehörten zur Elektrizitätswirtschaft und Karbochemie und wiesen aufgrund ihrer Entstehung während und zwischen den beiden Weltkriegen sowohl einen für die damalige Zeit „anormalen Aufbau“ als auch spezifische soziale Strukturen auf (vgl. auch Eichhorn 1926, Einleitung).

In quantitativer und qualitativer Hinsicht erfuhr der Braunkohlenbergbau südlich von Leipzig drei Formungsphasen: Eine erste Phase setzte nach 1860 ein und endete zu Beginn dieses Jahrhunderts (vgl. Kapitel 3 und 4), eine zweite Phase begann während des ersten Weltkrieges, eine dritte nach der Machtergreifung Hitlers. Der Aufbau der Großindustrie endete in den 1940er Jahren (vgl. Kapitel 5 und 6). Später war nur noch eine „Nachprägung“ zu verzeichnen (vgl. Kapitel 7; Bohl 1987, 2; Barthel 1960, 195). Gleiche Entwicklungsphasen gelten für die Herausbildung der Braunkohlenarbeiterschaft. Wobei hier natürlich beachtet werden muss, dass sich paternalistische Fürsorge und materielle Besserstellung, die beiden wesentlichen Faktoren im Herausbildungsprozess, in den späteren Phasen aufgrund der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung eher noch verstärkt hatten.

Diese zeitlichen Phasen korrespondierten mit einer zunehmenden Inanspruchnahme des Raumes durch den Kohlenabbau und die Kohleverarbeitung. Im Verlauf der ersten Phase wird das Gebiet um die Stadt Borna vom Braunkohlenabbau verändert. Während der zweiten Phase wird das Gebiet um Böhlen einbezogen. Und schließlich breitete sich die Braunkohlenindustrie auch in der Gegend um Espenhain stark aus (vgl. Anhang, Karte 2). Obwohl die jeweils in der davor liegenden Phase einbezogenen Standorte an Bedeutung verloren, wurde auch dort weiter produziert, erfolgten weitere Ansiedlungen und somit auch eine weitere räumliche Ausdehnung.

Der Aufschwung des Gebietes um Borna zur Industrieregion und ihr Niedergang war im wesentlichen auf die zwischen 1910 und 1970 getroffenen zentralen politischen Entscheidungen zurückzuführen (vgl. Kapitel 5 bis 7). Die Region bekam durch die Politik wirtschaftliche Aufgaben zugewiesen, mit deren Übernahme der Verlust regionaler Eigenständigkeiten verbunden war.

Während die merkantilistische Politik nur jene, auf den internen Voraussetzungen beruhenden regionalen Unterschiede wie fruchtbare Böden oder Bodenschätze durch politische Begünstigungen ergänzte (Manufakturkapitalismus; vgl. Zang 1978, 59) und auch in der konkurrenzkapitalistischen Phase häufig noch an diese interregionalen Entwicklungsunterschiede angeknüpft und deren Entwicklung unter anderen politischen und ökonomischen Bedingungen fortgesetzt wurde, bestimmte im Zuge der Nationalisierung nach 1871, d.h. nachdem immer mehr Regionen in ein System von Abhängigkeiten von den bereits bestehenden wirtschaftlichen Zentren eingegliedert wurden (Zang 1978, 64), nun oftmals nationale Interessen die Entwicklung von bis dahin autonomen Wirtschaftsräumen. Die enorme Zunahme der national-staatlichen Eingriffe führte um die Jahrhundertwende zur Monopolisierung der Wirtschaft und brachte zugleich in einigen Zentren Deutschlands eine enorme Konzentration und Überakkumulationen, die wiederum zur territorialen Ausweitung und Verlagerung der Produktion sowie

zur Einbeziehung weiterer, bis dahin ländlicher Provinzen in einen bereits weit fortgeschrittenen Industrialisierungsprozess bewirkte. In dieser Phase entwickelte sich auch die Amtshauptmannschaft Borna zum Industrierevier.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Braunkohle im Revier begann um die Jahrhundertwende und korrespondierte mit dem Niedergang der stark gewerblich strukturierten Gebirgsregionen in Sachsen. Nach dem endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der dort angesiedelten mittelständischen Industrien infolge des ersten Weltkrieges war der Aufbau der Braunkohlenindustrie nicht mehr aufzuhalten.²⁶⁵ Häufig wurde die Notwendigkeit des industriellen Aufbaus sozial begründet. Der dauerhafte Verlust von gewerblichen Arbeitsplätzen sollte durch den Aufbau neuer Industrien kompensiert werden. Umfang und Struktur der wirtschaftlichen Neuansiedlungen wurden entscheidend vom hohen Grad der in existentielle Not geratenen Erwerbsbevölkerung der Gebirgsregionen diktiert.

Zugleich stand das Land Sachsen, in vorliegenden historischen Betrachtungen übereinstimmend als erstes Industrieland Deutschlands charakterisiert (Kiesewetter 1980, 307ff.; Fischer 1972, 465ff.; Forberger 1956, 3ff.), unter dem Zwang, Hochleistungsindustrien wie die Elektro- und Chemieindustrie anzusiedeln, um einige der, an die rheinländische Wirtschaft verlorenen wirtschaftlichen Führungspositionen zurückzugewinnen.²⁶⁶ Auch dadurch war die mittelständische Wirtschaft des Landes zu einer stärkeren Konzentration und Ausweitung gezwungen.

Auch im sächsischen Braunkohlenbergbau bestand noch bis zum ersten Weltkrieg eine starke räumliche Zersplitterung, eine Vielzahl von Kleinbetrieben sowie eine verlangsamte Vergesellschaftung und Betriebskonzentration. Dies war Ausdruck und Folge der auch dort bestehenden mittelständischen Gewerbetradition, einer entsprechenden Förderpolitik des sächsischen Staates und des seit 1868 geltenden Grundeigentümerrechtes sowie der allgemeinen Kapitalschwäche der sächsischen Industriellen.

Das geringe Kapitalvermögen der sächsischen Unternehmen sowie das Fehlen großer Bankhäuser führten primär zur Bildung der für Sachsen spezifischen, staatlichen Wirtschaftsmonopole. Nicht die Privatwirtschaft wie im Rheinland, sondern der Staat wurde um 1915 zum Aufbau und Betreiben der gigantischen Anlagen der Elektro- und Energiewirtschaft gedrängt. Nach dem 1. Weltkrieg wurde in Sachsen die „Sozialisierung“ der Energiegewinnung „aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen“ gefordert und in der Braunkohlenwirtschaft relativ rasch umgesetzt (vgl. Kapitel 5). Sozialisierung

²⁶⁵ Für die im 15. Jahrhundert beginnende vorindustrielle Entwicklung Sachsens spielte die Braunkohlenwirtschaft keine Rolle (vgl. Forberger 1958; Geldern-Crispendorf 1933; Lehmann 1952). Träger der sächsischen Manufakturentwicklung waren das Textilgewerbe und der Bergbau des Erzgebirges (Erze, Farben, Silber). Der Braunkohlenbergbau setzte in Sachsen in der Zeit des Niedergangs des sächsischen Manufakturwesens im frühen 19. Jahrhundert ein und verstärkte sich nach der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die mit Macht einsetzende Industrialisierung der noch vorhandenen Manufakturen.

²⁶⁶ Die früher als in allen anderen deutschen Ländern einsetzende Industrialisierung wurde maßgeblich durch den Verlust bevölkerungsarmer landwirtschaftlicher Gebiete an Preußen und den gleichzeitigen Verbleib der bevölkerungsreichen (Berg-)Regionen durch den Wiener Vertrag von 1813 ausgelöst. Um die verbliebene, vorwiegend gewerblich tätige Bevölkerung ernähren zu können, mussten Nahrungsmittel importiert werden. Um diese importieren zu können, mussten andere, gewerblich produzierte Waren zum Tausch angeboten werden. Aufgrund der extensiven Akkumulation musste sich der Umfang der Industrieproduktion und der Anteil der darin Beschäftigten immer weiter erhöhen (vgl. dazu u.a. Kiesewetter 1986, 314ff.). Die in den verbleibenden Gebieten bereits seit dem Mittelalter gewachsene gewerbliche Struktur der Wirtschaft und Erwerbsbevölkerung (Hausindustrie, Manufakturen; vgl. Forberger 1958) begünstigten und beschleunigten die Industrialisierung bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

Schon vor der Jahrhundertwende verlor diese klein- und mittelständisch orientierte, vornehmlich Konsumgüter produzierende Wirtschaft mehr und mehr ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der stark mechanisierten englischen Industrie. Zugleich fanden andere deutsche Regionen, insbesondere das Rheinland, schneller Anschluss an die industrielle Entwicklung, weil dort andere Branchen, andere Betriebsgrößen und auch andere Eigentumsformen favorisiert wurden. Sachsen hatte um die Jahrhundertwende seine industrielle Führungsrolle verloren. Nach dem ersten Weltkrieg entwickelte sich Sachsen sogar zum sozialen und wirtschaftlichen Notstandsgebiet innerhalb Deutschlands, denn den vielen kleinstrukturierten Industrieregionen waren aus Konkurrenzgründen und infolge des Krieges die wichtigsten Absatzgebiete verloren gegangen (vgl. Kapitel 5).

bedeutete, dass der Staat über alle Bodenschätze verfügte und die Betriebe zu Staatsbetrieben wurden oder weiter unter staatlicher Kontrolle standen, wodurch den Beschäftigten *ein hohes Maß an sozialer Sicherheit geboten, zugleich aber auch ein hohes Maß an Verpflichtungen gegenüber dem Staat abverlangt wurde.*

Nach dem finanziellen Bankrott des Staates um 1922/23 wurde der wirtschaftliche Aufbau ab 1924 mit Hilfe amerikanischer Kapitalien fortgesetzt, jedoch zu den Bedingungen der Amerikaner. Bald wurde in überdimensionierten Betrieben nach den strengen Regeln der tayloristischen Rationalisierung gearbeitet, d.h., dass die Organisations- und Arbeitsstrukturen des „Ford’schen Arbeitssystems“ übernommen wurden (vgl. Kapitel 5; Saitzew 1930; Pach 1974).

Willkür (Kohleregal von 1916, vgl. Kapitel 5) und *unternehmerische Profitgier des sächsischen Staates* in Gestalt der Aktiengesellschaft Sächsischer Werke bildeten den Ausgangspunkt für die Entmündigung der Region. Dabei konnten die eher selbstsüchtig-ökonomischen Motive des wirtschaftlichen Auf- und Ausbaus aufgrund der krisenhaften Entwicklungen in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg sehr leicht als altruistisch-soziale verkleidet werden, denn die Bevölkerung der Niedergangsregionen fand häufig nur in den neuen Großbetrieben Mitteldeutschlands eine Beschäftigung. Die Übernahme des Energiesektors durch amerikanisches Kapital führte zum Eindringen fordistischer Elemente in die Arbeitsorganisation. Der Produktionsablauf wurde durch tayloristische Normen geregelt.

Auch die weitere Erschließung und Verarbeitung des Rohstoffs Braunkohle im Revier durch den faschistischen Staat, die vor allem der Vorbereitung des Krieges dienten, trugen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Sachsen bei und konnten demzufolge, trotz der eindeutig kriegswirtschaftlichen Ursachen, wiederum mit sozialen Argumenten gerechtfertigt und so auch gegen den Willen der einheimischen Unternehmen sowie der kommunalen Vertreter durchgesetzt werden (vgl. Abschnitte 6.3 und 6.7). An der Organisationsform des Großbetriebes wurde ebenso festgehalten, wie am zugrunde liegenden Arbeitssystem. Mit der erneuten Vergesellschaftung des Braunkohlen- und Energiebereiches trat der Fordismus der 20er Jahre nunmehr als „Staatssozialismus“ auf (vgl. verschiedene Beiträge im Sammelband von Bittner, Brüning 1995; Leborgne, Lipietz 1994).

Seit der Jahrhundertwende waren in den Braunkohlenbetrieben der Region kontinuierlich Strukturen und Beziehungen geschaffen worden, an denen die Befehlswirtschaft sozialistischer Prägung nach 1945 leicht anknüpfen konnte.

Die Genese der regionalen Braunkohlenindustrie wurde nach der Jahrhundertwende von wirtschaftlichen und sozialen Krisen, von Kriegen und später von der Amerikanisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie den politischen Auseinandersetzungen begleitet. Den industriellen Zustand repräsentierte bald schon eine einzige Branche und dort wiederum nur einige gigantische Industriekomplexe.

Das Spezifische im Entwicklungsprozess war die *enge Verflechtung von staatswirtschaftlicher Entmündigung und großindustrieller Entwicklung*, die zu einer Kontinuität der Entscheidungen gegen die Region – für die Nation führte (Königreich Sachsen, Deutsches Reich, „Drittes Reich“, DDR). Als die beiden *wesentlichen Säulen des Industrialisierungsprozesses* der Region können *Fremdbestimmung und das großindustrielle Modell* hervorgehoben werden.

In der Gegenüberstellung mit dem spontanen endogenen Typ regionaler Industrialisierung, hervorgegangen aus einer vorhandenen merkantilistischen Wirtschafts- und Sozialstruktur, zeigte sich in diesem Fall eine ausschließlich *exogene Stimulation*, die *eine Revolutionierung des bestehenden Wirtschaftssystems* auslöste. Der Anstoß zur Industrialisierung kam ebenso von außen wie alle anderen Faktoren: vom Kapital und damit Eigentümer bis hin zum Arbeiter. *Staatliche Industriepolitik trat an die Stelle der traditionell mittelständischen Wirtschaftsbeziehungen und schuf monopolistische*

Industriestrukturen, die den Raum in die Krise führen sollten.

Die schrittweise Herausbildung der industriellen Ballung war mit einer entsprechenden *Zunahme der Wohnbevölkerung und der Anzahl der Erwerbstätigen* sowie einer *raschen Urbanisierung des ländlichen Raumes* parallel verlaufen. Während die mittelständische Industrie den überwiegenden Teil ihrer gewerblichen Arbeiter in der Region vorfand, musste die Mehrzahl der Arbeiter für die Tätigkeiten in der Großindustrie aus anderen Regionen zugeführt werden. Das Braunkohlenrevier Borna war, wie der gesamte mitteldeutsche Raum, über einige Jahrzehnte hinweg bevorzugte Einwanderungsregion für die Bewohner der strukturschwachen sächsischen Regionen, der ländlichen Gebiete Bayerns sowie einiger preußischer Ostprovinzen wie Schlesien.

Die Zuwanderungen einer jungen Bevölkerung in das Gebiet während der Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs stellten zunächst einmal ein positives Entwicklungskriterium dar, denn im Vorhandensein eines hohen Anteils an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen drückt sich im allgemeinen Verständnis eine wirtschaftliche und soziale Attraktivität oder Überlegenheit einer Region aus.

Allerdings kam es nach der Jahrhundertwende immer wieder zu derartig umfangreichen Zuwanderungen in die sich industrialisierenden Teilgebiete des Kreises, dass der Anteil an jungen männlichen Erwerbspersonen in einzelnen Phasen außergewöhnlich hoch war, so dass *sowohl der unmittelbare demographische Einfluss auf die bestehende Sozialstruktur als auch die sozialen Spätfolgen ihrer Ansiedlung ein spezifisches, völlig von der Braunkohlenindustrie geprägtes soziales Gefüge schufen*²⁶⁷. So ist festzustellen, dass in den Zuwanderungen und der damit verbundenen Verjüngung der Wohnbevölkerung keine längerfristig positive Entwicklung zum Ausdruck kam, weil dadurch ein struktureller „Schwellenwert“ überschritten wurde. Durch die Überschreitung eines bestimmten quantitativen Maßes verbanden sich mit den individuellen Zuwanderungen gesellschaftlich relevante, qualitative Veränderungen in der Sozialstruktur und der sozialen Schichtung der Region. Die Überlagerung des vorhandenen Sozialsystems zerstörte auch kulturelle Eigenheiten, aus denen die Region über Jahrhunderte ihre wirtschaftlichen Stärken gezogen hatte (vgl. Kapitel 3).

Die Veränderungen im Hinblick auf die berufliche Struktur oder die Vereinsbildung im Revier seit der Jahrhundertwende belegen, auf welche Weise der Braunkohlenbergbau und die braunkohlenveredelnden Industrien dem ursprünglichen sozialen Gefüge und Verhalten ganz neue, eigene Züge aufgeprägt hatten (vgl. einzelne Abschnitte in den Kapiteln 4 bis 7).

Die räumlichen Arbeitsplatzwanderungen hatten darüber hinaus einzelne soziale Gruppen stärker als andere erfasst und somit auch *die Bevölkerungsstrukturen am Zielort in dieser Hinsicht entsprechend verändert*. Die soziale Zusammensetzung der *hinzukommenden Arbeiterschaft* änderte sich im Zeitverlauf, und zwar in dem Maße, wie mit der andauernden Vergrößerung der Betriebe der Mechanisierungsgrad stieg und die Anzahl an einfachen Arbeitsplätzen zunahm.

Der berufliche Einsatz des Braunkohlenarbeiters verlagerte sich im Industrialisierungszeitraum vom entsprechend ausgebildeten Arbeiter im Tiefbau bis hin zum Maschinisten und Anlagenfahrer in der mechanisierten Großindustrie. Die Einführung der modernen Technik und die arbeitsteilige Massenproduktion bewirkten eine relative Zunahme der ungelernten Arbeiter, die nur noch geringe

²⁶⁷ Begonnen hatte die soziale Umwandlung mit den Zuwanderungen um die Jahrhundertwende, als die ersten Kapitalien aus den umliegenden Städten in die Region flossen. Die Arbeiter mussten für den Braunkohlenbetrieb in anderen Regionen angeworben werden, weil die einheimischen Landarbeiter lange Zeit die Arbeit in der Braunkohle als nicht attraktiv genug ansahen. Zwischen 1900 und 1915 veränderte sich mit dem Zuzug von Fabrikarbeitern und Bergleuten zunächst nur die soziale Zusammensetzung in einzelnen Ortschaften oder kleineren Gebieten, wo das Bevölkerungswachstum z.T. mehr als 200 % betrug, so dass die neuen Einwohner nur dort eine dominierende Stellung einnahmen. Das spätere Kreisgebiet Borna war jedoch bis in die späten 1920er Jahre noch von Landwirtschaft und Kleingewerbe geprägt.

Anforderungen im Hinblick auf das Fertigungsvermögen zu erfüllen hatten (vgl. Beckerath u.a. 1956; 225; Ipsen 1991, 149ff.).

Mit dem Wechsel zur *großindustriellen Fertigung* erfolgte deshalb in gewisser Weise die berufliche und qualifikationsbezogene Gleichschaltung der Beschäftigten, was zur weiteren Verfestigung jener, durch die Struktur der Migration hervorgerufenen sozialen Homogenisierung beitrug.

Während das auf die Zuwanderungen zurückgehende *Bevölkerungswachstum* die *rasante Entwicklung der bergbaulichen Produktion im Revier veranschaulicht*, gibt die Struktur dieser Wanderungen Auskunft darüber, um welche Bevölkerungsgruppen es sich handelte, woher und aus welchen Gründen sie zugewandert waren. Die Industrialisierung initiierte nicht nur die massenhafte Mobilität von Arbeitern, sondern bestimmte durch die Struktur der Zuwandernden und die Art ihrer Ansiedlung im Wesentlichen auch die soziale Struktur der „neuen“ Wohnbevölkerung.

Neben diesen mehrfachen Einflüssen der Wanderungen auf das soziale Gefüge trugen auch jene, nach langen Vorbehalten seit den 1920/1930er Jahren erfolgten *Wechsel der einheimischen Landbevölkerung in die Kohlenindustrie* zur Veränderung bei. Oftmals lenkte der anhaltende Wegfall von bis dahin bestehenden Arbeitsmöglichkeiten, die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen sowie gewerblicher Unternehmen durch den Braunkohlentagebau und durch den Bau von Verarbeitungsanlagen die ländliche Bevölkerung in die Industriebetriebe. Auch die höheren Löhne und weitere Verbesserungen im Vergleich zur Landarbeit förderten den beruflichen Wechsel. Im Verlaufe der Zeit schränkte sich zudem die Ausbildung von Berufsanfängern auf den Bedarf der in der Region ansässigen Kohlen-, Energie- und Chemiebetriebe ein. Zum Erlernen eines anderen Berufes musste nun häufiger über die Kreisgrenze gegangen werden (vgl. Kapitel 7).

Ein wesentliches Kriterium für eine günstige Bevölkerungsentwicklung in einer Region stellt somit eher ein kontinuierlich bestehendes, relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen unterschiedlichen demographischen Bevölkerungsgruppen dar. Ein weiteres wichtiges Kennzeichen für eine vorteilhafte regionale Entwicklung, welches in einem direkten Zusammenhang zur demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung steht, ist eine vielseitige berufliche Struktur als Voraussetzung für eine diverse klein- und mittelständische Struktur und eine entsprechende wirtschaftliche Flexibilität.²⁶⁸

Die in den einzelnen Kapiteln herausgearbeiteten *strukturellen Merkmale der Wandernden* wie jung, männlich und zumeist unverheiratet, stellen zumindest ein deutliches Indiz dafür dar, dass es sich um *ökonomisch begründete Gruppen- oder Massenwanderungen* handelte. Die Zuwanderung dieser spezifischen Gruppen wurde oftmals von lukrativen ökonomischen und sozialen Anreizen wie Wohnraum, Land oder Verbeamtung begleitet. Auffällig ist, dass die arbeitsplatzbezogene Mobilität in das Bornaer Braunkohlenrevier immer häufiger nur noch als Reaktion auf ökonomische Zwänge wie den wirtschaftlichen Niedergang und Arbeitslosigkeit in der Abwanderungsregion oder auf die in Aussicht gestellten Privilegien erfolgte. Auf dem Höhepunkt der industriellen Entwicklung zielten die vorwiegend ökonomisch motivierten Wanderungen fast ausschließlich auf die Erhaltung der Existenz und kaum noch auf eine „bloße“ Verbesserung der Lebenslage ab (vgl. Kapitel 5 und 6). Bei den Zuwanderungen nach 1933 handelte es sich dann zum überwiegenden Teil um Zwangszuweisungen.

²⁶⁸ Im ehemals zur Amtshauptmannschaft Borna gehörenden Kreis Geithain stellten genaue jene Faktoren eine gute Voraussetzung dar, um flexibel auf die gewaltigen Veränderungen nach 1990 reagieren zu können. In dieser Region konnte sich eine Vielzahl der mittelständischen Unternehmen am Markt behaupten, so dass die Arbeitslosigkeit dort deutlich niedriger lag und im Vergleich zum Kreis Borna in weitaus geringerem Umfang arbeitsmarktpolitische Instrumente zum Einsatz kommen mussten.

Den ersten spontanen Wanderungen waren häufig Wanderungen von ganzen Gruppen von Arbeitern gefolgt. Die endogene oder individuelle Einzelwanderung war in der Phase der großindustriellen Entwicklung zur Ausnahme geworden. Auch den Massenwanderungen im Nachgang des ersten bzw. zweiten Weltkrieges kann kaum ein selbstbestimmter Charakter unterstellt werden. Es handelte sich vielmehr um administrativ gelenkte Wanderungen von Arbeitern an die Standorte der Großindustrie. Um die notwendigen Belegschaftsstärken zu erhalten, wurde Druck auf einzelne soziale Gruppen ausgeübt. Zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen bestimmten zunehmend den Wanderungsverlauf.

So wie sich die wirtschaftliche Entwicklung eindeutig durch das fordistische Industrialisierungsmodell kennzeichnen lässt (dieses Modell deutete sich schon um die Jahrhundertwende an; vgl. Kapitel 4), kann im Hinblick auf die Mobilität der Arbeiter ebenfalls eine gewisse Kontinuität über die unterschiedlichen Industrialisierungsphasen hinweg festgestellt werden.

Bereits die ersten umfangreicheren und nur geringfügig von den Unternehmen stimulierten Zuwanderungen in die Region vor der Jahrhundertwende stellen keine Besonderheit dar, denn kurze Phasen einer erhöhten, ökonomisch erzwungenen Bevölkerungsmobilität lassen sich auch für die traditionellen Gesellschaften des Mittelalters bzw. für noch frühere Zeitepochen nachweisen, z.B. bei Missernten und Hungerkatastrophen. Auch Kriegshandlungen zogen regelmäßig die Abwanderung von ländlicher Bevölkerung in die städtischen Zentren nach sich, wo sie sich mehr Schutz erhofften oder nach dem wirtschaftlichen Ruin andere Erwerbsmöglichkeiten suchten.

Die Glaubenskriege des Mittelalters ließen massenhaft böhmische Exulanten in die sächsischen Erzgebirgsregionen zuwandern, wo sie Häuslersiedlungen bildeten und den Bergbau zum Erblühen brachten. In gewissem Sinne können diese im sächsischen Erzgebirge angesiedelten Exulanten als die „Vorfahren“ jener gewerblichen Arbeiter bezeichnet werden, aus denen sich im späten 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert die Braunkohlenarbeiterschaft rekrutierte, weil in dieser Zeit der traditionelle Bergbau (Silber, Erze, Steinkohle) in Sachsen bereits stark an Bedeutung verloren hatte.

Neben den meist kurzen Phasen einer erhöhten Massenmobilität traten auch in den vorindustriellen Gesellschaften verschiedene Arten der individuellen Wanderung auf. Viele Wanderungsphänomene, die im 19. Jahrhundert zur Massenerscheinung wurden, wie die Wanderarbeit oder die Landflucht, hatten eine weitaus längere Tradition.

So sind der Wanderbursche, der fahrende Händler oder der freie Tagelöhner, der sich durch Wanderarbeit verdingte, Beispiele für derartige individuelle Mobilitätsformen. Die Wanderarbeit war in vielen Fällen der „Leutenot“ vorausgeeilt d.h., dass die Bauern schon früher lieber die billigen Wanderarbeiter²⁶⁹ einstellten als die etwas teurere ortsansässige (Land)-arbeiterschaft, so dass diese ihrerseits wiederum räumlich oder beruflich abwandern mussten (vgl. auch Kapitel 4). Während die Qualität der Arbeit der ansässigen Bevölkerung über derjenigen der Wanderarbeiter lag, ließ sich mit deren Einsatz die Quantität steigern, was insbesondere nach der industriellen Entwicklung an Bedeutung gewann, weil immer mehr Arbeiter in den Fabriken benötigt wurden und die landwirtschaftliche Arbeit trotz steigender Bevölkerungszahlen von immer weniger Menschen verrichtet werden musste.

Zu freiwilligen, individuellen Wanderungen kam es zudem, um die Leibeigenschaft im Dorf mit der rechtlichen Freiheit in der Stadt zu tauschen. Das als Land-Stadt-Flucht bekannte Phänomen hatte seine Ursachen in diesen mittelalterlichen Fluchtbewegungen Einzelner. Die befreiende Wirkung derartiger Abwanderungen ließ ein eindeutig positives Bild über das Leben in den Städten entstehen und beförderte die Zuwanderungen zu Beginn der industriellen Entwicklung erheblich. Mit steigender Industrialisierung

²⁶⁹ Der polnische Sachsengänger und der Slowake waren billiger, weil ihre materiellen Ansprüche geringer waren.

kam es jedoch zur Verelendung der proletarischen Stadtbewohner und dadurch zur Veränderung der Bewertung von Land-Stadt-Wanderungen. Zwar setzten sich die umfangreichen Zuzüge der ländlichen Bevölkerung auch weiterhin fort, die Wanderungen wurden aber mehr und mehr zum letzten Ausweg, um dem noch größeren dörflichen Elend zu entkommen. Nach 1918 begannen sich die Wanderungsströme in ihrer Richtung umzukehren. Sie vollzogen sich nun von den städtischen Elendsquartieren hin zu den sich industrialisierenden ländlichen Räumen.

Das Mobilitätsgeschehen in den traditionellen und modernen Gesellschaftsformen steht bei genauerer Betrachtung einander nicht so konträr gegenüber, wie es in zahlreichen Typologien zur Wanderung dargestellt wird (vgl. z.B. Heberle oder Hoffmann-Novotny). In jeder Gesellschaftsform lassen sich Beispiele für Einzel- und Massenwanderungen finden, gibt es Zeiten erhöhter Mobilität, lassen sich zumindest ähnliche Gründe finden. *Auch über sehr unterschiedliche Gesellschaftsformen hinweg, ist eine gewisse Kontinuität im Mobilitätsverhalten der Menschen bzw. einzelner Personengruppen auszumachen.*

Stärker noch als die räumliche Mobilität hatte sich die soziale Mobilität beschleunigt. Die zunehmende berufliche Spezialisierung innerhalb der Industrie brachte trotz einer Vereinseitigung der Arbeitsaufgaben einen gesellschaftlichen Statusgewinn.

Eine wichtige Erklärung für eine gewisse Kontinuität im Mobilitätsverhalten ist, dass Wanderungen in der Regel immer nur dann erfolgen, wenn sich die Bedingungen am Wohn- und Arbeitsort dermaßen verändert haben, dass sie eine Beibehaltung der bisherigen Lebensformen unmöglich machen.

In Petersens Typologie werden die Wanderungen nach ihrem Hauptmotiv unterteilt, wobei es sich einerseits um innovativ begründete Wanderungen handelt, wenn Neues angestrebt wird, oder andererseits um konservativ begründete Wanderungen, wenn der bisherige Status erhalten werden soll (vgl. Kapitel 1.2). Die *Kategorie der konservativen Wanderungen* trifft explizit auf jene Migranten zu, welche in das Braunkohlenrevier wanderten, denn nachweislich handelte es sich um Erwerbspersonen, denen am Ursprungsort die Existenzgrundlage entzogen worden war und die sich nunmehr auf jene Orte fixierten, an denen sie gleiche oder ähnliche Arbeits- und Lebensbedingungen vorfanden. Mit der Wanderung verband sich bei ihnen der Wunsch, nach dem Erhalt der bisherigen sozialen, insbesondere beruflichen Stellung sowie der gewohnten sozialen und natürlichen Umgebung.

Ein solches Migrationsverhalten ist jedoch schon in vorindustriellen Gesellschaften auszumachen, und trifft insbesondere auf die Arbeiter in den gewerblichen Bergbauregionen zu.

Wanderungen erschienen diesen häufig nur dann sinnvoll, wenn am Zielort bestimmte soziale Privilegierungen und zusätzliche materielle Zuwendungen vorzufinden waren. Die Nachfahren der böhmischen Exulanten wechselten zunächst in den Erz-, dann in den Steinkohlenbergbau und wanderten in den 1930er Jahren nach Mitteldeutschland. Deren Nachkommen wiederum zogen in den 1970er Jahren in das neu erschlossene Lausitzer Braunkohlenrevier weiter (vgl. w. o. im gleichen Abschnitt).

Unterschiedlich waren dagegen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die „Spielregeln“ und vor allem die gesellschaftliche Wertung von Mobilität in den verschiedenen Gesellschaftsformen. Politische Hintergründe, ideologische Vorgaben und soziale Wandermuster darüber, ob und wo man hinzieht, spielten eine bedeutende Rolle für die Migration (vgl. Szell 1972, 21ff.).

Mobilität, insbesondere räumliche Mobilität, stellte erst in der modernen Gesellschaft eine Institution dar, welche an die Stelle der Institution Sesshaftigkeit trat, und dadurch einen gewissen Zwang zur Anpassung auf das Einzelindividuum, mitunter auch auf ganze Individuengruppen ausübte.²⁷⁰

²⁷⁰ „Es gibt, ..., ein Wort, das in geringer Erweiterung seiner gewöhnlichen Bedeutung, diese ganz besondere Art des Seins

Während der Sesshafte im Mittelalter das „normale“ Mitglied der Gesellschaft verkörperte, wurde mit der Industrialisierung und den sich ständig ändernden Standortwünschen der Wirtschaft der Mobile zum „Normalbürger“, denn die Mobilität der Erwerbsbevölkerung musste mit dem Fortschreiten der Industrialisierung und deren Verlagerung in die ländlichen Räume stetig zunehmen.²⁷¹

Die Verlagerung der Produktion in ländliche Räume zwang die Wirtschaft zugleich immer stärker dazu, zusätzliche Anreize für ihre Arbeiter zu schaffen.

So waren schon in den Anfangsjahren des Braunkohlenbergbaus Angebote im sozialen Bereich notwendig, denn die oberflächliche Kohlengräberei und der mit einfachsten Mitteln betriebene Tiefbau waren wenig attraktiv und übten kaum Anreize aus. Neben dem hohen Verdienst sorgte daher die Übernahme bergbaulicher Zusatzleistungen und die soziale Privilegierung des Braunkohlenarbeiters für den notwendigen Zulauf von Arbeitern. Um eine gleichbleibende Auslastung der teuren Anlagen zu erzielen, wurde von Anfang an versucht, eine Verbundenheit zwischen Betriebsführung und Belegschaft herzustellen, indem z.B. bergbauliche (Knappen-)vereine gegründet wurden. Die Einbindung der Kohlenarbeiter aus den Brikettfabriken und Tagebauen in diese Vereine stellte einen ersten Schritt der Herausbildung einer neuen sozialen Gruppe dar, die sich aus den oftmals „bunt zusammengewürfelten“ Belegschaften allmählich formierte.

Im Zuge der in den 20er Jahre erfolgten Sozialisierung der Braunkohlenwirtschaft wurde die Gewährung zusätzlicher sozialer Leistungen wie z.B. die Bereitstellung von Wohnraum oder die gesundheitliche Betreuung ausgeweitet. Diese Maßnahmen begünstigten neben dem vergleichsweise hohen Verdienst in der Großindustrie die Privilegierung und Verbürgerlichung der Braunkohlenarbeiter.

Die kontinuierliche Erweiterung von Braunkohlenabbau und -verarbeitung in den 1930er Jahren, die hauptsächlich der Vorbereitung des Krieges diente, erforderte weitere Angebote bzw. eine Ausweitung der bestehenden Leistungen. Nur so war der Aufbau von Minimalbesetzungen in den schnell wachsenden Unternehmen möglich. Hierdurch sollten vor allem unerwünschte Fluktuationen vermieden werden, welche permanente Neubesetzungen notwendig machten und zugleich die Bildung der angestrebten Stammbelegschaft verhinderten. Zwar stieg das Image der Beschäftigten in der Braunkohlenindustrie aufgrund der technischen Verbesserungen, so dass immer mehr Arbeiter an die neuen Standorte kamen, dennoch konnten für die Großindustrie und deren Massenproduktion nicht genügend Arbeitskräfte im ländlichen Raum mobilisiert werden. Eines der größten Probleme bestand in der angemessenen Unterbringung der Arbeiterschaft in der Nähe der Werke. In den 30er und 40er Jahren wurde deshalb, stärker noch als in den Jahren 1914 bis 1918, von den Großbetrieben auf den Einsatz von Zwangsarbeitern zurückgegriffen, die in billigen Massenunterkünften untergebracht werden konnten und die minderwertigen Tätigkeiten zu verrichten hatten, so dass sich der deutsche Arbeiter im Arbeitsprozess fast immer in einer privilegierten Stellung befand (vgl. Kapitel 6).

Auch in der DDR, wo der gesamte Chemie- und Energiebereich und damit letztendlich die gesamte Wirtschaft fast ausschließlich auf der Braunkohle basierte, kam den in der Braunkohlenindustrie Beschäftigten eine ganze Reihe von Vergünstigungen zu, welche in der „rund-um-Betreuung“ vom Säugling bis zum Rentner kulminierte. Soziale Zugeständnisse ersetzen seit den 1960er Jahren in zunehmendem Maß dringend erforderliche technische und technologische Neuerungen der Förder- und Verarbeitungsanlagen (vgl. Kapitel 7).

ziemlich gut zum Ausdruck bringt, nämlich das Wort Institution.“ (Durkheim 1984, 100)

²⁷¹ „Die große Vielfalt an Auslösern einer (ökonomischen) Motivation zur Wanderung verweist auf eine entsprechende Anzahl von Typen, insofern Wanderungen eine, die beste, die einzige oder die letzte Möglichkeit der Anpassung an Veränderungen darstellten“ (Sauer 1976, 13f.).

Für all diese Wirtschaftsepochen kann nachgewiesen werden, dass seitens der Unternehmen versucht wurde, Gruppen von Erwerbstätigen zuzuführen, die den Vorstellungen der Braunkohlenwirtschaft entsprachen, d.h., deren Verhalten dem traditionellen Muster von Gehorsam und Statusdenken entsprach bzw. welche sich leicht in diesem Sinne beeinflussen ließen. So kamen die Zuwandernden oft aus Bergbauregionen und reproduzierten permanent Elemente der bisherigen Wirtschafts- und Sozialräume am Braunkohlenstandort. Weitere Arbeitergruppen und -generationen wurden in diesem Sinne sozialisiert. Die Hinzukommenden wurden in die vorgegebene Struktur integriert.

Die Braunkohlenindustrie hatten den spezifischen Arbeitertyp damit nicht genuin hervorgebracht. Den Grundstein für dessen typisches, an zusätzlichen Leistungen und Sonderprivilegien orientiertes, passives Verhalten wurde bereits durch die Organisationsform des Bergbaus im Mittelalter gelegt, wo das Direktionsprinzip Sozialstaatlichkeit mit Gehorsamspflicht verband (vgl. Kapitel 4). Der *hohe Grad der betrieblichen Versorgung* seit Beginn des Braunkohlenabbaus formte die arbeitskulturellen Einstellungen und Verhaltensweisen in besonderer Weise und konstituierte das spätere Mobilitätsverhalten maßgeblich. Von Seiten der Braunkohlenunternehmen mussten immer wieder soziale Zugeständnisse gemacht werden, um die Arbeiter in den wirtschaftsstrategisch wichtigen Produktionsbetrieben „auf Linie zu bringen“ (Hofmann, Rink 1993, 66ff.).

Weil der Bergbau sowohl im Mittelalter als auch in der Neuzeit immer eine Schlüsselstellung innerhalb der Wirtschaft einnahm, wurde der notwendige Gehorsam durch die „Zuteilung“ von Privilegien erzielt. Im Braunkohlenbergbau wurden die im traditionellen Bergbau seit langem bestehenden Prinzipien übernommen und in einigen Punkten erheblich erweitert.

Im Gegenzug zur sozialen Privilegierung und materiellen Besserstellung wurde Loyalität erwartet. Politische und wirtschaftliche Zwänge der verschiedensten Art erforderten und förderten auf diese Weise seit Jahrhunderten ein konservatives, angebotsorientiertes und passives Verhalten der Arbeiter.

Bis zum Ende der DDR wurde an der besonderen Stellung der Kohlen- und Elektrizitätsarbeiter festgehalten. Mit jeder Industrialisierungswelle erhöhte sich aufgrund des Arbeitermangels und der stetigen Verschlechterung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen im Braunkohlenrevier das Angebot an sozialen Leistungen sowie die materielle Privilegierung²⁷² der Braunkohlenarbeiter. Gleichzeitig verstärkten sich dahingehende Ansprüche seitens der Arbeiterschaft. Im Gegenzug blieb die Loyalität der Arbeiter gegenüber dem Staat auch unter den wechselnden politischen Bedingungen immer erhalten. So gehörten die Braunkohlenarbeiter auch 1989 zu jenen, die nicht auf der Seite der Demonstranten standen, sondern innerhalb der betrieblichen Kampfgruppen²⁷³ gegen diese vorgingen, und dass obwohl sie doch, auch nach ihren eigenen Aussagen²⁷⁴, mehr als andere in der DDR unter unzumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen zu leiden hatten (Schneider 1990, z.B. Seite 50, 60 und weitere).

Das Zusammenspiel der beiden Komponenten *staatliche Fürsorge und Gehorsamspflicht* begleitete Aufstieg und Niedergang der Braunkohlenwirtschaft und wurde für die Braunkohlenarbeiterschaft verhaltensprägend. Aus der Struktur der Kohlenarbeiterschaft, aus ihrer sozialen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert konstituierte sich ein *spezifischer Arbeitertyp: einerseits fachlich anspruchslos, andererseits*

²⁷² Die Intention bestand darin, das gesellschaftliche Moment der Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen. Die gesellschaftliche Bedeutung des Braunkohlenbergbaus wurde in besonderer Weise durch einen überdurchschnittlichen Verdienst sowie durch Sonderzuwendungen honoriert.

²⁷³ In jedem größeren Betrieb wurden sog. Kampfgruppen formiert, welche bewaffnet waren und Polizei und Militär unterstützen sollten.

²⁷⁴ Bezug genommen wird hier auf lebenslaufbezogene Interviews, welche in den Jahren 1992 bis 1994 im Rahmen eines DFG-Projektes mit ehemaligen Arbeitern des BV Espenhain geführt wurden (vgl. Gerdes, Bischoff u.a. 1997).

aber an materielle Bevorzugungen bzw. soziale Privilegien gewöhnt (vgl. auch Fischer 1910; Hammerstein 1934; Hofmann, Rink 1993).

Der spezifische historisch-industrielle Werdegang spiegelte sich nun schließlich im sozialen Gefüge der Region sowie im Verhalten der Kohlenarbeiter ab dem Zeitpunkt 1989/90 wieder: *in einer erhöhten Bevölkerungsdichte, der beruflichen Monostruktur und einer feststellbaren geringen Mobilität auf Seiten der Erwerbsbevölkerung.*

Obwohl die Stilllegung von Betrieben der Braunkohlenverarbeitung und die hiermit verbundene Einschränkung der Braunkohlenförderung nicht überraschend eintrat, weil die Anlagen, auch für die dort beschäftigten Arbeiter schon über Jahre hinweg sichtbar, unrentabel arbeiteten, veraltet, marode, gesundheits- und umweltschädigend waren, löste deren Zusammenbruch dennoch ein soziales Desaster aus, denn das gesamte gesellschaftliche Leben war bis zum Ende der DDR völlig auf die Braunkohle fixiert gewesen. Auch die wenigen neben der Braunkohle noch bestehenden Branchen und Gewerbe wiesen eine enge Verflechtung mit der Kohlenförderung und -verarbeitung auf, so dass die Region über keine entwicklungsfähigen Industrie- oder Gewerbepotentiale mehr verfügte.

Schnell machten sich nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Industrie unter den Bornaer Braunkohlenarbeitern „Trauer und Wut breit“, weil „die Region mit der Kohle sterben wird“ (Bräutigam 1996). Dass es sich hierbei aber gleichzeitig um eine logische Folge der großindustriellen Entwicklung der vergangenen 60 Jahre handelte, innerhalb derer keine anderen Gewerbe oder Industrien außer der Braunkohle gefördert worden waren, wurde kaum reflektiert. Während eine Fortsetzung des Arbeitslebens nunmehr eine stärkere Mobilität der Erwerbsbevölkerung, z.B. in Form von Abwanderung oder Pendeln, erforderte, verhielten sich die ehemaligen Braunkohlenarbeiter dennoch eher abwartend, im „alten“ Vertrauen auf wirksame staatliche Interventionen und Regelungen.

Die 1990 bestehende Situation hatte sich in gewisser Hinsicht bereits längerfristig angekündigt, denn das Ereignis „Betriebsschließung“ war in einigen Betrieben der Kohlenverarbeitung schon in den 1970er Jahren diskutiert worden. Allerdings war zu dieser Zeit eine Betriebsschließung immer an ein gleichzeitig erfolgendes alternatives Arbeitsangebot geknüpft worden. Dieses staatlich gelenkte Vorgehen wurde von Seiten der Braunkohlenarbeiter auch unter den völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erwartet und eingefordert.

Obwohl das großindustrielle Muster eindeutig an Bedeutung für die Beschäftigung verloren hatte, klammerten sich dennoch die Hoffnungen von mehreren Tausend ehemaligen Kohlenarbeitern an das erneute Aufblühen der Braunkohlenwirtschaft oder den staatlich subventionierten Aufbau einer ähnlichen Wirtschaftsbranche (etwa der Entsorgungswirtschaft), die einen entsprechenden Arbeitsplatzboom in der Region in Gang setzen sollte.

Die Industriearbeiter blieben an einem Ort, an dem es keine Industrie mehr gab, an dem sie also auch keine ihren Vorstellungen entsprechende Arbeit mehr erhalten konnten, weil sie einen nicht mehr nachgefragten Beruf hatten und darüber hinaus ganz einfach zu „viele“ waren. Vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit erfahrenen besonderen Behandlung wurden auch nach 1989 scheinbar zustehende Rechte wie die Beibehaltung der staatlichen Fürsorge eingefordert,²⁷⁵ denn „nicht nur die Arbeitslosigkeit nagt an den Menschen“, sondern das Gefühl, „von oben vernachlässigt zu werden“ kam hinzu (LVZ v. 25./26. Juni 1999). Es schien nicht allein soziale Not zu sein, die auf den Braunkohlenarbeitern lastete,

²⁷⁵ Als Entschädigung für die hohen, über Jahre wirkenden gesundheitlichen Belastungen während der Arbeitsprozesse wurden mehrere Sondervereinbarungen ausgehandelt, wie z.B. die Vor-Vorruhestandsregelung für die umweltgeschädigten Espenhainer Kumpel. Dabei gab es in der DDR reichlich Arbeit in anderen Regionen, so dass sich keiner diesen extremen Belastungen hätte aussetzen müssen. Die Gründe für den Verbleib in den Werken waren oftmals materieller Art gewesen.

denn viele der Arbeitslosen bezogen aufgrund ihrer früheren Löhne und der Übergangsregelungen immer noch so viel Geld, dass es schwer war, freie Arbeitsplätze durch sie neu zu besetzen. Oft war es die Ernüchterung darüber, dass die „jahrzehntelang erfahrene Zuwendung nunmehr in geregelte Bahnen gelenkt wurde, was eine Lethargie unter den Arbeitern bewirkte“ (LVZ v. 25./26. Juni 1999).

Das passiv-einfordernde Verhalten der Arbeiter nach der Wende stellte weniger eine Reaktion auf die tatsächliche Situation dar, sondern war vielmehr Ausdruck dafür, dass sich die materiellen und sozialen Privilegierungen im Verhalten manifestiert hatten und als soziale Tatbestände einen bestimmten Zwang auf das Verhalten ausübten. Einerseits beherrschten Gewohnheiten aus dem Inneren heraus das Verhalten, indem an Überzeugungen und Bräuchen festgehalten wurde (vgl. dazu Durkheim 1984, 99ff.). Gleichzeitig wirkte ein sozialer Zwang von außen her, durch das soziale Umfeld, denn die „auf Traditionen beruhenden, kollektiven Handlungs- und Denkweisen besitzen eine Realität außerhalb der Individuen, an welche sich diese jederzeit anpassen müssen“ (Durkheim 1984, 99). „Die Institutionen des Verhaltens und des Denkens stehen nicht nur außerhalb des Individuums, sie sind auch mit einer gebieterischen Macht ausgestattet, kraft deren sie sich einem jeden aufdrängen, er mag wollen oder nicht.“ (Durkheim 1984, 106).

Die Industrialisierung legte nicht nur die parallel verlaufende Mobilität der Arbeiter fest, sondern bestimmte durch die Art der Industrieansiedlung und das dort vorgegebene Tätigkeitsprofil auch die Auswahl der Zuwanderungen und deren soziale Struktur, was wiederum deren spätere berufliche Neigung und das damit verbundene Mobilitätsverhalten konstituierte. Im diesem abwartenden Verhalten zeigte sich ein *beharrliches Fortleben von Traditionen und Mentalitäten, welche selbst dann noch bestimmend waren, als die zugrunde liegenden Strukturen und Verhältnisse schon lange nicht mehr existierten.*

Einerseits hemmte das *starre tayloristische Arbeitssystem* mit seiner starken Zergliederung der Tätigkeit, der strikten Trennung in dispositive und ausführende Tätigkeiten sowie die starke betriebliche Hierarchie das aktive und souveräne Handeln der Beschäftigten. Andererseits ließ das über lange Jahrzehnte befriedigte *Anspruchsdenken* und die soziale Bevorzugung der Arbeiter dieser Wirtschaftszweige bei diesen ein Handlungsdefizit entstehen. An Stelle aktiven Handelns wurde, wie gewohnt, passiv abgewartet, um „erst einmal (zu) sehen, was sie mir anbieten“ (Interview aus dem DFG-Projekt „Massenentlassung und Mobilität“).

Für die Arbeiter stand in den ersten Jahren nach der Wende die Frage nach einer Abwanderung schon deshalb nicht, weil ihnen nicht die „richtigen Angebote“ gemacht wurden. Ein annehmbares Angebot musste der bisherigen Tätigkeit ähneln und konnte deshalb kaum noch erfolgen. Inhaltlich wenig anspruchsvolle Arbeiten, die zugleich eine hohe gesellschaftliche Bedeutung besaßen und deshalb an eine ganze Reihe von Vergünstigungen oder Sonderzuwendungen geknüpft waren, waren unter den geänderten Bedingungen kaum noch zu haben.

Am Anfang der Arbeit stand die Frage nach dem Phänomen des sesshaften Industriearbeiters der modernen Großindustrie, am Ende die Erkenntnis, dass dieser das Produkt einer über mehrere Jahrhunderte andauernden gewerblich-industriellen Entwicklung ist, in deren Verlauf konservative Momente tradiert wurden, die sich in seinem Arbeits- und Arbeitsmarktverhalten manifestiert haben.

Danksagung

Den Anstoß für diese Arbeit gab ein Projekt zur Massenentlassung und zur Mobilität von Industriearbeitern in ausgewählten Regionen Ostdeutschlands, welches in den Jahren 1992 bis 1995 von den Universitäten Bremen und Rostock sowie dem Umweltforschungszentrum Halle-Leipzig als gemeinsames wissenschaftliches Kooperationsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt und von Herrn Professor Hartmut Häußermann, Frau Dr. Sigrun Kabisch und Herrn Dr. Heiner Heseler geleitet wurde.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Hartmut Häußermann für die Gesamtbetreuung der Arbeit. Vor allem durch die von ihm bereitwillig gewährten Konsultationen und Gespräche, durch seine fachlichen Hilfestellungen und Anregungen sowie durch die von ihm eröffnete Möglichkeit, an den Doktorandenkolloquien teilzunehmen, wurde das Vorhaben befördert und vorangetrieben.

Für die kurzfristige Übernahme des Zweitgutachtens möchte ich an dieser Stelle zugleich Herrn PD Dr. Michael Hofmann danken.

Mein weiterer Dank gilt dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, welches meine Arbeit an der Dissertation auf vielfältige Weise unterstützte. In diesem Zusammenhang möchte ich Frau Dr. Sigrun Kabisch und Frau Sabine Linke, Abteilung Ökologische Ökonomie/Umweltsoziologie, für die Anregungen und Hinweise danken, die sie mir während meiner Zeit als Gastdotorandin am Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle im Rahmen zahlreicher Fachgespräche gegeben haben. Für die Anfertigung der Karten zur Untersuchungsregion konnte ich auf die am UFZ vorhandene fachliche Kompetenz und Hilfe von Frau Dr. Annegret Kindler und Frau Gundula Schulz, Sektion Angewandte Landschaftsökologie, Arbeitsgruppe Geographische Informationssysteme, zurückgreifen. Auch ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Weiterhin möchte ich der Hans Böckler Stiftung, insbesondere Herrn Werner Fiedler von der Promotionsförderung, ganz herzlich für die finanzielle und anderweitige Förderung meines Promotionsvorhabens danken.

Für das mehrfache und geduldige Korrekturlesen meiner Arbeit bedanke ich mich vor allem bei meinem Ehemann Peter Bischoff sowie bei Frau Simone Mattstedt und Frau Dr. Ellen Banzhaf.

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich an Eides statt, die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt zu haben.

Weiterhin erkläre ich, dass ich die Arbeit zur Erlangung der Promotion nur an der Humboldt Universität Berlin eingereicht habe.

Leipzig, im März 2000

Kartenanhang

Karte 1 Das Gebiet des Kreises Borna entsprechend der Gebietsreform von 1952 sowie devastierte und teildevastierte Orte

Karte 2 Die Entwicklung des Kohlenabbaus im Kreis Borna seit etwa 1830

Literaturverzeichnis

- 1 Albrecht, G. Soziologie der geographischen Mobilität. Zugleich ein Beitrag zur Theorie des sozialen Wandels. Stuttgart: Enke Verlag. 1972
- 2 Alphabetische Übersicht sämtlicher Ortschaften. Dresden: 1907
- 3 Anikejew, G. Analyse der sozialbedingten Unterschiedlichkeit der Struktur und Ursachen der Säuglingssterblichkeit im Kreis Borna in den Jahren 1978-1987. Leipzig: Dissertation. 1991
- 4 Aubin, G. Entwicklung und Bedeutung der mitteldeutschen Industrialisierung. Vortrag. Halberstadt: H. Meyer. 1924
- 5 Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter: Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Hrsg.: Bade, K. Ostfildern: Scripta-Mercaturae-Verlag. 1982
- 6 Baedekers Braunkohlen-Jahrbuch. Ein Führer durch den gesamten Braunkohlen-Bergbau und die Braunkohlen-Wirtschaft Deutschlands. Essen-Ruhr: G.D. Baedeker Verlag. 1928
- 7 Barthel, H. Das Borna-Meuselwitzer Braunkohlenrevier in Vergangenheit und Gegenwart. Sächsische Heimatblätter. 1960 4 Dresden: 1960 S. 193-205
- 8 Barthel, H. Das Borna-Meuselwitzer Braunkohlenrevier in Vergangenheit und Gegenwart. Sächsische Heimatblätter. 1960 5 Dresden: 1960 S. 336-352
- 9 Baumann, H. Die Braunkohlen Mitteldeutschlands als Energiequelle. Leipzig: 1925
- 10 Becker, W. Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1850-1870. Hrsg.: Mottek, H. Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland. Berlin (West): Verlag Das Europäische Buch. 1975 S. 205-238.
- 11 Benedict, E. Die agrarrechtlichen Reformen des 19. Jahrhunderts in Sachsen als gestaltende Kraft der Kulturlandschaft. Eine soziogeographische Skizze. Leipzig: Sonderabdruck der Leipziger Geographischen Beiträge. 1965
- 12 Berger, K. Hrsg.: Landesverein Sächsischer Heimatschutz. Das Leipziger Land. Seine Landschaft und ihre Schönheit in Natur, Kultur und Kunst. Leipzig: Hinrichs'sche Verlagsbuchhandlung. 1933
- 13 Bergbau. Mitteilungsblatt für die DAF-Walter und Vertrauensräte des Fachamtes Bergbau der Deutschen Arbeitsfront. versch. Jg. Berlin: Verlag der Deutschen Arbeitsfront.
- 14 Berkner, A. Braunkohlenbergbau, Landschaftsdynamik und territoriale Folgewirkungen in der DDR. Petermanns Geographische Mitteilungen. 1989 3 1989 S. 173-190.
- 15 Bernays, M. Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Band CXXXIII. 1991 Vaduz, Liechtenstein: Topos - Verlag. 1991
- 16 Bettermann, E. Probleme und Methoden der gewerblichen Betriebszählungen unter besonderer Berücksichtigung der deutschen gewerblichen Betriebszählung v. 26. Juni 1925. Leipzig: Dissertation. 1928
- 17 Birg, H.; Flöthmann, E.-J.; Heins, I.; Reiter, I. Mobilität und großräumige Wanderungen von Erwerbspersonen, Forschungsbericht. Bielefeld: IBS Bielefeld. 1990

- 18 Billwitz, K. Theoretische und methodische Probleme der Erfassung des landeskulturellen Zustands des Territoriums unter besonderer Berücksichtigung der Stadtrandzonen von Halle und Leipzig. Halle: Dissertation. 1977
- 19 Bischoff, U. Analyse der Struktur und Funktion des Gesundheitswesens/ Betriebsgesundheitswesens in einem Industrie-Ballungsgebiet. Belegarbeit zum Diplompraktikum im Kreis Borna. unveröffentlicht. Leipzig: Universität. 1987 S.43 S.
- 20 Bischoff, U. Das Leipziger Land - Staatlich initiierte Industrialisierung und Spätfolgen für den ländlichen Raum. Hrsg.: Kasek, L.; Kell, T.; Leonhardt, A. Alternative Energiewirtschaft. Möglichkeiten und Probleme. Reihe: Soziale Aspekte und Konflikte des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft. Band I Leipzig: 1997 S. 99-106.
- 21 Bischoff, U. Spezifik und Problematik regionaler Beschäftigung infolge der Braunkohlenindustrie. Hrsg.: Kasek, L.; Kell, T.; Leonhardt, A. Alternative Energiewirtschaft. Möglichkeiten und Probleme. Reihe: Soziale Aspekte und Konflikte des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft. Band I Leipzig: 1997 S. 107-119.
- 22 Bischoff, U. Kulturelle Hintergründe regionaltypischen Arbeitsmarktverhaltens. BISS public. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion. 23/24. Berlin: 1997 S. 33-52.
- 23 Bischoff, U. Die Entwicklung des Braunkohlenabbaus vom Nebenerwerb zum Hauptgewerbe. Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt. 1997 5 Dresden: 1997 S. 289-293.
- 24 Bischoff, U.; Kabisch, S.; Linke, S. Der Einfluß der Braunkohlenindustrie auf Struktur und Verhalten der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Leipzig. 2 Leipzig: UFZ-Bericht. 1994 S. 100-121.
- 25 Bischoff, U.; Kabisch, S.; Linke, S.; Ring, I.; Rink, D. Soziale Brüche und ökologische Konflikte in einer ländlichen Industrieregion. 6 Leipzig: UFZ-Bericht. 1995 S.50 S.
- 26 Bischoff, U.; Linke, S. Die Wirtschaft der Zukunft in einer alten Industrieregion Ostdeutschlands. Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung. 3 Gelsenkirchen: 1995 S. 83-110.
- 27 Bischoff, U.; Linke, S. Von der Industrieregion zum Sanierungsgebiet - ein regionaler Arbeitsmarkt in Veränderung. Hrsg.: Ring, I. Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen - Eine Chance für den Südraum Leipzig. Stuttgart. Leipzig: Teubner. 1997 S. 138-167.
- 28 Bittner, R.; Brüning, H. Einleitung. Hrsg.: Bittner, R.; Brüning, H. Zukunft aus Amerika. Dessau: Stiftung Bauhaus Dessau. 1995
- 29 Blaschke, K. Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution. Leipzig: Dissertation. 1962
- 30 Blaschke, K. Bevölkerungsgeschichte von Sachsen. Weimar: Böhlau. 1967
- 31 Blaschke, K. Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen. Leipzig: Bibliographisches Institut Leipzig. 1957
- 32 Blochberger, J. Leipziger Land. Interessant, stark, schön. Dresden. 1943
- 33 Boeseler, K.-A. Industriegeographische Probleme Europas seit der industriellen Revolution. Frankfurt a.M.: Hirschgraben - Verlag. 1982

- 34 Bohl, J. Historisch ökonomisch-geographische Untersuchungen zur räumlichen und chronologischen Entwicklung des Braunkohlenbergbaus in der Amtshauptmannschaft Borna und Teilen des ehemaligen Altenburger Ortskreises im Zeitraum von 1880 bis 1930. Halle-Wittenberg: Dissertation. 1987
- 35 Bolte, K. M. Vertikale Mobilität. Hrsg.: König, R. Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band I Stuttgart: Enke Verlag. 1969 S.1-42.
- 36 Bolte, K.M.; Recker, H. Soziale Schichtung und Mobilität. Vertikale Mobilität. Hrsg.: König, R. Handbuch der empirischen Sozialforschung (völlig Neubearb. Auflage). Band 5 Stuttgart: Enke Verlag und dtv. 1976 S. 40-103.
- 37 Hrsg.: Bornaer Heimatverein Rötha. Bornaer Heimatblätter. 1995 5 Borna.
- 38 Bose, G. Ergebnisse und Tendenzen der Binnenwanderung in der DDR im Zeitraum 1953 - 1972. Halle: Dissertation B. 1973
- 39 Erinnerung an die Dörfer Blumroda, Hartmannsdorf, Görnitz, Deutzen und Schleenhain. Mit einem Beitrag von Walter, R. zu Regis-Breitingen. Hrsg.: Bräutigam, C. Südraumjournal. 3 Leipzig: Passage-Verlag. 1996
- 40 Briefs, G. Revierbildung und provinzielle Streuung der Industrie. Hrsg.: Boeseler, K. A. Raumordnung. Wege der Forschung Band 330 Darmstadt. 1928 S. 229-251.
- 41 Burkhardt, Die Sonderstellung Sachsens im Deutschen Reich und die wirtschaftliche Depression der Gegenwart. Ein Beitrag zum Problem „Bevölkerung und Wirtschaft“. Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes. 1931 Dresden. S. 70-81.
- 42 Buschnik, R.; Ulbricht, H. Die Leipziger Tieflandsbucht. Meißen:.. Verlag von H.W. Schlimpert 1906
- 43 Buttler, F. u.a. Das regionale Umfeld der Braunkohlenwirtschaft. IAB Werkstattberichte 1992 Nr. 19 30.10.1992
- 44 Conze, W. Sozialgeschichte 1850-1918. Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 2 Stuttgart: Ernst Klett Verlag. 1976 S. 602-684.
- 45 Der deutsche Bergbau 1934: Ein Überblick über seine Entwicklung. Ein Einblick in seine wirtschaftlichen Fragen. Hrsg.: Hrsg. von der Fachgruppe Bergbau des Reichsstandes der Deutschen Industrie. Berlin: Verlag der Reimar Hobbing GmbH.
- 46 Der Jungbergmann im Braunkohlenrevier 1951. Schriftenreihe zur Berufsfindung. Heft 11 Berlin, Leipzig: Volk und Wissen Verlag.
- 47 Der Kohlentransport auf den unter Königlich Sächsischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen. Beilage zum Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreiche Sachsen auf das Jahr 1881. Dresden: C. Heinrich. 1881
- 48 Der Staatsbetrieb 1924 bis 1927. (ab 1928 als ASW-Mitteilungen) versch. Jahrgänge. Dresden: Eigenverlag der ASW.
- 49 Hrsg.: Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone. Band I und II Berlin: Deutscher Zentralverlag GmbH. 1948

- 50 Deutscher Bergbau. Fachliches Schulungsblatt der Deutschen Arbeitsfront. Ausgabe A: Stein- und Braunkohlenbergbau. versch. Jahrgänge. Berlin: Verlag der DAF GmbH.
- 51 Hrsg.: Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein Deutsches Bergbau-Jahrbuch. Jahr- und Anschriftenbuch der deutschen Steinkohlen-, Braunkohlen, Kali- und Erzindustrie, der Salinen, des Erdöl- und Asphaltbergbaus. versch. Jahrgänge. Halle: Verlag von W. Knapp.
- 52 Hrsg.: Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein 50 Jahre mitteldeutscher Braunkohlenbergbau. Festschrift zum 50jährigem Bestehen des Debriv e.V. Halle (Saale): Verlag von Wilhelm Knapp. 1935
- 53 Hrsg.: Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein. Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein e.V. 1885 bis 1960. Düsseldorf: Die Braunkohle. 1965
- 54 Hrsg.: Deutsches Brennstoffinstitut Freiberg 1945 - 1966. 20 Jahre Braunkohlenbergbau in der DDR. Festschrift zum 20jährigen Bestehen d. volkseigenen Braunkohlenbergbaus in d. DDR u. zum 10jährigen Bestehen des Deutsches Brennstoffinstituts Freiberg. Leipzig: Deutscher Verlag f. Grund-stoffindustrie. 1966
- 55 Hrsg.: Deutsches Jugendinstitut Codebuch S26. Mobilitätsstudie. Untersuchung der Abteilung „Landjugend“ des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig 1982. Leipzig: DJI. 1993
- 56 Hrsg.: Hrsg. vom Statistischen Zentralamt 1946. Die Volkszählung am 1. Dezember 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berlin: Deutscher Zentralverlag GmbH.
- 57 Dierkes Die Soziologie des Industriearbeiters an der Saar. Reichsarbeitsblatt 28-1933. Band Teil II. Berlin. 1933 S. 403-406.
- 58 Dos Santos, J.M.; Michel, M. Wanderung und Arbeitskraft. Hrsg.: Szell, G. Regionale Mobilität. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung GmbH. 1972 S. 251-273.
- 59 Drechsler, F. Die Schönheiten der Leipziger Umgebung. Vortrag von 17.3.1916. Leipzig: Schlemminger. 1916
- 60 Durkheim, E. Die Regeln der soziologischen Methode. Frankfurt a. M: Suhrkamp. 1984
- 61 Die Großindustrie Sachsens in Wort und Bild. Eine Ehrengabe für Se. Majestät König Albert von Sachsen gewidmet von den dankbaren Groß-Industriellen. Hrsg.: Eckert, Pflug (Hrsg.) Leipzig: Eckert & Pflug Kunstverlag. 1893
- 62 Elsner, L. Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeiterpolitik in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Hrsg.: In: Bade, K.J. (Hrsg.) Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Ostfildern: Scripta - Mercaturae - Verlag. 1984
- 63 Eichfeld, R. Die Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Land Sachsen in den Jahren 1945 bis 1949. Freiberg: Dissertation A 1977
- 64 Eichfeld, R. Probleme der Entwicklung der Frau als Produktionsarbeiterin in den Jahren 1945 - 1980. Freiberg: Dissertation B 1988
- 65 Eichhorn, J. Die staatliche Energieversorgung in Sachsen und Bayern. Leipzig, Berlin: Uhlands Technische Bibliothek G.m.b.H. 1920

- 66 Eidson, J. Der lange Abschied. Breunsdorfer Bauern berichten über Landwirtschaft, Kohle und dörfliches Leben der letzten 50 Jahre. Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt. 1998. 2 Dresden: 1998 S. 99-110.
- 67 Endruweit, G.; Trommsdorf, G. (Hrsg.) Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Enke Verlag. 1989
- 68 Ehrhardt, P.-A. Aufbau und Entwicklung. 10 Jahre Bergmannswohnstättengesellschaft in Borna. Berlin, Leipzig, Wien: Ernst Hübsch Verlag G.M.B.H. 1931 S. V-XV.
- 69 Esser, H. Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand Verlag. 1980
- 70 Etzold, F. Die Braunkohlenformation Nordwestsachsens. Erläuterungen zur Geologischen Spezialkarte. Leipzig: Engelmann. 1912
- 71 Faust, A. Arbeitsmarktpolitik im deutschen Kaiserreich. Stuttgart: Steiner-Verlag-Wiesbaden. 1986
- 72 Fege, B. (Hrsg.) DDR-Wirtschaft '90. Zahlen, Fakten, Hintergründe. Bonn: Economica-Verlag. 1990
- 73 Ferstl, R. Die „Fürstentümer“ - Zöpen - Kahnsdorf - Pürsten im sächsischen Pleißebergau. Ein Heimatbuch auch für alle Nachbardörfer, die der Kohle weichen mußten. Urbach: Selbstverlag. 1994
- 74 Fischer, R. Der Braunkohlenbergbau im Bornaer Kohlenrevier. Borna, Leipzig: Verlag Robert Noske. 1910
- 75 Fischer, W. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze-Studien-Vorträge. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 1972
- 76 Forberger, R. Die Manufaktur in Sachsen. Vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Berlin: Akademie-Verlag GmbH. 1958
- 77 Forberger, R. Industrielle Revolution in Sachsen 1800-1861. Berlin: Akademie Verlag. 1982
- 78 Fourastie', J. Die große Hoffnung des Zwanzigsten Jahrhunderts. Köln: Bund-Verlag. 1954
- 79 Franz, P. Soziologie der räumlichen Mobilität. Frankfurt a.M., New York: Campus. 1984
- 80 Frauendorfer, M. Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus. 40 München: Nationalsozialistische Bibliothek. 1933
- 81 Fremdling, R.; Tilly, R. H. (Hrsg.) Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Stuttgart: Klett-Cotta. 1979
- 82 Friesen-Rötha, Heinrich Frh. v Schloß Rötha und die Freiherren von Friesen. Sonderabdruck aus den Mitteilungen des Sächsischen Heimatschutzes. Dresden: Lehmannsche Buchdruckerei. 1941
- 83 Fritzsche, O. Chronik von Böhlen und Stöhma. Leipzig: Dürr'sche Buchhandlung. 1936
- 84 Fritzsche, O.; Müller, G. Rüben und Stöhma im Landkreis Borna. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Böhlen: Espenhain: VEB Kombinat „Otto Grotewohl“. VEB Kombinat Espenhain. 1956
- 85 Fuchs-Heinritz (Hrsg.) Lexikon zur Soziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994
- 86 Gebauer, H. Die Volkswirtschaft im Königreich Sachsen. Dresden: Baensch. 1893
- 87 Geldern-Crispendorf, G. von Die deutschen Industriegebiete, ihr Werden und ihre Struktur. Karlsruhe: Karl Moninger. 1933

- 88 Gerdes, J.; Heseler, H.; Osterlan, M.; Häußermann, H.; Bischoff, U.; Kabisch, S.; Linke, S.; Löser, H.; Prassek, M. Das Verschwinden der Arbeitsplätze - wo bleiben die Arbeitskräfte? Zwei Fallstudien aus den neuen Bundesländern. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturpolitik. 6 Rostock: Universitätsverlag. 1997
- 89 Gerstner, K.-H. Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Die DDR - Entwicklung, Aufbau und Zukunft. Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter GmbH. 1969 S. 31-48.
- 90 Glotz, P. Stammbesellschaftsentwicklung im sozialistischen Betrieb. Schriftenreihe des ISW 11 Freiberg: Bergakademie. 1978
- 91 Görmar, W.; Maretzke, S.; Möller, F.-O. Regionale Aspekte des Strukturwandels in den neuen Ländern. Hrsg.: Pfeiffer, W. Regionen unter Anpassungsdruck. Probleme der Einheit. Band 13 Marburg: Metropolis-Verlag. 1993 S. 19-54.
- 92 Gornig, M. Ökonomische Perspektiven Ostdeutschlands und mögliche regionale Konsequenzen. Hrsg.: Häußermann, H. Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag. 1992 S. 232-250.
- 93 Gossweiler, K. Die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre. Berlin: Dissertation. 1963
- 94 Grosser, D. Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten. Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht. Das Argument. Faschismus-Theorien (II). 1965 32 S. 1-11.
- 95 Grundmann, S. Zur Entwicklung der territorialsoziologischen Forschung in der DDR - Versuch einer Bilanz. Berlin: Akademie-Verlag. 1989
- 96 Grundmann, S.; Schmidt, I. Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Schriftenreihe Soziologie. Berlin: Dietz Verlag. 1988
- 97 Grundmann, S.; Schmidt, I. Wohnortwechsel. Volkswirtschaftliche und soziale Aspekte der Migration. Wanderungsbewegungen in der DDR 1989. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung. 30 Berlin: FU Berlin. 1990
- 98 Haack, H. Arbeitslose in Deutschland. Ergebnisse und Analyse der Berufszählung vom 16. Juni 1933. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1986. Band I Berlin: Akademie Verlag. 1986
- 99 Haake, R. Leipzig - die Stadt ohne Raum. Denkschrift der Reichsmessestadt Leipzig zur Frage der Eingemeindung. Leipzig: Rat der Stadt. Leipzig. 1939
- 100 Hahn, T. Arbeitsmarkt, Arbeitslosenunterstützung, ABM 1928-1933. Berlin (West). 1977
- 101 Hainisch, M. Die Landflucht - ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform. Jena: Verlag von Gustav Fischer. 1924
- 102 Hamm, R. Umstrukturierungsprobleme in den neuen Bundesländern und Erfahrungsmuster altindustrieller Regionen. Hrsg.: Raumforschung und Raumordnung. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 2-3 Bonn-Bad Godesberg: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover. 1991
- 103 Hammerstein, A. Frh. v. Die Entwicklung der Landwirtschaft in Nordwestsachsen und ihre Beziehungen zum Braunkohlenbergbau. Leipzig: Gebrüder Gerhardt. 1933

- 104 Häntzschel, E. Die Deutsche Arbeitsfront. Gau Sachsen. Jahrbuch 1938. Nur für den Dienstgebrauch. 1938
- 105 Harloff, H.-J. Der Einfluß psychischer Faktoren auf die Mobilität der Arbeiter. Berlin: Duncker & Humblot. 1970
- 106 Häußermann, H. Perspektiven und ökonomische Erneuerung in den Regionen der ehemaligen DDR. Hrsg.: Häußermann, H. Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag. 1992 S. 251-264.
- 107 Häußermann, H., Siebel, W. Die Kulturalisierung der Regionalpolitik. Geographische Rundschau. 4 1993 S. 218-223.
- 108 Heberle, R. Theorie der Wanderungen, Soziologische Betrachtungen. Schmollers Jahrbuch 75. Jahrgang 1955. Band 1. Halbband. Berlin: Duncker & Humblot. 1955 S. 1-23.
- 109 Herbert, U. Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn.: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger 1986
- 110 Herrmann, W. Das Kapital im mitteldeutschen Braunkohlengebiet. Leipzig: Dissertation. 1930
- 111 Heyse, W. Das Problem der Arbeitslosigkeit in Sachsen. Dresden: Dissertation. 1938
- 112 Hinz, T. Regionale Aspekte der Konstituierung von kleingewerblichen und mittelständischen Betrieben in den neuen Bundesländern. Das Beispiel Leipzig. Hrsg.: Pfeiffer, W. Regionen unter Anpassungsdruck. Probleme der Einheit. Band 13 Marburg: 1993 S. 55-84.
- 113 Hönsch, F. Die Harth und der Braunkohlentagebau Böhlen. Sächsische Heimatblätter 1966 12 S. 134-148.
- 114 Hönsch, F. Der Industriekomplex Böhlen. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung unter Berücksichtigung der historisch-geographischen Entwicklung. Potsdam: Dissertation. 1968
- 115 Hönsch, F. Der Einfluß des Industriekomplexes Böhlen-Espenhain auf die Entwicklung der Landesplanung im westsächsischen Braunkohlengebiet. Geographische Berichte. 1973 68 S. 206-214.
- 116 Hönsch, F. Der Leipziger Südraum - eine Region im Wandel. Geographische Rundschau. 1992 10 S. 592-599.
- 117 Hoffmann, W. G. Industrialisierung - Typen des industriellen Wachstums. Hrsg.: Beckerath u.a. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 5 Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 1956 S. 224-238.
- 118 Hoffmann-Novotny, H.-J. Migration. Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung. Stuttgart: Enke Verlag. 1970
- 119 Hofmann, H.L. Die Rittergüter des Königreiches Sachsen. Ein Abriß ihrer Geschichte und rechtlichen Stellung. Dresden-Blasewitz: Hofverlag R. von Grumbkow. 1901
- 120 Hofmann, M.; Rink, D. Die Kohlearbeiter von Espenhain. Eine Studie zur Enttraditionalisierung eines Arbeitermilieus in einer alten Industrieregion. Kolloquium der Friedrich Ebert Stiftung am 28./29.01.1993. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung 1993 S. 65-76.
- 121 Hohlfeld, K. Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung. Erlangen-Nürnberg: Dissertation. 1964

- 122 Höppner, S. Migration nach und in Sachsen 1830 bis 1930. Hrsg.: Bramke, Hess Sachsen und Mitteldeutschland: politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar, Köln: Böhlau. 1995 S. 279-302.
- 123 Horstmann, K. Horizontale Mobilität. Hrsg.: König, R. Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band II Stuttgart: Enke Verlag. 1969 S. 43-64.
- 124 Horstmann, K. Zur Soziologie der Wanderungen. Hrsg.: König, R. Handbuch der empirischen Sozialforschung (völlig neubearb. Auflage). Band 5 Stuttgart: Enke Verlag. 1976 S. 104-173.
- 125 Hrsg.: Hülsemann, P. Die Bergwerke Deutschlands auf bergwirtschaftlicher und lagerstättenkundlicher Grundlage. Stuttgart: Enke Verlag. 1930
- 126 Hrsg.: Ideologische Kommission der Kreisleitung Borna Was wurde durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Bergbaukreis Borna erreicht. Agitationsmaterial. Borna. 1971
- 127 Ipsen, D. Stadt und Land - Metamorphosen einer Beziehung. Hrsg.: Häußermann, H. Stadt und Raum: soziologische Analysen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges. 1991 S. 117-156.
- 128 Jahn, M. Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in Sachsen 1945 bis 1947 bei der Ansiedlung Vertriebener. Hrsg.: Bramke, Hess Sachsen und Mitteldeutschland: politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar, Köln: Böhlau. 1995 S. 303-318.
- 129 Hrsg.: Hrsg. von der Königl. Bergakademie zu Freiberg. Jahrbuch für den Berg- und Hüttenmann auf das Jahr 1829-1857/58. Freiberg: Gerlachsche Buchdruckerei.
- 130 Hrsg.: Hrsg. von der Königl. Bergakademie zu Freiberg. Jahrbuch für den Berg- und Hüttenmann auf das Jahr 1859 bis 1876. Freiberg: Graz und Gerlach.
- 131 Hrsg.: C. Menzel. Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Kg. Sachsen auf das Jahr 1877 bis 1918. Freiberg: Graz und Gerlach.
- 132 Hrsg.: C. Menzel. Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Land Sachsen auf das Jahr 1919-1938. Freiberg: Graz und Gerlach.
- 133 Kabisch, S.; Bischoff, U. Regionale Entwicklungsfähigkeit des Südraumes Leipzig aus soziologischer Sicht. Einleitung. Kolloquium der Friedrich Ebert Stiftung am 28./29.01.1993. Leipzig. 1993 S. 15-20.
- 134 Kiesewetter, H. Erklärungshypothesen zur regionalen Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Band 67 3 Wiesbaden: Franz-Steiner-Verlag. 1980 S. 305-333.
- 135 Kiesewetter, H. Regionale Industrialisierung in Deutschland zur Zeit der Reichsgründung. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Band 73 1 Wiesbaden: Franz-Steiner-Verlag. 1986 S. 38-60.
- 136 Kiesewetter, H. Industrielle Revolution in Deutschland 1815 bis 1914. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag. 1989
- 137 Hrsg.: Klein, Th. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945. : Reihe B. Sachsen. Band 14 Marburg: Johann-Gottfried-Herder-Institut. 1982

- 138 Kneer, G. Migration und Gesellschaft. Hrsg.: Kneer, G.; Kraemer, K.; Nassehi, A. Soziologie. Zugänge zur Gesellschaft. Band 2 Münster, Hamburg: LIT. 1995 S. 150-166.
- 139 Koch, U. Soziologische und demographische Probleme und Erfordernisse bei der territorialen Einordnung des Braunkohlenbergbaus im Bezirk Cottbus. Berlin: Dissertation. 1986
- 140 Köllmann, W. Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen. Archiv für Sozialgeschichte. Band XV 1975 S. 43-50.
- 141 Hrsg.: Köllmann, W. Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschland 1815 - 1875. Band 4 Boppard a. Rhein. 1965
- 142 Kornbrobst, R. : Leben und Kampf der Bergarbeiter im nordwestsächsischen Braunkohlenrevier in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. (1924-1927). Leipzig: Dissertation. 1964
- 143 Hrsg.: Krause, K. Rund um Leipzig. Band I bis III. Sächsische Wanderbücher. Dresden-Wachwitz: v. Kummerstädt & Schobloch. 1924 und 1930 S. 62-96, 151-159, 218-229.
- 144 Hrsg.: Kreisleitung der SED Borna Wort gegeben - Wort gehalten. Die sozialistische Entwicklung des Kreises Borna seit dem X. Parteitag der SED in Zahlen und Fakten. Borna. 1984
- 145 Hrsg.: Kreisrat Borna. Nachrichtenamt. Behörden- und Firmenverzeichnis. Kreis Borna. Dresden: Landesdruckerei Sachsen GmbH. 1949
- 146 Kretschmer, K. Tradition versus Industrialisierung. Die Freiherren Friesen auf Rötha. Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt. Band 4 Dresden: Sächsisches Druck- und Verlagshaus. 1996 S. 97-101.
- 147 Krumbein, W. Industriepolitik: Die Chance einer Integration von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Hrsg.: Jürgens, U.; Krumbiegel, W. Industriepolitische Strategien. Bundesländer im Vergleich. Berlin: Edition Sigma. 1991 S. 34-56.
- 148 Krysmansk, R. Bodenbezogenes Verhalten in der Industriegesellschaft. Materialien und Ergebnisse empirischer Sozialforschung. Gütersloh: Zentrale Hausdruckerei Bertelsmann. 1967
- 149 Kupferschmidt, F. Zur Bevölkerungsentwicklung in Mitteldeutschland. Hrsg.: Deutsches Museum für Länderkunde. Wissenschaftliche Veröffentlichungen. Neue Folge. Band 5 Leipzig. 1938 S. 3-28.
- 150 Lachmann, H. Leipziger Land. Leipzig: Brockhaus-Verlag. 1979
- 151 Land Sachsen. Fünf Jahre kultureller Aufbau. Dresden. 1950
- 152 Hrsg.: Landesarbeitsamt Sachsen Das Ergebnis der Arbeitsbucherhebung 1941. Chemnitz. 1942
- 153 Landratsamt Borna Hrsg.: Ökologisches Sanierungskonzept für den Kreis Borna. Erfassung, Bewertung und zusammenschauende Darstellung des Ausgangszustandes. Teil I u. II. Borna. 1990
- 154 Hrsg.: Lang, F. Wilhelm Pieck im Kreis Borna. Borna: SED-Kreisleitung Borna. 1976
- 155 Lange, K. Die soziale Gliederung der Bevölkerung im KR Sachsen. Borna, Leipzig: Verlag Robert Noske. 1915
- 156 Langewiesche, D. Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Hrsg.: Conze, W. Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Stuttgart. 1979 S. 70-93.

- 157 Leborgne, D.; Lipietz, A. Nach dem Fordismus. Falsche Vorstellungen und offene Fragen. Hrsg.: Noller, Prigge, Ronneberger. Stadt-Welt. Frankfurt a.M., New York.: Campus. 1994 S. 95-111.
- 158 Lee, E.S. Eine Theorie der Wanderung. Hrsg.: Szell, G. Regionale Mobilität. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung GmbH. 1972 S. 115-229.
- 159 Lehfelddt, B. Die Arbeitsdienstpflicht. Reichsarbeitsblatt 1931 3 Berlin.
- 160 Lehmann, E. Der sozialgeographische Faktor in der landeskundlichen Darstellung Sachsens. Leipzig: Harrassowitz. 1952
- 161 Lehmann, E. Kulturlandschaftliche Auswirkungen der Chemie-Industrie im Halle-Leipziger Raum. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlung. Deutscher Geographentag Bochum. Bochum. 1965 S. 205-218.
- 162 Lehmann, J. Ausländerbeschäftigung und Fremdarbeiterpolitik des faschistischen Deutschland 1933-1939. Rostock: Dissertation. 1985
- 163 Leipzig und Umgebung 1934. Grieben Reiseführer Band 93. Berlin: Grieben-Verlag G.m.b.H. 1934
- 164 Hrsg.: Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG. Leipziger Volkszeitung.. Leipzig : Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG. versch. Jahrgänge
- 165 Leipzig und Mitteldeutschland. Denkschrift für Rat und Stadtverordnete. Hrsg.: Leiske Schriftenreihe „Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik“ Band 12 Leipzig. 1928
- 166 Löttsch, M. Sozialstruktur und Systemtransformation. Hrsg.: Geißler, R. Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske und Budrich. 1993
- 167 Mackowsky, W. Siedlung und Wohnung. 10 Jahre Bergmannswohnstättengesellschaft in Borna. Berlin, Leipzig, Wien: Ernst Hübsch Verlag G.M.B.H. 1931 S. VII-XXXI.
- 168 Megerle, K. Industrialisierung. Würtemberg und Sachsen im Vergleich. Hrsg.: Bramke, Hess Sachsen und Mitteldeutschland: politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar, Köln: Böhlau. 1995 S. 139-146.
- 169 Megerle, Klaus Regionale Differenzierung des Industrialisierungsprozesses. Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. Berlin: Habilitation. 1977
- 170 Meller, H.; Stäuble, H. Archäologie im Südraum Leipzigs - Vom Neolithikum bis zur Neuzeit. Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt. 1997 5 Dresden: Sächsisches Druck- und Verlagshaus. S. 307-316.
- 171 Mez, L.; Jänicke, M.; Pöschk, J. Die Energiesituation in der vormaligen DDR. Darstellung. Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung. Berlin: Edition Sigma. 1991
- 172 Mez, L.; Osnowski, R. RWE. Ein Riese mit Ausstrahlung. Köln: Kiepenheuer und Witsch. 1996
- 173 Michel, H. Die Dynamik der Bevölkerungsbewegung in Deutschland von 1816 bis 1933: eine historisch-politökonomische Analyse der ersten Phasen der demographischen Transition. Berlin: Dissertation. 1985
- 174 Mielke, H. Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Stuttgart: Steiner Verlag. 1995

- 175 Mieth, W., Genosko, J. Qualitative Polarisierung der Regionen als Folge der räumlichen Selektion der Wanderung und der Arbeitsplätze. Regensburger Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftswissenschaft 1980 Nr.139 Regensburg: Universität Regensburg.
- 176 Minx, B. Frauenerwerbstätigkeit im Braunkohlenbergbau der neuen Bundesländer. Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung, Büro Leipzig Arbeitsmarkt und regionale Strukturpolitik. Erfahrungen in den neuen Bundesländern - Perspektiven für den Südraum Leipzig. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung. 1993
- 177 Hrsg.: Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat v. 1927 G.m.b.H. Vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau westlich der Elbe. Leipzig. Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat. 1927
- 178 Mobilitätsstudie 1982. Untersuchung der Abteilung „Landjugend“ des Zentralinstitutes für Jugendforschung Leipzig. Primärdaten. Leipzig: DJI 1998
- 179 Mohs, G. Die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung im Ballungsgebiet Halle-Leipzig. Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Institutes für Länderkunde. Neue Folge. Band 21/22 Leipzig: VEB Bibliographisches Institut. 1964 S. 313-346.
- 180 Müller-Syring, R. Wirtschafts- und beschäftigungsrelevante Neigungen und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung in Sachsen. Hrsg.: Pfeiffer, W. Probleme der Einheit. Regionen unter Anpassungsdruck. Marburg: Metropolis-Verlag. 1993
- 181 Naumann, Dr.; Stein, E. Sachsen. Kultur und Arbeit des sächsischen Landes. Mit besonderer Berücksichtigung der Kommunalwirtschaft und -politik. Berlin: Deutscher Kommunalverlag. 1928
- 182 Neumann, G. Das Chemieprogramm der DDR. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Band II 1972 Berlin: Akademie-Verlag. 1972
- 183 Oehme, E. Die Arbeitersiedlungen der Braunkohlenwerke Borna und Umgebung. Borna, Leipzig: Verlag Robert Noske. 1935
- 184 Ohlsen, M. Die Austragung des Gegensatzes zwischen Monopolkapital und kleineren und mittleren Unternehmen zu Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland 1933 - 1934. Jena: Dissertation. 1971
- 185 Pach, S. Die Rolle des Staatseigentums an Produktionsmitteln. Beispiel ASW. Freiberg: Dissertation. 1974
- 186 Parmentier, K.; Stoß, F. Erhebliche Arbeitsplatzverluste gehen Hand in Hand mit einem starken Wandel der Berufsstruktur. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Kurzbericht Nr.23./26.8.92. Nürnberg. 1992
- 187 Petersen, W. Eine allgemeine Typologie der Wanderung. Hrsg.: Szell, G. Regionale Mobilität. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung GmbH. 1972 S. 94-114.
- 188 Petschow, U.; Meyerhoff, J.; Thomasberger, C. Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung. Kosten der Sanierung. Strategien für den ökologischen Umbau. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag GmbH. 1990
- 189 Historische Arbeitsmarktforschung Hrsg.: Pierenkemper, T.; Tilly, R. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 1982

- 190 Pietzsch, K. Die Braunkohlen Deutschlands. Hrsg.: Krenkel, E. Handbuch der Geologie und Bodenschätze Deutschlands. Berlin: Verlag Gebr. Bornträger. 1925
- 191 Pietzsch, K. Die Braunkohlenvorräte des Freistaates Sachsen. Braunkohle. 1920 40 1920
- 192 Piore, M.C.; Sabel C. F. Das Ende der Massenproduktion. Frankfurt a.M.: Fischer TB-Verlag. 1989
- 193 Plötz, M. Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergarbeiter im niederschlesischen Steinkohlenrevier (1868 - 1902). Freiberg: Dissertation. 1971
- 194 Hrsg.: Pollard, S. Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 1980
- 195 Hrsg.: Pro Leipzig Das Bornaer Pleißeland. Zerstörung und Neuanfang. Leipzig: Passage-Verlag. 1994
- 196 Raschke, W. Die Entwicklung der Bevölkerung in ausgewählten Kreisen des Ballungsgebietes Halle-Leipzig von 1970 - 1980. Halle: Dissertation. 1984
- 197 Rast, H. Die ältesten Versuche auf die Braunkohle des Leipziger Landes. Sächsische Heimatblätter. 1958 5 Dresden: Verlag Sächsische Heimatblätter. S. 297-307.
- 198 Hrsg.: Rat der Stadt Leipzig. Denkschrift über die Änderung der Verwaltungsgrenzen im Gebiete des Stadt- und Landkreises Leipzig. Leipzig: Rat der Stadt Leipzig. 1948
- 199 Hrsg.: Rat der Stadt Borna Bilanzmaterial über Zahlen und Fakten zur sozialistischen Entwicklung der Kreisstadt Borna. Borna: Rat der Stadt Borna. 1988
- 200 Hrsg.: Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirkes Cottbus, Abteilung Produktionspropaganda. Beziehungen Bergbau - Landwirtschaft. Cottbus. 1972
- 201 Reitinger Vergleichbarkeit von gewerblichen Betriebszählungen. Allgemeines Staatliches Archiv. Band 18 1928
- 202 Reulecke, J. Nachzügler und Pionier zugleich: das Bergische Land und der Beginn der Industrialisierung in Deutschland. Hrsg.: Pollard, S. Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 1980 S. 52-68.
- 203 Richta, Radovan Sozialismus - Imperialismus - wissenschaftlich technische Revolution: die wissenschaftlich technische Revolution in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Berlin: Akademie Verlag. 1974
- 204 Richter, D. 100 Jahre chemische Großindustrie in Mitteldeutschland. Geographische Rundschau. 1987 11 S. 614-623.
- 205 Ritter, H. Der Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig. Leipzig: Rat der Stadt Leipzig. Stadterweiterungsamt. 1930
- 206 Röllig, G. Die Wirtschaft Sachsens. Eine geographische Studie. Leipzig: Verlag F. Hirt & Sohn. 1928
- 207 Röllig, G. Wirtschaftsgeographische Landschaften Sachsens. Sonderabdruck. Mitteilungen des Vereins der Geographen an der Universität Leipzig. 1930 IX Leipzig: Universität. 1930 S. 37-54.

- 208 Rodrigues-Lores, J. Linkes Denken und Fordismus. Lenin und Gramsci. Hrsg.: Bittner, R., Brüning, H. Zukunft aus Amerika. Dessau: Stiftung Bauhaus Dessau. 1995 S. 45-63.
- 209 Rudloff, M. Die Strukturpolitik in den Debatten des sächsischen Landtages zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Hrsg.: Bramke, Hess Sachsen und Mitteldeutschland: politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar, Köln: Böhlau. 1995 S. 241-262.
- 210 Rudolph, H. Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern. MitAB 4/90.
- 211 Sachse, C. Werkswohnungsbau und betriebsinterne Arbeitsmarktpolitik in Deutschland von 1880 bis 1945. Studien zur Geschichte betriebsinterner Arbeitsmärkte in Deutschland, Teil 2. Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung. 1994 3 In: Gelsenkirchen: Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung.
- 212 Sachsen, A. zu Leipzig und das Leipziger Land. Frankfurt a.M: Weidlich. 1976
- 213 Hrsg.: Sächsisches Statistisches Landesamt. Die sächsische Wirtschaft 1933. unv. Material. Dresden: Sächsisches Statistisches Landesamt. 1938
- 214 Salin, E. Standortverschiebungen in der deutschen Wirtschaft. Hrsg.: Harms, B. Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft. Deutsche Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung . Band 1 Berlin: Reimar Hobbing. S. 75-106. S.1927
- 215 Sauer, B. Regionale Mobilität der Arbeiter. Theoretischer Ansatz zur Untersuchung von Mobilitätsbarrieren bei vorwiegend beruflich wenig qualifizierten Arbeitern. Göttingen: Dissertation. 1976
- 216 Hrsg.: Schäfers, B. Grundbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske und Budrich. 1992
- 217 Scherzer, K.v. Rückblicke auf das Wirtschaftsleben Sachsens im Jahre 1880. Wien: Druck der Kaiserlich-Königlichen Hof- und Staatsdruckerei. 1881
- 218 Schmidt, E.; Tittel, G. Haupttendenzen der Migration in der DDR im Zeitraum 1981-1989. Raumforschung und Raumordnung. 1990 4-5 S. 244-249.
- 219 Schmidt, H. Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und die Elektrizitätspolitik in Sachsen. Jena: Dissertation. 1919
- 220 Schmidt, I. Zu Grundproblemen territorialer Mobilität. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. 1990 1 Berlin: Verlag der Wissenschaften. 1990 S. 31-41.
- 221 Schmidt, I. Zur soziologischen Erforschung territorialer Mobilität Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR. 1990 3 Berlin. 1990 S. 52-56.
- 222 Schmidt, R. Die kursächsischen Ämter. Leipzig. 1952
- 223 Schmoller, G. Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle. 1870
- 224 Scholz, D. Die Siedlungen des Leipziger Landes. Hrsg.: Das Leipziger Land. Festband. Leipzig. 1964
- 225 Scholz, D. Die Industrie im Ballungsgebiet Halle - Leipzig. Ein Beitrag zu den industriegeographischen Grundlagen gebietsplanerischer Probleme in Ballungsgebieten. Leipzig : Habilitationsschrift. 1965

- 226 Scholz, D. Die Pendelwanderung im Ballungsgebiet Halle-Leipzig - ihre territoriale Problematik und Perspektive. Hrsg.: Mohs, G. Geographie und technische Revolution. Gotha, Leipzig. 1967 S. 83-107.
- 227 Schröter E. Die Rauchquellen im Königreich Sachsen. Berlin. 1908
- 228 Schulze, H. Standortbindungs- und -entwicklungsformen der nordwestsächsischen Industrie. Versuch einer historisch-geographischen Analyse der Standortgestaltung von 1850 bis 1925 auf statistischer Grundlage. Leipzig: Dissertation. 1957
- 229 Schulze, W. Die Eisenbahnen in Sachsen. Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes auf geographischer Grundlage und seine wirtschaftliche Bedeutung. Leipzig: Louis Seidel Nachf. G.m.b.H. 1932
- 230 Schuhmann, K. Die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen - ein Beitrag zur Formierung und Entwicklung der Stammebelegschaft (untersucht und dargestellt am Beispiel des VEB Kombinat Schwarze Pumpe). Freiberg: Dissertation. 1975
- 231 Schwartau, C. Umweltprobleme in einem alten Industrieviertel - der Ballungsraum Halle - Leipzig. Geographische Rundschau. 1987 11 1987 S. 628-634.
- 232 Schwarzbach, H. Die Differenzen zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und dem Reichsverband der Deutschen Industrie 1931. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Teil III. Berlin: Akademie-Verlag. 1971 S. 75-93.
- 233 Hrsg.: SED Kreisleitung Borna, Rat des Kreises Borna. 30 Jahre sozialistische Entwicklung im Kreis Borna in Zahlen und Fakten. Borna: SED Kreisleitung Borna, Rat des Kreises Borna. 1978
- 234 Selmeier, F. Eisen, Kohle, Dampf. Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag. 1984
- 235 Siegenthaler, H. Industrielle Revolution. Hrsg.: Albers u.a. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW) Band 4 Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. o.Jg. S. 142-159.
- 236 Sinkwitz, W. Die mitteldeutsche Braunkohlenlandschaft. Leipzig: Dissertation. 1935
- 237 Sobottka, G. Die Kohleindustrie in der sowjetischen Besatzungszone (2. Zonenkonferenz). Berlin. 1948
- 238 Sombart, W. Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Berlin. 1923
- 239 Sombart W. Das moderne kapitalistische Verwertungssystem. Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Band 1-3 München, Leipzig: Duncker & Humblot. 1916 - 1926
- 240 Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971. VD. unveröff. Material. Leipzig : Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig.
- 241 Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. Fortschreibungskartei Betriebskreis Borna 1981-1885, 1885-1889. unveröff. Material. Leipzig : Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. 1989

- 242 Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. Sammelband ausgewählter Kennziffern über die Entwicklung der Kreise des Bezirkes Leipzig ab 1980. Stand 1988. unveröff. Material. Leipzig : Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. 1989
- 243 Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. Statistisches Material über die Entwicklung wichtiger Kennziffern 1971, 1981, 1984. unveröff. Material. NfD. Leipzig : Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Bezirksstelle Leipzig. 1985
- 244 Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Zentrales Zählbüro. Schriftenreihe Volks- und Berufszählung 1964. Band 1 und 2 Berlin: Staatsverlag der DDR. 1966
- 245 Hrsg.: Stadt Borna. 800 Jahre Borna. Dresden: Welzel Buch- und Werbedruck Ges. 1939
- 246 Hrsg.: Hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amt. Neue Folge (1. Jg. 1893). Statistik des deutschen Reiches. Band versch. Bände. Berlin: Puttkammer und Mühlbrecht.
- 247 Statistischer Jahresbericht 1955. Wanderung von und nach Westdeutschland und Westberlin ausgewählter Beschäftigtengruppen im Jahre 1955 nach Kreisen. Bezirk Leipzig. Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung. Leipzig : Staatliche Zentralverwaltung. 1955
- 248 Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Übersicht zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. 1991
- 249 Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Sonderreihe Heft 15. Die Volks-, Berufs-, Wohnraum und Gebäudezählungen in der DDR 1946 bis 1981. 1994 15 Wiesbaden : Statistisches Bundesamt. 1994
- 250 Hrsg.: Statistisches Zentralamt der DDR. Statistisches Jahrbuch: Bezirk Leipzig. Berlin: Statistisches Zentralamt der DDR. 1977 bis 1982
- 251 Hrsg.: Hrsg. vom Königl. Sächsischen Statistischen Landesamt. Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. Dresden: C. Heinrich. ab erscheinen bis 1918
- 252 Hrsg.: Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt. Statistisches Jahrbuch des Freistaates Sachsen. Dresden: C. Heinrich. bis 1931/34
- 253 Hrsg.: Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt. Statistisches Jahrbuch des Landes Sachsen. Dresden: C. Heinrich. bis 1946
- 254 Statistisches Jahrbuch für die deutsche Arbeitsfront. Berlin: Verlag der DAF. 1938
- 255 Hrsg.: Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag. versch. Jahrgänge
- 256 Hrsg.: Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Statistisches Taschenbuch des Bezirkes Leipzig. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag. 1958 bis 1975
- 257 Steiner, H. Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung - widersprüchlicher Verlauf und ausgewählte Ergebnisse. unveröff. Ms. 1998
- 258 Stelzner, E. Leben und Kampf der Bergarbeiter des Braunkohlenreviers Borna zu Beginn der revolutionären Nachkriegskrise (1919 - 1920). Leipzig: Dissertation. 1969
- 259 Stingelwangner, W. Energiewirtschaft in der DDR. Geographische Rundschau. 1987 11 S. 635-641.

- 260 Streit, C. Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger. 1991
- 261 Strauß, W. Die Arbeitslosigkeit im deutschen Braunkohlenbergbau. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 185. Hrsg.: Saitzew, M. Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart. Zweiter Teil: Deutsches Reich I. München und Leipzig: Verlag von Duncker und Humblot. 1932 S.155-201.
- 262 Sudek, R. Geographische Mobilität als Faktor des politischen und geographischen Wandels in Deutschland seit 1871. Mainz: Dissertation. 1982
- 263 Toepelmann, W. Die deutsche Industrie. Band I. Sachsen. Band I Berlin, Dresden. 1929
- 264 Tomaczak, H. Entwicklung VVB BK Leipzig. 20 Jahre Braunkohlentagebau in der DDR. Leipzig. 1966
- 265 Treibel, A. Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim München: Juventa Verlag. 1990
- 266 Uhlig, L.; Wollkopf, H.-F. Bevölkerungsentwicklung und Pendlerbewegung im Bezirk Leipzig. Geographische Berichte. 1981 I 1981 S. 37-48.
- 267 VEB Kombinat "Otto-Grotewohl" Böhlen. Borna. 1960
- 268 Hrsg.: Verband der Bergarbeiter Deutschlands Die deutschen Bergwerke. Ein Verzeichnis der wichtigsten Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kali- und Erz-Bergwerke in Deutschland. Bochum: Hansemann & Co. 1914
- 269 Hrsg.: Verkehrs-Verein Leipzig Leipzig und Umgebung. Leipzig: Verlag des Verkehrs-Vereins. 1913
- 270 Vogel, R. Die Bevölkerungsverschiebung in der Halle-Leipziger Tieflandbucht in der Zeit von 1871 bis 1905. Hrsg.: Verein für Erdkunde. Dresden: Dissertation. 1927
- 271 Hrsg.: Volkswirtschaftsrat der DDR. Abt. Kohle. Kohle das tägliche Brot unserer Wirtschaft. Die DDR, der größte Braunkohlenproduzent der Welt. Frankfurt/Oder: Neuer Tag. 1964
- 272 Wagner, M. Räumliche Mobilität im Lebensverlauf. Eine empirische Studie sozialer Bedingungen der Migration. Stuttgart: Enke Verlag. 1989
- 273 Wahle, G.H. Die neue Berggesetzgebung in Sachsen. Reihe Juristische Handbibliothek. Leipzig: Roßberg'sche Verlagsbuchhandlung. 1919
- 274 Walhausen, W. Bericht über den Flächennutzungsplan für das Bornaer Braunkohlengebiet. 4. Sitzung. Borna. 1918 S.16 Seiten.
- 275 Walz, M. Wohnungsbau und Industrieansiedlungspolitik in Deutschland. Dargestellt am Aufbau des Industriekomplexes Wolfsburg-Braunschweig-Salzgitter Frankfurt a. M. /New York: Campus Verlag. 1979
- 276 Weber, A. Die deutsche Industrie, Bd. I Sachsen. Berlin, Dresden. 1927
- 277 Weber, E. Der staatseigene Industriekonzern in Sachsen. Leipzig. 1928
- 278 Weber, P. Geographische Mobilitätsforschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 1982
- 279 Wenck, A. Borna im Wandel der Zeiten. Borna-Leipzig: Verlag Robert Noske. 1921

- 280 Wirth, A. Der Bodenanbau im Land Sachsen dargestellt auf Grund der Ergebnisse der amtlichen Bodenbenutzungserhebung im Jahre 1938. Weida: Aderhold. 1944
- 281 Wittmann, H. Migrationstheorien. Diskussion neuerer Ansätze aus system- und verhaltenstheoretischer Sicht. Saarbrücken: Verlag der ssip-Schriften. 1975
- 282 Wölfel, M. Die vorstädtischen Kleinsiedlungen in der Stadt und der Amtshauptmannschaft Leipzig als Beispiel der gegenwärtigen Stadtplanung. Leipzig: Dissertation. 1936
- 283 Hrsg.: Zang, G. Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik. Frankfurt a.M.: Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft. 1978
- 284 Zehn Jahre Espenhain. Espenhain: Eigenverlag des BV Espenhain. 1964
- 285 Zeitschrift Braunkohle. Essen: Verlag Braunkohle. versch. Jahrgänge.
- 286 Hrsg.: Königlich-sächsisches Ministerium des Inneren. Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus. Z.kgl.Sächs.Stat.B. Dresden: Zahn & Jaensch 1. Jg. 1855 bis 50 Jg. 1904
- 287 Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes. Z.Kgl.Sächs.St.LA Dresden: Teubner bzw. Zahn & Jaensch. ab 51. Jg. 1905
- 288 Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes. Z.Sächs.St.LA. Dresden: Teubner bzw. Zahn & Jaensch. ab 66.Jg. 1920/21
- 289 Ziller, G. Kohle, Treibstoff, Energie - Grundpfeiler des Neuaufbaus der Wirtschaft. Dresden: Landesnachrichtenamt der Landesverwaltung Sachsen. 1946
- 290 Zimmermann, S. Die Geschichte des Kombinatbetriebes „Otto-Grotewohl“ Böhlen im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt. Freiberg: Dissertation. 1970
- 291 Zingg, W. Soziale Mobilität und Wanderung. Augsburg: Maro-Verlag. 1978
- 292 Zorn, W. Ein Jahrhundert deutsche Industrialisierungsgeschichte. Blätter für deutsche Landesgeschichte 1972 108 S. 124-134.
- 293 Zühlke, D. Erscheinungsformen und Strukturelemente in den Städten der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt in historisch-geographischer Betrachtung. Halle: Dissertation. 1981

Des weiteren wurden Interviews aus dem DFG-Projekt „Massenentlassung und Mobilität“ 1992 bis 1995, Projektleiter Prof. H. Häußermann; Dr. S. Kabisch; aus dem Forschungspraktikum an der Universität Leipzig, Institut für Soziologie „Verlorene Orte - unglückliche Menschen“ 1998, Praktikumsleiter: Prof. St. Wilsdorf und aus dem „Breunsdorf Projekt“ des Kultuwissenschaftlichen Institutes der Universität Leipzig 1995 bis 1997, Projektleiter: Dr. J. Eidson verwendet.

Übersicht über die Zählungen in Sachsen seit 1816

1816	Zählung (Haushaltszählung)
15.05.1832	erste Volkszählung (neue Zählmethode, Individualzählung)
1833	Berufszählung
1835	Berufszählung
01.12.1834	Volkszählung (nach Orten, Personenzählung, aller drei Jahre)
03.12.1843	„
03.12.1846	„
03.12.1849	„ und
Gewerbezählung nach Haushaltungslisten/Sachsen	
3.12.1852, 3.12.1855 Volkszählung nach Gemeinden (HHlisten)	
3.12.58, 3.12.1861, 3.12.1864, 3.12.1867, 1.12.1871, 1.12.1875, 1.12.1880, Volkszählung nach Orten	
03.12.1861	Berufszählung
03.12.1867	erstmal in allen deutschen Staaten gleichzeitig Volkszählung (vgl. Michel)
03.12.1871	Berufszählung
01.12.1875	Volkszählung (im folgenden immer ganz Dtl.) und Berufszählung
05.6.1882	Sächs. Berufszählung und Gewerbezählung
01.12.1885	Sächs. Volkszählung nach Gemeinden
01.12.1890	Sächs. Volkszählung „
14.06.1895	Deutsche Berufs- und Gewerbezählung
02.12.1895	Sächs. Volkszählung „
01.12.1900	Sächs. Volkszählung „
01.12.1905	Sächs. Volkszählung „
12.06.1907	Berufs- und Betriebszählung
01.12.1910	Volkszählung
1919	Volkszählung
16.06.1925	Volks-, Berufs- und Betriebszählung
16.06.1933	Volks-, Berufs- und Betriebszählung
01.08.1936	Arbeits- (Gefolgschafts-) Zählung
17.05.1939	Volks-, Berufs- und Betriebszählung

01.12.1945	Volkszählung
29.10.1946	Volks- und Berufszählung in der SBZ
31.08.1950	Volks- und Berufszählung
31.12.1964	Volks- und Berufszählung in der DDR
01.01.1971	Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung in der DDR
31.12.1981	Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung in der DDR 4